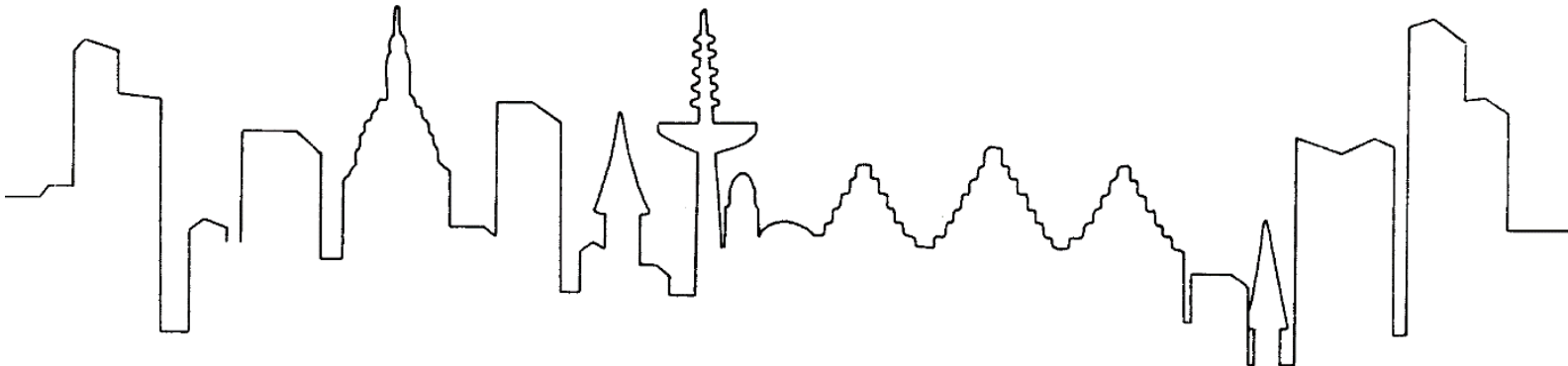
Stadt Frankfurt am Main
Revisionsamt

Schlussberichte über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2023



STADT FRANKFURT AM MAIN

Stadt Frankfurt am Main
Der Magistrat
Revisionsamt
Gutleutstraße 26
60329 Frankfurt am Main
E-Mail: info.amt14@stadt-frankfurt.de
www.revisionsamt.stadt-frankfurt.de

Redaktionsschluss: 11.04.2025

Vorbemerkungen

Die Schlussberichte über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2023 bestehen aus den vier Teilen

Teil I **Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Frankfurt am Main**

Teil II **Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Zusatzversorgungskasse (ZVK) der Stadt Frankfurt am Main**

Teil III **Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2023 der Stadt Frankfurt am Main**

Teil IV **Jahresbericht 2023**

Die Teile I bis III berichten über die Ergebnisse der Prüfungen der Jahresabschlüsse der Kernverwaltung und der ZVK sowie des Konzernabschlusses der Stadt Frankfurt am Main.

Teil IV enthält Einzelfeststellungen aus der sonstigen unterjährigen Prüfungstätigkeit des Revisionsamtes – aus **Haushalts- und Verwaltungsprüfungen** in der Kernverwaltung, aus Prüfungen der **Informations- und Kommunikations-Technik** (IKT) sowie aus **bautechnisch-wirtschaftliche Prüfungen**.

Zudem beinhaltet Teil IV Feststellungen zum **Beteiligungsmanagement** und zur **wirtschaftlichen Betätigung der Stadt** Frankfurt am Main sowie zu Prüfungen bei **städtischen und stadtnahen Aufgabenträgern.** Hierunter fallen **Eigenbetriebe** sowie juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts (**Gesellschaften, Vereine und Verbände**), an denen die Stadt Frankfurt am Main beteiligt ist oder die Zuwendungen aus städtischen Mitteln erhalten. Weitere Feststellungen betreffen **öffentliche milde Stiftungen**, soweit diese Sicht des Revisionsamtes geboten sind.

Die Jahresabschlüsse dieser Einrichtungen sind jedoch weder Bestandteil der Beschlussfassung noch der Entlastungserteilung durch die Stadtverordnetenversammlung nach § 114 HGO.

Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern (§ 112 Abs. 3 HGO). Dessen Umfang und Inhalt bestimmt § 51 GemHVO. Der Rechenschaftsbericht wird in Frankfurt am Main als „Lage- und Rechenschaftsbericht“ im Jahresabschluss 2023 vorgelegt.

Zum Jahresabschluss des Sonderhaushalts ZVK wird ein separater „Lagebericht“ gem. § 289 HGB vorgelegt.

Gleiches gilt für den Konsolidierten Gesamtabschluss (§ 112a Abs. 5 HGO). Der Konsolidierte Lage- und Rechenschaftsbericht wird in Frankfurt am Main als „Konsolidierungsbericht“ im Konsolidierten Gesamtabschluss 2023 bezeichnet (§ 55 GemHVO).

Die Schlussberichte enthalten nicht nur die gesetzlich vorgeschriebenen Aussagen über das Ergebnis der Prüfung zum Jahresabschluss (§ 128 Abs. 2 HGO). Darüber

hinaus werden Erkenntnisse aus unterjährigen Prüfungen, aus Prüfungen von Bauvorhaben vor deren Genehmigung durch die städtischen Organe sowie aus Prüfungen von Bauabrechnungen dargestellt, die in der Regel bereits Gegenstand von Prüfungsberichten an die zuständigen Ämter oder von Stellungnahmen an den Magistrat waren.

Damit folgt das Revisionsamt seiner Berichtspflicht. Es werden jedoch nur Prüfungsfeststellungen von wesentlicher oder grundsätzlicher Bedeutung oder mit Beispielcharakter für die gesamte Stadtverwaltung in die Schlussberichte aufgenommen.

Politische Bewertungen und Entscheidungen unterliegen nicht der Beurteilung durch das Revisionsamt, wohl aber deren Umsetzungen bzw. Auswirkungen.

Die Schlussberichte enthalten nicht nur Feststellungen mit Beanstandungscharakter, sondern insbesondere auch Empfehlungen, allgemeine Hinweise und Vorschläge zur Vereinfachung von Verwaltungsabläufen.

Die Entwürfe der Schlussberichte 2023 wurden in einem formellen Verfahren (im Zeitraum vom 28.02. bis 28.03.2025) mit dem Magistrat abgestimmt. Dieses seit den Schlussberichten 2019 praktizierte Verfahren beschleunigt den Prozess der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung deutlich. Nicht erfolgte Rückmeldungen einzelner Dezernate haben wir als Fehlanzeige gewertet.

Haushaltsplan, Jahresabschlüsse, Konsolidierter Gesamtabschluss, Beteiligungsbericht, Berichte und Vorlagen des Magistrats sowie die Schlussberichte des Revisionsamtes eröffnen der Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit, sich umfassend über den Verwaltungsablauf in einer konkreten Zeitspanne zu informieren (§ 50 Abs. 2 HGO) und daraus entsprechende Beschlüsse abzuleiten und Wirkungsziele zu formulieren.

Hinweis:

Im Text in blau und unterstrichen dargestellte Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung (§ xxxx), Etatanträge (E xxxx) der Fraktionen sowie Magistratsvorlagen (M xxxx) und Berichte des Magistrats (B xxxx) beinhalten Hyperlinks auf das PARLamentsInformationsSystem PARLIS. Auf Veröffentlichungen im Amtsblatt der Stadt Frankfurt am Main wird ebenfalls mittels Hyperlink referenziert. Innerhalb der Schlussberichte kann bei den Tz.-Verweisen über Hyperlinks wie in einem Internet-Browser navigiert werden Vorherige Ansicht Nächste Ansicht, sofern der PDF-Reader dies entsprechend unterstützt.

Inhaltsverzeichnis

		Seite
Teil I	Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Frankfurt am Main	7
Teil II	Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Zusatzversorgungskasse (ZVK) der Stadt Frankfurt am Main	199
Teil III	Schlussbericht über die Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2023 der Stadt Frankfurt am Main	241
Teil IV	Jahresbericht 2023	283
	Abkürzungsverzeichnis	387

Stadt Frankfurt am Main
Revisionsamt

Schlussberichte 2023 – Teil I

Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Frankfurt am Main

Inhaltsverzeichnis Seite

1 Kurzfassung der Prüfungsfeststellungen ... 19

1.1 Zu Tz. 4 „Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung“ und Tz. 5 „Stand der Entlastungsverfahren“ ... 19

1.2 Zu Tz. 6 „Feststellungen zum Haushaltsplan und zum Lage- und Rechenschaftsbericht“ ... 19

1.3 Zu Tz. 7 „Prüfungsfeststellungen zum Jahresabschluss 2023“ ... 25

2 Inhalt und Umfang dieses Schlussberichts ... 29

3 Prüfungsgrundlage ... 30

4 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung ... 31

4.1 Prüfungsgegenstand ... 31

4.2 Art und Umfang der Prüfung ... 32

4.2.1 Haushaltswirtschaft ... 32

4.2.1.1 Einhaltung des Haushaltsplans ... 32
4.2.1.2 Sachliche und rechnerische Richtigkeit von Belegen ... 33
4.2.1.3 Rechtmäßigkeitsprüfung der Haushaltswirtschaft und weitere Prüfungen nach der Revisionsordnung ... 33

4.2.2 Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Vollständigkeit der Anlagen ... 33

4.2.2.1 Ausgangspunkt der Prüfung, Prüfungszeitraum und Prüfungsstandards ... 33
4.2.2.2 Prüfungsansatz zur Prüfung des Jahresabschlusses und des Lage- und Rechenschaftsberichtes ... 34
4.2.2.3 Prüffelder und Prüfungsschwerpunkte ... 35
4.2.2.4 Prüfungsnachweise, Vollständigkeitserklärung ... 36
4.2.2.5 Prüfungsfeststellungen ... 37

4.2.3 Berichterstattung im Lage- und Rechenschaftsbericht ... 37

4.3 Wesentliche Prüfungshemmnisse ... 37

5 Stand der Entlastungsverfahren ... 38

6 Feststellungen zum Haushaltsplan und zum Lage- und Rechenschaftsbericht ... 39

6.1 Einhaltung des Haushaltsplans ... 39

6.1.1 Beschluss der Haushaltssatzung 2023 ... 39
6.1.2 Genehmigungserlass der Aufsichtsbehörde; Rechtskraft ... 39
6.1.3 Allgemeine Bewirtschaftungsvorschriften ... 40
6.1.4 Haushaltssicherungskonzept ... 41
6.1.5 Regelungen der Budgetierung ... 43
6.1.6 Vorläufige Haushaltsführung ... 44
6.1.7 Genehmigung von Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen ... 46
6.1.8 Ermittlung und Bildung von Budgetüberträgen ... 48

6.1.8.1 Budgetüberträge im Ergebnishaushalt ... 48
6.1.8.2 Budgetüberträge im Finanzhaushalt ... 51

6.1.9 Einhaltung des Stellenplans ... 53
6.1.10 Einhaltung des Haushaltsplans ... 55

6.2 Aufstellung des Jahresabschlusses ... 55

6.3 Stellungnahme zum Lage- und Rechenschaftsbericht ... 57

6.3.1 Zusammenfassende Darstellung der Haushaltslage ... 57
6.3.2 Stand der Aufgabenerfüllung mit den Zielsetzungen und Strategien ... 58

6.3.2.1 Allgemeines ... 58
6.3.2.2 Umsetzung in Frankfurt am Main ... 58

a) Produkthaushalt, Trimesterberichte und Jahresabschluss ... 58
b) Ziele und Kennzahlen ... 60

6.3.2.3 Ordnungsmäßigkeit der Berichterstattung zum Stand der Aufgabenerfüllung ... 61

6.3.3 Bericht zu den Umsetzungen der Auflagen und Hinweise der Aufsicht ... 62
6.3.4 Ertrags- und Aufwandslage (Entwicklung des Ergebnishaushalts) ... 62

6.3.4.1 Allgemeine Feststellungen ... 62
6.3.4.2 Ordentliche und Finanzerträge ... 64
6.3.4.3 Ordentliche Aufwendungen sowie Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen ... 67
6.3.4.4 Zuschussbedarf nach Produktbereichen ... 70
6.3.4.5 Zusammenfassende Feststellung zur Entwicklung ... 71

6.3.5 Finanzlage (Entwicklung des Finanzhaushalts) ... 72

6.3.5.1 Entwicklung der Zahlungsmittelflüsse ... 72
6.3.5.2 Entwicklung der Schulden und des Schuldendienstes ... 74

a) Entwicklung der Schulden ... 74
b) Entwicklung der Effektivschulden ... 75
c) Entwicklung der Finanzplanung ... 76
d) Entwicklung des Schuldendienstes ... 78

6.3.5.3 Kreditermächtigungen ... 79
6.3.5.4 Liquiditätskredite ... 79
6.3.5.5 Pensionslasten ... 79

6.3.6 Vermögenslage ... 81

6.3.6.1 Aktiva und Passiva ... 81
6.3.6.2 Investitionen ... 81

6.3.7 Entwicklung in den Produktbereichen ... 82
6.3.8 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahrs ... 84
6.3.9 Voraussichtliche Entwicklung mit Chancen und Risiken ... 84
6.3.10 Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit inklusive KASH-Wert ... 86
6.3.11 Zusammenfassende Beurteilung des Lage- und Rechenschaftsberichts ... 87

7 Prüfungsfeststellungen zum Jahresabschluss 2023 ... 88

7.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung ... 88

7.1.1 Buchführung, Ordnungsgrundlagen, Belegerfassung, Inventur und Inventar ... 88

7.1.1.1 IT-gestütztes Buchführungssystem ... 88
7.1.1.2 Ordnungsgrundlagen für finanzrelevante DV-Verfahren ... 89
7.1.1.3 Belegerfassung – Verwendung von Buchungstexten oder -schlüsseln ... 90
7.1.1.4 Inventur und Inventar ... 90

7.1.2 Bemerkungen zu rechnungslegungsrelevanten Geschäftsprozessen ... 92

7.1.2.1 Vorbemerkung ... 92
7.1.2.2 Vertragsmanagement ... 93
7.1.2.3 Gewährung von Zuwendungen und Zuschüssen ... 95

a) Ordnungsgrundlagen ... 95
b) Einführung eines onlinebasierten und datenbankgestützten Antrags- und Fallbearbeitungsmanagements ... 96

7.1.2.4 Umsetzung des Investitionsprogramms im Sachanlagevermögen ... 97

a) Allgemeines ... 97
b) Aufstellung des Haushaltsplans, Anwendung der Abgrenzungsrichtlinie ... 97
c) Umsetzung der Investitionsmaßnahmen, Desinvestitionen, Abgänge ... 98
d) Umsetzung der Finanzierung über Fördermittel ... 98

7.1.2.5 Umsetzung des Investitionsprogramms im Finanzanlagevermögen – Gewährung von Wohnungsbaudarlehen ... 99

a) Allgemeines ... 99
b) Auszahlung der Darlehen ... 99
c) Darlehensrückflüsse ... 99
d) Forderungsmanagement ... 99
e) Maßnahmen zur Abstimmung im Jahresabschluss ... 100
f) Empfehlungen ... 100

7.1.2.6 Debitorische Prozesse, Forderungsmanagement ... 101

a) Allgemeines ... 101

b) Allgemeine Prüfungsfeststellungen ... 101
c) Prüfungsfeststellung in der PG 34.04 Grundstücks- und Gebäudemanagement (ABI) ... 101

7.1.2.7 Kreditorische Prozesse ... 102

a) Allgemeines ... 102
b) Beschaffungs-/Bestellwesen ... 103
c) Kreditorische Rechnungsbearbeitung ... 103

7.1.3 Jahresabschluss ... 104
7.1.4 Anlagen zum Jahresabschluss ... 104

7.2 Feststellungen zu einzelnen Bestandteilen des Jahresabschlusses 2023 105

7.2.1 Vermögensrechnung ... 105

7.2.1.1 Entwicklung der Vermögensrechnung ... 105
7.2.1.2 Erläuterungen und Feststellungen zur Vermögensrechnung ... 106

A Aktiva ... 107
A.1 Anlagevermögen ... 108
A.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände ... 108
A.1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte ... 108
A.1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse ... 108
A.1.2 Sachanlagevermögen ... 109
A.1.2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ... 109
A.1.2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken ... 109
A.1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen ... 110
A.1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung ... 110
A.1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung ... 111
A.1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau ... 111
A.1.3 Finanzanlagevermögen ... 112
A.1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen ... 112
A.1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen ... 114
A.1.3.3 Beteiligungen ... 116
A.1.3.4 Ausleihungen an Beteiligungen ... 117
A.1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens ... 118
A.1.3.6 Sonstige Ausleihungen ... 119
A.1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen ... 120
A.2 Umlaufvermögen ... 120
A.2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ... 120
A.2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren ... 120
A.2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände ... 120
A.2.3.1 Forderungen aus Zuwendungen, Zuschüssen etc. ... 121
A.2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben ... 123
A.2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ... 124
A.2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen 125

A.2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	126
A.2.4	Flüssige Mittel	127
A.3	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	127
P	Passiva	128
P.1	Eigenkapital	129
P.1.1	Netto-Position	129
P.1.2	Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital	130
P.1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	130
P.1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	131
P.1.2.3	Sonderrücklagen	131
P.1.2.3.1	Zweckgebundene Rücklagen (Sonderrücklage)	131
P.1.2.3.2	Stiftungskapital (Sonderrücklage)	133
P.1.3	Ergebnisverwendung	133
P.1.3.1	Ergebnisvortrag	133
P.1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	133
P.1.3.1.2	Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	133
P.1.3.2	Jahresergebnis	134
P.2	Sonderposten	135
P.2.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	135
P.2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	136
P.2.1.2	Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	136
P.2.1.3	Investitionsbeiträge	137
P.2.2	Sonderposten für den Gebührenausgleich	137
P.2.3	Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG	138
P.2.4	Sonstige Sonderposten	138
P.3	Rückstellungen	139
P.3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	139
P.3.2	Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	142
P.3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	143
P.3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	144
P.3.5	Sonstige Rückstellungen	144
P.4	Verbindlichkeiten	147
P.4.1	Anleihen	147
P.4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	147
P.4.3	Verbindlichkeiten aus den Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	148
P.4.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	148
P.4.5	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	149
P.4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	149
P.4.7	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	150
P.4.8	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	151

P.4.9 Sonstige Verbindlichkeiten ... 152
P.5 Passive Rechnungsabgrenzungsposten ... 153
7.2.1.3 Feststellungen und Erläuterungen zu den Übersichten zur Vermögensrechnung ... 155
7.2.2 Ergebnisrechnung ... 156
7.2.2.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung ... 156
7.2.2.2 Erläuterungen und Feststellungen zur Ergebnisrechnung ... 156
ER.1 Privatrechtliche Leistungsentgelte ... 157
ER.2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte ... 157
ER.3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen ... 158
ER.4 Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen ... 158
ER.5 Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen ... 159
ER.6 Erträge aus Transferleistungen ... 160
ER.7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen ... 161
ER.8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen ... 161
ER.9 Sonstige ordentliche Erträge ... 162
ER.10 Summe der ordentlichen Erträge ... 163
ER.11 Personalaufwendungen ... 163
ER.12 Versorgungsaufwendungen ... 164
ER.13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ... 165
ER.14 Abschreibungen ... 166
ER.15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Kostenerstattungen sowie für besondere Finanzaufwendungen ... 168
ER.16 Steueraufwendungen einschließlich Umlagen ... 170
ER.17 Transferaufwendungen ... 172
ER.18 Sonstige ordentliche Aufwendungen ... 172
ER.19 Summe der ordentlichen Aufwendungen ... 173
ER.20 Verwaltungsergebnis ... 173
ER.21 Finanzerträge ... 173
ER.22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen ... 174
ER.23 Finanzergebnis ... 175
ER.24 Ordentliches Ergebnis ... 176
ER.25 Außerordentliche Erträge ... 176
ER.26 Außerordentliche Aufwendungen ... 177
ER.27 Außerordentliches Ergebnis ... 178
ER.28 Jahresergebnis ... 178
7.2.3 Finanzrechnung ... 179
7.2.4 Kernaussagen und Kennzahlen ... 180
7.2.5 Anhang ... 180
7.2.5.1 Vorbemerkungen ... 180
7.2.5.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ... 180

7.2.5.3 Erläuterungen zur Vermögensrechnung, zur Ergebnisrechnung und zur Finanzrechnung ... 181
7.2.5.4 Organe der Stadt Frankfurt am Main ... 181
7.2.5.5 Anzahl der Beamtinnen und Beamten und Beschäftigten ... 181
7.2.5.6 Haftungsverhältnisse ... 181
7.2.5.7 Anlagenportfolio zur Finanzierung von Personalrückstellungen und im Bereich der unselbstständigen Stiftungen ... 182
7.2.5.8 Sonstige Sachverhalte von vermögensrechtlicher Bedeutung ... 182
7.2.5.9 Übersicht über fremde Zahlungsmittel ... 183
7.2.5.10 Beteiligungsübersicht ... 183
7.2.5.11 Kontokorrentkonten der Gesellschaften, Eigenbetriebe und Sondervermögen ... 183
7.2.5.12 Rechtlich unselbstständige Stiftungen ... 183

7.3 Zusammenfassende Beurteilung des Jahresabschlusses ... 184

8 Prüfungsurteile ... 185

Anlagen ... 189

Anlage 1 Umbuchungsliste zum Jahresabschluss 2023 ... 191

Anlage 2 Stadt Frankfurt am Main – Korrigierter Jahresabschluss zum 31.12.2023 ... 192

Anlage 3 Dezernate, Ämter/Betriebe nach Produktbereichen und -gruppen ... 195

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

5-1: Wesentliche Schritte im Rahmen des Entlastungsverfahrens 38
6-1: Umsetzungsstand von Maßnahmen des HSK 2023 im Ergebnishaushalt....43
6-2: Haushaltsplanaufstellungsprozess Doppelhaushalte 2024/2025 sowie 2026/2027....45
6-3: Entwicklung der Mehraufwendungen im Ergebnishaushalt 47
6-4: Entwicklung der Mehrauszahlungen im Finanzhaushalt....47
6-5: Budgetüberträge im Ergebnishaushalt nach PB 48
6-6: Entwicklung der Budgetüberträge im Ergebnishaushalt (Aufwendungen) 49
6-7: Budgetüberträge im Finanzhaushalt nach PB 51
6-8: Entwicklung der Budgetüberträge im Finanzhaushalt (Auszahlungen)....52
6-9: Entwicklung der Beschäftigtenzahl und des Stellenbesetzungsgrads 53
6-10: Stellenbesetzungsgrad im Mehrjahresvergleich 54
6-11: Ergebnisse 2023 und Vorjahr im steuerlichen Querverbund der SWFH....59
6-12: Steuerungsrelevante Kennzahlen in Produkthaushalt und Jahresabschluss....60
6-13: Entwicklung des Ergebnishaushalts 62
6-14: Übersicht der ordentlichen Erträge, Aufwendungen und Ergebnisse....63
6-15: Übersicht der ordentlichen Erträge 64
6-16: Gewerbesteuererträge (Plansoll, Ergebnis)....65
6-17: Vergleich bedeutender Steuererträge und ordentliches Ergebnis....66
6-18: Aufwendungen des Ergebnishaushalts (ohne außerordentliche Aufwendungen)....67
6-19: Entwicklung der Aufwendungen des Ergebnishaushalts 68
6-20: Defizitentwicklung der SWFH (2020 bis 2029) 69
6-21: Zuschussbedarf des Ergebnishaushalts nach PB....70
6-22: Zahlungsmittelflüsse der letzten fünf Jahre 72
6-23: Zahlungsmittelflüsse des Berichtsjahrs im fortgeschriebenen Plan und Ist....72
6-24: Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeiten je Haushaltsjahr 73
6-25: Entwicklung der Schulden aus Investitionskrediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften....74
6-26: Entwicklung der Netto-Neuverschuldung aus Bankkrediten 75
6-27: Entwicklung der Effektivschulden 76
6-28: Planungsmittel und voraussichtliche Gesamtkosten im Haushalt 2024 77
6-29: Tilgungsleistungen und Zinsaufwendungen....78
6-30: Entwicklung der Finanzanlagen und der Pensionsrückstellungen 80
6-31: Zusammensetzung der Vermögenslage 81
6-32: Entwicklung der Investitions- und Wachstumsquote....82
6-33: Entwicklung des KASH-Werts (Plan- und Abschlusswerte) in %....86
7-1: Eingesetzte SAP-Module....88
7-2: Veränderung der Themenkomplexe im Berichtsjahr....92
7-3: Teilprojekte des Projekts „Zukunftsfähigkeit des städtischen Rechnungswesens sicherstellen“ 93
7-4: Entwicklung der Vermögensrechnung 105
7-5: Zusammensetzung und Entwicklung der Aktiva im Zeitablauf....107
7-6: Zusammensetzung und Entwicklung der Passiva im Zeitablauf 128
7-7: Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals im Zeitablauf....129

7-8: Zusammensetzung und Entwicklung der Sonderposten im Zeitablauf 135
7-9: Zusammensetzung und Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen 139
7-10: Entwicklung der Pensions- und Beihilferückstellung und des Bewertungsunterschieds 140
7-11: Entwicklung der Pensionsrückstellungen inkl. Versorgungsrücklage im Verhältnis zu der Anzahl der aktiven (gemäß HPR) und der nicht mehr aktiven Beamtenschaft 141
7-12: Zusammensetzung und Entwicklung der Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien im Zeitablauf 143
7-13: Zusammensetzung und Entwicklung der sonstigen Rückstellungen im Zeitablauf 144
7-14: Entwicklung der Lebensarbeitszeitkonten und der rechnerischen Verpflichtung 146
7-15: Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 150
7-16: Entwicklung der abgegrenzten Grabnutzungsentgelte im Zeitablauf 154
7-17: Entwicklung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 166
7-18: Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf das Sachanlage-vermögen 167
7-19: Entwicklung der Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt an andere Empfänger 169
7-20: Entwicklung der Zinsen und anderen Finanzaufwendungen 175
7-21: Entwicklung der Finanzrechnung 179

1 Kurzfassung der Prüfungsfeststellungen

Nachfolgend geben wir die wesentlichen Prüfungsfeststellungen dieses Schlussberichts in zusammengefasster Form wieder[1]:

1.1 Zu Tz. 4 „Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung“ und Tz. 5 „Stand der Entlastungsverfahren“



Der Magistrat hat den **Jahresabschluss 2023** am 26.04.2024 **aufgestellt** und damit die **gesetzliche Frist** des § 112 Abs. 5 HGO n. F. (vier Monate nach dem Bilanzstichtag) eingehalten. (Tz. 4.1 und Tz. 6.2)



Die Stadtverordnetenversammlung hat den **Jahresabschluss 2021** am 28.09.2023 gem. § 114 Abs. 1 HGO mit § 3836 **fristgemäß beschlossen und dem Magistrat für 2021 Entlastung erteilt**. (Tz. 5)



Den **Jahresabschluss 2022** hat die Stadtverordnetenversammlung bereits am 13.06.2024 mit § 4889 **fristgemäß beschlossen** und dem **Magistrat für 2022 Entlastung erteilt**. (Tz. 5)



Der **Prozess zur öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt** nach § 114 Abs. 2 HGO wurde für die Abschlüsse 2022 verbessert; die Veröffentlichung erfolgt kurz nach der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung. (Tz. 5)

1.2 Zu Tz. 6 „Feststellungen zum Haushaltsplan und zum Lage- und Rechenschaftsbericht“



Über die **Allgemeinen Bewirtschaftungsvorschriften** (ABV) wurden dem Finanzdezernat von der Stadtverordnetenversammlung auch für das Haushaltsjahr 2023 umfängliche Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt. Wir haben keine Erkenntnisse über eine sachfremde Nutzung. (Tz. 6.1.3)

Für das Haushaltsjahr 2023 wurde ein „**Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2023** gemäß § 92a HGO“ (HSK) beschlossen (§ 3564 vom 20.07.2023; M 93 vom 16.06.2023). Dieses wurde **vom HMdI jedoch nicht genehmigt**, da es gesetzlich vorgegebene Mindeststandards nicht erfüllt. (Tz. 6.1.4)

Erfreulicherweise hat der Magistrat in 2024 bereits diverse Maßnahmen umgesetzt oder begonnen. **Bei den noch nicht begonnenen Maßnahmen empfehlen wir eine baldige Umsetzung.**



Die seit dem Haushaltsjahr 2002 geltenden **Regelungen zur Budgetierung** wurden auch im Haushaltsjahr 2023 angewendet. Dies wurde jedoch durch die Aufsicht im Rahmen der Genehmigung des Haushalts 2023 als zu weitgehend kritisiert. Die ABV wurden deshalb noch im Dezember 2023 rückwirkend für 2023 angepasst und beschlossen. (Tz. 6.1.5)

[1] Die **Bewertung** der Prüfungsergebnisse mit den mehrfarbigen Daumen stellt die Sicht des Revisionsamts zu den **Prüfungsfeststellungen** zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dar; diese berücksichtigen die Schwere der Beanstandung und die erfolgten Reaktionen der geprüften Stelle (Abhilfemaßnahmen) darauf.



Die **vorläufige Haushaltsführung** dauerte in 2023 nahezu zwölf Monate und in 2024 fast elf Monate. Im **Genehmigungserlass zum Haushalt 2023** weist die Aufsichtsbehörde unter II. „*1. Erläuterungen zum Genehmigungsverfahren zur Haushaltssatzung der Stadt Frankfurt am Main für das Haushaltsjahr 2023*“ darauf hin, dass die Stadt Frankfurt am Main die gesetzliche Vorgabe nach § 97 Abs. 3 Satz 2 HGO, „*wie in den Vorjahren, erneut nicht eingehalten*“ hat. **Danach soll die Vorlage der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Haushaltssatzung, mit ihren Anlagen, spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen.** Weiter hat die Stadt darauf hinzuwirken, „dass Aufstellung und Beschlussfassung im vorgesehenen zeitlichen Rahmen“ erfolgen sollen. (Tz. 6.1.6; 6.1.9)

Die regelmäßig späte Vorlage der Haushaltssatzung schränkt zunächst den vollständigen Haushaltsvollzug ein, wie z. B. die Besetzung neu geschaffener Stellen oder die Leistung bestimmter Auszahlungen. Die Möglichkeit, den Haushalt als Steuerungsinstrument zu nutzen, wird dadurch reduziert.

Da der Haushalt 2025 im Doppelhaushalt 2024/2025 bereits enthalten ist und dieser in Gänze genehmigt wurde, entfällt für 2025 die vorläufige Haushaltsführung. **Wünschenswert wäre die Rechtskraft zu Beginn eines jeden Haushaltsjahres.**

Die in Anspruch genommenen **Mehraufwendungen im Ergebnishaushalt** beliefen sich im Jahr 2023 auf rund 184,3 Mio. €. Sie lagen deutlich über dem Niveau der Vorjahre. **Mehrauszahlungen im Finanzhaushalt** von 600 T€ wurden zugelassen und in 2023 in Anspruch genommen. (Tz. 6.1.7)

Mit Vortrag M 52 vom 26.04.2024 zum Jahresabschluss 2023 ist der Magistrat seiner **Berichtspflicht gemäß § 100** Abs. 1 HGO nachgekommen.



Die **Budgetüberträge im Ergebnishaushalt** von 2023 nach 2024 haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 192,3 Mio. € auf nun 188,5 Mio. € reduziert. (Tz. 6.1.8.1)

Für die Budgetüberträge von 2022 nach 2023 hatte der Magistrat mit der Beschlussfassung über die Aufstellung des Jahresabschlusses 2022 eine **haushaltswirtschaftliche Sperre** (MB Nr. 436 vom 28.04.2023) nach § 107 HGO mit einem Volumen von 109,1 Mio. € **verhängt**. Diesen hatte er über den taggleichen M 61 zudem der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt; diese erfolgte am 14.07.2023.

Mit Beschlussfassung des M 116 vom 14.07.2023, wurde am 20.07.2023 diese **Sperre** durch die Stadtverordnetenversammlung **aufgehoben** und eine **Verwendung dieser Budgetüberträge zur Finanzierung besonderer Maßnahmen genehmigt**.

Die **Kommunalaufsicht bemängelte dieses Vorgehen** im Genehmigungserlass zum Haushalt 2023. In Folge dessen wurden mit § 4191 vom 14.12.2023 (M 222 vom 08.12.2023) die ABV 2023 rückwirkend angepasst. Die Beschlussfassung hinsichtlich des M 116 wurde angepasst. Die Budgetüberträge von 109,1 Mio. € sind nur insoweit zur Bewirtschaftung freigegeben, wie sie der Weiterführung bereits 2022 begonnener Maßnahmen und der Fortführung laufender Verwaltungstätigkeit dienen.



Die Summe der **im Finanzhaushalt 2023 gebildeten Budgetüberträge** (rund 1,3 Mrd. €) hat sich gegenüber dem Vorjahr (910,3 Mio. €) um 388,5 Mio. € oder um 42,7 % erhöht. **Auch die im Finanzhaushalt gebildeten Budgetüberträge sind aus Revisionssicht bedenklich. Die wiederholt auftretende Übertragung von Haushaltsmitteln wird von der Aufsichtsbehörde auch bei den Auszahlungen kritisch gesehen.** (Tz. 6.1.8.2)



Der **Stellenplan 2023** wurde eingehalten. (Tz. 6.1.9)



Die Einhaltung des Haushaltsplans – bestehend aus Gesamthaushalt, Teilhaushalten und Stellenplan – **kann insgesamt bestätigt werden.** (Tz. 6.1.10)



Die Ausführungen des Magistrats vermitteln – gemessen am Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses – eine zutreffende **Vorstellung von der Haushaltslage** der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2023. (Tz. 6.3.1)

Die gewählte **Struktur des Haushaltsplans** der Stadt Frankfurt am Main mit den 21 Produktbereichen entspricht nicht dem Produktbereichsplan nach dem Muster 11 zu § 4 Abs. 2 der GemHVO. Eine Anpassung ist bisher unterblieben, da dies einen relativ hohen Arbeitsaufwand verursachen würde. Diese Ansicht teilen wir. (Tz. 6.3.2.2 a))

Bestimmte **städtische Leistungen** werden entweder nicht (z. B. das Bäderwesen) oder nur unzureichend (z. B. der ÖPNV) im Haushaltsplan der Stadt Frankfurt am Main dargestellt.

Die Verwendung der **PG 98.03** „ZF - Nicht fachspezifische Gesellschaften“ **zur Abbildung der Zuschüsse für den Verlustausgleich der SWFH**, erachten wir für Steuerungszwecke als **nicht geeignet**. Wir empfehlen daher, für eine größere Transparenz den Haushaltsplan entsprechend anzupassen, um die Kosten für diese Bereiche in den Vorberichten zu den Produkthaushalten sowie in den Jahresabschlüssen transparent darzustellen.

Nach Rückmeldung der Stadtkämmerei soll die Transparenz zunächst ab dem Jahresabschluss 2024 durch eine dortige Berichterstattung hergestellt werden.



Im Haushaltsplan werden **Kennzahlen** genannt, auf die im Jahresabschluss dann aber nicht eingegangen wird. Unseres Erachtens widerspricht dies dem § 51 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO, da dieser auf alle nach § 4 Abs. 2 Satz 5 und § 10 Abs. 3 GemHVO definierten Ziele und Kennzahlen abzielt. (Tz. 6.3.2.2 b))



Unsere Prüfung der in Ziffer 6.3 des Jahresabschlusses dargestellten Kennzahlen führte zu geringfügigen Feststellungen. Die in den jeweiligen Fachbereichen gewählten Methoden zur Ermittlung der genannten Werte sind geeignet. Die Kennzahlen konnten größtenteils nachgewiesen werden. (Tz. 6.3.2.3)

Die Stadt Frankfurt am Main hat die Transformation von der Input-orientierten Steuerung (Budgetansätze) zur Output- bzw. Outcome-orientierten Steuerung noch nicht wirklich vollzogen.

Aufgrund der im Jahresabschluss fehlenden Abbildung der Resultate als Vergleich zu den zuvor im Haushaltsplan genannten Zielen, kann letztlich keine Steuerungswirkung entfaltet werden.

Wir erinnern, dass neben der Einbettung der PB mit ihren PG und Produkten in den Planungsprozess auch die Darstellung anvisierter Ziele nach der GemHVO Kernbestandteil des kommunalen Haushaltsrechts sind. Nach § 4 Abs. 2 Satz 5 GemHVO beschränkt sich die Angabe der Leistungsziele und Kennzahlen auf die nach den örtlichen Steuerungsbedürfnissen wesentlichen Produkte. **Wir empfehlen dennoch, die bisher getroffene Auswahl neu zu bewerten und ggf. anzupassen**.

Bereits in den Schlussberichten 2022 haben wir die Annahme des E 116 vom 04.05.2022 „*Haushalt wirkungsorientiert steuern*“ begrüßt. **Voraussetzung wäre, dass die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat Ziele vorgibt oder diesen beauftragt, Ziele aus den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung abzuleiten. Zur Messung der Zielerreichung wären durch den Magistrat dazu passende, steuerungsrelevante Kennzahlen zu entwickeln.**

Unter Berücksichtigung des B 296 vom 14.07.2023 folgt aus Sicht der Revision jedoch, dass die Umsetzung des E 116 noch einige Jahre erfordern wird.



Die Ausführungen im Lage- und Rechenschaftsbericht 2023 zur **Umsetzung der Auflagen der Aufsichtsbehörde** entsprechen den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen. (Tz. 6.3.3)



Die Angaben zur **Entwicklung des Ergebnishaushalts 2023** sind nach unseren Feststellungen zutreffend und decken sich mit den Angaben in der Zusammenfassung der Ergebnisse der Teilhaushalte in Ziffer 8.2 des Jahresabschlusses. Erhebliche Abweichungen der Erträge und Aufwendungen von den Haushaltsansätzen wurden im Lage- und Rechenschaftsbericht 2023 korrekt dargestellt und erläutert. (Tz. 6.3.4.5)

Der **Ausgleich des städtischen Haushalts** stellt eine große **Herausforderung** dar. Ein stetiger Zuwachs der Erträge war und ist nicht selbstverständlich, wie die Folgen verschiedener Krisen seit dem Jahr 2020 offenbarten.

Daher ist der **gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich** über eine **gezielte Steuerung der Aufwendungen** anzustreben. Dies schließt über die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sowie über die Zinsaufwendungen für Kreditaufnahmen den Finanzhaushalt, speziell das IPG, ein. Somit **muss auch über den Finanzhaushalt eine Steuerung** des Haushaltsausgleichs **erfolgen**.

§ 93 HGO regelt die **Grundsätze und die Rangfolge der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen; Kreditaufnahmen stehen an letzter Stelle.**

Entlastungen können auch durch ein **proaktives Fördermittelmanagement** erreicht werden, wobei die Anstrengungen um jegliche Fördermittel bei Land, Bund und EU weiter forciert werden sollten.

Zudem sind **neue Ertragsquellen zu erkunden** und bestehende, wie z. B. **Gebühren, Eintrittspreise oder Entgelte**, hinsichtlich der Angemessenheit ihrer Höhe **regelmäßig zu überprüfen**.

Erste Ansätze hat der Magistrat während der **Umsetzung des HSK zum Haushalt 2023** vorgenommen.

Bei der Prüfung der **Entwicklung der Zahlungsmittelströme** stellten wir fest, dass der **Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit in 2023** um 1,66 Mrd. € unter der fortgeschriebenen Planung liegt. Diese Abweichung ist vor allem in einem um 1,30 Mrd. € geringeren Zahlungsmittelabfluss aus Investitionstätigkeiten begründet. (Tz. 6.3.5.1)

Die Planung von Investitionsmaßnahmen und die Anmeldung zum IPG sind stärker an den tatsächlichen Erfordernissen und an dem leistbaren Maß (insbesondere an den vorhandenen Personal- und sonstigen Kapazitäten) **auszurichten. Entsprechendes empfiehlt auch die Aufsichtsbehörde im Genehmigungserlass zum Haushalt 2023.**

Der **Schuldenstand** (Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften) zum 31.12.2023 nahm gegenüber dem Vorjahr um 98,8 Mio. € leicht zu und stellt mit **2,8 Mrd. €** den höchsten Stand der letzten zehn Jahre dar. Der Anstieg war weniger starke als in den Vorjahren. (Tz. 6.3.5.2)

Die **Effektivschulden** (Verbindlichkeiten und Rückstellungen; letztere beinhalten insbesondere die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen; abzüglich liquider Mittel und kurzfristiger Forderungen) betragen zum 31.12.2023 inzwischen **4,5 Mrd. €**.

! Nach den Planungen des Haushalts 2024/2025 ist bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2027 mit einem weiteren Anstieg der Schulden aus investiver Kreditaufnahme auf fast **5,2 Mrd. €** zu rechnen. **Eine Umkehr dieser Prognose ist primär durch eine Reduzierung des geplanten Investitionsvolumens zu erreichen. Dies hätte zur Folge, dass vermeidbare bzw. nicht erforderliche Investitionsmaßnahmen entfallen und erforderliche nach Möglichkeit in die Zukunft verlagert werden sollten (Priorisierung innerhalb des Investitionsprogramms). Hierbei ist der Wirtschaftlichkeitsgrundsatz konsequent anzuwenden.**

Für **74 Baumaßnahmen** sind lediglich **Planungsmittel** von insgesamt **233,1 Mio. €** veranschlagt. Im Finanzplanungszeitraum bis 2027 sind dabei **3,1 Mrd. € voraussichtliche Gesamtkosten noch nicht berücksichtigt**.

Die **Zinslast** stieg im Jahr 2023 erstmals seit 2022 wieder an auf 32,3 Mio. €. Die Finanzplanung des Doppelhaushalts 2024/2025 sieht für das Jahr 2027 Zinsaufwendungen von 193,4 Mio. € vor. Der **Schuldendienst** wird in künftigen Jahren zu einer **höheren finanziellen Belastung** und damit zu einer **Reduzierung des finanziellen Spielraumes** im Haushalt führen.

Über die **Entwicklung der Kreditermächtigungen** wird zutreffend berichtet. (Tz. 6.3.5.3)

Die **Liquidität** war im Haushaltsjahr 2023 dauerhaft vorhanden und ermöglichte die fristgemäße Leistung der Ausgaben. (Tz. 6.3.5.4)

Die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen beinhalten eine, über die bilanzierten Rückstellungen hinausgehende, zusätzliche stille Last (**Pensionslast**). Der **Bewertungsunterschied** beträgt zum 31.12.2023 bereits **1,33 Mrd. €** (Vj.: 1,32 Mrd. €). In den nächsten Jahren werden die Pensionslasten aufgrund der **demografischen Veränderungen** und des Anstiegs der Zahl der Versorgung Empfangenden weiter zunehmen. (Tz. 6.3.5.5)

Mit einem verstärkten **Pensionseintritt der „Babyboomer-Jahrgänge“,** bei einer im Regelfall unterstellbaren Wiederbesetzung der betroffenen Stellen, entsteht dabei ein **„doppelter“ Liquiditätsabfluss** – für die laufende Besoldungsauszahlung und für die Pensionszahlung.



Die **Vermögenslage** zum 31.12.2023 ist geordnet. (Tz. 6.3.6.1)



Die Darstellung auf der Ebene der Produktbereiche hinsichtlich der **Einhaltung der Investitionsbudgets** ist korrekt. Die Entwicklung vom Soll über den fortgeschriebenen Plan zum Ergebnis und der daraus resultierenden Höhe der neu gebildeten Budgetüberträge wurde detailliert aufgezeigt. (Tz. 6.3.6.2)

Sowohl die **Investitionsquote** (7 %) als auch die **Wachstumsquote** (122 %) weisen für das Jahr 2023 die geringsten Werte seit dem Jahr 2014 bzw. seit 2018 auf.

Die Berichterstattung über die **Entwicklung in den Produktbereichen** führte zu geringfügigen Beanstandungen. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Berichterstattung über die Entwicklung in den PB im Lage- und Rechenschaftsbericht dennoch ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Stadt Frankfurt am Main vermittelt. (Tz. 6.3.7)

Hinsichtlich der nach § 48 Abs. 2 GemHVO erforderlichen **Ergänzung der Teilergebnisrechnungen um Leistungsmengen und steuerungsrelevante Kennzahlen** wird – wie im Vorjahr – auf die Ausführungen zum Stand der Aufgabenerfüllung in Ziffer 6.3 des Jahresabschlusses sowie auf unsere diesbezüglichen Prüfungsfeststellungen in Tz. 6.3.2 verwiesen.



Aus den Prüfungen des Revisionsamts sind keine Ereignisse bekannt, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2023 im Lage- und Rechenschaftsbericht hätten erwähnt werden müssen. (Tz. 6.3.8)



Unter Berücksichtigung des Zeitpunkts der Berichterstattung und der Erkenntnisse aus den Prüfungen des Revisionsamts, werden grundsätzlich die wesentlichen **Aspekte der voraussichtlichen Entwicklung der Stadt Frankfurt am Main mit Chancen und Risiken** (soweit bekannt und kommuniziert) beschrieben. (Tz. 6.3.9, Tz. 7.1.2.2, Tz. 7.2.5.1)



Eine Benennung der aus dem **fehlenden (zentralen/IT-gestützten) Vertragsmanagementsystem** resultierenden Risiken erfolgt seit dem Lage- und Rechenschaftsbericht 2021 nicht mehr. Das ist aus Revisionssicht nicht verständlich.

Weitere nicht benannte Risiken resultieren aus der **fehlenden gesamtstädtischen Digitalisierungsstrategie**. Diese war durch den Magistrat in Umsetzung des § 2625 vom 15.12.2022 „*Digitale Daseinsvorsorge Nachhaltig Neu Denken - Meta-Antrag: Frankfurts Digitalisierungsstrategie 2.0 entwickeln*“ zu verfassen. **Sie wurde in 2024 beschlossen**.



Wir weisen darauf hin, dass ein **stadtweites Risikofrüherkennungssystem nicht eingerichtet** ist. Ein hierdurch komplettiertes **Risikomanagementsystem** könnte helfen, Risiken frühzeitig zu identifizieren, die die **Leistungsfähigkeit zur stetigen Aufgabenerfüllung** infrage stellen. Mit einem Risikomanagementsystem könnten zudem die Risiken identifiziert werden, die auf der Ebene der Teilhaushalte das Erreichen der definierten Ziele gefährden können. Diese sind allerdings derzeit nicht vollumfänglich für alle Produktgruppen definiert.

Zur Beurteilung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit nach dem **„kommunalen Auswertungssystem Hessen (KASH)“,** werden durch die Stadtkämmerei entsprechende Angaben in dem IT-System „Kommunaldatenbank“ des Landes Hessen getätigt. Unterjährige Berechnungen des KASH-Werts sind dort nicht vorgesehen. **Die aktuelle Berichterstattung wird seitens der Aufsicht Angabe gemäß nicht beanstandet.** (Tz. 6.3.10)

Der **Lage- und Rechenschaftsbericht vermittelt im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild** vom Verlauf der Haushaltswirtschaft in 2023 und der Lage unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben. Er entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen insgesamt den rechtlichen Vorschriften des § 51 GemHVO. (Tz. 6.3.11)

1.3 Zu Tz. 7 „Prüfungsfeststellungen zum Jahresabschluss 2023“

Wir haben keine Sachverhalte festgestellt, die uns zu der Annahme veranlassen, dass für die **SAP-gestützte Rechnungslegung** die Richtigkeit der für die Zwecke der Rechnungslegung verarbeiteten Daten nicht gewährleistet ist. Das Revisionsamt hat **noch keine Freigabeempfehlung für das SAP ERP-System** erteilt, weil eine Verfahrensdokumentation, wie sie § 33 Abs. 5 Nr. 1 GemHVO unter Beachtung der GoBD fordert, noch nicht vorliegt. Mit der Implementierung von SAP S/4 HANA sollen die Verfahrensdokumentation erstellt und die Fachkonzepte überarbeitet werden. Die **Buchführung** und das **Belegwesen** sind nach unseren Feststellungen jedoch **insgesamt ordnungsgemäß** und entsprechen den gesetzlichen Vorschriften nach § 112 Abs. 1 HGO i. V. m. §§ 32 bis 37 GemHVO, einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB). (Tz. 7.1.1.1)

Die fortschreitende Digitalisierung erfordert dringend eine **stadtinterne Neuregelung des Freigabeprozesses neuer Software** sowie bei Release-Wechseln und Updates. Auch die entsprechenden **stadtinternen Regelungen** (aus den Jahren 1986 und 1987) **müssen angepasst werden**. Hierbei sind die aktuellen rechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen. Hierzu wurde im Jahr 2024 eine Projektgruppe gegründet, welche ihre Arbeit am 21.01.2025 aufgenommen hat. (Tz. 7.1.1.2)

In einzelnen Bereichen wird bei der Belegerfassung jedoch nach wie vor nicht darauf geachtet, in den in SAP ERP dafür vorgesehenen Feldern aussagefähige Angaben einzutragen. Wir regen an, die Thematik durch die Stadtkämmerei bei einer **erneuten Tagung der Rechnungsführungen** anzubringen. Ferner erhoffen wir uns Verbesserungen durch die **Umsetzung des Projektes „Neuausrichtung des städtischen Rechnungswesens“**. Die **Buchführung und das Belegwesen** sind nach unseren Feststellungen jedoch **insgesamt** als **ordnungsgemäß zu beurteilen**. (Tz. 7.1.1.3)

Eine **begleitende Prüfung der Inventur** zum 30.06.2020, deren Nacharbeiten durch die Stadtkämmerei sich bis Mitte 2023 hinzogen, **führte zu** – für den Einzelfall – **bedeutenden Feststellungen**. (Tz. 7.1.1.4)

Das **Inventar entspricht,** mit Ausnahme der unter Tz. 7.2 dokumentierten Beanstandungen, **insgesamt den Grundsätzen ordnungsmäßiger Inventarisierung.**



Das **Umsetzungsprojekt zur Modernisierung des Rechnungswesens** war bis Mitte 2024 geplant. Im Projektverlauf kam es speziell in den Teilprojekten 2, 3 und 4 zu Verzögerungen. Das Teilprojekt 1 (Zentralisierung Forderungsmanagement) war bereits in 2024 intern abgeschlossen. Mit Beginn des Haushaltsjahres 2025 gelten die Teilprojekte 3 (Dezernatscontrolling) und 4 (Dienststellen mit eigener Rechnungsführung) ebenfalls als intern abgeschlossen. Das Teilprojekt 2 (SCC) steht vor dem Abschluss. Der zusammenfassende Abschlussbericht wurde für 2025 angekündigt. (Tz. 7.1.2)



Die Vielzahl der, von der Stadt mit Dritten eingegangenen, Verträge bergen hohe Risiken. Die Stadt Frankfurt am Main verfügt nach wie vor über **kein (zentrales/IT-gestütztes) Vertragsmanagement. Ein Vertragscontrolling ist nur eingeschränkt möglich**. **Die Vollständigkeit der Anhangsangaben kann von uns weiterhin nicht bestätigt werden.** (Tz. 7.1.2.2, Tz. 7.2.5.1, Tz. 7.2.5.6, Tz. 7.2.5.8, und Tz. 8)

Wir heben daher abermals die Wichtigkeit dieses Themas hervor und empfehlen dem Magistrat eindringlich, ein Projekt zur Einführung eines zentralen IT-gestützten Vertragsmanagementsystems und damit zur Umsetzung der Etatanträge E 118 sowie E 221 zu initiieren (auf den B 349 vom 13.09.2024 wird jedoch verwiesen).



Im Haushaltsjahr 2023 wurden von der Stadtkämmerei drei Muster für Zuwendungsbescheide entwickelt. An einer Verbesserung der Auffindbarkeit im Intranet wird gearbeitet. Ende 2024 wurde dem Revisionsamt von der Stadtkämmerei der Entwurf für eine Neufassung der *„Allgemeine Richtlinien für die Gewährung städtischer Zuwendungen“* (Zuwendungsrichtlinie) zur Vorabstimmung vorgelegt. Die weitere Vorgehensweise befindet sich in Abstimmung. Die mit Beschluss § 7006 vom 28.01.2021 von der Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat beauftragte **Einführung einer datenbankbasierten Anwendung zur Gewährung von Zuschüssen und Zuwendungen (Zuwendungsdatenbank)** wurde im Berichtsjahr vom Magistrat immer noch nur innerhalb des Finanzdezernats „vorbereitet“ (siehe zuletzt den 7. Zwischenbericht B 474 vom 18.12.2023). (Tz. 7.1.2.3)

Eine Entscheidung über die weitere Vorgehensweise bzw. die Einrichtung eines ämter-/dezernatsübergreifenden Projektes wurde immer noch nicht getroffen. Wir begrüßen die Annahme des E 221 „*Digitales Vertrags- und Fördermittelmanagement*“ vom 06.06.2024 und hoffen auf positive Auswirkungen. (Auf den zugehörigen B 349 vom 13.09.2024 wird jedoch verwiesen.)

Aus der Prüfung der in 2023 abgebildeten Geschäftsvorfälle ergeben sich (wie in den Vorjahren) grundsätzliche Bemerkungen im Bereich der Bilanzierung des Sachanlagevermögens und der Sonderposten. Insbesondere in den bauenden Fachämtern sollte durch **(geänderte) organisatorische Maßnahmen über die Ausgestaltung der Arbeits- und Kommunikationsprozesse** Abhilfe geschaffen werden. (Tz. 7.1.2.4)

Wir empfehlen, bereits in den jeweiligen **Rundmails zur Aufstellung der Haushalte** an die Dezernate und Ämter, diese auf die **Anwendung der Abgrenzungsrichtlinie** sowie **weitere städtische Regelungen** hinzuweisen.

Die **Abgrenzungsrichtlinie** sollte außerdem **in regelmäßigen Abständen aktualisiert** und an **Neuerungen** angepasst werden.

Die zentrale Anlagenbuchhaltung der Stadtkämmerei erhält die für die Buchungen erforderlichen Informationen weiterhin nicht immer zeitnah. Es kommt deshalb z. B. zu **verspäteten Aktivierungen oder Abgängen** der Anlagegüter.



Das Stadtplanungsamt und die Stadtkämmerei sind weiterhin gehalten, die Differenzen zwischen dem Vorsystem „proDoppik“ zur **Verwaltung der Wohnungsbaudarlehen** und dem Hauptbuch SAP ERP FI-GL im Posten A.1.3.6 „Sonstige Ausleihungen“ aufzuklären und zu bereinigen, entweder durch Nachaktivierung im Hauptbuch oder durch Korrektur des Vorsystems „proDoppik“, da das Hauptbuch SAP ERP FI-GL das führende System ist. (Tz. 7.1.2.5)



Das **Forderungsmanagement** der Stadt Frankfurt am Main wurde im Rahmen des Projekts „Zukunftsfähigkeit des städtischen Rechnungswesens sichern“ als „Teilprojekt 1“ überwiegend im Kassen- und Steueramt zentralisiert (siehe Tz. 7.1.2.1). Hierdurch soll eine fachgerechte und jederzeit gesamtstädtisch nachvollziehbare einheitliche Handhabung der bestehenden Forderungen erreicht werden. Das Teilprojekt 1 wurde im Berichtsjahr konzeptionell abgeschlossen. Seit Herbst 2023 erfolgt der verwaltungsweite Roll-out. (Tz. 7.1.2.6 b))



In der vom ABI verwalteten PG 34.04 **„Grundstücks- und Gebäudemanagement“** ist nach unserer (seit der Jahresabschlussprüfung 2016 getroffenen) Feststellung weiterhin kein geordnetes Forderungsmanagement – bereits für den ersten Schritt der Forderungsentstehung – eingerichtet. (Tz. 7.1.2.6 c))

Bei der Implementierung der **CAFM-Software im ABI**, weisen wir auf die Notwendigkeit der **Einbeziehung der Finanzstützprozesse inklusive der Schnittstellen** in die SAP-Debitorenbuchhaltung („Ende-zu-Ende“-Prozessdefinition) hin. Wir empfehlen hier zudem dringend, die notwendigen **personellen Ressourcen im ABI aufzubauen** sowie das IT-gestützte Vertragsmanagement zu implementieren.



Bei **Beschaffungs-/Bestellvorgängen** erfolgt **keine systemseitige Budgetkontrolle** über die Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln. Diese ist durch den Bestellenden manuell vor Versand der Bestellung vorzunehmen. (Tz. 7.1.2.7)

Die **Bearbeitung von Kreditorenrechnungen** erfolgt inzwischen mehrheitlich digital. Zum Ende des Berichtsjahres arbeiten 52 von 59 Rechnungsführungen produktiv mit dem neuen System xFlow. **Die Umstellung/Anbindung der restlichen Ämter ist weiterhin bis 2025 geplant.**



Beim **Klinikum Höchst** wird nach unseren Kenntnissen das alte A-Gebäude (Bettenhochhaus) seit 2024 abgerissen, nachdem der Neubau (neues A-Gebäude) in 2023 eingeweiht wurde. Daher hätten die Restbuchwerte zum Jahresabschluss 2023 abgeschrieben werden müssen. **Dies ist auf Grund unklarer Zuständigkeiten für den Geschäftsbereich „0540“ (Klinikum Höchst) unterblieben.** (Tz. 7.2.1.2 Posten A.1.2.2)

Die bilanzierten Anlagen sind nicht mehr werthaltig und werden mit 5,8 Mio. € in die Umbuchungsliste aufgenommen.



Die seit 2007 angewendete „**Bewertungssystematik für Beteiligungen**“ wurde von uns seit mehreren Jahren beanstandet. Wir begrüßen, dass die Stadtkämmerei ein neues Bewertungskonzept erarbeitet, mit uns abgestimmt und erstmalig für den Jahresabschluss 2023 angewendet hat. (Tz. 7.2.1.2 Posten A.1.3.1, A.1.3.3)

	Das dem Verein Friends of MOMEM e. V. im Jahr 2019 gewährte Darlehen von 500 T€ erachten wir als nicht werthaltig und empfehlen eine vollständige Einzelwertberichtigung mit dem nächsten Jahresabschluss 2024.	(Tz. 7.2.1.2 Posten A.1.3.6)
	Bewertet mit einem handelsrechtlichen Diskontierungszinssatz würde die **Pensions- und Beihilferückstellung** zum Bilanzstichtag anstatt 1.785 Mio. € gar 3.117 Mio. € betragen. Zur Finanzierung der Rückstellungen für Neuverbeamtung und der Versorgungsrücklage **werden zwar Finanzanlagen getätigt, jedoch nicht in dem notwendigen Maß**. Die **Pensionslasten** werden somit auf zukünftige Generationen verlagert. Die **Deckungsquote** der Finanzanlagen **sollte** im Verhältnis zu den Pensionsrückstellungen nachhaltig **verbessert werden**.	(Tz. 7.2.1.2, Posten P.3.1)
!	Aufgrund der Bilanzierungsvorschriften des § 16 GemHVO sind im Posten P.3.2 „Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse“ **keine Rückstellungen für steuerliche Rückzahlungsrisiken (einschließlich solcher im Zusammenhang mit sogenannten Cum/Cum- und Cum/Ex-Aktien-Transaktionen) passiviert**. Es wird über diese (regelkonform) lediglich im Anhang in Ziffer 7.5.5.3 über „*Weitere Sachverhalte von vermögensrechtlicher Bedeutung*“ berichtet.	(Tz. 7.2.1.2 Posten P.3.2)
	Unsere Prüfungsfeststellungen haben zu einem **per Saldo um 3,9 Mio. € geringerem Jahresergebnis** geführt.	(Tz. 7.2.1.2 Posten P.1.3.2;
	Das ordentliche Ergebnis betreffen hiervon rund 2 Mio. €, weil **noch nicht in der Ergebnisrechnung gebuchte Zahlungseingänge aus Miet- und Pachtverträgen** fehlen, welche zum Bilanzstichtag „noch“ in den sonstigen Verbindlichkeiten (P.4.9) passiviert sind.	Tz. 7.2.2.2 Posten P.1.3.2
	Das außerordentliche Ergebnis betreffen (in Summe) 5,8 Mio. €, was auf eine **fehlerhafte Bewertung einer Immobilie sowie einem ausgereichten Darlehen** zurückzuführen ist.	ER.28
	Die aus unseren Feststellungen resultierenden **Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2023** sind aus Anlage 1 und Anlage 2 ersichtlich und in den Tz. 7.2.1.2 für die Vermögensrechnung und Tz. 7.2.2.2 für die Ergebnisrechnung im Einzelnen erläutert.	Tz. 7.3 Tz. 8)

2 Inhalt und Umfang dieses Schlussberichts

Inhalt und Umfang dieses Schlussberichts nach § 128 Abs. 2 HGO (Schlussberichte 2023 – Teil I) spiegeln den Auftrag des Revisionsamts hinsichtlich der Prüfung des Jahresabschlusses der Kernverwaltung (§ 131 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 128 HGO) wider.

Wir berichten zunächst über

- die **Grundlage** unserer Jahresabschlussprüfung (Tz. 3),
- den **Prüfungsgegenstand**, **Art und Umfang der Prüfung** (Tz. 4) sowie
- den **Stand der Entlastungsverfahren** (Tz. 5).

In Tz. 6 berichten wir über die Prüfung der **Einhaltung des Haushaltsplanes** und des **Lage- und Rechenschaftsberichtes mit unseren Prüfungsfeststellungen**.

In Tz. 7 berichten wir über die **Prüfung des Jahresabschlusses 2023**.

Unser **Prüfungsurteil** über den Jahresabschluss 2023 der Kernverwaltung befindet sich in Tz. 8.

3 Prüfungsgrundlage

Die Prüfung des Jahresabschlusses gehört zu den **Pflichtaufgaben des Revisionsamts** nach § 131 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 128 HGO.

Das Revisionsamt hat nach § 128 Abs. 1 HGO den **Jahresabschluss** mit allen Unterlagen darauf zu prüfen, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
3. bei den Erträgen und Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,
4. die Anlagen zum Jahresabschluss vollständig und richtig sind,
5. der Jahresabschluss nach § 112 HGO ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde darstellt und
6. der Bericht nach § 112 Abs. 3 HGO eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gemeinde vermittelt.

4 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

4.1 Prüfungsgegenstand

Gegenstand unserer Prüfung waren der **Jahresabschluss 2023** sowie der **Lage- und Rechenschaftsbericht** der Stadt Frankfurt am Main, wie unter den Kapiteln 2 bis 8 (Seiten 8 bis 489) des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Frankfurt am Main abgebildet, einschließlich der **Buchführung** und des **Inventars**.

Die **Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit**

- von Haushaltswirtschaft und Buchführung,
- der Einhaltung des Haushaltsplans,
- der Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lage- und Rechenschaftsberichts sowie
- der uns erteilten Aufklärungen und Nachweise

trägt der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main als Verwaltungsbehörde gemäß § 66 Abs. 1 i. V. m. § 112 HGO.

Der Magistrat hat den Jahresabschluss 2023 am 26.04.2024 mit MB Nr. 428 aufgestellt. Außerdem hat er beschlossen, diesen nebst Lage- und Rechenschaftsbericht sowie Anlagen dem Revisionsamt zur Prüfung zuzuleiten sowie der Stadtverordnetenversammlung mittels der Vorlage M 52 vom 26.04.2024 zur Kenntnis zu geben.

Nach § 112 Abs. 5 HGO soll der Gemeindevorstand den Jahresabschluss innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufstellen. **Der Magistrat hat mit dem zuvor genannten Beschluss die gesetzliche Frist für den Zeitrahmen zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2023 eingehalten.**

Im Einzelnen wurden uns für das Haushaltsjahr 2023 folgende Unterlagen ausgehändigt:

- Haushaltsplan 2023,
- Jahresabschluss 2023,
- Listen über Niederschlagungen und Erlasse (ggf. Fehlanzeigen),
- Kopien der Bestätigungsvermerke der Geschäftsbereiche an die Stadtkämmerei,
- Kopien der Vollständigkeitserklärungen der Geschäftsbereiche an die Stadtkämmerei,
- von der Stadtkämmerei zum Jahresabschluss erstellte Arbeitsdateien mit Angaben zum konsumtiven und investiven Teil des Kernhaushalts und
- weitere individuell angeforderte Prüfungsnachweise.

Darüber hinaus besteht für die Prüferinnen und Prüfer des Revisionsamts die Zugriffsmöglichkeit auf die Finanzbuchführungssoftware (siehe Tz. 7.1.1.1), so dass eigenständig Abfragen bzw. Auswertungen aus der Finanzbuchhaltung erzeugt werden können.

4.2 Art und Umfang der Prüfung

Ausgehend von den Prüfungsaufgaben nach § 128 Abs. 1 HGO ergaben sich nachfolgend aufgeführte Konkretisierungen des Prüfungsstoffs und der Prüfungshandlungen.

4.2.1 Haushaltswirtschaft

4.2.1.1 Einhaltung des Haushaltsplans

Die Prüfung der Einhaltung des Haushaltsplans erfolgt gem. **§ 128 Abs. 1 Nr. 1 HGO**.

Der Haushaltsplan für das Jahr 2023 wurde als **Produktgruppenhaushalt** (§ 4 GemHVO) aufgestellt.[2] Die Haushaltsmittel wurden grundsätzlich den Dezernaten (Budgetbereiche) zur Bewirtschaftung im Sinne einer dezentralen Ressourcenverwaltung zugewiesen. In Einzelfällen gibt es auf der Ebene der PG spezielle Budgetierungsregeln, die beispielsweise Mittel zu Zwecken binden und somit nicht frei verfügbar sind.

Einen Überblick über die **Zuordnung der Produktgruppen des Haushalts zu den Dezernaten, Ämtern/Betrieben** zum 31.12.2023 gibt **Anlage 3**.

Die für die Ausführung des Produktgruppenhaushalts geltenden Budgetierungsregeln für Erträge/Aufwendungen und Einzahlungen/Auszahlungen sind in den „**Allgemeinen Bewirtschaftungsvorschriften**“ (ABV) zum Haushalt 2023 enthalten. Der Haushaltsplan für den Haushalt 2023 ist in zwei Bänden zusammengeführt. Zu den Regelungen der Budgetierung verweisen wir auf Tz. 6.1.5.

Für das Haushaltsjahr 2023 wurde kein **Nachtragshaushalt** verabschiedet. Nach unseren Feststellungen haben auch keine Sachverhalte im Sinne des § 98 HGO vorgelegen, die die Erstellung eines Nachtragshaushalts erfordert hätten.

Die Abschlussdaten der **Teilergebnisrechnung** und der **Teilfinanzrechnung** sind im Jahresabschluss 2023 nach **Produktbereichen** (PB) und **Produktgruppen** (PG) dargestellt.

Mit aussagebezogenen Prüfungshandlungen haben wir die Haushaltsdaten vor allem im Hinblick auf **Haushaltsüberschreitungen** nach PG auf der Ebene der ausgewählten Budgetbereiche (Dezernatsbudgets) betrachtet. Darüber hinaus wurde die Ordnungsmäßigkeit der Ermittlung von **Haushaltsresten** sowie die **Bildung von Budgetüberträgen** (siehe Ziffer 8.4 im Jahresabschluss 2023) geprüft.

[2] Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 3563 vom 20.07.2023 (M 46 „Entwurf Haushalt 2023 mit Finanzplanung und eingearbeitetem Investitionsprogramm 2023–2026“ vom 24.03.2023).

4.2.1.2 Sachliche und rechnerische Richtigkeit von Belegen

Die Prüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit von Belegen erfolgt nach **§ 128 Abs. 1 Nr. 2 HGO**. Für das Haushaltsjahr 2023 erfolgte dies in Stichproben, und zwar im Rahmen

- von belegorientierten Einzelprüfungen (auch im Rahmen von Kassenprüfungen) aus der Jahresprüfplanung für die Prüfjahre 2023 und 2024 (Tz. 4.1 des Teils IV der Schlussberichte 2023),
- von unterjährigen Tagesstichproben der Innenprüfung der Dezernate sowie
- der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses im engeren Sinne (Tz. 7).

4.2.1.3 Rechtmäßigkeitsprüfung der Haushaltswirtschaft und weitere Prüfungen nach der Revisionsordnung

Die Prüfung der Beachtung von rechtlichen Vorschriften bei den Erträgen / Einzahlungen, Aufwendungen / Auszahlungen und bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung erfolgt nach **§ 128 Abs. 1 Nr. 3 HGO**. Ferner sind für das Haushaltsjahr 2023 weitere Prüfungen i. S. d. Revisionsordnung durchgeführt worden. Der Auswahl adäquater Prüfbereiche lag eine Risikoanalyse bei der Erstellung der Jahresprüfplanung 2023 zugrunde.

Bei den Prüfungen standen Fragen der Prozessqualität, der **Ordnungsmäßigkeit** – wie der Aufbau und das Funktionieren interner Kontrollsysteme – sowie der **Wirtschaftlichkeit**, der **Zweckmäßigkeit** als auch der **Nachhaltigkeit** des Verwaltungshandelns im Vordergrund.

Wir haben auch Feststellungen getroffen, wenn offensichtlich geltende Vorschriften oder Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht beachtet wurden. Dies war jedoch nicht Ziel dieser Prüfungen.

Zu Feststellungen bei Haushalts- und Verwaltungsprüfungen, die das Haushaltsjahr 2023 betreffen oder im Kalenderjahr 2023 durchgeführt wurden, verweisen wir auf Tz. 4.1 des Teil IV der Schlussberichte 2023.

4.2.2 Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Vollständigkeit der Anlagen

Die Prüfung des Jahresabschlusses auf Vollständigkeit und Richtigkeit der Anlagen, sowie, ob durch ihn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt wird, erfolgt nach **§ 128 Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 5 HGO**.

4.2.2.1 Ausgangspunkt der Prüfung, Prüfungszeitraum und Prüfungsstandards

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und unter dem Datum vom 29.02.2024 mit einer Prüfungsbestätigung versehene **Vorjahresabschluss**.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung haben wir, mit Unterbrechungen, in den **Monaten April bis Dezember 2024** durchgeführt.

Sinngemäße Anwendung fanden – mangels Vorgaben in der HGO – die §§ 317, 320 und 321 HGB sowie die vom Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e. V. (IDR) in den IDR-Leitlinien und IDR-Prüfhilfen festgestellten **Grundsätze ordnungsmäßiger Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse**.

4.2.2.2 Prüfungsansatz zur Prüfung des Jahresabschlusses und des Lage- und Rechenschaftsberichtes

Wir haben die Prüfung **risikoorientiert**, jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung, so angelegt, dass **wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße** gegen Rechnungslegungsvorschriften, die sich auf die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Frankfurt am Main wesentlich auswirken, **mit hinreichender Sicherheit** erkannt werden.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom IDR festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren. Sie werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lage- und Rechenschaftsberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lage- und Rechenschaftsbericht.
- planen und führen wir Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten. Verstöße können betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lage- und Rechenschaftsberichtes relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen. Dies dient dazu, Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Stadt Frankfurt am Main abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Magistrat angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Magistrat dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben. Außerdem bewerten wir die Darstellung der dem Jahresabschluss zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse.

Ferner beurteilen wir, ob der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Frankfurt am Main vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lage- und Rechenschaftsberichtes mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Stadt Frankfurt am Main.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Magistrat dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lage- und Rechenschaftsbericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Magistrat zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

4.2.2.3 Prüffelder und Prüfungsschwerpunkte

Unter Berücksichtigung unserer Erkenntnisse aus der Prüfung vorhergehender Jahresabschlüsse und der Bewertung des **gesamtstädtischen Kontrollumfeldes**, konzentrierte sich die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 auf seine wesentlichen Bestandteile und Posten. Vor diesem Hintergrund haben wir **sechs Prüffelder** definiert und innerhalb derer die folgenden **Prüfungsschwerpunkte** festgelegt:

- **Prüffeld 1:** Nachweis, Ausweis und Bewertung geleisteter Investitionszuschüsse, erworbener Lizenzen, der Grundstücke und Gebäude, des Infrastrukturvermögens, der Betriebs- und Geschäftsausstattung und der Anlagen im Bau, insbesondere korrekte Abgrenzung von aktivierungspflichtigen Herstellungskosten und nicht aktivierungsfähigem Erhaltungsaufwand; Vollständigkeit, Erfassung und Bewertung der Sonderposten; **Schwerpunkte**: Prozesse im Bereich der Aufstellung des IPGs als Teil des Haushalts, Prozesse im Vollzug des IPGs sowie im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses in der Stadtkämmerei, im Stadtschulamt und im ABI.
- **Prüffeld 2:** Nachweis, Ausweis und Bewertung der Beteiligungen, der verbundenen Unternehmen sowie der Forderungen (einschließlich langfristiger Ausleihungen) und Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen und verbundenen Unternehmen, Finanzaufwendungen und -erträge; **Schwerpunkt**: Bilanzierung der in den Finanzanlagen (Ausleihungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht) ausgewiesenen Wohnungsbaudarlehen (Fortsetzung).

- **Prüffeld 3:** Nachweis, Ausweis und Bewertung der Wertpapiere, der sonstigen Ausleihungen, der Forderungen aus Steuern, Lieferungen und Leistungen und Transferzahlungen, der flüssigen Mittel, der Sonderposten für den Gebührenausgleich und der Kreditverbindlichkeiten sowie der damit zusammenhängenden Aufwendungen und Erträge; Finanzrechnung; **Schwerpunkt**: Bilanzierung der Forderungen im Umlaufvermögen.
- **Prüffeld 4:** Nachweis, Ausweis und Bewertung der personalbezogenen Rückstellungen, Nachweis der personalbezogenen Aufwendungen und Erträge; **Schwerpunkte**: Weiterentwicklung der Pensionsrückstellungen und der Pensionslasten sowie der Rückstellung für Verpflichtungen aus Lebensarbeitszeitkonten (LAK); weitere personalbezogene sonstige Rückstellungen.
- **Prüffeld 5:** Nachweis und Vollständigkeit der Erträge/Aufwendungen aus Transferleistungen sowie Nachweis, Ausweis und Bewertung der damit zusammenhängenden Forderungen/Verbindlichkeiten.
- **Prüffeld 6:** Nachweis und Vollständigkeit der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und für Zuweisungen und Zuschüsse; Nachweis, Ausweis und Bewertung der nicht-personalbezogenen Rückstellungen und der übrigen Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten.

4.2.2.4 Prüfungsnachweise, Vollständigkeitserklärung

Als **Prüfungsunterlagen** dienten uns Bücher, Inventare, Verträge, Konto- und Depotauszüge, Belege und sonstige Aufzeichnungen der Stadt Frankfurt am Main.

Gewünschte **Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise** haben wir bei den Bediensteten der Stadtkämmerei und bei den Bediensteten der die jeweiligen Sachverhalte betreffenden städtischen Fachämter eingeholt. Uns sind alle erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise – sofern nicht unter Tz. 4.3 „Wesentliche Prüfungshemmnisse“ abweichend dargestellt – bereitwillig erteilt worden.

Entsprechend der Rundmail der Stadtkämmerei zum Jahresabschluss 2023 vom 09.11.2023, hatten die Ämter und Betriebe diverse Angaben für die Erstellung des Anhangs (z. B. über ihre sonstigen finanziellen Verpflichtungen) sowie eine diesbezügliche **geschäftsbereichsbezogene „Vollständigkeitserklärung“** der Stadtkämmerei bis zum 14.02.2024 einzureichen. Das Formular hierfür wurde für 2023 überarbeitet. Mit dem Jahresabschluss 2023 ist die Abgabe des ehemaligen **Bestätigungsvermerks** zur Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit der Buchhaltung entfallen. **Die Vollständigkeitserklärungen wurden uns von der Stadtkämmerei als digitale Kopie zur Verfügung gestellt.**

Der Stadtkämmerer hat uns die Vollständigkeit von Buchführung, Jahresabschluss sowie Lage- und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2023 am 14.02.2025 **schriftlich bestätigt**.

4.2.2.5 Prüfungsfeststellungen

Unsere Feststellungen, die sich auf fehlerhafte Angaben in Vermögens- und Ergebnisrechnung beziehen, haben wir bei den Erläuterungen zu den geprüften Posten in Tz. 7.2 dargestellt. In **Anlage 1** haben wir diese in einer **Umbuchungsliste** zusammengefasst.

Anlage 2 zeigt die Auswirkungen auf die einzelnen Jahresabschlussposten. Gemäß dem Hinweis Nr. 3 zu § 114 HGO sind die in den Schlussbericht aufgenommenen Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes, die nach dem Beschluss der Gemeindevertretung als Korrekturen des Jahresabschlusses notwendig und umzusetzen sind, erst mit dem nächsten aufzustellenden Jahresabschluss vorzunehmen.

4.2.3 Berichterstattung im Lage- und Rechenschaftsbericht

Die Prüfung der Berichterstattung im Lage- und Rechenschaftsbericht haben wir gemäß **§ 128 Abs. 1 Nr. 6 HGO** vorgenommen.

Weiterhin haben wir die Ausführungen im **Lage- und Rechenschaftsbericht** über die Entwicklung in den PB (Ziffer 6.8 des Jahresabschlusses) analysiert. Hierbei wurde vor allem geprüft, ob die Darstellung für den jeweiligen PB ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Außerdem wurde geprüft, ob weitere Vorgänge bekannt waren, die im Lage- und Rechenschaftsbericht für den jeweiligen PB hätten erwähnt werden müssen.

Wie bislang auch, verbinden wir diese Prüfung mit unseren Feststellungen zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt und den dabei gewonnenen Erkenntnissen sowie ggf. aus unserer Sicht gebotenen Steuerungsmaßnahmen. Über die Ergebnisse berichten wir in Tz. 6.3.7.

Ferner beurteilten wir die Angaben

- zu den **Vorgängen von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind** (siehe Tz. 6.3.8),
- zur **voraussichtlichen Entwicklung mit Chancen und Risiken** (siehe Tz. 6.3.9) sowie
- zur Beurteilung der **dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit** im Finanzstatusbericht (siehe Tz. 6.3.10).

4.3 Wesentliche Prüfungshemmnisse

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2023 haben sich keine **Prüfungshemmnisse** ergeben.

5 Stand der Entlastungsverfahren

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wesentlichen Schritte im Rahmen des Entlastungsverfahrens gemäß § 114 HGO für die vier letzten Jahresabschlüsse auf:

Jahresabschlüsse/ Schlussberichte	Vorlage der Schlussberichte des Revisionsamtes zur Kenntnisnahme	Beratung im *Sonderausschuss für Controlling und Revision* sowie Haupt- und Finanzausschuss	Beschlussfassung und Entlastung durch Stadtverordnetenversammlung	öffentliche Bekanntmachung nach § 114 Abs. 2 HGO im Amtsblatt
2019	M 122 vom 23.08.2021	*25.10.2021* 08.11.2021	§ 841 vom 11.11.2021	Nr. 1/2 vom 11.01.2022 auf Seite 43 ff.
2020	M 136 vom 29.08.2022	*04.10.2022* 18.10.2022	§ 2402 vom 20.10.2022	Nr. 50 vom 13.12.2022 auf Seite 1685 ff.
2021	M 130 vom 07.08.2023	*11.09.2023* 26.09.2023	§ 3836 vom 28.09.2023	Nr. 1/2 vom 09.01.2024 auf Seite 16 ff.
2022	M 64 vom 13.05.2024	*27.05.2024* 11.06.2024	§ 4889 vom 13.06.2024	Nr. 27 vom 02.07.2024 auf Seite 492 ff.

5-1: Wesentliche Schritte im Rahmen des Entlastungsverfahrens

Die zeitliche Vorgabe des § 114 Abs. 1 HGO, wonach Feststellung und Entlastung innerhalb von zwei Jahren nach dem Abschlussstichtag zu erfolgen haben, wurde erstmals für den Jahresabschluss 2014 und seither jährlich eingehalten.[3]

Die Entwürfe der Schlussberichte werden seit 2019 ff. im Vorfeld mit dem Magistrat bzw. den Dezernaten abgestimmt, bevor sie zusammen mit dem Magistratsvortrag zur Feststellung der Jahresabschlüsse sowie über die Entlastung des Magistrats der Stadtverordnetenversammlung zugeleitet werden.

Durch diese Änderung konnte für 2019 bis 2021 jeweils eine Verkürzung der Beschlussfassung von einem Monat (in Summe drei Monate) bewirkt werden. Für die Schlussberichte 2022 konnte eine Beschlussfassung vor der Sommerpause 2024 und damit eine Verkürzung um weitere drei Monate erzielt werden.

Der Prozess zur öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt nach § 114 Abs. 2 HGO wurde für die Abschlüsse 2022 verbessert; die Veröffentlichung erfolgt kurz nach der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung.

[3] Aus Revisionssicht ist zum Entlastungsverfahren bei der Stadt Frankfurt am Main zu bemerken, dass der hessische Gesetzgeber mit einem Zeitraum von zwei Jahren nach dem Abschlussstichtag den Kommunen eine sehr großzügige Frist eingeräumt hat, sich mit den Abschlüssen und den Prüfungsergebnissen zu befassen; bei Kapitalgesellschaften wie der GmbH beträgt die Frist nur acht Monate (§ 42a Abs. 2 GmbHG).

6 Feststellungen zum Haushaltsplan und zum Lage- und Rechenschaftsbericht

Nachfolgend stellen wir unsere Prüfungsfeststellungen zum Jahresabschluss 2023 nach § 128 Abs. 1 Nr. 1 und 6 i. V. m. § 112 Abs. 3 und 4 Nr. 2 HGO dar.

6.1 Einhaltung des Haushaltsplans

6.1.1 Beschluss der Haushaltssatzung 2023

Mit Beschluss § 3563 vom 20.07.2023 hat die Stadtverordnetenversammlung die Haushaltssatzung zum Haushalt 2023 (M 46 vom 24.03.2023) beschlossen und damit den Haushaltsplan festgesetzt (§§ 94 ff. HGO). Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 weist damit aus:

im Ergebnishaushalt	**in Mio. €**
im ordentlichen Ergebnis	
einen Gesamtbetrag der Erträge von	4.730,6
einen Gesamtbetrag der Aufwendungen von	4.792,9
im außerordentlichen Ergebnis	
einen Gesamtbetrag der Erträge von	0,0
einen Gesamtbetrag der Aufwendungen von	0,0
ein Jahresergebnis von	-62,3
im Finanzhaushalt	
einen Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	217,9
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	72,3
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	822,7
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	748,0
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	137,0
einen Zahlungsmittelbedarf von	78,6

6.1.2 Genehmigungserlass der Aufsichtsbehörde; Rechtskraft

Aufsichtsbehörde für die Stadt Frankfurt am Main ist das Innenministerium des Landes Hessen.

Die erforderliche **Genehmigung der Aufsichtsbehörde** zu den Festsetzungen in den §§ 2, 3 und 4 der Haushaltssatzung (Kreditaufnahmen, Verpflichtungsermächtigungen und Liquiditätskredite) für das Haushaltsjahr 2023 **wurde am 20.11.2023 erteilt** (§ 97a HGO i. V. m. § 102 Abs. 4, § 103 Abs. 2 und § 105 Abs. 2 HGO).

Diese Genehmigung erfolgte vor dem Hintergrund der bestehenden ordentlichen Rücklage unter der Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung der Steuererträge bis einschließlich September 2023 (Ziffer II. 5.). Jedoch macht das Innenministerium **umfangreiche Vorgaben** für eine Genehmigung des Folgehaushalts 2024.

Die Aufsichtsbehörde hat die Genehmigung mit **aufsichtlichen Hinweisen** zur Ausführung des Haushalts für die Jahre 2022/2023 verbunden (Ziffer III.), wonach *„die Haushaltswirtschaft [...] gem. § 92 Abs. 2 HGO sparsam und wirtschaftlich zu führen [...] ist“.*

Ferner weist die Aufsichtsbehörde zwar darauf hin, dass gem. § 21 GemHVO nicht verbrauchte **Haushaltsmittel übertragen** werden können (siehe Tz. 6.1.8). Die von der Stadt zunächst vorgelegten ABV waren bezüglich dieser Vorschrift aus Sicht der Aufsichtsbehörde aber zu umfassend und daher anzupassen (siehe Tz. 6.1.3).

Im Genehmigungserlass stellt die Aufsichtsbehörde fest, dass der **Ergebnishaushalt** 2023 und auch die Ergebnishaushalte der Folgejahre des Finanzplanungszeitraums den Vorgaben des § 92 Abs. 5 Nr. 1 HGO aufgrund durchgängig negativer Jahresergebnisse nicht entsprechen. Die Festsetzungen des **Finanzhaushalts** für das Jahr 2023 entsprachen aufgrund eines ausreichenden Liquiditätsbestandes den Vorgaben des § 92 Abs. 5 Nr. 2 HGO; der Finanzhaushalt gilt als ausgeglichen. Für den gesamten Planungszeitraum (2023 bis 2026) ergab sich ein kumuliertes Defizit. Daher musste nach § 92a Abs. 1 HGO ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) beschlossen werden (siehe Tz. 6.1.4). Ferner weist die Aufsichtsbehörde darauf hin, das geplante Investitionsvolumen zu hinterfragen und auf das „*leistbare Maß anzupassen*“ (Ziffer II., Nr. 3).

Die **öffentliche Bekanntmachung** über die Auslegung der Haushaltssatzung der Stadt Frankfurt am Main für das Haushaltsjahr 2023 mit ihren Anlagen erfolgte im Amtsblatt Nr. 49 vom 05.12.2023 auf Seite 1479 ff. unter Hinweis auf die Auslagestellen (§ 97 Abs. 4 HGO).

Nach erfolgter Auslage erlangte der Haushalt 2023 am 15.12.2023 **Rechtskraft**. Bis dahin waren die Regelungen zur vorläufigen Haushaltsführung (siehe Tz. 6.1.6) anzuwenden.

Die verwaltungsseitige **Bekanntgabe des Genehmigungserlasses** vom 20.11.2023 erfolgte gegenüber der Stadtverordnetenversammlung mit M 222 vom 08.12.2023.

6.1.3 Allgemeine Bewirtschaftungsvorschriften

Mit Rechtskraft des Haushalts wurden gemäß § 8 der Haushaltssatzung die ABV in Kraft gesetzt. Bis dahin galten formell die ABV des rechtskräftigen Haushalts des Vorjahres fort.

Nach den ABV kann die Anwendung der Hinweise zur HGO bzw. der Hinweise zur GemHVO durch die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan sowie Rundschreiben des Dezernats VI – Finanzen, Beteiligungen und Personal – und der Stadtkämmerei oder durch Anweisungen des Stadtkämmerers den jeweiligen städtischen Aufgaben und Bedürfnissen angepasst werden.

Dem Finanzdezernat wurden somit auch für das Haushaltsjahr 2023 umfängliche Gestaltungsmöglichkeiten seitens der Stadtverordnetenversammlung eingeräumt.

Wir haben keine Erkenntnisse, dass diese sachfremd genutzt wurden.

Mit dem in Tz. 6.1.1 genannten § 4191 vom 14.12.2023 hat die StVV zugleich angepasste ABV für den Haushalt 2023 beschlossen. Somit konnte der vom damaligen HMdIS[4] mit Erteilung der Haushaltsgenehmigung geforderten Anpassung der ABV unmittelbar entsprochen werden. Zu Einzelheiten verweisen wir auf Tz. 6.1.5.

6.1.4 Haushaltssicherungskonzept

Für das Haushaltsjahr 2023 wurde mit M 93 vom 16.06.2023 ein „*Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2023 gemäß § 92a HGO*“ (HSK) vorgelegt.

Mit Beschlussziffer 5 wurde das über den Jahresabschluss 2022 ermittelte, verbesserte ordentliche Ergebnis 2022 über eine Erhöhung des Bestandes an ordentlichen Rücklagen im Haushaltsplan 2023 berücksichtigt.

Mit Beschlussziffer 8 wurde das in Anlage 1 beigefügte HSK einschließlich der Anlage 2 (**Konsolidierungsmaßnahmen im Ergebnishaushalt**) und Anlage 3 (**Konsolidierungsmaßnahme im Investitionsprogramm und Finanzhaushalt**) beschlossen.

Im **Ergebnishaushalt** ergeben sich hiernach ab dem Haushaltsjahr 2024 bis 2026 Entlastungen von kumuliert 115,8 Mio. € sowie im **Finanzhaushalt** im Haushaltsjahr 2026 Entlastungen von 12,0 Mio. €. Dabei handelt es sich um **verbindliche Festlegungen** über Konsolidierungsmaßnahmen im Ergebnis- und Finanzhaushalt.

Die Aufsichtsbehörde hat mit ihrem o. g. Genehmigungserlass vom 20.11.2023 das vorgelegte HSK für das Haushaltsjahr 2023 nicht genehmigt. Nach Ziffer 4 der Genehmigung enthält das HSK „*nur teilweise konkrete Maßnahmen, die geeignet eine Ergebnisverbesserung zwingend herbeiführen*“[5]. Damit erfüllt das HSK die gesetzlich[6] vorgegebenen Mindeststandards nicht. Die Genehmigung des Haushalts 2023 wurde dennoch erteilt. In ihre Genehmigung ließ die Aufsichtsbehörde auch die Angaben zum Jahresabschluss 2022, insbesondere zur Liquidität und zum Stand der Liquiditätskredite sowie die aktuelle (Steuer-)Entwicklung des Jahres 2023 einfließen.

---

[4] Seit 19.01.2024: Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (HMdI).
[5] I. S. d. §§ 92, 92a HGO.
[6] Vgl. § 97a Nr. 2 i. V. m. § 97 Abs. 3 HGO.

Zu einzelnen vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen (über 2,0 Mio. €) im Ergebnishaushalt (Anlage 2) merken wir folgendes an:

Status	PG	Maßnahme	Mehrerträge in Mio. €	Anmerkungen des Revisionsamtes
	13.01	Neuausschreibung **Werberechte**	> 2,0 ab 2025	Der alte Werberechtsvertrag läuft noch bis 2025; die Wirkung tritt somit frühestens ab 2026 ein. Mit § 5193 vom 19.09.2024 (M 116 vom 30.08.2024) wurde beschlossen, die kommerziellen Werberechte der Stadt und der VGF an die SWFH zur gemeinsamen Ausschreibung zu übertragen. Der gem. Ziffer VIII. mit der SWFH abzuschließende **Werberechte-Übertragungsvertrag ist noch nicht endverhandelt**. Er wurde daher **noch nicht der StVV zur Beschlussfassung vorgelegt**. Es verbleibt nur das Jahr 2025 für die Neuausschreibung.
	17.01	**Gewinnausschüttung ABG**	> 2,3 ab 2024	Im Rahmen der Wirtschaftsplangespräche 2025 wurde der ABG diese Maßnahme des HSK mitgeteilt. Die Gewinnausschüttungen der ABG lagen in 2022 und 2023 bei 8,1 Mio. €. Die Ausschüttung in 2024 betrug 11,1 Mio. €. Für die Jahre 2025 bis 2027 sind Gewinnausschüttungen in mindestens gleicher Höhe geplant.
	98.06	Mitwirkungen bei **Betriebsprüfungen**	> 5,0 ab 2024	Die vorgeschlagenen Maßnahmen wurden bisher nicht aufgegriffen. Für den Stellenplan 2026 werden Stellenneuschaffungen angestrebt.
	98.06	Ausweitung des **Tourismusbeitrags** auf geschäftliche Übernachtungen	> 10,2 ab 2024	Mit § 5031 vom 11.07.2024 (M 83 vom 21.06.2024) wurde die **1. Satzung zur Änderung der Tourismusbeitragssatzung** beschlossen. Aufgrund der quartalsweisen nachschüssigen Abrechnung wirkt die Steigerung der Einnahmen erst ab 2025. Die mit dem HSK für 2024 geplanten Erlöse sind daher nicht realisiert worden. Steigende Übernachtungszahlen haben zwar zu einer Steigerung beigetragen. Erst ab 2025 schöpft die Stadt das Potenzial der Änderung des KAG für den Tourismusbeitrag aus.
	21.05	Erhöhung der **Eintrittspreise des Zoologischen Gartens**	> 2,0 ab 2024	In der Magistratssitzung am 26.01.2024 erfolgte eine Rückstellung der Beschlussvorlage zur Erhöhung der Eintrittspreise. Zu unserer Sachstandsanfrage wurde uns von Seiten des Zoos mitgeteilt, dass die Vorlage durch das Dezernat nicht eingereicht wurde. Die Erträge waren im Vergleich zum Vorjahr rückläufig.
	11.05	**Bußgeldkatalog** / stärkerer Personaleinsatz	> 2,0 ab 2024	Der neue Bußgeldkatalog ist seit 09.11.2021 in Kraft.

Status	PG	Maßnahme	Mehrerträge in Mio. €	Anmerkungen des Revisionsamtes
				Für die Jahre 2024 bis 2027 sind im Haushalt Planwerte von 14,4 bis 15,1 Mio. € veranschlagt. Die im HSK geplanten Mehrerträge sind darin enthalten. Nach Auskunft des Straßenverkehrsamts sind diese auch realisierbar.
	16.03	Erhöhung der **Sondernutzungsgebühren** Gastronomie und Baustellen	> 2,0 ab 2024	Mit § 4566 vom 21.03.2024 (M 16 vom 08.03.2024) wurde die **Neufassung der Sondernutzungssatzung** beschlossen. Gegenwärtig befindet sich eine Beschlussvorlage zur Anpassung des Gebührenverzeichnisses im Geschäftsgang (M 23 vom 07.02.2025).
	11.04, 11.05	Erhöhung der **Parkgebühren**	> 3,0 ab 2024	Mit § 3615 vom 20.07.2023 (M 99 vom 16.06.2023) wurde die **Neufassung der Parkgebührensatzung** sowie der **Erlass einer Verordnung für das Bewohnerparken** beschlossen.
	22.10	Reduzierung der Erstattung an **Gebührenhaushalt Friedhof** (grünpolitischer Wert von 40 % auf 30 %)	> 2,3 ab 2025	Mit § 5549 vom 12.12.2024 (M 164 vom 08.11.2024) wurde die **Änderung der FBGO** beschlossen. Hierbei wurde jedoch keine Möglichkeit gesehen, den Wert des Friedhofs für das öffentliche Interesse zu reduzieren. Insoweit war diese Festlegung im HSK nicht umsetzbar.

6-1: Umsetzungsstand von Maßnahmen des HSK 2023 im Ergebnishaushalt

Auch wenn das HSK für das Jahr 2023 nicht genehmigt wurde, sind aus unserer Sicht die einzelnen Punkte mit Hinblick auf § 93 HGO[7] dennoch grundsätzlich umzusetzen.

Der Magistrat hat in 2024 bereits diverse Maßnahmen umgesetzt oder begonnen. Bei den noch nicht begonnenen Maßnahmen empfehlen wir eine baldige Umsetzung.

6.1.5 Regelungen der Budgetierung

Die mit der Einführung des neuen Steuerungsmodells ab dem Haushaltsjahr 2002 gültigen **Regelungen der Budgetierung wurden auch im Haushaltsjahr 2023 angewendet**. Über die ABV (siehe Tz. 6.1.3) werden diese mittels **Budgetierungsmerkmalen (BGM)** umgesetzt, welche auch die Grundlagen zur Bildung von Sollveränderungen und Budgetüberträgen (siehe Tz. 6.1.8) sind. Diese Merkmale entsprechen Haushaltsvermerken und sind als Teil der ABV Bestandteil der Haushaltssatzung.

Jedem Konto des Ergebnishaushalts ist jeweils ein BGM zugeordnet. Eine Übersicht ist als Anlage 2a zum M 46 vom 24.03.2023 beigefügt. Die ABV enthalten tabellari-

[7] § 93 HGO regelt die Grundsätze der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen. Hiernach besteht folgende Rangfolge: a. Sonstige Erträge und Einzahlungen, b. Entgelte für die städtischen Leistungen, c. Steuern, d. Kredite.

sche Übersichten über die **Regelungen der Deckungsfähigkeit sowie Übertragbarkeit** und sind im Produkthaushalt 2023 veröffentlicht. Diese Festlegungen gelten allgemein als verbindlich, sofern im Einzelfall keine abweichende Regelung getroffen wurde.

Erstmals war für 2023 beabsichtigt, eine budgetbereichsübergreifende Deckung bzw. die Veränderung von Budgets im gegenseitigen Einvernehmen der zuständigen Dezernenten sowie Umschichtungen (zwar innerhalb der Budgetbereiche aber über Budgetmerkmale hinweg bei geänderter Schwerpunktsetzung) vorzunehmen.

Die Regelungen der Budgetierung wurden jedoch durch die Aufsichtsbehörde im Rahmen der Genehmigung des Haushalts 2023 als zu weitgehend kritisiert. Die ABV wurden deshalb noch im Dezember 2023 rückwirkend für 2023 mit § 4191 vom 14.12.2023 (M 222 vom 08.12.2023) angepasst und beschlossen.[8]

6.1.6 Vorläufige Haushaltsführung

Wie in Tz. 6.1.1 erläutert, waren die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 99 HGO bis zum 15.12.2023 zu beachten und anzuwenden.

Die Stadtkämmerei erinnerte mit Rundmail vom 25.01.2023 an die Regelungen zur vorläufigen Haushaltsführung. Hiernach darf die Gemeinde nach § 99 Abs. 1 HGO nur die finanziellen Leistungen erbringen, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die die drei Kriterien „Weiterführung einer bereits bestehenden Aufgabe“, „Notwendigkeit“ und „Unaufschiebbarkeit“ erfüllen. Die Ausweitungen bestehender Leistungen oder die Wahrnehmung neuer Maßnahmen im Ergebnishaushalt sowie der Beginn neuer Investitionsmaßnahmen sind während der vorläufigen Haushaltsführung nicht zulässig. Ergänzend wies die Stadtkämmerei auf das zwingende Gebot einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung hin.

In ihrem Genehmigungserlass zum Haushalt 2023 weist die Aufsichtsbehörde unter II. „*1. Erläuterungen zum Genehmigungsverfahren zur Haushaltssatzung der Stadt Frankfurt am Main für das Haushaltsjahr 2023*“ darauf hin, dass die Stadt Frankfurt am Main die gesetzliche Vorgabe nach § 97 Abs. 3 Satz 2 HGO, „wie in den Vorjahren, erneut nicht eingehalten“ hat. Danach soll die Vorlage der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Haushaltssatzung, mit ihren Anlagen, spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen. Weiter hat die Stadt darauf hinzuwirken, „dass Aufstellung und Beschlussfassung im vorgesehenen zeitlichen Rahmen“ erfolgen sollen. Außerdem erfolgt seitens der Aufsichtsbehörde der Hinweis, dass bis zur Rechtskraft gemäß § 97 Abs. 4 HGO die vorläufige Haushaltsführung gilt.

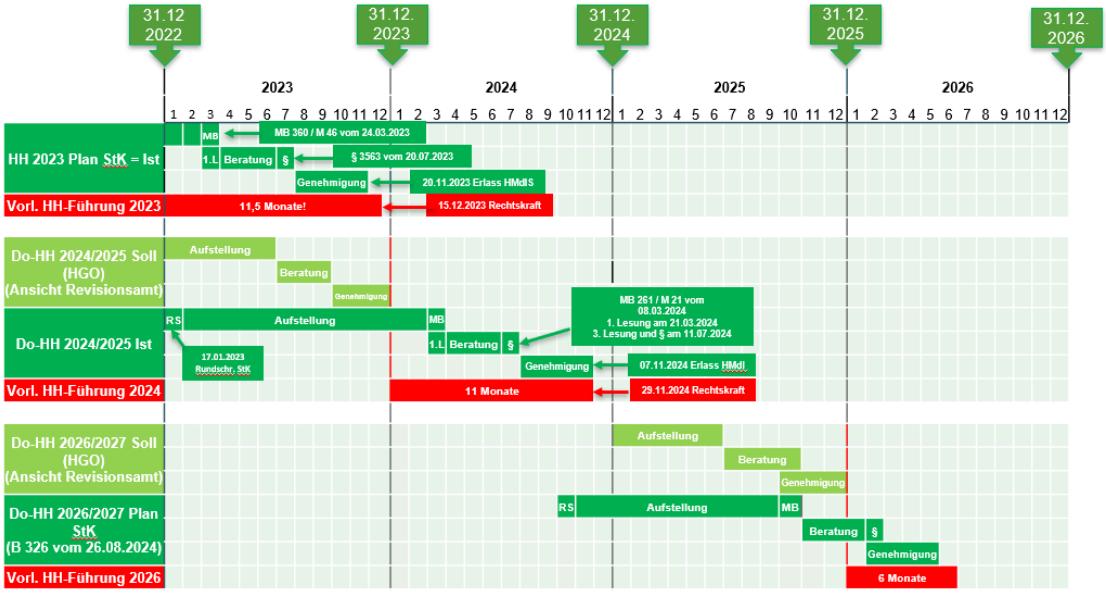
Die regelmäßig späte Vorlage der Haushaltssatzung schränkt zunächst den vollständigen Haushaltsvollzug, wie z. B. die Besetzung neugeschaffener Stellen oder die Leistung bestimmter Auszahlungen, ein.

[8] Vgl. auch Tz. 6.1.8.

Auch der Hessische Rechnungshof merkte dies im Rahmen der 222. Vergleichenden Prüfung an, dass die späte Vorlage der Haushaltssatzung die Möglichkeit einschränkt, **den Haushalt als Steuerungsinstrument zu nutzen**.[9]

Ursächlich für die regelmäßig verspätete Haushaltsgenehmigung und die dadurch bedingte lange Zeit der vorläufigen Haushaltsführung sind zum einen die Abhängigkeit zur Aufstellung und zu den Genehmigungen der vorhergehenden Haushalte und zum anderen die zu langen Zeiträume in den Ablaufplanungen.[10] [11] Diese werden u. a. durch die Ergebnisse von Kommunalwahlen und den davon anhängigen Koalitionsverhandlungen mitbestimmt.

Die folgende Übersicht zeigt den Zeitablauf für den Aufstellungsprozess der Doppelhaushalte 2024/2025 sowie 2026/2027 im Ist bzw. Plan. Diesen werden die nach HGO grundsätzlich wünschenswerten Zeiten und Fristen gegenübergestellt:



6-2: Haushaltsplanaufstellungsprozess Doppelhaushalte 2024/2025 sowie 2026/2027[12]

Wir erwarten, dass eine Dauer der vorläufigen Haushaltsführung von elf Monaten für 2022, nahezu zwölf Monaten für 2023 und fast elf Monaten für 2024 Ausnahmen bleiben. Da der Haushalt 2025 im Doppelhaushalt 2024/2025 bereits

---

9 Vgl. Präsident des Hessischen Rechnungshofes, Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften, Großstädtebericht, 222. Vergleichende Prüfung: „Haushaltsstruktur 2020: Großstädte", Ziffer 2.8.1.

10 Der interne „Ablaufplan Haushalt 2023" vom 22.07.2022 sieht z. B. die Verabschiedung des Etats in 3. Lesung durch die Stadtverordnetenversammlung für Juli 2023, d. h. um mindestens ein halbes Jahr verspätet vor!

11 Der interne „*Ablaufplan Doppelhaushalt 2024/2025*" vom 17.01.2023 sieht die Verabschiedung des Etats in 3. Lesung durch die Stadtverordnetenversammlung für März 2024, d. h. um mindestens ein viertel Jahr verspätet vor!

12 Der Haushaltsplanaufstellungsprozess für den Doppelhaushalt 2026/2027 wurde anhand des veröffentlichten Rundschreibens der Stadtkämmerei vom 03.09.2024 sowie des B 326 vom 26.08.2024 dargestellt.

enthalten ist und genehmigt wurde[13], entfällt für 2025 die vorläufige Haushaltsführung.

Der Prozess der Haushaltsplanaufstellung für den Doppelhaushalt 2026/2027 hat bereits im September 2024 begonnen. Ein Terminplan zum weiteren Verfahren ist noch ausstehend, da bislang noch keine Zielwerte seitens des Magistrats festgelegt wurden. Aktuell wird von einer Beschlussfassung im Februar 2026[14] ausgegangen. Somit wird voraussichtlich abermals keine gesetzeskonforme Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2026/2027 erreicht. Das Eintreten der Rechtskraft des Doppelhaushalts ist im ersten Halbjahr 2026 zu erwarten.

Eine Auswertung des Revisionsamts ergab, dass im Jahr 2023 „Sonderzahlungen Juni bzw. Oktober“ für **Tagespflegefamilien** von insgesamt rund 625 T€ geleistet wurden. Aus Revisionssicht erfolgte diese Auszahlung ohne eine satzungsgemäße und auch ohne eine haushaltsrechtliche Grundlage. Bei einer zeitgerechten Beschlussfassung und Genehmigung des Haushalts wäre zumindest die haushaltsrechtliche Beordnung dieser Auszahlungen sichergestellt gewesen.

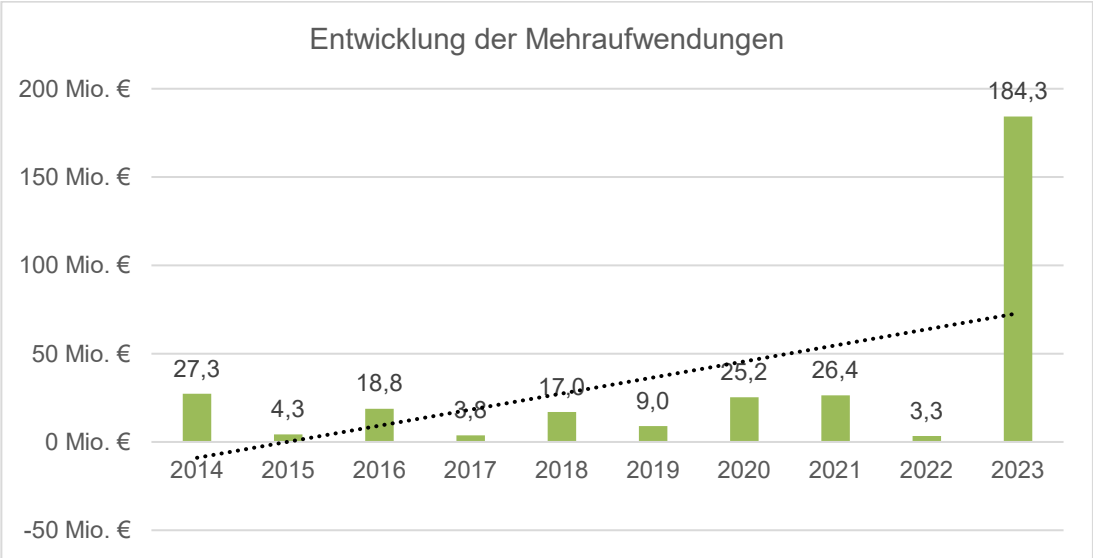
Im Übrigen verweisen wir auch auf Tz. 4.4.2 im Teil IV der Schlussberichte 2023.

6.1.7 Genehmigung von Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen

In Ziffer IX. des MB Nr. 428 vom 26.04.2024 (Ziffer VII. des M 52 vom 26.04.2024; § 4878 vom 13.06.2024) zum Jahresabschluss 2023 ist in einer Aufstellung dokumentiert, dass im **Ergebnishaushalt** insgesamt Mehraufwendungen von 184,3 Mio. €[15] genehmigt wurden. Für Budgetüberschreitungen, die sich stadtweit auf 162,1 Mio. € summieren, wäre gemäß § 100 Abs. 1 Satz 3 HGO jeweils eine gesonderte Vorlage der Fachbereiche zwingend erforderlich gewesen. Insbesondere im Hinblick auf die gesetzlich geforderte und fachliche Darlegung der Unabweisbarkeit und Unvorhersehbarkeit. Der Deckung wurde gemäß Anlage 2 zum M 52 von der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt.

[13] Vgl. B 436 vom 02.12.2024.
[14] Vgl. B 326 vom 26.08.2024 (zum E 222 „*Haushalt rechtzeitig aufstellen*“ vom 06.06.2024).
[15] Bei den unterjährig beschlossenen Mehraufwendungen handelte es sich um einen Zuschuss zur Sicherung des Fortbestands der Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH (9,0 Mio. €) sowie Mehrbedarfe für die Folgen des Klimawandels und die Erfordernisse der Klimaanpassung, die Nutzungsintensität der Grün- und Freiflächen mit einhergehender Vermüllung u. a. (13,2 Mio. €).

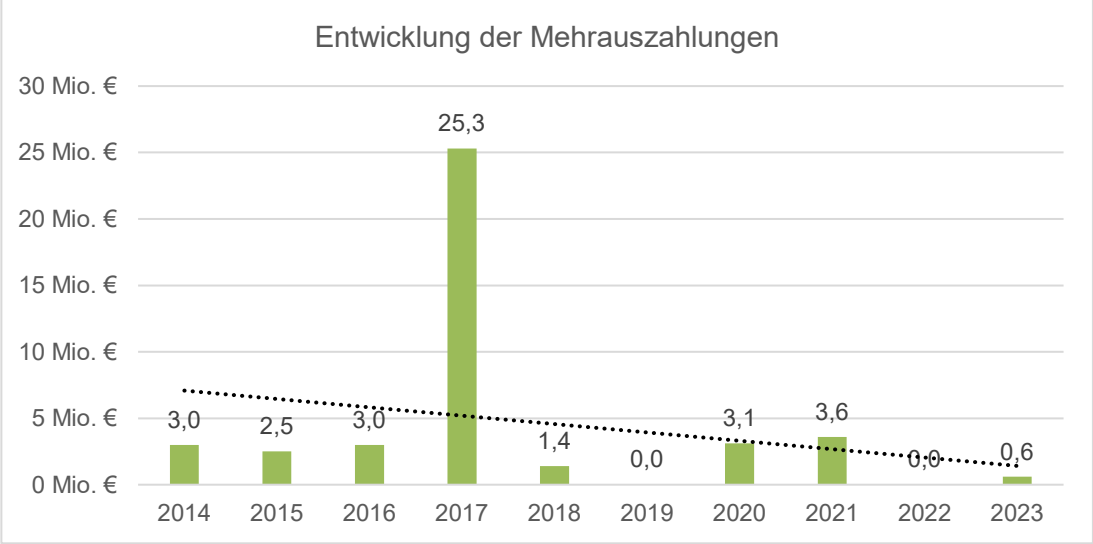
Die **Mehraufwendungen im Ergebnishaushalt** haben sich wie folgt entwickelt:



6-3: Entwicklung der Mehraufwendungen im Ergebnishaushalt

Die in Anspruch genommenen Mehraufwendungen beliefen sich im Jahr 2023 auf 184,3 Mio. €. Sie lagen somit deutlich über dem Niveau der Vorjahre.

Im **Finanzhaushalt** wurden mit Beschluss § 2690 vom 15.12.2022 (M 214 / 2022) i. V. m. § 4878 vom 13.06.2024 (M 52 /2024, Ziffer VI.) **Mehrauszahlungen** von 600 T€ zugelassen und in 2023 in Anspruch genommen. Die Mehrauszahlungen haben sich wie folgt entwickelt:



6-4: Entwicklung der Mehrauszahlungen im Finanzhaushalt[16]

[16] Bei den Mehrauszahlungen in 2017 i. H. v. 25,3 Mio. € handelte es sich um die Zuführung in die Kapitalrücklage der Kliniken Frankfurt-Höchst GmbH (19,4 Mio. €) sowie die Gesamtsanierung des Gesellschaftshauses im Palmengarten (5,9 Mio. €).

Mit der Aufnahme dieser Ausführungen in den Vortrag M 52 zum Jahresabschluss 2023 vom 26.04.2024, ist der Magistrat seiner Berichtspflicht gemäß § 100 Abs. 1 HGO gegenüber der Stadtverordnetenversammlung nachgekommen.

6.1.8 Ermittlung und Bildung von Budgetüberträgen

Die Grundlagen zur Ermittlung und der Bildung von Budgetüberträgen gemäß § 21 GemHVO sind in den ABV zum Haushalt 2023 in Tz. 6.1.5 konkretisiert.

6.1.8.1 Budgetüberträge im Ergebnishaushalt

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der mit Ablauf des Haushaltsjahrs 2023 ermittelten bzw. die für das Jahr 2024 neu gebildeten Budgetüberträge im Ergebnishaushalt nach den 21 PB:

PB	Bezeichnung	Haushaltssoll Aufwendungen (2023)	Budget-überträge (nach 2024)	Anteil gebildete Überträge am Haushaltssoll
		in Mio. €	in Mio. €	in %
10	Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten	20,1	3,5	**17,4**
11	Ordnung und Sicherheit	123,2	4,1	3,3
12	Brandschutz und Rettungsdienst	124,3	0,0	0,0
13	Stadtplanung	27,6	0,6	2,2
14	Geoinformation und Grundstücksordnung	19,1	0,2	1,0
15	Bauaufsicht und Denkmalschutz	23,8	0,3	1,3
16	Nahverkehr und ÖPNV	295,7	18,9	6,4
17	Wohnen	27,0	0,8	3,0
18	Soziales	1.353,0	2,9	0,2
19	Gesundheit	55,6	3,3	5,9
20	Bildung	868,7	**22,8**	2,6
21	Kultur, Freizeit und Sport	257,3	10,0	3,9
22	Umwelt	315,4	3,8	1,2
30	Büro OB/Betreuung der Gremien	31,3	2,3	7,3
31	Finanzen	44,0	4,2	9,5
32	Personal und Organisation	166,5	21,8	13,1
33	Revision und Recht	15,3	0,0	0,0
34	Grundstücks- und Gebäudemanagement	80,6	1,9	2,4
35	Zentrale Dienste	52,5	7,4	14,1
36	Wirtschaftsförderung	23,9	0,7	2,9
98	Zentrale Finanzwirtschaft	806,1	79,0	9,8
		4.731,0	**188,5**	**4,0**

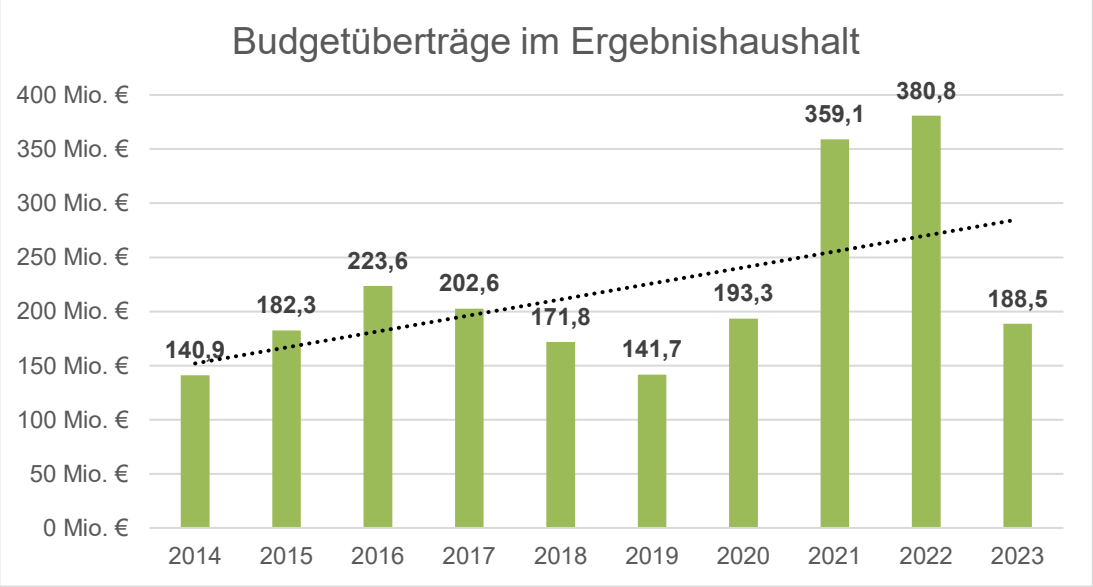
6-5: Budgetüberträge im Ergebnishaushalt nach PB

Im Jahresabschluss 2023 erfolgt in Ziffer 8.4.1 eine Aufschlüsselung nach Dezernaten und Budgetierungsmerkmalen.

Insgesamt wurden im Ergebnishaushalt 2023 Budgetüberträge von 188,5 Mio. € gebildet. Das sind 192,3 Mio. € oder rund 50 % weniger als im Vorjahr (380,8 Mio. €).

Der PB 10 „Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten“ hat mit 17,4 % den höchsten Anteil an Budgetüberträgen im Verhältnis zum Haushaltssoll. Der PB 20 „Bildung“ weist mit 22,8 Mio. € erneut den größten neu gebildeten Rest aus.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der mit Ablauf des genannten Jahres gebildeten Budgetüberträge für das Folgejahr für die letzten zehn Jahre:



6-6: Entwicklung der Budgetüberträge im Ergebnishaushalt (Aufwendungen)

Durch die nach den ABV vorgenommene Übertragung der nicht verbrauchten Mittel des Ergebnishaushalts wurde der dezentralen Ressourcenverantwortung grundsätzlich Rechnung getragen.

Mit M 61 vom 28.04.2023 (§ 3595 vom 20.07.2023) „*Jahresabschluss 2022 inklusive Finanzcontrollingbericht 2022*“ wurde gemäß Ziffer III. bis V. von den Ende 2022 festgestellten Budgetüberträgen von 380,8 Mio. € für einen Teilbetrag von 109,1 Mio. € eine **haushaltswirtschaftliche Sperre** i. S. d. § 107 HGO beschlossen. Mit Beschluss über den M 116 vom 14.07.2023 im Magistrat, wurde am 20.07.2023 diese Sperre durch die Stadtverordnetenversammlung mit § 3639 aufgehoben und eine Verwendung dieser Budgetüberträge zur Finanzierung besonderer Maßnahmen genehmigt.

Von der Aufsichtsbehörde wurde im Genehmigungserlass vom 20.11.2023[17] zum Haushalt 2023 diese weitreichende Auslegung der gesetzlichen Übertragungsmöglichkeiten moniert:

„Wiederholt auftretende Übertragungen von Haushaltsmitteln in erheblichem Umfang sind, unter dem Gesichtspunkt einer sorgfältigen Haushaltsplanung, kritisch zu sehen. Insbesondere, wenn Übertragungen außerhalb der haushaltsrechtlichen Vorgaben erfolgen. …

Das Haushaltsrecht sieht in § 21 GemHVO die Übertragbarkeit von nicht verbrauchten Haushaltsmitteln vor. Dabei ist zu beachten, dass dies nicht uneingeschränkt erfolgen darf. Die Allgemeinen Bewirtschaftungsvorschriften der Stadt Frankfurt am Main müssen die rechtlichen Vorgaben der GemHVO sowie der hierzu erlassenen Hinweise berücksichtigen. Die aktuelle Fassung der o.g. Bewirtschaftungsvorschriften legt diese Vorgaben zu weit aus, und ist daher anzupassen. Im Rahmen des Haushaltsvollzuges des Jahres 2023 kann nur auf solche Mittelübertragungen zurückgegriffen werden, die den gesetzlichen Vorgaben entsprechen bzw. aufgrund von Bewirtschaftungsvorschriften erfolgten, die im Einklang stehen mit den Vorgaben des § 21 GemHVO nebst Hinweisen hierzu.

Vor dem Hintergrund der geltenden Planungsgrundsätze und dem Gesichtspunkt einer sorgfältigen Haushaltsplanung, sind wiederholt auftretende Übertragungen von Haushaltsmitteln in erheblichem Umfang kritisch zu sehen. Dies gilt sowohl im Ergebnis als auch im Finanzhaushalt.“

In Folge dessen hat der Magistrat mit M 222 „*Genehmigung sowie Auflagen und Hinweise der Aufsichtsbehörde zur Haushaltssatzung der Stadt Frankfurt am Main für das Haushaltsjahr 2023 sowie zu den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe für das Wirtschaftsjahr 2023 mit Anpassung der Allgemeinen Bewirtschaftungsvorschriften zum Haushalt 2023*“ vom 08.12.2023 eine **rückwirkende Änderung der ABV für das Haushaltsjahr 2023** auf den Weg gebracht (Ziffer 3.).

Ferner sieht der M 222 in Ziffer 4 vor, dass die am 20.07.2023 mit § 3595 **beschlossenen Budgetüberträge von 109,1 Mio. €** nur insoweit zur Bewirtschaftung freigegeben sind, wie sie der Weiterführung bereits 2022 begonnener Maßnahmen und der Fortführung laufender Verwaltungstätigkeit dienen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat den M 222 mit § 4191 vom 14.12.2023 beschlossen.

Weitere Vorlagen zur gezielten Verwendung von gebildeten Budgetüberträgen (M 179 vom 16.10.2023 [§ 4318 vom 01.02.2024], M 189 vom 30.10.2023 [§ 4319 vom 01.02.2024] und M 195 vom 10.11.2023 [§ 4341 vom 01.02.2024]) waren durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Ausschusses für Controlling und Revision bis zur nächsten turnusmäßigen Sitzung zurückgestellt. Nach einem Schreiben des Stadtkämmerers vom 22.01.2024, wurden diese Vorlagen vom Hauptamt (Büro des Magistrats) am 23.01.2024 zurückgezogen.

[17] Siehe M 222 vom 08.12.2023 (§ 4191 vom 14.12.2023).

6.1.8.2 Budgetüberträge im Finanzhaushalt

Die folgende Tabelle zeigt die nach den 21 PB ermittelten bzw. die für das Jahr 2024 neu gebildeten Budgetüberträge im investiven Bereich[18]:

PB	Bezeichnung	Haushaltssoll (2023)	Budgetüberträge (nach 2024)	absolute Abweichung	Überträge im Verhältnis zum Haushaltssoll
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
10	Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten	0,2	1,3	1,1	650,0
11	Ordnung und Sicherheit	3,2	3,0	-0,2	93,8
12	Brandschutz und Rettungsdienst	12,7	23,2	10,5	182,7
13	Stadtplanung	133,5	187,8	54,3	140,7
14	Geoinformation und Grundstücksordnung	0,3	0,1	-0,2	33,3
15	Bauaufsicht und Denkmalschutz	0,2	0,1	-0,1	50,0
16	Nahverkehr und ÖPNV	150,3	340,0	**189,7**	226,2
17	Wohnen	0,3	0,3	0,0	100,0
18	Soziales	2,4	14,8	12,4	616,7
19	Gesundheit	8,5	24,9	16,4	292,9
20	Bildung	219,8	282,4	62,6	128,5
21	Kultur, Freizeit und Sport	47,1	114,2	67,1	242,5
22	Umwelt	51,4	92,9	41,5	180,7
30	Büro OB/Betreuung der Gremien	0,8	15,2	14,4	**1.900,0**
31	Finanzen	26,3	22,1	-4,2	-
32	Personal und Organisation	4,6	24,1	19,5	523,9
33	Revision und Recht	0,1	0,4	0,3	400,0
34	Grundstücks- und Gebäudemanagement	35,3	63,1	27,8	178,8
35	Zentrale Dienste	10,6	11,3	0,7	106,6
36	Wirtschaftsförderung	17,9	29,8	11,9	-
98	Zentrale Finanzwirtschaft	24,9	47,7	22,8	191,6
		750,4	**1.298,7**	**548,3**	**173,1**

6-7: Budgetüberträge im Finanzhaushalt nach PB

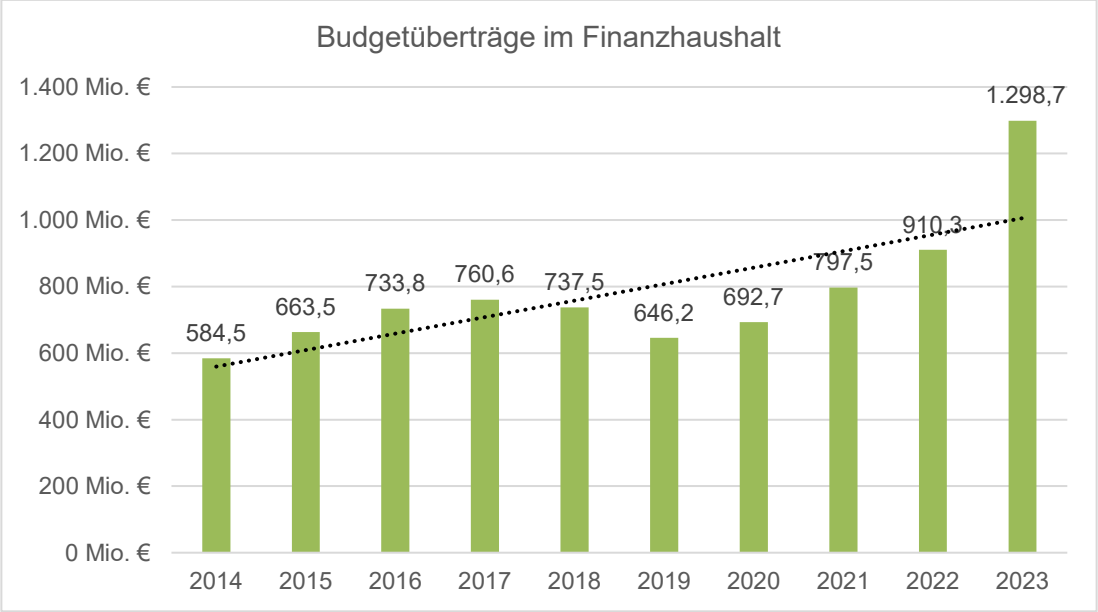
Die Budgetüberträge in das Jahr 2024 (rund 1,3 Mrd. €) überschreiten das Haushaltssoll für 2023 um 548,3 Mio. € oder um rund 73 %.

Die **höchsten Budgetüberträge in Relation zum Haushaltssoll** weist der PB 30 „Büro OB/Betreuung der Gremien“ auf. Sie betragen fast das 19-fache des Haushaltssolls. Die größten absoluten Budgetüberträge wurden im PB 16 „Nahverkehr und ÖPNV“ gebildet mit 189,7 Mio. €.

[18] Saldo der investiven Ausgaben, Einnahmen aus Desinvestitionen sowie erhaltenen Zuschüssen von Dritten; ggf. zurückgezahlten Zuschüssen.

Im Jahresabschluss 2023 erfolgt unter den Übersichten in Ziffer 8.4.2 eine Aufschlüsselung nach Dezernaten und Investitions- bzw. Finanzierungsaspekten.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der jährlichen Budgetüberträge in den letzten zehn Jahren:



6-8: Entwicklung der Budgetüberträge im Finanzhaushalt (Auszahlungen)

Die Summe der im Finanzhaushalt 2023 gebildeten Budgetüberträge (rund 1,3 Mrd. €) hat sich gegenüber dem Vorjahr (910,3 Mio. €) um 388,5 Mio. € oder um 42,7 % erhöht.

Die Einhaltung der Budgets des investiven Bereichs und damit auch die Bildung der Budgetüberträge wurden anhand der Daten des Investitionscontrollings festgestellt. Bei dieser Betrachtung ist es möglich, zusätzlich zu den Zahlungsströmen (Einzahlungen und Auszahlungen) – entsprechend der Vorgehensweise beim Ergebnishaushalt – auch bereits eingebuchte Forderungen und Verbindlichkeiten (Einnahmen und Ausgaben) zu berücksichtigen. **Wir nehmen zur Kenntnis, dass hierdurch von der Darstellung des Gesamtfinanzhaushalts und der Teilfinanzhaushalte gemäß § 3 GemHVO abgewichen wurde, welcher auf Einzahlungen und Auszahlungen abstellt.**

Auch die im Finanzhaushalt gebildeten Budgetüberträge sind aus Revisionssicht bedenklich.

Die wiederholt auftretende Übertragung von Haushaltsmitteln wird von der Aufsichtsbehörde auch bei den Auszahlungen kritisch gesehen.

6.1.9 Einhaltung des Stellenplans

Der Stellenplan (§ 5 GemHVO) ist Teil des Haushaltsplans (§ 95 Abs. 3 Satz 2 HGO und § 1 Abs. 1 GemHVO). Vom Revisionsamt ist zu prüfen, ob der Stellenplan eingehalten wurde (§ 128 Abs. 1 Nr. 1 HGO).

Über die Einhaltung des Stellenplans wird im Jahresabschluss 2023 in Ziffer 6.5.2.1 im Zusammenhang mit der Erläuterung der Personalaufwendungen berichtet. Dort werden für die letzten zehn Bilanzstichtage die tatsächlich besetzten Planstellen den **Planstellen gemäß Stellenplan** gegenübergestellt. Die Tabelle im Jahresabschluss nennt zudem die **Stellenbesetzungsgrade** zu den einzelnen Stichtagen als Verhältnis von besetzten Stellen zu Planstellen.

Die Zahlen haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

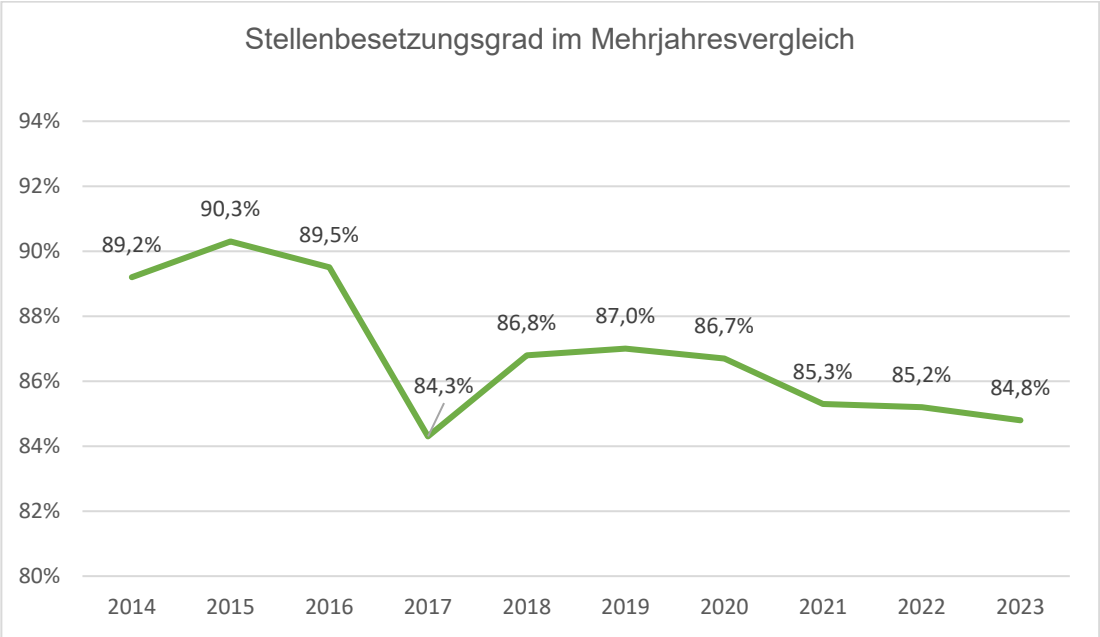
Stichtag	Tatsächlich besetzte Planstellen		Zahl der Planstellen gemäß Haushaltsplan		Stellenbesetzungsgrad	
	zum Stichtag	Veränd. ggü. Vj.	zum Stichtag	Veränd. ggü. Vj.	zum Stichtag	Veränd. ggü. Vj.
	in Stellen	in Stellen	in Stellen	in Stellen	in %	in %-Punkten
31.12.2014	7.946,11	+ 111,06	8.904,31	- 0,1	89,2	+ 1,3
31.12.2015	8.037,02	+ 90,91	8.902,31	- 2,0	**90,3**	+ 1,0
31.12.2016	8.113,46	+ 76,44	9.063,31	+ 161,00	89,5	- 0,8
31.12.2017	8.127,89	+ 14,43	9.639,15	+ 575,84	84,3	- 5,2
31.12.2018	8.366,71	+ 238,82	9.643,99	+ 4,84	86,8	+ 2,4
31.12.2019	8.576,33	+ 209,62	9.855,01	+ 211,02	87,0	+ 0,3
31.12.2020	8.688,51	+ 112,18	10.024,52	+ 169,51	86,7	- 0,4
31.12.2021	8.764,04	+ 75,53	10.279,15	+ 254,63	85,3	- 1,4
31.12.2022	8.844,34	+ 80,30	10.378,65	+ 99,50	85,2	- 0,0
31.12.2023	9.022,70	+ 178,36	10.644,65	+ 266,00	84,8	- 0,5

6-9: Entwicklung der Beschäftigtenzahl und des Stellenbesetzungsgrads

Es ist ein Planstellenzuwachs von 2014 bis 2023 von rund 1.740 Stellen festzustellen, während die tatsächlich besetzten Stellen von 2014 bis 2023 um 1.076 Stellen zugenommen haben. Daraus folgt, dass von den zusätzlich geschaffenen Stellen nur 61,8 % der Stellen tatsächlich besetzt werden konnten. Entsprechend folgt aus einem Stellenzuwachs nicht automatisch auch ein Personalzuwachs in gleicher Höhe.

Zum 31.12.2023 ist der Stellenbesetzungsgrad gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % gesunken. Von seinem höchsten Wert Ende 2015 von 90,3 % ist er mit 84,8 % weit entfernt.

Die Entwicklung des Stellenbesetzungsgrads stellt sich grafisch wie folgt dar:



6-10: Stellenbesetzungsgrad im Mehrjahresvergleich

Bezogen auf die im Haushalt 2023 ausgebrachten 10.644,65 Planstellen **würde ein Stellenbesetzungsgrad von 90,3 % bedeuten, dass rund 587 Stellen zusätzlich hätten besetzt werden müssen**. Um einen Stellenbesetzungsgrad von 100 % zu erreichen, hätten sogar 1.621,95 Stellen besetzt werden müssen.

Im Jahresabschluss werden als Faktoren eines schwankenden Besetzungsgrads u. a. die Zahl der Beschäftigten ohne Bezüge auf Planstellen, die Zahl der Beschäftigten in Teilzeit, Personalfluktuation, Wiederbesetzungssperren sowie die Dauer von Auswahl- und Besetzungsverfahren genannt. Ferner wird darauf hingewiesen, dass der Haushalt 2023 erst zum 15.12.2023 Rechtskraft erlangt hat und eine Besetzung der 261 neugeschaffenen Stellen erst ab diesem Zeitpunkt möglich war.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 3563 vom 20.07.2023 wurde der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 mit den Veränderungen aus den beschlossenen Etatanträgen und mit Beschluss § 3565 der Stellenplan 2023 (M 43 vom 24.03.2023) beschlossen.

Wir haben die Zahl der **Planstellen gemäß Stellenplan 2023 mit den im Jahresabschluss 2023** ausgewiesenen Werten verglichen. Weiterhin haben wir die Zahl der **Planstellen gemäß Stellenplan 2023 mit einer Auswertung aus dem Stellenverwaltungssystem (SVS)** zum Stichtag 31.12.2023 verglichen und in beiden Fällen **Übereinstimmung festgestellt**.

Der Stellenplan 2023 wurde eingehalten.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 2600 vom 26.04.2018 wurde der Magistrat u. a. beauftragt, analog zu den Berichten zur Ausführung des Haushalts ein unterjähriges Berichtswesen einzuführen, das die Entwicklung des Personalbestands bzw. die Ausführung des Stellenplans aktuell und mittelfristig darstellt.

Diese Berichtspflicht zur Ausführung des Stellenplans in der Gemeindeverwaltung wurde erstmals mit dem Bericht B 83 vom 08.03.2019 zum Stand 31.12.2018 umgesetzt. Der „**Bericht zur Ausführung des Stellenplans und zur Entwicklung des Personalbestands (E 3) Jahresbericht 2023“**, als Grundlage für ein strategisches Personalmanagement und -controlling, wurde der Stadtverordnetenversammlung als B 224 vom 03.06.2024 zur Kenntnis gegeben.

6.1.10 Einhaltung des Haushaltsplans

Die unterjährige Bewirtschaftung des Haushalts 2023 und die Arbeiten zum Jahresabschluss 2023 erfolgten insgesamt ordnungsgemäß entsprechend der haushaltsrechtlichen Vorgaben. **Die Einhaltung des Haushaltsplans – bestehend aus Gesamthaushalt, Teilhaushalten und Stellenplan – kann somit insgesamt bestätigt werden.**

6.2 Aufstellung des Jahresabschlusses

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main hat den Jahresabschluss 2023 gemäß MB Nr. 428 vom 26.04.2024 wie folgt aufgestellt:

Vermögensrechnung	**in €**
Bilanzsumme	18.413.925.551,90
Jahresergebnis nach Zuführungen zu und Entnahmen aus zweckgebundenen Rücklagen der rechtlich unselbständigen Stiftungen	
Ergebnis	391.529.481,99
davon:	
Ordentliches Jahresergebnis nach Rücklagen	240.561.439,81
Außerordentliches Jahresergebnis nach Rücklagen	150.968.042,18
Finanzrechnung	
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus **Verwaltungstätigkeit**	451.778.824,29
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus **Investitionstätigkeit**	-350.892.467,01
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus **Finanzierungstätigkeit**	117.022.918,49
Saldo aus **haushaltsunwirksamen Vorgängen** (einschl. Liquiditätskredite)	-56.750.563,62
Zahlungsmittelüberschuss	161.158.712,15
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahrs	633.976.486,25

Unter Ziffer IV. wird im MB Nr. 428 ausgeführt, dass in den Ergebnissen die vorgeschriebenen Zuführungen zu und Entnahmen aus zweckgebundenen Rücklagen der Gebührenbereiche und rechtlich unselbständigen Stiftungen bereits enthalten sind.

Die Veränderungen des Ergebnisses durch die **Zuführungen zu und Entnahmen aus Rücklagen** sind im doppischen Rechnungswesen als **Ergebnisverwendungsbuchungen** zu betrachten. Diese erfolgten nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung über die Vorlage M 52 vom 26.04.2024 (§ 4878 vom 16.06.2024) im Haushaltsjahr 2024.

Der Überschuss des Jahresergebnisses nach Rücklagen, der aus dem Saldo der ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen (inkl. Finanzergebnis) resultiert (**ordentliches Ergebnis**), wird gem. Ziffer V. des MB Nr. 428

mit 240.561.439,81 €

der „Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ zugeführt.

Stand der ordentlichen Rücklagen inklusive des Überschusses 2023	817.858.429,23 €

Der Überschuss des Jahresergebnisses nach Rücklagen, der aus dem Saldo der außerordentlichen Erträge und außerordentlichen Aufwendungen resultiert (**außerordentliches Ergebnis**), wird

mit 150.968.042,18 €

gegen den vorgetragenen Verlust verrechnet.

Kumulierter Fehlbetrag inklusive des Überschusses 2024	-29.386.407,48 €

6.3 Stellungnahme zum Lage- und Rechenschaftsbericht

Wir verweisen hierzu auf Kapitel 6 des Jahresabschlusses.

6.3.1 Zusammenfassende Darstellung der Haushaltslage

Hinsichtlich der in Ziffer 6.2 des Jahresabschlusses vorgenommenen zusammenfassenden Darstellung der Haushaltslage des Magistrats, sind aus unserer Sicht folgende Kernaussagen hervorzuheben:

- Die **Ergebnisrechnung 2023** schließt mit einem Jahresüberschuss von 391,5 Mio. € ab. Im Vergleich zum IST des Vorjahrs, ist dies eine Erhöhung um rund 359 Mio. €. Ursache für das gegenüber der Planung bessere Ergebnis ist im Kern eine deutlich bessere Entwicklung der Gewerbesteuererträge.
- In der **Finanzrechnung 2023** war ein **Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit** von 451,8 Mio. € zu verzeichnen. Hierin spiegelt sich die (gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz) deutliche Verbesserung des Ergebnishaushalts wider. Aus **Investitionstätigkeiten** ergab sich per Saldo ein **Zahlungsmittelbedarf** von (gegenüber dem fortgeschriebenen Plan) lediglich 350,9 Mio. €, so dass sich der daraus resultierende **Zahlungsmittelüberschuss** von 100,9 Mio. € positiv auf die investiven Kreditaufnahmen auswirkte. Unter Berücksichtigung von erforderlichen Auszahlungen für Tilgungen, wurden **Zahlungsmittel aus Finanzierungstätigkeit** von lediglich 117,0 Mio. € herangezogen.
- Der **investive Schuldenstand** erhöhte sich von 2,5 Mrd. € auf 2,6 Mrd. € (siehe auch Tz. 6.3.5.2). Der Stand der **Liquiditätskredite** zum Jahresende konnte von 92 Mio. € auf 40 Mio. € reduziert werden (siehe auch Tz. 6.3.5.4).

Die Ausführungen des Magistrats vermitteln – gemessen am Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses – eine zutreffende Vorstellung von der Haushaltslage der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2023.

6.3.2 Stand der Aufgabenerfüllung mit den Zielsetzungen und Strategien

6.3.2.1 Allgemeines

In den Teilhaushalten des Produkthaushaltsplans sind **produktorientierte Leistungsziele** anzugeben (§ 4 Abs. 2 und § 10 Abs. 3 GemHVO). Dies hat unter Berücksichtigung des einsetzbaren Ressourcenaufkommens und des voraussichtlichen Ressourcenverbrauchs sowie von **Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung** zu erfolgen.

Zweck dieser Regelung ist die Idee der **Steuerung des Verwaltungshandelns über Ziele und Zielvereinbarungen** und die Möglichkeit, die Umsetzung der Ziele bzw. die Zielerreichung mit Hilfe von **messbaren Kennzahlen** besser nachprüfen zu können (Hinweis Nr. 4 zu § 4 GemHVO).

Gemäß § 51 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO soll der **Rechenschaftsbericht** auch Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung mit den (im Produkthaushalt dargestellten) Zielsetzungen und Strategien enthalten.

6.3.2.2 Umsetzung in Frankfurt am Main

a) Produkthaushalt, Trimesterberichte und Jahresabschluss

Im **Produkthaushalt** werden in Band 2 vereinzelt bei den Darstellungen zu den PG qualitative Ziele und Leistungskennzahlen angegeben. Einen Überblick über die PB und PG des Haushalts zum 31.12.2023 gibt **Anlage 3**.

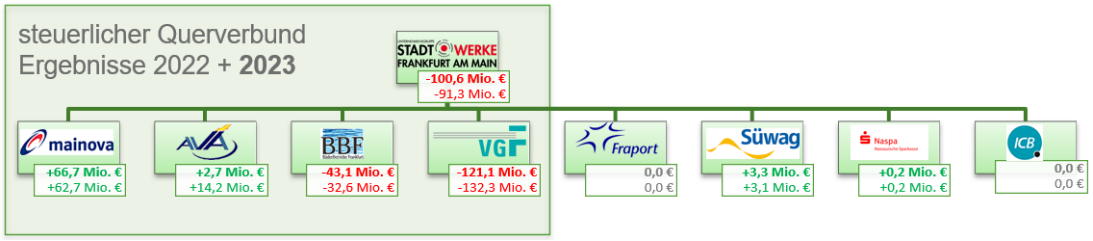
In den „unterjährigen Berichten zur Ausführung des Haushalts“ (**Trimesterberichte**) sowie im **Jahresabschluss** erfolgen Gegenüberstellungen von Soll- und Ist-Werten der Kennzahlen, jeweils zusammengefasst in tabellarischer Form (siehe b)).

Zur Gliederung des Haushalts **merken wir – wie in den Vorjahren – an**, **dass die gewählte Struktur des Haushaltsplans der Stadt Frankfurt am Main** mit den 21 PB **nicht dem Produktbereichsplan nach dem Muster 11 zu § 4 Abs. 2 der GemHVO entspricht.[19] Eine Anpassung ist bisher unterblieben, da dies – auch aus unserer Sicht – einen relativ hohen Arbeitsaufwand verursachen würde.**

Ferner merken wir an, dass bestimmte städtische Leistungen entweder nicht oder nur unzureichend im Haushaltsplan der Stadt Frankfurt am Main dargestellt werden. Es existiert beispielsweise keine PG, die das von der BBF „bereitgestellte“ zuschussbedürftige Bäderwesen „repräsentiert“. Der ÖPNV wird nur eingeschränkt „dargestellt“, da über die PG 16.10 „traffiQ (Treuhandbereich)“ nur ein Teil der „Betriebskosten“ des ÖPNV (Bus und Schiene) erfasst bzw. abgebildet werden.

[19] Das Muster gem. GemHVO umfasst 16 verbindlich festgelegte PB und 113 PG. Im Muster 11 wird z. B. der PB 18 „Soziales“ als PB 05 „Soziale Leistungen“ vorgegeben. Hierzu ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Frankfurter Produkthaushalt konzipiert wurde, bevor der Produktbereichsplan des Landes über die GemHVO in Kraft trat.

Die weiteren Defizite, die bei der VGF für den schienengebundenen ÖPNV anfallen, werden über den **steuerlichen Querverbund der SWFH** „getragen“. Die SWFH gleicht die Verluste von BBF und VGF auf Basis von Ergebnisabführungsverträgen analog § 302 AktG aus. Finanziert wird dies insbesondere durch abgeführte bzw. ausgeschüttete Gewinne von Mainova und AVA bzw. Fraport oder Süwag. Die nachfolgende Grafik zeigt die Ergebnisse der Jahre 2022 und 2023:



6-11: Ergebnisse 2023 und Vorjahr im steuerlichen Querverbund der SWFH

Die darüber hinaus seit dem Jahr 2019 bei der SWFH entstehenden Verluste werden seit dem Haushaltsjahr 2019 in Umsetzung des mit dem Haushalt 2019 beschlossenen E 72 „*Ausgleich Eigenkapitalverzehr bei der Stadtwerke Holding*“ durch die Stadt durch Zuschüsse ausgeglichen. Damit im Bedarfsfall die finanzielle Handlungsfähigkeit der SWFH auch nach 2023 gesichert bleibt, wurde mit dem Haushalt 2022 der E 143 „*Handlungsfähigkeit der Stadtwerke Holding sichern*“ beschlossen. Diese Zuschüsse werden im PB 98 „Zentrale Finanzwirtschaft“ in der PG 98.03 „Nicht fachspezifische Gesellschaften“ abgebildet (siehe hierzu vertiefend Tz. 6.3.4.3 „Aufwendungen des Ergebnishaushalts“).

Die Verwendung der PG 98.03 „ZF - Nicht fachspezifische Gesellschaften“ zur Abbildung der Zuschüsse für den Verlustausgleich erachten wir für Steuerungszwecke als nicht geeignet. In den Schlussberichten 2022 hatten wir hierzu empfohlen, für eine größere Transparenz den Haushaltsplan entsprechend anzupassen. Beispielsweise könnte eine weitere PG für das Bäderwesen im PB 21 „Kultur, Freizeit und Sport“ sowie eine weitere PG für die Aufwendungen für den ÖPNV im PB 16 „Nahverkehr und ÖPNV“ ab dem Doppelhaushalt 2026/2027 ergänzt werden. Dadurch würden die Kosten für diese Bereiche in den Jahresabschlüssen sowie in den Vorberichten zu den Produkthaushalten transparent dargestellt. **Nach Angaben der Stadtkämmerei soll die Transparenz zunächst ab dem Jahresabschluss 2024 durch eine dortige Berichterstattung hergestellt werden.**

Im Hinblick auf die unzureichende Abbildung von Leistungen im Haushaltsplan verweisen wir auch auf die **fehlende gesamtstädtische Beteiligungsstrategie** und das **fehlende strategische Beteiligungscontrolling** (siehe im Einzelnen Tz. 5.1.2 im Teil IV der Schlussberichte 2023).

b) Ziele und Kennzahlen

Folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Anzahl von Produkten und Kennzahlen im Produkthaushalt 2023 sowie im Jahresabschluss 2023:

	Produkthaushalt Band 2			Jahresabschluss (Ziffer 6.3)		
	PB 10-22[20]	PB 30-36, 98	Summe	PB 10-22	PB 30-36, 98	Summe
PB	13	8	**21**	9	0	**9**
PG	68	36	**104**	29	0	**29**
Produkte	351	173	**524**	-	-	**-**
Kennzahlen	315	60	**375**	59	0	**59**

6-12: Steuerungsrelevante Kennzahlen in Produkthaushalt und Jahresabschluss

Im Haushalt 2023 werden bei den 104 PG zur Steuerung des jeweiligen Aufgabenbereichs insgesamt 375 Kennzahlen ausgewiesen. Diese Kennzahlen sind in die Kategorien „Leistungsmengen der Produktgruppen“ und „Strategische Ausrichtung nach Wirkungsdimension“ unterteilt. Einige Kennzahlen sind in beiden Kategorien enthalten. Grundsätzlich stellt sich die Frage, inwieweit die für die PG-Verantwortlichen diese Kennzahlen evaluieren und gegebenenfalls modifizieren.

Auffallend ist, dass in Ziffer 6.3 des Jahresabschlusses 2023 von den 104 PG aus den 21 PB aktuell lediglich 59 (rund 18 %) „*ausgewählte Leistungskennzahlen*“ aufgeführt werden, „*die den Stand der Aufgabenerfüllung der Stadt Frankfurt am Main darstellen*“. Es wird weiter ausgeführt: „*Hierbei stehen die Produktbereiche 11 bis 22 im Fokus, deren Leistungserbringung unmittelbar für Bürgerinnen und Bürger wahrnehmbar ist.*“ Aus den PB 10, 30 bis 36 sowie 98 werden somit keine Leistungskennzahlen dargestellt.

Im Einzelfall werden im Haushaltsplan somit zwar Kennzahlen genannt, auf die im Jahresabschluss dann aber nicht eingegangen wird. Dies wird im Jahresabschluss selbst damit begründet, dass so ein schneller Überblick ermöglicht werden soll. **Unseres Erachtens widerspricht dies jedoch dem § 51 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO, da dieser auf alle nach § 4 Abs. 2 Satz 5 und § 10 Abs. 3 GemHVO definierten Ziele und Kennzahlen abzielt.**

Viele der dargestellten „Kennzahlen“ erfüllen aus unserer Sicht nicht die Anforderungen, welche Kennzahlen an sich mitbringen müssen, um damit eine Steuerung zu ermöglichen. Kennzahlen von besonderer Bedeutung, wie Betreuungsquoten in der Kinderbetreuung, werden nicht genannt.

Im Übrigen verweisen wir auf Tz. 4.4.2 im Teil IV der Schlussberichte 2023.

[20] Die PB 10–22 beinhalten Produkte und Leistungen, die unmittelbar für Bürgerinnen und Bürger erbracht werden; die PB 30–36 sowie der PB 98 „Zentrale Finanzwirtschaft“ enthalten Produkte und Leistungen, die sich eher an die Verwaltung „intern“ richten.

6.3.2.3 Ordnungsmäßigkeit der Berichterstattung zum Stand der Aufgabenerfüllung

Die Prüfung der in Ziffer 6.3 des Jahresabschlusses dargestellten Kennzahlen führte zu geringfügigen Feststellungen. Die in den jeweiligen Fachbereichen gewählten Methoden zur Ermittlung der genannten Werte sind geeignet. Die Kennzahlen konnten größtenteils nachgewiesen werden.

Die Berichterstattung ist jedoch weiterhin unvollständig und unpräzise. **Die Stadt Frankfurt am Main hat die Transformation von der Input-orientierten Steuerung (Budgetansätze) zur Output-orientierten Steuerung[21] nicht wirklich vollzogen.** Im Haushaltsplan werden nur für wenige Produkte ein oder gar mehrere Ziele sowie steuerungsrelevante Kennzahlen definiert.

Aufgrund der im Jahresabschluss fehlenden Abbildung der Resultate, als Vergleich zu den zuvor im Haushaltsplan genannten Zielen, kann letztlich keine Steuerungswirkung entfaltet werden.

Neben der Einbettung der PB mit ihren PG und Produkten in den Planungsprozess ist auch die Darstellung anvisierter Ziele seit längerem Kernbestandteil des kommunalen Haushaltsrechts (§ 4 Abs. 2 und § 10 Abs. 3 GemHVO a. F.). Die Angabe der Leistungsziele und Kennzahlen „beschränkt“ sich ab 2021 auf die nach den örtlichen Steuerungsbedürfnissen wesentlichen Produkte (§ 4 Abs. 2 Satz 5 GemHVO n. F.). **Wir empfehlen dennoch, die bisher getroffene Auswahl aus Revisionssicht neu zu bewerten und ggf. anzupassen**.

Bereits in den Schlussberichten 2022 begrüßten wir die Annahme des E 116 vom 04.05.2022 „*Haushalt wirkungsorientiert steuern*“ zum Haushalt 2022[22]. **Voraussetzung wäre, dass die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat Ziele vorgibt oder den Magistrat beauftragt, Ziele aus den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung abzuleiten. Zur Messung der Zielerreichung wären durch den Magistrat dazu passende steuerungsrelevante Kennzahlen zu entwickeln.**

Zur jüngsten Berichterstattung des Magistrats über den Umsetzungsstand des Etatantrags, verweisen wir auf B 296 vom 14.07.2023. Der Bericht führt im letzten Absatz zutreffend aus: „*Die Weiterentwicklung der wirkungsorientierten Steuerung ist hierbei grundsätzlich abhängig von den tatsächlich verfügbaren Personalkapazitäten sowohl der Stadtkämmerei zur Koordinierung der Verfahren und Aktivitäten, als auch der Fachämter im Hinblick auf die fachliche Expertise und den Möglichkeiten der Datenerhebung und -verarbeitung. Der Magistrat ist überzeugt, dass die Vorteile einer deutlichen Stärkung der entsprechenden Kompetenzen und Strukturen den entsprechenden Aufwand rechtfertigen.*“

Daraus folgt aus Sicht der Revision jedoch, dass die Umsetzung des E 116 noch einige Jahre erfordern wird.

---

[21] Inzwischen wird zunehmend von der Output- zur Outcome-orientierten Steuerung übergegangen, d. h. die Wirkung des Verwaltungshandelns wird noch stärker in den Fokus der Ziele gesetzt.

[22] Beschluss § 1832 vom 18.02.2022.

6.3.3 Bericht zu den Umsetzungen der Auflagen und Hinweise der Aufsicht

Im Jahresabschluss 2023 wird unter Ziffer 6.4 des Lage- und Rechenschaftsberichts dargestellt, inwieweit den Auflagen und Hinweisen der Aufsichtsbehörde (siehe auch Tz. 6.1.2) nachgekommen wurde.

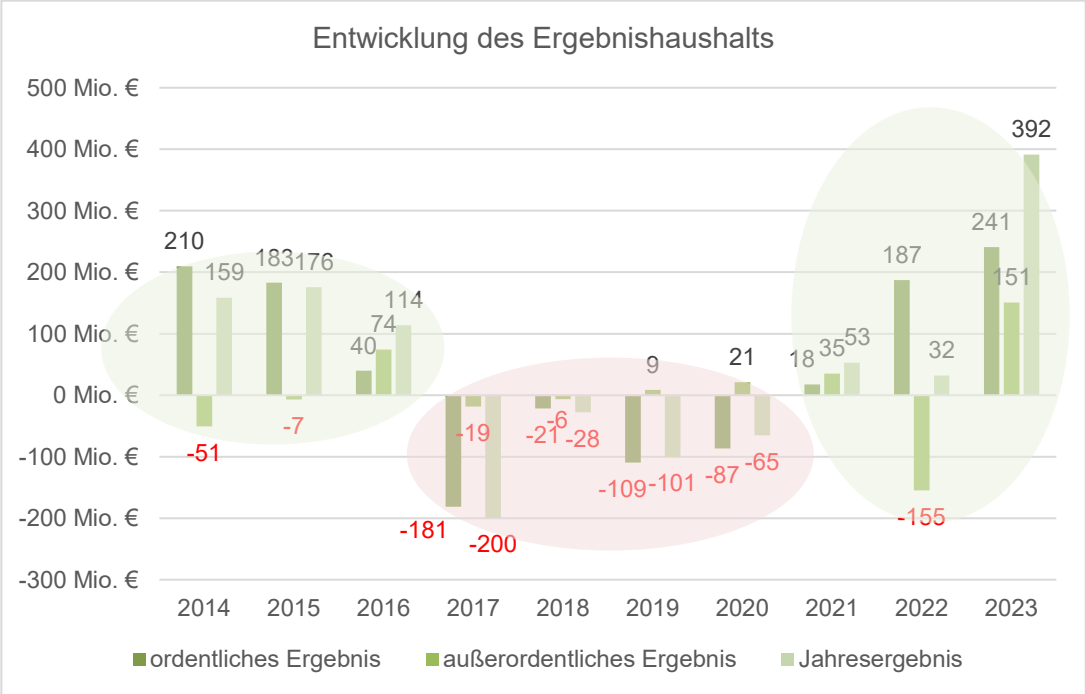
Diese Ausführungen entsprechen aus Sicht des Revisionsamtes den bei unseren Prüfungen zum Haushaltsjahr 2023 gewonnenen Erkenntnissen.

6.3.4 Ertrags- und Aufwandslage (Entwicklung des Ergebnishaushalts)

6.3.4.1 Allgemeine Feststellungen

Hinsichtlich der **Entwicklung des Ergebnishaushalts** verweisen wir zunächst auf die Ausführungen unter Ziffer 6.2.1 sowie 6.5 im Lage- und Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2023.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung von ordentlichem, außerordentlichem und Jahresergebnis im Zeitablauf:

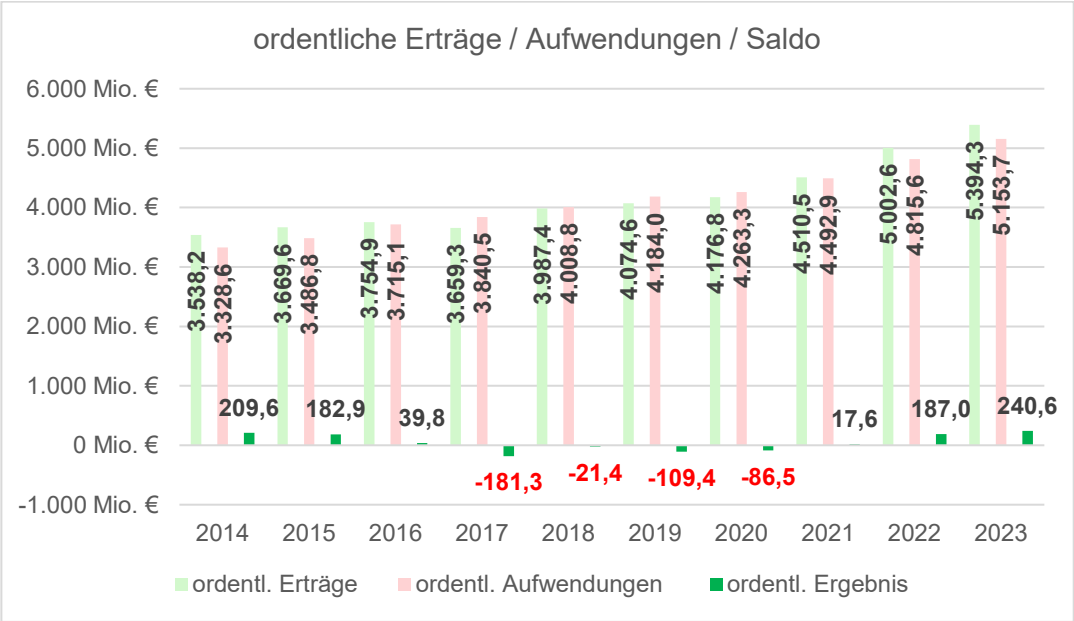


6-13: Entwicklung des Ergebnishaushalts

In den Jahren 2014 bis 2016 bewirkten positive ordentliche Ergebnisse entsprechend positive Jahresergebnisse. Die Jahre 2017 bis 2020 waren durch Verluste im ordentlichen Ergebnis geprägt, was sich entsprechend auf das Jahresergebnis auswirkte. In den Jahren ab 2021 hat sich die Ertragslage wieder verbessert.

Das stark negative außerordentliche Ergebnis in 2022 sowie das stark positive außerordentliche Ergebnis in 2023 zeigen den Effekt der fehlerhaften Beteiligungsbewertung, insbesondere der Messe Frankfurt, auf.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des ordentlichen Ergebnisses:



6-14: Übersicht der ordentlichen Erträge, Aufwendungen und Ergebnisse[23]

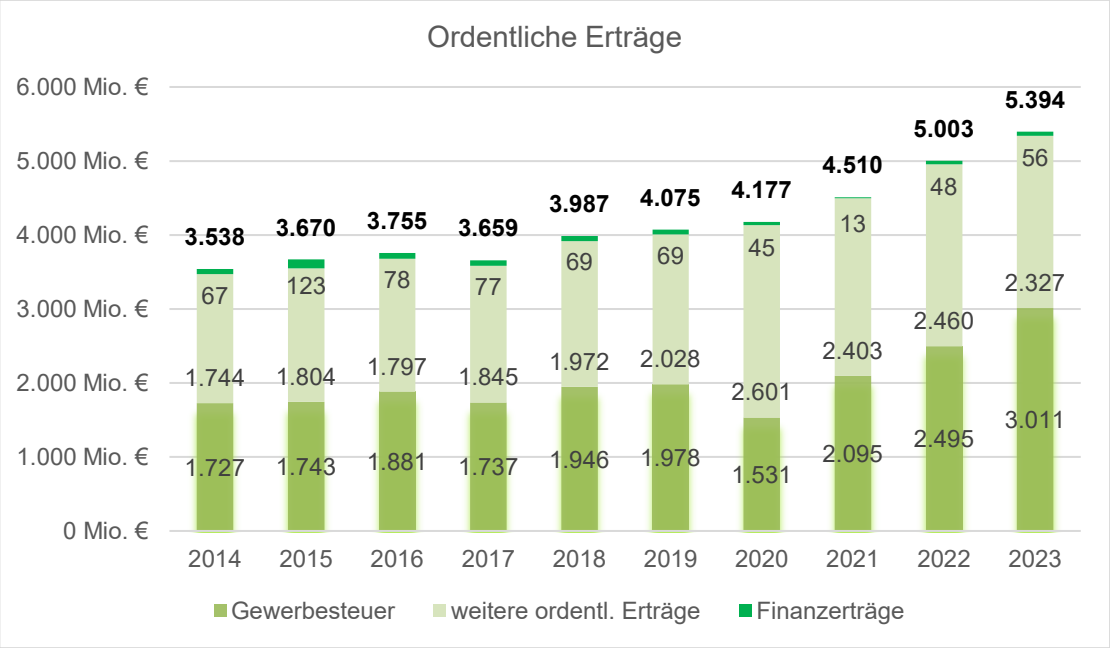
Sie verdeutlicht den stetigen Anstieg der ordentlichen Erträge auf inzwischen fast 5,4 Mrd. € sowie den stetigen Anstieg der ordentlichen Aufwendungen auf inzwischen fast 5,2 Mrd. €.

Als Saldo verbleibt das ordentliche Ergebnis, welches in den letzten 10 Jahren in einer Bandbreite von -181,3 Mio. € und +240,6 Mio. € schwankte.

[23] Ordentliche Erträge inkl. Finanzerträge; ordentliche Aufwendungen inkl. Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen.

6.3.4.2 Ordentliche und Finanzerträge

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der ordentlichen Erträge differenziert nach Gewerbesteuererträgen, weiteren ordentlichen Erträgen sowie Finanzerträgen im Zeitablauf:



6-15: Übersicht der ordentlichen Erträge

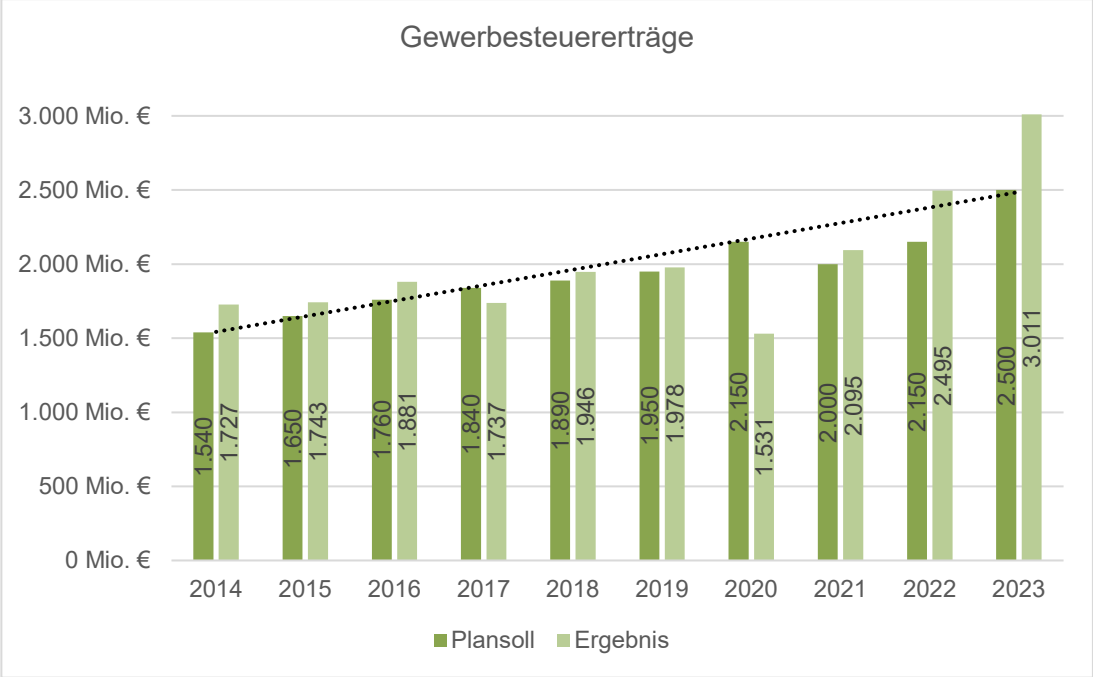
Die Entwicklung zeigt den stetigen Anstieg der Gewerbesteuererträge. Im Jahr 2020 erkennt man einen coronabedingten kurzfristigen Einbruch. Dieser wurde durch das Land Hessen zu einem Großteil ausgeglichen.

Die Erträge des Ergebnishaushalts[24] im Jahr 2023 betragen insgesamt 5,4 Mrd. €. Der Anteil an Steuern und steuerähnlichen Erträgen einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen dominiert deutlich. Das Aufkommen der Gewerbesteuer (inkl. Umlage) ist im Vergleich zum Vorjahr um rund 516 Mio. € gestiegen. Es zeigt mit einem Gesamtanteil an den Erträgen von rund 54 % (Vj.: rund 49 %) die hohe Abhängigkeit der Stadt von diesem Steueraufkommen und damit die Abhängigkeit von den im Stadtgebiet ansässigen Gewerbebetrieben.

Die weiteren ordentlichen Erträge sind im Berichtsjahr jedoch leicht zurückgegangen. Die Finanzerträge sind hingegen auch aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus weiter angestiegen.

[24] Hier nur ordentliche Erträge und Finanzerträge.

Das folgende Diagramm verdeutlicht das markante Auf und Ab der Gewerbesteuererträge im Zeitverlauf bei einem (seit 2007) unverändert gebliebenen Gewerbesteuerhebesatz von 460 %:



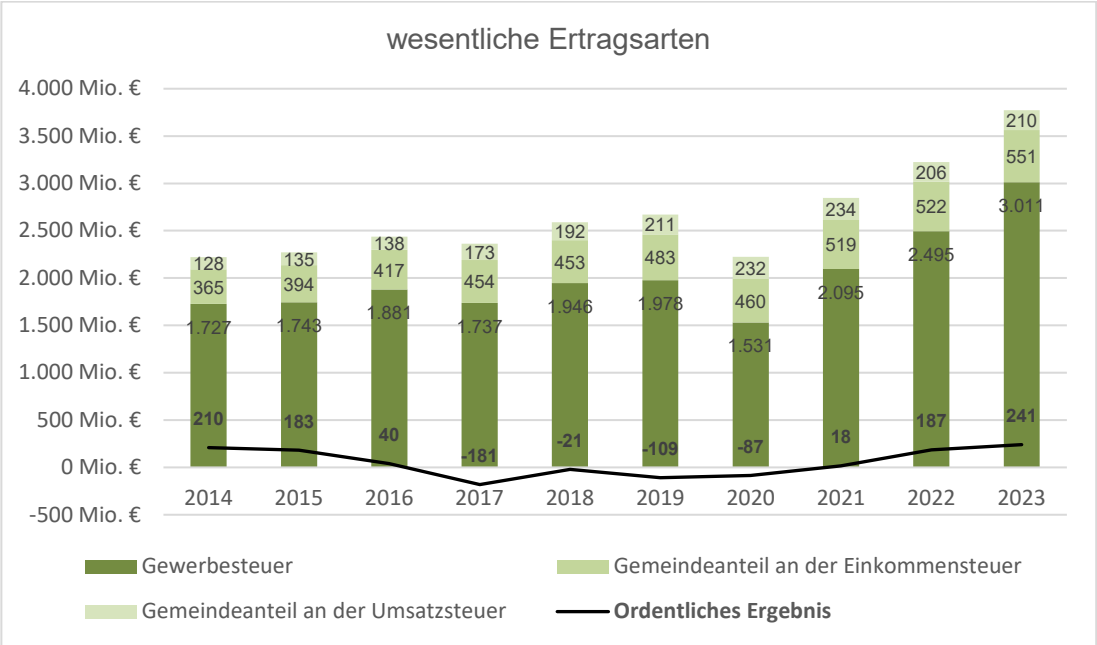
6-16: Gewerbesteuererträge (Plansoll, Ergebnis)

Detaillierte Erläuterungen hinsichtlich der Entwicklung der Gewerbesteuer finden sich im Lage- und Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2023 in den Ziffern 6.2.1, 6.5.1.4 und 6.8.21.

Die Gewerbesteuer ist die größte Einnahmequelle der Stadt. Veränderungen der konjunkturellen Rahmenbedingungen beeinflussen – wie die Corona-Pandemie eindrucksvoll aufgezeigt hat – direkt das Jahresergebnis und können den Ausgleich des Haushalts im Abschluss gefährden.

Gute Unternehmensergebnisse bedeuten hohe Gewerbesteuererträge, schlechte Unternehmensergebnisse ziehen hingegen niedrige Gewerbesteuererträge nach sich. Bei Letzteren droht eventuell eine „doppelte Gefahr“, denn nicht nur die Vorauszahlungen der Gewerbesteuer werden dann nach unten angepasst, sondern häufig wird auch die Steuerfestsetzung zurückliegender Erhebungszeiträume nach unten korrigiert (Verlustrücktrag). Bereits gezahlte Gewerbesteuern müssen dann zurückgezahlt werden.

Im folgenden Diagramm haben wir die Jahresergebnisse der konjunkturell abhängigen und wesentlichen Einnahme- und Ertragsarten (Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer) der letzten zehn Jahre zusammengestellt. Die Summe haben wir dem ordentlichen Ergebnis vergleichend gegenübergestellt:



6-17: Vergleich bedeutender Steuererträge und ordentliches Ergebnis

Hier zeigt sich die direkte Abhängigkeit des ordentlichen Ergebnisses von den dargestellten Steuererträgen. Ab dem Jahr 2016 wird erkennbar, dass **deutlich höhere ordentliche Erträge zum Ausgleich des Ergebnishaushalts notwendig sind**. Diese dienen u. a. der Kompensation von Erhöhungen auf der Aufwandseite aufgrund von steigenden Transferleistungen, höheren Kinderbetreuungskosten etc.

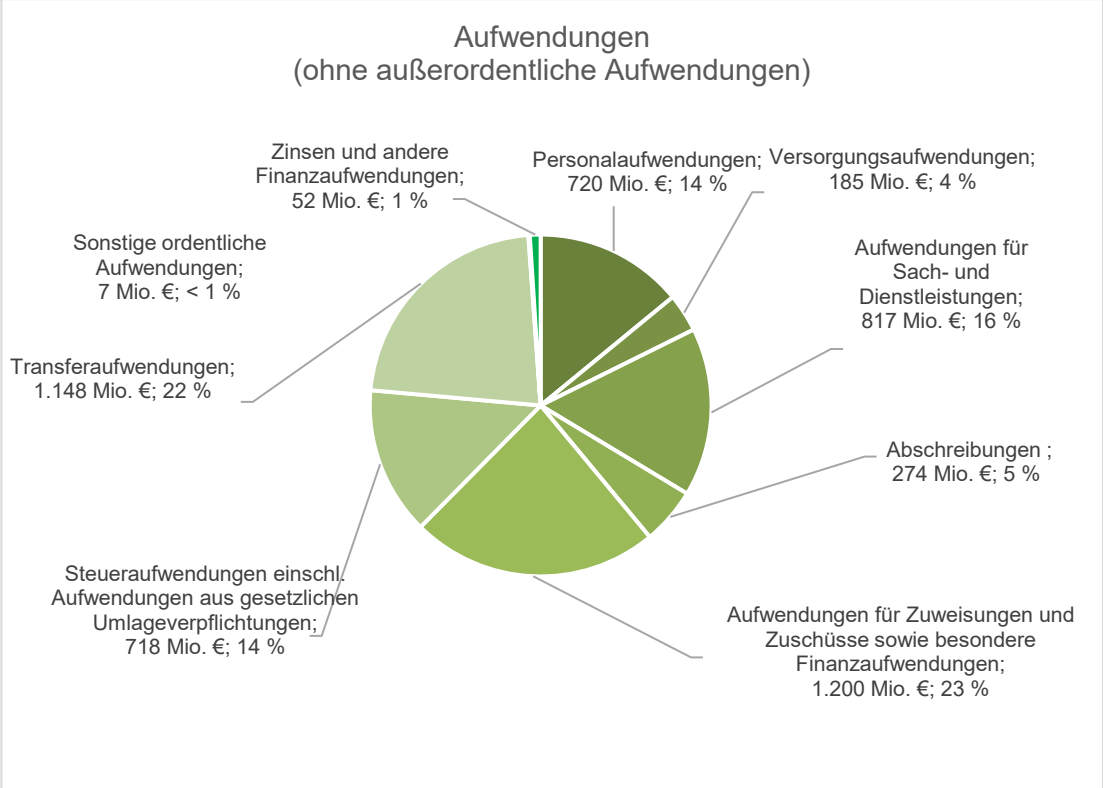
Als Konsequenz davon stellt der Ausgleich des städtischen Haushalts eine immer größere Herausforderung dar. Die positiven ordentlichen Ergebnisse der Jahre 2021 (17,6 Mio. €), 2022 (187,0 Mio. €) und 2023 (240,6 Mio. €) war nur aufgrund gestiegener Steuererträge möglich.

Wir weisen bereits an dieser Stelle auf die Berichterstattung im Anhang in Ziffer 7.5.5.3 über „Weitere Sachverhalte von vermögensrechtlicher Bedeutung“ hin. Seit dem Jahresabschluss 2017 wird dort im Unterpunkt **d) Steuerliche Rückzahlungsrisiken** darüber berichtet, dass im Zusammenhang mit sogenannten Cum/Cum- und Cum/Ex-Aktien-Transaktionen ein großes Risiko besteht, bereits eingenommene Gewerbesteuern (nebst Zinsen) in dreistelliger Millionenhöhe zurückzahlen zu müssen, wenn die Finanzverwaltung für die Gewerbesteuererhebungszeiträume 2006 bis 2010 gegenüber der Stadt geänderte Messbescheide erlässt.

Die Summe aller steuerlichen Rückzahlungsrisiken beläuft sich nach Schätzungen zum Bilanzstichtag gemäß Anhang auf insgesamt 244,2 Mio. € (Forderungen für Gewerbesteuer: 232,3 Mio. € sowie Nebenforderungen: 11,9 Mio. € zuzüglich etwaiger Erstattungszinsen).

6.3.4.3 Ordentliche Aufwendungen sowie Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen

Über die Schwerpunkte der Aufwandspositionen gemäß der **Ergebnisrechnung in Ziffer 3** des Jahresabschlusses, gibt das nachfolgende Diagramm Auskunft:

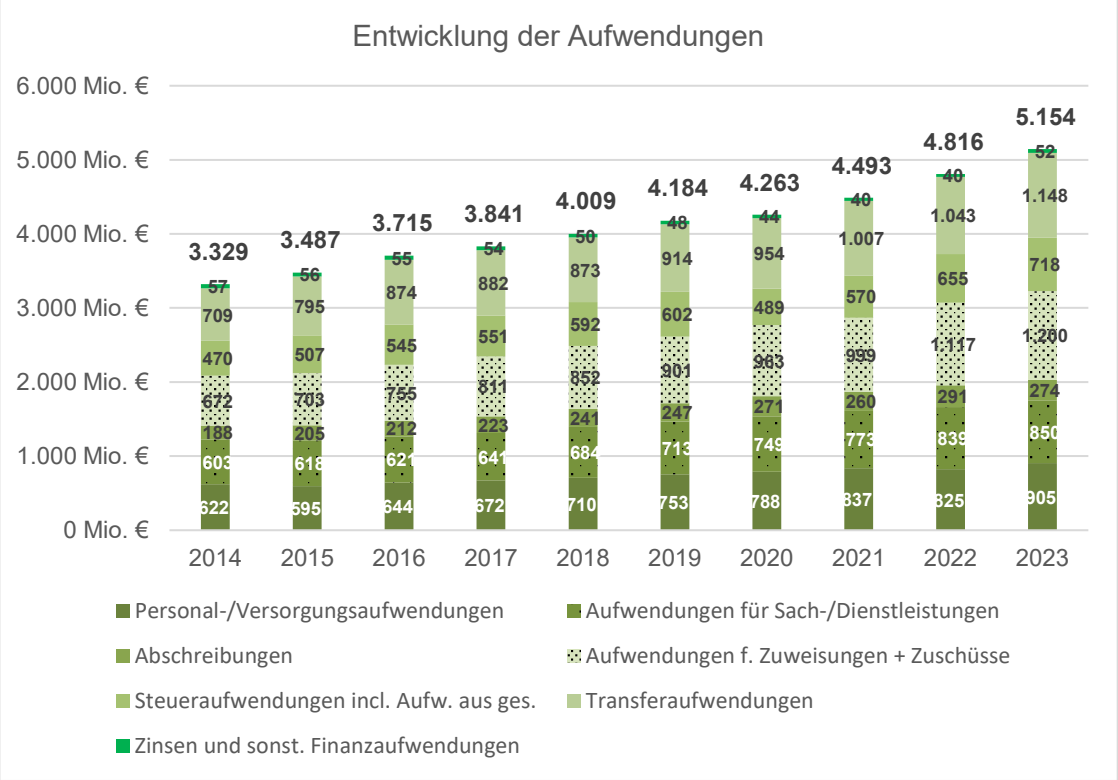


6-18: Aufwendungen des Ergebnishaushalts (ohne außerordentliche Aufwendungen)[25]

Die Aufwendungen des Ergebnishaushalts (ohne außerordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2023 betragen insgesamt 5,2 Mrd. €. Die höchsten Anteile hieran haben, wie im Vorjahr, die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (23 %), die Transferaufwendungen (22 %) sowie die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (16 %).

[25] In den Übersichten zur Ergebnisrechnung (Ziffer 8.2 des Jahresabschlusses 2023) werden Aufwendungen stadtinternen Verrechnungen als **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** ausgewiesen. Insoweit kommt es hier zu technisch begründeten Abweichungen.

Im Zeitablauf stellt sich die Entwicklung der Aufwendungen[26] wie folgt dar:



6-19: Entwicklung der Aufwendungen des Ergebnishaushalts[27]

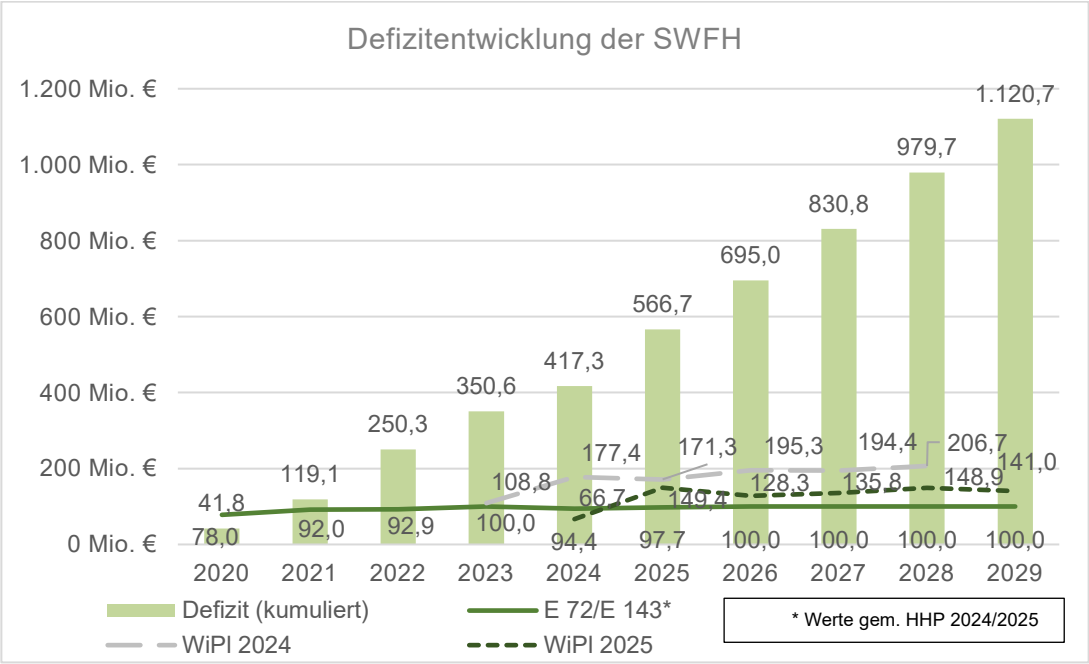
Wie in Tz. 6.3.2.2 beschrieben, werden seit dem Haushaltsjahr 2019 in Umsetzung des mit dem Haushalt 2019 beschlossenen E 72 „*Ausgleich Eigenkapitalverzehr bei der Stadtwerke Holding*“ bzw. ab 2023 gem. E 143 die bei der SWFH entstehenden Defizite durch die Stadt in Form von **Zuschüssen** ausgeglichen[28].

[26] Ordentliche Aufwendungen sowie Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

[27] Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind nicht separat abgebildet. Diese betrugen im Zeitablauf zwischen 5 und 8 Mio. €. Allerdings sind diese in der Gesamtsumme der ordentlichen Aufwendungen in der Grafik berücksichtigt.

[28] Diese Zuschüsse werden im PB 98 „Zentrale Finanzwirtschaft“ in der PG 98.03 „Nicht fachspezifische Gesellschaften“ abgebildet. Es erfolgt somit keine differenzierte Darstellung nach „verursachenden Produktgruppen“.

Die **Defizitentwicklung der SWFH** stellt sich wie folgt dar:



6-20: Defizitentwicklung der SWFH (2020 bis 2029)

Die Darstellung zeigt, dass die ursprünglich mit dem E 72 (auf Basis des Wirtschaftsplans 2019 der SWFH) veranschlagten Zuschussbedarfe deutlich „überholt" sind. Mit der Annahme des E 143 „*Handlungsfähigkeit der Stadtwerke Holding sichern*", im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt 2022[29], wurde der Magistrat beauftragt, sicherzustellen, dass im Bedarfsfall die finanzielle Handlungsfähigkeit der SWFH auch nach 2023 gesichert bleibt.

Die Verbesserung im Wirtschaftsplan 2025 der SWFH gegenüber dem Wirtschaftsplan 2024 beruht allerdings ausschließlich auf der Einbeziehung der Mainova-Beteiligungsgesellschaft mbH (MBG) in die jährliche Ergebnisabführung der Mainova. Die Bereiche Bäder und ÖPNV arbeiten unverändert zunehmend defizitär.

Mit B 175 vom 28.04.2023[30] teilte der Magistrat mit, dass in den Entwurf des Haushalts 2023 für den Verlustausgleich der SWFH Beträge von 100 Mio. € in 2023 bzw. 75 Mio. € ab 2024 veranschlagt wurden. Die Ansätze basieren Angabe gemäß nicht auf dem Wirtschaftsplan der SWFH, sondern beinhalten sogleich die Erfordernisse aus dem E 143. Danach sind Vorschläge für Kostensenkungsprogramme zu erarbeiten und durch die Stadtverordnetenversammlung beschließen zu lassen. Mit diesen sollen die Jahresergebnisse der SWFH unter Aufrechterhaltung der notwendigen Leistungen der Daseinsvorsorge verbessert und die Höhe der notwendigen Einlagen über den Lauf des Erfolgsplans nachhaltig vermindert werden.[31]

[29] Beschluss § 1832 vom 18.02.2022.
[30] Kenntnisnahme mit Beschluss § 3362 vom 20.06.2023.
[31] Im Haushaltsplan 2024/2025 wurden die Beträge auf 94,4 Mio. € für 2024, 97,7 Mio. € für 2025 und 100,0 Mio. € ab 2026 angehoben.

6.3.4.4 Zuschussbedarf nach Produktbereichen

Ergänzend zu den umfangreichen Übersichten in Ziffer 8.2 des Lage- und Rechenschaftsberichts zum Jahresabschluss 2023, stellen wir nachfolgend die Ergebnisse nach PB, ergänzt um die Angaben des Vorjahrs, dar:

Produkt-bereich	Bezeichung	2023			2022		
		Ordentl. Erträge in Mio. €	Ordentl. Aufw. in Mio.€	Verwaltungs-ergebnis in Mio.€	Ordentl. Erträge in Mio. €	Ordentl. Aufw. in Mio.€	Verwaltungs-ergebnis in Mio.€
10	Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten	1,5	-29,6	**-28,1**	2,2	-21,2	**-19,0**
11	Ordnung und Sicherheit	54,8	-135,5	**-80,7**	50,9	-124,9	**-74,0**
12	Brandschutz und Rettungsdienst	43,8	-138,7	**-94,9**	56,4	-135,0	**-78,6**
13	Stadtplanung	19,7	-23,9	**-4,2**	18,3	-23,1	**-4,8**
14	Geoinformation und Grundstücksordnung	2,1	-15,9	**-13,8**	24,2	-18,6	**5,6**
15	Bauaufsicht und Denkmalschutz	35,0	-26,6	**8,4**	27,4	-22,8	**4,6**
16	Nahverkehr und ÖPNV	53,2	-295,8	**-242,6**	56,3	-281,0	**-224,7**
17	Wohnen	7,1	-27,3	**-20,2**	6,3	-24,9	**-18,7**
18	Soziales	560,1	-1.429,5	**-869,4**	557,2	-1.305,2	**-748,1**
19	Gesundheit	13,5	-67,7	**-54,2**	32,1	-80,3	**-48,2**
20	Bildung	105,3	-1.022,5	**-917,2**	97,8	-938,6	**-840,8**
21	Kultur, Freizeit und Sport	34,6	-308,4	**-273,8**	56,0	-304,7	**-248,7**
22	Umwelt	215,9	-320,8	**-104,9**	207,6	-303,1	**-95,5**
30	Büro OB / Betreuung der Gremien	0,3	-24,3	**-24,0**	0,4	-30,4	**-30,0**
31	Finanzen	36,8	-41,2	**-4,4**	18,9	-42,5	**-23,6**
32	Personal und Organisation	4,4	-152,1	**-147,7**	4,7	-135,4	**-130,7**
33	Revision und Recht	1,1	-16,4	**-15,3**	0,9	-15,0	**-14,0**
34	Grundstücks- und Gebäudemanagement	24,5	-95,3	**-70,8**	23,9	-93,2	**-69,3**
35	Zentrale Dienste	8,2	-60,8	**-52,6**	8,2	-54,1	**-45,9**
36	Wirtschaftsförderung	0,0	-25,5	**-25,5**	0,0	-19,0	**-19,0**
98	Zentrale Finanzwirtschaft	4.116,3	-844,0	**3.272,3**	3.705,2	-803,0	**2.902,2**
	Summe	5.338,2	-5.101,8	**236,4**	4.954,7	-4.775,9	**178,7**

6-21: Zuschussbedarf des Ergebnishaushalts nach PB

Die Tabelle zeigt, dass der **PB 18 Soziales** mit 1,4 Mrd. € (Vj.: 1,3 Mrd. €) erneut die **höchsten ordentlichen Aufwendungen** hat. Den **größten Zuschussbedarf** (aus dem PB 98 Zentrale Finanzwirtschaft) hat mit 917,2 Mio. € (Vj.: 840,8 Mio. €) **im Verwaltungsergebnis der PB 20 Bildung**[32].

[32] Saldo aus der Summe der Ordentlichen Erträge und der Summe der Ordentlichen Aufwendungen, noch vor Berücksichtigung des Finanz- und des außerordentlichen Ergebnisses.

6.3.4.5 Zusammenfassende Feststellung zur Entwicklung

Die Angaben zur Entwicklung des Ergebnishaushalts in Ziffer 6.5 des Jahresabschlusses stellen zugleich die nach § 112 Abs. 4 Nr. 1 HGO vorgeschriebenen Erläuterungen der Posten der Ergebnisrechnung dar, welche grundsätzlich im Anhang erfolgen sollen. **Die Angaben sind nach unseren Feststellungen zutreffend und decken sich mit den Angaben in der Zusammenfassung der Ergebnisse der Teilhaushalte in Ziffer 8.2 des Jahresabschlusses.**

Erhebliche Abweichungen der Erträge und Aufwendungen von den Haushaltsansätzen wurden im Lage- und Rechenschaftsbericht 2023 korrekt dargestellt und erläutert.

Der Ausgleich des städtischen Haushalts stellte bereits in den letzten Jahren eine immer größer werdende Herausforderung dar. Ein stetiger Zuwachs der Erträge war und ist nicht selbstverständlich, wie die Folgen verschiedener Krisen seit dem Jahr 2020 offenbarten.

Daher ist aus Revisionssicht der gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich (§ 92 HGO) in künftigen Jahren, vorrangig über eine **gezielte Steuerung der Aufwendungen**, anzustreben. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Investitionen in das Sachanlagevermögen über die anschließend planmäßig vorzunehmenden Abschreibungen (sowie ggf. zusätzlich Zinsaufwendungen für Kreditaufnahmen) zeitversetzt die Ergebnisrechnung belasten. **Somit muss auch über den Finanzhaushalt eine Steuerung des Haushaltsausgleichs erfolgen.**

Wir schließen uns dem Genehmigungserlass der Aufsichtsbehörde für das Haushaltsjahr 2023 an, die in ihren unter Ziffer IV. Auflagen / Hinweisen einen ausgeglichenen Haushalt für die Haushaltsjahre 2024 ff. ausdrücklich fordert (siehe Tz. 6.1.2).

§ 93 HGO regelt die **Grundsätze der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen**. Hiernach besteht folgende **Rangfolge**:

1. Sonstige Erträge und Einzahlungen,
2. Entgelte für die städtischen Leistungen,
3. Steuern,
4. Kredite.

Entlastungen können durch ein **proaktives Fördermittelmanagement** erreicht werden. Dabei sollten die Anstrengungen um jegliche Fördermittel bei Land, Bund und EU weiter forciert werden.

Zudem sind **neue Ertragsquellen zu erkunden** und **bestehende**, wie z. B. Gebühren, Eintrittspreise oder Entgelte, hinsichtlich der Angemessenheit ihrer Höhe **regelmäßig zu überprüfen**.

Erste Ansätze hat der Magistrat hier im Rahmen der **Umsetzung des HSK zum Haushalt 2023** vorgenommen (siehe Tz. 6.1.4; ferner siehe Tz. 4.4.2 im Teil IV der Schlussberichte 2023).

6.3.5 Finanzlage (Entwicklung des Finanzhaushalts)

6.3.5.1 Entwicklung der Zahlungsmittelflüsse

Zur **Entwicklung des Finanzhaushalts** verweisen wir auf die Ausführungen unter den Ziffern 6.2.2 sowie 6.6 im Lage- und Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2023.

Nachfolgend haben wir die Entwicklung der Zahlungsmittelflüsse der letzten fünf Jahre dargestellt:

	2019	2020	2021	2022	2023
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Zahlungsmittelfluss aus					
laufender Verwaltungstätigkeit	206	174	310	493	452
Investitionstätigkeit	-402	-410	-392	-545	-351
Finanzierungstätigkeit	167	257	221	149	117
haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	-32	247	-118	-75	-57
des Haushaltsjahrs	**-61**	**268**	**21**	**22**	**161**

6-22: Zahlungsmittelflüsse der letzten fünf Jahre

Die Zahlungsmittelflüsse stellen sich gegenüber der Planung (siehe Ziffer 6.6 sowie Ziffer 8.3 des Jahresabschlusses) für das Berichtsjahr wie folgt dar:

	Fortgeschr. Plan 2023	Ist 2023	Abweichung
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Zahlungsmittelfluss aus			
laufender Verwaltungstätigkeit	-170	452	-622
Investitionstätigkeit	-1.654	-351	-1.303
Finanzierungstätigkeit	1.780	117	1.663
haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	0	-57	57
des Haushaltsjahrs	**-44**	**161**	**-205**
Zahlungsmittelbestand am 01.01.2023	354	473	-119
Zahlungsmittelbestand am 31.12.2023	310	634	-324

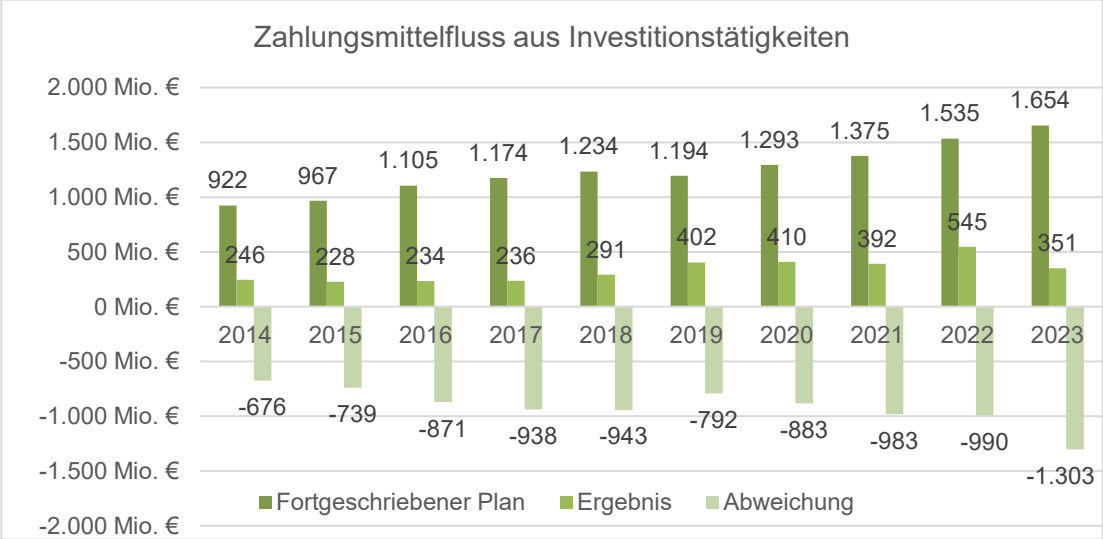
6-23: Zahlungsmittelflüsse des Berichtsjahrs im fortgeschriebenen Plan und Ist

Der fortgeschriebene Plan 2023 sah nach Resteübertragung Zahlungsmittelabflüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit von 170 Mio. € und aus Investitionstätigkeit von 1,65 Mrd. € vor. Aus Finanzierungstätigkeit war ein Mittelzufluss von 1,78 Mrd. € vorgesehen. Per Saldo wurde somit von einem Zahlungsmittelabfluss von 44 Mio. € ausgegangen.

Tatsächlich war jedoch – wie in den Vorjahren – eine wesentlich geringere Aufnahme von Darlehen notwendig. Danach liegt der **Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit in 2023** um 1,66 Mrd. € unter der fortgeschriebenen Planung.

Diese Abweichung ist vor allem durch einen um 1,30 Mrd. € geringeren Zahlungsmittelabfluss aus Investitionstätigkeiten begründet.

Der **Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeiten** zeigt, dass im Berichtsjahr **nur rund 21 % der geplanten Investitionsmittel verausgabt** wurden. Im Zeitablauf ergibt sich folgendes Bild:



6-24: Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeiten je Haushaltsjahr

Nach der Gegenüberstellung dieser Zahlen **halten wir an unserer Empfehlung der Vorjahre fest: Die Planung von Investitionsmaßnahmen und die Anmeldung zum IPG sind stärker an den tatsächlichen Erfordernissen und an dem leistbaren Maß[33] auszurichten**. Auch im Genehmigungserlass zum Haushaltsjahr 2023 hat die Aufsichtsbehörde darauf hingewiesen, das „geplante Volumen der Investitionen zu hinterfragen und auf das leistbare Maß anzupassen (siehe Tz. 6.1.2).

Unabhängig hiervon, hat der Stadtkämmerer in seiner Rundmail zum Doppelhaushalt 2024/2025 *„Finanzhaushalt und Investitionsprogramm 2024 bis 2027“* vom 17.01.2023 maximale Investitionssalden je Dezernatsbudget vorgegeben. Neue unabweisbare Investitionsmaßnahmen sowie zwingende Ausweitungen von bereits in früheren Investitionsprogrammen veranschlagten Maßnahmen können grundsätzlich nur unter Angabe von Einsparungen bei bereits bestehenden Investitionsmaßnahmen oder durch Verschiebung von noch nicht begonnenen Maßnahmen berücksichtigt werden. Die planerische Abschreibung der Maßnahmen und der aus der notwendigen Kreditaufnahme resultierende Schuldendienst müssen erwirtschaftet werden.[34] **Diese Vorgabe mit den ergänzenden Hinweisen wird aus Revisionssicht als grundsätzlich richtig erachtet.**

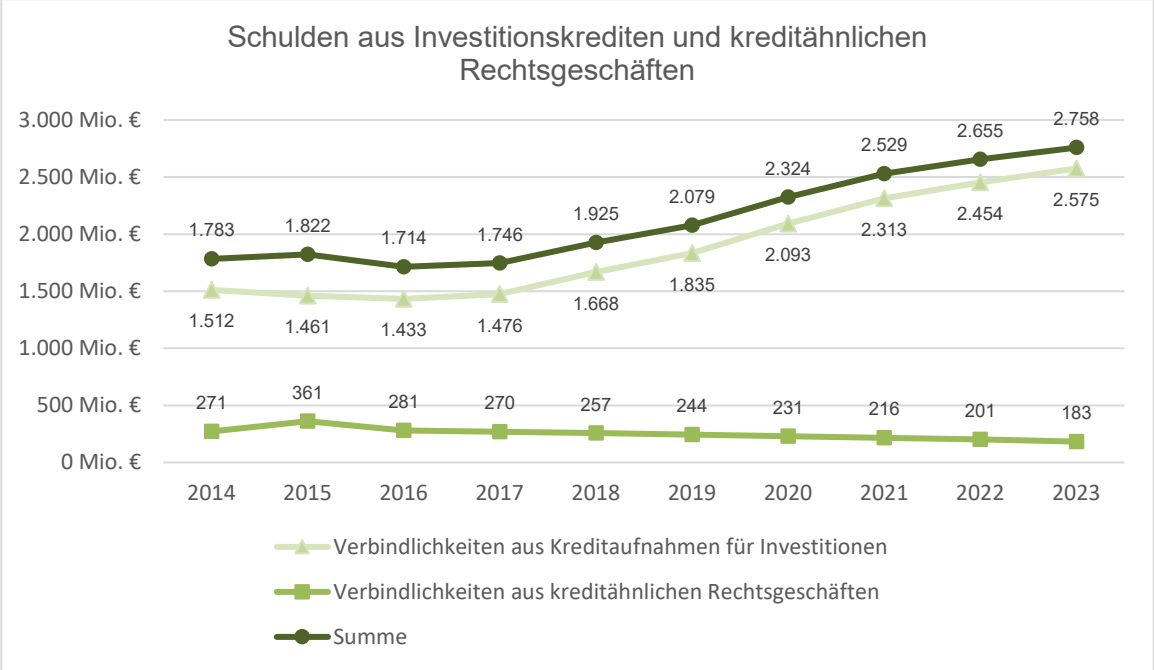
[33] Z. B. vorhandenen Personal- und sonstigen Kapazitäten.
[34] Zum Doppelhaushalt 2026/2027 wurde vom Stadtkämmerer ebenfalls im Rundmail vom 03.09.2024 unter „2 Teilfinanzhaushalt und Investitionsprogramm 2026-2029“ diese Vorgehensweise beibehalten.

6.3.5.2 Entwicklung der Schulden und des Schuldendienstes

a) Entwicklung der Schulden

Eine Übersicht über die Entwicklung der **Schulden des städtischen Haushalts** seit dem Jahr 2008 ist im Lage- und Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2023 unter Ziffer 6.6.3 abgedruckt.

Die Schulden aus Investitionskrediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften haben sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt:

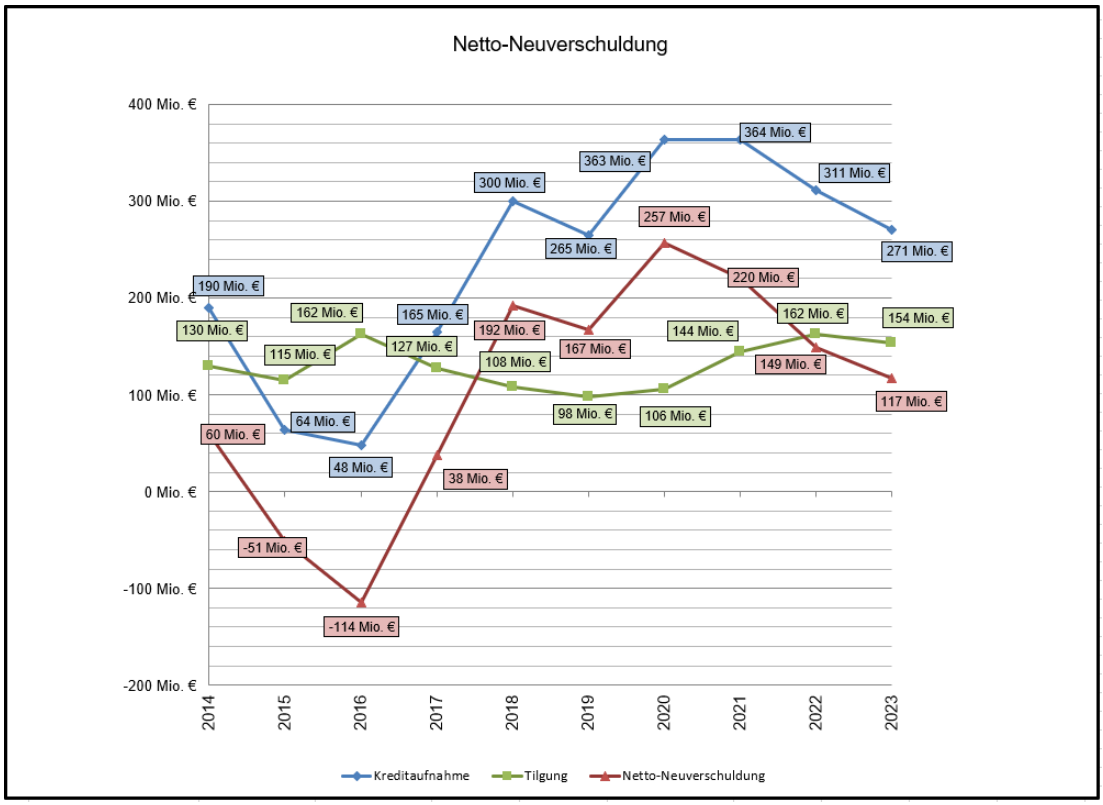


6-25: Entwicklung der Schulden aus Investitionskrediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Der **Schuldenstand** (Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften) **zum 31.12.2023** nahm gegenüber dem Vorjahr um 98,8 Mio. € leicht zu. Er **stellt mit 2,8 Mrd. €, in dem betrachteten Zeitraum der letzten 10 Jahre, den höchsten Stand dar.**

Im fortgeschriebenen Plan wären für das Haushaltsjahr 2023 aufgrund übertragener Kreditermächtigungen, Kreditaufnahmen von 1,9 Mrd. € möglich gewesen. Tatsächlich wurden 270,9 Mio. € (Vj.: 310,7 Mio. €) aufgenommen. Zudem waren Tilgungsleistungen von 137,0 Mio. € vorgesehen. Tatsächlich getilgt wurden 153,9 Mio. €. Die tatsächlichen Kreditaufnahmen und Tilgungsleistungen enthielten Umschuldungen von 18,4 Mio. € und ordentliche Tilgungen von 135,5 Mio. €.

Die Netto-Neuverschuldung aus Bankkrediten hat sich wie folgt entwickelt:



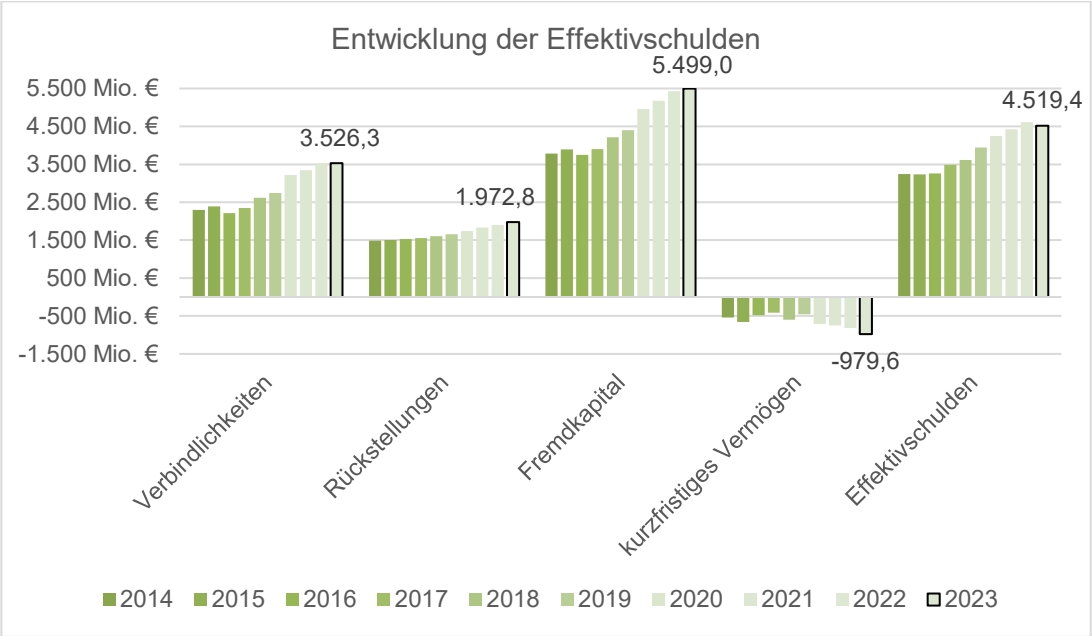
6-26: Entwicklung der Netto-Neuverschuldung aus Bankkrediten

Die Gegenüberstellung der Kreditaufnahme und der Tilgung aus Bankkrediten in den letzten zehn Jahren zeigt, dass es hier im Jahr 2023 zu einer Netto-Neuverschuldung von 117 Mio. € kam.

b) Entwicklung der Effektivschulden

Im Lage- und Rechenschaftsbericht ist auf Seite 67 ferner die **Entwicklung der Effektivschulden** über 12 Jahre dargestellt. Hierunter versteht man die Summe aus Verbindlichkeiten und Rückstellungen (Fremdkapital), abzüglich liquider Mittel und kurzfristiger Forderungen (kurzfristiges Vermögen).

Das folgende Diagramm stellt die Entwicklung der Effektivschulden im Zeitraum von zehn Jahren grafisch dar:



6-27: Entwicklung der Effektivschulden

Betrugen die Effektivschulden zum 31.12.2014 noch 3,2 Mrd. €, so betragen diese zum 31.12.2023 inzwischen 4,5 Mrd. €. Allerdings werden im Lage- und Rechenschaftsbericht aufgrund eines Übertragungsfehlers 4.865,1 Mio. € ausgewiesen.[35]

Ursächlich für den leichten Rückgang der Effektivschulden im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr ist vor allem der Anstieg des kurzfristigen Vermögens. Dadurch konnte der Anstieg des Fremdkapitals überkompensiert werden.

Hinsichtlich der in die Effektivschulden einbezogenen **Rückstellungen** merken wir an, dass der zum 31.12.2023 ausgewiesene Wert von rund 1,97 Mrd. € zu 90,6 % aus Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (1,79 Mrd. €) besteht. Wegen der mit den Rückstellungen für Pensionen für die Stadt Frankfurt am Main verbundenen **Pensionslasten**, verweisen wir auf Tz. 6.3.5.5.

c) Entwicklung der Finanzplanung

Die Finanzplanung der Stadtkämmerei zeigt unabhängig davon ein hohes Risiko eines massiven **Anstiegs dieser Verbindlichkeiten**. Nach den Planungen des Haushalts 2024/2025 ist bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2027 mit einem weiteren Anstieg der Schulden aus investiver Kreditaufnahme (ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte) von 3.110 Mio. € auf 5.181 Mio. € zu rechnen.

[35] Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses zu diesem Punkt war der Forderungsspiegel noch nicht erstellt. Dadurch wurden die kurzfristigen Forderungen fälschlicherweise mit „0“ eingerechnet.

Bereits in den Schlussberichten der letzten beiden Jahre merkten wir an, dass eine Umkehr dieser Prognose primär durch eine Reduzierung des geplanten Investitionsvolumens zu erreichen sein wird. In der Umsetzung würde dies bedeuten, dass unter der Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsgrundsatzes vermeidbare bzw. nicht erforderliche Investitionsmaßnahmen entfallen und erforderliche nach Möglichkeit in die Zukunft verlagert werden sollten (Priorisierung innerhalb des Investitionsprogramms). Hierbei ist der Wirtschaftlichkeitsgrundsatz konsequent anzuwenden.

Eine Auswertung des Investitionsprogramms im Produkthaushalt 2024/2025[36] über alle PG hinweg zeigt auf der Basis von 74 Investitionsmaßnahmen folgendes:

Produktgruppe		Anzahl der Maßnahmen	Planungsmittel	voraussichtliche Gesamtkosten	Verhältnis Planungsmittel an Gesamtkosten
			in Mio. €	in Mio. €	in %
13.01	Stadtplanung	2	1,4	5,9	23,0
16.01	Erschließung	3	4,1	38,5	10,5
16.03	Verkehrsanlagen	6	5,6	105,0	5,3
16.06	Verkehrseinrichtungen	2	0,9	11,0	8,0
16.11	Förderung Öffentlicher Personennahverkehr	13	37,6	340,4	11,0
20.01	Schulbetriebsmanagement	19	58,4	952,6	6,1
20.3	Trägerübergreifende Kita-Aufgaben, Tagespflege	1	0,3	5,9	5,5
21.01	Kulturelle Dienstleistungen und Projekte	6	18,7	177,8	10,5
21.12	Städtische Bühnen	1	13,9	1.300,0	1,1
21.15	Sportstätten und Sportstättenvergabe	1	12,7	13,0	97,4
21.18	Archäologisches Museum	2	19,0	19,8	96,4
21.22	Museum für Angewandte Kunst	2	2,0	19,9	10,1
21.25	Museum für Moderne Kunst	1	38,7	38,7	100,0
21.27	Institut für Stadtgeschichte	1	1,1	19,0	5,8
22.06	Oberirdische Gewässer	1	1,7	30,0	5,6
30.01	Leitung der Stadtverwaltung	1	0,5	50,0	1,0
34.04	Grundstücks- und Gebäudemanagement	10	14,1	142,1	9,9
35.01	Zentrale Serviceleistungen	1	0,3	6,0	4,2
36.01	Wirtschaftsförderung	1	2,1	35,0	6,0
Summe		**74**	**233,1**	**3.310,6**	**7,0**

6-28: Planungsmittel und voraussichtliche Gesamtkosten im Haushalt 2024

[36] Produkthaushalt der Stadt Frankfurt am Main für das Haushaltsjahr 2024/2025 sowie Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe für das Wirtschaftsjahr 2024/2025.

Für die 74 Maßnahmen sind lediglich Planungsmittel von 233,1 Mio. € veranschlagt und zusätzlich die voraussichtlichen Gesamtkosten mit 3,3 Mrd. € „nachrichtlich“ im Betreff der Maßnahme in Klammern genannt. **Mithin sind rund 3,1 Mrd. € noch nicht in der Finanzplanung berücksichtigt.**

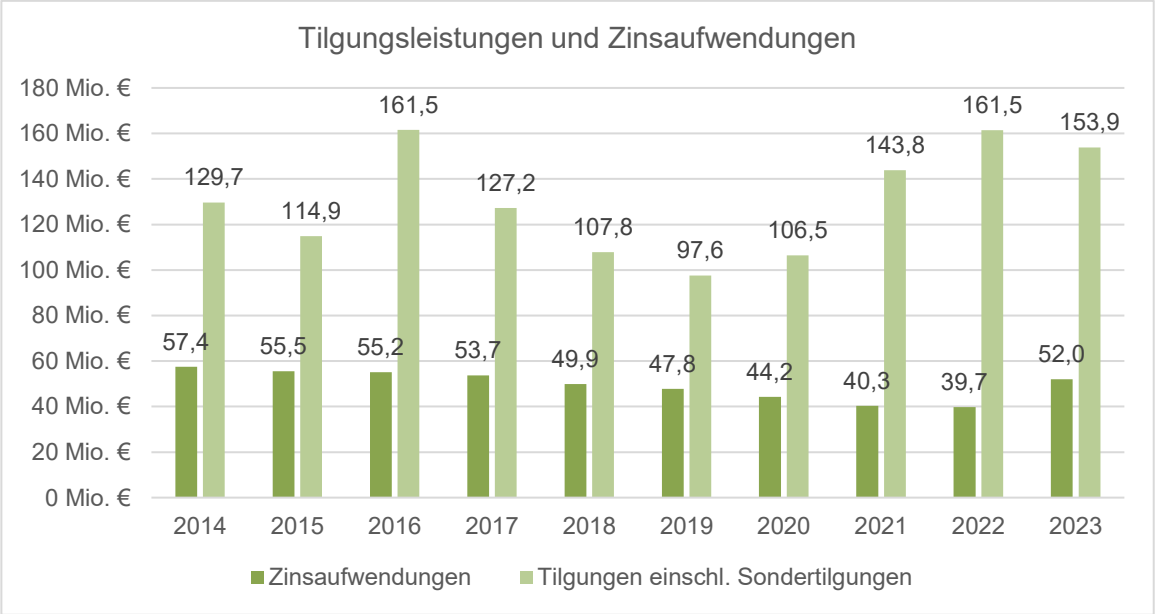
Eine reduzierte Investitionstätigkeit hat geringere Abschreibungen und Zinsen in Folgeperioden zur Konsequenz, was den gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleich des Ergebnishaushalts erleichtert.

d) Entwicklung des Schuldendienstes

Die im Zeitraum von 2008 bis 2013 und seit 2017 stetig gestiegenen Effektivschulden wurden durch ein **niedriges Zinsniveau** begleitet. Die Zinsentwicklung für Kredite führte somit bis 2022 zu keiner höheren finanziellen Belastung und konnte in einem akzeptablen Rahmen gehalten werden.

In Folge des Kriegs in der Ukraine, erhöhte sich in 2022 jedoch die Teuerungsrate im Euroraum, worauf hin die Europäische Zentralbank (EZB) seit Juli 2022 bis Ende 2023 die Leitzinsen, bzw. den Hauptrefinanzierungssatz für Offenmarktgeschäfte, in mehreren Schritten auf 4,5 % angehoben hat. Im Jahr 2024 wurde begonnen, den Leitzins in mehreren Schritten auf aktuell 2,65 % abzusenken.[37]

Das folgende Diagramm verdeutlicht die **Tilgungsleistungen**, einschließlich der **Zinsaufwendungen** und sonstigen Finanzaufwendungen, der letzten zehn Haushaltsjahre:



6-29: Tilgungsleistungen und Zinsaufwendungen

[37] Siehe Key ECB interest rates; Stand Redaktionsschluss.

Die **Zinslast** stieg im Jahr 2023 erstmals seit 2022 wieder an. Für reine Bankzinsen wurden im Jahr 2023 insgesamt 32,3 Mio. € aufgewendet. Die Finanzplanung des Doppelhaushalts 2024/2025 sieht im Plan für das Jahr 2027 bereits 193,4 Mio. € Zinsaufwendungen vor. Das ist das sechsfache des Werts aus dem Jahr 2023.

Dies verdeutlicht, dass der verpflichtende Schuldendienst (vertragsgemäße Tilgung von aufgenommenen Investitionskrediten sowie Zinszahlungen) in künftigen Jahren zu einer höheren finanziellen Belastung und damit zu einer Reduzierung des finanziellen Spielraums im Haushalt führen wird.

6.3.5.3 Kreditermächtigungen

Gemäß § 2 der Haushaltssatzung war der Gesamtbetrag der Kredite für den Haushalt 2023 auf 748 Mio. € festgesetzt. Zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen hätte im Haushaltsjahr 2023 maximal dieser Gesamtbetrag aufgenommen werden können. Im Lage- und Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2023 wird hierzu unter der Ziffer 6.2.2 ausführlich berichtet.

Es liegen uns aus unseren Prüfungen keine gegenteiligen Erkenntnisse gegenüber den Ausführungen im Lage- und Rechenschaftsbericht vor.

6.3.5.4 Liquiditätskredite

Die Stadt Frankfurt am Main bediente sich im Berichtsjahr auch der Aufnahme von kurzfristigen Krediten (Liquiditätskrediten) nach § 105 HGO, um mögliche Liquiditätsengpässe flexibel überbrücken zu können.

Im Lage- und Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2023 wird hierzu unter der Ziffer 6.2.2 berichtet.

Es liegen uns aus unseren Prüfungen keine gegenteiligen Erkenntnisse gegenüber den Ausführungen im Lage- und Rechenschaftsbericht vor.

Die Liquidität war im Haushaltsjahr 2023 dauerhaft vorhanden und ermöglichte die fristgemäße Leistung der Ausgaben.

6.3.5.5 Pensionslasten

Wie in Tz. 6.3.5.2 „Entwicklung der Schulden und des Schuldendienstes“ dargestellt, sind die **Pensionsrückstellungen Teil der Effektivschulden**.

Die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen beinhalten für die Stadt Frankfurt am Main eine, über die bilanzierten Rückstellungen hinaus, zusätzliche **stille Last** (**Pensionslast**). Diese resultiert daraus, dass die während der aktiven Dienstzeit der betreffenden Personen notwendige, aufwandswirksame und damit die Ergebnisrechnung belastende Zuführung aufgrund der Bewertungsvorgaben der GemHVO für die Pensions- und Beihilferückstellungen nicht in angemessener Höhe erfolgt (siehe auch unsere Prüfungsbemerkungen beim Posten P.3.1 [in Tz. 7.2.1.2]). **Zum Bilanzstichtag beträgt der Bewertungsunterschied inzwischen 1,33 Mrd. €** (Vj.: 1,32 Mrd. €).

Im Weiteren ist zu beachten, dass die Pensionslasten auch bei der Stadt Frankfurt aufgrund der demografischen Veränderungen und dem Anstieg der Zahl der Versorgung Empfangenden zunehmen.

In den nächsten Jahren ist unverändert mit einem **verstärkten Pensionseintritt der sogenannten „Babyboomer-Jahrgänge“** (1955–1969) zu rechnen. Von einer Wiederbesetzung der betroffenen Stellen ist im Regelfall auszugehen. **Infolgedessen ist damit zu rechnen, dass der Personalaufwand grundsätzlich erhalten bleibt und gleichzeitig ein „doppelter“ Liquiditätsabfluss – für die laufende Besoldungsauszahlung und für die Pensionszahlung – entstehen wird.**

Seit der Aufstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 werden die zur Finanzierung der Personalrückstellungen getätigten Finanzanlagen (bei Neuverbeamtungen und für die Versorgungsrücklage) in den Wertpapieren des Anlagevermögens und der sonstigen Ausleihungen ausgewiesen. Die Entwicklung der Finanzanlagen und der Pensionsrückstellungen zeigt die nachfolgende Tabelle:

Bilanzstichtag	Finanzanlagen			Pensionsrückstellung inkl. Versorgungsrücklage	Deckungsquote
	für Rückstellung Neuverbeamtung	für Versorgungsrücklage	Summe		
	in T€	in T€	in T€	in T€	in %
31.12.2014	22.196	43.718	65.914	1.096.088	6,0
31.12.2015	31.396	47.768	79.164	1.105.895	7,2
31.12.2016	42.396	53.307	95.703	1.141.456	8,4
31.12.2017	54.296	59.407	113.703	1.170.098	9,7
31.12.2018	70.938	65.252	136.190	1.217.586	11,2
31.12.2019	87.068	70.992	158.060	1.263.864	12,5
31.12.2020	105.018	76.620	181.638	1.319.214	13,8
31.12.2021	124.718	81.820	206.538	1.357.303	15,2
31.12.2022	145.718	87.270	232.988	1.395.035	16,7
31.12.2023	168.588	91.970	260.558	1.473.191	17,7

6-30: Entwicklung der Finanzanlagen und der Pensionsrückstellungen

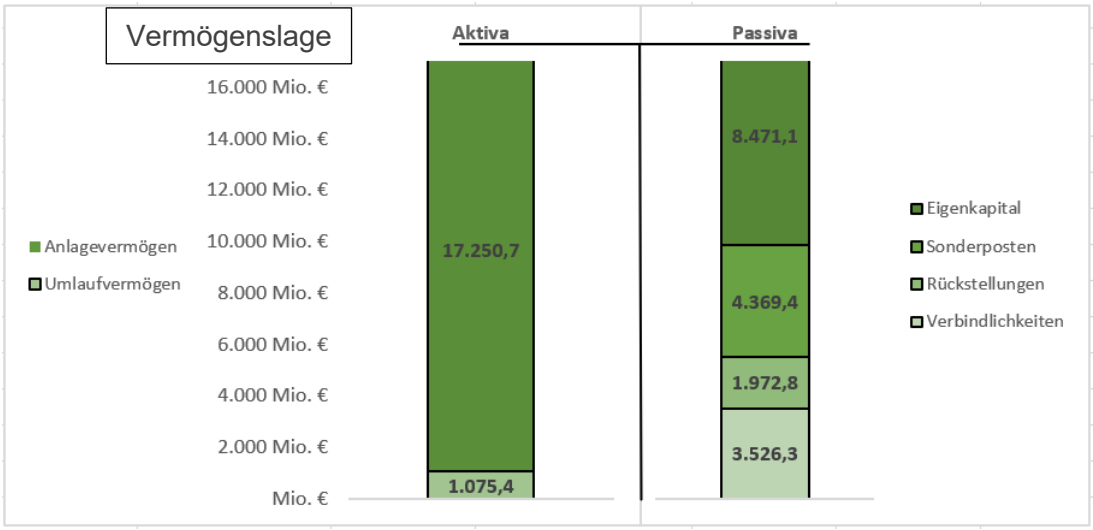
Die Quote der durch Finanzanlagen gedeckten (in der Vermögensrechnung passivierten) Pensionsverpflichtungen steigt zwar sukzessive an, ist jedoch zum Bilanzstichtag mit 17,7 % unverändert niedrig.

Setzt man die Finanzanlagen ins Verhältnis zu den tatsächlichen (handelsrechtlich ermittelten) Pensionsverpflichtungen von 2,6 Mrd. €, beträgt die Deckung nur 10,1 %.

6.3.6 Vermögenslage

6.3.6.1 Aktiva und Passiva

Die Vermögenslage setzt sich zum Bilanzstichtag grafisch, wie folgt, zusammen:



6-31: Zusammensetzung der Vermögenslage[38]

Die **Bilanzsumme** belief sich zum 31.12.2023 auf 18.413,9 Mio. € und hat sich damit gegenüber der Bilanzsumme des Vorjahrs um 421,7 Mio. € oder 2,3 % erhöht.

Auf das Anlagevermögen entfallen 17.250,7 Mio. €, was einer um 0,7 %-Punkte gesunkenen **Anlagevermögensquote** (Anlagenintensität) von 93,7 % entspricht.

Nachdem die **Eigenkapitalquote** in den letzten Jahren stetig gesunken ist, erhöhte sie sich von 44,9 % auf jetzt 46,0 %. Grund war, dass das Eigenkapital sich im Wesentlichen durch den Jahresüberschuss von 391,5 Mio. € auf 8,47 Mrd. € erhöht hat.

Weitere wichtige Kennzahlen zur Vermögensrechnung werden in Ziffer 5.2.1 des Jahresabschlusses 2023 dargestellt. Eine Analyse der **Veränderungen in der Vermögensrechnung** zum Vorjahr stellen wir in Tz. 7.2.1.1 dar.

Die Vermögenslage zum 31.12.2023 ist geordnet.

6.3.6.2 Investitionen

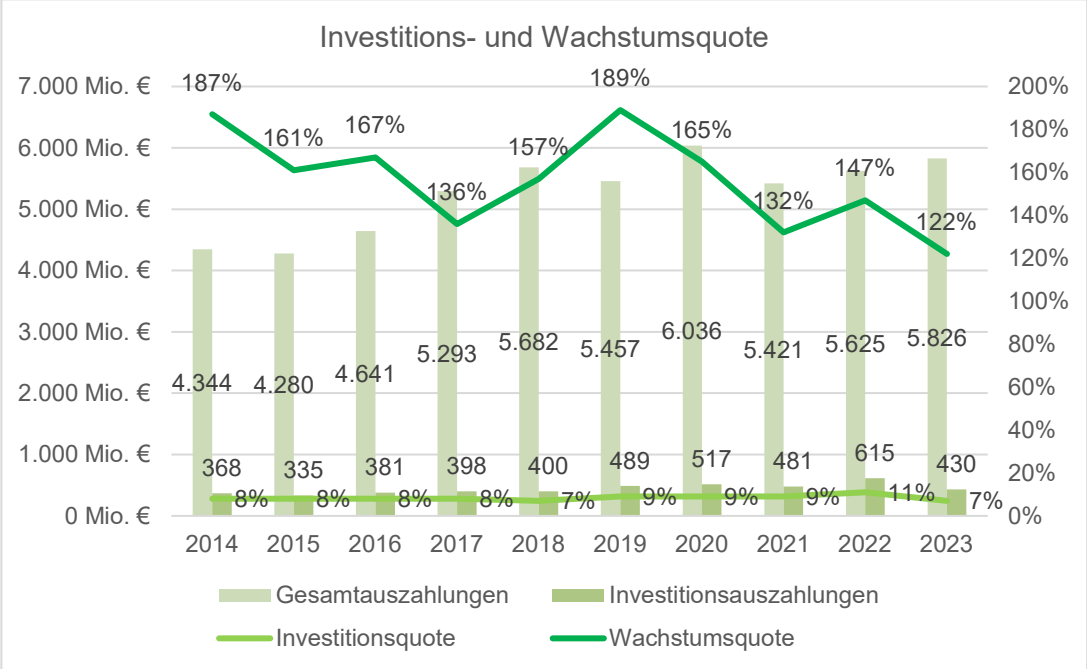
Die Berichterstattung zum Jahresabschluss 2023 erläutert ab Seite 68, dass in den Fachbereichen die Einhaltung der Investitionsbudgets anhand der Daten des Investitionscontrollings festgestellt wurde. Hinsichtlich der dort zudem dargestellten Budgetüberträge verweisen wir auf Tz. 6.1.8.2 dieses Schlussberichts.

Die Darstellung auf der Ebene der PB ist korrekt. Die Entwicklung vom Soll über den fortgeschriebenen Plan zum Ergebnis und der daraus resultierenden Höhe der neu gebildeten Budgetüberträge wurde detailliert aufgezeigt.

[38] Ohne ARAP und PRAP.

Anhand der Ergebnisse der Finanzrechnung (siehe auch Tz. 6.3.5.1) errechnet sich die **Investitionsquote**. Diese beschreibt die prozentuale Höhe der gesamten Investitionsauszahlungen bezogen auf die Gesamtauszahlungen.

Zudem ist die **Wachstumsquote** ein Indikator dafür, inwieweit der Werteverzehr des Anlagevermögens in Form von Abschreibungen durch Neuinvestitionen kompensiert wird und damit die Substanz des Anlagevermögens nominal erhalten bleibt:



6-32: Entwicklung der Investitions- und Wachstumsquote

Die Investitionsquote im Jahr 2023 betrug 7 %. Das ist – gemeinsam mit dem Jahr 2018 – der geringste Wert seit dem Jahr 2014.

Auch die Wachstumsquote weist für das Jahr 2023 mit 122 % den geringsten Wert seit 2014 auf.

6.3.7 Entwicklung in den Produktbereichen

Der Lage- und Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2023 beschreibt in Ziffer 6.8 (Seiten 78 bis 184) die Entwicklung in den jeweiligen PB im abgeschlossenen Haushaltsjahr (§ 51 Abs. 1 GemHVO).

Wir haben diese Berichterstattungen darauf geprüft, ob sie dazu beitragen, dass der Lage- und Rechenschaftsbericht insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Stadt Frankfurt am Main vermittelt. Außerdem haben wir geprüft, ob die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses sowie erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsplanansätzen in den PB erläutert sind.

Die Ausführungen haben wir auch auf fehlende Erläuterungen geprüft. Abweichungen sind erheblich, wenn sie sowohl absolut 1 Mio. € als auch relativ 20 % übersteigen.

Die Anwendung dieses Maßstabs führte zu **folgenden Beanstandungen**:

- **PB 13: Stadtplanung**

  Bei den Ausführungen zu den „Mindereinzahlungen bei den Investitionskostenzuschüssen“ wurde offenbar das Projekt „Nationale Projekte des Städtebaus/Neues Frankfurt“ nicht genannt. Andernfalls (wie dargestellt) betragen die Mindereinzahlungen 243,0 T€.

  Die Erläuterungen zu den „Minderauszahlungen bei investiven Auszahlungen“, nennt bei „Maßnahmen der Wohnungsbauförderung“ ein Ist von 27,1 Mio. €, wobei das tatsächliche Ist 24,9 Mio. € beträgt. Der fortgeschriebene Plan für die investiven Maßnahmen, für die in 2023 keine Auszahlungen geleistet wurden, beträgt 13,4 Mio. € statt wie angegeben 8,3 Mio. €.

  In den Budgetüberträgen für Maßnahmen der Stadtentwicklung sind die Budgetüberträge der Projekte „Entwicklung des Rebstockgeländes“ und „Kapitaleinlage Dom Römer“ bereits enthalten. Diese beiden sind jedoch zusätzlich separat aufgeführt und daher doppelt berücksichtigt. Dies führt dazu, dass die Budgetüberträge der einzeln aufgeführten Maßnahmen in Summe den Gesamtübertrag übersteigen. Die beiden genannten Projekte sollten daher aus den Budgetüberträgen für Maßnahmen zur Stadtentwicklung rausgerechnet werden, welche dann 4,6 Mio. € betragen statt wie angegeben 15,3 Mio. €.

- **PB 18: Soziales**

  Bei der Tabelle 6-45 „Ergebnisrechnung PB 18 in T€“ wurde die Abweichung bei Erlösen aus interner Leistungsverrechnung fehlerhaft übertragen. Es wurde „-9“ angegeben, tatsächlich müsste dort „-90“ stehen. Bei dem in der Jugendhilfe maßgeblichen Produkt Hilfe zur Erziehung – Heimerziehung wird fälschlicherweise von Bedarfsgemeinschaften und nicht von Fallzahlen gesprochen. Die Angaben zu den Bedarfsgemeinschaften im SGB II sind fehlerhaft. Bei den für den Monat November 2023 übermittelten Werten des Jugend- und Sozialamtes kam es zu Abweichungen zu den von der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Internet hinterlegten maßgeblichen Fallzahlen. Das Jugend- und Sozialamt gibt für November 2023 die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit 32.509 an und laut Statistik der BA waren es 32.349. Im Jahresdurchschnitt errechnet sich eine tatsächliche Anzahl der Bedarfsgemeinschaften von 32.585, was einer Abweichung von 97 Fällen entspricht.

  Im Teil der kommunalen Leistungen nach dem SGB II wird die Einführung des Bürgergelds zum 01.01.2023 nicht erwähnt. Es ist weiterhin von Arbeitslosengeld und Sozialgeld die Rede.

- **PB 36: Wirtschaftsförderung**

  PG 36.02 (Seite 166 letzter Absatz und 167 erster Absatz): Wenn einerseits die ordentlichen Aufwendungen (Kapitalertragsteuern und Solidaritätszuschlag) betraglich im Lage- und Rechenschaftsbericht dokumentiert werden (953,0 T€), sind andererseits auch die Finanzerträge (Dividenden) brutto darzustellen (6,0 Mio. €). Im Satz „Die Finanzerträge...“ wird jedoch bei der differenzierten Darstellung der Dividenden (HFM und Hafen- und Marktbetriebe) nicht der Brutto-Betrag, sondern der Netto-Betrag dargestellt. Der Satz müsste daher lauten: „Die Finanzerträge weisen ein Jahresergebnis von 6,0 Mio. € aus, ..., davon 4,95 Mio. € aus Dividenden 2022 der HFM GmbH sowie 1,1 Mio. € aus Dividenden 2021 für den Eigenbetrieb Hafen- und Marktbetriebe.“

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Berichterstattung über die Entwicklung in den PB im Lage- und Rechenschaftsbericht dennoch ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Stadt Frankfurt am Main vermittelt.

Hinsichtlich der nach § 48 Abs. 2 GemHVO erforderlichen Ergänzung der Teilergebnisrechnungen um Leistungsmengen und steuerungsrelevante Kennzahlen wird – wie im Vorjahr – auf die Ausführungen zum Stand der Aufgabenerfüllung in Ziffer 6.3 des Jahresabschlusses sowie auf unsere diesbezüglichen Prüfungsfeststellungen in Tz. 6.3.2 verwiesen.

6.3.8 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahrs

Im Jahresabschluss 2023 wird hierüber entsprechend der Vorgaben des § 51 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO auf Seite 185 (Ziffer 6.9) berichtet. Danach sind nach dem Schluss des Berichtsjahrs Angabe gemäß keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die zu einer geänderten Bewertung der „Haushaltslage 2023“ geführt hätten.

Aus den Prüfungen des Revisionsamts sind keine Ereignisse bekannt, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2023 im Lage- und Rechenschaftsbericht hätten erwähnt werden müssen.

Die (haushalts-)wirtschaftlichen Folgen und Risiken werden unter Ziffer 6.10 aufgeführt.

6.3.9 Voraussichtliche Entwicklung mit Chancen und Risiken

Im Lage- und Rechenschaftsbericht (Ziffer 6.10, Seite 185 bis 188) finden sich Ausführungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Stadt Frankfurt am Main mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (§ 51 Abs. 2 Nr. 3 GemHVO). Es sind aus unserer Sicht folgende Kernaussagen hervorzuheben:

- Die **gute Entwicklung der Ertragslage**, vor allem bei der Gewerbesteuer, **reicht nicht aus**, die prognostizierten Steigerungen bei den Aufwendungen/Auszahlungen auszugleichen.

- Es werden verschiedene **Risikofaktoren** der Aufwandseite genannt. Eine hohe Ausgabendynamik bei Zinsaufwendungen, das finanzielle Risiko der steigenden Versorgungsausgaben altersstrukturbedingt sowie höherer Tarifabschlüsse, welche die Personalaufwendungen ausweiten würden, sowie Risiken durch einen bestehenden Sanierungsstau bei nicht unerheblichen Teilen der bestehenden Infrastruktur werden erwähnt.
- Als weiteres Risiko werden Ertragsausfälle bzw. Zuschusszahlungen an städtische Beteiligungsgesellschaften genannt.
- Für den **Finanzhaushalt** wird für den Planungszeitraum bis 2027[39] ein Finanzmittelbedarf für die Ausführung des Investitionsprogramms von 3,41 Mrd. € (Vj.: 2,81 Mrd. €) erwartet, der überwiegend durch Kreditneuaufnahmen zu finanzieren ist. Dies wird beim Schuldenstand aus investiver Kreditaufnahme zu einer Netto-Neuverschuldung um 2,07 Mrd. € (Vj.: 2,03 Mrd. €) bis zum Jahr 2027 führen.
- Bei der Inanspruchnahme der gebildeten Budgetüberträge könnten sich hohe und in der Finanzplanung noch nicht berücksichtigte Zahlungsmittelbedarfe ergeben.

Der Magistrat hat in den Lage- und Rechenschaftsberichten der Jahresabschlüsse 2018 bis 2020 noch selbst festgestellt, dass der Stadtverwaltung **ein (zentrales/IT-gestütztes) Vertragsmanagementsystem fehlt**. Daraus folgend hat er angegeben, dass die aus dem Fehlen resultierenden Risiken unverändert fortbestehen und dass damit ein Vertragscontrolling nur eingeschränkt möglich ist. In den Lage- und Rechenschaftsberichten seit 2021 erfolgt eine Benennung dieser Risiken nicht mehr. Das ist aus Revisionssicht nicht verständlich; im Übrigen verweisen wir auf Tz. 7.1.2.2.

Weitere, im Lage- und Rechenschaftsbericht 2023 nicht benannte Risiken, resultierten aus der **fehlenden gesamtstädtischen Digitalisierungsstrategie**. Diese war durch den Magistrat in Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung § 2625 vom 15.12.2022 „*Digitale Daseinsvorsorge Nachhaltig Neu Denken - Meta-Antrag: Frankfurts Digitalisierungsstrategie 2.0 entwickeln*“ (NR 523 vom 08.11.2022) zu verfassen. **Die Strategie wurde in 2024 beschlossen** (§ 5164 vom 19.09.2024; M 87 vom 21.06.2024).

Aus Revisionssicht ist, wie in Vorjahren, anzumerken, dass neben den in den Ämtern und Betrieben dezentral nicht systematisch eingerichteten Internen Kontrollsystemen und dem Controlling, **kein stadtweites Risikofrüherkennungssystem** eingerichtet ist. Ein hierdurch komplettiertes **Risikomanagementsystem** könnte helfen, Risiken systematisch zu identifizieren, die die **Leistungsfähigkeit zur stetigen Aufgabenerfüllung** negativ beeinflussen. Ebenso könnten im Rahmen eines Risikomanagementsystems die Risiken identifiziert werden, die auf der Ebene der Teilhaushalte das Erreichen der definierten Ziele gefährden können. Diese sind allerdings derzeit nicht vollumfänglich für alle PG definiert. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf unsere Ausführungen zum Stand der Aufgabenerfüllung mit den Zielsetzungen und Strategien in Tz. 6.3.2. Die Ausführungen im Lage- und Rechenschaftsbericht betrachten vorwiegend monetäre Aspekte.

[39] Doppelhaushalt 2024/2025.

Unter Berücksichtigung des Zeitpunkts der Berichterstattung und der Erkenntnisse aus den Prüfungen des Revisionsamts, werden ansonsten grundsätzlich die wesentlichen Aspekte der voraussichtlichen Entwicklung beschrieben.

6.3.10 Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit inklusive KASH-Wert

Der **Finanzstatusbericht** ist ein Pflichtbestandteil des Haushaltsplans (§ 1 Abs. 5 Nr. 11 GemHVO). Sein Aufbau ist gemäß Muster 20 der GemHVO vorgegeben. Er ist ein Instrument, um anhand des KASH-Kennzahlensystems[40] die finanzielle Leistungsfähigkeit zu beurteilen.

Die **Berichtspflicht** des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung ergibt sich aus § 28 GemHVO. „Die sich aus dem Finanzstatusbericht ergebende Bewertung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist in die Berichtspflicht einzubeziehen." In den unterjährigen **Trimester-Berichten** zur Ausführung des Haushalts[41] wird in Ziffer 8.1 über die „Aktuelle Einschätzung der finanziellen Leistungsfähigkeit"[42] berichtet. Der darüber zu ermittelnde KASH-Wert sowie der sich daraus ergebende Status werden jedoch nicht ermittelt und angegeben. Im **Jahresabschluss** wird der KASH-Wert ebenfalls nicht als Kennzahl (z. B. in Kapitel 5 Kernaussagen und Kennzahlen) genannt.

Der KASH-Wert hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Planwert	55,0	52,5	85,0	55,0	85,0	85,0	85,0
Abschlusswert	82,5	85,0	95,0	95,0	95,0[43]	-[44]	-[45]

6-33: Entwicklung des KASH-Werts (Plan- und Abschlusswerte)[46] in %

[40] „KASH" steht für kommunales Auswertungssystem Hessen. Im KASH-Kennzahlensystem werden acht als maßgebend erachtete Indikatoren bewertet und in Relation zueinander gesetzt (gewichtet). Das additive Gesamtergebnis liefert eine zwischen 0 % und 100 % finanzieller Leistungsfähigkeit liegende Grundaussage (>= 70 % = leistungsfähig, > 40 % < 70 % = eingeschränkt leistungsfähig, < 40 % = gefährdet bis nicht mehr leistungsfähig). Die Indikatoren sind: 1. ordentliches Ergebnis, 2. Bestand ordentliche Rücklage, 3. Fehlbeträge aus Vorjahren, 4. Bestand der Liquiditätsreserve, 5. Eigenkapital, 6. Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten, 7. Verbindlichkeiten Hessenkasse und 8. Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit.

[41] Vgl. z. B. zuletzt B 396 „*Bericht zur Ausführung des Haushalts 2024 – Berichtsperiode Januar bis August 2024*" vom 11.10.2024.

[42] Orientiert an den acht nach dem KASH-System vorgegebenen Indikatoren.

[43] Der KASH-Abschlusswert für 2023 wurde mit dem Finanzstatusbericht 2024 zum Doppelhaushalt 2024/2025 ermittelt.

[44] Der KASH-Abschlusswert 2024 wird nach dem Jahresabschluss 2024 und zum Doppelhaushalt 2026/2027 ermittelt.

[45] Der KASH-Abschlusswert 2025 wird nach dem Jahresabschluss 2025 und zum Haushalt 2027 ermittelt.

[46] Die KASH-Planwerte für die Jahre 2024 und 2025 wurden zum Stand des Doppelhaushalts 2024/2025 (11/2024) erfasst.

In den vorhergehenden Schlussberichten hatten wir empfohlen, den KASH-Wert künftig im Rahmen der unterjährigen Trimester-Berichterstattung zur Ausführung des Haushalts sowie im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses zu ermitteln und in die Berichterstattung gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO einfließen zu lassen. Dies würde die Beurteilung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit nach dem KASH-System zeitnah und besser ersichtlich machen.

Nach Auskunft der Stadtkämmerei zu den Schlussberichten 2022, wird der KASH-Wert über das IT-System „Kommunaldatenbank“ des Landes Hessen ermittelt. Eine unterjährige Berechnung ist hierin nicht vorgesehen. Ebenso sei eine Ermittlung parallel zur Aufstellung des Jahresabschlusses technisch nicht möglich.

Wir hatten daher empfohlen, hierzu mit der Aufsichtsbehörde die rechtlichen Grundlagen und die technische Umsetzung zu besprechen. Dies hat in 2024 stattgefunden. Im Ergebnis wird die aktuelle Berichterstattung seitens der Aufsicht Angabe gemäß nicht beanstandet.

6.3.11 Zusammenfassende Beurteilung des Lage- und Rechenschaftsberichts

Der Lage- und Rechenschaftsbericht vermittelt im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vom Verlauf der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2023 und der Lage unter dem Gesichtspunkt der Sicherstellung der stetigen Aufgabenerfüllung der Stadt Frankfurt am Main.

Der Magistrat kommt zugleich seiner Verpflichtung[47] zur Darstellung des **Stands der Ausführung des Haushalts** für das dritte Trimester[48] aufgrund des insgesamt sehr umfangreichen und informativen Inhalts nach.

Wesentliche **Abweichungen von Haushaltsansätzen** wurden im Lage- und Rechenschaftsbericht 2023 grundsätzlich zutreffend dargestellt und erläutert.

Er entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen insgesamt den rechtlichen Vorschriften des § 51 GemHVO.

[47] Grundlage ist der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 1472 vom 01.03.2007 (M 19 vom 26.01.2007).
[48] Bericht zur Ausführung des Haushalts 2023 – Berichtsperiode Januar bis Dezember 2023.

7 Prüfungsfeststellungen zum Jahresabschluss 2023

Nachfolgend stellen wir unsere Prüfungsfeststellungen zum Jahresabschluss 2023 nach § 128 Abs. 1 Nr. 4 und 5 i. V. m. § 112 Abs. 2 und 4 HGO dar.

7.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

7.1.1 Buchführung, Ordnungsgrundlagen, Belegerfassung, Inventur und Inventar

7.1.1.1 IT-gestütztes Buchführungssystem

Für die kaufmännische **Buchführung** setzt die Stadt Frankfurt am Main seit dem Haushaltsjahr 2007 die **Anwendungssoftware SAP ERP** ein. Folgende Module kamen im Haushaltsjahr 2023 zum Einsatz:

Modul	Abkürzung	englische Bezeichnung
Hauptbuchhaltung	FI-GL	General Ledger Accounting
Haushaltsmanagement	PSM	Public Sector Management
Projektsystem	PS	Project System
Investitionsmanagement	IM	Investment Management
Vertrieb	SD	Sales and Distribution
Materialwirtschaft	MM	Materials Management
Instandhaltung	PM	Plant Maintenance
Anlagenbuchhaltung	FI-AA	Asset Accounting
Kassen- und Einnahmemanagement (Massenkontokorrent)	PSCD	Public Sector Collection and Disbursement
Kostenrechnung	CO	Controlling
Unternehmenscontrolling, Profitcenterrechnung	EC-PCA	Enterprise Controlling, Profit Center Accounting
Konsolidierung	SEM-BCS	Strategic Enterprise Management-Business Consolidation

7-1: Eingesetzte SAP-Module

Wir haben keine Sachverhalte festgestellt, die uns zu der Annahme veranlassen, dass im Rahmen der SAP-gestützten Rechnungslegung die Richtigkeit der für die Zwecke der Rechnungslegung verarbeiteten Daten nicht gewährleistet ist.

Das Revisionsamt hat noch keine Freigabeempfehlung für das SAP ERP-System erteilt, weil eine Verfahrensdokumentation, wie sie § 33 Abs. 5 Nr. 1 GemHVO unter Beachtung der GoBD fordert, noch nicht vorliegt. Mit der Implementierung von SAP S/4HANA[49] sollen die Verfahrensdokumentation erstellt und die Fachkonzepte überarbeitet werden. Eine formelle Freigabe durch den Stadtkämmerer ist daher ebenfalls noch nicht erfolgt.

[49] „High Performance Analytic Appliance“, eine In-Memory-Datenbank.

Die Buchführung und das Belegwesen sind nach unseren Feststellungen jedoch insgesamt ordnungsgemäß und entsprechen den gesetzlichen Vorschriften nach § 112 Abs. 1 HGO i. V. m. §§ 32 bis 37 GemHVO einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB). Die aus den weiteren geprüften Unterlagen zu entnehmenden Informationen sind ordnungsgemäß in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht abgebildet.

7.1.1.2 Ordnungsgrundlagen für finanzrelevante DV-Verfahren

Seit den Schlussberichten 2020 legen wir dar, dass bei der Stadt Frankfurt am Main

- die DV-Leitsätze für finanzrelevante DV-Verfahren vom 22.09.1986 und
- die Richtlinien zum Systementstehungsgang von DV-Verfahren vom 07.09.1987 (DV-Leitsätze für nicht-finanzrelevante Verfahren)

veraltet sind. Dadurch wird den dezentralen Bereichen die Erfüllung der rechtlichen Vorgaben (insbesondere GoBD, GemHVO und GemKVO) erheblich erschwert.

Die fortschreitende Digitalisierung erfordert vom Dezernat VI – Finanzen, Beteiligungen und Personal – unverändert dringend eine **stadtinterne Neuregelung des Freigabeprozesses neuer Software** sowie bei Release-Wechseln und Updates.

Auch die entsprechenden **stadtinternen Regelungen müssen angepasst werden**. Hierbei sind die aktuellen rechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen. Hierzu wurde im Jahr 2024 eine **Projektgruppe** gegründet, welche ihre Arbeit am 21.01.2025 aufgenommen hat.

Zu unseren Feststellungen bei begleitenden Prüfungen zur Einführung neuer IKT-Verfahren, verweisen wir auf Tz. 4.2 im Teil IV der Schlussberichte 2023.

7.1.1.3 Belegerfassung – Verwendung von Buchungstexten oder -schlüsseln

Zur Realisierung der Belegfunktion verlangen die GoB, dass bei der Erfassung von Geschäftsvorfällen neben Buchungsbetrag, Zeitpunkt des Geschäftsvorfalls und der Bestätigung (Autorisierung) durch den Buchführungspflichtigen auch eine hinreichende Erläuterung des Vorgangs (z. B. über einen Buchungstext oder -schlüssel) zu erfolgen hat.[50]

Die letzte ausführliche Aufforderung der Stadtkämmerei an alle Rechnungsführungen der Ämter erfolgte am 08.12.2015. Diese ist in FRech „dauerhaft“ abgelegt. Hierauf wird in der jährlichen Rundmail zum Jahresabschluss hingewiesen.

In einzelnen Bereichen wird bei der Belegerfassung jedoch nach wie vor nicht darauf geachtet, in den in SAP ERP dafür vorgesehenen Feldern aussagefähige Angaben einzutragen.

Wir regen an, die Thematik durch die Stadtkämmerei bei einer **erneuten Tagung der Rechnungsführungen**[51] anzubringen. Ferner erhoffen wir uns Verbesserungen durch die **Umsetzung des Projekts „*Neuausrichtung des städtischen Rechnungswesens*“** (siehe Tz. 7.1.2.1).

Die Buchführung und das Belegwesen sind nach unseren Feststellungen jedoch insgesamt als ordnungsgemäß zu beurteilen.

7.1.1.4 Inventur und Inventar

Das **Inventar als Ergebnis der Inventur** wurde ordnungsgemäß in die Buchhaltung übernommen. Die Bestände des **Anlagevermögens** wurden dabei durch Fortschreibung, das heißt, durch die Erfassung von Zu- und Abgängen nach Art, Menge und Wert, nachgewiesen **(Buchinventur)**. Konform mit den Hinweisen zu § 36 GemHVO, wird auf eine jährliche körperliche Bestandsaufnahme verzichtet.

Gleichwohl sind die Buchbestände der Anlagenbuchhaltung gem. den Hinweisen zu § 36 GemHVO regelmäßig, z. B. in einem drei- bis fünfjährigen Rhythmus, mit den tatsächlich vorhandenen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens abzustimmen.

Eine Abstimmung der Buchbestände mit den tatsächlich vorhandenen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens **(Inventur)** erfolgte zuletzt zum 30.06.2020 (Folgeinventur zur Inventur zum 31.05.2015). Die Nachbearbeitung der durch die Fachämter zum 30.10. bzw. 30.11.2020 vorzulegen gewesenen Inventurergebnisse durch die Stadtkämmerei dauerte bis Mitte 2023 an.

[50] Vgl. IDW RS FAIT 1, Tz. 36; Hinweis 2 zu § 33 GemHVO; BMF-Schreiben vom 28.11.2019 – GoBD, Tz. 64.
[51] Die letzte Tagung hat im Jahr 2019 stattgefunden.

Die revisionsseitige Prüfung erfolgte im ersten Halbjahr 2023 und führte zu folgenden Feststellungen:

- Die Inventur zum Stichtag 30.06.2020 wurde von den meisten dezentralen Organisationseinheiten korrekt bzw. zumindest überwiegend korrekt durchgeführt. In vielen Fällen fehlen jedoch die Unterschriften der beiden dezentralen Inventurbeauftragten und der dezentralen Inventurleitung.
- Seitens der dezentralen Organisationseinheiten wurden die Inventurergebnisse in vielen Fällen erst weit nach dem festgesetzten Termin der Stadtkämmerei vorgelegt, so dass sich deren Nachbearbeitung entsprechend verzögerte.
- Das ABI hat die Ergebnisse derart verspätet vorgelegt, dass auch zum Prüfungszeitpunkt die Nachbearbeitung durch die Stadtkämmerei nicht abgeschlossen war.
- Laut Stadtkämmerei wurden alle Unterlagen des ASE zwar vorgelegt und durch sie noch 2022 abschließend bearbeitet. Sie wurden uns jedoch nicht zur Prüfung vorgelegt.
- Bei den Inventurmeldungen des ABI gab es auskunftsgemäß Stadtkämmerei umfangreichen Klärungsbedarf bezüglich der Gebäude. Eine Inventur der Schul- und Kita-Gebäude fand laut Stadtkämmerei nicht statt.
- In größerem Umfang war bewegliches Vermögen als defekt, gegenwärtig nicht auffindbar, entsorgt bzw. verschrottet gemeldet worden. Ferner erfolgten Abgänge infolge des Austauschs von Büromöbeln. Die hierdurch ausgelösten Buchungen sollten künftig zeitnah und nicht erst im Rahmen einer Inventur erfolgen. Die entsprechenden Fachämter sind gehalten, ihre Prozesse und das rechnungslegungsbezogene IKS zu überprüfen und ggf. zu überarbeiten.
- Erwartungsgemäß wurden nur in einem sehr geringen Umfang Anlagen als in der SAP-Anlagenbuchhaltung fehlend gemeldet.
- Drei Organisationseinheiten (Museum für Moderne Kunst, Jüdisches Museum und Geschäftsbereich 0540 „Städt. Kliniken Frankfurt am Main-Höchst“) hatten entgegen der Richtlinie bis dahin keine Inventur durchgeführt. Das Museum für Moderne Kunst und das Jüdische Museum hatten dies begründet.[52]
- Die verspätete Vorlage der Inventurergebnisse bedeutet für das ABI, dass für ein Vermögen mit einem RBW per 30.06.2020 von 231,1 Mio. € (1,6 % des RBW vom immateriellen Vermögen und Sachanlagevermögen) bis zum Abschluss unserer Prüfung keine abschließende Inventur durchgeführt wurde. Die nicht erfolgte Inventur beim Museum für Moderne Kunst macht 447,8 Mio. € (3,1 %) aus.
- Lösten Inventurmeldungen Buchungen aus, wurden diese nach dem Ergebnis unserer stichprobenartigen Prüfung zutreffend durch die Stadtkämmerei erledigt.
- Die Sonderposten waren nicht Gegenstand der Inventur. Wenn Ausbuchungen von Vermögensgegenständen erfolgten, die durch ihnen konkret zugeordnete Sonderposten (teil-)finanziert waren, wurden laut Stadtkämmerei zugleich die

[52] Im Rahmen der Vorabstimmung der Schlussberichte teilte das Kulturdezernat mit, dass die Museen die Inventur zwischenzeitlich durchgeführt hätten.

korrespondierenden Sonderposten ausgebucht. Dies geschah jedoch nicht bei Sonderposten ohne unmittelbare Zuordnung zum aktivierten Vermögensgegenstand (Variante b.).

Die nicht zugeordneten Sonderposten (Variante b.) haben sich gegenüber dem EÖB-Stichtag 01.01.2007 sachdienlich in großem Umfang reduziert.

- Bei miteinander in Beziehung stehenden Anlagegütern erfolgen Querverweise im SAP-Datenbestand, wodurch ein zweckentsprechendes Verfahren zur Einbeziehung aller miteinander korrespondierenden Anlagegüter in die Verbuchung bestimmter Geschäftsvorfälle besteht.
- Veränderungen beim Bestand von Kunstgegenständen oder bei deren Bewertung sind nur in einem äußerst geringen Umfang erfolgt.
- Auf eine Beordnung der historischen Werte der öffentlichen Plätze abzielende Maßnahmen wurden seitens der Stadtkämmerei und des ASE ergriffen, sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Das **Inventar entspricht,** mit Ausnahme der unter Tz. 7.2 dokumentierten Beanstandungen, **insgesamt den Grundsätzen ordnungsmäßiger Inventarisierung**.

7.1.2 Bemerkungen zu rechnungslegungsrelevanten Geschäftsprozessen

7.1.2.1 Vorbemerkung

Die kurzen Einschätzungen des Revisionsamts zu einzelnen rechnungsrelevanten Geschäftsprozessen in den folgenden Textziffern werden in der nachstehenden Tabelle zusammenfassend dargestellt:

Geschäftsprozesse / Themenkomplexe	Veränderung	Tz.
Zentrales, IT-gestütztes Vertragsmanagement	keine	7.1.2.2
Gewährung von Zuwendungen und Zuschüssen (Ordnungsgrundlagen, Zuwendungsdatenbank)	gering	7.1.2.3
Umsetzung des Investitionsprogramms im Sachanlagevermögen	leichte Verbesserung	7.1.2.4
Umsetzung des Investitionsprogramms im Finanzanlagevermögen – Gewährung von Wohnungsbaudarlehen	leichte Verbesserung	7.1.2.5
Debitorische Prozesse, Forderungsmanagement	deutliche Verbesserung	7.1.2.6
Kreditorische Prozesse	deutliche Verbesserung	7.1.2.7

7-2: Veränderung der Themenkomplexe im Berichtsjahr

Im Projekt „*Zukunftsfähigkeit des städtischen Rechnungswesens sicherstellen*“, werden seit November 2021 die in einer Organisationsuntersuchung erarbeiteten

Handlungsvorschläge unter Beteiligung der betroffenen Ämter und Dezernate und unter der Federführung des POA mit externer Beratung umgesetzt.[53]

Schwerpunkte sind folgende Themen, die in vier Teilprojekten umgesetzt werden:

Teilprojekt	Thema
1	Zentralisierung Forderungsmanagement
2	Shared-Service Center (SSC) und Abnehmer
3	Dezernatscontrolling (Dezernatscontroller:innen)
4	Dienststellen mit eigener Rechnungsführung

7-3: Teilprojekte des Projekts „Zukunftsfähigkeit des städtischen Rechnungswesens sicherstellen“

Berücksichtigt werden dabei die Beschreibung von Schnittstellen zwischen Ämtern, Zentralämtern und Dezernaten sowie der daraus resultierende Bedarf an Personalentwicklungsmaßnahmen für die Themen Haushaltsplanaufstellung, debitorische und kreditorische Prozesse sowie Jahresabschluss.

Das Umsetzungsprojekt war bis Mitte 2024 geplant. Im Projektverlauf kam es speziell in den Teilprojekten 2, 3 und 4 zu Verzögerungen. Das Teilprojekt 1 war bereits in 2024 intern abgeschlossen. Mit Beginn des Haushaltsjahrs 2025 gelten die Teilprojekte 3 und 4 ebenfalls als intern abgeschlossen. Das Teilprojekt 2 steht vor dem Abschluss. Der zusammenfassende Abschlussbericht wurde für 2025 angekündigt.

7.1.2.2 Vertragsmanagement

Die Vielzahl der von der Stadt mit Dritten eingegangenen Verträge bergen hohe Risiken. Dies sind beispielsweise das mögliche **Versäumen von Kündigungsmöglichkeiten und -fristen** oder die **Nichtvornahme von Mietpreisanpassungen** bei städtischen Immobilien. Dies kann zu **finanziellen Belastungen im Haushaltsvollzug** führen, die in den Finanzplanungen nicht berücksichtigt wurden.

Die **Qualität eines Vertragsmanagements wirkt sich ferner auf die Rechnungslegung aus**: insbesondere auf die Vollständigkeit der Schulden (Rückstellungen und Verbindlichkeiten) in der Vermögensrechnung (Tz. 7.2.1.2), der Erträge in der Ergebnisrechnung (Tz. 7.2.2.2) sowie der Angaben im Anhang (Tz. 7.2.5.1).

Die AGA I beinhaltet in Abschnitt 4.4.11 nur sehr allgemeine Vorgaben zur Regelung der Wiedervorlage, im weiteren Sinne als einzig zentral vorhandene Regelung zum Vertragsmanagement in der Stadt Frankfurt am Main. Der Aufgabengliederungsplan (AGA II, Abschnitt 1.1) enthält noch **keine klare Aufgabenzuweisung für die Bereitstellung eines (zentralen/IT-gestützten) Vertragsmanagementsystems**. Das städtische Vertragsmanagement ist daher gegenwärtig **dezentral organisiert**.

[53] Siehe auch B 266 „Bericht über die Arbeit der Reformkommission“ vom 25.06.2021; zuletzt 5. Sitzung des Lenkungsausschusses des Projekts „Zukunftsfähigkeit des städtischen Rechnungswesens sicherstellen“.

In den Jahren 2021 und 2022 haben wir das Vertragsmanagement in neun Ämtern geprüft und darüber in den Schlussberichten 2021 ausführlich berichtet. In diesen Fachbereichen erfolgt das Vertragsmanagement überwiegend mit Blick auf die lokalen Anforderungen zweckmäßig. Verwaltet werden die Verträge dabei überwiegend mit dem Tabellenkalkulationsprogramm MS Excel. Verträge liegen zudem häufig zusätzlich digital (eingescannt) auf dem Datei-System vor.

Hinsichtlich unserer Feststellungen zum mangelhaften Vertragsmanagement im ABI (PG 34.04) über Miet- und Pachtverträge, verweisen wir auf Tz. 7.1.2.6 c).

In den Schlussberichten 2019 hatten wir dargelegt, dass einzelne Ämter zur Unterstützung des operativen Vertragsmanagements bereits professionelle DV-Lösungen beschafft haben. Wir sahen und sehen diese erfolgten dezentralen Beschaffungen weiterhin grundsätzlich **positiv als Schritte hin zu einer Professionalisierung der Vertragsverwaltung** vor Ort. Da es sich aber nur um **„lokale Lösungen“** handelt, ist eine einfache Bereitstellung für andere Ämter und Betriebe erschwert. **Warum diese Beschaffungen nicht durch das Amt für Informations- und Kommunikationstechnik im Sinne einer stadtweiten Lösung koordiniert wurden, erschließt sich nicht**.

Das in 2017 begonnene stadtweite **Projekt zur Umsetzung der neuen Anforderungen im Umsatzsteuerrecht** („neuer § 2b UStG“ – welcher zum 01.01.2027 anzuwenden ist) offenbarte **erhöhten Aufwand zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben**, da nicht auf eine einheitliche, zentrale, DV-gestützte und qualitätsgesicherte Vertragsdatenbank zugegriffen werden konnte/kann.

Mit dem Beschluss des Etatantrags E 118 „*Vertragsmanagement bei Dauerschuldverhältnissen verbessern - Vertragsdatenbank aufbauen*“ vom 04.05.2022 zum Haushalt 2022[54] wurde der Magistrat beauftragt, alle mehrjährigen Verträge für die Bereiche Versicherungen, Mitgliedschaften, Mieten und Pachten, Beschaffungen von IT, Telekommunikation oder Betriebs- und Geschäftsausstattungen u. ä. systematisiert in einer rollierend fortzuschreibenden Übersicht (Vertragsdatenbank) zusammenzufassen.

In der **24. Fragestunde** bzw. der 26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.11.2023 wurde die Thematik mit **Frage Nr. 1945** sowie der dazu anschließenden **Aktuellen Stunde** zur vorgenannten Frage umfassend im Plenum behandelt.

Mit der Annahme des E 221 „*Digitales Vertrags- und Fördermittelmanagement*“ vom 06.06.2024 im Rahmen der Beschlussfassung zum Entwurf des Doppelhaushalts 2024/2025 hat die Stadtverordnetenversammlung

- zusätzliche Mittel für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 150.000 Euro in 2024 und 100.000 Euro in 2025 bereitgestellt.
- den Magistrat des Weiteren beauftragt:
  - alle mehrjährigen Verträge für die Bereiche Versicherungen, Mitgliedschaften, Mieten und Pachten, Beschaffungen von IT, Telekommunikations- oder Betriebs- und Geschäftsausstattungen u. ä. systematisiert und digital in einer Vertragsdatenbank zusammenzuführen,

[54] § 1832 vom 18.02.2022.

- die für die Beschaffung und zum Betrieb der Software nötigen Mittel sowie die zur Umsetzung und den dauerhaften Betrieb der Datenbank und der anschließenden zentralen Auswertungs- und Controllingaufgaben nötigen zwei Stellen der Besoldungsgruppe A12 BesO im Rahmen der Bewirtschaftung des Stellenplans samt Stellenreserve priorisiert zur Verfügung zu stellen,
- das IT-Projekt im Rahmen der stadtweiten Digitalisierungsstrategie zu priorisieren und
- den Workflow des Zuwendungsverfahrens stadtweit einheitlich entsprechend dem bekannten, bisher schon in den Allgemeinen Richtlinien niedergelegten Standard auszugestalten; gleichzeitig ist die Anpassungsfähigkeit der IT-Anwendung für berechtigte, spezifische Anforderungen der zuwendungsgewährenden Fachämter sicherzustellen.

Die Beschlussfassung des E 221 begrüßen wir ebenfalls.

Die vorgenannten dezentralen Lösungen stellen aus Revisionssicht keine Umsetzung, sondern lediglich Übergangslösungen dar.

Die Vollständigkeit der Angaben im Rahmen der Berichterstattung im Anhang über Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen sowie Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften (§ 50 Abs. 2 Nr. 5 und 8 GemHVO) ergeben, kann von uns weiterhin nicht bestätigt werden, da wir aufgrund des fehlenden zentralen IT-gestützten Vertragsmanagementsystems hierzu keine abschließende Aussage treffen können. Hierunter fallen insbesondere die Übersichten bzw. die Berichterstattung zu den Ziffern 7.5.3 – „Haftungsverhältnisse“ und 7.5.5 – „Sonstige Sachverhalte von vermögensrechtlicher Bedeutung“.

Wir heben daher abermals die Wichtigkeit dieses Themas hervor und empfehlen dem Magistrat eindringlich, ein Projekt zur Einführung eines zentralen IT-gestützten Vertragsmanagementsystems und damit zur Umsetzung der Etatanträge E 118 sowie E 221 zu initiieren.

Seither hat der Magistrat hierzu lediglich **fünf Zwischenberichte** erstellt, zuletzt B 30 vom 03.02.2025. **Danach ist künftig die neue städtische Transformationsstrategie** „*Verwaltungsentwicklung und Digitale Transformation in der Verwaltung*“ gem. Beschluss § 5181 vom 19.09.2024 (M 86 vom 21.06.2024) **zu beachten**.

7.1.2.3 Gewährung von Zuwendungen und Zuschüssen

a) Ordnungsgrundlagen

Seit den Schlussberichten 2016/2017 regen wir jährlich eine Aktualisierung der Ordnungsgrundlagen im Zuwendungswesen sowie die Erstellung von Mustern und Leitlinien an (siehe zuletzt ausführlich Schlussberichte 2021, Teil I, S. 89 f.).

Im Haushaltsjahr 2023 wurden von der Stadtkämmerei drei **Muster** entwickelt, mit dem Revisionsamt abgestimmt und im Intranet veröffentlicht. Eine Kommunikation der Veröffentlichung erfolgte jedoch nicht. Zudem ist der Ort der Veröffentlichung für die Adressaten nicht intuitiv auffindbar. Nach Rücksprache mit der Stadtkämmerei ist vorgesehen, den Ablageort im Intranet intuitiv auffindbar zu machen.

Ende 2024 wurde dem Revisionsamt von der Stadtkämmerei der **Entwurf für eine Neufassung der *„Allgemeine Richtlinien für die Gewährung städtischer Zuwendungen“* (Zuwendungsrichtlinie)** zur Vorabstimmung vorgelegt. Die weitere Vorgehensweise befindet sich in Abstimmung.

Über die weitere Umsetzung werden wir in den Schlussberichten 2024 ff. berichten.

b) Einführung eines onlinebasierten und datenbankgestützten Antrags- und Fallbearbeitungsmanagements

Bereits mit den Schlussberichten 2016 hatten wir angeregt, ein onlinebasiertes, datenbankgestütztes Antrags- und Fallbearbeitungsmanagement („**Zuwendungsdatenbank“**) einzuführen. Ziel soll sein, die Bearbeitungsprozesse zu unterstützen, unzulässige Doppelförderungen zu verhindern und die Auswertungs- bzw. Controlling-Möglichkeiten im Zuwendungswesen zu verbessern.

Von der Stadtverordnetenversammlung wurde dies mit Beschluss § 7006 vom 28.01.2021 (NR 1356 „*Zentrale Erfassung der Zuwendungen der Stadt*“ vom 09.12.2020) aufgegriffen. Dies begrüßen wir bereits seit den Schlussberichten 2020.

Seither hat der Magistrat hierzu lediglich **sieben Zwischenberichte** an die Stadtverordnetenversammlung erstattet (zuletzt B 474 vom 18.12.2023).

Im Haushaltsjahr 2023 bestand nach unseren Feststellungen weiterhin **kein offizieller interner Projektauftrag** (kein Beschluss der Reformkommission, kein Magistrats-Beschluss). Im **Haushaltsplan 2023** waren hierfür **keine Mittel und Ressourcen** berücksichtigt.

Der in Tz. 7.1.2.2 genannte E 221 „*Digitales Vertrags- und Fördermittelmanagement*“ vom 06.06.2024 betrifft neben der „Vertragsdatenbank“ auch die „Zuwendungsdatenbank“. (Auf den zugehörigen B 349 vom 13.09.2024 sowie den zugehörigen Beschluss der StVV wird jedoch verwiesen.)

Wir heben abermals die Wichtigkeit dieses Themas hervor und empfehlen dem Magistrat eindringlich, ein Projekt zur Einführung eines onlinebasierten, datenbankgestützten Antrags- und Fallbearbeitungsmanagements zu initiieren und damit die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung umzusetzen.

Dabei sollte die städtische Transformationsstrategie „Verwaltungsentwicklung und Digitale Transformation in der Verwaltung“ gem. Beschluss § 5181 vom 19.09.2024 (M 86 vom 21.06.2024) beachtet bzw. angewendet werden.

Über die weitere Umsetzung werden wir in den Schlussberichten 2024 ff. berichten.

7.1.2.4 Umsetzung des Investitionsprogramms im Sachanlagevermögen

a) Allgemeines

Aus der Prüfung der in 2023 abgebildeten Geschäftsvorfälle ergeben sich (wie schon in den Vorjahren) grundsätzliche Bemerkungen im Bereich der laufenden Buchführung wie der Bilanzierung des Sachanlagevermögens und der Sonderposten. Insbesondere in den bauenden Fachämtern[55] sollte durch **(geänderte) organisatorische Maßnahmen über die Ausgestaltung der Arbeits- und Kommunikationsprozesse** Abhilfe geschaffen werden.

Neben einzelnen Geschäftsvorfällen haben wir den Prozess zur Rechnungslegung und des IKS hinsichtlich des Sachanlagevermögens mit dem Fokus auf Schulbaumaßnahmen bei einer Haushalts- und Verwaltungsprüfung geprüft. Das Ergebnis dieser Prüfung wird in einem separaten Bericht dokumentiert. Zum Redaktionsschluss dieses Schlussberichts war das Ergebnis der Prüfung mit den beteiligten Fachämtern noch nicht abschließend erörtert.

b) Aufstellung des Haushaltsplans, Anwendung der Abgrenzungsrichtlinie

Zur Sicherstellung einer zutreffenden bilanziellen Behandlung von Baumaßnahmen, ist bereits bei der Anmeldung von Projekten zum Investitionsprogramm des Finanzhaushalts eine gewissenhafte Überprüfung der Aktivierbarkeit von Investitionskosten bzw. der konsumtiven Behandlung von Erhaltungsmaßnahmen anhand der städtischen Abgrenzungsrichtlinie vorzunehmen.

Im Zeitablauf ist auch eine regelmäßige Überprüfung bereits älterer Investitionsprojekte dahingehend vorzunehmen, inwieweit eine Aktivierbarkeit – bei geänderten Umständen – weiterhin zulässig ist.

Eine fehlerhafte Behandlung im Rahmen der Aufstellung des Finanzhaushalts wirkt sich, aufgrund der engen Kopplung von Haushaltsplanung und Haushaltsvollzug in SAP ERP, unmittelbar auf die Aufstellung des Jahresabschlusses aus.

Wir empfehlen, bereits in den jeweiligen Rundmails des Stadtkämmerers zur Aufstellung der Haushalte, auf die Anwendung der Abgrenzungsrichtlinie hinzuweisen. Ergänzend sollten in der Rundmail weitere Hinweise zur Anwendung auf die folgenden städtischen Regelungen erfolgen:

- **Veranschlagungsgrundsätze** für die Aufnahme von Maßnahmen ins IPG,
- Richtlinien zum Ablauf in der Vorbereitung, Durchführung, Abrechnung und Dokumentation von Bauwerken (**Bauwerksrichtlinien**),
- **Richtlinien zu den Wirtschaftlichkeitsvergleichen** gemäß § 92 Abs. 2 HGO i. V. m. § 12 GemHVO,
- **Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen** sowie
- Städtische **AfA-Tabelle**.

[55] ABI, ASE, Grünflächenamt, Sportamt, Stadtplanungsamt.

Ferner empfehlen wir, die Abgrenzungsrichtlinie in regelmäßigen Abständen zu aktualisieren und Neuerungen (z. B. die Neufassung der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung „Abgrenzung von Erhaltungsaufwand und Herstellungskosten bei Gebäuden in der Handelsbilanz“ IDW RS IFA 1 n. F.) zu berücksichtigen.

c) Umsetzung der Investitionsmaßnahmen, Desinvestitionen, Abgänge

Die zentrale Anlagenbuchhaltung der Stadtkämmerei erhält die für die Buchungen erforderlichen Informationen weiterhin nicht immer zeitnah. Es kommt deshalb z. B. zu **verspäteten Aktivierungen** (Umbuchung vom Posten A.1.2.6 „Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau“ auf das endgültige Konto im Posten für fertiggestellte Vermögensgegenstände) und folglich zu zeitverzogenen Abschreibungen.

Daher hat regelmäßig bei Fertigstellung, d. h. spätestens bei der **Inbetriebnahme von neu hergestellten Vermögensgegenständen** (z. B. Eröffnung einer Schule, Inbetriebnahme einer Straße), eine **Meldung der Fachämter an die zentrale Anlagenbuchhaltung** zu erfolgen. Dadurch kann die vorgenannte Umbuchung von der zentralen Anlagenbuchhaltung in der Stadtkämmerei vorgenommen und mit der planmäßigen Abschreibung begonnen werden.

Bei **Korrekturbuchungen oder verspäteter Abrechnung von Baumaßnahmen** ist darauf zu achten, dass die nachträglichen Anschaffungskosten nur über die Restnutzungsdauer des Vermögensgegenstands abgeschrieben werden können.

Bei **Verkauf, Verschrottung, Abriss oder Ersatz von Vermögensgegenständen** ist sicherzustellen, dass die nicht mehr vorhandenen Anlagenteile zeitnah in Abgang gestellt werden. Dazu bedarf es ebenfalls entsprechender Meldungen an die zentrale Anlagenbuchhaltung in der Stadtkämmerei.[56]

d) Umsetzung der Finanzierung über Fördermittel

Soweit Vermögensgegenstände aus **erhaltenen Investitionszuschüssen und -beiträgen** finanziert sind und auf der Passivseite ein Sonderposten gebildet wurde, besteht überwiegend eine (technisch unterstützte) Zuordnung des Sonderpostens zum entsprechenden Anlagegut. Bei den verbleibenden Sonderposten ohne Zuordnung ist der Nachvollzug erschwert, ob bei Abschreibungen und Abgängen entsprechende Auflösungen des Sonderpostens gegenüberstehen.

Die zur Inbetriebnahme von neu hergestellten Vermögensgegenständen gemachten Feststellungen betreffen auch die Bilanzierung auf der Passivseite, sofern Fördermittel zur Finanzierung eingesetzt werden. Dort kommt es dann i. d. R. ebenfalls zu verspäteten Umbuchungen von „nicht verwendete“ auf „verwendete“ Sonderposten sowie zu deren verspäteten ertragswirksamen Auflösung.

[56] Siehe auch unsere Feststellungen aus der Inventurbegleitung in Tz. 7.1.1.4.

7.1.2.5 Umsetzung des Investitionsprogramms im Finanzanlagevermögen – Gewährung von Wohnungsbaudarlehen

a) Allgemeines

Vom Stadtplanungsamt werden in Umsetzung verschiedener Investitionsprogramme[57] Darlehen zur Unterstützung des Wohnungsbaus vergeben. Diese werden in der Vermögensrechnung im Finanzanlagevermögen als Ausleihungen bei den Bilanzposten A.1.3.2[58], A.1.3.4[59] und A.1.3.6[60] ausgewiesen.

Als Grundlage der **Bilanzierung der Wohnungsbaudarlehen** wird seit dem Jahresabschluss 2020 das vom Stadtplanungsamt beschaffte IT-Verfahren „**proDoppik**“ (Darlehensverwaltungsprogramm) herangezogen. Es dient unterjährig der Erfassung von neu ausgereichten Darlehen für geplante und geförderte Wohnungsbauprojekte sowie der Berechnung der von den Darlehensnehmer:innen zu leistenden Darlehensrückflüsse (Tilgung, Zinsen und Verwaltungskostenbeiträge) auf der Basis der jeweiligen Darlehenskonditionen.

b) Auszahlung der Darlehen

Die in der Regel in Tranchen ausgereichten Darlehen werden vom Stadtplanungsamt über manuell zu erstellende Auszahlungsanordnungen über Finanzkonten zur Auszahlung an die Darlehensnehmer:innen (Kreditoren) angewiesen.

Die Zugänge im Finanzanlagevermögen erfolgen in Abhängigkeit der in der Finanzrechnung vorgenommenen Buchungen und zwar jeweils in Summe je Investitionsprogramm (Projektdefinition) bzw. PSP-Element.

c) Darlehensrückflüsse

Für die **Sollstellung der Darlehensrückflüsse** (Tilgung, Zins, Verwaltungskosten) werden aus „proDoppik“ quartalsweise Belegdaten generiert. Über einen Datenaustauschordner werden diese dem Kassen- und Steueramt zum Import nach SAP ERP zur Verfügung gestellt. Die entsprechenden Sollstellungen sind dann im SAP-Modul PSCD ersichtlich. Die Abgänge im Finanzanlagevermögen (Tilgung) erfolgen auch über entsprechend eingerichtete Konten der Finanzrechnung.

d) Forderungsmanagement

Grundsätzlich liegt das Forderungsmanagement für die im SAP Modul PSCD ersichtlichen, fälligen Forderungen (Tilgung, Zins und ggf. Verwaltungskosten) beim Kassen- und Steueramt. Das Stadtplanungsamt überwacht insbesondere den Zahlungseingang von Sondertilgungen oder vorzeitigen Darlehensauflösungen.

---

[57] PG 13.01

[58] Posten A.1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen: Konzern ABG.

[59] Posten A.1.3.4 Ausleihungen an Beteiligungen: Nassauische Heimstätte GmbH (NH), KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (KEG), Praunheimer Werkstätten gGmbH (PW).

[60] Posten A.1.3.6 sonstige Ausleihungen (u. a. Ausleihungen an Dritte).

Werden die Sollstellungen seitens der Geschäftspartner ausgeglichen, findet keine automatisierte Rückmeldung – im Sinne einer Abstimmung – an das im Vorsystem „proDoppik“ erfasste Darlehen statt.

e) Maßnahmen zur Abstimmung im Jahresabschluss

Für den Nachweis der unterjährigen Bestandsveränderungen der Darlehen besteht keine angemessene Nebenbuchhaltung. Daher sind jährlich stichtagsbezogen umfangreiche Abstimmungen zwischen Hauptbuch (SAP ERP) und Vorsystem „proDoppik“ durch das Stadtplanungsamt und der Stadtkämmerei notwendig:

Das Stadtplanungsamt erzeugt aus „proDoppik“ zum Jahresende eine Excel basierte Übersicht der (Rest-)Darlehensbestände aller Darlehen. Diese Auswertung muss anschließend umfangreich manuell aufbereitet werden und wird dann der Stadtkämmerei übermittelt. Im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses stimmt die Stadtkämmerei für die Vermögensrechnungsposten A.1.3.2 und A.1.3.4 zunächst die einzelnen Darlehenswerte anhand der aus „proDoppik“ generierten Auswertung mit den Darlehensrestsalden der Beteiligungsunternehmen[61] ab. Das an die PW ausgereichte Darlehen wird bisher nicht abgestimmt, obwohl dies ebenso möglich wäre. Anschließend erfolgt eine Abstimmung mit dem jeweiligen Gesamtbestand des Postens im Hauptbuch.

Mit diesen umfangreichen Jahresabschlussarbeiten wird der zutreffende Ansatz und Ausweis der Posten A.1.3.2 und A.1.3.4 sichergestellt.

Bei dem Posten A.1.3.6 bestehen weiterhin ungeklärte Differenzen zwischen dem Hauptbuch in SAP ERP und dem Vorsystem „proDoppik“ in einer Gesamtsumme von rund 11,84 Mio. €. Eine vollständige Abstimmung der Darlehensrestbestände mit der Vielzahl an Darlehensnehmer:innen, insbesondere von Privatpersonen, ist bei diesem Posten nicht darstellbar.

Das Stadtplanungsamt und die Stadtkämmerei sind weiterhin gehalten, diese Differenzen aufzuklären und zu bereinigen, entweder durch Nachaktivierung im Hauptbuch oder durch Korrekturen im Vorsystem „proDoppik“.

f) Empfehlungen

Die für die Auszahlung der Darlehen eingerichteten Finanzrechnungskonten bieten grundsätzlich die Möglichkeit, die Gesamtauszahlung pro Darlehen zu ermitteln. Voraussetzung dafür sind geeignete Buchungstexte mit einem eindeutigen und damit auswertbaren Buchungsmerkmal. Hierzu eignen sich die je Darlehen vergebenen Nummern: „Vertragsgegenstand“ (SAP) und Finanzobjekt („proDoppik“).

Zur Verbesserung der jährlichen Abstimmungsarbeiten empfehlen wir dem Stadtplanungsamt, ab 2025 die genannten Buchungsmerkmale je Vertragsgegenstand in der manuell zu fertigenden Ausgabeanordnung zu verwenden („Referenz“: Finanzobjektnummer und „Positionstext“: Vertragsgegenstand).

Für eine vollständige Abstimmung des Bilanzpostens A.1.3.4 sollte künftig auch das an die PW ausgereichte Darlehen direkt mit der Gesellschaft abgestimmt werden.

[61] ABG, NH und KEG.

7.1.2.6 Debitorische Prozesse, Forderungsmanagement

a) Allgemeines

Die Vermögensgegenstände der Gemeinde sind pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen (§ 108 Abs. 2 Satz 1 HGO). Die Gemeinde hat sicherzustellen, dass die ihr zustehenden Erträge zeitnah zum Realisationszeitpunkt **vollständig in der Debitorenbuchhaltung erfasst** und die Forderungen **rechtzeitig eingezogen** werden (§ 26 GemHVO). Ergänzend dazu, ist ein **wirkungsvolles Mahn- und Vollstreckungswesen einzurichten**. Letzteres ist die Aufgabe der Gemeindekasse (§ 1 Abs. 1 Satz 2 GemKVO i. V. m. § 110 Abs. 1 HGO). Damit wird die erforderliche Liquiditätsplanung unterstützt.[62]

b) Allgemeine Prüfungsfeststellungen

Das Forderungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main wurde im Rahmen des Projekts „*Zukunftsfähigkeit des städtischen Rechnungswesens sichern*“ als „Teilprojekt 1“ überwiegend im Kassen- und Steueramt zentralisiert (siehe Tz. 7.1.2.1). Hierdurch soll eine fachgerechte und jederzeit gesamtstädtisch nachvollziehbare einheitliche Handhabung der bestehenden Forderungen erreicht werden. Das Teilprojekt 1 wurde im Berichtsjahr konzeptionell abgeschlossen. Seit Herbst 2023 erfolgt der verwaltungsweite Roll-out.[63]

c) Prüfungsfeststellung in der PG 34.04 Grundstücks- und Gebäudemanagement (ABI)

Wir geben hier eine aktualisierte Darstellung zu unserer Feststellung aus den Vorjahren. Demnach ist **im ABI kein ordnungsgemäßes Forderungsmanagement eingerichtet, was zu hohen**, im Posten P.4.9 „Sonstige Verbindlichkeiten“ enthaltenen und **nicht zugeordneten bzw. nicht zuordenbaren[64] Zahlungseingängen** führte und weiterhin führt! **Die hier passivierten Beträge fehlen in der Ergebnisrechnung als Haupterlöse im Posten ER.1 „Privatrechtliche Leistungsentgelte“ bzw. Nebenerlöse im Posten ER.9 „sonstige ordentliche Erträge“![65]**

---

62 Siehe Hinweise zu § 26 GemHVO.

63 Am 13.01.2025 hat die Resonanzgruppe zuletzt getagt und es wurde berichtet, dass der Roll-Out aufgrund personeller Engpässe unterbrochen werden musste. Neben dem Umweltamt und dem Revisionsamt wurden zum 01.04.2024 das Rechtsamt und das Ordnungsamt an das Zentrale Forderungsmanagement (FOM) angeschlossen. Weitere Ämter wurden aufgrund des Personalmangels bis o. g. Sitzung nicht angeschlossen.

64 Dabei handelt es sich um „Akonto-Zahlungen“, die zwar aufgrund eines bestehenden, rechtsgültigen Mietvertrags geleistet wurden, für die jedoch kein korrespondierender offener Posten in der SAP-Debitorenbuchhaltung erzeugt wurde. Dies kann aufgrund einer Vertragsverlängerung oder -änderung geschehen, die zwar in der Vertragsakte hinterlegt, aber im Rahmen der Vorgangsbearbeitung nicht im SAP-Debitorenmanagement gepflegt wurde (Daueranordnung; evtl. fehlende Anpassung von Anordnungshöhe und -laufzeit).

65 § 93 HGO regelt die Grundsätze der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen. Hiernach besteht folgende Rangfolge: a. Sonstige Erträge und Einzahlungen, b. Entgelte für die städtischen Leistungen, c. Steuern, d. Kredite. Die Erlöse aus Vermietungen und Verpachtungen gehören zu den sonstigen Erträgen und Einzahlungen. **Deren Realisierung hat damit die höchste Priorität.**

Einem Teil der eingegangenen und so passivierten Zahlungen stehen zwar offene Forderungen in der Vermögensrechnung gegenüber, diese wurden jedoch mangels Kontenpflege bis zum Bilanzstichtag des Berichtsjahrs bzw. aktuell bis zum Redaktionsschluss nicht zugeordnet. Umgekehrt lässt sich nach unseren Erkenntnissen nicht feststellen, ob für alle Verträge auf dem aktuellen Vertragsstand basierende Sollstellungen für die Miet- und Pachtobjekte in SAP ERP existieren. Dies gilt sowohl für neue Verträge als auch für Vertragsänderungen und -verlängerungen.[66]

Im gesamten ABI sowie im Bereich der Vermietungen und Verpachtungen fehlt eine systembruchfreie Prozessarchitektur vom Mietvertrag bis zur buchhalterischen Abbildung aller Vertragsgegenstände in SAP ERP. Ebenso fehlt ein vollständiges, digitales Bestands- und Vertragsmanagement für alle im ABI verwalteten Liegenschaften und Objekte. Für die Ende 2023 gemeinsam mit der ekom21 beschaffte CAFM-Software[67] wird derzeit die Datenmigration für einen ersten Testbetrieb vorbereitet. Ein Produktivstarttermin ist aufgrund des großen Umfangs der Systemeinrichtung und der Datenübernahme noch nicht abzusehen.

Bei der Implementierung der Software weisen wir auf die Notwendigkeit der Einbeziehung der Finanzstützprozesse inklusive der Schnittstellen in die SAP-Debitorenbuchhaltung („Ende-zu-Ende"-Prozessdefinition) hin. Da aber auch der Systemwechsel auf SAP S4/HANA bis spätestens 2027 erfolgen soll, ist der Nutzen einer kurzfristigen Schnittstellenprogrammierung auf das auslaufende SAP ERP zu hinterfragen. Damit wäre auch die vollständige Einführung („go live") des CAFM-Systems bis zum genannten Termin aufgeschoben.

Wir empfehlen hier zudem dringend, die notwendigen personellen Ressourcen im ABI aufzubauen sowie das IT-gestützte Vertragsmanagement zu implementieren. Hierzu sei auch auf die Frage Nr. 1945 der 24. Fragestunde der 26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.11.2023 sowie die anschließende Aktuelle Stunde verwiesen.

Für die Abarbeitung von nicht zugeordneten Einzahlungen steht seit Februar 2024 Angabe gemäß wieder eine Mitarbeiterin zur Verfügung.

7.1.2.7 Kreditorische Prozesse

a) Allgemeines

Das Kreditorenmanagement beginnt in den Geschäftsbereichen (i. d. R. den städtischen Ämtern), in denen die Verbindlichkeiten in Ausführung des Haushaltsplans durch Beschaffungs-/Bestellvorgänge entstehen. Es setzt sich fort in der (dezentralen) Kreditorenbuchhaltung und endet in der für die Bezahlung zuständigen Organisationseinheit, dem Kassen- und Steueramt. Die Prozesse werden dabei grundsätzlich digital bearbeitet.

[66] Wir verweisen auch auf unsere Darstellung in Tz. 7.2.1.2 – Erläuterungen und Feststellungen zur Vermögensrechnung beim Passivposten P.4.9 – Sonstige Verbindlichkeiten.
[67] Computer-Aided Facility Management.

b) Beschaffungs-/Bestellwesen

Die Entstehung der Verbindlichkeiten beruht i. d. R. auf **Beschaffungs-/Bestellvorgängen** von Vermögensgegenständen und Dienstleistungen, je nach Beschaffungsvariante über verschiedene IT-Fachverfahren[68].

Im Anschluss an die Datenerfassung bzw. nach der Vergabeentscheidung und der Freigabe durch die berechtigten Personen, wird über die Einkaufsplattform ein Bestellschein bzw. eine Bestellvorgangsnummer erzeugt. Die Einkaufsplattform bietet als Verfahren eine automatisierte Übertragung der Bestelldaten an das Materialwirtschaftsmodul SAP MM, den Versand der Bestellscheine an die Lieferanten sowie eine Speicherung der einzelnen Bestellscheine. **Eine systemseitige Budgetkontrolle über die Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln erfolgt nicht, diese ist durch den Bestellenden manuell vor Versand der Bestellung vorzunehmen**. Die Bestellbefugnis wird, wie die Anordnungsbefugnis, innerhalb der Dezernate geregelt und den am Prozess beteiligten Zentralämtern (Kassen- und Steueramt, Stadtkämmerei und Revisionsamt) zur Kenntnis gegeben.

c) Kreditorische Rechnungsbearbeitung

Die Stadt Frankfurt befindet sich seit dem Jahr 2014 im **Umstellungsprozess auf die elektronische Rechnungsbearbeitung**. Nach dem Start in Pilotbereichen ab 2016, erfolgt seit 2018 der Rollout in allen Ämtern. Ende des Jahrs 2024 arbeiteten 52 von 59 Rechnungsführungen produktiv mit dem neuen System xFlow. Das Standesamt befand sich noch in Umstellung. **Die Umstellung/Anbindung der restlichen Ämter ist weiterhin für 2025 geplant**.

In diesem Zusammenhang erfolgte auch eine Zentralisierung der Rechnungseingangsbearbeitung im Kassen- und Steueramt. Damit stellt sich der inzwischen fast flächendeckend angewendete kreditorische Rechnungsbearbeitungsprozess wie folgt dar:

Derzeit gibt es drei Formate für eingehende Rechnungen:

- Papierrechnung per Post,
- Rechnung als PDF per E-Mail,
- E-Rechnung per E-Mail.

[68] Bei Vergabeverfahren: „AI-Vergabemanager“, vergabefreie Beschaffungsvorgänge (Direktvergaben): „AI-Market“. Das elektronische Einkaufsmanagement-System („AI-Einkaufsplattform“, E-Einkauf) ist stets zu nutzen. Alle Ämter und Eigenbetriebe sind zum Einsatz des Vergabemanagers verpflichtet, um Vergaben rechtssicher durchzuführen. Dadurch soll das Vergabe- und Beschaffungswesen transparent, vergaberechtskonform sowie schnell und kostengünstig gestaltet werden. Weitere spezielle Fachverfahren bestehen in einigen Ämtern für besondere Beschaffungsvorgänge (z. B. Ausweisdokumente).

Die Rechnungen gehen zentral im Kassen- und Steueramt (Kreditorenbuchhaltung, Zentraler Rechnungseingang) ein. Papierrechnungen werden hier nur für alle an xFlow angebundenen Rechnungsführungen gescannt. Dort werden sie validiert und in den xFlow Prozess überführt. Rechnungen per E-Mail (PDF und E-Rechnung) können bei Erfüllung bestimmter Kriterien direkt in xFlow verarbeitet werden.

Sobald sie in xFlow vorerfasst sind, werden diese anhand der Bezeichnung des Geschäftsbereichs automatisch an das Shared Service Center (SSC) bzw. die selbstbuchenden Ämter weitergeleitet.

Die sachlich-rechnerische Prüfung erfolgt durch das zuständige Amt. Der/die Anordnungsbefugte des Amts gibt die Rechnung digital in xFlow frei. Anschließend wird die Bezahlung der Rechnung im Kassen- und Steueramt abgewickelt.

7.1.3 Jahresabschluss

Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss zum 31.12.2023 wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen abgeleitet.

Die **Verstöße gegen Vorschriften der HGO und GemHVO** (einschließlich der Hinweise zur GemHVO) zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sowie gegen die GoB sind unter Tz. 7.1.1, Tz. 7.2 und Tz. 7.3 dargestellt.

7.1.4 Anlagen zum Jahresabschluss

Dem Jahresabschluss sind ein Anhang und Übersichten beizufügen (§ 112 Abs. 4 Nr. 1 HGO).

Der **Anhang** enthält im Wesentlichen die nach § 50 GemHVO vorgeschriebenen Erläuterungen. Diese sind im Jahresabschluss 2023 in Kapitel 7. dargestellt.

Die nach § 52 GemHVO erforderlichen **Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen, die Rückstellungen und die Verbindlichkeiten** sind im Jahresabschluss 2023 in Kapitel 8 dargestellt.

Abweichende Feststellungen oder Empfehlungen haben wir unter Tz. 7.2.1.3 und Tz. 7.2.5 dargestellt.

Eine **Übersicht über die in das Folgejahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen** ist im Jahresabschluss an verschiedenen Stellen abgebildet (§ 112 Abs. 4 Nr. 2 HGO).

Für die **Ergebnisrechnung** erfolgt eine zusammengefasste Darstellung unter Ziffer 8.2.1 des Jahresabschlusses. Ebenso wird auf die gebildeten Haushaltsermächtigungen auf der Ebene der Teilergebnisrechnungen nach PB und PG unter Ziffer 8.2.2 des Jahresabschlusses eingegangen.

Eine zusammengefasste Darstellung der **Haushaltsermächtigungen des investiven Bereichs** erfolgt im Lage- und Rechenschaftsbericht unter Ziffer 6.7 des Jahresabschlusses.

7.2 Feststellungen zu einzelnen Bestandteilen des Jahresabschlusses 2023

7.2.1 Vermögensrechnung

Wir verweisen hierzu auf Kapitel 2 des Jahresabschlusses.

7.2.1.1 Entwicklung der Vermögensrechnung

Die folgende Tabelle zeigt die Vermögensrechnung (Bilanz) zum 31.12.2023 im Vergleich zum Vorjahr.

Posten		31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	Anteil an der Bilanzsumme 31.12.2023
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
	Aktiva				
A.1.	Anlagevermögen				
A.1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	780,5	554,9	225,6	4,2
A.1.2	Sachanlagevermögen	13.959,1	14.092,3	-133,2	75,8
A.1.3	Finanzanlagevermögen	2.464,8	2.297,6	167,2	13,4
A.1.4	Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	46,3	46,3	0,0	0,3
	Summe Anlagevermögen	17.250,7	16.991,1	259,6	93,7
A.2	Umlaufvermögen				
A.2.3	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	441,4	447,7	-6,3	2,4
A.2.4	Flüssige Mittel	634,0	472,8	161,2	3,4
	Summe Umlaufvermögen	1.075,4	920,5	154,9	5,8
A.3.	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	87,8	80,6	7,2	0,5
	Summe der Aktiva	**18.413,9**	**17.992,2**	**421,7**	**100,0**
	Passiva				
P.1	Eigenkapital				
P.1.1	Netto-Position	7.653,0	7.653,0	0,0	41,6
P.1.2	Rücklagen und Sonderrücklagen	606,9	418,1	188,8	3,3
P.1.3	Ergebnisverwendung	211,2	6,7	204,5	1,1
	Summe Eigenkapital	8.471,1	8.077,8	393,3	46,0
P.2	Sonderposten	4.369,4	4.413,9	-44,5	23,7
P.3	Rückstellungen	1.972,7	1.896,9	75,8	10,7
P.4	Verbindlichkeiten	3.526,3	3.532,7	-6,4	19,2
P.5	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	74,4	70,9	3,5	0,4
	Summe der Passiva	**18.413,9**	**17.992,2**	**421,7**	**100,0**

7-4: Entwicklung der Vermögensrechnung

Auf der **Aktivseite** ist das Anlagevermögen um 259,6 Mio. € (+ 1,5 %) gewachsen. Grund ist die Ausführung des Finanzhaushalts bzw. die Umsetzung des Investitionsprogramms. Innerhalb des Anlagevermögens sind die immateriellen Vermögensgegenstände um 225,6 Mio. € (+ 40,7 %) gestiegen. Dies ist hauptsächlich auf einen Investitionszuschuss für den Neubau des Klinikums Frankfurt Höchst zurückzuführen.

Das Umlaufvermögen ist um 154,9 Mio. € (+ 16,8 %) gestiegen. Verantwortlich hierfür war in erster Linie ein Zuwachs bei den flüssigen Mitteln um 161,2 Mio. € (+ 34,1 %).

Auf der **Passivseite** gab es deutliche Zuwächse beim Eigenkapital um 393,3 Mio. € (+ 4,9 %) sowie bei den Rückstellungen um 75,8 Mio. € (+ 4 %). Der Zuwachs beim Eigenkapital ist auf das erneut positive Jahresergebnis sowie den Anstieg bei den Rücklagen und Sonderrücklagen zurückzuführen.

Unter Berücksichtigung der Veränderung der übrigen Posten, ergab sich per Saldo eine **Zunahme der Bilanzsumme** um 421,7 Mio. €.

Wir verweisen auch auf Tz. 6.3.6.

7.2.1.2 Erläuterungen und Feststellungen zur Vermögensrechnung[69]

Im Folgenden geben wir zu den Posten der Vermögensrechnung zum 31.12.2023 weitere Erläuterungen – insbesondere zum **wesentlichen Inhalt des jeweiligen Postens** – und stellen unsere **Prüfungsergebnisse** dar.

Hinsichtlich der angewandten **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden,** verweisen wir auf den Anhang (Ziffer 7.1 des Jahresabschlusses). Sofern sich die Methoden auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses auswirken, haben wir dies in Tz. 7.3 besonders hervorgehoben.

Bei Bedarf haben wir bei den Posten zusätzlich spezielle (gesetzliche) **Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung** angegeben, soweit sie für das Verständnis von Bedeutung erscheinen.

Zu weiteren **Einzelheiten hinsichtlich des Bestands und der wesentlichen Veränderungen der Posten**, verweisen wir auf den Anhang (Ziffer 7.2 des Jahresabschlusses).

Zum **Prüfungsvorgehen** und allgemeinen **Prüfungshandlungen**, verweisen wir auf Tz. 4.2.2.

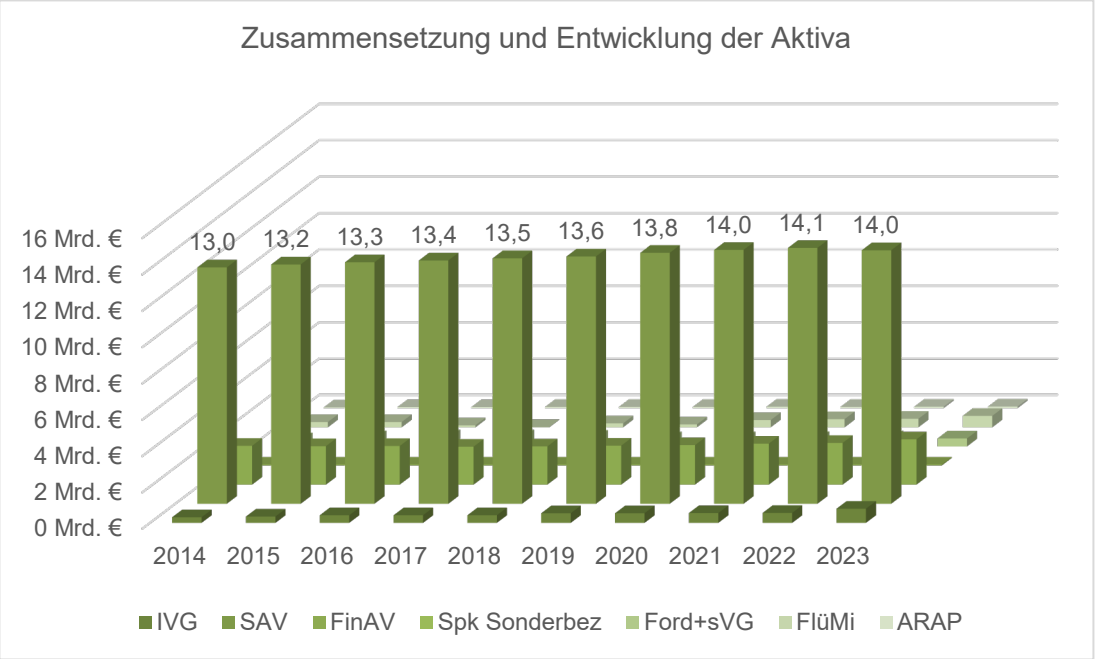
Sofern sich **Prüfungsfeststellungen aus der Jahresabschlussprüfung des Vorjahrs** im Berichtsjahr erledigt haben, und wir keine erneute Umbuchungsempfehlung aussprechen müssen, werden diese ab den Schlussberichten 2019 grundsätzlich nicht mehr gesondert als erledigt dargestellt.

[69] Die Gliederung dieses Unterabschnitts folgt der Nummerierung in der Vermögensrechnung bzw. dem Muster 18 zu § 49 GemHVO.

A Aktiva

31.12.2023	**18.413.925.551,90 €**
31.12.2022	**17.992.181.817,07 €**

Die Posten der Aktivseite haben sich wie folgt entwickelt:



7-5: Zusammensetzung und Entwicklung der Aktiva im Zeitablauf

Das **Sachanlagevermögen** (A.1.2) ist in den letzten zehn Jahren um fast 1,0 Mrd. € auf rund 14,0 Mrd. € gewachsen. Es macht 75,8 % der Bilanzsumme aus.

Das **Finanzanlagevermögen** (A.1.3) entspricht zum Bilanzstichtag ca. 13,4 % der Bilanzsumme. Es ist damit der zweitbedeutsamste Posten. In den letzten zehn Jahren wurde es nur unwesentlich von 2,1 Mrd. € auf rund 2,5 Mrd. € gesteigert.

Das **Umlaufvermögen** (A.2) besteht im Wesentlichen aus den Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenständen sowie den flüssigen Mitteln. Es unterliegt nur geringen Schwankungen. Zum Bilanzstichtag hat es einen Anteil von 5,8 % an der Bilanzsumme.

Der **Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** (A.3) beläuft sich zum Bilanzstichtag auf lediglich 87,8 Mio. € und ist somit relativ unbedeutend.

A.1 Anlagevermögen

31.12.2023	**17.250.713.232,59 €**
31.12.2022	**16.991.053.446,01 €**

Zur **Entwicklung des Anlagevermögens** im Berichtsjahr, verweisen wir auf die Anlagenübersicht in Ziffer 8.1.1 des Jahresabschlusses.

A.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

A.1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte

31.12.2023	**16.037.345,00 €**
31.12.2022	**17.836.127,00 €**

Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Konzessionen, sonstige Rechte	7.667.374,00	8.859.404,00
Software-Lizenzen	8.369.971,00	8.976.723,00
	16.037.345,00	**17.836.127,00**

Die Minderung des gesamten Postens ist im Kern durch die planmäßige Abschreibung begründet. Die weiteren Veränderungen (Zugänge und Umbuchungen) betreffen ausschließlich den Erwerb von Lizenzen für DV-Software.

A.1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse

31.12.2023	**764.483.074,17 €**
31.12.2022	**537.026.378,00 €**

Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Städtische Aufgabenträger	441.349.239,17	210.251.247,00
Öffentlicher Bereich	173.588.857,00	182.452.892,00
Privatrechtliche Empfänger	149.544.978,00	144.322.239,00
	764.483.074,17	**537.026.378,00**

Die Zugänge und Umbuchungen betreffen im Wesentlichen geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse u. a. für den Neubau des Klinikums in Höchst. Weiterhin betreffen sie diverse Baumaßnahmen und Ausstattungen von Kindertageseinrichtungen und Schulen in freier Trägerschaft sowie Förderungen im Wohnungsbau und den Neubau von Straßenbeleuchtungsanlagen.

A.1.2 Sachanlagevermögen

A.1.2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

31.12.2023	**7.114.736.920,35 €**
31.12.2022	**7.074.793.421,24 €**

Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Unbebaute Grundstücke	1.221.898.553,21	1.238.939.518,51
Bebaute Grundstücke	5.414.641.456,30	5.381.815.188,92
Erbbaugeber	445.359.010,33	438.581.345,68
Grundstücksgleiche Rechte	32.837.900,51	15.457.368,13
	7.114.736.920,35	**7.074.793.421,24**

Bei den Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten haben Zugänge sowie Umbuchungen zu einem Zuwachs von 39,87 Mio. € geführt. Es waren Abgänge von 3,64 Mio. € zu verzeichnen.

Aufgrund von Anpassungen des Erbbauzinses bei Erbbaugrundstücken und der damit einhergehenden Neuberechnung des Barwerts für die betroffenen Grundstücke, haben sich Zuschreibungen von 3,76 Mio. € ergeben.

A.1.2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken

31.12.2023	**2.082.639.665,72 €**
31.12.2022	**2.086.444.538,00 €**

Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Betriebsgebäude	1.578.913.732,72	1.569.675.487,00
Verwaltungsgebäude	115.635.315,00	119.091.184,00
Andere Bauten	250.389.065,00	261.830.724,00
Außenanlagen	54.351.446,00	56.975.449,00
Grundstückseinrichtungen	37.632.802,00	39.699.373,00
Wohngebäude	38.456.915,00	31.936.963,00
Gebäudeeinrichtungen	7.260.390,00	7.235.358,00
	2.082.639.665,72	**2.086.444.538,00**

Veränderungen resultieren hier im Wesentlichen aus der Fertigstellung von Neubauten, Erweiterungen sowie Generalsanierungen von Bestandsobjekten. Im Berichtsjahr betraf dies unter anderem den Neubau der Oberstufe der Carlo-Mierendorff-Schule sowie die Sanierung der denkmalgeschützten Willemerschule.

Beim Klinikum Höchst wurde nach unseren Kenntnissen das alte A-Gebäude (Bettenhochhaus) seit 2024 abgerissen und der Neubau (neues A-Gebäude) in 2023 eingeweiht. Daher hätten die Restbuchwerte zum Jahresabschluss abgeschrieben werden müssen. Dies ist wohl auf Grund der schwierigen Gemengelage bzw. den unklaren Zuständigkeiten für den GeschB 0540 (Klinikum Höchst) unterblieben. Die bilanzierten Anlagen sind nicht mehr werthaltig und werden mit 5.839.353,00 € in die Umbuchungsliste aufgenommen **(Umbuchung 1/1)**.

A.1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen

31.12.2023	**3.959.401.258,35 €**
31.12.2022	**4.020.937.111,68 €**

Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	2.543.370.353,99	2.541.569.517,23
Tunnel, Brücken, Sonderbauwerke	893.419.523,00	917.903.694,09
Straßen, Wege, Plätze	460.570.080,00	494.641.382,00
Öffentliche Grünflächen	29.396.799,00	33.810.269,00
Aufwuchs	19.155.703,36	19.155.703,36
Spielplätze	12.898.420,00	13.742.784,00
Sonstige	590.379,00	113.762,00
	3.959.401.258,35	**4.020.937.111,68**

Die Minderung des gesamten Postens ist durch die planmäßige Abschreibung begründet. Bei den Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen haben Zugänge sowie Umbuchungen zu einem Zuwachs von 21,2 Mio. € geführt. Es waren Abgänge von 3,6 Mio. € zu verzeichnen.

A.1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung

31.12.2023	**12.622.982,00 €**
31.12.2022	**12.913.383,00 €**

Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Anlagen und Maschinen	8.934.748,00	9.225.149,00
Medienbestand	3.688.234,00	3.688.234,00
	12.622.982,00	**12.913.383,00**

Der Medienbestand der Stadtbücherei wird zu Festwerten bilanziert.

A.1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

31.12.2023	**128.419.539,00 €**
31.12.2022	**128.025.315,00 €**

Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
DV- und Kommunikationsanlagen	50.117.529,00	52.078.402,00
Büromöbel und sonstige Ausstattungs-gegenstände	35.955.917,00	32.926.697,00
Fuhrpark	26.350.996,00	26.824.911,00
Bewegliches Vermögen (Sammelanlage)	15.989.395,00	16.189.474,00
Lebewesen und Pflanzen	5.702,00	5.831,00
	128.419.539,00	**128.025.315,00**

A.1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

31.12.2023	**661.305.203,96 €**
31.12.2022	**769.189.129,78 €**

Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Investitionsmaßnahme	427.875.983,53	545.175.159,31
Investitionszuschüsse an Dritte	233.429.220,43	224.013.970,47
	661.305.203,96	**769.189.129,78**

Generell ist aus Revisionssicht zur **Abgrenzung von aktivierungspflichtigen Maßnahmen und Erhaltungsaufwendungen** festzustellen, dass die Abgrenzungsproblematik nicht erst im Kontext mit der Ausführung des Haushalts relevant wird. **Bereits bei der Haushaltsplanaufstellung muss geklärt werden**, ob eine Maßnahme aktivierungspflichtig ist und im IPG veranschlagt wird oder ob eine konsumtive Veranschlagung sachgerecht ist. Wir verweisen auf Tz. 7.1.2.4. **Vor diesem Hintergrund ist die mit 9,55 Mio. € erfolgte Rückbuchung von nicht aktivierungsfähigen Aufwendungen aus den AiB in die Ergebnisrechnung als sehr hoch zu beurteilen.**

Die Anlagen im Bau beinhalteten seit dem Jahr 2012 erfolgte Auszahlungen von rund 8,8 Mio. € für Planungsleistungen zwecks **Sanierung der alten Theaterdoppelanlage**. Eine Analyse dieser Auszahlungen bestätigte, dass nicht alle Zahlungen mit dem nun geplanten Neubau von Oper und Schauspiel im Zusammenhang stehen. Nach einer Abstimmung zwischen der Stabsstelle „Zukunft der Städtischen Bühnen Frankfurt“, der Stadtkämmerei und dem Revisionsamt, wurde ein Betrag von 6,3 Mio. € als nicht aktivierungsfähig festgestellt. Dieser wurde bei der Aufstellung des Jahresabschlusses 2023 ergebniswirksam ausgebucht.

A.1.3 Finanzanlagevermögen

A.1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

31.12.2023	**1.353.271.221,92 €**
31.12.2022	**1.197.144.815,56 €**

Die Anteile an verbundenen Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Eigenbetriebe		
SEF	176.218.290,50	174.072.206,83
Kita Frankfurt	47.945.627,57	47.945.627,57
Hafen- und Marktbetriebe	21.501.781,83	21.501.781,83
KKJF, Städtische Klinken, VHS	0,00	0,00
	245.665.699,90	**243.519.616,23**
Kapitalgesellschaften		
SWFH	324.046.808,12	324.046.808,12
Messe	310.315.392,46	171.086.063,29
ABG	269.480.033,96	269.480.033,96
BKRZ KG	103.489.202,65	103.489.202,65
Sportpark Stadion	77.790.869,83	64.163.228,66
FES	16.540.523,38	16.540.523,38
FAAG	2.257.451,32	2.257.451,32
HFM	1.591.878,28	1.591.878,28
Rebstock Projektgesellschaft	1.123.352,35	0,00
WOHNHEIM	918.658,50	918.658,50
MuseumsBausteine	25.000,00	25.000,00
BKRZ GmbH	13.839,92	13.839,92
SBEV	12.250,00	12.250,00
Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim	261,25	261,25
Alte Oper, Bäderbau KG, DomRömer, Künstlerhaus Mousonturm, Schirn Kunsthalle, SBF, TCF, traffiQ, Wifö	0,00	0,00
	1.107.605.522,02	**953.625.199,33**
	1.353.271.221,92	**1.197.144.815,56**

§ 40 Nr. 2 GemHVO fordert für die Vermögensgegenstände, […] explizit eine Einzelbewertung zum Abschlussstichtag, so dass stichtagsbezogen auch eine Beteiligungsbewertung stattfinden muss.

Die von der Stadtkämmerei seit der EÖB praktizierte „vereinfachte Bewertungsmethode“[70] hatten wir wiederholt beanstandet, da sie gegen das Prinzip der Stichtagbewertung verstößt.

[70] Bestimmung des Beteiligungsbuchwerts jeweils auf den letzten vorliegenden testierten Jahresabschluss und etwaige Wertkorrekturen phasenverschoben im darauffolgenden Jahresabschluss auf Basis der Eigenkapitalspiegelmethode für die Beteiligungsansätze.

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2022 stellten wir für die Beteiligungsunternehmen **SEF, Messe** und **Sportpark Stadion** wesentliche Bewertungsfehler fest und nahmen die von uns ermittelten Korrekturbeträge in die Umbuchungsliste (für 2023) auf.

Die Stadtkämmerei hat daher ein mit dem Revisionsamt abgestimmtes Bewertungskonzept erarbeitet und erstmalig für den Jahresabschluss 2023 angewendet.[71] Darin wird nun auf den Abschlussstichtag abgestellt und gemäß § 40 Nr. 3 GemHVO nach dem Vorsichtsprinzip bewertet. Auch werden vorhersehbare Risiken und Verluste berücksichtigt.[72]

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Posten insgesamt um rund 154,0 Mio. € auf 1.107 Mio. € erhöht. Dies liegt an folgenden Sachverhalten:

Der Anstieg des Beteiligungsbuchwerts der **SEF** um 2,15 Mio. € auf 176,2 Mio. € basiert auf der weiterhin nachhaltigen Ertragssituation des Eigenbetriebs.

Für die **Messe** war im Vorjahr durch die „vereinfachte Bewertungsmethode“ eine außerplanmäßige Abschreibung erfolgt, die unter Berücksichtigung der in 2022 erfolgten Kapitaleinlagen von 144 Mio. € (60 %iger Anteil der Stadt) nicht in dieser Höhe erforderlich gewesen wäre. Aufgrund der weiterhin positiven Ergebnisentwicklung der Beteiligung, erfolgte zum 31.12.2023 eine Zuschreibung um den im Vorjahr zu viel abgeschriebenen Betrag von 139,2 Mio. € auf den Beteiligungsbuchwert von 310,3 Mio. €.

Auch für die **Sportpark Stadion** war im Vorjahr eine außerplanmäßige Abschreibung erfolgt, bei der eine in 2022 durchgeführte Kapitalerhöhung unberücksichtigt geblieben war. Der Anstieg des Beteiligungsbuchwerts um 13,6 Mio. € auf 77,8 Mio. € basiert insbesondere auf der Berücksichtigung der Kapitalerhöhungen in 2022 von 12,0 Mio. € und 0,75 Mio. € in 2023.

Mit Beschluss § 2690 der Stadtverordnetenversammlung vom 05.12.2022 (M 214 vom 09.12.2022) erwarb die Stadt in 2023 die Anteile der übrigen Gesellschafter der **Rebstock Projektgesellschaft** zu einem Betrag von 0,6 Mio. €. Die Beteiligung wird seitdem als ein verbundenes Unternehmen behandelt und in 2023 vom Posten A.1.3.3 in den Posten A.1.3.1 umgegliedert. Unter Berücksichtigung des Anteilserwerbs wurde der Buchwert auf den prognostizierten Liquidationserlös (Abzinsung auf das Jahr 2026) von rund 1,1 Mio. € angepasst bzw. um 0,7 Mio. € abgeschrieben.

[71] Das neue Bewertungskonzept wird im Anhang zum Jahresabschluss (Ziffer 7.1.1.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Abschnitt „Finanzanlagevermögen“) dargestellt.

[72] Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, selbst wenn diese erst zwischen dem Abschlussstichtag und dem Tag der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt werden.

A.1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen

31.12.2023	**400.502.129,08 €**
31.12.2022	**404.716.461,83 €**

Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
ABG Konzern (Wohnungsbaudarlehen[73])	305.401.129,08	302.526.461,83
Messe Frankfurt Konzern (Liquiditätsdarlehen)	90.000.000,00	90.000.000,00
DomRömer (Darlehen zur Finanzierung der Gewerbeflächenvermietung des DomRömer-Areals)	12.160.000,00	12.160.000,00
SBF (Darlehen gem. Übertragungs-vertrag vom 01.04.2003)	0,00	11.000.000,00
SEF (drei Schuldscheindarlehen unselbstständiger Stiftungen)	5.101.000,00	30.000,00
Wertberichtigung	-12.160.000,00	-11.000.000,00
	400.502.129,08	**404.716.461,83**

Wir verweisen auf unsere **Feststellungen zur** Umsetzung des Investitionsprogramms im Finanzanlagevermögen hinsichtlich der **Gewährung von Wohnungsbaudarlehen** in Tz. 7.1.2.5.

Der Anstieg der an den **ABG-Konzern** ausgereichten Wohnungsbaudarlehen von 2,88 Mio. € geht – wie im Vorjahr – mit der Bautätigkeit des ABG-Konzerns einher. Dabei stehen ausgereichten Darlehen von rund 9,16 Mio. € Tilgungsleistungen von rund 6,28 Mio. € gegenüber. Auch diesjährig hat die Stadtkämmerei die ausgereichten Darlehen mit dem ABG-Konzern abgestimmt.

Die Pandemie hatte auf die Geschäftstätigkeit der **Messe** enorme Auswirkungen. Das Land Hessen und die Stadt Frankfurt am Main erklärten sich daher in 2021 bereit, der Gesellschaft ein variabel verzinsliches **Gesellschafterdarlehen zur Liquiditätssicherung** von insgesamt 150 Mio. €, anteilig der Beteiligungsquote (60 % Stadt / 40 % Land), zu gewähren. Auf der Grundlage einer Fortschreibung des Haushalts 2020/2021[74] erhielt die Messe mit Beschluss § 81 vom 20.05.2021 (M 50 vom 26.03.2021) die Zusage, über das Liquiditätsdarlehen von 90 Mio. € verfügen zu können. In 2021 erfolgte eine Teilauszahlung von 54 Mio. €. Die Restzahlung von 36 Mio. € erfolgte in 2022. Eine Tilgung ist erstmalig am 30.12.2031 fällig.

[73] Inklusive einem zweckgebundenen Darlehen an die Hellerhof GmbH (Restwert rund 9,7 T€).

[74] Beschluss § 7258 vom 04.03.2021 (M 45 vom 26.02.2021) zur „Erweiterten Fortschreibung 2021 zum Haushalt 2020/2021“.

Durch Beschluss § 6835 vom 10.12.2020 (M 173 vom 30.10.2020), erhielt die **DomRömer** in 2020 ein variabel verzinsliches **Darlehen** von 12,16 Mio. € zur **Finanzierung der Gewerbeflächenvermietung** auf dem DomRömer-Areal im Sinne einer Quartierspflege mit einer Laufzeit bis 31.12.2040.[75] Die Tilgung soll auf der Grundlage eines jährlich zu aktualisierenden Tilgungsplans der Gesellschaft erfolgen, der sich an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Gesellschaft orientiert. Eine Tilgung hat im Zeitraum 2021 bis 2023 nicht stattgefunden. Es erfolgte in 2023 eine vollständige Einzelwertberichtigung der Darlehensforderung[76]. Im Übrigen verweisen wir auf die Nachbetrachtung der letztjährigen Haushalts- und Verwaltungsprüfung (Tz. 4.1.2.1 im Teil IV der Schlussberichte 2023).

Das im Rahmen des „Übertragungsvertrags“ vom 01.04.2003 **an die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH** (SBF) ausgereichte festverzinsliche **Gesellschafterdarlehen** von 11,0 Mio. € wurde in 2015 vollständig wertberichtigt. Eine Rückzahlung hatte sich aus Sicht der Stadt Frankfurt am Main mit Hinblick auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SBF als zweifelhaft dargestellt. Wir hatten in der Vergangenheit angeregt, dieses Darlehen zu beordnen, obgleich das Darlehen bis 2024 tilgungsfrei gewährt wurde. Die Stadtverordnetenversammlung hat dem Rückzahlungsverzicht mit Beschluss § 2973 vom 02.03.2023 (M 6 vom 13.01.2023) zugstimmt. Der Verzicht erfolgte mit Wirkung zum 31.03.2023 mit der Verpflichtung, dass die SBF diese Mittel in die Kapitalrücklage umbucht (Passivtausch). Die SBF hat den Beschluss entsprechend umgesetzt.

Eine von der Stadt Frankfurt am Main treuhänderisch verwaltete rechtlich unselbstständige Stiftung hat erstmals in 2022 dem Eigenbetrieb **SEF** ein festverzinsliches endfälliges **Schuldscheindarlehen** von 30 T€ mit einer Laufzeit bis 28.05.2034 gewährt. In 2023 hat der Eigenbetrieb SEF zwei weitere festverzinsliche endfällige Schuldscheindarlehen von dieser und weiteren unselbstständigen Stiftungen von 0,99 Mio. € (Laufzeit bis 15.06.2029) und von 4,08 Mio. € (Laufzeit bis 15.6.2032) erhalten.

[75] Das Gesellschafterdarlehen war im Produkthaushalt 2020/2021 im IPG als Investive Maßnahme für das Haushaltsjahr 2020 unter der Projektdefinition 5.010308 erfasst.

[76] Die Umbuchungsempfehlung aus dem Vorjahr wurde umgesetzt. Grundlage der Empfehlung war das Ergebnis einer Haushalts- und Verwaltungsprüfung über die „Vermarktung und Verwaltung der Neubebauung des Dom-Römer-Areals.

A.1.3.3 Beteiligungen

31.12.2023	**95.798.315,89 €**
31.12.2022	**96.938.366,00 €**

Die Beteiligungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Assoziierte Unternehmen		
Nassauische Heimstätte	78.959.459,16	78.959.459,16
Praunheimer Werkstätten	6.784.426,88	6.784.426,88
KEG	1.175.220,50	1.175.220,50
FMT	114.786,73	114.786,73
Frankfurt Ticket	103.833,33	103.833,33
GatewayGardens	99.267,59	99.267,59
ivm	58.608,50	58.608,50
Gemeinnützige Kulturfonds	30.000,00	30.000,00
FinTech	30.000,00	30.000,00
FRM	9.250,89	9.250,89
RTW	7.480,53	7.480,53
Rebstock Projektgesellschaft	0,00	1.219.682,12
Kulturregion, FIZ	0,00	0,00
	87.372.334,11	**88.592.016,23**
Verbände (Zweck-, Wasser- und Bodenverbände)	**11,00**	**11,00**
Sonstige		
DRK-Blutspendedienst	7.954.647,59	7.954.647,59
Regionalpark Taunushang	130.326,74	130.326,74
Regionalpark Süd-West	97.568,69	17.936,68
RMA	84.631,49	84.631,49
RMV	80.350,30	80.350,30
Regionalpark Ballungsraum	66.381,39	66.381,39
Kulturregion	7.064,58	7.064,58
Partnerschaft Deutschland	5.000,00	5.000,00
HOLM, KFH	0,00	0,00
	8.425.970,78	**8.346.338,77**
	95.798.315,89	**96.938.366,00**

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Posten insgesamt um rund 1,14 Mio. € vermindert. Hintergrund war die Umgliederung des Beteiligungsbuchwerts **der Rebstock Projektgesellschaft** (-1,2 Mio. €); daneben ergab sich eine geringfügige Zuschreibung durch Wertaufholung bei der **Regionalpark Süd-West** (+79,6 T€).

Die Stadt hat die Anteile der übrigen Gesellschafter der **Rebstock Projektgesellschaft** in 2023 auf der Grundlage eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung erworben, so dass die Beteiligung als nunmehr verbundenes Unternehmen in den Posten A.1.3.1 umgegliedert wurde.

Im Übrigen verweisen wir hier auf unsere beim Posten A.1.3.1 vorgebrachten Prüfungsfeststellungen zur Systematik der Beteiligungsbewertung.

A.1.3.4 Ausleihungen an Beteiligungen

31.12.2023	**57.917.730,73 €**
31.12.2022	**57.969.801,57 €**

Die Ausleihungen an Beteiligungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Nassauische Heimstätte (Wohnungsbaudarlehen)	39.798.807,55	39.695.275,97
KEG (Wohnungsbaudarlehen)	16.943.148,77	17.087.506,59
Praunheimer Werkstätten (Wohnungsbaudarlehen)	875.774,41	887.019,01
Frankfurt Ticket (Liquiditätsdarlehen)	300.000,00	300.000,00
	57.917.730,73	**57.969.801,57**

Wir verweisen auf unsere **Feststellungen zur** Umsetzung des Investitionsprogramms im Finanzanlagevermögen hinsichtlich der **Gewährung von Wohnungsbaudarlehen** in Tz. 7.1.2.5.

Die Ausleihungen an Beteiligungen sind per Saldo um rund 52 T€ gesunken. Dabei stehen ausgereichten Darlehen von rund 1,19 Mio. € Tilgungsleistungen von rund 1,23 Mio. € gegenüber.

Für den Jahresabschluss 2023 hat die Stadtkämmerei eine Abstimmung mit den Gesellschaften NH und KEG vorgenommen. Das an die PW ausgereichte Darlehen haben wir mit dem Jahresabschluss der Gesellschaft anhand der Berichterstattung durch den Abschlussprüfer abgestimmt.

Basierend auf dem MB Nr. 931 vom 21.08.2020 wurde in 2021 erneut ein verzinsliches Gesellschafterdarlehen an die **Frankfurt Ticket RheinMain GmbH** von 300 T€ ausgereicht mit einer Laufzeit bis 30.06.2025. Es dient der Abwendung einer Überschuldung. Die Tilgung beginnt, sobald sich die wirtschaftliche Lage der Darlehensnehmerin ausreichend verbessert hat. Die Rückzahlung ist vor Laufzeitende in zwei Raten zum 29.02.2024 und 30.09.2024 erfolgt.

A.1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens

31.12.2023	**38.936.132,09 €**
31.12.2022	**34.918.000,24 €**

Die Wertpapiere setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	**in €**
Kapitalmarktpapiere von Kreditinstituten (Pfandbriefe)	38.495.641,10	34.495.525,60
Sonstige Wertpapiere (in- und ausländische Aktien)	440.490,99	422.474,64
	38.936.132,09	**34.918.000,24**

Die Wertpapiere haben sich zum Vorjahr um rund 4 Mio. € erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus einer Anlage in einen Hypothekennamenspfandbrief.

Aufgrund des Hessischen Versorgungsrücklagengesetzes ist die Stadt verpflichtet, für Pensionszahlungsverpflichtungen Vorsorge zu treffen. Sie stellen kein Eigenkapital, sondern Fremdkapital dar (Hinweis 4. zu § 23 GemHVO). In der Bilanz sind sie unter dem Posten P.3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen als „davon-Vermerk“ anzugeben. Dieser „davon-Vermerk“ fehlt zwar bei der Vermögensrechnung, allerdings wird in mehreren Ziffern des Jahresabschlusses, insbesondere in 6.5.2.2, 7.2.6 und 7.5.4 sowie in 6.8.16, 6.8.21, 7.1.1.2, 7.2.1.4 und 8.1.3 ausführlich auf die Versorgungsrücklage eingegangen.

Die Versorgungsrücklage setzt sich aus Finanzanlagen (Posten A.1.3.5, A.1.3.6) und flüssigen Mitteln (Posten A.2.4) zusammen.

Zu weiteren Einzelheiten hinsichtlich der **Gesamtentwicklung des Anlagenportfolios** der Versorgungsrücklage, der Rückstellung für Neuverbeamtung und der 21 rechtlich unselbstständigen Stiftungen, die sich aus Wertpapieren des Anlagevermögens (A.1.3.5) und Sonstigen Ausleihungen (A.1.3.6) zusammensetzen, verweisen wir auf die Angaben im Anhang (Ziffer 7.5.4 des Jahresabschlusses) sowie die diesbezüglichen Prüfungsfeststellungen in Tz. 7.2.5.7.

Die Hauptbranchen (Pharma/Healthcare, Technologie/Industrie, Chemie, Versicherungen) des Aktienportfoliobestands der unselbständigen Stiftungen machen rund 63 % des Portfolios aus. Die Performance ist stark von den Entwicklungen in den jeweiligen Branchen abhängig. Beim vorhandenen Wertpapierportfolio der unselbständigen Stiftungen handelt es sich um Aktienbestände, die mit dem Stiftungsvermögen eingebracht wurden. Diese Bestände werden laut Stadtkämmerei unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gegebenheiten interessewahrend behandelt.

Die Bestände der Wertpapiere des Anlagevermögens sind durch Konto- bzw. Depotauszüge nachgewiesen.

A.1.3.6 Sonstige Ausleihungen

31.12.2023	**518.337.714,33 €**
31.12.2022	**505.896.597,11 €**

Die sonstigen Ausleihungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Wohnungsbaudarlehen an Dritte	258.887.169,83	263.872.450,55
Darlehen an Kreditinstitute (Vermögensanlage)	244.208.600,00	225.318.600,00
Förder- und Zweckdarlehen (gesicherte Darlehen)	14.383.551,87	15.737.476,86
Förder- und Zweckdarlehen (ungesicherte Darlehen)	832.187,63	941.864,70
Genossenschaftsanteile	26.205,00	26.205,00
	518.337.714,33	**505.896.597,11**

Der Anstieg der sonstigen Ausleihungen resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der **Ausleihungen an Kreditinstitute** um 18,9 Mio. €.

Die **Wohnungsbaudarlehen** sind per Saldo um rund 4,9 Mio. € gesunken. Dabei stehen ausgereichten Darlehen von rund 1,4 Mio. € Tilgungsleistungen von rund 6,4 Mio. € gegenüber. Förder- und Zweckdarlehen haben sich um rund 1,4 Mio. € durch Tilgungsrückflüsse vermindert. Bei den Darlehensnehmenden handelt es sich u. a. um Privatpersonen, Wohnungsbaugesellschaften, Bauträger, Genossenschaften, Vereine und Stiftungen. Wir verweisen auf unsere **Feststellungen zur** Umsetzung des Investitionsprogramms im Finanzanlagevermögen hinsichtlich der **Gewährung von Wohnungsbaudarlehen** in Tz. 7.1.2.5.

Der Anstieg der **Darlehen an Kreditinstitute** steht im Zusammenhang mit der Finanzierung von Personalrückstellungen. Die Vermögensanlage in Form von Festgeldern, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen hat sich zum 31.12.2023 um rund 18,9 Mio. € auf rund 244,2 Mio. € erhöht.

Bei den **Förder- und Zweckdarlehen** unterstützt die Stadt die Finanzierung von investiven Maßnahmen im sozialen und kulturellen Bereich sowie der Sport- und Wirtschaftsförderung. In 2023 sind keine neuen Förder- oder Zweckdarlehen ausgereicht worden, die bestehenden Darlehen werden – teilweise mit sehr langen Laufzeiten – zurückgeführt.

Auf der Grundlage des Beschlusses § 5041 vom 12.12.2019 (M 211 vom 06.12.2019), wurde dem **Verein Friends of MOMEM e. V.** ein festverzinsliches Darlehen von 500 T€ bis zum 31.12.2021 zur Herrichtung der Museumsräume des Museum of Modern Electronic Music (MOMEM) in Frankfurt am Main bereitgestellt. In 2021 wurde pandemiebedingt die Laufzeit des Darlehensvertrags bis 31.12.2023 (§ 648 vom 23.09.2021; M 111 vom 26.07.2021) verlängert. Nachdem die Frist erneut abgelaufen war, erfolgte in 2024 eine weitere Fristverlängerung bis zum 31.12.2024 mit der Maßgabe, der Stadtverordnetenversammlung bis zum 31.08.2024 einen Rückzahlungsplan vorzulegen (§ 4711 vom 02.05.2024; M 19 vom 08.03.2024). Bis zum Redaktionsschluss war weder eine Rückzahlung des Darlehens erfolgt, noch lag der Stadtverordnetenversammlung der gewünschte

Rückzahlungsplan zur Genehmigung vor. Auch sind seit der Ausreichung des Darlehens keine Zinseingänge für den Zeitraum bis 2023 zu verzeichnen. Das Jahr 2024 wurde im Rahmen der Fristverlängerung bis Ende 2024 zinsfrei gestellt. Wir erachten die Werthaltigkeit der Forderung als zweifelhaft und empfehlen eine vollständige Einzelwertberichtigung des Darlehens mit dem nächsten Jahresabschluss 2024 **(Umbuchung Nr. 2/1)** vorzunehmen.

Weitere Einzelheiten zur Gesamtentwicklung der Vermögensanlagen (einschließlich der Anlage von Wertpapieren) werden im Anhang (Ziffer 7.5.4 des Jahresabschlusses) gegeben.

A.1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

31.12.2023	**46.304.000,00 €**
31.12.2022	**46.304.000,00 €**

Die Sparkassenrechtliche Sonderbeziehung besteht in einer Mitgliedschaft am Sparkassenzweckverband Nassau. Dieser ist Träger der Nassauischen Sparkasse. Zu Einzelheiten zur Nassauischen Sparkasse verweisen wir auf den „Trägerbericht Nassauische Sparkasse“ in Abschnitt III des „Beteiligungsberichts 2024 (Jahresabschluss 2023) der Stadt Frankfurt am Main“ (B 401 vom 28.10.2024).

A.2 Umlaufvermögen

A.2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Vorräte sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe[77] spielen im Leistungserstellungsprozess der Stadtverwaltung eine sehr untergeordnete Rolle. Auf die bilanzielle Erfassung der Bestände wurde daher zurecht verzichtet.

A.2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren

Fertige und unfertige Erzeugnisse (z. B. im Rahmen von Genehmigungsverfahren an Dritte erbrachte Leistungen) wurden ebenfalls nicht erfasst. Es handelt sich ebenfalls um unwesentliche Bestände.

A.2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen wurden zu 100 % pauschal einzelwertberichtigt, sofern sie älter als zwei Jahre sind. Die restlichen Forderungen werden mit 2 % pauschal wertberichtigt.

Zu Einzelheiten hinsichtlich der wesentlichen Veränderungen bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, verweisen wir auch auf den Anhang (Ziffer 7.2.2.2 des Jahresabschlusses). Die Fristengliederung ist in Ziffer 8.1.2 des Jahresabschlusses ersichtlich.

[77] Z. B. Heizöl, Futtermittel im Zoo, Schüttgüter des Grünflächenamts, Baumaterialien der Baubezirke des ASE.

A.2.3.1 Forderungen aus Zuwendungen, Zuschüssen etc.

31.12.2023	**175.424.731,75 €**
31.12.2022	**178.843.388,50 €**

Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Forderungen aus Investitionszuweisungen (inklusive Konjunkturprogramm)	101.089.030,68	105.491.934,94
Forderungen aus Transferleistungen	49.675.499,30	57.761.805,55
Sonstige Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen	51.530.822,73	40.261.210,45
Bruttoforderungen	**202.295.352,71**	**203.514.950,94**
Wertberichtigungen (auf Forderungen aus Transferleistungen)	-26.870.620,96	-24.671.562,44
Nettoforderungen	**175.424.731,75**	**178.843.388,50**

Bei den **Forderungen aus Investitionszuweisungen (inklusive Konjunkturprogramm)** handelt es sich um nachfolgende Programmpakete:

- Nach § 3 des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammgesetzes (SoInvPrgG HE), wurde im Jahr 2009 für Schulen ein Darlehensprogramm aufgelegt, das über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) abgewickelt wird. Die Tilgung der Darlehen erfolgt zu fünf Sechsteln aus dem Landeshaushalt und zu einem Sechstel durch die Schulträger. Entsprechend der Förderrichtlinie erfolgte bei Zahlungseingang des Darlehensbetrags als Gegenbuchung die Passivierung einer Verbindlichkeit aus Kreditaufnahmen für Investitionen bei Kreditinstituten in Höhe des vollen Darlehensbetrags (6/6). Die Verpflichtung des Landes, die Tilgung des Darlehens zu fünf Sechsteln zu finanzieren, wird entsprechend den Förderrichtlinien in der Vermögensrechnung durch Aktivierung einer **Forderung gegenüber dem Land Hessen** in Höhe von fünf Sechsteln des Darlehensbetrags und gleichzeitiger Passivierung eines „Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Zuweisungen für Investitionen vom Land“ in gleicher Höhe abgebildet.
- Nach § 3 des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (Zukunftsinvestitionsgesetz – ZuInvG), gewährte der Bund ab dem Jahr 2009 ebenfalls Finanzhilfen in den Bereichen Bildungsinfrastruktur und Infrastruktur. Die Beteiligung des Bundes betrug 75 % der förderfähigen Kosten und wurde als Sonderposten ausgewiesen. Der Kofinanzierungsanteil des Landes von 25 % wurde der Stadt als Darlehen von der WIBank gewährt und führte zu einer entsprechenden Verbindlichkeit. Die Tilgung des Darlehens erfolgt je zur Hälfte durch Stadt und Land. Die hälftige Tilgungsverpflichtung des Landes wird entsprechend den Förderrichtlinien in der Vermögensrechnung der Stadt ebenfalls durch die Aktivierung einer **Forderung gegenüber dem Land Hessen** in Höhe der Hälfte des Darlehensbetrags und gleichzeitiger Passivierung eines Sonderpostens in gleicher Höhe abgebildet.

- Das Kommunalinvestitionsprogrammgesetz (KIPG) vom 25.11.2015 sieht die Förderung der Investitionstätigkeit von Kommunen und Krankenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm (Erster Teil) und die Förderung der Investitionstätigkeit von Schulträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm II (Zweiter Teil) vor. Nach § 2 Abs. 3 KIPG werden den Kommunen und Krankenhausträgern Darlehen für Investitionen mit einer Laufzeit von 30 Jahren durch die WIBank zur Verfügung gestellt (Programmteil Kommunale Infrastruktur und Krankenhäuser). Die Tilgung erfolgt im hier geprüften Programmteil Kommunale Infrastruktur zu einem Fünftel durch die Stadt und zu vier Fünfteln durch das **Land Hessen**, weswegen hierfür entsprechende **Forderungen** aktiviert wurden. Die im Programmteil Landesprogramm Schule antragsberechtigten öffentlichen Schulträger können gemäß § 14 Abs. 3 KIPG für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur ebenfalls Darlehensverträge mit der WIBank mit einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren abschließen. Die Tilgung erfolgt über die Laufzeit zu einem Viertel durch den öffentlichen Schulträger (Stadt Frankfurt) und zu drei Vierteln durch das Land Hessen.

Im Jahr 2023 erfolgten bezüglich der **Forderungen aus Investitionszuweisungen** (inklusive Konjunkturprogramm) lediglich Abgänge über den Schuldendienst.

Bei den **Forderungen aus Transferleistungen** handelt es sich um Ansprüche auf Kostenerstattungen, Kostenbeiträge, Rückforderungen u. ä. gegenüber Sozialleistungs-, Sozial- und Jugendhilfeträgern sowie Privatpersonen. Sie entstehen im Wesentlichen aus (Rück-) Ansprüchen gegenüber (ursprünglichen) Leistungsbeziehern durch das Jugend- und Sozialamt. Die Generierung der (Rück-) Forderungen erfolgt in erster Linie mittels der Vorverfahren Care4 (Sozialbereich, SGB XII – Sozialhilfe) und PROSOZ14plus (Jugendbereich, SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe) sowie der Leistungsakten. Die Einbuchung der Forderung (Sollstellung) erfolgt in der Praxis mangels SAP-Einnahme-Schnittstellen manuell. Aufgrund der **hohen Anzahl und der Schuldnerstruktur** erfolgt dies jedoch oftmals erst nach dem Zahlungseingang mit einer entsprechenden Gegenbuchung im Posten ER.6 „Erträge aus Transferleistungen“. **Mithin erfolgt die Aktivierung der Forderung sowie die ertragswirksame Vereinnahmung phasenverschoben.**

In der Position „**Sonstige Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen**“ sind Forderungen gegenüber dem Land von rund 47 Mio. € im Bereich der Grundsicherung enthalten.

Die **Wertberichtigungen** wurden ausschließlich auf die Forderungen aus Transferleistungen gebildet; soweit sie vor dem 01.01.2022 eingebucht wurden, wurden sie dem Vorsichtsprinzip folgend grundsätzlich zu 100 % wertberichtigt, soweit sie nach dem 31.12.2021 eingebucht wurden, wurden sie mit 2 % pauschal wertberichtigt. Die **Wertberichtigungsquote** der Forderungen aus Transferaufwendungen beträgt zum Bilanzstichtag 54,1 % (Vj.: 42,7 %), was mit Blick auf die dahinterstehende Schuldnerstruktur plausibel erscheint.

Wir verweisen insoweit auch auf unsere allgemeinen **Ausführungen zum städtischen Forderungsmanagement** in Tz. 7.1.2.6.

A.2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

31.12.2023	**162.607.239,70 €**
31.12.2022	**160.676.267,96 €**

Die Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Gewerbesteuer	206.388.231,65	177.728.823,26
Gebühren	30.846.341,79	22.198.923,00
Gemeindeanteil Einkommen-/Umsatzsteuer	16.047.632,44	48.456.259,88
Ordnungswidrigkeiten (OWI 21)	8.166.353,52	7.168.682,67
Fehlbelegungsabgabe	2.881.127,88	2.118.518,54
Spielapparatesteuer	2.404.095,23	1.927.918,99
Grundsteuer A und B	1.673.367,08	1.111.085,13
Hundesteuer	459.469,84	420.828,63
Abfallbeseitigung	418.112,58	60.091,75
Straßenreinigung	369.204,72	-55.075,45
Vergnügungssteuer	32.746,60	14.783,75
Getränkesteuer bis 2000	9.160,32	7.666,97
Gaststättenerlaubnissteuer	484,48	1.084,48
Sonstiges (Wertausgleich Umlegungen)	0,00	9.166,67
Weitere Steuerarten	842.989,41	452.872,73
Bruttoforderungen	**270.539.317,54**	**261.621.631,00**
Wertberichtigungen	-107.932.077,84	-100.945.363,04
Nettoforderungen	**162.607.239,70**	**160.676.267,96**

Für die manuelle Erfassung von Forderungen im Rahmen des Jahresabschlusses wurde von der Stadtkämmerei eine Nichtaufgriffsgrenze von 5 T€ festgelegt. Wie im Vorjahr wird darauf hingewiesen, dass die Nichterfassung der Forderungen gegen das **Vollständigkeitsgebot verstößt** (§ 38 GemHVO).

Bei der Spitzabrechnung des **Gemeindeanteils an der Einkommen- bzw. Umsatzsteuer** handelt es sich um Forderungen aus dem IV. Quartal 2023, und zwar für die Einkommensteuer von 47,9 Mio. € und für die Umsatzsteuer von 0,6 Mio. €.

Die Forderungen aus **Gewerbesteuer, Gaststättenerlaubnissteuer, Spielapparatesteuer, Getränkesteuer und Vergnügungssteuer** werden vom Kassen- und Steueramt einer Einzelfallbetrachtung unterzogen und im Insolvenzfall zu 100 % wertberichtigt. Die Forderungen aus **Ordnungswidrigkeiten**, die bis zu zwei Jahre alt sind, werden pauschal mit 2 % wertberichtigt; Forderungen, die älter als zwei Jahre sind, werden pauschal zu 100 % einzelwertberichtigt, ebenso Insolvenzfälle. Bei den **Straßenreinigungs- und Abfallgebühren** sind nur die Altforderungen aus der Zeit vor 2003 zu 100 % wertberichtigt. Die Forderungen aus der **Hundesteuer** wurden pauschal auf 20 % wertberichtigt. Wertberichtigungen auf die Forderungen aus der **Grundsteuer** und den **Gemeindeanteilen aus Einkommen- und Umsatzsteuer** wurden nicht vorgenommen.

Die **Wertberichtigungen** betreffen im Wesentlichen die Forderungen aus Gewerbesteuer von 103,7 Mio. € (Vj.: 97,2 Mio. €); 95,6 Mio. € davon aufgrund von Insolvenzen.

Die **Wertberichtigungsquote** beträgt zum Bilanzstichtag 39,9 % (Vj.: 38,6 %).

Zu den „**Weiteren Steuerarten**“ gehören die Tourismusabgabe, Wettaufwandsteuer sowie die Zweitwohnungssteuer.

Wir verweisen insoweit auch auf unsere allgemeinen **Ausführungen zum städtischen Forderungsmanagement** in Tz. 7.1.2.6.

A.2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

31.12.2023	**55.026.750,71 €**
31.12.2022	**32.896.536,64 €**

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	61.139.516,10	39.776.226,49
Debitorische Kreditoren	825.446,93	869.664,94
Bruttoforderungen	**61.964.963,03**	**40.645.891,43**
Wertberichtigungen	-6.938.212,32	-7.749.354,79
Nettoforderungen	**55.026.750,71**	**32.896.536,64**

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** sind stichtagsbedingt gestiegen.

Im ABI besteht weder ein geordnetes Vertragsmanagement für die Verwaltung von Miet- und Pachtverträgen noch ein angemessenes Forderungsmanagement für die daraus entstehenden Forderungen. Wir verweisen hierzu auf unsere zentrale Darstellung in Tz. 7.1.2.6 „Debitorische Prozesse, Forderungsmanagement“.

Die Wertberichtigungen betreffen ausschließlich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen; die **Wertberichtigungsquote** der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beträgt zum Bilanzstichtag 11,2 % (Vj.: 19,1 %).

A.2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen

31.12.2023	**21.206.019,59 €**
31.12.2022	**32.252.600,69 €**

Die Forderungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Kontokorrentkonten		
- SEF	5.334.110,83	18.672.329,58
- DomRömer	4.999.943,17	5.074.313,47
- KFH	3.164.007,14	0,00
- Mousonturm	265.353,35	309.757,68
- BKRZ KG	0,00	547.871,72
- FIZ	0,00	459.113,73
Sonstige Forderungen	4.088.319,71	2.245.651,78
Lieferungen und Leistungen	2.681.976,22	3.777.353,70
Steuern und Abgaben	635.005,08	1.195.360,83
Zuwendungen und Zuschüsse	54.806,68	1.686,00
Bruttoforderungen	**21.223.522,18**	**32.283.438,49**
Pauschale Wertberichtigungen	-17.502,59	-30.837,80
Nettoforderungen	**21.136.009,23**	**32.129.249,49**

Der Rückgang der Forderung gegenüber der **SEF** geht auf eine entsprechende Veränderung der Inanspruchnahme von Kassenkrediten zurück.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen werden grundsätzlich nicht wertberichtigt.

A.2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände

31.12.2023	**27.139.105,35 €**
31.12.2022	**43.017.162,08 €**

Die Sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Nebenforderungen aus Steuern und Abgaben	24.927.626,63	51.625.304,00
Debitorische Kreditoren	6.499.987,64	5.106.855,71
Abgegrenzte Zinsen	4.966.262,17	2.155.178,10
Altforderungen aus der Migration	1.163.299,70	1.176.820,71
Umsatzsteuerforderungen	1.062.109,23	599.351,47
Forderungen aus Ablösungs- und Abwendungsvereinbarungen des ehemaligen Treuhandvermögen „Riedberg“	577.500,00	0,00
Durchlaufende Gelder	407.859,99	388.576,69
Sonstige	5.876.632,33	723.884,58
Bruttoforderungen	**45.481.277,69**	**61.775.971,26**
Wertberichtigungen	-18.342.172,34	-18.758.809,18
Nettoforderungen	**27.139.105,35**	**43.017.162,08**

In dieser Position wurden im Berichtsjahr **Ablösungs- und Abwendungsvereinbarungen** von 577.500,00 € aktiviert (Vj.: 0,00 €). Es handelt sich hierbei um die Abwicklung der Stadtentwicklungsmaßnahme Riedberg. Da die HA Hessen Agentur GmbH nicht mehr tätig ist, werden die letzten zu leistenden Zahlungen eines privaten Projektentwicklers direkt bei der Stadt aktiviert. Hierzu wurde ein entsprechender Sonderposten gebildet.

Die **Nebenforderungen aus Steuern und Abgaben** sind im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen aufgrund einer realisierten Kostenerstattungsforderung gegenüber dem Land Hessen von rund 15 Mio. € für die Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine wieder gesunken.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände wurden zu 100 % pauschal einzelwertberichtigt, sofern sie älter als zwei Jahre waren. Die restlichen Sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit 2 % pauschal wertberichtigt.

Die Wertberichtigungen betreffen in erster Linie Nebenforderungen aus Gewerbesteuer von 14,0 Mio. € (Vj.: 14,3 Mio. €). Die Wertberichtigungsquote des Postens beträgt zum Bilanzstichtag nach dem relativ starken Rückgang der Nebenforderungen aus Steuern und Abgaben 40,3 % (Vj.: 30,4 %).

A.2.4 Flüssige Mittel

31.12.2023	**633.976.486,25 €**
31.12.2022	**472.817.774,10 €**

Der Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Girokonten	15.275.610,61	16.013.660,28
Festgeld	617.700.000,00	455.900.000,00
Kassenbestände	1.000.875,64	904.113,82
	633.976.486,25	**472.817.774,10**

Die auf Festgeldkonten angelegten flüssigen Mittel haben sich im Berichtsjahr auf Grund der positiven Entwicklung der Zahlungsmittelflüsse deutlich erhöht (siehe hierzu Tz. 6.3.5.1). Die Festgelder sind gemäß den Anlagerichtlinien für die Stadt Frankfurt am Main bei verschiedenen Banken angelegt.

A.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2023	**87.831.985,96 €**
31.12.2022	**80.624.641,09 €**

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Transferleistungen (Sozial- und Jugendhilfe)	45.758.488,33	42.730.712,63
Beamtenbesoldung und -versorgung für den Januar des Folgejahrs	18.131.361,26	16.708.622,43
Kreditbeschaffungskosten (inkl. Ansparraten Hessischer Investitionsfonds – Abteilung B)	4.211.597,96	4.041.239,38
Stadtbeleuchtung bis 2035	0,00	1.132.968,48
Lieferungen, Leistungen	12.496.106,12	10.561.204,03
Zuschüsse	7.160.769,78	5.374.940,90
Legatgräber	73.662,51	74.953,24
	87.831.985,96	**80.624.641,09**

Mit dem Jahresabschluss 2020 hat die Stadtkämmerei die Aufgriffsgrenze für aktive Rechnungsabgrenzungen auf 5 T€ je Sachverhalt (bis 2019: 2 T€) heraufgesetzt. Zudem gilt diese Grenze nunmehr auch für den Ausweis bestehender Rechnungsabgrenzungsposten. Die Änderungen wurden im Vorfeld mit uns abgestimmt.

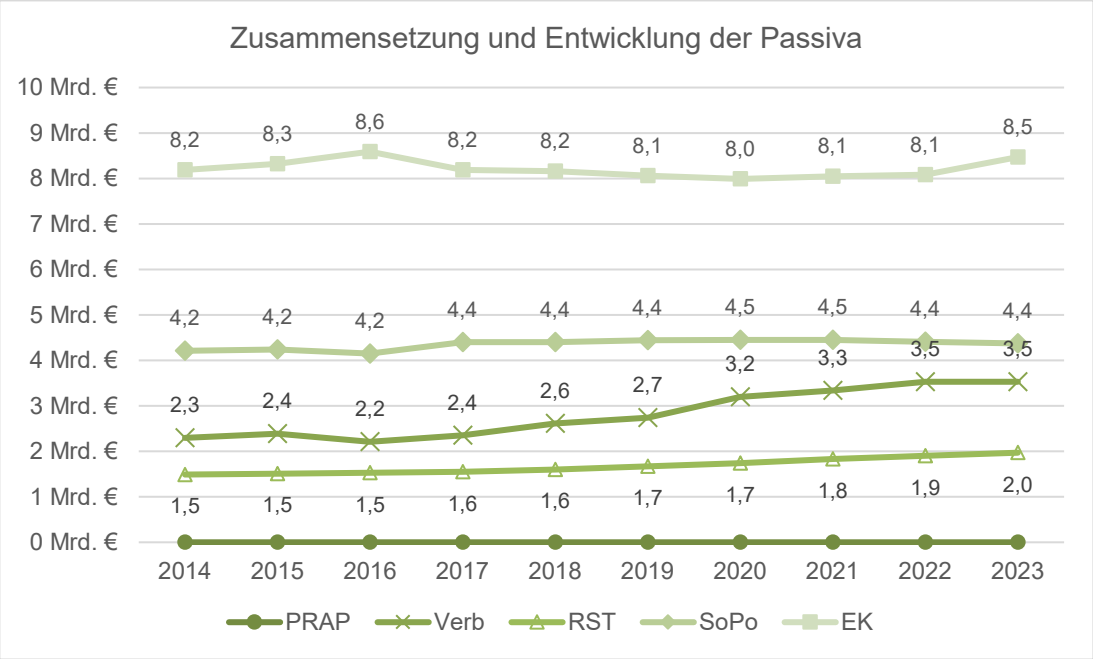
Bei Krediten aus dem Hessischen Investitionsfonds werden die fälligen Ansparraten gegen den ARAP gebucht. In der Tilgungsphase werden diese jährlich anteilig gegen das entsprechende Aufwandskonto umgebucht.

Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten werden die Sachverhalte zur Bildung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens von den Fachbereichen an die Stadtkämmerei gemeldet.

P Passiva

31.12.2023	**18.413.925.551,90 €**
31.12.2022	**17.992.181.817,07 €**

Die Posten der Passivseite haben sich im Zeitablauf wie folgt entwickelt:



7-6: Zusammensetzung und Entwicklung der Passiva im Zeitablauf

Das **Eigenkapital** (P.1) ist der größte Posten der Passivseite. Es ist von 2014 bis 2017 zunächst auf 8,6 Mrd. € angewachsen. Gründe hierfür waren Jahresüberschüsse und entsprechende Zuführungen zu den Rücklagen. Von 2017 bis 2020 ging es als Folge von Verlusten auf 8,0 Mrd. € zurück. Zum Bilanzstichtag 31.12.2023 ist es wieder angewachsen auf nunmehr 8,5 Mrd. €. Die **Eigenkapitalquote** beträgt rund 46 %

Die **Sonderposten** (P.2) haben zum 31.12.2023 mit 4,4 Mrd. € einen Anteil von rund 23,7 % an der Bilanzsumme. Sie bewegten sich in den letzten zehn Jahren in einer Spannbreite von 4,2 Mrd. € bis 4,5 Mrd. €.

Die **Rückstellungen** (P.3) sind in der Zeit von 1,5 Mrd. € auf inzwischen fast 2 Mrd. € gewachsen und machen nun 10,7 % an der Bilanzsumme aus.

Die **Verbindlichkeiten** (P.4) sind in den letzten zehn Jahren sukzessive auf 3,5 Mrd. € angewachsen. Die Verbindlichkeiten haben inzwischen einen Anteil an der Bilanzsumme von 19,2 %.

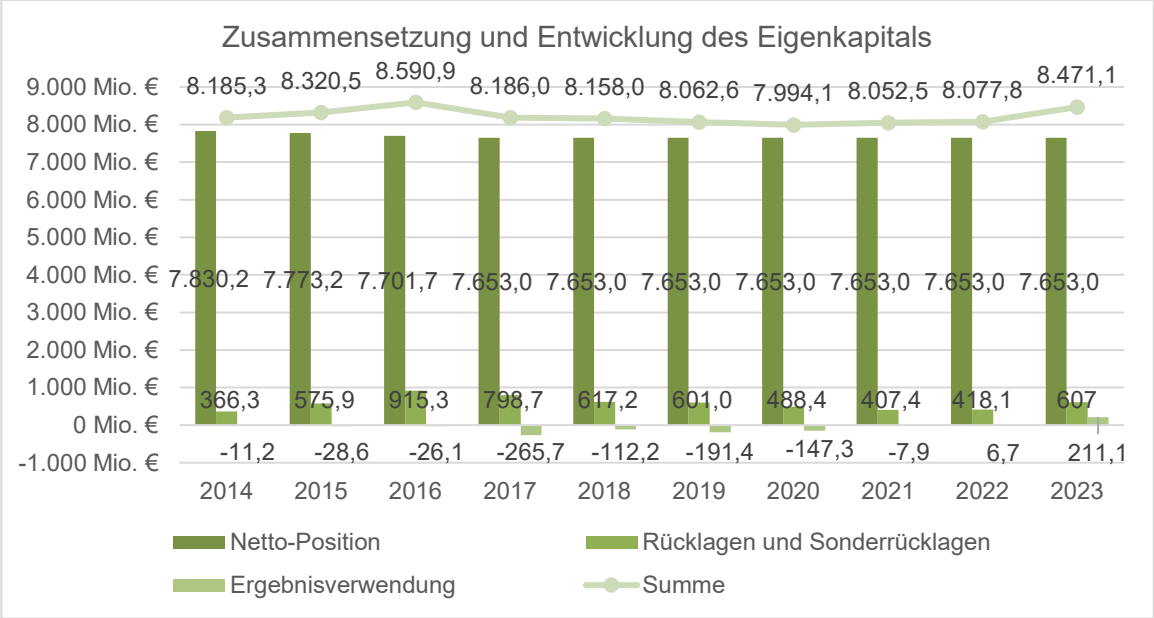
Die **Passive Rechnungsabgrenzung** (P.5) beläuft sich zum Bilanzstichtag auf lediglich 70,8 Mio. €. Sie ist ein relativ unbedeutender Passivposten.

Zur **Verschuldungslage** verweisen wir ferner auf Tz. 6.3.5.2.

P.1 Eigenkapital

31.12.2023	**8.471.092.376,22 €**
31.12.2022	**8.077.767.099,89 €**

Das Eigenkapital, bestehend aus den drei Hauptposten Netto-Position (P.1.1), Rücklagen und Sonderrücklagen (P.1.2) sowie Ergebnisverwendung (P.1.3), hat sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt:



7-7: Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals im Zeitablauf

Zu Einzelheiten zu Beständen und wesentlichen Veränderungen im Berichtsjahr, verweisen wir auch auf den Anhang (Ziffer 7.2.4 des Jahresabschlusses).

P.1.1 Netto-Position

31.12.2023	**7.652.963.323,90 €**
31.12.2022	**7.652.963.323,90 €**

Die Netto-Position als „Basiskapital“ der Stadt ist grundsätzlich vergleichbar mit dem „Gezeichneten Kapital“ einer Kapitalgesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 HGB. Sie wurde einmalig bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 ermittelt.

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Erstermittlung (01.01.2007)	8.231.834.715,87	8.231.834.715,87
Nachträgliche Anpassungen	-483.601.137,02	-483.601.137,02
„Ausgleich“ a. o. Fehlbeträge (2008–2010)	-95.270.254,95	-95.270.254,95
	7.652.963.323,90	**7.652.963.323,90**

Die Netto-Position konnte noch bis zum Jahresabschluss 2010 ergebnisneutral berichtigt werden, falls bei der Aufstellung für ein späteres Haushaltsjahr festgestellt wurde, dass vorhandene Vermögensgegenstände und Schulden nicht oder fehlerhaft angesetzt wurden (§ 108 Abs. 5 HGO und Hinweis Nr. 13.2 zu § 59 GemHVO).

Gemäß Schreiben des damaligen Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 02.05.2011 (IV 4 – 15 i 01.01) wird es bei der Stadt Frankfurt am Main wegen der großen Anzahl an Vermögensgegenständen und Schuldpositionen jedoch nicht beanstandet, wenn notwendige Korrekturen von Posten der Eröffnungsbilanz auch nach Aufstellung der vierten Schlussbilanz vorgenommen werden.

Die Netto-Position hat sich im Haushaltsjahr 2023 nicht verändert.

P.1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital

31.12.2023	**606.954.019,99 €**
31.12.2022	**418.131.002,62 €**

Rücklagen (P.1.2.1 und P.1.2.2) werden jeweils aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und des außerordentlichen Ergebnisses gebildet. Sie sind nicht auf die Verwendung für bestimmte Zwecke beschränkt. **Sonderrücklagen** (P.1.2.3) werden aus Mitteln gebildet, die der Stadt mit der Verpflichtung zugeflossen sind, die Mittel für einen bestimmten Zweck zu verwenden.

P.1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses

31.12.2023	**577.296.989,42 €**
31.12.2022	**390.269.766,39 €**

Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses haben sich wie folgt entwickelt:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
Bestand zum 01.01.	390.269.766,39	372.671.342,12
Entnahmen zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses des Vorjahrs (Jahresfehlbetrag)	0,00	0,00
Zuführung des ordentlichen Ergebnisses des Vorjahrs (Jahresüberschuss)	187.027.223,03	17.598.424,27
Bestand zum 31.12.	**577.296.989,42**	**390.269.766,39**

Das im Haushaltsjahr 2022 entstandene ordentliche Ergebnis nach Zuführungen in bzw. Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen von 187.027.223,03 € wurde im Haushaltsjahr 2023 gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 3595 vom 20.07.2023 (M 61 vom 28.04.2023 „*Jahresabschluss 2022 inklusive Finanzcontrollingbericht 2022*“) der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

P.1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses

31.12.2023	**0,00 €**
31.12.2022	**0,00 €**

In den Haushaltsjahren ab 2008 sind jährlich außerordentliche Fehlbeträge nach Sonderrücklagen entstanden, die in Ermangelung vorhandener Rücklagen als Verlust auf das jeweils folgende Haushaltsjahr vorgetragen wurden.

Angesichts der Entwicklung der außerordentlichen Ergebnisse, ergaben sich hier keine Prüfungshandlungen.

Zur **Entwicklung der Verlustvorträge** verweisen wir auf den Posten P.1.3.1 „Ergebnisvortrag".

Wir verweisen ergänzend auf unsere Ausführungen in Tz. 7.2.2.2 beim Posten ER.28 „Jahresergebnis".

P.1.2.3 Sonderrücklagen

31.12.2023	**29.657.030,57 €**
31.12.2022	**27.861.236,23 €**

Die Sonderrücklagen beinhalten im Unterposten P.1.2.3.1 (**Zweckgebundene Rücklagen)** die Erträge/Gewinne und Aufwendungen/Verluste des von den 21 rechtlich unselbstständigen Stiftungen verwalteten Stiftungsvermögens (**Stiftungsrücklage**) sowie die seit 2019 bestehende **Rücklage aus Bewertungsgewinnen** von (anderen) Finanzanlagen.

Daneben beinhalten die Sonderrücklagen im Unterposten P.1.2.3.2 das vorhandene **Stiftungskapital**.

P.1.2.3.1 Zweckgebundene Rücklagen (Sonderrücklage)

31.12.2023	**24.881.805,79 €**
31.12.2022	**23.086.011,45 €**

Zusammensetzung der zweckgebundenen Rücklagen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Stiftungsrücklagen	23.352.419,88	23.086.011,45
Rücklage aus Bewertungsgewinnen (Beteiligungsbewertungen)	1.529.385,91	0,00
	24.881.805,79	**23.086.011,45**

Die **Stiftungsrücklagen** (ohne Stiftungskapital) haben sich wie folgt entwickelt:

	2023	2022
	in €	in €
Bestand zum 01.01.	23.086.011,45	22.826.620,65
Zuführung zu den Stiftungsrücklagen (ordentliches Ergebnis)	648.787,15	623.302,07
Entnahme aus den Stiftungsrücklagen (ordentliches Ergebnis)	-400.510,57	-365.499,23
Zuführung zu den Stiftungsrücklagen (außerordentliches Ergebnis)	18.131,85	1.587,96
Entnahme aus den Stiftungsrücklagen (außerordentliches Ergebnis)	0,00	0,00
Bestand zum 31.12.	**23.352.419,88**	**23.086.011,45**

Die Zuführungen zu bzw. die Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen im Haushaltsjahr 2023 für die 21 rechtlich unselbstständigen Stiftungen resultieren aus bei der Aufstellung des Jahresabschlusses 2023 vorgenommenen Buchungen (vgl. hierzu Tz. 6.2). Erträge und Gewinne des Stiftungsvermögens werden den zweckgebundenen Rücklagen zugeführt bzw. etwaige Verluste durch Entnahmen aus diesen Rücklagen ausgeglichen.

Die GemHVO enthält keine Vorgaben, wie die Ergebnisrechnung vom Jahresergebnis zum Bilanzgewinn fortzuentwickeln ist. Daher werden die Gegenbuchungen als Korrekturen in den Posten der Ergebnisrechnung ER.9 „Sonstige ordentliche Erträge“ und ER.13 „Aufwand für Sach- und Dienstleistungen“ bzw. ER.25 „außerordentliche Erträge“ und ER.26 „außerordentliche Aufwendungen“ vorgenommen.

Die **Rücklage aus Bewertungsgewinnen** hat sich wie folgt entwickelt:

	2023	2022
	in €	in €
Bestand zum 01.01.	0,00	7.120.490,45
Zuführung in die Rücklage (Bewertungsgewinne)	1.529.385,91	0,00
Entnahme aus der Rücklage (Bewertungsverluste)	0,00	-7.120.490,45
Bestand zum 31.12.	**1.529.385,91**	**0,00**

In 2019 erfolgte erstmals eine Zuführung in die Rücklage aus Bewertungsgewinnen, im Sinne einer Wertaufholungsrücklage (Hinweis Nr. 16 Abs. 2 zu § 41 GemHVO).

Im Vorjahr wurde die Rücklage vollständig zum Ausgleich von Bewertungsverlusten verwendet. Im Berichtsjahr erfolgte erneut eine Zuführung von rund 1,5 Mio. € (positiver Saldo aus Bewertungsgewinnen und -verlusten).

P.1.2.3.2 Stiftungskapital (Sonderrücklage)

31.12.2023	**4.775.224,78 €**
31.12.2022	**4.775.224,78 €**

Das Stiftungskapital der 21 rechtlich unselbstständigen Stiftungen, die von der Stadt Frankfurt am Main treuhänderisch verwaltet werden, wird ebenfalls in einer Sonderrücklage nachgewiesen (Hinweis Nr. 13.4 zu § 59 GemHVO).

P.1.3 Ergebnisverwendung

31.12.2023	**211.175.032,33 €**
31.12.2022	**6.672.773,37 €**

P.1.3.1 Ergebnisvortrag

31.12.2023	**-180.354.449,66 €**
31.12.2022	**-25.460.166,60 €**

P.1.3.1.1 Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren

Fehlbeträge des **ordentlichen Ergebnisses** konnten bisher durch Entnahmen aus vorhandenen Rücklagen des ordentlichen Ergebnisses ausgeglichen werden.

P.1.3.1.2 Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren

Der Ergebnisvortrag (Verlustvortrag) betrifft daher nur das **außerordentliche Ergebnis** und hat sich wie folgt entwickelt:

	Fehlbeträge	Ausbuchungen	Überschüsse	Kumuliert
	in €	in €	in €	in €
2008	-7.412.233,27	0,00	0,00	-7.412.233,27
2009	-16.364.529,20	0,00	0,00	-23.776.762,47
2010	-71.493.492,48	0,00	0,00	-95.270.254,95
2011	-30.857.908,48	0,00	0,00	-126.128.163,43
2012	-25.301.441,38	0,00	0,00	-151.429.604,81
2013	-25.927.578,68	7.412.233,27	0,00	-169.944.950,22
2014	-50.824.467,42	16.364.529,20	0,00	-204.404.888,44
2015	-7.098.587,11	71.493.492,48	0,00	-140.009.983,07
2016	0,00	0,00	74.113.538,48	-65.896.444,59
2017	-18.516.133,97	0,00	0,00	-84.412.578,56
2018	-6.357.751,14	0,00	0,00	-90.770.329,70
2019	0,00	0,00	8.771.365,11	-81.998.964,59
2020	0,00	0,00	21.153.661,46	-60.845.303,13
2021	0,00	0,00	35.385.136,53	-25.460.166,60
2022	-154.894.283,06	0,00	0,00	-180.354.449,66
	-415.048.406,19	**95.270.254,95**	**139.423.701,58**	
		-180.354.449,66		

§ 23 Abs. 3 der GemHVO a. F. sah vor, dass außerordentliche Fehlbeträge nach fünf Jahren gegen die Netto-Position ausgebucht werden durften. Die in den Jahren 2008 bis 2010 entstandenen außerordentlichen Verluste von in Summe 95,3 Mio. € wurden in den Jahren 2013 bis 2015 so gegen die Netto-Position ausgebucht. Diese Regelung wurde ab dem Haushaltsjahr 2019 aufgehoben.

Der außerordentliche Fehlbetrag des Jahres 2022 von 154,9 Mio. € hat den Ergebnisvortrag (Verlustvortrag) auf das Siebenfache erhöht. **Im Berichtsjahr ist im außerordentlichen Ergebnis ein positives Ergebnis von 151,0 Mio. € entstanden. Hierdurch wird sich der Verlustvortrag nach dessen Buchung im folgenden Haushaltsjahr 2024 wieder – auf dann -29,4 Mio. € – reduzieren.** Wir verweisen ergänzend auf unsere Feststellungen in Tz. 7.2.2.2 beim Posten ER.28 „Jahresergebnis".

P.1.3.2 Jahresergebnis

2023	**391.529.481,99 €**
2022	**32.132.939,97 €**

Das Jahresergebnis ergibt sich aus der Summe des ordentlichen und des außerordentlichen Ergebnisses:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
ordentliches Ergebnis	240.561.439,81	187.027.223,03
außerordentliches Ergebnis	150.968.042,18	-154.894.283,06
	391.529.481,99	**32.132.939,97**

Unter Berücksichtigung aller von uns getroffenen **Prüfungsfeststellungen** hätte sich folgendes Jahresergebnis ergeben:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
ordentliches Ergebnis	242.517.142,30	188.759.955,78
außerordentliches Ergebnis	145.128.689,18	-20.828.376,05
	387.645.831,48	**167.931.579,73**

Unsere Prüfungsfeststellungen haben zu einem **per Saldo um 3,9 Mio. € geringerem Jahresergebnis** geführt:

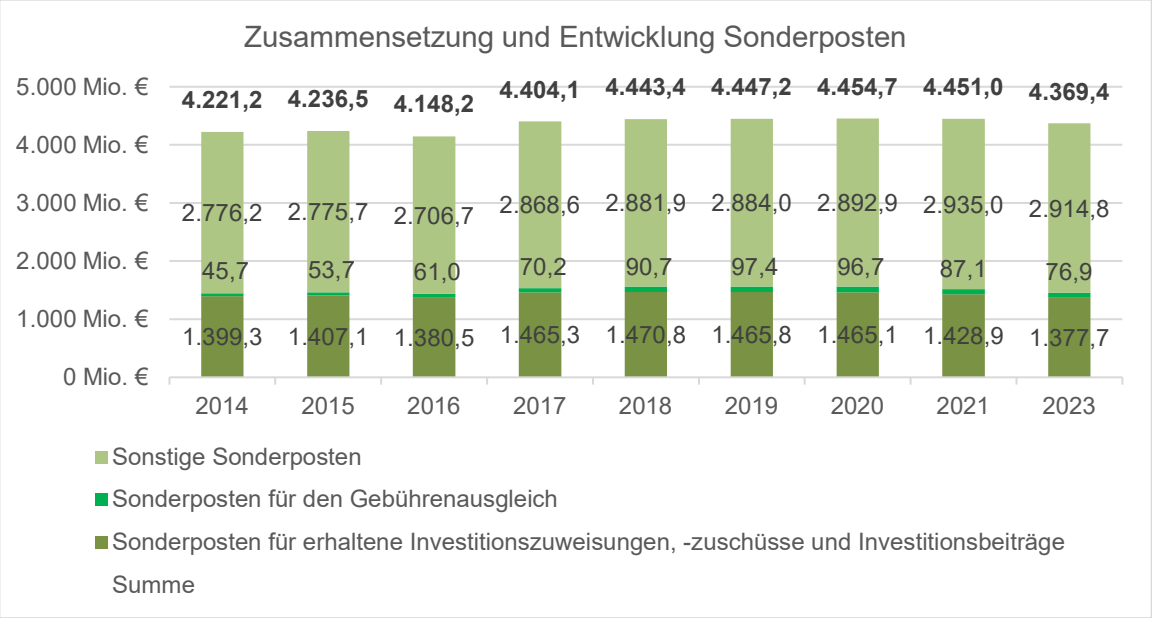
	Jahresergebnis 2023		**Veränderung**
	vor Prüfung	**nach Prüfung**	
	in €	**in €**	**in €**
ordentliches Ergebnis	240.561.439,81	242.517.142,30	1.955.702,49
außerordentliches Ergebnis	150.968.042,18	145.128.689,18	-5.839.353,00
	391.529.481,99	**387.645.831,48**	**-3.883.650,51**

Wir verweisen insoweit auch auf unsere **Umbuchungsliste in Anlage 1** sowie den **korrigierten Jahresabschluss in Anlage 2,** die die Auswirkungen auf die einzelnen Jahresabschlussposten aufzeigen.

P.2 Sonderposten

31.12.2023	**4.369.437.311,45 €**
31.12.2022	**4.413.917.468,32 €**

Die Sonderposten, bestehend aus den drei Hauptposten P.2.1 *Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse* und Investitionsbeiträge, P.2.2 *Sonderposten für den Gebührenausgleich* sowie P.2.4 *Sonstige Sonderposten*, haben sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt:



7-8: Zusammensetzung und Entwicklung der Sonderposten im Zeitablauf

P.2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge[78]

31.12.2023	**1.377.726.006,07 €**
31.12.2022	**1.409.302.753,66 €**

Nach der GemHVO werden erhaltene Investitionszuweisungen und -zuschüsse zunächst als Sonderposten passiviert. Mit Verwendung der Finanzierungsmittel erfolgt dann eine Umgliederung innerhalb der Sonderposten auf spezielle „Verwendungskonten“. Ab diesem Zeitpunkt erfolgt die planmäßige, i. d. R. ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens. Korrespondierend erfolgt die planmäßige Abschreibung der finanzierten Investitionen.

[78] Um Wiederholungen zu vermeiden, haben wir die Darstellung der Unterposten P.2.1.1 bis P.2.1.3 an dieser Stelle zusammengefasst.

Die Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge haben sich wie folgt entwickelt:

	2023	2022
	in €	in €
Bestand zum 01.01.	1.409.302.753,66	1.428.868.889,78
Zugänge	28.765.404,58	33.840.234,31
Abgänge	-18.590.584,44	-7.630.383,08
Umbuchung aus dem sonstigen Sonderposten (2.4)	0,00	0,00
Auflösungen	-61.709.953,99	-53.406.370,43
Abgänge Auflösungen	20.198.266,61	7.630.383,08
Bestand zum 31.12.	**1.377.965.886,42**	**1.409.302.753,66**

Ein Sonderpostenspiegel ist dem Jahresabschluss nicht beigefügt. Er ist auch nicht vorgeschrieben. Für die Prüfung der Sonderposten erstellt das Revisionsamt einen entsprechenden Spiegel aus den SAP-Daten. Dieser Spiegel wird hier verkürzt wiedergegeben.

Wir verweisen auch auf unsere allgemeinen Hinweise unter Tz. 7.1.2.4 zur Umsetzung des Investitionsprogramms im Sachanlagevermögen.

P.2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich

31.12.2023	**1.005.107.820,15 €**
31.12.2022	**1.029.404.409,30 €**

Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
nicht verwendet	38.349.413,43	26.360.452,01
verwendet	966.758.406,72	1.003.043.957,29
	1.005.107.820,15	**1.029.404.409,30**

P.2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich

31.12.2023	**47.491.359,55 €**
31.12.2022	**45.797.683,33 €**

Der Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
nicht verwendet	11.325.204,45	9.178.168,70
verwendet	36.166.155,10	36.619.514,63
	47.491.359,55	**45.797.683,33**

P.2.1.3 Investitionsbeiträge

31.12.2023	**325.126.826,37 €**
31.12.2022	**334.100.661,03 €**

Der Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
nicht verwendet	46.996.899,19	46.629.500,42
verwendet	278.369.807,53	287.471.160,61
	325.366.706,72	**334.100.661,03**

Der Posten P.2.1.3 beinhaltet auch den **Sonderposten für Stellplatzablösemittel** von 32,7 Mio. €. Hierzu hat der Magistrat (ergänzend zum Jahresabschluss) den jährlichen Bericht B 310 an die Stadtverordnetenversammlung vom 12.08.2024 über die Verwendung der Stellplatzablösemittel 2023 – basierend auf dem Beschluss § 2999 vom 23.05.2002 (NR 592 vom 11.04.2002) – vorgelegt (PG 16.02).

P.2.2 Sonderposten für den Gebührenausgleich

31.12.2023	**76.900.839,57 €**
31.12.2022	**90.251.996,78 €**

Die Sonderposten für den Gebührenausgleich setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Bauaufsicht	38.211.117,72	49.042.861,03
Kommunale Abfallwirtschaft	32.663.712,18	34.323.024,13
Straßenreinigung	5.786.636,70	6.886.111,62
Friedhofs- und Bestattungswesen	239.372,97	0,00
	76.900.839,57	**90.251.996,78**

In den „Budgetierungsregeln“ des Haushaltsplans 2023 ist zur **PG 15.01 – Bauaufsicht** – geregelt, dass die Ansätze der Kontengruppe/Hauptkonto 51 im Planungszeitraum für die 'Konsolidierung ab 2013' Erträge von 1.000 T€ p. a. und für die 'Konsolidierung ab 2020' Erträge von 728 T€ p. a. enthalten. Weiterhin erfolgte für die Jahre 2021 und 2022 eine anteilige Konsolidierungsbeteiligung für das Dezernatsbudget von 730 T€ p. a. Des Weiteren erfolgt eine pauschale Konsolidierung der Bauaufsicht ab dem Jahr 2022 von 863 T€ p. a. Ab dem Jahr 2023 erfolgt eine pauschale Konsolidierung für das Dezernatsbudget von 4.880 T€; für das Jahr 2024 von 5.181 T€ und ab dem Jahr 2025 von 5.254 T€ p. a.

Dem Sonderposten **Bauaufsicht (PG 15.01)** sind im Berichtsjahr 10.831.743,31 € entnommen worden, so dass das Subbudget schlechter abschließt als geplant. Dies ist insbesondere auf Mindererträge bei den Gebühren als auch auf die nicht umgesetzte Konsolidierung zurückzuführen.

Dem Sonderposten **Kommunale Abfallwirtschaft (PG 22.12)** sind 1.659.311,95 € entnommen worden.

Dem Sonderposten **Straßenreinigung (PG 22.13)** wurden 1.099.474,92 € entnommen.

Dem Sonderposten **Friedhofs- und Bestattungswesen (PG 22.10)** wurden 239.372,97 € zugeführt.

Im Übrigen wird auf die Erläuterungen unter Ziffer 6.5.5 im Jahresabschluss verwiesen.

P.2.3 Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG

31.12.2023	**0,00 €**
31.12.2022	**0,00 €**

Der Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes (FAG) ist zu bilden, wenn die Erträge aus der Schulumlage die Kosten der Schulträgerschaft übersteigen (§ 41 Abs. 8 GemHVO). Diese Umlage betrifft jedoch lediglich Landkreise, nicht aber die Stadt Frankfurt am Main.

P.2.4 Sonstige Sonderposten

31.12.2023	**2.914.810.465,81 €**
31.12.2022	**2.914.362.717,88 €**

Die sonstigen Sonderposten sind wie folgt verwendet:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
nicht verwendet	179.761.428,28	185.036.307,42
verwendet	2.735.049.037,53	2.729.326.410,46
	2.914.810.465,81	**2.914.362.717,88**

Der sonstige Sonderposten setzt sich inhaltlich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Kunstgegenstände/Medienetat	2.504.570.726,53	2.504.512.876,53
Am Riedberg	170.136.711,74	198.133.207,15
Investorenbaugebiete	21.023.774,00	21.739.437,00
Sozialbindung	6.518.378,39	6.627.595,39
Fehlbelegung „Wiedereinführung“	5.772.108,42	6.480.077,74
Weitere Sonderposten	206.341.018,80	197.495.291,46
	2.914.362.717,88	**2.934.988.485,27**

Die Entwicklung dieses Sonderpostens konnte durch den vom Revisionsamt erstellten Sonderpostenspiegel plausibilisiert werden.

P.3 Rückstellungen

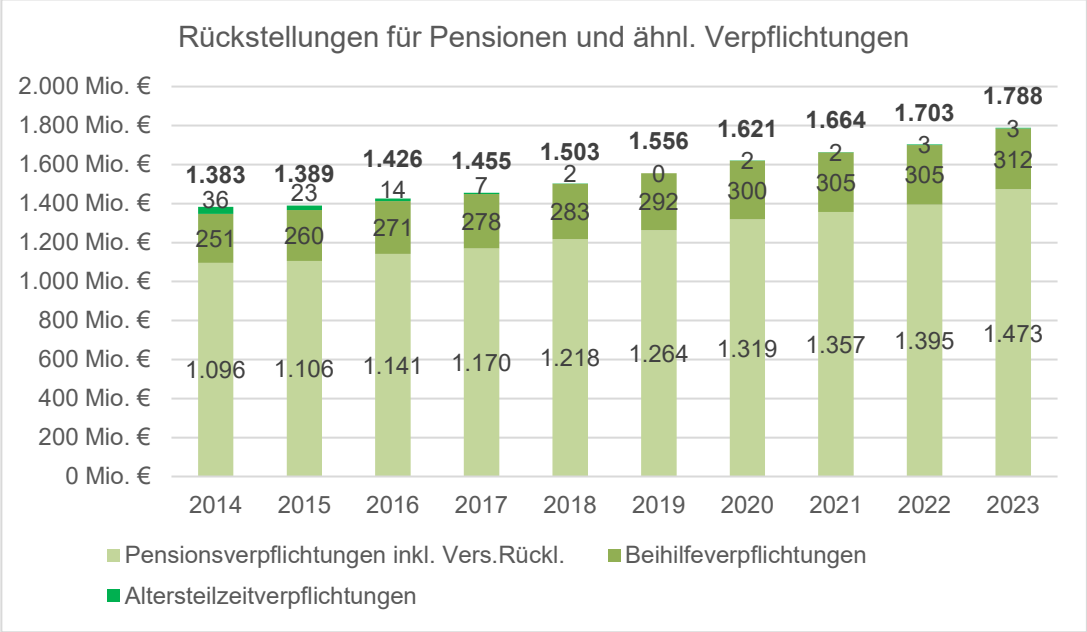
31.12.2023	**1.972.776.783,42 €**
31.12.2022	**1.896.928.835,85 €**

Zur **Entwicklung der Rückstellungen** im Berichtsjahr verweisen wir auf die Rückstellungsübersicht in Ziffer 8.1.3 des Jahresabschlusses.

P.3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

31.12.2023	**1.788.069.828,66 €**
31.12.2022	**1.702.809.636,22 €**

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt:



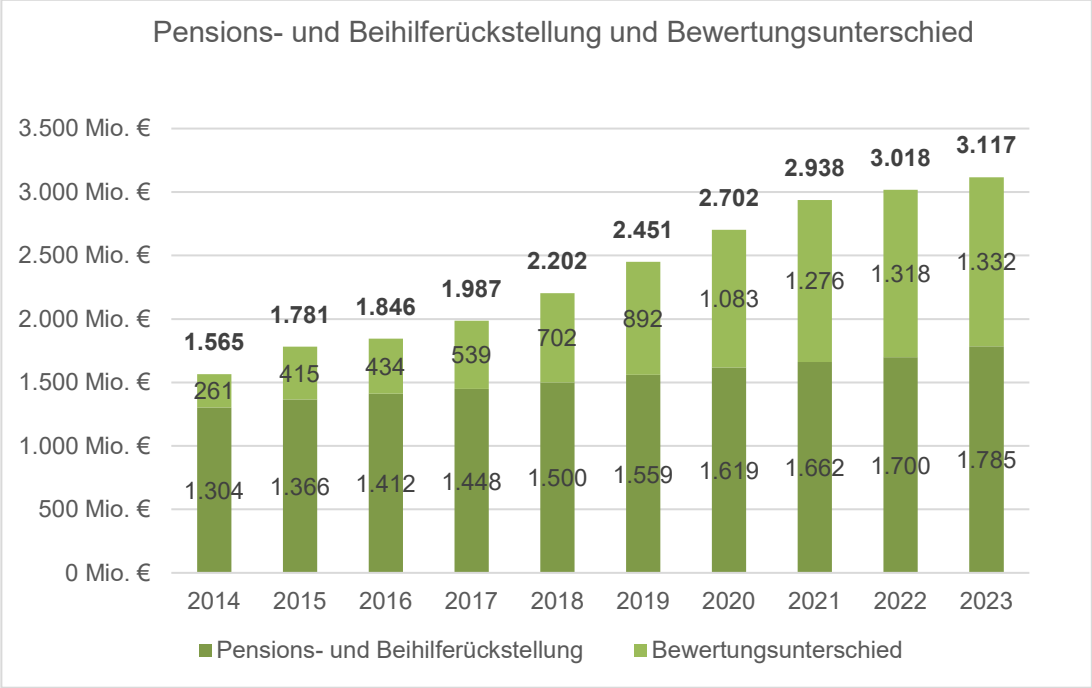
7-9: Zusammensetzung und Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Ermittlung der Beamtenpensions- und Beihilferückstellungen erfolgte unverändert personenbezogen mit Hilfe der aktuellen Version des DV-Verfahrens „HAESSLER Pensionsrückstellung“ (HPR) der Firma HAESSLER Information GmbH, Schömberg. Die jeweils anzuwendenden Richttafeln von Professor Dr. Klaus Heubeck (2018 G) sind in HPR hinterlegt. Die Berechnung erfolgt gemäß dem IDW-Rechnungslegungsstandard IDW RS HFA 3.

Hierbei wurden das Eintrittsdatum mit 21 Jahren (Feuerwehr 17 Jahre) und der Ruhestandsbeginn mit 67 Jahren (Feuerwehr 62 Jahre) so festgelegt, dass sich der maximale Ruhegehaltssatz ergibt. Die Einflussfaktoren, die zu einem **niedrigeren Ruhegehaltssatz** führen, insbesondere Teilzeitphasen und Beurlaubungen, wurden über einen **pauschalen Kürzungsfaktor** von 6,15 % (Vj.: 5,99 %) und für Beamtinnen und Beamten der Feuerwehr mit 0 % berücksichtigt.

Die Anwendung der vorgegebenen Abzinsungsfaktoren nach der GemHVO von 6 % für die Pensionsrückstellungen und nach dem EStG von 5,5 % für die Beihilferückstellungen führt zu niedrigeren Rückstellungsbeträgen als die Anwendung des zum Stichtag 31.12.2023 vorherrschenden handelsrechtlichen Diskontierungszinssatzes von 1,82 % (Vj.: 1,78 %) bei den Pensionsverpflichtungen und 1,74 % (Vj.: 1,44 %) bei den Beihilfeverpflichtungen. Daraus ergibt sich für Pensions- und Beihilferückstellungen ein **Bewertungsunterschied**. Dieser wird seit dem Jahresabschluss 2014 ermittelt. Auf diesen wird im Anhang gemäß Hinweis Nr. 5 zu § 39 GemHVO unter Ziffer 7.5.5.3 bei den weiteren Sachverhalten von vermögensrechtlicher Bedeutung „b) Pensions- und Beihilfeverpflichtungen“ hingewiesen.

Zur Verdeutlichung der Entwicklung der Gesamtbelastung, haben wir dies wie folgt dargestellt:

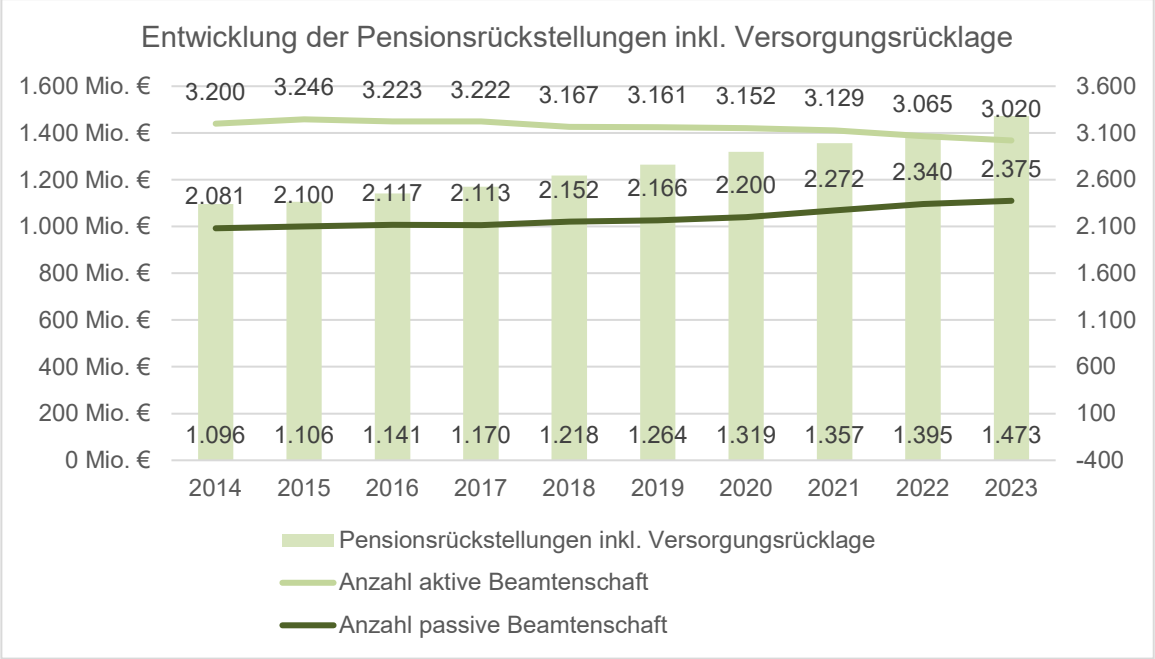


7-10: Entwicklung der Pensions- und Beihilferückstellung und des Bewertungsunterschieds

Würde die Pensions- und Beihilferückstellung mit einem handelsrechtlichen Diskontierungszinssatz bewertet, würde sie statt 1.785 Mio. € zum Bilanzstichtag 3.117 Mio. € betragen.

Vor dem Hintergrund der Darlegung des Bewertungsunterschieds im Anhang, ergeben sich jedoch keine Beanstandungen.

Die folgende Grafik stellt die Entwicklung der Pensionsrückstellungen inkl. Versorgungsrücklage im Verhältnis zur Anzahl der aktiven und der nicht mehr aktiven Beamtenschaft der Stadt Frankfurt dar:



7-11: Entwicklung der Pensionsrückstellungen inkl. Versorgungsrücklage im Verhältnis zu der Anzahl der aktiven (gemäß HPR) und der nicht mehr aktiven Beamtenschaft

Die Zahl der Beamtenschaft im aktiven Dienst hat sich seit 2014 um 180 von 3.200 auf 3.020 vermindert. Die Zahl der Versorgungsempfangenden hat sich dagegen um 294 von 2.081 auf 2.375 erhöht. Die Zahl der aktiven Beamtenschaft lag zum Ende des Haushaltsjahrs 2023 nur noch um 645 über der der Beamtenschaft im Ruhestand. Im Jahr 2014 betrug die Differenz noch 1.119. Die Pensionsrückstellungen inkl. Versorgungsrücklage steigen ebenfalls stetig an. Sie erreichen jedoch aufgrund des Bewertungsunterschieds nicht das Niveau, das nötig wäre, um die Pensionslast zu tragen.

Zur Finanzierung der Rückstellungen für Neuverbeamtungen und der Versorgungsrücklage werden zwar Finanzanlagen getätigt. Dies geschieht jedoch unverändert nicht in dem notwendigen Maß. Die Pensionslasten werden somit weiterhin auf zukünftige Generationen verlagert.

Die Deckungsquote der Finanzanlagen beträgt lediglich 14,5 % (Vj.: 13,6 %). Sie sollte im Verhältnis zu den Pensionsrückstellungen nachhaltig verbessert werden.

P.3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse

31.12.2023	**738.100,00 €**
31.12.2022	**904.500,00 €**

Seit dem Jahresabschluss zum 31.12.2015, werden die zuvor unter dem Posten P.3.5 „Sonstige Rückstellungen“ ausgewiesenen **Rückstellungen für mögliche Nachzahlungen aufgrund steuerlicher Betriebsprüfungen sowie im Rahmen eines Einspruchsverfahrens** als Rückstellungen für Steuerschuldverhältnisse ausgewiesen.

In 2023 wurde ein Teil der Rückstellung verbraucht und der Rest ertragswirksam aufgelöst. Hierbei war die ertragswirksame Auflösung höher als die Zuführung.

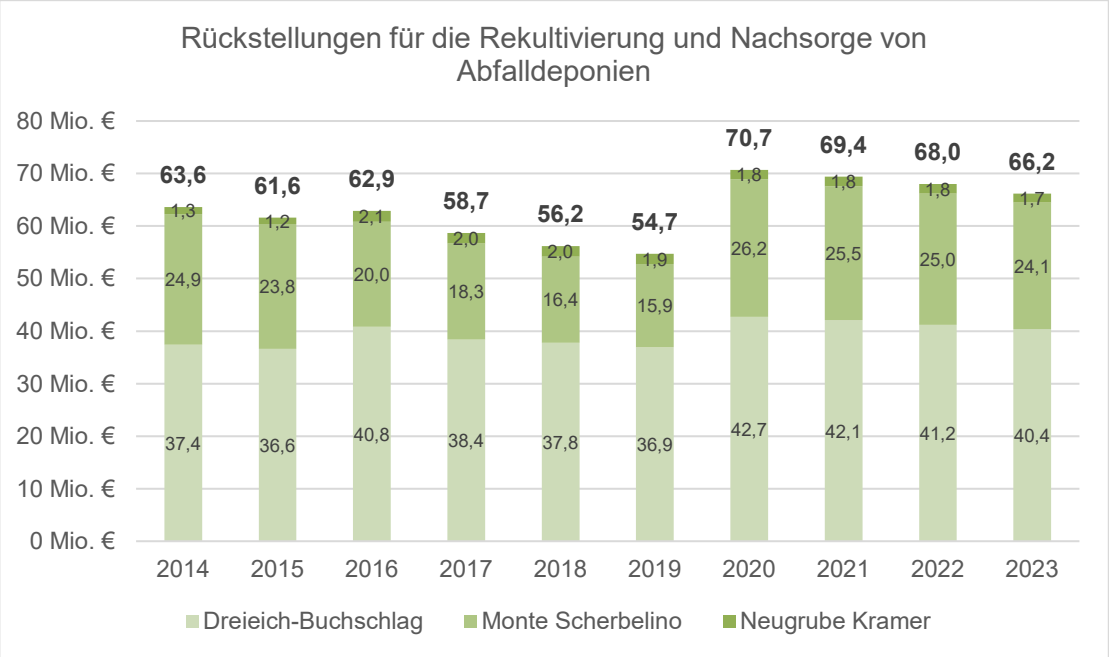
Hinsichtlich unserer Darstellung zu den Risiken im Zusammenhang mit Cum/Cum- und Cum/Ex-Aktien-Transaktionen verweisen wir auf Tz. 6.3.4.2.

Aufgrund der besonderen Bilanzierungsvorschriften des § 16 Abs. 1 GemHVO ist eine aufwandswirksame Erfassung solcher wirtschaftlichen Verpflichtungen aber erst in dem Haushaltsjahr vorzunehmen, in welchem die Rückzahlung vorzunehmen ist; mithin ist die Passivierung einer entsprechenden Rückstellung bereits bei Bekanntwerden einer überwiegend wahrscheinlichen Erstattungspflicht, obwohl die Rückzahlung erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, mit der Regelung in § 16 Abs. 1 GemHVO unvereinbar. Der Aufwand aus Rückzahlungsverpflichtungen aus endgültigen Steuerfestsetzungen ist daher erst in der Periode der Steuerfestsetzung von den entsprechenden Erträgen abzusetzen. Bis dahin erfolgt lediglich eine Berichterstattung im Anhang.

P.3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien

31.12.2023	**66.172.361,88 €**
31.12.2022	**67.954.714,13 €**

Diese Rückstellung hat sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt:



7-12: Zusammensetzung und Entwicklung der Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien im Zeitablauf

Wie im Jahresabschluss 2023 unter Ziffer 7.1.1.2 zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden dargestellt, wurde im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses 2016 erstmalig nach der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 eine umfassende Neubewertung des künftigen Gesamtaufwands der drei Abfalldeponien vorgenommen. Mit dem Jahresabschluss 2020 ist dies erneut im Turnus der städtischen Inventur (alle fünf Jahre) erfolgt. Es wurden insbesondere der Nachsorgezeitraum und die in dieser Zeit zu erwartenden Kosten neu bestimmt. Eine gesetzliche Vorgabe hinsichtlich der Berücksichtigung von Abzinsungen oder Kostensteigerungen gibt es für diesen Bilanzposten bislang nicht. Es erfolgt daher keine Abzinsung der Rückstellung; künftige Kostensteigerungen bleiben unberücksichtigt. Ein Zeitpunkt für die Beendigung der Deponienachsorge ist aktuell noch nicht absehbar. Der Aufwand ist in der Ergebnisrechnung im Posten ER.13 abgebildet.

P.3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten

31.12.2023	**0,00 €**
31.12.2022	**0,00 €**

Seit 2016 bestehen bei der Stadt keine Altlasten mehr, für die das Regierungspräsidium Darmstadt eine Sanierung angeordnet hat.[79]

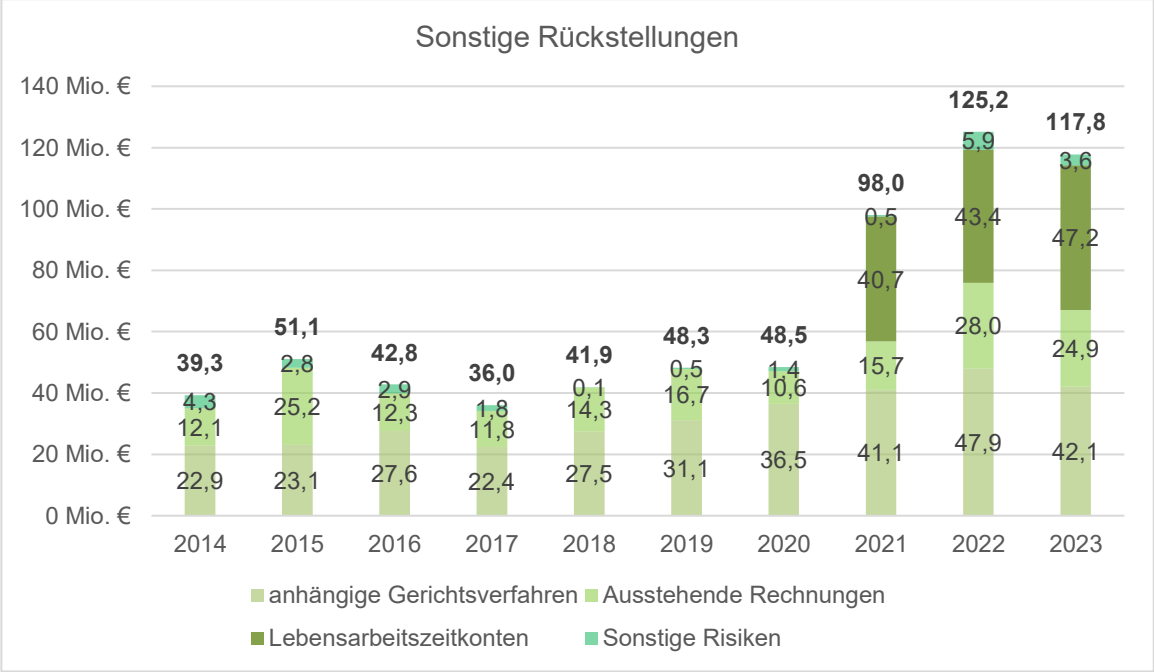
Die Stadt hat in jüngerer Vergangenheit Grundstücke erworben, bei denen uns die Existenz von Altlasten bekannt ist. Diese Grundstücke sollen u. a. für Schulneubauten genutzt werden. Mögliche Altlasten werden im Rahmen der investiven Maßnahme beim Ankauf der Grundstücke veranschlagt. Daher werden für diese Grundstücke auch künftig keine Rückstellungen gebildet.

Das Umweltamt ist zuständig bei Sanierungsanordnungen der Altlastenbehörde und Sanierungsverpflichtungen der Stadt gegenüber Dritten. Es kann nur Erkenntnisse aus den eigenen Projektbearbeitungen einfließen lassen oder auf Bitten anderer Ämter verantwortlich tätig werden, etwa für das ABI oder das Grünflächenamt.

P.3.5 Sonstige Rückstellungen

31.12.2023	**117.796.492,88 €**
31.12.2022	**125.259.985,50 €**

Die sonstigen Rückstellungen haben sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt:



7-13: Zusammensetzung und Entwicklung der sonstigen Rückstellungen im Zeitablauf

[79] Bevor ein Grundstück durch das RP Darmstadt zur Altlast eingestuft wird, ist durch eine sorgfältige Untersuchung zu klären, ob tatsächlich eine schädliche Bodenveränderung vorliegt.

Neben den verpflichtend als Rückstellung auszuweisenden Sachverhalten (§ 39 Abs. 1 Nr. 4, 8 und 9 GemHVO) für unterlassene Instandhaltung, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften sowie für anhängige Gerichtsverfahren (Prozesskosten, Streitwert, Zinsen, sonstige Forderungen), werden weitere Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und sonstige Risiken gebildet. Die Stadtkämmerei hat die Ämter mit der Rundmail zum Jahresabschluss aufgefordert, folgende Sachverhalte (Wahlrückstellung gemäß § 39 Abs. 2 GemHVO) stadtintern verpflichtend zu berücksichtigen, sofern die Wertgrenze von 50 T€ überschritten wird:

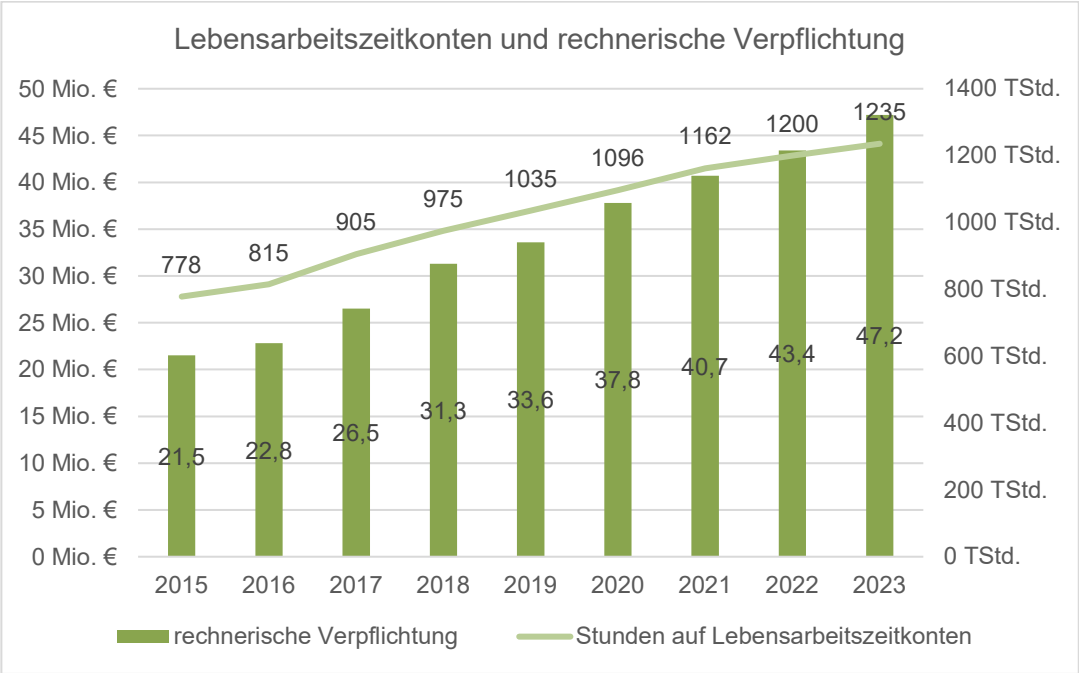
- ausstehende Rechnungen,
- Abfindungen,
- Wiederherstellungspflichten und sonstige Baulasten,
- Entsorgungs- und Umweltlasten, Rekultivierung Schadstoff- und Gefahrgutentsorgung ohne rechtliche Verpflichtung,
- Verlustabdeckung bei kommunalen Eigengesellschaften und Eigenbetrieben.

Für die weiteren in § 39 Abs. 2 GemHVO genannten rückstellungsfähigen Sachverhalte wie Urlaubsansprüche und geleistete Überstunden, die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen sowie die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses werden keine Rückstellungen gebildet. Mit gleichem Schreiben wurden die Ämter auch aufgefordert, die Rückstellungen neu zu bewerten.

Die Rückstellungen für **anhängige Gerichtsverfahren** beinhalten im Wesentlichen die zu erwartenden Zahlungsansprüche aus anhängigen Klagen gegen die Besoldungsrunden 2015/2016. Diese betragen seit der letzten Zuführung 2022 weiterhin 37,8 Mio. €. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit der Besoldung der Jahre 2016 bis 2022 steht noch aus. 2023 erfolgte keine erneute Zuführung. Begründet wurde dies damit, dass das Land Hessen u. a. durch zwei zusätzliche Besoldungsanpassungen für die Jahre 2023 und 2024 Maßnahmen zur Sicherung der zukünftigen Verfassungsmäßigkeit der Besoldung ergriffen hat. Nach der Gesetzesbegründung handelt es sich dabei jedoch nur um erste Maßnahmen. Sie reichen Angabe gemäß nicht aus, um das bestehende Alimentationsdefizit vollständig zu schließen. In Anlehnung an die GoB empfehlen wir daher das verbleibende Risiko einer möglichen Nachzahlung bei den Besoldungen auch für 2023 und die Folgejahre bilanziell durch eine Zuführung zur Rückstellung abzubilden.

Seit dem 01.01.2007 wird bei Beamtinnen und Beamten mit einer durchschnittlichen regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 42 Stunden (ab 01.08.2017: 41 Stunden) eine Arbeitsstunde pro Woche in der digitalen Arbeitszeiterfassung (AZE) auf einem **Lebensarbeitszeitkonto** (LAK) gutgeschrieben. Bei Teilzeitbeschäftigten findet eine anteilsmäßige Berechnung entsprechend ihrer bewilligten wöchentlichen Arbeitszeit statt. Mit dem Jahresabschluss 2015 wurde erstmalig im Anhang über die Anzahl der zum Stichtag 31.12. jeweils aktuell angesparten Stunden und der sich daraus ergebenden rechnerischen Verpflichtung berichtet.

Danach ergibt sich seither folgende Entwicklung:



7-14: Entwicklung der Lebensarbeitszeitkonten und der rechnerischen Verpflichtung

Die Einführung von LAK und die rückwirkende Anrechnung einer Wochenarbeitsstunde ab 01.01.2007 ist **wirtschaftlich mit der Altersteilzeit vergleichbar**. Sie ist daher als Pflichtrückstellung nach § 39 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO anzusehen. Unsere Empfehlung zur Bildung dieser Rückstellung aus der Prüfung des Jahresabschlusses 2018 wurde vom Magistrat mit Aufstellung des Jahresabschlusses 2021 erstmalig umgesetzt. 2023 erfolgte eine ertragswirksame Auflösung von 0,6 Mio. €. Hinsichtlich der Veränderung der Position aufgrund von Zuführung und Inanspruchnahme verweisen wir auf unsere Darstellungen zum Posten ER.11 Personalaufwendungen in Tz. 7.2.2.2.

Zu den von den Ämtern gemeldeten und von der Stadtkämmerei passivierten Sachverhalten, ergaben sich insgesamt keine nennenswerten Beanstandungen.

Wegen des in der Stadtverwaltung weiterhin nicht vorhandenen zentralen IT-gestützten Vertragsmanagementsystems (siehe Tz. 7.1.2.2) ist nicht auszuschließen, dass der Bilanzposten insgesamt zu niedrig ausgewiesen wird. Eine abschließende Aussage über die Vollständigkeit der Meldungen hinsichtlich relevanter Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren, ungewisse Verbindlichkeiten und sonstige Risiken und der ordnungsmäßigen Bilanzierung kann nicht getroffen werden.

P.4 Verbindlichkeiten

31.12.2023	**3.532.720.510,26 €**
31.12.2022	**3.344.302.037,51 €**

Zu Einzelheiten zu Beständen und wesentlichen Veränderungen der Verbindlichkeiten verweisen wir auch auf den **Anhang** (Ziffer 7.2.7 des Jahresabschlusses).

Zur Restlaufzeitengliederung verweisen wir auf die **Verbindlichkeitenübersicht** in Ziffer 8.1.4 des Jahresabschlusses 2023.

P.4.1 Anleihen

31.12.2023	**0,00 €**
31.12.2022	**0,00 €**

Die Stadt hat seit der EÖB keine Anleihen zur Refinanzierung von Investitionsmaßnahmen begeben.

P.4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen

31.12.2023	**2.574.986.749,97 €**
31.12.2022	**2.453.672.569,99 €**

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Kreditinstitute	2.214.691.504,01	2.158.535.280,88
Öffentliche Kreditgeber	39.309.376,80	33.962.622,87
Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	320.985.869,16	261.174.666,24
	2.574.986.749,97	**2.453.672.569,99**

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen sind um 121,3 Mio. € (im Vorjahr Anstieg um 140,5 Mio. €) gestiegen. Wir verweisen auf Tz. 6.3.5 und Tz. 6.3.6.2.

In diesem Posten sind die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen beim städtischen Sondervermögen ZVK nicht enthalten. Diese werden in der Vermögensrechnung gesondert unter dem Posten P.4.8 „Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen" ausgewiesen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten aus Krediten beinhalten neben den Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen inländischen und ausländischen Bereich auch weitere Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen (gegenüber Kreditinstituten und öffentlichen Kreditgebern) und die Abgrenzung der Sonderbeiträge aus dem Hessischen Investitionsfonds.

P.4.3 Verbindlichkeiten aus den Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung

31.12.2023	**0,00 €**
31.12.2022	**0,00 €**

Die Aufnahme von kurzfristigen Krediten für die Liquiditätssicherung (Liquiditätskredite) nach § 105 HGO erfolgt zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen vorrangig vor der Aufnahme von langfristigen Investitionskrediten. Für weitere Details verweisen wir auf Tz. 6.3.5.4 „Liquiditätskredite“.

Der Posten P.4.3 beinhaltet nicht die **Kredite zur Liquiditätssicherung gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen oder Sondervermögen**. Diese sind im Posten P.4.8 von 40,0 Mio. € (Vj.: 92,0 Mio. €) enthalten, wo sie in gleicher Höhe aus Einlagen der ABG resultieren.

P.4.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

31.12.2023	**182.974.432,13 €**
31.12.2022	**201.192.868,09 €**

Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
PPP-Projekt 4 Schulen (Heinrich-Kleyer-Schule, Friedrich-Dessauer-Gymnasium, Carl-von-Weinberg-Schule, Freiherr-vom-Stein-Schule)	42.096.002,27	48.461.998,70
Bildungszentrum Ostend	9.591.467,80	13.943.754,66
Breite Gasse 28 (Gesundheitsamt)	20.500.047,45	23.140.564,57
IGS West	21.074.277,15	21.869.449,37
Hasengasse 4 (Stadtbücherei inkl. Café)	18.208.515,50	19.001.154,96
Borgori-Wald (Menschenaffenhaus im Zoo)	4.839.360,02	5.791.789,79
Große Rittergasse 103 (Verwaltungsgebäude, Sozialrathäuser Sachsenhausen und Goldstein sowie Bürgeramt Sachsenhausen)	2.538.097,50	3.003.001,00
Leibrentenverpflichtungen für Ankauf von Kunst (Caricatura / Neue Frankfurter Schule)	48.000,00	48.000,00
Adam-Riese-Straße (Verwaltungsgebäude inkl. Mobiliar) - ASE + Grünflächenamt	64.078.664,44	65.933.155,04
	182.974.432,13	**201.192.868,09**

Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften wurden durch Tilgungsleistungen um 19,2 Mio. €. zurückgeführt. Die Höhe der Tilgungsleistungen konnten wir bei ausgewählten Projekten anhand der Tilgungspläne und der gebuchten Einzelbeträge plausibilisieren.

P.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen

31.12.2023	**65.555.776,55 €**
31.12.2022	**38.355.251,82 €**

Die Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Transferleistungen	38.130.138,65	31.425.405,75
Rückzahlungsverpflichtungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen	18.797.522,11	1.139.937,06
Nachlasse	5.039.421,83	2.736.163,70
Verpflichtungen, anderen Empfängern Zuwendungen und Zuschüsse zu erteilen	3.588.693,96	3.053.745,31
	65.555.776,55	**38.355.251,82**

Die **Verbindlichkeiten aus Transferleistungen** sind auf stichtagsbezogene Leistungen (Bewilligungen ohne Auszahlungen, Zahlbarmachung erst im neuen Jahr) im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe zurückzuführen und korrespondieren mit den in Posten ER.17 erfassten gestiegenen Aufwendungen.

Die Stadtkämmerei weist alle erhaltenen Zuwendungen (empfangene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge gem. Hinweis Nr. 3 zu § 38 GemHVO) als Sonderposten aus. Sie bilanziert eine Verbindlichkeit aus einer **Rückzahlungsverpflichtung** erst, wenn ein konkreter Rückforderungsanspruch seitens eines Zuwendungsgebers gestellt wurde. Die Steigerung um 17,7 Mio. € resultiert vorwiegend aus in 2023 noch nicht ausgezahlten Inflationsausgleichszahlungen an diverse dritte Zuschussempfänger.

Nachlasse stellen (meist zweckgebundene) Vermächtnisse von Frankfurter Bürgern dar, welche bis zur Klärung des Nachlassfalls bei der Stadt zunächst parallel zur Aktivierung zu Vermögenszugang als Verbindlichkeit ausgewiesen werden.

Verpflichtungen, anderen Empfängern Zuwendungen und Zuschüsse zu erteilen, resultieren aus dem Bereich der Stadtplanung.

P.4.6 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

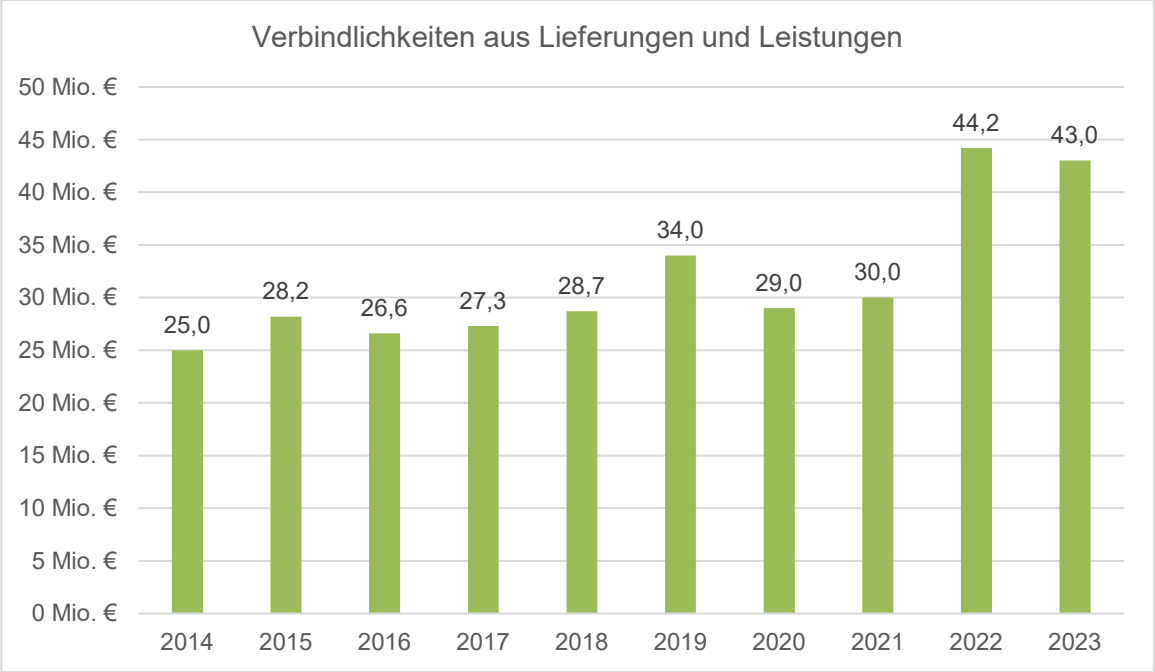
31.12.2023	**44.079.221,82 €**
31.12.2022	**45.283.009,49 €**

Die Verbindlichkeiten (sofern sie nicht gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen) setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Lieferungen und Leistungen	43.008.123,38	44.163.008,98
Sicherheitseinbehalte	1.071.098,44	1.120.000,51
	44.079.221,82	**45.283.009,49**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultieren aus stichtagsbedingten Faktoren (Zahlbarmachung erst im neuen Jahr).

Seit dem Jahresabschluss 2014 haben sich die jeweils zum Bilanzstichtag bestehenden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wie folgt entwickelt:



7-15: Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Weitere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von verbundenen Unternehmen sind im Posten P.4.8 enthalten.

P.4.7 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

31.12.2023	**24.879.872,76 €**
31.12.2022	**6.297.602,86 €**

Die Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben betreffen in erster Linie eine Verpflichtung aus der Spitzabrechnung der Gewerbesteuer und Heimatumlage (24,0 Mio. €) für das IV. Quartal 2023. Die Verbindlichkeit wurde im Februar 2024 beglichen.

P.4.8 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

31.12.2023	**418.474.497,87 €**
31.12.2022	**471.182.412,39 €**

Die Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen gegenüber:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Kontokorrentkonten		
- Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)	39.321.916,84	31.054.808,30
- Hafen- und Marktbetriebe (Eigenbetrieb)	34.583.989,49	32.455.504,45
- SBF	29.601.305,02	33.614.518,59
- traffiQ	25.574.151,39	38.092.810,67
- VHS (Eigenbetrieb)	20.193.425,06	17.214.957,27
- ZVK (Sondervermögen)	16.148.455,36	16.091.336,99
- KKJF (Eigenbetrieb)	7.874.273,46	8.923.251,40
- TCF	6.300.060,91	2.514.147,92
- BKRZ KG	5.624.141,83	0,00
- Sonstige	10.450.120,82	24.295.010,14
Kredite zur Liquiditätssicherung von einem verbundenen Unternehmen (ABG)	40.000.000,00	92.000.000,00
Zuwendungen und Zuschüssen	100.628.887,78	92.608.132,88
Kredite für Investitionen bei Sondervermögen (ZVK)	52.661.246,55	53.225.864,09
Lieferung und Leistung	18.809.594,76	17.652.083,07
Sonstige Verbindlichkeiten (einschließlich Kontokorrentverbindlichkeiten an Dritte)	7.115.755,81	7.884.680,32
Hinterlegungen	3.587.172,79	3.555.306,30
	418.474.497,87	**471.182.412,39**

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen um rund 52,7 Mio. € gesunken. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf um 52,0 Mio. € geringere **Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung** bei verbundenen Unternehmen (ABG). Zudem sind die Verbindlichkeiten aus **Kontokorrent** gegenüber der traffiQ um 12,5 Mio. € gesunken.

Gegenläufig wirkten sich insbesondere um rund 8,3 Mio. € höhere **Kontokorrentverbindlichkeiten** gegenüber dem Eigenbetrieb Kita sowie um rund 8,0 Mio. € gestiegene **Verbindlichkeiten aus Zuwendungen und Zuschüssen** aus. Die höheren Verbindlichkeiten aus Zuwendungen und Zuschüssen stehen im Zusammenhang mit einer Zuzahlung in die Kapitalrücklage der SWFH von rund 96,8 Mio. € (im Vorjahr rund 88,7 Mio. €).

P.4.9 Sonstige Verbindlichkeiten

31.12.2023	**215.308.456,11 €**
31.12.2022	**316.736.795,62 €**

Der Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Freiwillige Gewerbesteuer-Akonto-Zahlungen	96.573.671,60	92.003.807,94
Hinterlegungen	34.978.276,89	35.251.298,45
Kreditorische Debitoren	25.963.657,48	121.170.480,61
Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag	10.787.919,78	11.193.187,87
Weitere personalbezogene sonstige Verbindlichkeiten	6.838.541,70	6.491.604,91
Verbindlichkeiten gegenüber der Stiftung Almosenkasten	6.562.459,46	10.824.883,87
Nicht zuordenbare Zahlungseingänge	5.459.653,35	3.618.414,85
Durchlaufende Gelder	1.791.477,60	656.116,27
Verbindlichkeiten aus dem Vorteilsausgleich Kelsterbach	1.172.034,94	0,00
Umsatzsteuerverbindlichkeiten	1.067.931,25	562.268,49
Verbindlichkeiten aus dem städtebaulichen Vertrag "Güterplatz"	1.003.103,02	1.003.103,02
Kapitalstock Legatgräber	456.960,61	465.044,66
Weitere sonstige Verbindlichkeiten	22.652.768,43	33.496.584,68
	215.308.456,11	**316.736.795,62**

Grund für den deutlichen Rückgang dieses Postens um 101,4 Mio. € oder um 32 % ist insbesondere die Reduzierung der **kreditorischen Debitoren** um 95,2 Mio. €.

Die freiwilligen **Gewerbesteuer-Akonto-Zahlungen** für zurückliegende Veranlagungszeiträume haben sich um 4,6 Mio. € oder fast 5 % verändert. Vom Kassen- und Steueramt werden auskunftsgemäß seit April 2022 nur noch Gewerbesteuervorauszahlungen angenommen, die nach Erlassen des Steuerbescheids geleistet und grundsätzlich ertragswirksam gebucht und nicht mehr zurückerstattet werden[80]. In der Vergangenheit wurden teilweise aus der Gewerbesteuerveranlagung resultierende „Überzahlungen“ auf Wunsch des Steuerpflichtigen einbehalten und mit späteren Steuerforderungen verrechnet. Aufgrund der Zinsbelastung dieser „Guthaben“ hat man die Praxis so umgestellt, dass man sämtliche Zahlungen nach dem aktuellen Veranlagungszeitraum, vorbehaltlich einer Prüfung auf weitere offene Steuerforderungen, zurücküberweist. Dieses Vorgehen ist zu begrüßen.

Der deutliche Rückgang der Verbindlichkeiten aus **kreditorischen Debitoren** korrespondiert mit dem starken Anstieg im Vorjahr. Aufgrund der Verfahrensänderung bei der Gewerbesteuerveranlagung, kam es im Jahr 2022 zu einer besonders hohen Verbindlichkeit gegenüber einem Kreditinstitut. Dies wurde in 2023 beglichen.

[80] Vgl. Jahresabschluss 2023; Ziffer 5.2.1 Kennzahlen Vermögensrechnung; Seite 15.

Seit 2019 analysieren wir jährlich den Posten P.4.9 „Sonstige Verbindlichkeiten“ hinsichtlich **nicht ausgeglichener Zahlungseingangsbelege aus dem Geschäftsbereich des ABI**. Bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2023 wurde die wertmäßige Entwicklung der nicht zugeordneten Zahlungseingänge sowie die Überarbeitung des debitorischen Prozesses weiterverfolgt (siehe hierzu auch Tz. 7.1.2.6). Die Ende 2020 begonnene Kontenklärung wird seit 2022 nicht mehr kontinuierlich fortgeführt. Daher betrugen die keinem Vertragsgegenstand zugeordneten Einzahlungen zum Stichtag 31.12.2023 wieder knapp 2,5 Mio. € (Vj.: rund 1,9 Mio. €).[81] **Die hier passivierten Beträge fehlen in der Ergebnisrechnung als Haupterlöse im Posten ER.1 „Privatrechtliche Leistungsentgelte“ bzw. Nebenerlöse im Posten ER.9 „sonstige ordentliche Erträge“!** Aufgrund des wieder gestiegen Volumens, empfehlen wir wieder eine Umbuchung **(Umbuchung Nr. 6/1)**.

Der korrespondiere Aufwand für die Verbindlichkeit aus dem **Vorteilsausgleich Kelsterbach** wurde im Berichtsjahr im Posten ER.16 gebucht. Die Zahlung an die Stadt Kelsterbach erfolgte Anfang 2024.

Bei den Verbindlichkeiten aus dem **städtebaulichen Vertrag „Güterplatz“** handelt es sich um Zahlungen einer Firma, die in dieser Höhe bereits seit dem Jahr 2017 bilanziert wird. Sobald die vorgesehene Umfeldverbesserung am Güterplatz abgeschlossen ist, ist die passivierte Verbindlichkeit aufzulösen.

P.5 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2023	**74.360.073,60 €**
31.12.2022	**70.847.902,75 €**

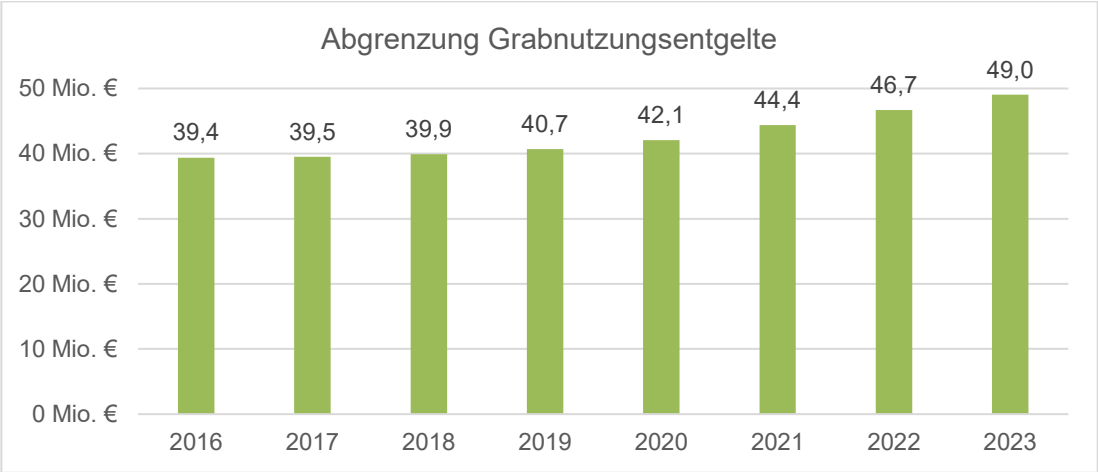
Der passive Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
Grabnutzungsentgelte	49.027.143,88	46.667.616,28
Lieferungen und Leistungen	24.768.351,24	24.037.971,84
Zuweisungen und Zuschüsse	564.578,48	142.314,63
	74.360.073,60	**70.847.902,75**

Seit dem Jahresabschluss 2016 ermittelt das Grünflächenamt die **passiv abzugrenzenden Entgelte für neue Grabnutzungsfälle** direkt aus der DV-Anwendung Winfried. Im November 2020 wurde Winfried durch die Anwendung FIM abgelöst. Für die Altfälle bis 2025 wurden die Beträge pauschal aus dem Gebührenvolumen ermittelt und jährlich entsprechend der zugrunde gelegten Laufzeiten aufgelöst.

[81] Gemäß Auswertung der Stadtkämmerei vom 21.01.2024 beträgt der Netto-Betrag der nicht zugeordneten Zahlungen zum 31.12.2024 nur noch rund 1,8 Mio. €, bei allerdings steigenden Fallzahlen. Das zeigt aber, dass zumindest die wertmäßig großen Sachverhalte tendenziell besser zugeordnet werden, ohne dass uns jedoch dringend notwendige Prozessverbesserungen bekannt geworden wären.

Die Entwicklung des Abgrenzungspostens (netto) für die Grabnutzungsentgelte seit 2016 aus den DV-Programmen zeigt die nachfolgende Darstellung:



7-16: Entwicklung der abgegrenzten Grabnutzungsentgelte im Zeitablauf

Der Anstieg ist im Wesentlichen den Anpassungen der Friedhofsgebührensatzung, zuletzt im Jahr 2022[82] zuzuschreiben. Die Abgrenzung der Grabnutzungsentgelte hat keine Auswirkung auf die Höhe der zu kalkulierenden Gebühren.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten für **Lieferungen und Leistungen** beinhaltet im Wesentlichen vorfällig gezahlte (erhaltene) Erbbauzinsen.

Die Vorauszahlungen an Abgaben werden dem Abgabevorverfahren NSK entnommen. Die Ämter sind aufgefordert, abzugrenzende Tatbestände ab einer Grenze von 5 T€ pro Sachverhalt zu melden bzw. selbst vorzunehmen. Die Stadtkämmerei hat alle Zahlungen zwischen dem Kassenschluss und dem Jahresabschlussstichtag analysiert und abgegrenzt (Bankverrechnung).

[82] Siehe § 2657 vom 15.12.2022 (M 180 vom 04.11.2022). Mit Beschluss § 5549 vom 12.12.2024 (M 164 vom 08.11.2024) wurden die Friedhofsgebühren zuletzt angepasst. Ziel dabei ist die Verminderung des Defizits im Gebührenhaushalt „Friedhofs- und Bestattungswesen“ bei steigenden Kosten angepassten Fallzahlen.

7.2.1.3 Feststellungen und Erläuterungen zu den Übersichten zur Vermögensrechnung

Wir verweisen hierzu auf Ziffer 8.1 des Jahresabschlusses.

Anlagenübersicht (Ziffer 8.1.1 des Jahresabschlusses)

Die Anlagenübersicht entspricht dem Muster 21 zu § 52 Abs. 1 GemHVO.

Forderungsübersicht (Ziffer 8.1.2 des Jahresabschlusses)

Die Forderungsübersicht (§ 112 Abs. 4 HGO) entspricht den rechtlichen Vorschriften.

Rückstellungsübersicht (Ziffer 8.1.3 des Jahresabschlusses)

Die Rückstellungsübersicht entspricht den Anforderungen des § 52 Abs. 3 GemHVO, insbesondere ist die Übersicht nach § 49 Abs. 4 Nr. 3 GemHVO gegliedert und enthält korrekte zahlenmäßige Angaben.

Verbindlichkeitenübersicht (Ziffer 8.1.4 des Jahresabschlusses)

Die Gliederung der Verbindlichkeitenübersicht entspricht den gesetzlichen Vorschriften (§ 52 Abs. 2 i. V. m. § 49 Abs. 4 Nr. 4 GemHVO).

Die Zuordnung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen auf die einzelnen Restlaufzeiten erfolgt anhand der vereinbarten Tilgungen.

7.2.2 Ergebnisrechnung

Wir verweisen hierzu auf Kapitel 3 des Jahresabschlusses.

7.2.2.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung

Wir verweisen auf die Darstellungen in Tz. 6.3.4 „Ertrags- und Aufwandslage (Entwicklung des Ergebnishaushalts)“.

Zudem beinhaltet der Jahresabschluss 2023 im Anhang in Ziffer 7.3 einen Vorjahresvergleich mit Angaben absoluter und relativer Abweichung der Postenwerte einschließlich verbaler Erläuterungen.

7.2.2.2 Erläuterungen und Feststellungen zur Ergebnisrechnung[83]

Im Folgenden geben wir zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2023 weitere Erläuterungen – insbesondere zum **wesentlichen Inhalt des jeweiligen Postens** – und stellen unsere **Prüfungsergebnisse** dar.

Zu den angewandten **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden** verweisen wir auf den Anhang (Ziffer 7.1 des Jahresabschlusses), speziell auf Ziffer 7.1.2 zur Ergebnisrechnung.

In Einzelfällen haben wir bei den Posten zusätzlich spezielle (rechtliche) **Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung** angegeben, soweit sie uns für das Verständnis des Abschlusses von Bedeutung erschienen.

Zu weiteren Einzelheiten verweisen wir auf die Erläuterungen zur Entwicklung des Ergebnishaushalts im Lage- und Rechenschaftsbericht (Ziffer 6.5 des Jahresabschlusses).

Zum **Prüfungsvorgehen** und allgemeinen **Prüfungshandlungen** verweisen wir auf Tz. 4.2.2.

[83] Die Gliederung dieses Unterabschnittes folgt der Nummerierung in der Ergebnisrechnung bzw. dem Muster 15 zu § 46 GemHVO.

ER.1 Privatrechtliche Leistungsentgelte

2023	**116.271.867,46 €**
2022	**116.090.057,83 €**

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	in €	in €
Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	59.960.936,35	58.467.385,50
Dienstleistungen und Überlassung von Rechten	32.609.433,33	31.398.209,39
Teilnehmerentgelte und Eintrittsgelder	14.013.961,68	13.375.139,31
Leistungsabrechnungen mit Eigenbetrieben	3.900.043,67	3.753.599,03
Überlassung Parkeinrichtungen	1.626.448,23	1.430.064,42
Handelswaren	1.176.594,60	893.414,02
Sonstige Erträge	2.984.449,60	6.772.246,16
	116.271.867,46	**116.090.057,83**

Im Übrigen verweisen wir auf Ziffer 6.5.1.1 „Privatrechtliche Leistungsentgelte“ im Jahresabschluss.

ER.2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

2023	**267.547.721,85 €**
2022	**264.769.255,14 €**

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	in €	in €
Grundstücksbezogene Gebühren (Straßenreinigung, Abfallbeseitigung)	148.740.956,52	146.013.935,68
Verwaltungsgebühren	69.403.528,30	73.353.241,38
Bußgelder	24.818.338,18	21.788.531,68
Sonstige Benutzungsgebühren	19.606.569,26	18.712.669,27
Maut	691.349,84	690.939,44
Sonstige Entgelte	4.286.979,75	4.209.937,69
	267.547.721,85	**264.769.255,14**

Den **grundstücksbezogenen Gebührenerträgen** stehen im Posten ER.13 Aufwendungen gegenüber; ferner verweisen wir auf den „Sonderposten für den Gebührenausgleich“ (P.2.2).

Die **Verwaltungsgebühren** beinhalten insbesondere den Gebührenbereich „Bauaufsicht“ sowie Gebühren für Kfz- und Einwohnerangelegenheiten.

Hinsichtlich der **Bußgelder** verweisen wir auf die Ausführungen in Ziffer 6.5.1.2 „Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“ im Jahresabschluss.

Die **sonstigen Benutzungsgebühren** betreffen Sondernutzungen im Bereich der Verkehrsanlagen sowie den Gebührenhaushalt „Friedhofs- und Bestattungswesen“.

Die **Sonstigen Entgelte** betreffen mit rund 3,1 Mio. € in erster Linie die Bearbeitungsgebühren für Wohnungsbaudarlehen.

ER.3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

2023	**61.869.539,40 €**
2022	**112.597.356,32 €**

Die Kostenersatzleistungen und -erstattungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	in €	in €
Personalkostenerstattungen	48.172.891,05	64.864.961,06
Kostenerstattungen vom Land	7.006.630,52	41.016.165,54
Sonstiges	6.690.017,83	6.716.229,72
	61.869.539,40	**112.597.356,32**

Die **Personalkostenerstattungen** von 48,2 Mio. € (Vj.: 64,9 Mio. €) resultieren im Wesentlichen aus Erstattungen der gemeinsamen Einrichtung (gE) Jobcenter Frankfurt am Main von 30,7 Mio. € (Vj.: 29,4 Mio. €) sowie Personalkostenerstattungen vom Land Hessen von insgesamt 11,9 Mio. € (Vj.: 11,0 Mio. €). Dabei handelt es sich vorrangig um Erstattungen für Schulverwaltungskräfte und Mitarbeitende im Gesundheitswesen.

Erstattungen durch die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (SBF) für gestelltes Personal sind ab 2023 aufgrund einer Vertragsänderung in Gänze entfallen (Vj.: 19,7 Mio. €).

Die **Kostenerstattungen des Landes Hessen** resultieren in erster Linie aus den im Jahr 2022 gebuchten Erstattungen des Landes Hessen im Bereich "Brandschutz" im Kontext der Geflüchteten aus der Ukraine. Im Vergleich zum Vorjahr wurden für die SARS-CoV-2-Impfzentren, die nur bis Anfang 2023 betrieben wurden, erheblich niedrigere Kostenerstattungen durch das Land vorgenommen.

ER.4 Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen

2023	**628.147,81 €**
2022	**648.972,52 €**

Fertige und unfertige Erzeugnisse (Posten A.2.2) wurden bisher und werden weiterhin nicht aktiviert. Aus diesem Grund sind **keine Bestandsveränderungen** aufgetreten. Wir teilen die Auffassung der Stadtkämmerei, dass es sich hierbei um unwesentliche Bestände handelt.

Seit dem Haushaltsjahr 2013 werden jährlich in geringem Umfang **Eigenleistungen** der Bauaufsicht (Baugenehmigungen), der Branddirektion (Installation von Brandmeldeanlagen), des Stadtvermessungsamtes (Vermessungen) und des ABI (Submissionen) aktiviert.

ER.5 Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen

2023	**4.016.019.616,45 €**
2022	**3.470.926.497,82 €**

Als Ausnahme vom Grundsatz der Periodenabgrenzung werden nach § 16 GemHVO die Abgaben, abgabenähnlichen Entgelte und allgemeinen Zuweisungen, welche die Gemeinde zurückzuzahlen hat, bei den Erträgen abgesetzt, auch wenn sie sich auf Erträge der Vorjahre beziehen. Dies gilt entsprechend für geleistete Umlagen, die an die Gemeinde zurückgezahlt werden. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen beim Posten P.3.2 „Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse".

Die Steuern und steuerähnlichen Erträge einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
Gewerbesteuer	3.010.850.253,41	2.495.120.791,19
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	551.430.094,02	522.410.662,60
Grundsteuer B	219.584.125,68	220.770.654,74
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	209.638.529,39	206.305.942,34
Spielapparatesteuer	10.896.964,96	14.272.103,58
Tourismusabgabe	6.987.476,00	5.529.864,00
Zweitwohnungssteuer	3.989.126,27	3.909.338,12
Vorteilsausgleich Kelsterbach	0,00	143.691,20
Sonstiges	2.643.046,72	2.463.450,05
	4.016.019.616,45	**3.470.926.497,82**

Die **Gewerbesteuer** stellt die größte Einnahmequelle der Stadt dar. Veränderungen in diesem Bereich beeinflussen das Jahresergebnis direkt und können den Haushaltsausgleich in der Rechnung gefährden. Für eine detaillierte Analyse der Steuererträge und deren Bedeutung für den Haushalt und den Jahresabschluss verweisen wir auf Tz. 6.3.4.2 „Erträge des Ergebnishaushalts".

Die Städte und Gemeinden erhalten **15 % des Aufkommens an der veranlagten Einkommensteuer**. Die Zunahme von 29 Mio. € ist auf die die hohen Lohnzuwächse infolge z. B. von Tarifsteigerungen sowie die Entwicklung der Erwerbstätigkeit zurückzuführen.

Die Stadt Frankfurt am Main erhebt ab dem 01.01.2019 eine **Zweitwohnungssteuer**.[84] Gegenstand der Steuer ist das Innehaben einer Zweitwohnung im Stadtgebiet. Damit soll u. a. erreicht werden, dass Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Frankfurt am Main haben, sich auch mit ihrem ersten Wohnsitz hier anmelden.

[84] Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 3326 vom 08.11.2018 (M 155 vom 03.09.2018).

Die Berechnungsbasis für den **Vorteilsausgleich** aus dem Grenzänderungs- und Auseinandersetzungsvertrag mit der Stadt Kelsterbach vom 14.10.1975 ist das Gewerbesteueraufkommen. Dies unterliegt einer gewissen Volatilität. Im Jahr 2022 erhielt die Stadt eine Erstattung von 144 T€ von Kelsterbach, aus Überzahlungen aus den Vorjahren. Die Hauptursache hierfür war das pandemiebedingt deutlich reduzierte Gewerbesteueraufkommen in den Jahren 2020 und 2021. Für das Jahr 2023 hatte die Stadt Frankfurt am Main hingegen wieder eine Zahlung von 1,17 Mio. € zu leisten. Dies wird unter den Steueraufwendungen (ER.16) sowie zum Stichtag korrespondierend in den sonstigen Verbindlichkeiten (P.4.9) abgebildet.

ER.6 Erträge aus Transferleistungen

2023	**367.849.647,90 €**
2022	**388.739.168,42 €**

Transfererträge liegen vor, wenn die Stadt Zahlungen erhält aufgrund rechtlicher Regelungen im sozialen Bereich mit einer bestimmten sachlichen oder personenbezogenen Zweckbestimmung. Hierzu gehören z. B. Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, übergeleitete Ansprüche gegen Unterhaltsverpflichtete sowie Kostenerstattungen durch Träger von sozialen Leistungen. Dabei wird von Kostenersatzleistungen ausgegangen, wenn für erfolgte eigene Leistungen entsprechende Gegenleistungen erbracht werden.

Die Erträge aus Transferleistungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Bundes für Unterkunft/Heizung an Arbeitsuchende	183.014.853,99	165.589.344,79
Erstattung von sozialen Leistungen des Bundes, des Landes und sonstiger Träger	87.516.134,88	138.913.320,42
Kosten- und Unterhaltsbeiträge außerhalb Einrichtungen	54.310.446,17	42.702.827,01
Familienlastenausgleich des Landes	35.304.471,00	34.258.412,92
Kosten- und Unterhaltsbeiträge innerhalb Einrichtungen	7.417.069,67	7.148.879,81
Sonstige Erstattungen (z. B. Altenerholung, Tageserholung, Frankfurt-Pass)	286.672,19	126.383,47
	367.849.647,90	**388.739.168,42**

Mit dem Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder vom 06.10.2020, wurde die **Leistungsbeteiligung des Bundes für Unterkunft/Heizung an Arbeitsuchende** für Hessen angehoben.

ER.7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

2023	**271.496.729,73 €**
2022	**384.974.189,10 €**

Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	in €	in €
Zuweisungen für Ausgaben der Grundsicherung Alter / Erwerbsminderung (SGB XII)	179.656.970,82	155.819.152,40
Allgemeine Finanzzuweisungen (§ 14 FAG)	73.022.756,52	71.236.662,25
Zuweisungen für Ausgaben der Sozial- und Jugendhilfe (inkl. Schulen)	3.191.566,79	3.551.706,41
Schuldendiensthilfen vom Land	267.475,00	219.632,46
Corona-Hilfen	512,15	0,00
Schlüsselzuweisungen (Finanzausgleich)	0,00	137.177.368,00
Sonstige Zuweisungen	15.357.448,45	16.969.667,58
	271.496.729,73	**384.974.189,10**

Bei den Zuweisungen für die **Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** ergeben sich die gestiegenen Mehrerträge u. a. aus der Anhebung der Regelsätze sowie steigenden Miet- und Energiepreisen und der Erstattungen hierfür vom Bund. Die Aufwendungen werden im Posten ER.17 Transferaufwendungen ausgewiesen.

Aufgrund der im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) für die Berechnung der **Schlüsselzuweisungen** 2023 zugrunde gelegten höheren Steuerkraft des Jahres 2022 der Stadt entfallen diese Zuweisungen vollständig.

ER.8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

2023	**69.017.551,21 €**
2022	**67.509.589,07 €**

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten wurden im Rahmen der Prüfung der Sonderposten geprüft (siehe Tz. 7.2.1.2, Posten P.2).

ER.9 Sonstige ordentliche Erträge

2023	**134.840.251,19 €**
2022	**116.702.235,57 €**

Die Sonstigen ordentlichen Erträge sind alle anderen betrieblichen Erträge, die nicht den vorherigen Ertragsarten zuzuordnen sind. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	in €	in €
Konzessionsabgaben	54.578.414,90	53.563.619,69
Nebenerlöse	23.591.904,64	21.836.170,09
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	12.713.224,31	4.737.932,25
Erträge Sonderposten Gebührenhaushalte	13.589.297,09	1.639.991,76
Rückerstattung von Zuschüssen	12.410.574,79	11.879.772,22
Pachterträge Außenwerbung	5.713.759,97	5.445.674,77
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und von Zahlungseingängen auf abgeschriebene Forderungen	2.569.073,80	1.830.335,13
Wertausgleich aus Bodenordnung	50.720,00	7.726.388,84
Sonstige	9.623.281,69	8.042.350,82
	134.840.251,19	**116.702.235,57**

Die Erträge aus **Konzessionsabgaben** betreffen im Wesentlichen die Mainova (Strom, Gas und Wasser), ferner die Süwag (Strom) und die VGF (Verkehrsinfrastruktur).

Die **Nebenerlöse** resultieren im Wesentlichen aus der Vermietung von städtischen Gebäuden und Räumen.

Die Erträge aus der **Auflösung von Rückstellungen** betreffen die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (siehe Tz. 7.2.1.2 – Posten P.3.1) sowie die **anhängige**n **Gerichtsverfahren** bei den sonstigen Rückstellungen (siehe Tz. 7.2.1.2 – Posten P.3.5).

Bei der Position **Sonderposten für den Gebührenausgleich** führten im Jahr 2023 Entnahmen aus den Sonderposten Bauaufsicht (PG 15.01) von 10,83 Mio. €, Kommunale Abfallwirtschaft (PG 22.12) von 1,66 Mio. € und Straßenreinigung (PG 22.13) von 1,1 Mio. € zu hohen Erträgen.

Die **Pachterträge Außenwerbung** resultieren aus zum 01.01.2018 geschlossenen Konzessionsvereinbarungen über die Vermarktung von Werbeflächen im Stadtgebiet.

Die Erträge aus der **Auflösung von Wertberichtigungen** betreffen die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (siehe Tz. 7.2.1.2 – Posten A.2.3).

Bezüglich der Erträge **Wertausgleich aus Bodenordnung** wird auf die Darstellung in Ziffer 6.8.5 „Geoinformation und Grundstücksordnung“ zum PB 14 im Jahresabschluss 2023 verwiesen.

Unter **Sonstige** sind u. a. Erträge aus Versicherungsentschädigungen aus Schadensersatzleistungen (1,8 Mio. €), periodenfremde ordentliche Erträge (2,0 Mio. €) oder zweckgebundene Mietabführungen aus der Fehlbelegungsabgabe von Wohnungsbaugesellschaften (1,5 Mio. €) enthalten.

ER.10 Summe der ordentlichen Erträge

2023	**5.305.541.073,00 €**
2022	**4.922.957.321,79 €**

ER.11 Personalaufwendungen

2023	**719.617.370,60 €**
2022	**690.804.393,13 €**

Die Personalaufwendungen umfassen alle Haupt- und Nebenleistungen, die als Entgelt für die aktive Arbeitsleistung unmittelbar an die Bediensteten für persönlich-individuelle Leistungen bezahlt werden, z. B. Beamtenbezüge, Arbeitgeberanteile gesetzlicher Pflichtabgaben oder auch Personalnebenkosten.

Die Personalaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
Entgelte Beschäftigte	419.521.635,43	390.279.585,50
Bezüge Beamte	158.754.112,48	161.719.844,74
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	95.986.809,64	91.465.332,74
Zusatzversorgung	32.680.729,33	35.300.423,96
Aufwand/Ertrag LAK-Konten	4.457.162,46	3.445.688,26
Sonstige Personalaufwendungen	8.216.921,26	8.593.517,93
	719.617.370,60	**690.804.393,13**

Der Anstieg der Personalaufwendungen ist vorrangig auf die tarifliche Vereinbarung der Zahlung eines nicht steuerpflichtigen Inflationsausgleichs an die Beschäftigten von T€ 3 pro Person in Form einer Einmalzahlung und monatlichen Sonderzahlungen zurückzuführen. Des Weiteren führte ein Anstieg der tatsächlich besetzten Stellen um 178,36 Stellen zum 31.12.2023 zu höheren Aufwendungen für Gehälter und Bezüge sowie für soziale Abgaben und Aufwendungen.

Trotz Besoldungserhöhungen zum 01.04.2023 um 3,0 % und zum 01.08.2023 um 1,89 % sind die Aufwendungen für die Bezüge der Beamteten gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dies ist im Wesentlichen durch den Wegfall der in 2022 erfolgten Corona-Sonderzahlungen (Einmaleffekt) begründet.

Hinsichtlich unserer Prüfungsfeststellungen zur **Einhaltung des Stellenplans** verweisen wir auf Tz. 6.1.9.

Durch die Senkung des Sanierungsgeldsatzes von 3,5 auf 2,4 % zum 01.01.2023 sind auch die laufenden Beiträge der Stadt Frankfurt am Main an die Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main gesunken.

Die Position Aufwand/Ertrag LAK-Konten setzt sich 2023 aus dem Aufwand zur Rückstellungsbildung LAK von 7,8 Mio. € (Vj.: 5,1 Mio. €) und Inanspruchnahmen von 3,3 Mio. € (Vj.: 1,7 Mio. €) zusammen. Wir verweisen hierzu auch auf unsere Darstellungen zum Posten P.3.5 Sonstige Rückstellungen in Tz. 7.2.1.2.

Die sonstigen Personalaufwendungen beinhalten Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten (Jobticket), für Dienstjubiläen und Verabschiedungen (Ehrengaben) sowie weitere und sonstige Personalaufwendungen, wie z. B. Aufwendungen für Personaleinstellungen, Führungszeugnisse und Trauerflor sowie Essensgeldzuschüsse. Die im Vorjahr unter dieser Position unzutreffend ausgewiesenen Aufwendungen der Branddirektion von rund 2,5 Mio. € für die Sicherstellung der notärztlichen Versorgung für den Rettungsdienstbereich Frankfurt am Main gegenüber Frankfurter Kliniken wurden dieses Jahr wieder korrekt unter den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen verbucht. Diesem Rückgang stehen gestiegene Aufwendungen für das Jobticket gegenüber, da auch hier der Einmaleffekt aus der Bezugspreisreduzierung (9 € Ticket) für die Monate Juni bis August 2022 weggefallen ist.

ER.12 Versorgungsaufwendungen

2023	**185.276.589,23 €**
2022	**134.179.520,10 €**

Versorgungsaufwendungen sind Aufwendungen für die aktive und nicht mehr aktive Beamtenschaft sowie deren Hinterbliebene.

Die Versorgungsaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
Laufende Versorgung und sonstige Versorgungsbezüge	85.778.652,18	80.213.296,37
Beihilfen	12.971.663,48	11.280.406,73
Zuführung zu Rückstellungen	185.278.912,33	133.805.420,10
Inanspruchnahme von Rückstellungen	-98.752.638,76	-91.119.603,10
	185.276.589,23	**134.179.520,10**

Der Anstieg des Postens beträgt rund 51,1 Mio. € (38,1 %). Ursächlich sind höhere Zuführungen zu den „Pensionsrückstellungen“ und „Beihilferückstellungen“ (51,9 Mio. €). Demgegenüber steht ein Wegfall der einmalig gezahlten Energiepreispauschale für Versorgungsempfänger (-0,4 Mio. €) sowie eine verringerte Zuführung zur „Versorgungsrücklage“ (-0,4 Mio. €). Ursächlich für die hohen Zuführungen zu den Rückstellungen sind veränderte Berechnungsparameter (lineare Besoldungserhöhung, Anzahl der aktiven Beamt:innen und Versorgungsempfänger:innen, Kürzungsfaktoren sowie die Erhöhung des Beihilfetarifs (fiktive Prämie) von 421 € auf 428 €). Sie stehen im direkten Zusammenhang mit der Höhe der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Die Entwicklung der laufenden Versorgungsaufwendungen liegt im Rahmen der Kostensteigerungen durch die Besoldungsanpassungen.

ER.13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

2023	**816.961.622,57 €**
2022	**807.637.434,05 €**

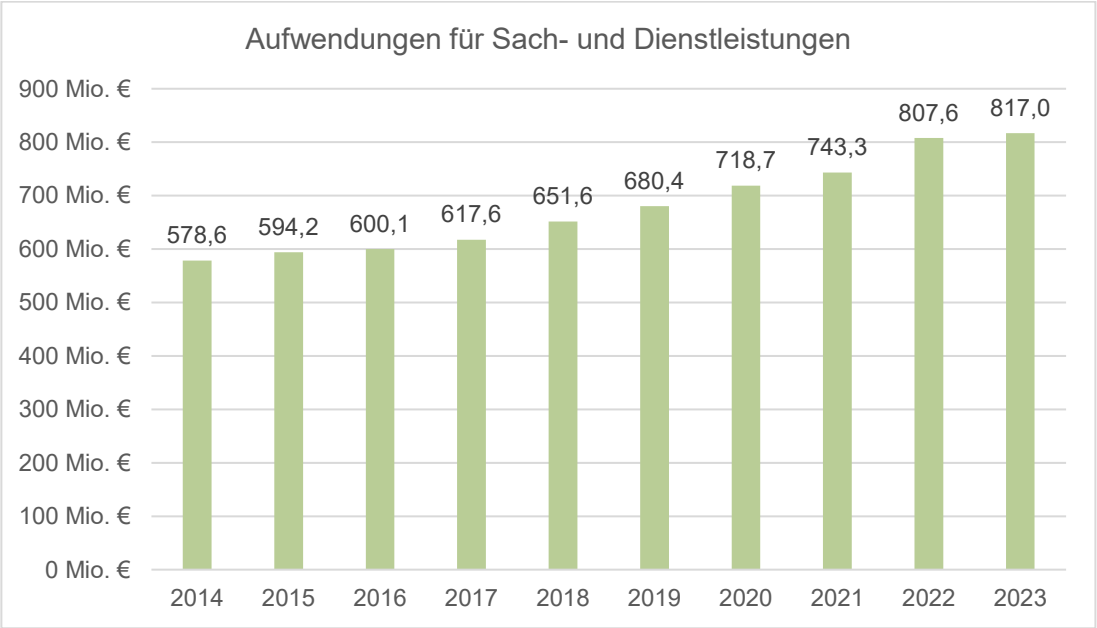
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	in €	in €
Unterhaltungsaufwand (u. a. Bauunterhaltung) ohne IT	209.937.852,12	198.677.209,90
Mieten, Pachten, Erbbauzinsen, Mietnebenkosten	128.092.440,87	112.698.596,95
Abfallbeseitigung	100.521.458,81	107.967.604,81
Materialaufwand und Energie	84.140.759,81	85.763.856,11
Straßenreinigung	55.211.827,11	49.851.072,74
Fremdreinigung	42.522.812,09	38.831.672,62
IT-Kosten (Lizenzen, ekom21, Beratung)	33.720.092,25	36.113.194,58
Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	28.525.931,81	29.176.729,41
Fremdleistungen	25.568.477,41	27.894.728,70
Schülerbeförderung	18.244.365,49	17.101.003,54
Leiharbeitskräfte	15.222.202,00	13.684.761,46
Kommunaler Finanzanteil Jobcenter	15.177.313,16	14.515.890,25
Beiträge für Versicherungen und Verbände	9.333.062,27	7.862.179,18
Erwerb von Belegungsrechten	7.318.308,91	6.723.132,11
öffentlich-rechtliche Gebühren	6.380.488,53	5.943.715,56
Lehr- und Unterrichtsmittel	5.082.313,44	5.503.023,22
Fraktionsmittel	4.078.321,05	3.962.283,91
Zuführung zu Sonderposten (Gebührenhaushalte)	206.511,20	4.775.034,53
Ausgleichsleistung Bodenordnung	0,00	3.260.436,19
Interne Leistungsverrechnung	-560,00	-660,00
Sonstiges	27.677.644,24	37.331.968,28
	816.961.622,57	**807.637.434,05**

Insgesamt sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gegenüber dem Vorjahr um rund 9,3 Mio. € oder 1,2 % gestiegen. Treiber waren hier der Unterhaltungsaufwand ohne IT, die Position Mieten, Pachten, Erbbauzinsen, Mietnebenkosten sowie die Position Fremdreinigung.

Rückgänge konnten z. B. bei IT-Kosten, der Abfallbeseitigung oder bei Fremdleistungen beobachtet werden.

Sie haben sich wie folgt entwickelt:



7-17: Entwicklung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Insgesamt ist bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Im Vergleich zum Basisjahr 2014 sind die Aufwendungen um mehr als 41 % gestiegen.

Der in 2022 überproportionale Anstieg in Folge des Ukraine-Kriegs (insbesondere aus extrem gestiegenen Energiekosten) hat sich in 2023 abgeschwächt.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere **Prüfungsbemerkungen zu den rechnungslegungsrelevanten, kreditorischen Geschäftsprozessen** in Tz. 7.1.2.7.

ER.14 Abschreibungen

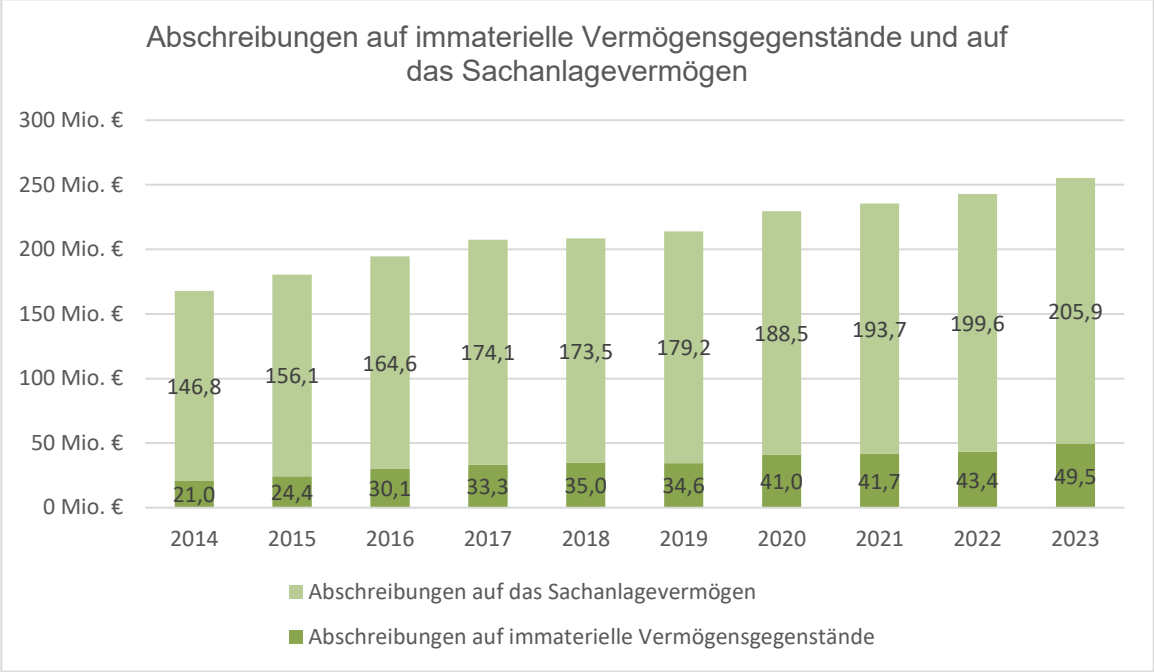
2023	**274.389.644,07 €**
2022	**291.249.115,10 €**

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	49.513.805,19	43.421.861,02
Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen	205.861.917,66	199.622.836,14
Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.710.711,84	13.221.168,69
Wertberichtigungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.303.209,38	34.983.249,25
	274.389.644,07	**291.249.115,10**

Sofern im Rahmen unserer Prüfung fehlende bzw. zu geringe **Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen** identifiziert wurden, sind diese aus der Umbuchungsliste (**Anlage 1**) ersichtlich; dort ist dann auch der originäre Posten des Sachanlagevermögens angegeben.

Die **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf das Sachanlagevermögen** haben sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt:



7-18: Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf das Sachanlagevermögen

Die Grafik verdeutlicht die zunehmende Belastung der Ergebnisrechnung durch die Ausweitung des IPG über die Abschreibungen. Die Abschreibungen sind in diesem Zeitraum um 87,6 Mio. € oder um mehr als 52 % gestiegen.

Die höchsten **Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen** wurden im Jahr 2023 im zentralen Finanzbereich (PB 98) von 8,7 Mio. € bzw. 10,3 Mio. € (zusammen 19 Mio. €) vorgenommen, insbesondere auf offene Gewerbesteuerforderungen (PG 98.06) von 6,5 Mio. €. Weitere wesentliche Wertberichtigungen von 1,9 Mio. € wurden auf Forderungen vor allem des Jugend- und Sozialamts, der Branddirektion und des Ordnungsamts vorgenommen. Die Wertberichtigungen sind nicht planbar bzw. volatil. Sie sind insbesondere bei der Gewerbesteuer auf die erhöhte Anzahl von Insolvenzen zurückzuführen, die nach den städtischen Bewertungsmethoden zu einer vollständigen Wertberichtigung führen. Weitere Abschreibungen werden unter dem Posten ER.26 „Außerordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

ER.15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Kostenerstattungen sowie für besondere Finanzaufwendungen

2023	**1.199.971.433,26 €**
2022	**1.116.506.357,17 €**

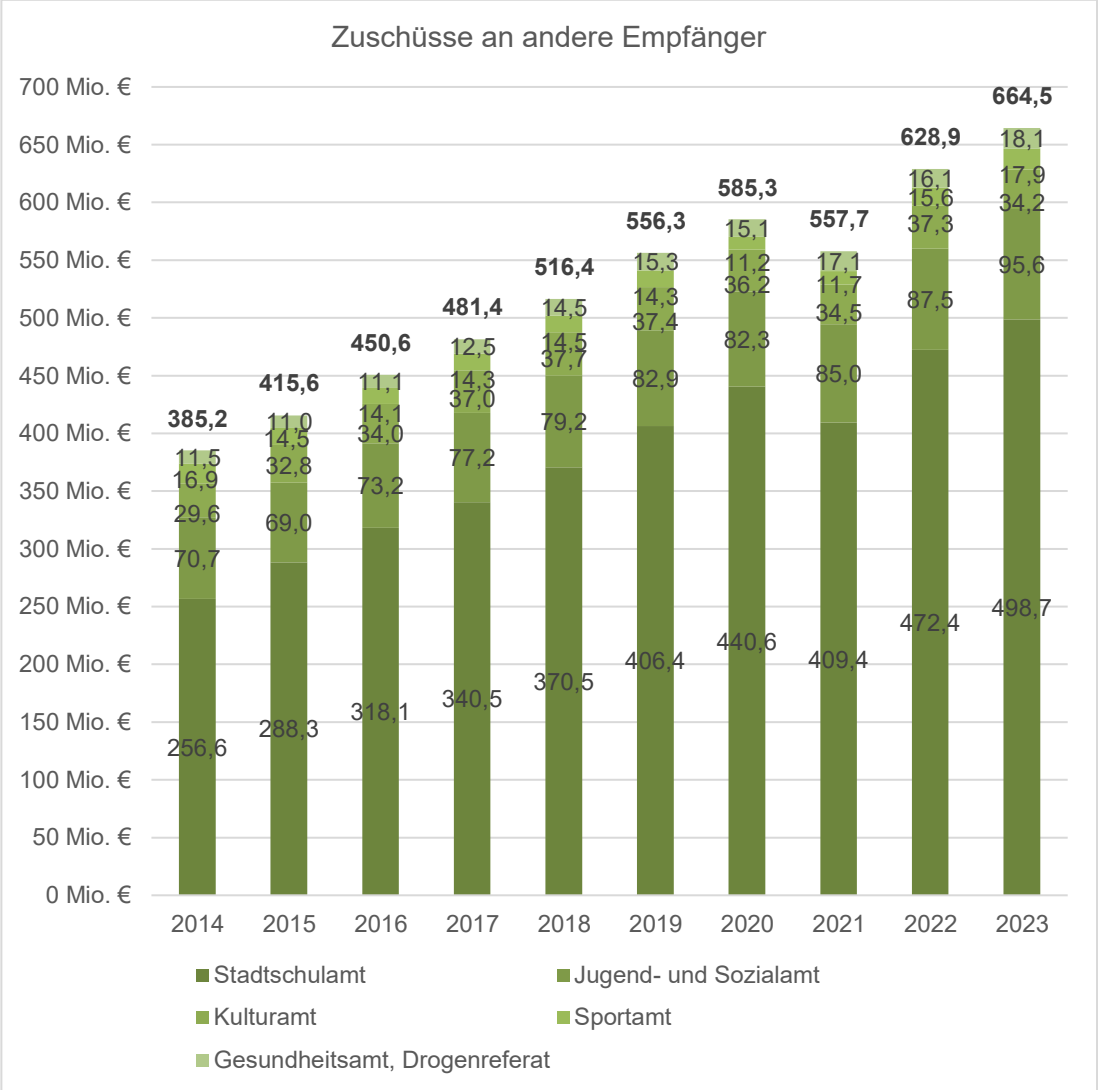
Zuweisungen und Zuschüsse sind Finanzhilfen (Geldleistungen) an leistungserbringende Dritte zur eigenständigen Erfüllung von originären Aufgaben der Stadt. **Zuweisungen** liegen weiterhin nicht vor. **Zuschüsse** erfolgen als direkter, unmittelbarer Zuschuss an den Zuschussempfänger.[85] Bei den **Kostenerstattungen** handelt es sich um Ausgleichsaufwendungen für sach- und personenbezogene Leistungen zwischen der Ebene der öffentlichen Hand und/oder den Leistungsträgern, bei Vorliegen entsprechender gesetzlicher oder vertraglicher Leistungsverpflichtungen, wozu keine Kostenerstattungen im sozialen Bereich gehören. Die **besonderen Finanzaufwendungen** liegen in Form von Schuldendiensthilfen in einer vernachlässigbaren Größenordnung vor. Die Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
an städtische Aufgabenträger		
Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)	168.988.400,00	138.000.000,00
SWFH	96.782.507,51	88.667.290,34
traffiQ	87.802.263,62	77.595.653,54
SBF	54.863.379,63	76.495.996,19
KKJF (Eigenbetrieb)	14.856.932,47	15.885.403,83
VHS (Eigenbetrieb)	13.014.957,11	12.869.063,00
TCF	11.780.577,43	5.665.000,00
KFH	9.000.000,00	11.499.364,64
Wifö	7.422.060,00	6.800.000,00
Alte Oper	7.150.000,00	9.000.000,00
Schirn	5.271.000,00	4.310.000,00
Sportpark Stadion	5.074.000,00	0,00
weitere Beteiligungen	25.682.387,62	16.953.502,06
	507.688.465,39	**463.741.273,60**
an andere Empfänger, gezahlt von		
Stadtschulamt	498.655.681,69	472.350.729,35
Jugend- und Sozialamt	95.638.829,33	87.502.408,88
Kulturamt	34.198.698,39	37.301.388,35
Sportamt	17.886.677,71	15.581.219,00
Drogenreferat	14.229.181,83	12.745.804,30
Gesundheitsamt	3.882.250,82	3.401.466,49
	664.491.319,77	**628.883.016,37**
Sonstige Zuschüsse (öffentlicher/privater Bereich, Zweckverbände)	**27.791.648,10**	**23.882.067,20**
	1.199.971.433,26	**1.116.506.357,17**

[85] Daneben fördert die Stadt Frankfurt am Main bestimmte Aufgabenträger auch „unbar“ durch z. B. kostenlose oder vergünstigte Überlassung städtischer Liegenschaften etc. Dieser mittelbare Aufwand schlägt sich im Haushalt der Stadt Frankfurt am Main unter den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen oder in den Abschreibungen auf Gebäude nieder, obwohl er inhaltlich Aufwand für Zuwendungen und Zuschüsse darstellt.

Zum Vorjahr ist eine Steigerung der **Zuschüsse und Kostenerstattungen an städtische Aufgabenträger** (Eigenbetriebe und Beteiligungen) um 43,9 Mio. € oder um 9,5 % zu verzeichnen. Die Zuschüsse betreffen auch in 2023 insbesondere den **Eigenbetrieb Kita Frankfurt**, die **SWFH**, die **traffiQ** und die **Städtischen Bühnen (SBF)**. An die **SWFH** wurden im Berichtsjahr um 8,1 Mio. € höhere Zuschüsse gezahlt. Die Grundlage für die Zuschussleistung von 96,8 Mio. € an die SWFH ist der MB Nr. 879 vom 14.08.2023. Der Zuschuss an die **traffiQ** ist gegenüber dem Vorjahr um 10,2 Mio. € gestiegen. Der an die **TCF** geleistete Zuschuss von 11,8 Mio. € beinhaltet eine Zahlung von 2,9 Mio. €, die für das Jahr 2024 (UEFA EURO 2024) bestimmt ist.

Die **Zuschüsse an andere Empfänger** (nach Ämtern gegliedert) haben sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt:



7-19: Entwicklung der Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt an andere Empfänger

Die **Zuschüsse an andere Empfänger** sind im Betrachtungszeitraum insgesamt um 279,3 Mio. € oder um 72,5 % gestiegen.

Die **Zuschüsse des Stadtschulamts an andere Empfänger** erreichten mit 498,7 Mio. € (Vj.: 472,4 Mio. €) einen neuen Höchstwert. Wie die vorstehende Grafik zeigt, haben sich die Aufwendungen für Zuschüsse des Stadtschulamts in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt. Aufgrund der enormen und kontinuierlichen Ausgabensteigerungen in diesem Bereich läuft derzeit eine Haushalts- und Verwaltungsprüfung unserer zuständigen Prüfabteilung beim Stadtschulamt.

Im Bereich **Jugend und Soziales** sind die Zuschüsse in den letzten zehn Jahren von 70,7 Mio. € auf inzwischen 95,6 Mio. € (+35,2 %) gestiegen.

Die **Kulturförderung** ist auf einem konstanten Niveau (2023: 34,2 Mio. €; Vj.: 37,3 Mio. €) verblieben. Sie zeichnet sich gleichzeitig durch eine enorme Vielzahl von Zuwendungsempfängern und eine noch größere Zahl an Einzelzuwendungen aus. Darüber hinaus sind uns einzelne nicht-monetäre Zuwendungen bekannt, die folglich den Umfang der Zuwendungen über die im Haushalt abgebildeten Beträge hinaus erhöhen. Welchen Umfang diese nicht-monetären Zuwendungen haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Hinsichtlich dahingehend fehlender Transparenz verweisen wir auf den jüngsten Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetensammlung B 289 vom 29.07.2024 „*Noch mehr Transparenz bei der Kulturförderung Berichtsjahr 2023*“ (jährlicher Bericht gem. § 1456 vom 29.03.2012), der diese Frage unverändert nicht beantwortet.

ER.16 Steueraufwendungen einschließlich Umlagen

2023	**718.425.752,28 €**
2022	**655.177.875,80 €**

Die Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	in €	in €
Umlage an den Landeswohlfahrtsverband	314.117.004,00	305.302.824,00
Gewerbesteuerumlage	218.945.510,38	194.885.852,38
Umlage "Starke Heimat Hessen"	136.058.995,74	121.107.636,84
Krankenhausumlage	31.867.848,00	27.329.619,00
Solidaritätsumlage § 28 FAG	9.528.200,00	0,00
Umlage an den Regionalverband FRM	6.544.753,18	6.360.109,47
Vorteilsausgleich Kelsterbach	1.172.034,94	0,00
Sonstige Umlagen	191.406,04	191.834,11
	718.425.752,28	**655.177.875,80**

Mit der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) zum 01.01.2016 nach dem Hessischen Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs (FAG) wurde das bisherige System, das insbesondere auf festen Schlüsselzuweisungen beruhte, flexibilisiert. Damit ist die Steuerkraft einer Kommune zum wichtigsten Faktor geworden. Dabei werden die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer, der Gewerbesteuer, des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer sowie des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer addiert und von dieser Summe die Steuerkraftzahl der Gewerbesteuerumlage abgezogen. Für die Stadt Frankfurt am Main hat dies zur Folge, dass ihre hohe Steuerkraft im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs durch die Ausweitung der interkommunalen Solidarität deutlich stärker berücksichtigt wird, als dies nach dem alten KFA bis 2015 der Fall war.

Die Umlage an den **Landeswohlfahrtsverband (LWV)** wird maßgeblich von der Steuerkraft der hessischen Kommunen bestimmt. Sie steigt im Vergleich zum Vorjahr in ähnliche Richtung und ähnlichem Umfang (+8,8 Mio. €) wie die Gewerbesteuererträge und aufgrund des steigenden Haushaltsvolumens des LWV.

Die **Gewerbesteuerumlage** erhöht sich ebenso wie die vom Land im Jahr 2020 eingeführte wirkungsgleiche Umlage "Starke Heimat Hessen" **(Heimatzulage)** aufgrund der gestiegenen Gewerbesteuererträge um insgesamt rund 12 %.

Die **Krankenhausumlage** wird gemäß § 30 Hessisches Krankenhausgesetz vom Land veranschlagt und hat sich aufgrund des Berechnungsmechanismus um 4,5 Mio. € erhöht.

In Folge des starken Steuerjahres 2022 war erstmalig eine „**Solidaritätsumlage auf abundante Steuerkraft“** von 9,5 Mio. € im Folgejahr zu leisten (§ 28 FAG).

Zur Finanzierung der Aufgaben des **Regionalverbands FrankfurtRhein-Main (FRM)** wird eine Umlage nach dem Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main erhoben. Deren Höhe wird für jedes Rechnungsjahr durch einen Hebesatz in der Haushaltssatzung des Verbands festgesetzt.

Mit der Stadt Kelsterbach wurde am 14.10.1975 der „Grenzänderungs- und Auseinandersetzungsvertrag“ geschlossen. Danach erhält die Stadt Kelsterbach jährlich einen Vorteilsausgleich im Zusammenhang mit dem Flughafengelände (**Vorteilsausgleich Kelsterbach**). Dieser leitet sich aus dem Gewerbesteueraufkommen des Vorjahres von zwei Unternehmen ab. Aufgrund des pandemiebedingten Rückgangs des Gewerbesteueraufkommens im Bereich des Flughafengeländes errechnete sich für das Jahr 2022 keine (in 2023 vorzunehmende) Zahlung; vielmehr ergab sich eine Rückforderung. Für das Jahr 2023 errechnete sich wieder ein Vorteilsausgleich von 1,17 Mio. €. Dieser wurde im Folgejahr (2024) an die Stadt Kelsterbach gezahlt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Darstellungen bei den Posten P.4.9 und ER.5.

ER.17 Transferaufwendungen

2023	**1.147.800.807,77 €**
2022	**1.042.578.170,63 €**

Die Transferaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	in €	in €
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen an Arbeitsgemeinschaften nach SGB II (Unterkunft, Heizung, Ausstattung)	340.010.836,26	276.124.179,78
Jugendhilfeleistungen (SGB VIII)	230.906.288,13	220.463.379,91
Sozialhilfeleistungen (SGB XII)	198.223.582,32	177.976.509,67
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)	193.201.246,60	162.721.343,17
Eingliederungshilfe	89.788.455,82	82.859.142,16
Leistungen nach AsylbLG	40.027.938,09	79.257.153,02
Sonstige Leistungen (Frankfurt-Pass, Unterhaltsvorschuss, Stiftungsmittel)	40.998.895,42	30.541.189,48
Sonstige Erstattungen an Gemeinden und das Land, Aufwendungen für Bildungs- und Teilhabeleistungen, Kriegsopferfürsorge	14.643.565,13	12.635.273,44
	1.147.800.807,77	**1.042.578.170,63**

Die Transferaufwendungen sind im Berichtsjahr erneut (um 105,2 Mio. € oder 9,2 %) gestiegen. Der größte Anstieg ist dabei auf „Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen an Arbeitsgemeinschaften nach SGB II (Unterkunft, Heizung, Ausstattung“ (+63,9 Mio. € oder 23,1 %) zurückzuführen.

ER.18 Sonstige ordentliche Aufwendungen

2023	**6.671.918,76 €**
2022	**6.076.526,46 €**

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	in €	in €
Kapitalertragsteuer auf Beteiligungserträge	4.559.210,67	4.079.642,30
Grundsteuer	2.033.951,67	1.638.950,48
Sonstige	78.756,42	357.933,68
	6.671.918,76	**6.076.526,46**

Die Sonstigen ordentlichen Aufwendungen bestehen zum großen Teil aus der Kapitalertragsteuer und dem Solidaritätszuschlag auf an den städtischen Haushalt abgeführte Ausschüttungen durch städtische Gesellschaften und einem Eigenbetrieb sowie aus der zu zahlenden Grundsteuer für die im städtischen Eigentum stehenden Grundstücke.

ER.19 Summe der ordentlichen Aufwendungen

2023	**5.069.115.138,54 €**
2022	**4.744.209.392,44 €**

ER.20 Verwaltungsergebnis

2023	**236.425.934,46 €**
2022	**178.747.929,35 €**

ER.21 Finanzerträge

2023	**56.105.058,49 €**
2022	**47.944.294,19 €**

Die Finanzerträge umfassen Erträge aus Beteiligungen, anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (z. B. Gewinnanteile und Dividenden), Zinserträge (z. B. Zinsen aus Darlehen, Kontokorrent- und Girokontenzinsen) und ähnliche Erträge (z. B. Kredit-, Garantie- und Bürgschaftsprovisionen).

Die Finanzerträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
Ausschüttungen von Beteiligungen	32.765.507,44	26.829.207,52
Zinsen aus Festgeldern und Girokonten	18.218.733,72	4.850.797,88
Zinsen aus Wertpapieren, Ausleihungen und sonstigen Finanzanlagen	9.313.918,98	7.345.071,65
Zinsen aus Steuer- und Abgabenveranlagungen, Mahngebühren und Säumniszuschläge	-8.014.566,76	4.779.720,90
Provisionen aus Haftungsverhältnissen	3.821.465,11	4.139.496,24
	56.105.058,49	**47.944.294,19**

Die **Ausschüttungen von Beteiligungen** haben sich im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um rund 5,9 Mio. € erhöht. Die Erhöhung ist insbesondere auf eine um rund 5,8 Mio. € höhere Ausschüttung der FES zurückzuführen. Gegenläufig wirkte sich eine um rund 1,7 Mio. € niedrigere Ausschüttung des Eigenbetriebs Hafen- und Marktbetriebe aus. Bei den Ausschüttungen des Eigenbetriebs Stadtentwässerung handelt es sich um die Eigenkapitalverzinsung für das durch die Stadt Frankfurt eingebrachte Eigenkapital. Der Betrag von rund 2,1 Mio. € wurde zeitverzögert erst 2023 gebucht, da der Gewinnverwendungsbeschluss bis Ende 2022 noch nicht vorlag. Da die Gewinnausschüttung 2022 von rund 2,1 Mio. € der Stadtentwässerung ordnungsgemäß ebenfalls 2023 erfolgte, betrugen die Ausschüttungen des Eigenbetriebs 2023 insgesamt rund 4,2 Mio. €.

Die Zunahme der **Zinsen aus Festgeldern und Girokonten** um 13,4 Mio. € ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Zinssätze am Kapitalmarkt zurückzuführen, verbunden mit höheren kurzfristigen Geldanlagen.

Der Anstieg der **Zinsen aus Wertpapieren, Ausleihungen und sonstigen Finanzanlagen** um fast 2 Mio. € ist ebenfalls im Wesentlichen auf die gestiegenen Zinssätze am Kapitalmarkt zurückzuführen. Bei den **Zinsen aus Ausleihungen** handelt es sich um Zinsen aus ausgereichten Wohnungsbaudarlehen, Darlehen an verbundene Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht sowie um Zinsen aus ausgereichten Darlehen an Dritte. Die Erträge stehen im Zusammenhang mit den Posten A.1.3.2, A.1.3.4 und A.1.3.6.

In den **Zinsen aus Steuer- und Abgabenveranlagungen sowie Mahngebühren und Säumniszuschlägen** sind – in Anwendung der nach § 16 GemHVO zulässigen Ausnahme vom Saldierungsverbot – auch Aufwendungen für Erstattungszinsen auf Steuernachforderungen (-14,4 Mio. €) enthalten.

Bei den **Provisionen aus Haftungsverhältnissen** handelt es sich in erster Linie um Bürgschaftsprovisionen von verbundenen Unternehmen. Der Rückgang um 318 T€ ist auf die rückläufigen Fallzahlen und Haftungssummen zurückzuführen; im Jahr 2022 bestanden noch 64 Fälle, im Jahr 2023 sind es 58 Fälle. Aufgrund des europäischen Beihilferechts werden Bürgschaften gegenwärtig lediglich in Ausnahmefällen übernommen.

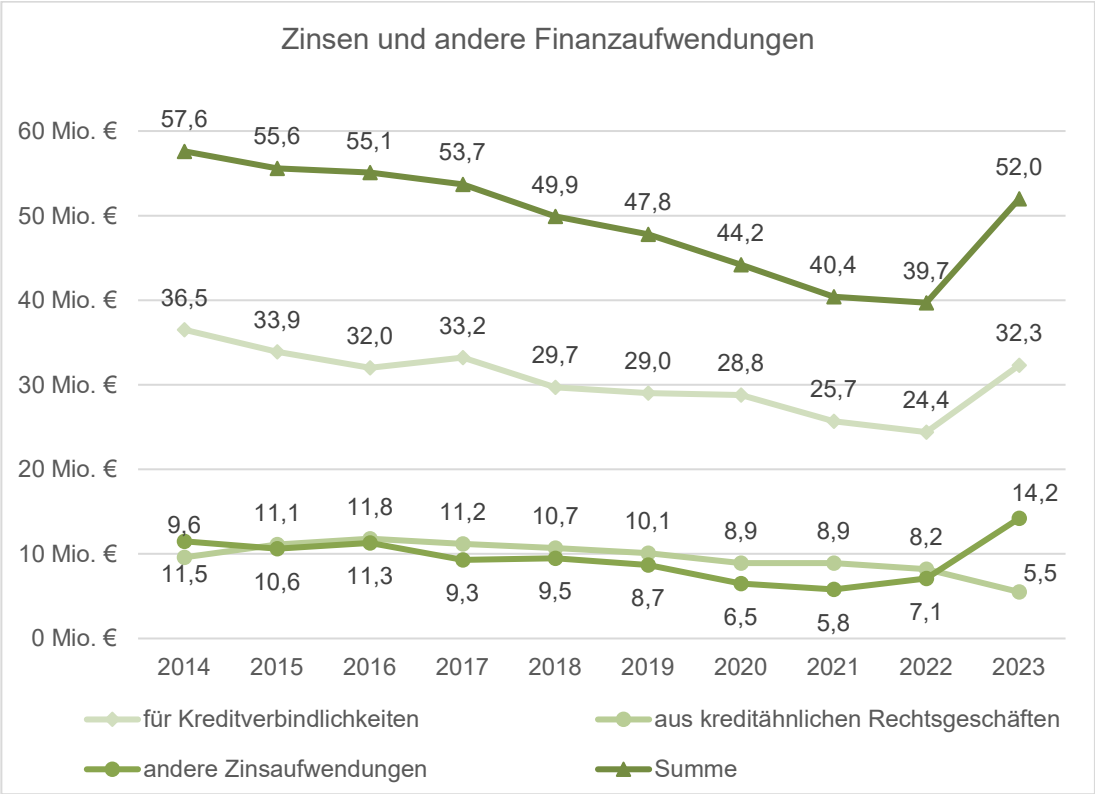
ER.22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen

2023	**51.969.553,14 €**
2022	**39.665.000,51 €**

Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
Zinsen für Kreditverbindlichkeiten	32.312.707,21	24.399.768,49
Zinsen für Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	5.513.348,49	8.241.730,71
Zinsen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	9.378.464,49	2.556.019,57
Sonderbeiträge und Ansparraten Hessischer Investitionsfonds	761.038,52	867.709,99
Zinsdienstumlage Konjunkturprogramm	319.967,00	337.488,00
Sonstiger Zinsaufwand	3.684.027,43	3.262.283,75
	51.969.553,14	**39.665.000,51**

Der Posten hat sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt:



7-20: Entwicklung der Zinsen und anderen Finanzaufwendungen

Die **Zinsen für Kreditverbindlichkeiten** als größter Posten, aber auch die Zinsen **gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen**, sind gegenüber dem Vorjahr um 7,9 Mio. € bzw. 6,8 Mio. € gestiegen. Per Saldo erhöhte sich der Zinsaufwand in dieser Position um 12,3 Mio. €. **Dies ist vor allem auf das gestiegene Zinsniveau** am Kapitalmarkt **zurückzuführen**, das zu höheren Zinssätzen bei Neuaufnahmen und Prolongationen führte.

Der Rückgang der **Zinsen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften** auf 5,5 Mio. € im Jahr 2023 von zuvor 8,2 Mio. € im Jahr 2022 beruht auf der Kombination aus kontinuierlicher Tilgung, fehlenden Neuaufnahmen und damit einhergehend rückläufigen Zinszahlungen. Dies war etwas höher als in den Vorjahren und war auf einen Korrekturbedarf beim Kreditgeschäft Breite Gasse zurückzuführen.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Darstellungen zur **Entwicklung der Schulden und des Schuldendienstes** in Tz. 6.3.5.2 sowie zu den Kreditverbindlichkeiten in Tz. 7.2.1.2 – Posten P.4.2.

ER.23 Finanzergebnis

2023	**4.135.505,35 €**
2022	**8.279.293,68 €**

Der Saldo aus Finanzerträgen (ER.21) sowie Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen (ER.22) ergibt das Finanzergebnis.

ER.24 Ordentliches Ergebnis

2023	**240.561.439,81 €**
2022	**187.027.223,03 €**

Der Saldo aus Verwaltungsergebnis (ER.20) und Finanzergebnis (ER.23) ergibt das ordentliche Ergebnis.

ER.25 Außerordentliche Erträge

2023	**178.481.716,38 €**
2022	**50.468.480,73 €**

Die außerordentlichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	in €	in €
Zuschreibung Finanzanlagevermögen	158.109.082,90	8.597.152,11
Dienstherrenwechsel	8.648.865,96	8.808.137,30
Veräußerung von Sachanlagevermögen	6.087.418,48	2.427.981,14
Grundstückszugang Bodenordnung	3.727.529,99	0,00
Auflösung Sonderposten (Anlagevermögen)	1.152.067,11	23.343.679,85
Auflösung Rückstellungen Instandhaltung	380.936,58	90.967,93
Auflös. Sonderposten (Gebührenhaushalt)	1.233,09	0,00
Finanzanlagevermögen (Entnahme aus der Rücklage für Bewertungsgewinne; Veräußerungen)	0,00	7.120.490,45
Sonstiges	374.582,27	80.071,95
	178.481.716,38	**50.468.480,73**

Aufgrund der Art des Postens ist eine Analyse von Veränderungen gegenüber dem Vorjahr nicht sinnvoll.

Bei den **Zuschreibungen auf das Anlagevermögen** sind im Wesentlichen Zuschreibungen auf Beteiligungsbuchwerte und durch Neubewertung von rund 154,3 Mio. € erfolgt. Diese stehen im Zusammenhang mit in 2022 erfolgten zu hohen außerplanmäßigen Abschreibungen; wir verweisen insoweit auf unsere Schlussberichte 2022. Ferner resultieren die Erträge aus Aufhebungen von Erbbaurechten von rund 3,8 Mio. €.

Den bei **Dienstherrenwechseln** aufgrund von Abfindungszahlungen von den „abgebenden Dienstherren“ entstandenen außerordentlichen Erträgen von 3,6 Mio. €, stehen in gleicher Höhe außerordentliche Aufwendungen im Posten ER.26 für die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen gegenüber.[86] Zudem enthält die Position 5,6 Mio. € Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen für den Fall von Wechseln zu anderen Dienstherren. Diesen stehen im Posten ER.26 die Abfindungsaufwendungen für an „aufnehmende Dienstherren“ zu leistende Zahlungen in gleicher Höhe gegenüber.

[86] Aufgrund einer Neuwertung des Sachverhaltes durch das damalige HMdIS wird der Posten in naher Zukunft unter dem ordentlichen Ergebnis auszuweisen sein.

Bei der **Auflös. Sonderposten (Gebührenhaushalt)** handelt sich um eine Entnahme aus dem Sonderposten Bauaufsicht (PG 15.01) von 1.233,09 €.

Die **Rücklage für Bewertungsgewinne** wurde im vergangenen Jahr in vollem Umfang in Anspruch genommen, da die Stadtkämmerei bei der Aufstellung des Jahresabschlusses einen hohen Abschreibungsbedarf auf Beteiligungen gesehen hatte. Im Berichtsjahr erfolgte eine Zuführung von 1.529.385,91 €. Wir verweisen auf die Erläuterungen in Tz. 7.2.1.2 zum Posten P.1.2.3.1.

ER.26 Außerordentliche Aufwendungen

2023	**27.513.674,20 €**
2022	**205.362.763,79 €**

Die außerordentlichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	in €	in €
Abschreibungen von Finanzanlagevermögen und Veräußerungsverluste	12.856.329,77	189.172.826,65
Dienstherrenwechsel	8.648.865,96	8.808.137,30
Veräußerungsverluste aus Abgängen des Sachanlagevermögens	3.998.344,20	2.405.920,75
Zuführung zur Rücklage für Bewertungsgewinne	1.529.385,91	0,00
Abschreibungen von Immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagevermögen	422.701,02	4.482.507,14
Sonstiges	58.047,34	493.371,95
	27.513.674,20	**205.362.763,79**

Aufgrund der Art des Postens ist eine Analyse von Veränderungen gegenüber dem Vorjahr nicht sinnvoll.

Die **Abschreibungen von Finanzanlagevermögen** umfassen insbesondere die im Vorjahr empfohlene und in 2023 erfolgte Wertberichtigung für das an die **DomRömer** ausgereichte Darlehen (12,16 Mio. €). Wir verweisen auf die Prüfungsfeststellungen in Tz. 7.2.1.2 zum Vermögensrechnungsposten A.1.3.2.

Wegen der bei **Dienstherrenwechseln** entstandenen außerordentlichen Aufwendungen verweisen wir auf die Ausführungen bei dem Posten ER.25 zu den außerordentlichen Erträgen.

Im Berichtsjahr erfolgte eine Zuführung von 1.529.385,91 € in die Rücklage für Bewertungsgewinne. Wir verweisen auf die Erläuterungen in Tz. 7.2.1.2 zum Posten P.1.2.3.1.

ER.27 Außerordentliches Ergebnis

2023	**150.968.042,18 €**
2022	**-154.894.283,06 €**

Das außerordentliche Ergebnis ergibt sich aus der Summe der außerordentlichen Erträge (ER.25) und Aufwendungen (ER.26).

ER.28 Jahresergebnis

2023	**391.529.481,99 €**
2022	**32.132.939,97 €**

Das Jahresergebnis ergibt sich aus der Summe des ordentlichen (ER.24) und des außerordentlichen (ER.27) Ergebnisses:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
ordentliches Ergebnis	240.561.439,81	187.027.223,03
außerordentliches Ergebnis	150.968.042,18	-154.894.283,06
	391.529.481,99	**32.132.939,97**

Das **ordentliche Ergebnis 2022** von 187.027.223,03 € wurde im Haushaltsjahr 2023 aufgrund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung § 3595 vom 20.07.2023 (M 61 vom 28.04.2023) der "Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses" zugeführt. Wir verweisen auf Tz. 7.2.1.2 (Erläuterungen und Feststellungen zur Vermögensrechnung – Posten P.1.2.1).

Das **außerordentliche Ergebnis 2022** von -154.894.283,06 € wurde im Haushaltsjahr 2023 aufgrund des vorgenannten Beschlusses mit dem Verlustvortrag verrechnet. Wir verweisen auf Tz. 7.2.1.2 (Erläuterungen und Feststellungen zur Vermögensrechnung – Posten P.1.3.1.2).

Es ergaben sich hinsichtlich der ordnungsgemäßen (stetigen) Verbuchung des Ergebnisses aus 2022 im Haushaltsjahr bzw. im Jahresabschluss 2023 **keine Beanstandungen.**

Hinsichtlich der buchhalterischen Behandlung des **ordentlichen und des außerordentlichen Ergebnisses 2023** im nachfolgenden Haushaltsjahr 2024, verweisen wir auf Tz. 6.2 „Aufstellung des Jahresabschlusses“.

Zur Entwicklung der Ergebnisse in den letzten zehn Jahren verweisen wir auf die grafische Darstellung in Tz. 6.3.4.1.

Unsere **Prüfungsfeststellungen** haben zu einem **per Saldo um 3,9 Mio. € geringerem Jahresergebnis** geführt.

7.2.3 Finanzrechnung

Wir verweisen hierzu auf Kapitel 4 des Jahresabschlusses.

In der Finanzrechnung wird die Veränderung des Zahlungsmittelbestands vom Beginn und zum Schluss des Haushaltsjahres über die folgenden vier Zahlungsmittelflüsse nachgewiesen:

	2023	2022	Veränderung
Zahlungsmittelfluss aus	**in €**	**in €**	**in €**
laufender Verwaltungstätigkeit	451.778.824,29	493.156.921,26	-41.378.096,97
Investitionstätigkeit	-350.892.467,01	-544.532.825,16	193.640.358,15
Finanzierungstätigkeit	117.022.918,49	149.165.374,04	-32.142.455,55
haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	-56.750.563,62	-75.412.532,43	18.661.968,81
Saldo	**161.158.712,15**	**22.376.937,71**	**138.781.774,44**
Zahlungsmittelbestand am 01.01.	472.817.774,10	450.440.836,39	22.376.937,71
Zahlungsmittelbestand am 31.12.	633.976.486,25	472.817.774,10	161.158.712,15

7-21: Entwicklung der Finanzrechnung

Die Finanzrechnung wird bei der Stadt Frankfurt am Main nach der **direkten Methode** direkt aus SAP ERP erzeugt. Dafür sind den Sachkonten Finanzpositionen zugeordnet, sodass diese automatisch mitgebucht werden.

Zudem beinhaltet der Jahresabschluss im Anhang in Ziffer 7.4 einen tabellarischen Vorjahresvergleich mit der absoluten und relativen Abweichung der Finanzpositionswerte einschließlich den Erläuterungen hierzu. Diese sehen wir als hinreichend für einen guten Informationsgehalt unter Einhaltung der einschlägigen kommunalrechtlichen Vorschriften an (siehe Tz. 7.2.5.3).

In Ziffer 4 des Jahresabschlusses wird die direkte Finanzrechnung (Tabelle 4.1) zudem mit dem Ergebnis des Vorjahres, den Werten des fortgeschriebenen Planes 2023, den Ergebnissen des Jahres 2023 und die Abweichungen zwischen dem fortgeschriebenen Plan 2023 und den Ergebnissen 2023 dargestellt.

Wir verweisen an dieser Stelle auch auf unsere **Erläuterungen zur Entwicklung der Zahlungsmittelflüsse** in Tz. 6.3.5.1.

7.2.4 Kernaussagen und Kennzahlen

Wir verweisen hierzu auf Kapitel 5 des Jahresabschlusses.

Die in Ziffer 5.1 dargestellten **Kernaussagen** bilden eine Art Überleitung zu den in Kapitel 6. im Lage- und Rechenschaftsbericht dargestellten Analysen und Erläuterungen.

In den Ziffern 5.2.1 bis 5.2.3 werden die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt anhand der gezeigten **Kennzahlen** analysiert.

Die Kernaussagen und Kennzahlen werden zutreffend aus den Jahresabschlussdaten ermittelt und beschrieben.

7.2.5 Anhang

Wir verweisen hierzu auf Kapitel 7 des Jahresabschlusses.

7.2.5.1 Vorbemerkungen

Dem Jahresabschluss 2023 ist gemäß § 112 Abs. 4 HGO und § 50 Abs. 1 GemHVO ordnungsgemäß ein Anhang beigefügt worden. Die Hinweise Nr. 2 und 3 zu § 50 GemHVO empfehlen, sich für die Gestaltung und den Aufbau des Anhangs an einer vorgegebenen Struktur (Allgemeine Angaben, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Erläuterungen der Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung, Sonstige Angaben) auszurichten. Diese Empfehlungen sind beachtet worden.

Der Anhang enthält im Wesentlichen die nach § 50 GemHVO vorgeschriebenen Erläuterungen. Abweichende Feststellungen oder Empfehlungen haben wir in den folgenden Textziffern dargestellt.

Weil stadtweit – wie in Tz. 7.1.2.2 erwähnt – ein zentrales IT-gestütztes **Vertragsmanagement** fehlt, kann von uns die **Vollständigkeit** der Anhangsangaben weiterhin **nicht bestätigt** werden.

7.2.5.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Gemäß § 50 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO sind die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang anzugeben. Die Angaben erfolgen getrennt für die Vermögensrechnung (für Aktiva und Passiva) in Ziffer 7.1.1 sowie für die Ergebnisrechnung in Ziffer 7.1.2.

Die Angaben sind relativ ausführlich, können jedoch nicht alle Besonderheiten einer Großstadtverwaltung wiedergeben. Ergänzungen werden nach Erkennen der Notwendigkeit in nachfolgenden Abschlüssen aufgenommen.

Im Anhang 2023 wurde in Ziffer 7.1.1.1 zur Bewertung des Finanzanlagevermögens das von der Stadtkämmerei neu konzipierte und erstmalig angewendete Verfahren zur Beteiligungsbewertung zum 31.12.2023 zutreffend angegeben.

Wir verweisen ergänzend auf Tz. 7.3 über unsere Zusammenfassende Beurteilung des Jahresabschlusses.

7.2.5.3 Erläuterungen zur Vermögensrechnung, zur Ergebnisrechnung und zur Finanzrechnung

Wir verweisen hierzu auf die Ziffern 7.2, 7.3 und 7.4 des Jahresabschlusses.

Unsere Feststellungen zu den einzelnen Posten im Jahresabschluss 2023, die unter den Tz. 7.2.1 (Vermögensrechnung), Tz. 7.2.2 (Ergebnisrechnung) und Tz. 7.2.3 (Finanzrechnung) sowie der Umbuchungsliste (**Anlage 1**) dieses Schlussberichts dargestellt werden, bewirken grundsätzlich auch entsprechende Änderungen in den Anhangangaben.

Die im aktuellen Anhang gemachten Erläuterungen zur Vermögensrechnung (Ziffer 7.2), Ergebnisrechnung (Ziffer 7.3) und zur Finanzrechnung (Ziffer 7.4) sehen wir als hinreichend für einen guten Informationsgehalt unter Einhaltung der einschlägigen kommunalrechtlichen Vorschriften an.

7.2.5.4 Organe der Stadt Frankfurt am Main

Es sind die Mitglieder der Gemeindevertretung (Stadtverordnetenversammlung) und des Gemeindevorstands (Magistrat) mit dem Familiennamen und mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen anzugeben, auch wenn sie im Haushaltsjahr den Gemeindeorganen nur zeitweise angehört haben (§ 50 Abs. 2 Nr. 11 GemHVO).

Wir sind im Rahmen der Prüfung der Ziffer 7.5.1 des Jahresabschlusses nicht auf fehlende oder wesentliche fehlerhafte Angaben gestoßen.

7.2.5.5 Anzahl der Beamtinnen und Beamten und Beschäftigten

Im Anhang wird in Ziffer 7.5.2 „*die durchschnittliche Zahl der Beamten und Arbeitnehmer, die während des Haushaltsjahres zur Gemeinde in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis standen*“, basierend auf den Zahlen des Berichtszyklus für die Stadtverordnetenversammlung (31.12.2022, 30.04.2023, 31.08.2023 und 31.12.2023) zutreffend angegeben (§ 50 Abs. 2 Nr. 10 GemHVO).

7.2.5.6 Haftungsverhältnisse

Die Angaben in Ziffer 7.5.3 des Jahresabschlusses über Haftungsverhältnisse, die nicht in der Vermögensrechnung enthalten sind (§ 50 Abs. 2 Nr. 4 GemHVO), erfüllen die gesetzlichen Anforderungen.

Die Stadt verfügt nach wie vor nicht über ein (zentrales/IT-gestütztes) Vertragsmanagementsystem! Es bestehen somit **Restunsicherheiten** hinsichtlich der vollständigen Ermittlung der Angaben der durch die Stadt **eingegangenen Haftungsverhältnisse**. **Daher kann die Vollständigkeit dieser Angaben von uns weiterhin nicht bestätigt werden** (siehe hierzu auch Tz. 7.1.2.2).

7.2.5.7 Anlagenportfolio zur Finanzierung von Personalrückstellungen und im Bereich der unselbstständigen Stiftungen

In der Ziffer 7.5.4 des Jahresabschlusses berichtet der Magistrat zusammengefasst über die Struktur des Anlagenportfolios zur Finanzierung von Personalrückstellungen (für Neuverbeamtungen und gem. dem Hessischen Versorgungsrücklagengesetz) und für den Bereich der 21 rechtlich unselbstständigen Stiftungen. **Die Angaben erfüllen ihren Zweck.**

Die Entwicklung der in den Posten A.1.3.5 und A.1.3.6 bilanzierten Wertpapiere des Anlagevermögens sowie Sonstige Ausleihungen (Festgelder, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen) zum 31.12.2023 sind durch Konto- bzw. Depotauszüge nachgewiesen.

7.2.5.8 Sonstige Sachverhalte von vermögensrechtlicher Bedeutung

Im Anhang wird über sonstige Sachverhalte von vermögensrechtlicher Bedeutung in Ziffer 7.5.5 des Jahresabschlusses berichtet:

- Die **Angaben zu den Kreditähnlichen Rechtsgeschäften** (Ziffer 7.5.5.1) sind insgesamt zutreffend erfolgt.
- Da die Stadt nach wie vor über **kein (zentrales/IT-gestütztes) Vertragsmanagementsystem** verfügt, ist eine systematische Vorgehensweise zur Ermittlung der Angaben der **Sonstigen finanziellen Verpflichtungen** (Ziffer 7.5.5.2) nicht sichergestellt. **Daher kann die Vollständigkeit dieser Angaben von uns weiterhin nicht bestätigt werden** (siehe hierzu auch Tz. 7.1.2.2). Wir konnten jedoch feststellen, dass die im Anhang dokumentierten Sachverhalte von vermögensrechtlicher Bedeutung wertmäßig nahezu gleichgeblieben sind. Der im Vorjahr ausgewiesene Wert von rund 6,0 Mrd. € verringerte sich zum 31.12.2023 auf rund 5,9 Mrd. €. Darüber hinaus sind fünf (Vj.: fünf) Sachverhalte lediglich als Text benannt worden, die auf unbestimmte Zeit vereinbart sind. Eine wertmäßige Angabe (unter Berücksichtigung eines vertraglich festgelegten Enddatums) ist hierbei nicht möglich. Seit 2020 ist auch die gesetzliche Umlageverpflichtung, u. a. für den Landeswohlfahrtsverband (LWV) dort vermerkt. Diese Umlage ist für die Zukunft nicht bezifferbar (Aufwand 2023: 314,12 Mio. €). Ein Verweis auf die Tabelle 6-11 „Umlagen“ bei Ziffer 6.5.2.7 „Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen“ ist erfolgt. Dort werden alle Umlagen tabellarisch dargestellt.
- Zu Ziffer 7.5.5.3 **Weitere Sachverhalte von vermögensrechtlicher Bedeutung** ergeben sich folgende Feststellungen:
  - Wie bereits in den Vorjahren angemerkt, sollten die Anhangsangaben zu den **Dotationsverpflichtungen** der Stadt (Ziffer 7.5.5.3 a) angepasst werden. Für diese ist **nicht „ein in Deutschland einmaliger Dotationsvertrag“ maßgeblich**. Die entsprechenden **Verpflichtungen resultieren aus Urkunden mit der evangelischen und der katholischen Kirche**.
  - Die Angaben zu den **Pensions- und Beihilfeverpflichtungen** (Ziffer 7.5.5.3 b)) sind zutreffend; auf unsere **Ausführungen zum Bewertungsunterschied und den Pensionslasten** beim Posten P.3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wird verwiesen.

- Die Angaben zur **städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme** im **Entwicklungsgebiet Riedberg** (Ziffer 7.5.5.3 c)) sind inhaltlich zutreffend und decken sich grundsätzlich mit den Werten im Jahresabschluss. Der Gesamtbetrag des Sonderpostens für das Entwicklungsgebiet Riedberg wird mit 164,44 Mio. € korrekt ausgewiesen.
- Bezüglich der in Ziffer 7.5.5.3 d) dargestellten **steuerlichen Rückzahlungsrisiken** verweisen wir auf unsere Ausführungen in Tz. 7.2.1.2 zum Posten P.3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse.

7.2.5.9 Übersicht über fremde Zahlungsmittel

Dem Anhang ist eine Übersicht über fremde Zahlungsmittel beizufügen (§ 50 Abs. 2 Nr. 9 GemHVO i. V. m. § 15 GemHVO). Die Erläuterungen unter Ziffer 7.5.6 in Verbindung mit der Übersicht „Kontokorrentkonten der Gesellschaften, Eigenbetriebe und Sondervermögen“ in Ziffer 7.5.8 des Jahresabschlusses 2023 erfüllen diese Vorgabe.

Der Bestand der hier dargestellten fremden Zahlungsmittel hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Mio. € auf rund 238,5 Mio. € vermindert (Vj.: 240,7 Mio. €).

7.2.5.10 Beteiligungsübersicht

Die **Übersichten (Eigenbetriebe und Sondervermögen sowie Gesellschaften)** in Ziffer 7.5.7 **entsprechen grundsätzlich den Anforderungen, die das HGB für handelsrechtliche Jahresabschlüsse vorgibt.** Wegen fehlender Vorgaben in der GemHVO bzw. den Verwaltungsvorschriften wird hierauf hilfsweise zurückgegriffen. Daneben werden auch die Mitgliedschaften in Verbänden als direkte städtische Beteiligungen aufgeführt.

7.2.5.11 Kontokorrentkonten der Gesellschaften, Eigenbetriebe und Sondervermögen

Die Abgaben zu den Kontokorrentkonten der Gesellschaften, Eigenbetriebe und Sondervermögen in Ziffer 7.5.8 des Jahresabschlusses ergaben sich keine Beanstandungen. Wir verweisen ferner auf die vorgenannte Tz. 7.2.5.9 zur Übersicht über fremde Zahlungsmittel.

Der Bestand der Kontokorrentkonten hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Mio. € auf rund 181,9 Mio. € erhöht (Vj.: 179,2 Mio. €).

7.2.5.12 Rechtlich unselbstständige Stiftungen

Die Übersicht der rechtlich unselbstständigen Stiftungen in Ziffer 7.5.9 des Jahresabschlusses **ist vollständig**. Es werden 21 Stiftungen hinsichtlich ihres Stiftungszweckes dargestellt.

7.3 Zusammenfassende Beurteilung des Jahresabschlusses

Die vom Magistrat bei der Aufstellung des Jahresabschlusses **angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden** für die Posten der Vermögensrechnung entsprechen in allen wesentlichen Belangen den geltenden kommunalrechtlichen Vorschriften der HGO, der GemHVO sowie den hierzu erlassenen Hinweiserlassen des damaligen HMdIS. Sie sind im Anhang zum Jahresabschluss in Ziffer 7.1 beschrieben.

Sofern die **Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten** sowie die **Nutzung von Ermessensspielräumen** einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt haben, haben wir dies in der vorstehenden Tz. 7.2 angegeben.

Hervorzuheben sind:

- der **Nichtansatz von Vorräten**,
- die Ausübung der **Ansatzwahlrechte von Rückstellungen** gemäß § 39 Abs. 2 GemHVO,
- die **Bewertung der Pensions- und Beihilferückstellungen** gemäß § 41 Abs. 6 GemHVO.

In folgenden Fällen wird nach unseren Feststellungen gegen die allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 40 GemHVO verstoßen:

- Vereinzelt **fehlende Ertragsbuchungen zum Realisationszeitpunkt**, welche die Vermögens- und Ertragslage schwächen, da sie entgegen der GoB erst nach Zahlungseingang gebucht werden; dies entspricht nicht der Vorgabe des § 40 Nr. 4 GemHVO.

In **Gesamtwürdigung** der zuvor beschriebenen

- Ansatz- und Bewertungsgrundlagen,
- ausgeübten Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten sowie
- genutzten Ermessensspielräumen,

sind wir dennoch der Überzeugung, dass der Jahresabschluss 2023 insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermittelt.

8 Prüfungsurteile

An die Stadt Frankfurt am Main[87]

Wir haben den Jahresabschluss der Stadt Frankfurt am Main – bestehend aus der Vermögensrechnung zum 31.12.2023, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lage- und Rechenschaftsbericht der Stadt Frankfurt am Main für das Haushaltsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 geprüft. Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses haben wir die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft für das Haushaltsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 geprüft.

Im Rahmen der stichprobenartig durchgeführten Prüfungen wurden mit einzelnen Ausnahmen keine Sachverhalte festgestellt, dass den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit nicht entsprochen wurde.

Die haushaltswirtschaftliche Lage der Stadt Frankfurt am Main ist auf der Grundlage der Verhältnisse des Abschlussjahres noch geeignet, die stetige Erfüllung der der Stadt obliegenden Aufgaben zu gewährleisten.

Prüfungsurteile zum Haushaltsplan und zur Haushaltswirtschaft

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- wurde der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 eingehalten (§ 128 Abs. 1 Nr. 1 HGO).
- hat die Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2023 insgesamt den geltenden gesetzlichen Vorschriften entsprochen (§ 128 Abs. 1 Nr. 2 und 3 HGO).

[87] Gem. den Hinweisen Nr. 2 bis 8 zu § 128 HGO (Erlass des damaligen HMdIS vom 27.09.2021) soll der Schlussbericht nach § 128 Abs. 2 HGO mit einem zusammenfassenden Prüfungsurteil (Prüfungsergebnis oder Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes) abschließen, welches eine klar formulierte Aussage über das Ergebnis der durchgeführten Prüfungen nach § 128 Abs. 1 HGO enthalten soll. Dieses hat Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung zu beschreiben und dabei die angewandten Prüfungsgrundsätze anzugeben. Das Prüfungsurteil soll sich in Aussagen zur Haushaltswirtschaft und zum Jahresabschluss gliedern. Die Prüfungsurteile über den Jahresabschluss und den Lagebericht orientieren sich an dem, im IDW Prüfungsstandard 400 n. F. „*Bildung eines Prüfungsurteils und Erteilung eines Bestätigungsvermerks*“ enthaltenen, Musterbestätigungsvermerk. Der IDW Prüfungsstandard 405 „*Modifizierungen des Prüfungsurteils im Bestätigungsvermerk*“ wurde ergänzend berücksichtigt.

Eingeschränkte Prüfungsurteile über den Jahresabschluss und den Lage- und Rechenschaftsbericht

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der Jahresabschluss mit Ausnahme der Auswirkungen der im Abschnitt „Grundlage für die eingeschränkten Prüfungsurteile“ beschriebenen Sachverhalte in allen wesentlichen Belangen den für die Stadt Frankfurt am Main geltenden hessischen kommunalrechtlichen Vorschriften der HGO und der GemHVO und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2023 sowie ihrer Ertragslage für das Haushaltsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 und
- vermittelt der Lage- und Rechenschaftsbericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Frankfurt am Main. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Bericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Sinngemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung mit Ausnahme der genannten Einschränkungen der Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lage- und Rechenschaftsbericht zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lage- und Rechenschaftsberichts geführt hat.

Grundlage für die eingeschränkten Prüfungsurteile

- Das Sachanlagevermögen beinhaltet das **alte Bettenhochhaus des Klinikum Höchst**. Dies steht seit der Einweihung des Neubaus mit Umzug in 2023 leer. Es wird seit 2024 abgerissen und hätte zum 31.12.2023 mit 5,8 Mio. € außerplanmäßig abgeschrieben werden müssen.
- Ein **an den Verein Friends of MOMEM e. V. gewährtes Darlehen** von 500 T€ ist als nicht werthaltig zu beurteilen und hätte zum 31.12.2023 vollständig wertberichtigt werden müssen.
- Die **Vollständigkeit des Anhangs** können wir mit Hinweis auf das weiterhin fehlende (zentrale/IT-gestützte) Vertragsmanagementsystem nicht bestätigen.

Diese Sachverhalte beeinträchtigen auch die im Lage- und Rechenschaftsbericht erfolgte Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Jahresergebnisses und der Lage der Stadt Frankfurt am Main sowie die Darstellung der Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung.

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lage- und Rechenschaftsberichts in Anlehnung an § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e. V. (IDR) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lage- und Rechenschaftsberichtes“ unserer Prüfungsurteile weitergehend beschrieben.

Wir sind gem. § 130 Abs. 1 HGO unabhängig in Übereinstimmung mit den gemeinde- und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen Berufspflichten in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des IDR erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere eingeschränkten Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lage- und Rechenschaftsbericht zu dienen.

Verantwortung des Magistrats für den Jahresabschluss und den Lage- und Rechenschaftsbericht

Der Magistrat ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den für die Stadt Frankfurt am Main geltenden kommunalrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Frankfurt am Main vermittelt. Ferner ist der Magistrat verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Magistrat dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Stadt Frankfurt am Main zur dauernden Leistungsfähigkeit im Sinne einer nachhaltigen Finanzwirtschaft zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zu identifizieren und zu bewerten und bei der Aufstellung zu berücksichtigen.

Außerdem ist der Magistrat verantwortlich für die Aufstellung des Lage- und Rechenschaftsberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Frankfurt am Main vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den hessischen, kommunalrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Magistrat verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lage- und Rechenschaftsberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden hessischen kommunalrechtlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lage- und Rechenschaftsbericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lage- und Rechenschaftsberichtes

Die örtliche Rechnungsprüfung ist bei der Erfüllung der ihr zugewiesenen Prüfungsaufgaben gem. § 130 Abs. 1 HGO unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Sie ist für eine sachgerechte Prüfung verantwortlich und hat auf die Klärung von Unregelmäßigkeiten zu achten.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist,
- ob der Lage- und Rechenschaftsbericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Frankfurt am Main vermittelt
- ob der Lage- und Rechenschaftsbericht in allen wesentlichen Belangen
  - mit dem Jahresabschluss als auch mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
  - den hessischen kommunalrechtlichen Vorschriften entspricht,
  - die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt,

und schließlich Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lage- und Rechenschaftsbericht abzugeben.

Während der örtlichen Prüfung üben die Mitarbeitenden des Rechnungsprüfungsamts pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Mit diesen Prüfungsurteilen ist die Erwartung verbunden, dass die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen im Rahmen des Haushaltsvollzugs und der Aufstellung künftiger Jahresabschlüsse vorgenommen werden.

Es bestehen unter diesen Prämissen keine Bedenken, über den von uns geprüften Jahresabschluss 2023 zu beschließen und damit zugleich dem Magistrat die Entlastung für das Haushaltsjahr 2023 gemäß § 114 HGO auszusprechen.

Eine Zusammenfassung unserer Prüfungsfeststellungen ist in Tz. 1 dargestellt.

Frankfurt am Main, den 11.04.2025

Die Leitung des Revisionsamts

gez. Wieden gez. Lachnit

(Wieden) (Lachnit)

Anlagen

Anlagenverzeichnis **Seite**

Anlage 1 Umbuchungsliste zum Jahresabschluss 2023..... 191

Anlage 2 Stadt Frankfurt am Main – Korrigierter Jahresabschluss zum 31.12.2023..... 192

Anlage 3 Dezernate, Ämter/Betriebe nach Produktbereichen und -gruppen..... 195

Anlage 1 Umbuchungsliste zum Jahresabschluss 2023

Umbuchung				SOLL			HABEN		
Lfd. Nr.	PF Nr.	Nr.	Feststellung	Posten der Vermögens- / Ergebnisrechnung		Betrag	Posten der Vermögens- / Ergebnisrechnung		Betrag
				Nr.	Bezeichnung	Soll in €	Nr.	Bezeichnung	Haben in €
1	1	1	Versäumte außerplanmäßige Abschreibung des alten A-Gebäudes der Städtischen Kliniken Frankfurt am Main Höchst	ER.26	Außerordentliche AfA	5.839.353,00	A.1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	5.839.353,00
2	2	1	Vollständige Wertberichtigung des an den Verein Friends of MOMEM e. V. gewährten Darlehens, Rückzahlung ist zweifelhaft	ER.26	Außerordentliche Aufwendungen	500.000,00	A.1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	500.000,00
3	6	1	Umbuchung der nicht mit debitorischen OP korrespondierenden Geldeingänge für Vermietungen und Verpachtungen des Amtes für Bau und Immobilien abzgl. der in diesem Bereich bestehenden OP zum Stichtag	P.4.9	Sonstige Verbindlichkeiten	2.455.702,49	ER.1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.455.702,49
						8.795.055,49			**8.795.055,49**

Anlage 2 Stadt Frankfurt am Main – Korrigierter Jahresabschluss zum 31.12.2023

Korrigierte Vermögensrechnung

Aktiva		alt: 31.12.2023	Soll	Haben	neu: 31.12.2023
		in €	in €	in €	in €
A.1	**Anlagevermögen**	**17.250.713.232,59**	**0,00**	**6.339.353,00**	**17.244.373.879,59**
A.1.1	immaterielle Vermögensgegenstände	780.520.419,17	0,00	0,00	780.520.419,17
A.1.1.1	Konzessionen, Lizenzen, ähnliche Rechte	16.037.345,00	0,00	0,00	16.037.345,00
A.1.1.2	geleistete Investionszuweisungen und -zuschüsse	764.483.074,17	0,00	0,00	764.483.074,17
A.1.2	Sachanlagevermögen	13.959.125.569,38	0,00	5.839.353,00	13.953.286.216,38
A.1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	7.114.736.920,35	0,00	0,00	7.114.736.920,35
A.1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	2.082.639.665,72	0,00	5.839.353,00	2.076.800.312,72
A.1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	3.959.401.258,35	0,00	0,00	3.959.401.258,35
A.1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	12.622.982,00	0,00	0,00	12.622.982,00
A.1.2.5	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	128.419.539,00	0,00	0,00	128.419.539,00
A.1.2.6	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	661.305.203,96	0,00	0,00	661.305.203,96
A.1.3	Finanzanlagevermögen	2.464.763.244,04	0,00	500.000,00	2.464.263.244,04
A.1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	1.353.271.221,92	0,00	0,00	1.353.271.221,92
A.1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	400.502.129,08	0,00	0,00	400.502.129,08
A.1.3.3	Beteiligungen	95.798.315,89	0,00	0,00	95.798.315,89
A.1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	57.917.730,73	0,00	0,00	57.917.730,73
A.1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	38.936.132,09	0,00	0,00	38.936.132,09
A.1.3.6	sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	518.337.714,33	0,00	500.000,00	517.837.714,33
A.1.4	sparkassenrechtl. Sonderbeziehungen	46.304.000,00	0,00	0,00	46.304.000,00
A.2	**Umlaufvermögen**	**1.075.380.333,35**	**0,00**	**0,00**	**1.075.380.333,35**
A.2.1	Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	0,00	0,00	0,00
A.2.2	fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	0,00	0,00	0,00	0,00
A.2.3	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	441.403.847,10	0,00	0,00	441.403.847,10
A.2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	175.424.731,75	0,00	0,00	175.424.731,75
A.2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	162.607.239,70	0,00	0,00	162.607.239,70
A.2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	55.026.750,71	0,00	0,00	55.026.750,71
A.2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	21.206.019,59	0,00	0,00	21.206.019,59
A.2.3.5	sonstige Vermögensgegenstände	27.139.105,35	0,00	0,00	27.139.105,35
A.2.4	flüssige Mittel	633.976.486,25	0,00	0,00	633.976.486,25
A.3	**Rechnungsabgrenzungsposten**	**87.831.985,96**	**0,00**	**0,00**	**87.831.985,96**
	Summe Aktiva	**18.413.925.551,90**	**0,00**	**6.339.353,00**	**18.407.586.198,90**

Passiva		alt: 31.12.2023	Soll	Haben	neu: 31.12.2023
		in €	in €	in €	in €
P.1	**Eigenkapital**	**8.471.092.376,22**	**6.339.353,00**	**2.455.702,49**	**8.467.208.725,71**
P.1.1	Netto-Position	7.652.963.323,90	0,00	0,00	7.652.963.323,90
P.1.2	Rücklagen und Sonderrücklagen	606.954.019,99	0,00	0,00	606.954.019,99
P.1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	577.296.989,42	0,00	0,00	577.296.989,42
P.1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00	0,00	0,00
P.1.2.3	Sonderrücklagen	29.657.030,57	0,00	0,00	
P.1.2.3.1	Zweckgebundene Rücklagen	24.881.805,79	0,00	0,00	24.881.805,79
P.1.2.3.2	Stiftungskapital	4.775.224,78	0,00	0,00	4.775.224,78
P.1.3	Ergebnisverwendung	211.175.032,33	6.339.353,00	2.455.702,49	207.291.381,82
P.1.3.1	Ergebnisvortrag	-180.354.449,66	0,00	0,00	-180.354.449,66
P.1.3.1.1	ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00	0,00	0,00
P.1.3.1.2	außerordentliche Ergebnisse aus	-180.354.449,66	0,00	0,00	-180.354.449,66
P.1.3.2	Jahresergebnis (aus ER)	391.529.481,99	6.339.353,00	2.455.702,49	387.645.831,48
P.1.3.2.1	ordentliches Ergebnis (aus ER)	240.561.439,81	500.000,00	2.455.702,49	242.517.142,30
P.1.3.2.2	außerordentliches Ergebnis (aus ER)	150.968.042,18	5.839.353,00	0,00	145.128.689,18
P.2	**Sonderposten**	**4.369.437.311,45**	**0,00**	**0,00**	**4.369.437.311,45**
P.2.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, zuschüsse und Investitionsbeiträge	1.377.726.006,07	0,00	0,00	1.377.726.006,07
P.2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	1.005.107.820,15	0,00	0,00	1.005.107.820,15
P.2.1.2	Zuweisungen vom nicht öffentl. Bereich	47.491.359,55	0,00	0,00	47.491.359,55
P.2.1.3	Investitionsbeiträge	325.126.826,37	0,00	0,00	325.126.826,37
P.2.2	Sonderposten für den Gebührenausgleich	76.900.839,57	0,00	0,00	76.900.839,57
P.2.3	Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG	0,00	0,00	0,00	0,00
P.2.4	sonstige Sonderposten	2.914.810.465,81	0,00	0,00	2.914.810.465,81
P.3	**Rückstellungen**	**1.972.776.783,42**	**0,00**	**0,00**	**1.972.776.783,42**
P.3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.788.069.828,66	0,00	0,00	1.788.069.828,66
P.3.2	Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	738.100,00	0,00	0,00	738.100,00
P.3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	66.172.361,88	0,00	0,00	66.172.361,88
P.3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00
P.3.5	sonstige Rückstellungen	117.796.492,88	0,00	0,00	117.796.492,88
P.4	**Verbindlichkeiten**	**3.526.259.007,21**	**2.455.702,49**	**0,00**	**3.523.803.304,72**
P.4.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00
P.4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	2.574.986.749,97	0,00	0,00	2.574.986.749,97
P.4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber	2.214.691.504,01	0,00	0,00	2.214.691.504,01
P.4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	39.309.376,80	0,00	0,00	39.309.376,80
P.4.2.3	sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	320.985.869,16	0,00	0,00	320.985.869,16
P.4.3	Verbindlichkeiten aus der Kreditaufnahme für die Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
P.4.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	182.974.432,13	0,00	0,00	182.974.432,13
P.4.5	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen, Investitionsbeiträgen	65.555.776,55	0,00	0,00	65.555.776,55
P.4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	44.079.221,82	0,00	0,00	44.079.221,82
P.4.7	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	24.879.872,76	0,00	0,00	24.879.872,76
P.4.8	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	418.474.497,87	0,00	0,00	418.474.497,87
P.4.9	sonstige Verbindlichkeiten	215.308.456,11	2.455.702,49	0,00	212.852.753,62
P.5	**Rechnungsabgrenzungsposten**	**74.360.073,60**	**0,00**	**0,00**	**74.360.073,60**
	Summe Passiva	**18.413.925.551,90**	**8.795.055,49**	**2.455.702,49**	**18.407.586.198,90**

Korrigierte Ergebnisrechnung

Erträge und Aufwendungen		alt: 2023	Soll	Haben	neu: 2023
		in €	in €	in €	in €
ER.1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	116.271.867,46	0,00	2.455.702,49	118.727.569,95
ER.2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	267.547.721,85	0,00	0,00	267.547.721,85
ER.3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	61.869.539,40	0,00	0,00	61.869.539,40
ER.4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	628.147,81	0,00	0,00	628.147,81
ER.5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	4.016.019.616,45	0,00	0,00	4.016.019.616,45
ER.6	Erträge aus Transferleistungen	367.849.647,90	0,00	0,00	367.849.647,90
ER.7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	271.496.729,73	0,00	0,00	271.496.729,73
ER.8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	69.017.551,21	0,00	0,00	69.017.551,21
ER.9	Sonstige ordentliche Erträge	134.840.251,19	0,00	0,00	134.840.251,19
ER.10	**Summe der ordentlichen Erträge (Posten 1 bis 9)**	**5.305.541.073,00**	**0,00**	**2.455.702,49**	**5.307.996.775,49**
ER.11	Personalaufwendungen	-719.617.370,60	0,00	0,00	-719.617.370,60
ER.12	Versorgungsaufwendungen	-185.276.589,23	0,00	0,00	-185.276.589,23
ER.13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-816.961.622,57	0,00	0,00	-816.961.622,57
ER.14	Abschreibungen	-274.389.644,07	500.000,00	0,00	-274.889.644,07
ER.15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-1.199.971.433,26	0,00	0,00	-1.199.971.433,26
ER.16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-718.425.752,28	0,00	0,00	-718.425.752,28
ER.17	Transferaufwendungen	-1.147.800.807,77	0,00	0,00	-1.147.800.807,77
ER.18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-6.671.918,76	0,00	0,00	-6.671.918,76
ER.19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Posten 11 bis 18)**	**-5.069.115.138,54**	**500.000,00**	**0,00**	**-5.069.615.138,54**
ER.20	**Verwaltungsergebnis (Posten 10 ./. Posten 19)**	**236.425.934,46**	**500.000,00**	**2.455.702,49**	**238.381.636,95**
ER.21	Finanzerträge	56.105.058,49	0,00	0,00	56.105.058,49
ER.22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-51.969.553,14	0,00	0,00	-51.969.553,14
ER.23	**Finanzergebnis (Posten 21 ./. Posten 22)**	**4.135.505,35**	**0,00**	**0,00**	**4.135.505,35**
ER.24	**Ordentliches Ergebnis (Posten 20 und Posten 23)**	**240.561.439,81**	**500.000,00**	**2.455.702,49**	**242.517.142,30**
ER.25	Außerordentliche Erträge	178.481.716,38	0,00	0,00	178.481.716,38
ER.26	Außerordentliche Aufwendungen	-27.513.674,20	5.839.353,00	0,00	-33.353.027,20
ER.27	**Außerordentliches Ergebnis (Posten 25 ./. Posten 26)**	**150.968.042,18**	**5.839.353,00**	**0,00**	**145.128.689,18**
ER.28	**Jahresergebnis (Posten 24 und Posten 27)**	**391.529.481,99**	**6.339.353,00**	**2.455.702,49**	**387.645.831,48**

Anlage 3 Dezernate, Ämter/Betriebe nach Produktbereichen und -gruppen[88]

PB	PG	Bezeichnung	Dezernat	Amt/Betrieb/Stabsstelle/Referat
10		**Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten**		
10	01	Wahlen	V	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
10	03	Integration und Antidiskriminierung	II	Amt für multikulturelle Angelegenheiten
10	04	Gleichberechtigung für Bürgerinnen	X	Frauenreferat
10	05	Statistik und Stadtbeobachtung	V	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
10	08	Geschäftsstelle der KAV	II	Geschäftsstelle der KAV
11		**Ordnung und Sicherheit**		
11	01	Einwohnerangelegenheiten	V	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
11	02	Staatsangehörigkeit und Personenstand	IV	Standesamt
11	04	Ordnung und Sicherheit	IX	Ordnungsamt
11	05	Verkehrssteuerung und -überwachung	XII	Straßenverkehrsamt
12		**Brandschutz und Rettungsdienst**		
12	01	Brandschutz	IX	Branddirektion
12	02	Leitstelle	IX	Branddirektion
12	03	Rettungsdienst	IX	Branddirektion
13		**Stadtplanung**		
13	01	Stadtplanung	III	Stadtplanungsamt
14		**Geoinformation und Grundstücksordnung**		
14	01	Vermessungen	III	Stadtvermessungsamt
14	02	Geoinformation	III	Stadtvermessungsamt
14	03	Bodenordnung	III	Stadtvermessungsamt
14	04	Immobilienconsulting und -bewertung	III	Stadtvermessungsamt
15		**Bauaufsicht und Denkmalschutz**		
15	01	Bauaufsicht	III	Bauaufsicht
15	02	Denkmalschutz und -pflege	III	Denkmalamt
16		**Nahverkehr und ÖPNV**		
16	01	Erschließung	XII	ASE
16	02	Verwendung Stellplatzablöse	XII	ASE
16	03	Verkehrsanlagen	XII	ASE
16	06	Verkehrseinrichtungen	XII	Straßenverkehrsamt
16	08	Parkierungseinrichtungen	XI	ABI
16	09	traffiQ (Operativer Bereich)	XII	Stadtkämmerei
16	10	traffiQ (Treuhandbereich)	XII	ASE
16	11	Förderung öffentlicher Personennahverkehr	XII	ASE
17		**Wohnen**		
17	01	Wohnen	III	Amt für Wohnungswesen
18		**Soziales**		
18	01	Leistungen des Jugend- und Sozialamtes	VIII	Jugend- und Sozialamt, **Eigenbetrieb Kommunale Kinder- und Jugendhilfe**
19		**Gesundheit**		
19	01	Infektiologie und Hygiene	XII	Gesundheitsamt
19	02	Medizinische Dienste	XII	Gesundheitsamt
19	03	Kinder- und Jugendmedizin	XII	Gesundheitsamt
19	04	Psychiatrie	XII	Gesundheitsamt
19	05	Drogen-, Sucht- und Präventionsthemen	XII	Drogenreferat
19	06	Krankenhaus Höchst	VI	Klinikreferat **Eigenbetrieb Städtische Kliniken**

[88] Stand 28.02.2025

PB	PG	Bezeichnung	Dezernat	Amt/Betrieb/Stabsstelle/Referat
20		**Bildung**		
20	01	Schulbetriebsmanagement/pädag. Aufgaben	XI	Stadtschulamt
20	02	Betrieb städtischer Kitas	XI	Stadtschulamt
				Eigenbetrieb Kita Frankfurt
20	03	Trägerübergreifende Kita-Aufgaben, Tagespflege	XI	Stadtschulamt
20	04	Jugend- und Erwachsenenbildung	XI	Stadtschulamt
				Eigenbetrieb Volkshochschule
20	07	Angebote der Stadtbücherei	XI	Stadtbücherei
20	13	Frankfurter Kinderbüro	XI	Frankfurter Kinderbüro
21		**Kultur, Freizeit und Sport**		
21	01	Kulturelle Dienstleistungen und Projekte	VII	Kulturamt
21	05	Zoologischer Garten Frankfurt	VII	Zoologischer Garten
21	12	Städtische Bühnen	VII	"Restamt" Städtische Bühnen
21	14	Sporthallen	III	Sportamt
21	15	Sportstätten und Sportstättenvergabe	III	Sportamt
21	16	Sportförderung	III	Sportamt
21	18	Archäologisches Museum	VII	Archäologisches Museum
21	21	Historisches Museum	VII	Historisches Museum
21	22	Museum für Angewandte Kunst	VII	Museum für Angewandte Kunst
21	23	Museum der Weltkulturen	VII	Museum der Weltkulturen
21	24	Deutsches Architekturmuseum	VII	Deutsches Architekturmuseum
21	25	Museum für Moderne Kunst	VII	Museum für Moderne Kunst
21	26	Jüdisches Museum	VII	Jüdisches Museum
21	27	Institut für Stadtgeschichte	VII	Institut für Stadtgeschichte
22		**Umwelt**		
22	01	Umweltplanung und Umweltservice	X	Umweltamt
22	02	Umweltcontrolling	X	Umweltamt
22	03	Anlagen der Abfallwirtschaft	X	Umweltamt
22	04	Klimaschutz und Klimaanpassung	X	Klimareferat
22	05	Sauberes Frankfurt	X	Stabsstelle Sauberes Frankfurt
22	06	Oberirdische Gewässer – 2. und 3. Ordnung	XII	**Eigenbetrieb Stadtentwässerung**
22	06	Oberirdische Gewässer – 1. Ordnung (Main)	IV	
22	07	StadtForst	X	Grünflächenamt
22	09	Grün- und Freiflächen	X	Grünflächenamt
22	10	Friedhöfe, Bestattungen und Städtische Pietät	X	Grünflächenamt
22	11	Palmengarten	X	Palmengarten
22	12	Kommunale Abfallwirtschaft	X	Umweltamt
22	13	Straßenreinigung	X	Umweltamt
30		**Angelegenheiten OB / Betreuung der Gremien**		
30	01	Leitung der Stadtverwaltung	I	Büro des Oberbürgermeisters
30	02	Stadtverordnetenversammlung/Ortsbeiräte	STVV	Büro der Stadtverordnetenversammlung
30	03	Betreuung des Magistrats	I	Hauptamt
30	04	Stadtmarketing	IV	Stabsstelle Stadtmarketing
31		**Finanzen**		
31	01	Steuerungsunterstützung und Controlling	VI	Stadtkämmerei
31	02	Finanzdienstleistungen	VI	Stadtkämmerei
31	03	Finanzverwaltung	VI	Kassen- und Steueramt
31	04	Dienstleistungen des Amtes 21	VI	Kassen- und Steueramt
31	05	Steuern und sonstige Abgaben	VI	Kassen- und Steueramt
31	06	Beteiligungsmanagement	VI	Stadtkämmerei
31	08	Abwicklung von Grundstücksgeschäften	XI	ABI
32		**Personal und Organisation**		
32	01	Personalservice und -controlling	VI	POA
32	02	Personalmanagement & Personalentwicklung	VI	POA
32	05	Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik	ZF	POA
32	06	Zentrale Personalangelegenheiten	ZF	POA
32	07	Umsetzung des Gleichberechtigungsgebotes	ZF	Gesamtfrauenbeauftragte
32	08	Personalvertretungen	ZF	Gesamtpersonalrat

PB	PG	Bezeichnung	Dezernat	Amt/Betrieb/Stabsstelle/Referat
33		**Revision und Recht**		
33	01	Prüfung und Beratung	I	Revisionsamt
33	02	Datenschutz und Informationssicherheit	IV	Referat Datenschutz und Informationssicherheit
33	03	Interne Rechtliche Serviceleistungen	IV	Rechtsamt
34		**Grundstücks- und Gebäudemanagement**		
34	01	Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung	XI	ABI
34	04	Grundstücks- und Gebäudemanagement	XI	ABI
35		**Zentrale Dienste**		
35	01	Zentrale Serviceleistungen	I	Hauptamt
35	02	Informations-/ Kommunikationstechnologie	V	Amt für Informations- und Kommunikationstechnik
35	03	Städtische Kommunikation	I	Presse- und Informationsamt
35	05	Digitalisierung	V	Stabsstelle Digitalisierung
36		**Wirtschaftsförderung**		
36	01	Wirtschaftsförderung	I, IV	
36	02	Hafen/Markt	IV	**Eigenbetrieb Hafen und Marktbetriebe**
98		**Zentrale Finanzwirtschaft**		
98	03	Nicht fachspezifische Gesellschaften	ZF	Stadtkämmerei
98	04	Kirchliche Angelegenheiten	ZF	Kassen- und Steueramt
98	05	Zentrale Finanzleistungen	ZF	Stadtkämmerei
98	06	Steuern und steuerähnliche Einnahmen	ZF	Stadtkämmerei
98	07	Sonstige allgemeine Deckungsmittel	ZF	Stadtkämmerei
98	08	Umlagen	ZF	Stadtkämmerei
98	09	Unselbstständige Stiftungen	ZF	Stadtkämmerei
98	10	Kredite und Schuldendienst	ZF	Stadtkämmerei
99		**Sonderhaushalte**		
99	01	ZVK – Pflichtversicherung		**Zusatzversorgungskasse**
99	02	ZVK – Freiwillige Versicherung		**Zusatzversorgungskasse**

Stadt Frankfurt am Main
Revisionsamt

Schlussberichte 2023 – Teil II

Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Zusatzversorgungskasse (ZVK) der Stadt Frankfurt am Main

Inhaltsverzeichnis **Seite**

1 Kurzfassung der Prüfungsergebnisse 204

2 Vorbemerkung 205

3 Prüfungsgrundlage 206

4 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung 206

4.1 Prüfungsgegenstand 206

4.2 Art und Umfang der Prüfung 207

4.2.1 Prüfung der Einhaltung der Haushaltspläne (§ 128 Abs. 1 Nr. 1 HGO) 207
4.2.2 Prüfung der Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage durch den Jahresabschluss sowie der Vollständigkeit der Anlagen (§ 128 Abs. 1 Nr. 4 und 5 HGO) 207

4.2.2.1 Ausgangspunkt und Prüfungszeitraum 207
4.2.2.2 Prüfungsansatz und Verantwortung für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts 208
4.2.2.3 Prüfungsnachweise, Vollständigkeitserklärung 209

4.2.3 Prüfung der Berichterstattung im Lagebericht (§ 128 Abs. 1 Nr. 6 HGO) 209

5 Stand der Entlastungsverfahren 209

6 Prüfungsfeststellungen zum Haushaltsplan und zum Lagebericht 210

6.1 Einhaltung des Haushaltsplans 210

6.1.1 ZVK – Pflichtversicherung – 210

6.2 Stellungnahme zum Lagebericht 210

7 Prüfungsbemerkungen zum Jahresabschluss 211

7.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 211

7.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 211
7.1.2 Jahresabschluss 212

7.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses 212

7.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses 212
7.2.2 Erläuterungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses 213

7.3 Feststellungen und Erläuterungen zur konsolidierten Bilanz und den Bilanzen der Abrechnungsverbände 213

7.3.1 Entwicklung der konsolidierten Bilanz 213
7.3.2 Feststellungen und Erläuterungen wesentlicher Posten der Bilanzen 214

Aktiva B. Kapitalanlagen 214
Aktiva B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken 215
Aktiva B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen 216
Aktiva B.III. Sonstige Kapitalanlagen 217
Aktiva C. Forderungen 218
Aktiva D. Sonstige Vermögensgegenstände 219
Aktiva E. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten 220
Aktiva F. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag 220
Passiva A. Eigenkapital 222
Passiva B. Versicherungstechnische Rückstellungen 223
Passiva C. Andere Rückstellungen 225
Passiva D. Andere Verbindlichkeiten 227
Passiva E. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten 228

7.4 Feststellungen und Erläuterungen zur konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung und den Gewinn- und Verlustrechnungen der Abrechnungsverbände 229

7.4.1 Entwicklung der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung 229
7.4.2 Feststellungen und Erläuterungen wesentlicher Posten der Gewinn- und Verlustrechnungen 230

GuV I. Versicherungstechnische Rechnung 230
GuV I.1–5 Erträge der versicherungstechnischen Rechnung 230
GuV I.6–11 Aufwendungen der versicherungstechnischen Rechnung 231
GuV II. Nichtversicherungstechnische Rechnung 234
GuV II.1–2 Sonstige Erträge und Aufwendungen 234
GuV II.3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit 234
GuV II.5. Außerordentliches Ergebnis 235
GuV II.9. Jahresergebnis 235

7.5 Anlagenübersichten 235

7.6 Anhang 235

7.7 Feststellungen zu den Finanzrechnungen der beiden Abrechnungsverbände der ZVK 235

7.7.1 Teilfinanzrechnung der ZVK – Pflichtversicherung – 236
7.7.2 Teilfinanzrechnung der ZVK – Freiwillige Versicherung – 236

8 Prüfungsurteile 237

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

7-1: Entwicklung der konsolidierten Bilanz....213
7-2: Entwicklung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“....220
7-3: Entwicklung der fiktiven Deckungsrückstellung und der bilanzierten satzungsmäßigen Rückstellung der ZVK – Pflichtversicherung –....224
7-4: Entwicklung der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung....229
7-5: Anteil der weiteren Aufwendungen an dem Gesamtbetrag der Aufwendungen der ZVK – Freiwillige Versicherung –....232
7-6: Verhältnis der Leistungsempfangenden zu den freiwillig Versicherten der ZVK – Freiwillige Versicherung –....233
7-7: Entwicklung der Teilfinanzrechnung der ZVK – Pflichtversicherung –....236
7-8: Entwicklung der Teilfinanzrechnung der ZVK – Freiwillige Versicherung –....236

1 Kurzfassung der Prüfungsergebnisse

Nachfolgend geben wir die wesentlichen Prüfungsergebnisse dieses Schlussberichts in zusammengefasster Form wieder[1]:

	Der Magistrat hat den **Jahresabschluss 2023** der ZVK am 26.04.2024 aufgestellt und damit die gesetzliche Frist des § 112 Abs. 5 HGO eingehalten.	(Tz. 4.1)
	Die **Haushaltspläne 2023** der Produktgruppen 99.01 und 99.02 einschließlich des Stellenplans wurden eingehalten.	(Tz. 6.1)
	Im **Lagebericht** wird ein den tatsächlichen Verhältnissen der ZVK entsprechendes Bild vermittelt. Der Lagebericht stellt zudem die voraussichtliche Entwicklung der ZVK mit ihren Chancen und Risiken insgesamt zutreffend dar.	(Tz. 6.2)
	Die **Buchführung und das Belegwesen** sind nach unseren Feststellungen **ordnungsgemäß** und entsprechen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.	(Tz. 7.1.1)
	Der Jahresabschluss wurde ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die gesetzlichen Vorschriften zur Gliederung, Bilanzierung und Bewertung sowie zum Anhang wurden eingehalten.	(Tz. 7.1.2)
	Der **Jahresabschluss** stellt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Sondervermögens ZVK dar.	(Tz. 7.2, 7.3, 7.4)
	Die **Vermögenslage** zum 31.12.2023 ist geordnet.	(Tz. 7.3.1)
	Die in 2022 beschlossenen weiteren Sanierungsmaßnahmen zur Gewährleistung der **dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen der ZVK – Freiwillige Versicherung –** haben im Geschäftsjahr 2023 bereits Wirkung entfaltet. Der Fehlbetrag befindet sich dadurch auf dem niedrigsten Stand der letzten sieben Jahre. Die weitere Entwicklung ist zu beobachten.	(Tz. 7.3.2, Aktiva F)
	Der **Anhang** zum Jahresabschluss ist **vollständig** und **richtig.**	(Tz. 7.6)
	Die **Teilfinanzrechnungen der beiden Abrechnungsverbände** sind nachvollziehbar. Wie bereits in den Vorjahren ergaben sich wiederholt kleinere Fehler in der Darstellung.	(Tz. 7.7)

[1] Die **Bewertung** der Prüfungsergebnisse mit den mehrfarbigen Daumen stellt die Sicht des Revisionsamts zu den **Prüfungsfeststellungen** zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dar; diese berücksichtigen die Schwere der Beanstandung und die erfolgten Reaktionen der geprüften Stelle (Abhilfemaßnahmen) darauf.

2 Vorbemerkung

Die ZVK mit ihren beiden Abrechnungsverbänden ZVK – Pflichtversicherung – und ZVK – Freiwillige Versicherung – bildet gemäß § 115 Abs. 1 Nr. 4 HGO als rechtlich unselbstständige Versorgungseinrichtung ein Sondervermögen der Stadt Frankfurt am Main. Sie unterliegt nach § 115 Abs. 4 HGO i. V. m. § 2 Abs. 1 HVAG und § 38 Abs. 1 VAG den für die Buchführung und Rechnungslegung maßgeblichen Vorschriften des HGB. Die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) und die Formblätter 1 (Jahresbilanz) und 3 (Gewinn- und Verlustrechnung) sind entsprechend anzuwenden.

Seit dem Jahresabschluss 2019 stellt die ZVK gemäß § 9 der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main einen konsolidierten Jahresabschluss auf. Dieser enthält zusätzlich für die beiden Abrechnungsverbände der ZVK – Pflichtversicherung – und der ZVK – Freiwillige Versicherung – jeweils eine gesonderte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (GuV).

Eine Verpflichtung zur Erstellung einer Kapitalflussrechnung nach den handelsrechtlichen Vorschriften besteht nicht. Die Stadtkämmerei hat an der Erstellung der Finanzrechnung nach § 47 Abs. 2 GemHVO n. F. festgehalten, zumal für das Haushaltsjahr 2023 separate Haushaltspläne mit Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalten aufgestellt worden sind.

Der **ZVK – Pflichtversicherung –** obliegt die Aufgabe, den Beschäftigten der Stadt Frankfurt am Main oder sonstiger der Kasse angeschlossenen Mitglieder, eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die ZVK – Pflichtversicherung – bietet ihren Versicherten zusätzliche Rentenleistungen, die über die Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung hinausgehen. Diese Zusatzrente wird im Rahmen eines betrieblichen Rentensystems gewährt, das auf einem Punktemodell basiert. Die Mittel für die Ausgaben der ZVK – Pflichtversicherung – werden im Wesentlichen durch monatliche Umlagen von den Mitgliedern sowie Vermögenserträgen aufgebracht. Die Höhe des Umlagesatzes ist durch Vereinbarung der Tarifvertragsparteien auf dem Stand von November 2001 festgeschrieben worden. Hinzu kommen Sanierungsgelder, die von den Arbeitgebenden zu tragen sind. Dieses Betriebsrentensystem wird im städtischen IT-gestützten Buchführungssystem (siehe Tz. 7.1.1.1 im Teil I) in einem gesonderten Buchungskreis 1100 abgebildet.

Seit dem 01.01.2002 bietet die ZVK neben der Pflichtversicherung eine zusätzliche **freiwillige Versicherung** im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge an. Diese hat das Ziel, den Aufbau einer steuerlich förderfähigen, kapitalgedeckten und freiwilligen Altersvorsorge möglich zu machen. Diese freiwillige Versicherung wird, unabhängig von der weiteren Entwicklung der Pflichtversicherung, in einem eigenständigen Abrechnungsverband abgewickelt. Im Gegensatz zur Pflichtversicherung ist sie ausschließlich im Kapitaldeckungsverfahren finanziert. Die ZVK – Freiwillige Versicherung – wird in einem gesonderten Buchungskreis 1110 abgebildet.

3 Prüfungsgrundlage

Das Revisionsamt hat nach § 128 HGO den Jahresabschluss, den zusammengefassten Jahresabschluss und den Gesamtabschluss mit allen Unterlagen zu prüfen und das Ergebnis seiner Prüfung in einem Schlussbericht zusammenzufassen.

Der Jahresabschluss ist dahingehend zu prüfen,

- ob der Haushaltsplan eingehalten wurde,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
- bei den Einnahmen und Ausgaben, den Erträgen, Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren wurde,
- die Anlagen zum Jahresabschluss vollständig und richtig waren und
- der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage darstellt.

Im Falle der ZVK erstreckt sich dies auf die Jahresabschlüsse der beiden Abrechnungsverbände und die Prüfung des konsolidierten Jahresabschlusses. Dieser wurde unter sinngemäßer Anwendung der Konsolidierungsvorschriften der §§ 290 ff. HGB aufgestellt.

4 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

4.1 Prüfungsgegenstand

Gegenstand unserer Prüfung waren der **Jahresabschluss 2023** sowie der **Lagebericht** der ZVK, wie unter Kapitel 9. (Seiten 490 ff.) des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Frankfurt am Main abgebildet, einschließlich der **Buchführung** und des **Inventars**.

Die **Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit**
- von Buchführung,
- der Einhaltung des Haushaltsplans,
- der Aufstellung des Jahresabschlusses und Lageberichts sowie
- der uns erteilten Aufklärungen und Nachweise

trägt der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main als Verwaltungsbehörde gemäß § 66 Abs. 1 i. V. m. § 112 HGO.

Der Magistrat hat den Jahresabschluss 2023 am 26.04.2024 mit MB Nr. 428 aufgestellt. Außerdem hat er beschlossen, diesen nebst Lage- und Rechenschaftsbericht sowie Anlagen dem Revisionsamt zur Prüfung zuzuleiten sowie der Stadtverordnetenversammlung mittels der Vorlage M 52 vom 26.04.2024 zur Kenntnis zu geben.

Nach § 112 Abs. 5 HGO soll der Gemeindevorstand den Jahresabschluss innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufstellen. Das Geschäftsjahr der ZVK entspricht gemäß § 9 Abs. 1 der ZVK-Satzung dem Haushaltsjahr der Stadt Frankfurt am Main. **Der Magistrat hat mit dem zuvor genannten Beschluss die gesetzliche Frist für den Zeitrahmen zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2023 eingehalten.**

Für das Geschäftsjahr 2023 wurden uns folgende Unterlagen ausgehändigt:

- Jahresabschluss 2023 der ZVK,
- Haushaltsplan 2023,
- Auswertungen des Ergebnishaushaltes 2023 auf Ebene der Produktgruppen
  - Produktgruppe 99.01 ZVK – Pflichtversicherung –,
  - Produktgruppe 99.02 ZVK – Freiwillige Versicherung –,
- Kopien der Bestätigungsvermerke der ZVK – Pflichtversicherung – und ZVK – Freiwillige Versicherung – an die Stadtkämmerei,
- Kopien der Vollständigkeitserklärungen der ZVK – Pflichtversicherung – und ZVK – Freiwillige Versicherung – an die Stadtkämmerei,
- Listen über Niederschlagungen und Erlasse
- weitere individuell angeforderte Prüfungsnachweise.

Zudem besteht für die Prüfenden des Revisionsamtes die Zugriffsmöglichkeit auf die Finanzbuchführungssoftware (siehe Tz. 7.1.1.1 im Teil I), so dass eigenständig Abfragen bzw. Auswertungen aus der Finanzbuchhaltung erzeugt werden können.

4.2 Art und Umfang der Prüfung

Ausgehend von den Prüfungsaufgaben nach § 128 Abs. 1 HGO ergaben sich die folgenden Konkretisierungen des Prüfungsstoffs und der Prüfungshandlungen.

4.2.1 Prüfung der Einhaltung der Haushaltspläne (§ 128 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

Für das Haushaltsjahr 2023 der ZVK wurden für jeden Abrechnungsverband (ZVK – Pflichtversicherung – und ZVK – Freiwillige Versicherung –) gesonderte Haushaltspläne aufgestellt. Es wurden Sonderrechnungen geführt, für die die Vorschriften der HGO zur Haushaltswirtschaft sinngemäß angewendet wurden.

Im Jahresabschluss 2023 werden die Teilergebnisrechnungen und die Teilfinanzrechnungen gesondert dargestellt. Zum Prüfungsvorgehen verweisen wir auch auf unsere Darstellung in Tz. 6. im Teil I dieser Schlussberichte. Über die Ergebnisse unserer Prüfung berichten wir in Tz. 6.1.

4.2.2 Prüfung der Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage durch den Jahresabschluss sowie der Vollständigkeit der Anlagen (§ 128 Abs. 1 Nr. 4 und 5 HGO)

4.2.2.1 Ausgangspunkt und Prüfungszeitraum

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und unter dem Datum vom 29.02.2024 mit einer Prüfungsbestätigung versehene konsolidierte Vorjahresabschluss der ZVK.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung haben wir, mit Unterbrechungen, in den Monaten Juni bis Dezember 2024 durchgeführt.

Sinngemäße Anwendung fanden – mangels Vorgaben in der HGO – die §§ 317, 320 und 321 HGB sowie die vom Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprü-

ferinnen in Deutschland e. V. (IDR) festgestellten **Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung**.

4.2.2.2 Prüfungsansatz und Verantwortung für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Wir haben die Prüfung **risikoorientiert**, jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung, so angelegt, dass **wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße gegen Rechnungslegungsvorschriften**, die sich auf die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ZVK der Stadt Frankfurt am Main wesentlich auswirken, mit **hinreichender Sicherheit** erkannt werden.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit. Sie ist aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom IDR festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht.
- planen und führen wir Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten. Verstöße können betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen. Dies dient dazu, angemessene Prüfungshandlungen zu planen, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der ZVK abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Magistrat angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Magistrat dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben. Außerdem bewerten wir die Darstellung der dem Jahresabschluss zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse. Ferner beurteilen wir, ob der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ZVK vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der ZVK.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Magistrat dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die vom Magistrat zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

4.2.2.3 Prüfungsnachweise, Vollständigkeitserklärung

Als **Prüfungsunterlagen** dienten uns Bücher, Inventare, Konto- und Depotauszüge, Belege und sonstige Aufzeichnungen der ZVK und der Stadtkämmerei.

Gewünschte **Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise** haben wir bei den Bediensteten der ZVK und bei den Bediensteten der Stadtkämmerei eingeholt.

Sowohl der Geschäftsführer der ZVK sowie der Stadtkämmerer haben uns die Vollständigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 am 15.03.2024 und am 14.02.2025 schriftlich bestätigt.

4.2.3 Prüfung der Berichterstattung im Lagebericht (§ 128 Abs. 1 Nr. 6 HGO)

Weiterhin haben wir die Ausführungen im **Lagebericht** (Ziffer 9.1 des Jahresabschlusses) analysiert. Es wurde vor allem geprüft, ob die Darstellung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Außerdem wurde geprüft, ob weitere Vorgänge bekannt waren, die im Lagebericht hätten erwähnt werden müssen.

5 Stand der Entlastungsverfahren

Die Ausführungen zum Stand der Entlastungserteilung über den Jahresabschluss der Stadt Frankfurt am Main treffen in gleicher Weise auf den Jahresabschluss des Sondervermögens ZVK zu. Auf die Bemerkungen in Tz. 5 im Teil I dieser Schlussberichte, wird verwiesen.

6 Prüfungsfeststellungen zum Haushaltsplan und zum Lagebericht

6.1 Einhaltung des Haushaltsplans

6.1.1 ZVK – Pflichtversicherung –

In Ziffer 9.2.10 des Jahresabschlusses ist die Teilergebnisrechnung, in Ziffer 9.2.12 die Teilfinanzrechnung für die **ZVK – Pflichtversicherung –** (Produktgruppe 99.01) dargestellt.

Wesentliche Abweichungen zwischen Sollvorgaben und Jahresergebnis sind unter Ziffer 9.2.10 des Jahresabschlusses „Ergebnisrechnung Pflichtversicherung“ (**konsumtiver Bereich**) dargestellt. Das Jahresergebnis von 0,00 € wurde rechnerisch richtig ermittelt.

Überträge aus Haushaltsansätzen des Vorjahres von 308.155,45 € bestanden im **investiven Bereich** für den Erwerb von beweglichem Vermögen. Neue Haushaltsreste von 355.577,10 € wurden für den Erwerb von beweglichem Vermögen gebildet.

Das Personal der ZVK ist nur im Bereich ZVK – Pflichtversicherung – eingesetzt. Es wird daher nur in diesem Bereich ein Stellenplan aufgestellt. **Der Stellenplan 2023 wurde eingehalten.**

Die Einhaltung des Haushaltsplans 2023 der Produktgruppe 99.01 kann bestätigt werden.

ZVK – Freiwillige Versicherung –In Ziffer 9.2.11 des Jahresabschlusses ist die Teilergebnisrechnung, in Ziffer 9.2.13 die Teilfinanzrechnung für die **ZVK – Freiwillige Versicherung –** (Produktgruppe 99.02) dargestellt.

Wesentliche Abweichungen zwischen Sollvorgaben und Jahresergebnis sind unter Ziffer 9.2.11 des Jahresabschlusses “Ergebnisrechnung Freiwillige Versicherung“ dargestellt. Das ausgewiesene Jahresergebnis von 1.006.720,14 € wurde rechnerisch richtig ermittelt.

Reste aus Vorjahren bestanden nicht. Neue Haushaltsreste wurden nicht gebildet.

Die Einhaltung des Haushaltsplanes 2023 der Produktgruppe 99.02 kann bestätigt werden.

6.2 Stellungnahme zum Lagebericht

Der Lagebericht (Ziffer 9.1 des Jahresabschlusses) entspricht den gesetzlichen Vorschriften (§ 289 HGB). Er steht in Einklang mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen. Er vermittelt ein zutreffendes Bild von der Lage der ZVK.

Im Lagebericht ist auch auf die Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie die Risiken aus Zahlungsstromschwankungen, einzugehen, sofern dies für die Beurteilung der voraussichtlichen Entwicklung von Belang ist (§ 289 Abs. 2 Nr. 1 b) HGB). Im Lagebericht führt die ZVK aus, dass aufgrund der strengen Ratingvorgaben keine nennenswerten Ausfallrisiken gesehen werden. Preisänderungsrisiken werden als untergeordnet eingeschätzt. Ebenso werden Li-

quiditäts- und Zahlungsstromschwankungen als nicht von Belang angesehen, da die ZVK ein unselbstständiges Sondervermögen der Stadt Frankfurt am Main ist.

Die ZVK hat ein Risikohandbuch erstellt, das zum 01.01.2018 in Kraft getreten ist. Es wurde zuletzt zum 01.01.2020 überarbeitet. Auf Grundlage des Handbuchs erstellt die ZVK jährliche Risikoberichte. In diesen werden die Risiken für die ZVK, auch unter Einbeziehung der von der Stabsstelle 20.2 FC (Finanz-Compliance) der Stadtkämmerei erstellten Risikocontrolling-Berichte die Finanzanlagen betreffend, zum 31.12.2023 analysiert.

In Anlehnung an § 57 Abs. 1 und 4 Nr. 2 RechVersV wurden ergänzend zu § 289 HGB Angaben analog des Musters 4 der RechVersV „Bewegungen des Bestandes an Pensionsversicherungen“ gemacht.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Tz. 7.3.2 und Tz. 7.4.2.

7 Prüfungsbemerkungen zum Jahresabschluss

7.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

7.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die ZVK ist Teil der Rechnungslegung der Stadt Frankfurt am Main. Die beiden Abrechnungsverbände werden im städtischen Buchführungssystem in zwei gesonderten Buchungskreisen 1100 und 1110 abgebildet.

Das IT-gestützte Buchführungssystem wurde bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Frankfurt am Main – Kernverwaltung – geprüft, insoweit gelten die in Tz. 7.1.1.1 im Teil I gemachten Feststellungen grundsätzlich auch für die ZVK. Sie werden hier, soweit sie auf die ZVK zutreffen, wiedergegeben.

Für die kaufmännische **Buchführung** setzt die Stadt Frankfurt am Main seit dem Haushaltsjahr 2007 die **Anwendungssoftware SAP ERP** ein. Dabei kommen auch bei der ZVK diverse Module dieser Software zum Einsatz.

Wir haben keine Sachverhalte festgestellt, die uns zu der Annahme veranlassen, dass im Rahmen der SAP-gestützten Rechnungslegung die Richtigkeit der für die Zwecke der Rechnungslegung verarbeiteten Daten nicht gewährleistet ist.

„**Das Revisionsamt hat für das SAP ERP-System noch keine Freigabeempfehlung erteilt, weil eine Verfahrensdokumentation, wie sie § 33 Abs. 5 Nr. 1 GemHVO unter Beachtung der GoBD fordert, noch nicht vorliegt. Mit der Implementierung von SAP S/4 HANA[2] sollen die Verfahrensdokumentation erstellt und die Fachkonzepte überarbeitet werden.** Eine formelle Freigabe durch den Stadtkämmerer ist daher ebenfalls noch nicht erfolgt.“

Die Prüfungshandlungen konnten insofern noch nicht abgeschlossen werden.

Die Buchführung und das Belegwesen sind nach unseren Feststellungen ordnungsgemäß und entsprechen den gesetzlichen Vorschriften nach §§ 238 ff. HGB ein-

[2] „High Performance Analytic Appliance“, eine In-Memory-Datenbank.

schließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Der Grundsatz der Periodenabgrenzung ist weiterhin zu beachten. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen zu entnehmenden Informationen sind ordnungsgemäß in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht abgebildet.

7.1.2 Jahresabschluss

Die ZVK mit ihren beiden Abrechnungsverbänden ZVK – Pflichtversicherung – und ZVK – Freiwillige Versicherung – bildet gemäß § 115 Abs. 1 Nr. 4 HGO als rechtlich unselbstständige Versorgungseinrichtung ein Sondervermögen der Stadt Frankfurt am Main. Sie unterliegt den für die Buchführung und Rechnungslegung maßgeblichen Vorschriften des HGB für Versicherungsunternehmen nach:

- § 115 Abs. 4 HGO i. V. m.
- § 2 Abs. 1 HVAG und § 38 Abs. 1 VAG.

Dabei sind insbesondere zu beachten

- §§ 341 ff. HGB (Ergänzende Vorschriften für Versicherungsunternehmen und Pensionsfonds) in Verbindung mit
- §§ 238 ff. HGB (Vorschriften für alle Kaufleute) und
- §§ 264 ff. HGB (Ergänzende Vorschriften für Kapitalgesellschaften) sowie
- die RechVersV.

Der Jahresabschluss wurde ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die gesetzlichen Vorschriften zur Gliederung, Bilanzierung und Bewertung sowie zum Anhang wurden eingehalten.

7.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

7.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Wir nehmen auf unsere folgenden Erläuterungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses Bezug. Der Jahresabschluss insgesamt, d. h. das Zusammenwirken von

- konsolidierter Bilanz (ergänzt um die Bilanzen der Abrechnungsverbände),
- konsolidierter Gewinn- und Verlustrechnung (ergänzt um die Gewinn- und Verlustrechnungen der Abrechnungsverbände),
- konsolidierter Anlagenübersicht (ergänzt um die Anlagenübersichten der Abrechnungsverbände) und
- Anhang sowie
- der Teilergebnisrechnungen der Abrechnungsverbände und
- der Teilfinanzrechnungen der Abrechnungsverbände

vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ZVK.

7.2.2 Erläuterungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Wir verweisen auf die Angabe zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang unter Ziffer 9.3 im Jahresabschluss. Der Ausweis der Posten im Jahresabschluss erfolgt gemäß § 2 RechVersV nach den Formblättern 1 (Jahresbilanz) und 3 (Gewinn- und Verlustrechnung).

7.3 Feststellungen und Erläuterungen zur konsolidierten Bilanz und den Bilanzen der Abrechnungsverbände

7.3.1 Entwicklung der konsolidierten Bilanz

Nachfolgend stellen wir zusammengefasst die konsolidierte Bilanz (Ziffer 9.2.1 bis 9.2.3 des Jahresabschlusses) zum 31.12.2023 im Vergleich zum Vorjahr dar:

		31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	Anteil an der Bilanzsumme 31.12.2023
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
	Aktiva				
B.	Kapitalanlagen	972,4	944,2	28,2	96,4
C.	Forderungen	4,3	2,6	1,7	0,4
D.	Sonstige Vermögensgegenstände	22,2	20,7	1,5	2,2
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	9,1	9,1	0,0	0,9
F.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,7	1,7	-1,0	0,1
	Summe der Aktiva	**1.008,7**	**978,3**	**30,4**	**100,0**
	Passiva				
A.	Eigenkapital	0,0	0,0	0,0	0,0
B.	Versicherungstechnische Rückstellungen	984,5	955,8	28,7	97,6
C.	Andere Rückstellungen	19,8	19,1	0,7	2,0
D.	Andere Verbindlichkeiten	1,4	0,1	1,3	0,1
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	3,0	3,3	-0,3	0,3
	Summe der Passiva	**1.008,7**	**978,3**	**30,4**	**100,0**

7-1: Entwicklung der konsolidierten Bilanz

Die konsolidierte Bilanzsumme belief sich zum 31.12.2023 auf 1.008,7 Mio. €. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr um 30,4 Mio. € (3,1 %) erhöht. Auf der Aktivseite ist der Anstieg maßgeblich auf die Ausweitung der Kapitalanlagen um 28,2 Mio. € zurückzuführen. Auf der Passivseite beruht der Anstieg auf einer Zunahme der Versicherungstechnischen Rückstellungen um 28,7 Mio. €.

Auf die Kapitalanlagen entfallen zum Bilanzstichtag 972,4 Mio. €. Dies entspricht einer „Anlagenquote“ („Anlagenintensität“) von 96,4 %.

Die Vermögenslage des Sondervermögens ZVK zum 31.12.2023 ist geordnet.

7.3.2 Feststellungen und Erläuterungen wesentlicher Posten der Bilanzen

Die Struktur der konsolidierten Bilanz sowie der Bilanzen der beiden Abrechnungsverbände, ergibt sich aus Formblatt 1 (Jahresbilanz) der RechVersV. Hinsichtlich der Veränderungen der Posten verweisen wir auch auf die Tabellen und Erläuterungen im Anhang.

Aktiva B. Kapitalanlagen

31.12.2023	**972.437.977,43 €**
31.12.2022	**944.156.490,49 €**

Die Kapitalanlagen setzen sich folgendermaßen zusammen:

	konsolidiert	**Pflicht-versicherung**	**Freiwillige Versicherung**
	in €	**in €**	**in €**
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	6.797.811,25	6.797.811,25	0,00
Kapitalanlagen in verbundene Unternehmen und Beteiligungen	226.677.343,00	217.282.954,50	24.544.388,50
Sonstige Kapitalanlagen	738.962.823,18	704.908.414,16	34.054.409,02
Summe	**972.437.977,43**	**928.989.179,91**	**58.598.797,52**

Gemäß § 54 ZVK-Satzung ist das Kassenvermögen nach den Vorschriften des VAG und der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen (Anlageverordnung – AnlV) anzulegen.

Die vom Kassenausschuss der ZVK beschlossenen „Richtlinien für die Anlage des Vermögens der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main (Anlagerichtlinien)“ sind seit dem 01.01.2019 in Kraft. Sie wurden zuletzt zum 01.06.2024 überarbeitet. Diese Anlagerichtlinien definieren auf Basis der gesetzlichen Vorgaben (HGO, ZVK-Satzung, VAG und AnlV) die Anlageziele, die tolerierbaren Risiken und die Anlagepolitik sowie einen Produktkatalog.

Die operative Umsetzung der Anlagerichtlinien erfolgt auf Basis der „Dienstanweisung für Anlagegeschäfte der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main durch die Stadtkämmerei“ (Stand: 01.01.2022).

Die Prüfung der Einhaltung der Anlagerichtlinien erfolgt durch die Stadtkämmerei im Rahmen des Internen Kontrollsystems (IKS). Die Stabsstelle 20.2 FC (Finanz-Compliance) erstellt für die Finanzanlagen quartalsweise einen „Risikocontrolling-Bericht“. In diesem Bericht erfolgen u. a. die Bewertung der Einhaltung der Anlagerichtlinien, die Zusammenfassung der im Quartal wichtigsten Änderungen im Anla-

gevermögen zum Vorquartal und eine Ermittlung von Risikokennzahlen. Diese Risikocontrolling-Berichte werden gemäß der Dienstanweisung an die Geschäftsführung der ZVK, den Stadtkämmerer, an die Amtsleitung sowie an weitere Stellen in der Stadtkämmerei übermittelt. Zusätzlich erhält das Revisionsamt ein Exemplar.

Das operative Geschäft der Kapitalanlagen im Berichtsjahr erfolgt durch das Sachgebiet 20.23 (Schuldenmanagement und Vermögensverwaltung) der Stadtkämmerei. Das Controlling wird durch 20.2 FC wahrgenommen. Damit sind aus unserer Sicht die Erfordernisse eines Vier-Augen-Prinzips gewahrt. Die Risikocontrolling-Berichte geben den Entscheidungsträgern der ZVK und der Stadtkämmerei die Möglichkeit, auf Entwicklungen entsprechend reagieren zu können. Diese Handhabung des IKS hat sich bisher bewährt, sodass auch seitens des Revisionsamts keine Einwendungen bestehen.

Aktiva B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken

31.12.2023	**6.797.811,25 €**
31.12.2022	**6.952.291,25 €**

Dieser Posten resultiert ausschließlich aus der ZVK – Pflichtversicherung – und setzt sich wie folgt zusammen:

	konsolidiert	**Pflicht-versicherung**	**Freiwillige Versicherung**
	in €	**in €**	**in €**
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	3.510.192,25	3.510.192,25	0,00
Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	3.287.619,00	3.287.619,00	0,00
Summe	**6.797.811,25**	**6.797.811,25**	**0,00**

Bei den Grundstücken und Bauten handelt es sich um eine Gewerbeimmobilie in Großkrotzenburg und eine Wohnanlage mit fünf Gebäuden in der Louis-Pasteur-Straße in Frankfurt am Main.

Die Reduzierung im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus der planmäßigen Abschreibung für die Immobilien von 154.480,00 €. Die Abschreibungen wurden korrekt ermittelt und gebucht.

Die Vermögensanlage in Immobilien dient der langfristigen Erfüllung der Aufgaben der ZVK und ist aufgrund des Volumens von unter 1 % des Kapitalanlagevermögens von untergeordneter Bedeutung.

Aktiva B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen

31.12.2023	**226.677.343,00 €**
31.12.2022	**231.891.118,48 €**

Die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen unterteilen sich in folgende Positionen:

	konsolidiert	**Pflicht-versicherung**	**Freiwillige Versicherung**
	in €	**in €**	**in €**
Ungesicherte Ausleihungen verbundene Unternehmen	154.026.736,43	144.692.347,93	9.334.388,50
ZVK FV Anlage Solvenzkapital	15.150.000,00	0,00	15.150.000,00
ZVK PV Solvenzkapital an FV	0,00	15.150.000,00	0,00
Ungesicherte Ausleihungen ZVK an Stadt Frankfurt am Main	57.500.606,57	57.440.606,57	60.000,00
Summe	**226.677.343,00**	**217.282.954,50**	**24.544.388,50**

Die **Ausleihungen an verbundene Unternehmen** (inklusive Solvenzkapital) haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 3.696.728,17 € auf 169.176.736,43 € verringert.

In der Position Ausleihungen an verbundene Unternehmen ist das sog. „**Solvenzkapital**“ nach § 2 Abs. 3 HVAG in Höhe von 15,15 Mio. € enthalten. Im Jahr 2018 hat die ZVK – Pflichtversicherung – der ZVK – Freiwillige Versicherung – 12 Mio. €, im Jahr 2022 weitere 2,5 Mio. € und im Jahr 2023 weitere 0,65 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die Beträge wurden von der ZVK – Freiwillige Versicherung – ihrerseits als Kapitalanlage investiert. Hintergrund ist, dass die ZVK – Freiwillige Versicherung – weder mit Eigenkapital ausgestattet ist, noch durch den Tarif 2002 in die Lage versetzt wurde, dies selbst zu generieren. Gemäß § 2 Abs. 3 HVAG werden „fünf Drittel Prozent der versicherungstechnischen Rückstellungen der Pflichtversicherung“, aktuell 15,15 Mio. €, auf die Mindestsolvabilitätsspanne angerechnet. Auf der Grundlage eines Gutachtens des verantwortlichen Aktuars und in Abstimmung mit der Versicherungsaufsicht, entschied der Kassenausschuss in seiner Sitzung am 20.12.2017, dass der ZVK – Freiwillige Versicherung – die anrechenbaren Mittel durch die ZVK – Pflichtversicherung – als zusätzlicher Kapitalstock verzinst bereitgestellt werden. Dies gilt zunächst für maximal 20 Jahre. Mit Beschluss vom 17.10.2022 entschied der Kassenausschuss, dass der Solvenzkapitalstock zukünftig dynamisch ausgestaltet wird. Die ZVK – Freiwillige Versicherung – soll damit in die Lage versetzt werden, eigene Kapitalerträge zu generieren, um künftig die Finanzierbarkeit ihrer Leistungen sicherzustellen. Im Übrigen wird auf die Ausführungen unter Aktiva C. Forderungen und Aktiva F. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag verwiesen.

Das Volumen der **Ausleihungen an die Stadt Frankfurt am Main** hat sich in 2023 um 1.517.047,31 € auf 57.500.606,57 € verringert. Von der Verringerung entfallen 1.502.047,31 € auf die ZVK – Pflichtversicherung – und 15.000,00 € auf die ZVK – Freiwillige Versicherung. Insgesamt reduzierten sich die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen um 5.213.775,48 €.

Aktiva B.III. Sonstige Kapitalanlagen

31.12.2023	**738.962.823,18 €**
31.12.2022	**705.313.080,76 €**

Die Sonstigen Kapitalanlagen unterteilen sich folgendermaßen:

	konsolidiert	**Pflicht-versicherung**	**Freiwillige Versicherung**
	in €	**in €**	**in €**
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	99.114.757,74	95.216.200,74	3.898.557,00
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	16.598.244,29	14.242.564,97	2.355.679,32
Einlagen bei Kreditinstituten	88.670.000,00	81.900.000,00	6.770.000,00
Sonstige Ausleihungen	534.579.821,15	513.549.648,45	21.030.172,70
a) Namensschuldverschreibungen	341.030.000,00	327.750.000,00	13.280.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	193.549.821,15	185.799.648,45	7.750.172,70
Summe	**738.962.823,18**	**704.908.414,16**	**34.054.409,02**

Das Kapitalanlagevermögen in den Sonstigen Kapitalanlagen hat sich gegenüber dem Anfangsbestand um 33.649.742,42 € erhöht.

Diese Erhöhung resultiert maßgeblich aus dem Anstieg der Einlagen bei Kreditinstituten um 37,2 Mio. €. Dem gegenüber stehen Abgänge bei den Namensschuldverschreibungen um 10,3 Mio. €. Die Aktien, Investmentanteile und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere verzeichnen einen Anstieg von 4.643.264,11 €. Die Schuldscheinforderungen haben sich um 2.106.478,31 € erhöht.

Aktiva C. Forderungen

31.12.2023	**4.231.883,37 €**
31.12.2022	**2.586.060,26 €**

Die Forderungen setzen sich wie folgt zusammen:

	konsolidiert	**Pflicht-versicherung**	**Freiwillige Versicherung**
	in €	**in €**	**in €**
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder, Versicherte und Leistungsempfangende	1.381.881,83	124.503,83	1.257.378,00
Sonstige Forderungen Zinsabgrenzungen Verbundene Unternehmen	2.850.001,54	2.342.781,38	507.220,16
Zinsabgrenzungen Solvenzkapital ZVK PV an FV	0,00	17.836,10 €	0,00
Summe	**4.231.883,37**	**2.485.121,31**	**1.764.598,16**

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder, Versicherte und Leistungsempfangende beinhalten Umlagen und Sanierungsgelder gegenüber verbundenen Unternehmen von insgesamt 1.381.881,83 €. Der Posten enthält im Wesentlichen Beitragsnachschüsse der ZVK – Freiwillige Versicherung – von 1.257.378,00 €. Die entsprechenden Zahlungseingänge werden erst im Jahr 2024 erwartet. Es handelt sich dabei um eine Sanierungsmaßnahme, zu der sich der Kassenausschuss der ZVK bereits mit Beschluss vom 12.12.2016 bekannt hat. In der Sitzung des Kassenausschusses vom 17.10.2022 wurde beschlossen, ab dem 01.01.2023 für die Freiwillige Versicherung erstmals Beitragsnachschüsse der Arbeitgeber:innen von jährlich 1,26 Mio. € zu erheben. Für die ZVK – Pflichtversicherung – Forderungen sind außerdem Forderungen gegenüber Leistungsempfangenden von 124.503,83 € enthalten.

Die Sonstigen Forderungen betreffen Zinsabgrenzungen für gewährte Darlehen gegenüber der Stadt Frankfurt am Main und verbundenen Unternehmen von insgesamt 2.850.001,54 €.

Bei dem Betrag von 17.836,10 € handelt es sich um die Zinsabgrenzung der ZVK – Pflichtversicherung – für den der ZVK – Freiwillige Versicherung – zusätzlich zur Verfügung gestellten Kapitalstock. Dieser Betrag ist zu konsolidieren. Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen zum sog. Solvenzkapital unter Aktiva B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen.

Aktiva D. Sonstige Vermögensgegenstände

31.12.2023	**22.206.869,77 €**
31.12.2022	**20.771.308,70 €**

Die Sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten:

	konsolidiert	**Pflicht-versicherung**	**Freiwillige Versicherung**
	in €	**in €**	**in €**
Sachanlagen und Vorräte	25.528,00	25.528,00	0,00
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	16.148.455,36	15.986.559,41	161.895,95
Andere Vermögensgegenstände	6.032.886,41	5.734.352,33	298.534,08
Summe	**22.206.869,77**	**21.746.439,74**	**460.430,03**

Die Sachanlagen und Vorräte beinhalten die Sammelposten des beweglichen Vermögens. Hierbei handelt es sich um Wirtschaftsgüter von 250,01 € netto bis einschließlich 1.000,00 € netto, die in einem Jahressammelposten zusammengefasst und über fünf Jahre linear abgeschrieben werden (§ 6 Abs. 2a EStG).

Unter der Position Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand ist der Kassenbestand zum 31.12.2023 aufgeführt. Hierin ist der Bestand des bei der Stadt geführten Kontokorrentkontos enthalten. Der konsolidierte Abschluss weist einen um 57.118,37 € höheren Kassenbestand gegenüber dem Vorjahr aus. Der Kassenbestand hat sich bei der Pflichtversicherung gegenüber dem Vorjahresstichtag um 256.650,90 € erhöht. Bei der Freiwilligen Versicherung hat er sich um 199.532,53 € verringert.

Die Position Andere Vermögensgegenstände enthält überwiegend Forderungen aus Zinsen (Zinsabgrenzungen) von insgesamt 4.852.653,62 €. Die starke Veränderung der Position gegenüber dem Vorjahr ist zurückzuführen auf die erstmalige Vornahme von Abgrenzungsbuchungen für die Überleitungen mit Barwertausgleich durch die ZVK – Pflichtversicherung – von 959.354,88 €. Es handelt sich dabei um Beträge, die nach dem Überleitungs- bzw. Anerkennungsabkommen der AKA-Kassen für die Abrechnung im Quartal I/24 abgegrenzt wurden. Darüber hinaus ist in dieser Position eine Forderung aus Versicherungsleistung von 87.143,94 € ausgewiesen.

Aktiva E. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2023	**9.121.572,12 €**
31.12.2022	**9.078.035,05 €**

Der Aktive Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich wie folgt zusammen:

	konsolidiert	Pflicht-versicherung	Freiwillige Versicherung
	in €	in €	in €
Lieferungen und Leistungen	140.718,97	139.119,00	1.599,97
Personal	8.980.853,15	8.980.853,15	0,00
Summe	**9.121.572,12**	**9.119.972,15**	**1.599,97**

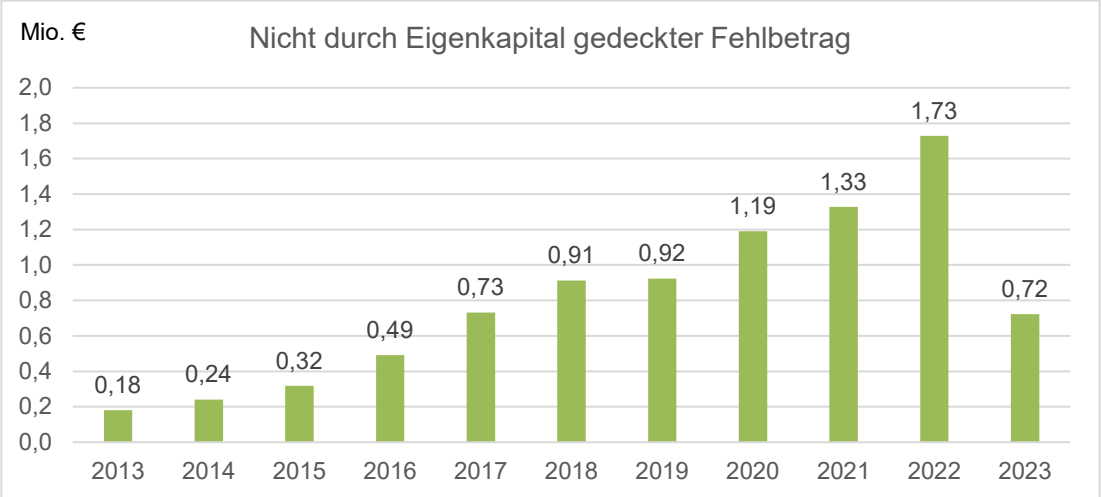
In der Aktiven Rechnungsabgrenzung aus Lieferungen und Leistungen werden Agios (Aufschläge auf den Nennbetrag) gebucht, um diese periodengerecht abzugrenzen und über deren jeweilige Laufzeit den Zinsertrag mindernd aufzulösen.

Einen wesentlichen Bestandteil der Position Personal bilden mit 8.922.643,17 € die Rentenleistungen für den Monat Januar 2024, die bereits im Dezember 2023 gezahlt wurden. Weiterhin sind Bezüge und Versorgungsbezüge von verbeamteten Personen für den Monat Januar 2024 von 58.209,98 € enthalten.

Aktiva F. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

31.12.2023	**722.446,45 €**
31.12.2022	**1.729.166,59 €**

Der Bilanzposten Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag betrifft ausschließlich die ZVK – Freiwillige Versicherung –. Er wurde erstmals zum 31.12.2012 ausgewiesen und resultierte aus der Stärkung der Deckungsrückstellung zur Anpassung der biometrischen Rechnungsgrundlagen. Er hat sich wie folgt entwickelt:



7-2: Entwicklung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Posten um rd. 1 Mio. € verringert. Er befindet sich damit auf dem niedrigsten Stand der letzten sieben Jahre. Dies ist auf die letzte Konsolidierungsmaßnahme, die Erhebung der Beitragsnachschüsse, zurückzuführen.

Konsolidierungsmaßnahmen

Der Aktuar empfahl bereits in seinem Bericht vom 26.10.2012 über den Jahresabschluss zum 31.12.2011 für die ZVK – Freiwillige Versicherung – Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten und umzusetzen, um die dauernde Erfüllbarkeit von eingegangenen Verpflichtungen sicherzustellen. Der Kassenausschuss ist den Empfehlungen des Aktuars vollumfänglich gefolgt und hat im Jahr 2013 umfangreiche satzungsgemäße Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen.

§ 59 Abs. 2 ZVK-Satzung führt seither dazu aus: „Ergibt sich bei der Freiwilligen Versicherung ein Fehlbetrag, der durch die Inanspruchnahme der Verlustrücklage und die Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen nicht gedeckt werden kann, so können die Anwartschaften und Ansprüche um bis zu 25 % ihres ursprünglichen Betrages herabgesetzt werden."

Aufgrund der stetigen Zunahme des Fehlbetrags in den vergangenen Jahren hatte der Kassenausschuss auf Empfehlung des verantwortlichen Aktuars in seinen Sitzungen vom 12.12.2016, 26.06.2017, 20.12.2017 und 17.10.2022 weitere Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen:

- Einführung eines Neutarifs

  Zum 30.06.2017 wurde der Tarif 2002 geschlossen. Zum 01.07.2017 erfolgte die Einführung eines neuen Tarifs für Neugeschäfte mit nachhaltig angemessenen Rechnungsgrundlagen; u. a. mit einem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p. a.

- Bereitstellung Solvenzkapitalstock

  Ferner fasste der Kassenausschuss am 20.12.2017 den Beschluss, dem Abrechnungsverband ZVK – Freiwillige Versicherung – durch den Abrechnungsverband ZVK – Pflichtversicherung – einen Solvenzkapitalstock zur Verfügung zu stellen. Die Höhe betrug zunächst 5/3 % der Deckungsrückstellung der Pflichtversicherung auf Basis des Jahresabschlusses vom 31.12.2016. Verzinst wird der Kapitalstock mit 0,2 % p. a. Durch die Bereitstellung eines Solvenzkapitalstocks und den damit einhergehenden Erträgen soll ein Beitrag zur Wiederherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen in der Freiwilligen Versicherung geleistet werden. Die Maßnahme wurde mit der zweiten Jahreshälfte 2018 wirksam (siehe auch Posten Aktiva B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen).

  Aus Sicht des Aktuars war bereits bei der Bereitstellung des Solvenzkapitalstocks absehbar, dass dieser in der damaligen Höhe allein nicht ausreichend war, um den Fehlbetrag nachhaltig zu verringern. In seiner Sitzung vom 17.10.2022 hat der Kassenausschuss daher beschlossen, den Solvenzkapitalstock dynamisch auszugestalten. Seit 2023 bildet der jeweilige Vorjahresabschluss der Pflichtversicherung die Berechnungsgrundlage für die Höhe des Solvenzkapitalstocks.

- Beitragsnachschüsse der Arbeitgebenden

  Darüber hinaus wurde entschieden, im Tarif 2002 keine weiteren Leistungsabsenkungen vorzunehmen. Der für das unveränderte Leistungsniveau erforderliche Finanzierungsbedarf soll durch Beitragsnachschüsse der Mitglieder ausgeglichen werden. Entsprechend dem Vorschlag des verantwortlichen Aktuars wurde in 2022 beschlossen, ab dem 01.01.2023 für die Freiwillige Versicherung Beitragsnachschüsse der Arbeitgebenden von jährlich 1,26 Mio. € zu erheben.

Erstmals in seinem Bericht zum 31.12.2020 stellte der Aktuar fest, dass der Tarif 2017 mit einem Rechnungszins von 1,25% zwar die Risiken bei Neuzugängen im Vertragsbestand reduziert hat. Allerdings reichte aus seiner Sicht selbst diese Maßnahme wegen den weiter gesunkenen Zinsen nicht aus, um die dauerhafte Erfüllung im Neugeschäft zu garantieren. Vor diesem Hintergrund hielt es der Aktuar für erforderlich, den Tarif 2017 für den Neuzugang zu schließen. Er empfahl einen Tarif mit einer deutlich reduzierten Garantieverzinsung mit einer aus heutigen Sicht dauerhaft sicher erzielbaren Verzinsung aufzulegen. Die Maximalverzinsung sollte dabei auf dem Niveau des Höchstrechnungszinses gem. Deckungsrückstellungsverordnung liegen.

Aufgrund des Zinsanstiegs im Betrachtungszeitraum, einem geringen Volumen an Neugeschäft und hoher Verwaltungskosten für die Einführung eines neuen Tarifs, beschloss der Kassenausschuss zuletzt in seiner Sitzung vom 28.05.2024, den Tarif 2017 nicht zu schließen. Die Entscheidung über einen neuen Tarif wurde erneut um ein Jahr auf 2025 verschoben.

Die in 2022 beschlossenen weiteren Sanierungsmaßnahmen haben im Geschäftsjahr 2023 bereits Wirkung entfaltet. Ob die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen der ZVK – Freiwillige Versicherung – künftig gewährleistet ist, bleibt abzuwarten. Zudem ist die ZVK Frankfurt am Main seit dem Jahr 2018 an einem Gerichtsverfahren zur Rechtmäßigkeit des Sanierungsgeldes beteiligt. Das Verfahren ruht zurzeit. Aus Sicht des Aktuars geben die positiven Zinsentwicklungen am Kapitalmarkt unverändert keinen Anlass zur Entwarnung.

Passiva A. Eigenkapital

31.12.2023	**0,00 €**
31.12.2022	**0,00 €**

Sowohl die ZVK – Pflichtversicherung – als auch die ZVK – Freiwillige Versicherung – weisen jeweils zum Bilanzstichtag kein Eigenkapital aus.

Zur Deckung der Leistungsverpflichtungen aus Versicherungsverhältnissen sowie der damit verbundenen Verwaltungskosten ist eine „Versicherungstechnische Rückstellung“ (siehe auch Passiva E. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten) zu bilden. Diese Rückstellung entspricht jeweils dem Differenzbetrag zwischen den vorhandenen Vermögensgegenständen der Aktivseite und den nicht auf künftigen Pflichtleistungen beruhenden übrigen Verbindlichkeiten der Passivseite. Überschüsse oder Fehlbeträge in der Gewinn- und Verlustrechnung (siehe auch Tz. 7.4) führen zu einer entsprechenden Zuführung oder Auflösung dieses Bilanzpostens.

Die umlagefinanzierte **ZVK – Pflichtversicherung –** kennt insofern kein Eigenkapital.

Für die im Kapitaldeckungsverfahren geführte **ZVK – Freiwillige Versicherung –** wird im Eigenkapital ein Saldo ausgewiesen. Dieser setzt sich aus dem Ergebnisvortrag, dem aus der Gewinn- und Verlustrechnung ermittelten Jahresergebnis sowie dem auf der Aktivseite ausgewiesenen „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ (Posten Aktiva F. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag) zusammen. Die Positionen sind jährlich betragsgleich und gleichen sich aus. Der Posten beträgt somit 0,00 €.

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Ergebnisvortrag	-1.729.166,59	-1.327.264,10
Jahresergebnis	1.006.720,14	-401.902,49
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	722.446,45	1.729.166,59
Summe	**0,00**	**0,00**

Passiva B. Versicherungstechnische Rückstellungen

31.12.2023	**984.448.309,35 €**
31.12.2022	**955.760.046,45 €**

Die Versicherungstechnischen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

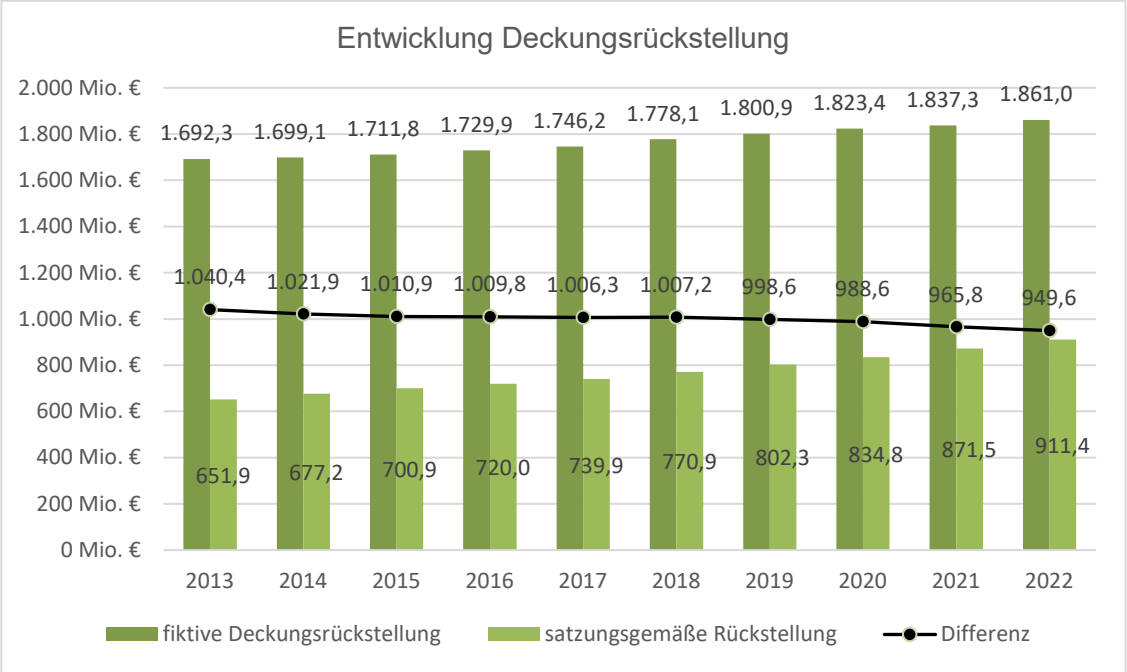
	konsolidiert	**Pflicht-versicherung**	**Freiwillige Versicherung**
	in €	**in €**	**in €**
Rückstellungen für Leistungen	984.448.309,35	938.089.547,35	46.358.762,00
Summe	**984.448.309,35**	**938.089.547,35**	**46.358.762,00**

Die Rückstellung für Leistungen der **ZVK – Pflichtversicherung –** hat sich zum 31.12.2023 um 26.718.921,90 € erhöht. Dies entspricht 2,93 % (Vorjahr: 39.880.028,75 €; 4,58 %).

Nach § 55 ZVK-Satzung wird für die ZVK – Pflichtversicherung – ein Abrechnungsverband I im Umlageverfahren geführt. Für diesen ist nach § 56 Abs. 2 ZVK-Satzung eine Rückstellung in Höhe des Teilvermögens im Sinne von § 60 Abs. 1 Satz 2 ZVK-Satzung zu bilden. Danach ist der Finanzbedarf nach versicherungsmathematischen Grundsätzen so zu bemessen, dass die für den Deckungsabschnitt zu entrichtenden Umlagen zusammen mit den sonstigen zu erwartenden Einnahmen und dem zu Beginn des Deckungsabschnitts vorhandenen Teilvermögen voraussichtlich ausreichen, um die Ausgaben für den Deckungsabschnitt und ein weiteres Jahr zu bestreiten. Der Deckungsabschnitt soll so bemessen werden, dass die voraussichtlichen Verpflichtungen der Kasse aus den Anwartschaften und Leistungen aus der Pflichtversicherung dauerhaft erfüllt werden können. Er darf jedoch zehn Jahre nicht unterschreiten. Für diesen Abrechnungsverband I wird eine eigene versicherungstechnische Bilanz erstellt, die vom verantwortlichen Aktuar zu testieren ist.

Bei einer fiktiven, ausschließlich kapitalgedeckten Versicherungsform der ZVK-Pflichtversicherung ermittelt der Aktuarbericht[3] für 2022 eine Deckungsrückstellung von 1.860.955.419,00 € (Vorjahr: 1.837.323.773,00 €). Da die ZVK – Pflichtversicherung – durch Umlagen finanziert wird, ist dieser Betrag zunächst nur zur Kenntnis zu nehmen.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der fiktiven, durch das Aktuariat ermittelten, Deckungsrückstellung und der in der Bilanz ausgewiesenen satzungsgemäßen Rückstellung (§ 56 ZVK-Satzung). Für den 31.12.2023 liegt im Prüfungszeitpunkt aufgrund der verzögerten Erstellung des Aktuarberichts noch kein Wert für die fiktive Deckungsrückstellung vor.



7-3: Entwicklung der fiktiven Deckungsrückstellung und der bilanzierten satzungsmäßigen Rückstellung der ZVK – Pflichtversicherung –

Die Differenz zwischen der fiktiven Deckungsrückstellung und der tatsächlich in der Bilanz ausgewiesenen satzungsgemäßen Rückstellung entwickelt sich im Zeitablauf zwar rückläufig von 1.040 Mio. € auf 950 Mio. €. Sie belegt jedoch, dass eine Überleitung der ZVK –Pflichtversicherung – in eine kapitalgedeckte Versicherungsform nur unter erheblichen Anstrengungen möglich erscheint.

Das rechnerische Jahresergebnis vor Rückstellungsdotierung von insgesamt 26.718.921,90 € (Vorjahr: 39.880.0028,75 €) wurde ordnungsgemäß der satzungsgemäßen Rückstellung zugeführt. Dies erfolgte über die aufwandswirksame Erfassung im Posten I.7. „Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen“ der Gewinn- und Verlustrechnung (siehe auch Tz. 7.4). Dadurch hat sich das Jahresergebnis auf 0,00 € reduziert.

Für die **ZVK – Freiwillige Versicherung –** wird gemäß § 55 Abs. 1 ZVK-Satzung ein weiterer Abrechnungsverband geführt, für den eine eigene versicherungstechni-

[3] „Fiktive versicherungstechnische Voll-Bilanz & GuV gemäß Technischem Geschäftsplan“; datiert vom 31.03.2024

sche Bilanz erstellt wird. Diese ist vom verantwortlichen Aktuar zu testieren. Auch hierfür wird nach § 56 Abs. 1 ZVK-Satzung eine eigene versicherungstechnische Rückstellung gebildet.

Die Rückstellung für Leistungen der ZVK – Freiwillige Versicherung – hat sich zum 31.12.2023 um 1.969.341,00 € bzw. 4,44 % (Vorjahr: 2.157.432,00 € bzw. 5,11 %) erhöht.

Die Bilanz der ZVK – Freiwillige Versicherung – wird im Jahresabschluss so aufgestellt, dass die Deckungsrückstellung mit dem nach den Grundsätzen des Aktuars ermittelten Barwert der Verpflichtungen aus bis zum Bilanzstichtag erworbenen Anwartschaften übereinstimmt. Insofern handelt es sich um eine echte versicherungstechnische Bilanz.

Sofern sich die Rechnungsgrundlage der Beitragskalkulation als unzureichend erweisen, muss dies bei der Bewertung der Verpflichtungen angemessen berücksichtig werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn die bei Einführung der Tarife eingerechneten Sicherheiten aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse und Entwicklungen verbraucht sind. In diesem Fall ist dies bei der Berechnung der Deckungsrückstellung angemessen zu berücksichtigen.

Nach § 56 Abs. 3 ZVK-Satzung, ist für die ZVK – Freiwillige Versicherung – eine Rückstellung in Höhe des versicherungsmathematischen Barwerts aller am Bilanzstichtag bestehenden Anwartschaften und Ansprüche in die Bilanz einzustellen.

Die Ermittlung der Deckungsrückstellung erfolgt auf derselben Bewertungsmethode wie in dem Abrechnungsverband der Pflichtversicherung.

Der verantwortliche Aktuar legte in seiner Berechnung vom 06.03.2024 fest, dass zum Bilanzstichtag 31.12.2023 eine notwendige Deckungsrückstellung in Höhe von 46.358.762,00 € zu bilden ist. Damit ergab sich für das Geschäftsjahr 2023 ein Zuführungsbetrag von 1.969.341,00 €. Dieser wurde ordnungsgemäß in der Gewinn- und Verlustrechnung (Tz. 7.4) gebucht. Die Deckungsrückstellung wird in der Bilanz korrekt ausgewiesen.

Passiva C. Andere Rückstellungen

31.12.2023	**19.847.985,38 €**
31.12.2022	**19.184.095,09 €**

Der Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	konsolidiert	**Pflicht-versicherung**	**Freiwillige Versicherung**
	in €	**in €**	**in €**
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	19.447.198,00	19.447.198,00	0,00
Sonstige Rückstellungen	400.787,38	400.787,38	0,00
Summe	**19.847.985,38**	**19.847.985,38**	**0,00**

Zur Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde das IT-Verfahren „HPR Pensionsrückstellung“ in der aktuellen Version eingesetzt. Mit Schreiben des Stadtkäm-

merers vom 11.01.2010 erfolgte die grundlegende Freigabe des IT-Verfahrens gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 1 GemKVO. Die entsprechenden Berechnungen wurden durch das Personal- und Organisationsamt der Stadt Frankfurt am Main vorgenommen und zum Stichtag 31.12.2023 ordnungsgemäß ermittelt.

Die Position „Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ enthält neben den Rückstellungen für Pensionen auch die Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen, für Versorgungsbezüge, für die Versorgungsrücklage sowie bei Bedarf für Altersteilzeitverpflichtungen.

Die Rückstellungen für **Pensionen** betragen 15.739.168,12 € (Vorjahr: 15.102.524,01 €). Zu ihrer Berechnung wurde der von der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB bekannt gegebene Abzinsungssatz (10-Jahresdurchschnitt) von 1,82 % (Vorjahr: 1,78 %) zugrunde gelegt.

Im Benehmen mit der Stadtkämmerei und dem Revisionsamt, hat das Personal- und Organisationsamt eigene Berechnungen für einen **Beihilfetarif** vorgenommen. Beginnend ab 1998 wurden die jährlichen Beihilfekosten sowie die monatlichen Kosten pro Person, die Versorgungsbezüge erhält, ermittelt. Um größere Schwankungen zwischen den einzelnen Jahresabschlüssen zu nivellieren, wurde ein monatlicher Durchschnittskostenbetrag pro Kopf für die letzten fünf Jahre (2019 bis 2023) von 428 € (Vorjahr: 421 €) ermittelt. Die Rückstellungen der Beihilfeverpflichtungen für aktive Beamte und an Personen, die Versorgungsbezüge erhalten, betragen 3.525.997 € (Vorjahr: 3.535.572 €). Die Beihilferückstellung wurde ebenfalls abgezinst. Der für die Abzinsung zugrunde gelegte durchschnittliche Zinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre gemäß § 253 Abs. 2 HGB lag dabei bei 1,74 % (Vorjahr: 1,44 %).

Aufgrund des Hessischen Versorgungsrücklagengesetzes ist die Gemeinde verpflichtet, für Pensionszahlungen Vorsorge zu treffen. Diese Mittel sind dazu bestimmt, Zahlungen zur Erfüllung von Pensionsverpflichtungen zu finanzieren. Die ZVK hat dazu eine **Versorgungsrücklage** innerhalb der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gebildet. Die Zuführung erfolgt seit 2016 in konstanter Höhe. Die Versorgungsrücklage beträgt insgesamt 182.032,88 € (Vorjahr: 171.403,99 €). Im Anlagevermögen sind Finanzanlagen zur Finanzierung der Rückstellungen der Versorgungsrücklage enthalten. Zum 31.12.2023 waren Mittel von 150.000,00 € in Form eines Termingeldes angelegt. Bei dem verbleibenden Betrag von 32.032,88 € handelt es sich um liquide Mittel.

Die Position „Sonstige Rückstellungen“ enthält neben den Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren und Rückstellungen für Urlaubs- und Zeitguthaben erstmals Rückstellungen für Rechts- und Beratungskosten sowie Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten in jeweils geringer Höhe.

Mit der konsequenten Anwendung der Vorgaben nach § 249 HGB, hat die ZVK für die am Bilanzstichtag angesparten Zeitguthaben der **Lebensarbeitszeitkonten** und die noch bestehenden Urlaubsansprüche Rückstellungen (sonstige Rückstellung) zu bilden. Zum Stichtag 31.12.2023 lag die Anzahl der angesparten Stunden auf Lebensarbeitszeitkonten bei rund 4.465 Stunden (Vorjahr: 4.250 Stunden). Hieraus ergibt sich eine rechnerische Verpflichtung von 166.275,75 € (Vorjahr: 148.078,30 €). Diese basiert auf den mittleren Jahresbeträgen je Besoldungsgruppe und der von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement veröffentlichten Jahresarbeitszeit von 1.671 Stunden.

Weiterhin bestanden zum Stichtag 31.12.2023 noch **Urlaubsansprüche** von 252 Tagen (Vorjahr: 303 Tage). Die hieraus resultierende rechnerische Verpflichtung beträgt 80.631,37 € (Vorjahr: 97.945,47 €). Der Berechnung liegen die mittleren Jahresbeträge je Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe zugrunde.

Die Rückstellungen für **anhängige Gerichtsverfahren** beinhalten die zu erwartenden Zahlungsansprüche aus den am Hessischen Verwaltungsgerichtshof anhängigen Klagen gegen die Besoldungsrunden 2015/2016. Diese wurden für die ZVK erstmals in 2022 rückwirkend für die Jahre ab 2016 gebildet. Im Jahr 2023 wurden der Rückstellung weitere 19.405,95 € zugeführt. Die Rückstellung hat sich damit von 128.571,32 € auf 148.022,27 € erhöht.

Passiva D. Andere Verbindlichkeiten

31.12.2023	**1.437.762,52 €**
31.12.2022	**63.018,48 €**

Der Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	konsolidiert	**Pflicht-versicherung**	**Freiwillige Versicherung**
	in €	**in €**	**in €**
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	60.574,35	60.574,35	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	4.036,77	4.036,77	15.167.836,10
sonstige Verbindlichkeiten	1.373.151,40	1.351.917,37	21.234,03
Summe	**1.437.762,52**	**1.416.528,49**	**15.189.070,13**

Bei den **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** handelt es sich im Wesentlichen um noch nicht bezahlte Rechnungen der **ZVK – Pflichtversicherung –** z. B. für Rechtsberatungs- und Reinigungsleistungen sowie Pförtner- und Bewachungsdienst.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen befinden sich in allen Bilanzen. Die in der konsolidierten Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung betreffen vollständig die **ZVK – Pflichtversicherung**. Die Verbindlichkeit besteht vorrangig gegenüber der Mainova AG aus der Energieversorgung.

Die in der **ZVK – Freiwilligen Versicherung –** ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber der ZVK – Pflichtversicherung – für den Solvenzkapitalstock von 15.150.000 € sowie die Zinsabgrenzung zum Bilanzstichtag von 17.836,10 €, sind im Gesamtabschluss zu konsolidieren. Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen zum sog. Solvenzkapital unter Aktiva B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen.

Unter den **sonstigen Verbindlichkeiten** werden für die **ZVK – Pflichtversicherung** erstmals Verbindlichkeiten für Aufwendungen aus Überleitungen von Anwartschaften ausgewiesen. Diese entstehen, wenn mit einem Arbeitgeberwechsel auch ein

Wechsel der Zusatzversorgungseinrichtung verbunden ist und mit dieser ein Überleitungsabkommen besteht. In 2023 betrugen die abgegrenzten Aufwendungen hierfür 1.316.325,69 €. Des Weiteren beinhaltet der Posten Verbindlichkeiten der **ZVK – Pflichtversicherung –** aus Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer von 22.850,84 € sowie Verbindlichkeiten aus Leistungsentgelten für TVöD-Beschäftigte von 12.567,43 €. Für die **ZVK – Freiwillige Versicherung** bestehen Verbindlichkeiten von 21.033,08 € aus einer Vertragskündigung.

Passiva E. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2023	**2.986.691,89 €**
31.12.2022	**3.313.901,07 €**

Der Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	konsolidiert	**Pflicht-versicherung**	**Freiwillige Versicherung**
	in €	**in €**	**in €**
Lieferung und Leistung	2.986.691,89	2.986.651,89	40,00
Summe	**2.986.691,89**	**2.986.651,89**	**40,00**

Zum 31.03.2010 erfolgte die Beendigung einer Mitgliedschaft. Die **ZVK – Pflichtversicherung –** hatte gemäß § 15 ZVK-Satzung einen Ausgleichsbetrag von 6.171.517,00 € gegenüber diesem Mitglied geltend gemacht (siehe auch Posten Aktiva C. Forderungen) und als passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Im Jahr 2019 wurde ein Vergleich in Höhe von 5,2 Mio. € abgeschlossen. Seitdem wird diese Position bis zum Jahr 2030 mit einem taggenau berechneten jährlichen Betrag von 239.036,25 € (239.691,14 € im Schaltjahr) ertragswirksam aufgelöst; zum Bilanzstichtag beträgt der Ausgleichsbetrag noch 1.674.563,50 €.

Bei einem anderen Mitglied ist zum 01.04.2017 ein Teilbereich ausgegliedert worden. Durch das Aktuariat wurde ein Ausgleichsbetrag von 1.005.456,00 € ermittelt. Für diese Ausgleichszahlung wurde eine passive Rechnungsabgrenzung gebildet. Sie wird seit 2022 ebenfalls mit einem taggenau berechneten Betrag von 50.247,98 € (50.385,64 € im Schaltjahr) bis zum Jahr 2036 und von 12.389,86 € im Jahr 2037 ertragswirksam aufgelöst. Zum Bilanzstichtag beträgt der Ausgleichsbetrag noch 666.164,24 €.

Eine weitere passiv abzugrenzende Erlösbuchung beruht auf einer weiteren Kündigung einer Mitgliedschaft zum 31.12.2020. Durch das Aktuariat wurde ein Ausgleichsbetrag von 759.819,00 € ermittelt. Für diese Ausgleichszahlung wurde im Jahr 2021 eine passive Rechnungsabgrenzung von 721.854,05 € gebildet. Diese wird seit 2022 mit einem taggenau berechneten jährlichen Betrag von 37.964,95 € (38.068,96 € im Schaltjahr) bis zum Jahr 2039 und von 38.068,91 € im Jahr 2040 ertragswirksam aufgelöst. Zum Bilanzstichtag beträgt der Ausgleichsbetrag noch 645.924,15 €.

7.4 Feststellungen und Erläuterungen zur konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung und den Gewinn- und Verlustrechnungen der Abrechnungsverbände

7.4.1 Entwicklung der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung

Nachfolgend stellen wir die konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung (Ziffer 9.2.4 bis 9.2.6 des Jahresabschlusses) für das Geschäftsjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr dar:

		2023	2022	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
I.	Versicherungstechnische Rechnung				
1.	Umlagen und Beiträge	128,6	138,1	-9,5	-6,9 %
2.	Beiträge aus der Rückstellung für Leistungsverbesserungen	0,0	0,0	0,0	0,0 %
3.	Erträge aus Kapitalanlagen	20,6	19,4	1,2	6,2 %
4.	Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0 %
5.	Sonstige versicherungstechnische Erträge	0,1	0,0	0,1	
	Summe der Erträge	149,3	157,5	-8,2	-5,2 %
6.	Aufwendungen für Versicherungsfälle	115,2	110,8	4,4	4,0 %
7.	Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen	28,7	42,0	-13,3	-31,8 %
8.	Aufwendungen für Leistungsverbesserungen	0,0	0,0	0,0	0,0 %
9.	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	3,7	4,4	-0,7	-16,0 %
10.	Aufwendungen für Kapitalanlagen	0,4	0,4	0,0	-14,4 %
11.	Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0 %
	Summe der Aufwendungen	148,0	157,6	-9,6	-6,1 %
	Ergebnis versicherungstechnische Rechnung	1,3	-0,1	1,4	-1.711,4 %
II.	Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1.–2.	Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen	-0,3	-0,3	0,0	4,7 %
3.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	1,0	-0,4	1,4	350,5 %
6.	Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0 %
9.	**Jahresergebnis**	1,0	-0,4	1,4	350,5 %

7-4: Entwicklung der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung

7.4.2 Feststellungen und Erläuterungen wesentlicher Posten der Gewinn- und Verlustrechnungen

Die Struktur der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung sowie die der Gewinn- und Verlustrechnungen der beiden Abrechnungsverbände ergibt sich aus Formblatt 3 (Gewinn- und Verlustrechnung) der RechVersV.

GuV I. Versicherungstechnische Rechnung

31.12.2023	**1.340.414,76 €**
31.12.2022	**-83.184,26 €**

Die versicherungstechnische Rechnung ergibt folgendes Ergebnis:

	konsolidiert	**Pflicht-versicherung**	**Freiwillige Versicherung**
	in €	**in €**	**in €**
Erträge der versicherungstechnischen Rechnung	149.306.490,10	145.209.705,06	4.165.204,26
Aufwendungen der versicherungstechnischen Rechnung	147.966.075,34	144.876.010,44	3.158.484,12
Ergebnis der versicherungstechnischen Rechnung	**1.340.414,76**	**333.694,62**	**1.006.720,14**

GuV I.1–5 Erträge der versicherungstechnischen Rechnung

Der **Gesamtbetrag der konsolidierten Erträge der versicherungstechnischen Rechnung** beträgt 149.306.490,10 € (Vorjahr: 157.524.789,52 €).

Den wesentlichen Anteil mit 86,76 % (Vorjahr: 88,29 %) bilden bei der **ZVK – Pflichtversicherung –** die Erträge aus den Umlagen und Beiträgen mit insgesamt 125.980.472,04 € (Vorjahr: 136.639.424,79 €). Darin enthalten sind:

- Umlagen und Sanierungsgelder (117.263.828,51 €),
- Überleitungen mit Barwertausgleich (4.607.718,52 €),
- Erstattungen von Versicherungsleistungen (4.108.138,72 €) und
- Überleitungen mit Pflichtbeiträgen (786,26 €).

Weiterhin wurden Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 19.137.068,13 € (Vorjahr: 18.090.935,23 €) erzielt. Sonstige versicherungstechnische Erträge lagen bei 92.164,89 € (Vorjahr: 38.848,20 €).

Die Finanzierung der Rentenleistungen erfolgt mittels der Mitgliedschaftsumlagen, der Sanierungsgelder und der Vermögenserträge. Die Festsetzung der Höhe der Umlagen und der Sanierungsgelder richtet sich nach den §§ 62 f. ZVK-Satzung. Seit dem Geschäftsjahr 2000 beträgt der Umlagesatz 6,00 % bezogen auf das zusatzversorgungspflichtige Entgelt der einzelnen versicherten Person (Bemessungsgrundlage). Aufgrund des anhaltend negativen Verwaltungsergebnisses hatte der

Kassenausschuss eine schrittweise Erhöhung der Sanierungsgelder von einst 2,50 % auf 3,00 % im Geschäftsjahr 2011 und eine weitere Erhöhung ab dem 01.01.2012 von 3,00 % auf 3,50 % beschlossen. Zum 01.01.2023 wurde das Sanierungsgeld auf 2,40 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte gesenkt.

Die Reform des Zusatzversorgungsrechtes zum 01.01.2002 erforderte eine umfassende Neuregelung der Überleitung bei versicherten Personen zwischen den Zusatzversorgungskassen und mündete in ein entsprechendes Überleitungsstatut. Aufgrund der Umsetzung der Überleitungen resultieren im Geschäftsjahr 2023 Erträge aus Überleitungen mit Barwertausgleich, die mit den unter den ordentlichen Aufwendungen erfassten Zahlungen korrespondieren.

Bei der **ZVK – Freiwillige Versicherung –** liegt der Anteil der Umlagen und Beiträge am Gesamtbetrag der Erträge bei 64,89 % (Vorjahr: 54,08 %) und betrug 2.702.669,80 € (Vorjahr: 1.524.442,26 €). Darin enthalten sind:

- die Beiträge (1.385.900,27 €),
- erstmalige Beitragsnachschüsse der Arbeitgeber (1.257.113,00 €),
- Zulagen nach dem Altersförderungsgesetz (54.730,14 €) sowie
- Überleitungen mit Barwertausgleich (4.926,39 €).

Den verbleibenden Anteil von 35,11 % (Vorjahr: 45,92 %) machen die Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 1.462.534,46 € aus (Vorjahr: 1.294.431,68 €).

GuV I.6–11 Aufwendungen der versicherungstechnischen Rechnung

Der **Gesamtbetrag der konsolidierten Aufwendungen der versicherungstechnischen Rechnung** beträgt 147.966.075,34 € (Vorjahr: 157.607.973,78 €).

Den wesentlichen Anteil mit 78,78 % (Vorjahr: 71,09 %) bei der **ZVK – Pflichtversicherung –** haben die Aufwendungen für Versicherungsfälle mit insgesamt 114.140.206,08 € (Vorjahr: 109.797.947,79 €). Diese beinhalten:

- Betriebsrenten (107.521.916,71 €),
- Überleitungen mit Barwertausgleich (6.258.547,06 €),
- Versorgungsausgleichserstattungen (348.854,61 €),
- Beitragserstattungen (9.024,18 €) und
- Überleitungen aus Pflichtbeiträgen (1.863,52 €).

Weitere Aufwendungen sind im Posten I.7. „Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellung“ in Höhe von 26.718.921,90 € (Vorjahr: 39.880.028,75 €) enthalten. Hierbei handelt es sich um die satzungskonforme Zuführung zur Deckungsrückstellung (siehe auch Posten Passiva B. Versicherungstechnische Rückstellungen). Auf die Aufwendungen für Versicherungsbetrieb entfallen 3.659.794,70 € (Vorjahr: 4.356.875,27 €) und auf die Aufwendungen für Kapitalanlagen 357.087,76 € (Vorjahr: 415.638,18 €). Der Rückgang der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb resultiert im Wesentlichen aus einer geringeren Zuführung zur Pensionsrückstellung (-767.045,53 €). Diesem stehen u. a. gestiegene Gebäudeüberwachungskosten gegenüber (+143.141,06 €).

Die Rentenleistung der ZVK – Pflichtversicherung – richtet sich nach dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt und einem Altersfaktor, die als Versorgungspunkte mit einem versicherungsmathematisch ermittelten Messbetrag multipliziert werden.

Der Leistungskatalog umfasst Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten. Im Durchschnitt betrug die Betriebsrente im Geschäftsjahr 2023 pro Monat für Personen, die Alters- und Erwerbsminderungsrente beziehen, 413,38 € (Vorjahr: 407,39 €), für Verwitwete 291,85 € (Vorjahr: 288,86 €) und für Waisen 59,93 € (Vorjahr: 50,33 €).

Die Zahl der Pflichtversicherten stieg im Geschäftsjahr 2023 um 430 auf 30.634 Versicherte (Vorjahr: 30.204). Dem steht eine Zunahme der Leistungsempfangenden um 91 auf 23.123 (Vorjahr: 23.032) gegenüber. Die Differenz zwischen Pflichtversicherten und Leistungsempfangenden ist dadurch um 339 auf 7.511 (Vorjahr: 7.172) gestiegen.

Gegenüber dem Jahr 2014 hat sich die Zahl der Leistungsempfangenden um 1.060 und die der Pflichtversicherten um 3.725 erhöht.

Bei der **ZVK – Freiwillige Versicherung –** liegt der wesentliche Anteil mit 62,35 % (Vorjahr: 66,98 %) an den Aufwendungen beim Posten I.7. „Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellung“. Dessen Aufwendungen betragen 1.969.341,00 € (Vorjahr: 2.157.432,00 €).

Die **weiteren Aufwendungen** und deren Anteil am Gesamtbetrag der Aufwendungen verteilen sich wie folgt:

Posten		2023		2022	
		in €	in %	in €	in %
I.6.	Aufwendungen für Versicherungsfälle	1.120.565,28	35,48	998.510,69	31,00
I.9.	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	38.737,33	1,23	38.928,70	1,21
I.10.	Aufwendungen für Kapitalanlagen	29.840,51	0,94	25.905,04	0,80

7-5: Anteil der weiteren Aufwendungen an dem Gesamtbetrag der Aufwendungen der ZVK – Freiwillige Versicherung –

Die im Posten I.6. ausgewiesenen **Aufwendungen für Versicherungsfälle** beinhalten die Betriebsrenten (1.094.288,14 €), die Beitragserstattungen (21.033,08 €) und die Rückzahlungen von Zulagen bzw. Steuervorteilen (5,244,06 €).

Im Posten I.9. **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb** werden keine Personal- und Sachaufwendungen ausgewiesen. Vielmehr zahlt die ZVK – Freiwillige Versicherung – der ZVK – Pflichtversicherung – eine aufgrund des Technischen Geschäftsplans für die freiwillige Versicherung prozentual festgelegte „Verwaltungskostenpauschale“. Damit werden die entstandenen Aufwendungen für in Anspruch genommene Sach- und Dienstleistungen abgedeckt. Bei deren Ermittlung werden die jährlichen Versichertenbeiträge und Rentenleistungen zugrunde gelegt. Die Aufwendungen für diese Pauschale betrugen 38.660,89 € (Vorjahr: 38.848,20 €). Ein Bezug zu den jährlich anfallenden tatsächlichen Sach- und Personalaufwendungen liegt nicht vor.

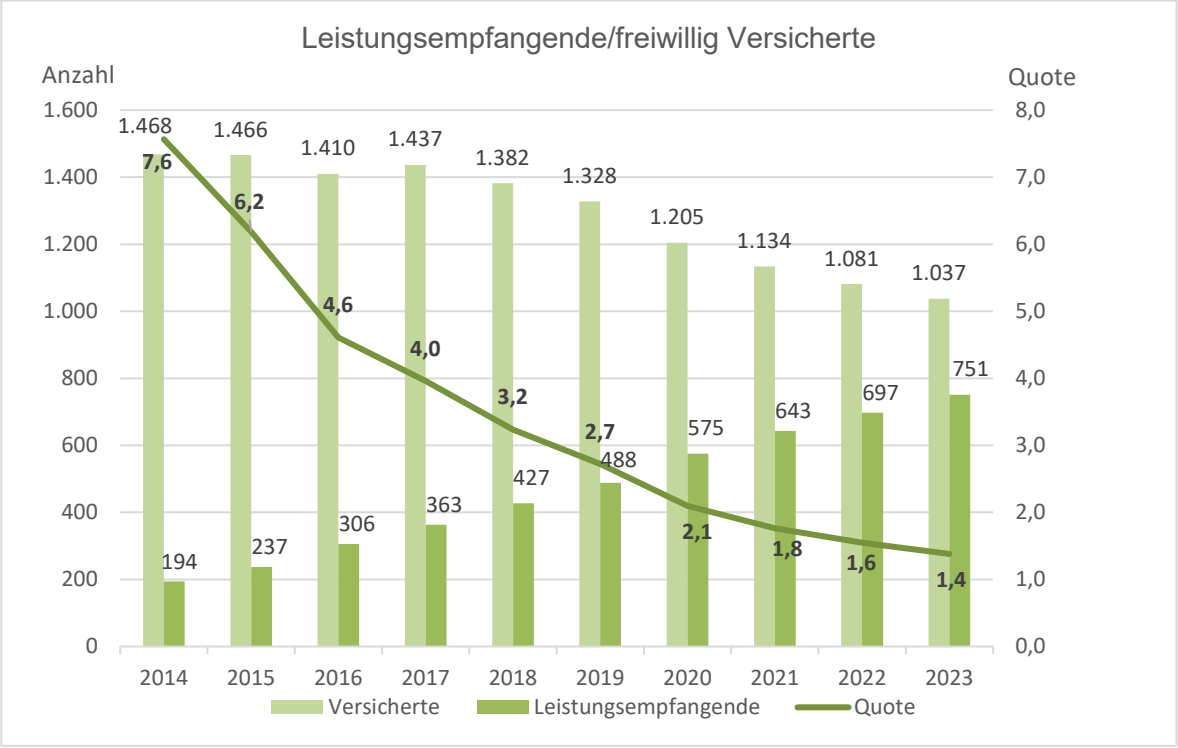
Die Versorgungsleistung der ZVK – Freiwillige Versicherung – richtet sich nach dem Beitrag und einem Altersfaktor, die als sogenannte Versorgungspunkte mit einem versicherungsmathematisch ermittelten Messbetrag multipliziert werden.

Der Leistungskatalog umfasst ebenfalls Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten. Abweichend zur Pflichtversicherung, kann jedoch die Abdeckung des Hinterbliebenen- bzw. Erwerbsminderungsrisikos individuell ausgeschlossen werden. Dieser Ausschluss wird durch eine, nach versicherungsmathematischen Maßstäben wertgleiche, Verbesserung der Altersrente ausgeglichen.

Im Tarif 2002 werden alle Anwartschaften in Höhe von 75 % der in Aussicht gestellten Leistungen versicherungsförmig garantiert. 25 % der Leistungen stehen als vorweggenommene Überschussbeteiligung unter Leistungsvorbehalt. Mit Ausnahme der am 31.12.2013 bereits vorhandenen Rentenfälle, wurde für alle Versicherungsverträge von diesem Leistungsvorbehalt Gebrauch gemacht.

Die Entwicklung auf dem Kapitalmarkt sowie eine kontinuierlich steigende Lebenserwartung führte zur Schließung des Tarifs 2002 zum 30.06.2017. Zum 01.07.2017 wurde ein neuer Tarif auf der Basis eines angepassten Rechnungszinses von 1,25 % eingeführt.

Die folgende Grafik stellt die Entwicklung der Zahl der Leistungsempfangenden im Vergleich zu den freiwillig Versicherten in den letzten Jahren dar:



7-6: Verhältnis der Leistungsempfangenden zu den freiwillig Versicherten der ZVK – Freiwillige Versicherung –

Die Zahl der freiwillig Versicherten hat sich gegenüber dem Vorjahr um 44 auf 1.037 verringert (Vorjahr: 1.081). Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Leistungsempfangenden um 54 auf 751 (Vorjahr: 697). Die Differenz zwischen Leistungsempfangenden und freiwillig Versicherten hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 384 um 98

auf 286 weiter reduziert. Entsprechend hat sich die Quote – das Verhältnis von Leistungsempfangenden zu freiwillig Versicherten – von 1,6 auf 1,4 vermindert.

Während sich die Zahl der freiwillig Versicherten im Vergleich zum Jahr 2014 um 431 verringerte, stieg die der Leistungsempfangenden um 557. Die Quote hat sich entsprechend von 7,6 im Jahr 2014 bis Ende 2023 auf 1,4 reduziert.

GuV II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

31.12.2023	**-333.694,62 €**
31.12.2022	**-318.718,23 €**

GuV II.1–2 Sonstige Erträge und Aufwendungen

Der Saldo ergibt sich wie folgt:

	Konsolidiert	**Pflicht-versicherung**	**Freiwillige Versicherung**
	in €	**in €**	**in €**
Sonstige Erträge	7.506,84	7.506,84	0,00
Sonstige Aufwendungen	341.201,46	341.201,46	0,00
Saldo	**-333.694,62**	**-333.694,62**	**0,00**

Bei der **ZVK – Freiwillige Versicherung –** sind im Jahr 2023 weder sonstige Erträge noch sonstige Aufwendungen angefallen.

Bei der **ZVK – Pflichtversicherung –** enthält der Posten II.1. **sonstige Erträge** von 7.506,84 € (Vorjahr: 7.619,52 €) Erträge aus Schadensersatzleistungen und Versicherungsentschädigungen von 5.692,44 € (Vorjahr: 5.636,10 €) sowie Erträge aus der Eigenbeteiligung für Wahlleistungen Beihilfe von 1.814,40 € (Vorjahr: 1.663,20 €).

Der Posten II.2. **sonstige Aufwendungen** von 341.201,46 € (Vorjahr: 326.337,75 €) beinhaltet in erster Linie Zinsaufwendungen für Pensionsrückstellungen und Beihilferückstellungen von 320.022,74 € (Vorjahr: 303.193,88 €). Weiterhin sind hier Abschreibungen auf Sachanlagen, DV und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung von 12.719,35 € (Vorjahr: 15.713,61 €) und Abschreibungen auf Forderungen von 8.242,61 € (Vorjahr: 7.430,26 €) enthalten.

GuV II.3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

Der Saldo aus dem Ergebnis der konsolidierten versicherungstechnischen Rechnung und der konsolidierten nichtversicherungstechnischen Rechnung ergibt das **konsolidierte Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit** von 1.006.720,14 € (Vorjahr: -401.902,49 €).

GuV II.5. Außerordentliches Ergebnis

Das **konsolidierte außerordentliche Ergebnis** beträgt 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €).

GuV II.9. Jahresergebnis

Aufgrund der Zuführung des konsolidierten Jahresergebnisses von insgesamt 28.688.262,90 € (Vorjahr: 42.037.460,75 €) zu den übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen (siehe auch Posten Passiva B. Versicherungstechnische Rückstellungen), schließt die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023 im **konsolidierten Jahresergebnis**, mit einem Jahresüberschuss von 1.006.720,14 € (Vorjahr: -401.902,49 €) ab.

7.5 Anlagenübersichten

Die Anlagenübersichten (konsolidierte Anlagenübersicht, sowie die der beiden Abrechnungsverbände – Ziffer 9.27 bis 9.2.9 des Jahresabschlusses) entsprechen den Vorgaben des § 51 Abs. 2 RechVersV i. V. m. § 284 Abs. 3 HGB. Danach ist im Anhang die Entwicklung der Aktivposten B. und C.I. bis C.III. (hier A. und B.I. bis B.III.) nach Muster 1 der RechVersV darzustellen. Die in den drei Anlagenübersichten enthaltenen Werte waren nachvollziehbar.

7.6 Anhang

Die Angaben im Anhang (Ziffer 9.3 des Jahresabschlusses) sind vollständig und richtig. Diese entsprechen den Vorgaben nach §§ 284 ff. HGB sowie ergänzend hierzu § 51 RechVersV.

7.7 Feststellungen zu den Finanzrechnungen der beiden Abrechnungsverbände der ZVK

Aufgrund der Bestimmungen des HGB ist die Ergänzung des Jahresabschlusses um eine Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung) nicht erforderlich. Im Jahresabschluss 2023 wurde, wie in Tz. 2 erläutert, für jeden Abrechnungsverband eine Finanzrechnung (Ziffer 9.2.12 und 9.2.13 des Jahresabschlusses) ergänzend gemäß § 47 GemHVO i. V. m. § 60 GemHVO und dem Muster 15 nach der direkten Methode vorgelegt.

In den Teilfinanzrechnungen werden die im Geschäftsjahr eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen vollständig und getrennt voneinander je Abrechnungsverband nachgewiesen. Einzahlungen wurden nicht mit Auszahlungen verrechnet.

Wie in den Vorjahren waren fehlerhafte Darstellungen sowie fehlerhafte Zuordnungen von Buchungen zu Finanzstellen in der Finanzrechnung der Pflichtversicherung festzustellen.

Die Stadtkämmerei sollte als erstellendes Amt hierauf entsprechend reagieren und das IKS unter Beteiligung der ZVK überarbeiten.

7.7.1 Teilfinanzrechnung der ZVK – Pflichtversicherung –

In Ziffer 9.2.12 ist die Teilfinanzrechnung für die **ZVK – Pflichtversicherung –** dargestellt:

	2023	2022	Veränderung
	in €	in €	in €
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	26.887.786	41.296.857	-14.409.071
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-26.610.461	-38.053.681	11.443.220
Zahlungsmittelfluss aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	*-20.673*	*12.689*	-33.362
Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelfehlbedarf (-)	**256.651**	**3.255.865**	**-2.999.214**

Zahlungsmittelbestand am 01.01.	15.729.909	12.474.044	3.255.865
Zahlungsmittelbestand am 31.12.	15.986.559	15.729.909	256.651

7-7: Entwicklung der Teilfinanzrechnung der ZVK – Pflichtversicherung –

Es ergibt sich am Ende des Geschäftsjahres ein Zahlungsmittelüberschuss von 256.650,90 € und ein Zahlungsmittelbestand von 15.986.559,41 €.

In der Finanzrechnung der ZVK – Pflichtversicherung – wurden zwei Beträge und eine Summe wie bereits im Vorjahr fehlerhaft abgebildet. In der Tabelle (Abb. 7-8) sind die berichtigten Beträge in der Summe unter „Zahlungsmittelfluss aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen“ zusammengefasst und kursiv dargestellt.

7.7.2 Teilfinanzrechnung der ZVK – Freiwillige Versicherung –

In Ziffer 9.2.13 ist die Teilfinanzrechnung für die **ZVK – Freiwillige Versicherung –** dargestellt:

	2023	2022	Veränderung
	in €	in €	in €
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.643.913	1.765.254	-121.341
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-2.493.445	-4.209.452	1.716.007
Zahlungsmittelfluss aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	650.000	2.500.000	-1.850.000
Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelfehlbedarf (-)	**-199.533**	**55.802**	**-255.334**

Zahlungsmittelbestand am 01.01.	361.428	305.627	55.802
Zahlungsmittelbestand am 31.12.	161.896	361.428	-199.533

7-8: Entwicklung der Teilfinanzrechnung der ZVK – Freiwillige Versicherung –

Es ergibt sich am Ende des Geschäftsjahres ein Zahlungsmittelfehlbedarf von 199.532,53 € und ein Zahlungsmittelbestand von 161.895,95 €.

8 Prüfungsurteile

An die Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main (ZVK)[4]

Wir haben den Jahresabschluss der ZVK – bestehend aus

- konsolidierter Bilanz (ergänzt um die Bilanzen der Abrechnungsverbände),
- konsolidierter Gewinn- und Verlustrechnung (ergänzt um die Gewinn- und Verlustrechnungen der Abrechnungsverbände) und
- konsolidierter Anlagenübersicht (ergänzt um die Anlagenübersichten der Abrechnungsverbände)

für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ZVK für das Geschäftsjahr 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 geprüft. Bei der Prüfung des Jahresabschlusses haben wir die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft für das Haushaltsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 geprüft.

Bei den durchgeführten Prüfungen wurden keine Sachverhalte festgestellt, dass den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit nicht entsprochen wurde.

Prüfungsurteile zum Haushaltsplan und zur Haushaltswirtschaft

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse wurde

- der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 eingehalten (§ 128 Abs. 1 Nr. 1 HGO) und
- die Haushaltswirtschaft für das Haushaltsjahr 2023 ordnungsgemäß geführt (§ 128 Abs. 1 Nr. 2 und 3 HGO).

[4] Gem. den Hinweisen Nr. 2 bis 8 zu § 128 HGO (Erlass des damaligen HMdIS vom 27.09.2021) soll der Schlussbericht nach § 128 Abs. 2 HGO mit einem zusammenfassenden Prüfungsurteil (Prüfungsergebnis oder Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes) abschließen, welches eine klar formulierte Aussage über das Ergebnis der durchgeführten Prüfungen nach § 128 Abs. 1 HGO enthalten soll; dieses hat Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung zu beschreiben und dabei die angewandten Prüfungsgrundsätze anzugeben. Das Prüfungsurteil soll sich in Aussagen zur Haushaltswirtschaft und zum Jahresabschluss gliedern. Die Prüfungsurteile über den Jahresabschluss und den Lagebericht orientieren sich an dem, im IDW Prüfungsstandard 400 n. F. „Bildung eines Prüfungsurteils und Erteilung eines Bestätigungsvermerks“ enthaltenen, Musterbestätigungsvermerk.

Prüfungsurteile über den Jahresabschluss und den Lagebericht

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den für die ZVK geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der ZVK zum 31.12.2023 sowie ihrer Ertrags- und Finanzlage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 und
- vermittelt der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der ZVK. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Sinngemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Anlehnung an § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e. V. (IDR) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes“ unserer Prüfungsurteile weitergehend beschrieben. Wir sind gem. § 130 Abs. 1 HGO unabhängig in Übereinstimmung mit den gemeinde- und handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen Berufspflichten in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des IDR erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung des Magistrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Magistrat ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den für die ZVK geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ZVK vermittelt. Ferner ist der Magistrat verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Magistrat dafür verantwortlich, die Fähigkeit der ZVK zur dauernden Leistungsfähigkeit im Sinne einer nachhaltigen Finanzwirtschaft zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zu identifizieren, zu bewerten und bei der Aufstellung zu berücksichtigen.

Außerdem ist der Magistrat verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der ZVK vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Magistrat verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichtes in Übereinstimmung mit den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Die örtliche Rechnungsprüfung ist bei der Erfüllung der ihr zugewiesenen Prüfungsaufgaben gem. § 130 Abs. 1 HGO unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Sie ist für eine sachgerechte Prüfung verantwortlich und hat auf die Klärung von Unregelmäßigkeiten zu achten.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und
- ob der Lagebericht
  - insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der ZVK vermittelt sowie
  - in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss als auch mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
  - den gesetzlichen Vorschriften entspricht,
  - die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt

und schließlich Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht abzugeben.

Während der örtlichen Prüfung üben die Mitarbeitenden des Rechnungsprüfungsamtes pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Es bestehen keine Bedenken, über den von uns geprüften Jahresabschluss 2023 zu beschließen und damit zugleich dem Magistrat die Entlastung für das Geschäftsjahr 2023 gemäß § 114 HGO auszusprechen.

Eine Zusammenfassung unserer Prüfungsergebnisse ist in Tz. 1 dargestellt.

Frankfurt am Main, 11.04.2025

Die Leitung des Revisionsamts

gez. Wieden gez. Lachnit

(Wieden) (Lachnit)

Stadt Frankfurt am Main
Revisionsamt

Schlussberichte 2023 – Teil III

Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2023 der Stadt Frankfurt am Main

Inhaltsverzeichnis Seite

1 Kurzfassung der Prüfungsfeststellungen 247

2 Prüfungsgrundlage 249

3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung 250

3.1 Prüfungsgegenstand 250

3.2 Art und Umfang der Prüfung 250

3.2.1 Ausgangspunkt der Prüfung, Prüfungszeitraum und Prüfungsstandards 250
3.2.2 Prüfungsansatz und Verantwortung für die Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses und des Konsolidierungsberichts 251
3.2.3 Prüfungsprogramm 252
3.2.4 Prüfungsnachweise, Vollständigkeitserklärung 254

3.3 Dokumentation der Prüfung 254

4 Stand der Entlastungsverfahren 254

5 Prüfungsbemerkungen zum Konsolidierten Gesamtabschluss 2023 nach § 128 Abs. 1 Nr. 4 bis 6 i. V. m. § 112a Abs. 1 bis 5 HGO 254

5.1 Ordnungsmäßigkeit der Konzernrechnungslegung 254

5.1.1 IT-gestütztes Konzernbuchführungssystem 254
5.1.2 Gesamtabschlussrichtlinie 255

5.2 Konsolidierungskreis 255

5.3 Vereinheitlichung von Ansatz, Bewertung und Ausweis 259

5.4 Erstkonsolidierungsstichtag 259

5.5 Ordnungsmäßigkeit der in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogenen Abschlüsse 259

5.5.1 Prüfung der Jahres- und Teilkonzernabschlüsse der einbezogenen Aufgabenträger 259
5.5.2 Prüfung der Meldedaten 262

5.6 Einbeziehung der Aufgabenträger 264

5.6.1 Allgemeines 264
5.6.2 Vollkonsolidierung der verbundenen Aufgabenträger 264
5.6.3 At-Equity-Bewertung der assoziierten Unternehmen 265
5.6.4 At-Cost-Bewertung der sonstigen bzw. nicht konsolidierten Beteiligungen 265

5.7 Kapitalkonsolidierung 266

5.7.1 Geschäfts- oder Firmenwert ... 266
5.7.2 Beteiligungen ... 267
5.7.3 Eigenkapital ... 268
5.7.4 Passiver Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung ... 271
5.7.5 Ergebniswirksame Effekte aus der Kapitalkonsolidierung ... 271

5.8 Schuldenkonsolidierung ... 272

5.9 Aufwands- und Ertragskonsolidierung ... 273

5.10 Zwischenergebniseliminierung ... 273

5.11 Konsolidierte Gesamtfinanzrechnung ... 274

5.11.1 Allgemeine Anmerkungen ... 274
5.11.2 Herleitung und rechnerische Richtigkeit ... 274

5.12 Anhang und Übersichten zum Konsolidierten Gesamtabschluss ... 275

5.12.1 Allgemeine Anmerkungen ... 275
5.12.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises und Konsolidierungsgrundsätze ... 275
5.12.3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ... 276
5.12.4 Erläuterungen der Posten der Konsolidierten Gesamtvermögens-, Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzrechnung ... 276
5.12.5 Eliminierung der Konzernverrechnungen und Entwicklung der Unterschiedsbeträge ... 276
5.12.6 Sonstige Angaben ... 276

5.13 Konsolidierter Lage- und Rechenschaftsbericht (Konsolidierungsbericht) ... 277

5.13.1 Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ ... 277
5.13.2 Dauernde Leistungsfähigkeit ... 277
5.13.3 Ausblick auf die zukünftige Entwicklung ... 278

5.14 Zusammenfassende Beurteilung des Konsolidierten Gesamtabschlusses ... 278

6 Prüfungsurteile ... 280

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

5-1: Konzernstruktur der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2023 257
5-2: Teilkonzernzugehörigkeit der Aufgabenträger nach Art der Einbeziehung 258
5-3: Gesamt-Vermögensrechnung vor und nach Konsolidierung 263
5-4: Gesamt-Ergebnisrechnung vor und nach Konsolidierung.....264

1 Kurzfassung der Prüfungsfeststellungen

Nachfolgend geben wir die wesentlichen Prüfungsfeststellungen dieses Schlussberichts Teil III in zusammengefasster Form wieder[1]:



Der Magistrat hat den **Konsolidierten Gesamtabschluss 2023 fristgemäß** innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres **aufgestellt**. (Tz. 3.1)



Der **Aufstellungsprozess** für den Konsolidierten Gesamtabschluss sowie das **konzernrechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem** sind nach unserer Feststellung grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung des Buchungsstoffes (Konzernbuchführung) zu gewährleisten. (Tz. 5.1.1)

Nach wie vor können wir wegen der **nicht vollständigen Verfahrensdokumentation** und der noch ausstehenden Umsetzung der Feststellungen zum Berechtigungswesen sowie zur Systemsicherheit **keine Freigabeempfehlung** für das DV-gestützte Konzernbuchführungssystem aussprechen. **Die Prüfungshandlungen sind insofern noch nicht abgeschlossen.**



Die aktualisierte Version der **Gesamtabschlussrichtlinie** datiert vom 31.05.2024 und wurde den Konzernunternehmen im Rahmen der Aufstellung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2023 übermittelt. (Tz. 5.1.2)



Unsere Überprüfung der **Abgrenzung des Konsolidierungskreises** sowie die Darstellung der **Veränderungen im Konsolidierungskreis** im Anhang (Kapitel 2.5.2 des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2023) **führte zu keinen wesentlichen Beanstandungen**. (Tz. 5.2)



Eine **Vereinheitlichung von Ansatz- und Bewertungsvorschriften** ist zulässigerweise unterblieben. (Tz. 5.3)



Die **Ordnungsmäßigkeit der** in den Konsolidierten Gesamtabschluss **einbezogenen Abschlüsse** ist insgesamt gegeben. (Tz. 5.5)



Die prozessorientiert angelegte Überprüfung der **Vollständigkeit und Richtigkeit der Einbeziehung der Aufgabenträger** nach den verschiedenen Methoden (Vollkonsolidierung, At-Equity-Bewertung, At-Cost-Bewertung) ergab keine Beanstandungen. (Tz. 5.6)



Die **Konsolidierungsmaßnahmen** wurden zutreffend vorgenommen. (Tz. 5.7, Tz. 5.8, Tz. 5.9, Tz. 5.10)



In der **Konsolidierten Gesamtfinanzrechnung** wird der Finanzmittelbestand am Ende der Periode rechnerisch richtig vom Anfangsbestand über die Zahlungsströme (Cashflows) hergeleitet. (Tz. 5.11)

Die zutreffende Ableitung nach DRS 21 können wir bestätigen.



Der **Anhang** zum Konsolidierten Gesamtabschluss 2023 enthält die vorgeschriebenen Erläuterungen. Die **Übersichten** über das Anla- (Tz. 5.12.1)

[1] Die **Bewertung** der Prüfungsergebnisse mit den mehrfarbigen Daumen stellt die Sicht des Revisionsamts zu den **Prüfungsfeststellungen** zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dar; diese berücksichtigen die Schwere der Beanstandung und die erfolgten Reaktionen der geprüften Stelle (Abhilfemaßnahmen) darauf.

gevermögen, die Forderungen, die Rückstellungen, die Verbindlichkeiten und das Eigenkapital erfüllen die gesetzlichen Vorgaben.

Der **Anhang** enthält auch die **Angaben zu den Haftungsverhältnissen**, die nicht in der Vermögensrechnung (Bilanz) auszuweisen sind, zu Sachverhalten aus denen sich **finanzielle Verpflichtungen** ergeben können und zu der durchschnittlichen Zahl der Beschäftigten. (Tz. 5.12.6)

Da die Stadt Frankfurt am Main (Kernverwaltung) nach wie vor über **kein (zentrales/IT-gestütztes) Vertragsmanagementsystem** verfügt, **kann die Vollständigkeit der Angaben** im Rahmen der Berichterstattung über Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen sowie Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften ergeben (Kapitel 2.5.9.1 im Konsolidierten Gesamtabschluss 2023), **von uns auch für den Anhang zum Konsolidierten Gesamtabschluss 2023 nicht bestätigt werden**.



Wir weisen nochmals auf die Bedeutung eines zentralen Vertragsmanagements hin. Insbesondere aufgrund der finanziellen Risiken, die sich aus der großen Anzahl sowie der teilweise hohen Komplexität der Vertragswerke ergeben, empfehlen wir dringend, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen (vgl. Schlussberichte 2023 – Teil I, Tz. 7.1.2.1, Tz. 7.1.2.2, Tz. 7.1.2.6 c), Tz. 7.2.1.2 – Posten A.2.3.3 und Posten P.3.5, Tz. 7.2.5.1, Tz. 7.2.5.6 und Tz. 7.2.5.8).

Mit der Novellierung der GemHVO im Jahr 2021 ist die Pflicht zur Angabe des Standes der Erfüllung des öffentlichen Zwecks der Organisationseinheiten und Vermögensmassen entfallen. Daher werden seit der Aufstellung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2021 keine **Angaben zu Zielen und Kennzahlen** mehr gemacht. Aus Sicht der Revision ist dieser Verzicht im Hinblick auf die Steuerungsrelevanz des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ nicht zielführend. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen zur fehlenden **Beteiligungsstrategie** (Tz. 5.1.2 im Teil IV der Schlussberichte 2023) sowie zur Steuerung des Verwaltungshandelns über **Ziele und Strategien** (Tz. 6.3.2.2 im Teil I der Schlussberichte 2023). (Tz. 5.13)



Der **Konsolidierte Lage- und Rechenschaftsbericht** vermittelt insgesamt eine **zutreffende Vorstellung von der Lage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ zum 31.12.2023**. (Tz. 5.13.1)



Die Ausführungen und Einschätzungen der **Bewertung des Konzerns Stadt Frankfurt am Main im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit** sind unseres Erachtens vom Grunde her nachvollziehbar. (Tz. 5.13.2)

Seitens des Magistrats wird davon ausgegangen, dass es derzeit keine konkreten Anzeichen gibt, die die dauernde Leistungsfähigkeit des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ insgesamt in Frage stellen.

Der Magistrat weist darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Lage der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2023 trotz schwieriger Rahmenbedingungen weiter erholt hat. Insbesondere die positiven Effekte aus der At-Equity-Bewertung der Fraport AG (Konzern) und die erheblichen Ergebnisverbesserungen bei den Teilkonzernen Messe und Mainova sind für das positive Konzernjahresergebnis verantwortlich. Weiterhin stabil blieb die Situation in der Ver- und Entsorgung.

Es werden die negativen Auswirkungen der schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und des Ukrainekriegs sowie des Konflikts im Nahen Osten näher erläutert. Hiervon betroffen sind insbesondere die energieintensiven Betriebe des Stadtwerke-Teilkonzerns

(VGF und BBF) und auch des Mainova-Teilkonzerns.

Es wird ausgeführt, dass eine negative Ertragssituation, gepaart mit einer zunehmenden Verschuldung, zumindest kurz- bis mittelfristig erwartet wird.



Unsere **Prüfung hat insgesamt zu keinen wesentlichen Einwänden geführt**. (Tz. 5.14, Tz. 6)

2 Prüfungsgrundlage

Die Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses ist eine **Pflichtaufgabe des Revisionsamts** (§ 131 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 128 HGO).

Das Revisionsamt hat den **Konsolidierten Gesamtabschluss** mit allen Unterlagen daraufhin zu prüfen, ob dieser ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde darstellt, die Anlagen vollständig und richtig sind.

Darüber hinaus prüft das Revisionsamt, ob der **Konsolidierte Lage- und Rechenschaftsbericht** gemäß § 112a Abs. 5 HGO i. V. m. § 55 GemHVO eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gemeinde vermittelt.

3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Prüfungsgegenstand

Gegenstand der Prüfung waren der **Konsolidierte Gesamtabschluss** mit seinen Bestandteilen und Anlagen unter Einbeziehung der **Konzernbuchführung** sowie der **Konsolidierte Lage- und Rechenschaftsbericht** (Konsolidierungsbericht).

Die **Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit**

- von Konzernbuchführung,
- im Rahmen der Aufstellung von Konsolidiertem Gesamtabschluss und Konsolidiertem Lage- und Rechenschaftsbericht und
- der uns erteilten Aufklärungen und Nachweise

trägt der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main als Verwaltungsbehörde gemäß § 66 Abs. 1 i. V. m. § 112a HGO.

Der Konsolidierte Gesamtabschluss soll innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufgestellt werden (§ 112a Abs. 6 HGO). **Der Magistrat hat den Konsolidierten Gesamtabschluss 2023** am 13.09.2024 mit MB Nr. 961 (M 122 vom 13.09.2024) **fristgerecht aufgestellt**.

Zudem hat der Magistrat beschlossen, ihn nebst Konsolidiertem Lage- und Rechenschaftsbericht (Konsolidierungsbericht) und Anlagen dem Revisionsamt zur Prüfung zuzuleiten. Der Konsolidierte Gesamtabschluss 2023 stand uns über das Vorlagen- und Beschlussinformationssystem des Magistrats (VoBis) ab dem 02.09.2024 zur Verfügung.

3.2 Art und Umfang der Prüfung

3.2.1 Ausgangspunkt der Prüfung, Prüfungszeitraum und Prüfungsstandards

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und unter dem Datum vom 29.02.2024 mit einem Prüfungsurteil versehene Vorjahresabschluss.

Die Prüfung haben wir von November 2024 bis Februar 2025 durchgeführt.

Wir haben unsere Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses auf der Grundlage der Prüfungsaufgaben nach § 128 Abs. 1 HGO sowie in sinngemäßer Anwendung des § 317 HGB und unter Beachtung der vom Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e. V. (IDR) veröffentlichten **IDR-Prüfungsleitlinien** vorgenommen.

3.2.2 Prüfungsansatz und Verantwortung für die Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses und des Konsolidierungsberichts

Grundlage unseres **risikoorientierten Prüfungsvorgehens** ist die Erarbeitung einer **Prüfungsstrategie**. Die hierzu notwendige **Risikobeurteilung** basiert auf der Einschätzung der Lage, der Geschäftsrisiken und des Umfeldes, unserem Verständnis vom Aufstellungsprozess des Konsolidierten Gesamtabschlusses sowie des internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Konzernrechnungslegung.

Wir haben die Prüfung risikoorientiert so angelegt, dass **wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße** gegen Rechnungslegungsvorschriften, die sich auf die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der konsolidierten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ wesentlich auswirken, **mit hinreichender Sicherheit** erkannt werden.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom IDR festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernabschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konsolidierten Gesamtabschlusses und Konsolidierungsberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Bei der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und wenden eine kritische Grundhaltung an. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konsolidierten Gesamtabschluss und im Konsolidierungsbericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses relevanten internen Kontrollsystems und den für die Prüfung des Konsolidierungsberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Stadt abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Magistrat angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Magistrat dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konsolidierten Gesamtabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konsolidierte Gesamtabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konsolidierte Gesamtabschluss unter Beachtung

der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernbuchführung (GoB) ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Konsolidierungsberichts mit dem Konsolidierten Gesamtabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Magistrat dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konsolidierungsbericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Magistrat zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im konzernrechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von **Prüfungsnachweisen** umfassten Kontrolltests, aussagebezogene analytische Prüfungshandlungen und sonstige aussagebezogene Prüfungshandlungen (Einzelfallprüfungen).

3.2.3 Prüfungsprogramm

Unsere Prüfungsstrategie hat zu folgendem **Prüfungsprogramm** geführt:

- Überprüfung des **Gesamtprozesses zur Aufstellung** des Konsolidierten Gesamtabschlusses vor dem Hintergrund unseres Prozessverständnisses; hierbei richteten wir besonderes Augenmerk auf die vorgenommenen manuellen Anpassungen,
- Abgrenzung des **Konsolidierungskreises**,
- Ordnungsmäßigkeit der **einbezogenen Jahres- und Teilkonzernabschlüsse** der verschiedenen Aufgabenträger,
- korrekte Übernahme der einzelnen Abschlussposten in den **Summenabschluss**,
- Ordnungsmäßigkeit der angewandten **Konsolidierungsgrundsätze**,
- **Kapitalkonsolidierung** der einbezogenen Aufgabenträger,
- **Eliminierung von konzerninternen Geschäftsvorfällen** (Forderungen und Verbindlichkeiten, Erträge und Aufwendungen sowie Zwischengewinne),
- korrekte Zusammenfassung der **Konsolidierten Gesamtfinanzrechnung** (Kapitalflussrechnung),

- Plausibilität und Vollständigkeit der Angaben im **Anhang** zum Konsolidierten Gesamtabschluss und im **Konsolidierten Lage- und Rechenschaftsbericht** (Konsolidierungsbericht).

Sofern einzelne Abschlüsse[2] von in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern durch **andere Abschlussprüfende** geprüft wurden, haben wir die Verwertbarkeit der Prüfungsergebnisse dieser Abschlussprüfungen beurteilt. Im Fokus stand dabei, die für die Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses relevanten Informationen zu erlangen. Ergänzende Informationen haben wir insbesondere aus unserer Teilnahme an den sog. „Jahresabschlussgesprächen" mit den Abschlussprüfenden der Aufgabenträger[3] erhalten. Soweit relevant, haben wir die Arbeiten dieser Prüfenden nach Maßgabe der IDR-Prüfungsleitlinie „Leitlinien zur Durchführung Kommunaler Gesamtabschlussprüfungen" (IDR-L-300) verwertet.

Zur Beurteilung, ob die Voraussetzungen für die Verwertung der Ergebnisse anderer Abschlussprüfenden vorliegen, haben wir uns zuvor von deren Unabhängigkeit überzeugt und deren fachliche Kompetenz und berufliche Qualifikation beurteilt.

Bei der **Prüfung des konzernrechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems** haben wir im Rahmen der Aufbauprüfung die angemessene Ausgestaltung und die Implementierung der diesbezüglichen internen Kontrollen beurteilt.

Die Erkenntnisse aus der Prüfung des konzernrechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden für folgende Aspekte herangezogen:

- die **Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben** im Konsolidierten Gesamtabschluss und im Konsolidierten Lage- und Rechenschaftsbericht,
- für die **Auswahl von Art, Umfang und zeitlicher Einteilung** der für die einzelnen Prüfungsziele durchzuführenden
  - analytischen Prüfungshandlungen und
  - Einzelfallprüfungen.

Die **Durchführung von Einzelfallprüfungen** erfolgte in Stichproben. Die Bestimmung der Stichproben erfolgte auch in Abhängigkeit unserer Erkenntnisse aus der Prüfung des städtischen Jahresabschlusses 2023 (siehe Schlussberichte 2023 – Teil I).

Im Rahmen unserer Prüfung des **Konsolidierten Lage- und Rechenschaftsberichts** haben wir geprüft, ob dieser mit dem Konsolidierten Gesamtabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main" vermittelt. Weiterhin haben wir geprüft, ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main" zutreffend dargestellt sind.

---

[2] Einzel- und Teilkonzernabschlüsse.

[3] Aufgabenträger, die den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Frankfurt am Main (PCGK) beachten. Nähere Erläuterungen siehe Tz. 5.5.1.

3.2.4 Prüfungsnachweise, Vollständigkeitserklärung

Als **Prüfungsunterlagen** dienten uns Bücher, Inventare, Verträge, Belege, Jahres- und Teilkonzernabschlüsse sowie zugehörige Prüfungsberichte der in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger und sonstige Aufzeichnungen der Stadt Frankfurt am Main.

Für die Prüfenden des Revisionsamts besteht ein Leserecht für die verwendete **Konzernbuchführungssoftware** SAP-SEM-BCS, so dass eigenständig Abfragen bzw. Auswertungen aus der Konzernbuchhaltung erzeugt werden konnten.

Gewünschte Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise haben wir zum einen bei den Bediensteten der Stadtkämmerei eingeholt und zum anderen bei Bedarf bei den Bediensteten der städtischen Beteiligungen. Alle erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns bereitwillig und unverzüglich erteilt worden.

Der Stadtkämmerer hat uns die **Vollständigkeit** von Konzernbuchführung, Konsolidiertem Gesamtabschluss und Konsolidiertem Lage- und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2023 am 14.02.2025 schriftlich bestätigt.

3.3 Dokumentation der Prüfung

Einzelheiten der Prüfung wurden in digitaler Form in unseren Prüfungsakten dokumentiert.

4 Stand der Entlastungsverfahren

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Stand der Entlastungserteilung über den Jahresabschluss in den Schlussberichten 2023 – Teil I, Tz. 5.

5 Prüfungsbemerkungen zum Konsolidierten Gesamtabschluss 2023 nach § 128 Abs. 1 Nr. 4 bis 6 i. V. m. § 112a Abs. 1 bis 5 HGO

5.1 Ordnungsmäßigkeit der Konzernrechnungslegung

5.1.1 IT-gestütztes Konzernbuchführungssystem

Für die kaufmännische **Buchführung** setzt die Stadt Frankfurt am Main seit dem Haushaltsjahr 2007 die **Anwendungssoftware SAP ERP** ein. Für die Erstellung des Konsolidierten Gesamtabschlusses wird die Anwendungskomponente für die Konsolidierung (SAP SEM-BCS) basierend auf SAP Business Intelligence (BI) eingesetzt. Der Aufstellungsprozess für den Konsolidierten Gesamtabschluss sowie das konzernrechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sind nach unserer Feststellung grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung des Buchungsstoffes (Konzernbuchführung) zu gewährleisten.

Unbeschadet dessen haben wir insbesondere wegen der nicht vollständigen Verfahrensdokumentation sowie der noch ausstehenden Umsetzung der Feststellungen zum Berechtigungswesen und zur Systemsicherheit **noch keine Freigabeempfehlung für SAP aussprechen können. Die Prüfungshandlungen sind insofern noch nicht abgeschlossen.**

5.1.2 Gesamtabschlussrichtlinie

Im Hinweis Nr. 11.4 zu § 53 GemHVO wird den Gemeinden empfohlen, eine **Gesamtabschlussrichtlinie** zu erstellen und damit Grundsätze für die Zusammenfassung der Posten der Vermögens- und der Ergebnisrechnungen aufzustellen.

Eine Beschlussfassung über die „Richtlinie zur Erstellung des kommunalen Gesamtabschlusses“ ist mit MB Nr. 577 vom 07.06.2019 erfolgt.

Zwischenzeitlich wurde diese überarbeitet. Die aktualisierte Version datiert vom 31.05.2024 und wurde den Konzernunternehmen übermittelt.

5.2 Konsolidierungskreis

In den Gesamtabschluss sind grundsätzlich alle Aufgabenträger mit einem nach Handels-, Eigenbetriebs- oder kommunalem Haushaltsrecht aufzustellenden Jahresabschluss gemäß § 112a Abs. 1 HGO einzubeziehen (Hinweis Nr. 2.2 zu § 53 GemHVO). Dies sind

- Sondervermögen mit Sonderrechnungen (Nr. 1),
- Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Nr. 2),
- Mitgliedschaften in Zweckverbänden oder Arbeitsgemeinschaften nach dem Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (Nr. 3),
- Mitgliedschaften in Wasser- und Bodenverbänden nach dem Wasserverbandsgesetz (Nr. 4),
- rechtlich selbstständige örtliche Stiftungen, die die Gemeinde errichtet, in die sie Vermögen eingebracht hat und die von ihr verwaltet werden (Nr. 5) und
- Aufgabenträger, deren finanzielle Grundlage wegen rechtlicher Verpflichtung wesentlich durch die Stadt Frankfurt am Main gesichert werden (Nr. 6).

Auf die Einbeziehung einzelner Aufgabenträger kann verzichtet werden, wenn diese von nachrangiger Bedeutung sind (Erfüllung der Voraussetzungen der Hinweise Nr. 2.12 bis 2.14 zu § 53 GemHVO). Von einer **nachrangigen Bedeutung** von einzelnen Aufgabenträgern ist im Zweifel auszugehen, wenn der auf die Stadt entfallende Anteil an den ordentlichen Erträgen und der auf die Stadt entfallende Anteil an der Bilanzsumme eines Aufgabenträgers 5 % der Summe aller (nicht konsolidierten) ordentlichen Erträge und 5 % der (nicht konsolidierten) Bilanzsumme aller Aufgabenträger und der Stadt im Jahr der Aufstellung nicht übersteigen (Hinweis Nr. 2.13 zu § 53 GemHVO). Auch bei voll zu konsolidierenden Aufgabenträgern ist nur der auf die Stadt entfallende Anteil zu berücksichtigen.

Dem **Vollkonsolidierungskreis** zugeordnet wurden

- die Gesellschaften, an denen die Stadt Frankfurt am Main die Mehrheit der Stimmrechte besitzt (Hinweis Nr. 2.3 zu § 53 GemHVO),
- die sechs städtischen Eigenbetriebe (Hinweis Nr. 2.7 zu § 53 GemHVO) und
- das Sondervermögen „Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main“ (ZVK).

Gesellschaften, bei denen die Stadt Frankfurt am Main nicht Mehrheitsgesellschafterin ist, aber einen **maßgeblichen Einfluss** ausübt (dieser wird allgemein bei einer Beteiligungsquote von 20 % bis einschließlich 50 % angenommen), wurden nach der **At-Equity-Methode** in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogen (Assoziierte Aufgabenträger / Hinweis Nr. 2.4 zu § 53 GemHVO).

Gesellschaften, bei denen die Stadt Frankfurt am Main weder Mehrheitsgesellschafterin ist, noch einen maßgeblichen Einfluss ausübt, werden mit ihrem Beteiligungswert (**At-Cost-Bewertung**) in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogen (Sonstige Beteiligungen / Hinweis Nr. 2.5 zu § 53 GemHVO). Dies gilt in der Regel bei einer Beteiligungsquote von unter 20 %. Hierbei werden ausschließlich die direkten Beteiligungen der Stadt Frankfurt am Main und der Teilkonzerne dargestellt.

Darüber hinaus hält die Stadt Frankfurt am Main an neun Gesellschaften einen direkten **Anteil von mindestens 20 %.** Diese stuft sie jedoch als **von nachrangiger Bedeutung** ein, so dass diese als „verbundene nicht konsolidierte Unternehmen“ und als sonstige Beteiligungen At-Cost bewertet werden (Hinweise Nr. 2.12 bis 2.14 zu § 53 GemHVO).

Sparkassen und Sparkassenzweckverbände sind nicht in den Gesamtabschluss einzubeziehen (Hinweis Nr. 2.17 zu § 53 GemHVO). Dies gilt auch für die von den Sparkassen und Sparkassenzweckverbänden gehaltenen Beteiligungen. Der Anteil der Stadt Frankfurt am Main am Sparkassenzweckverband Nassau, der seinerseits Träger der Nassauischen Sparkasse ist, wird daher richtigerweise nicht in den Konsolidierungskreis der Stadt einbezogen.

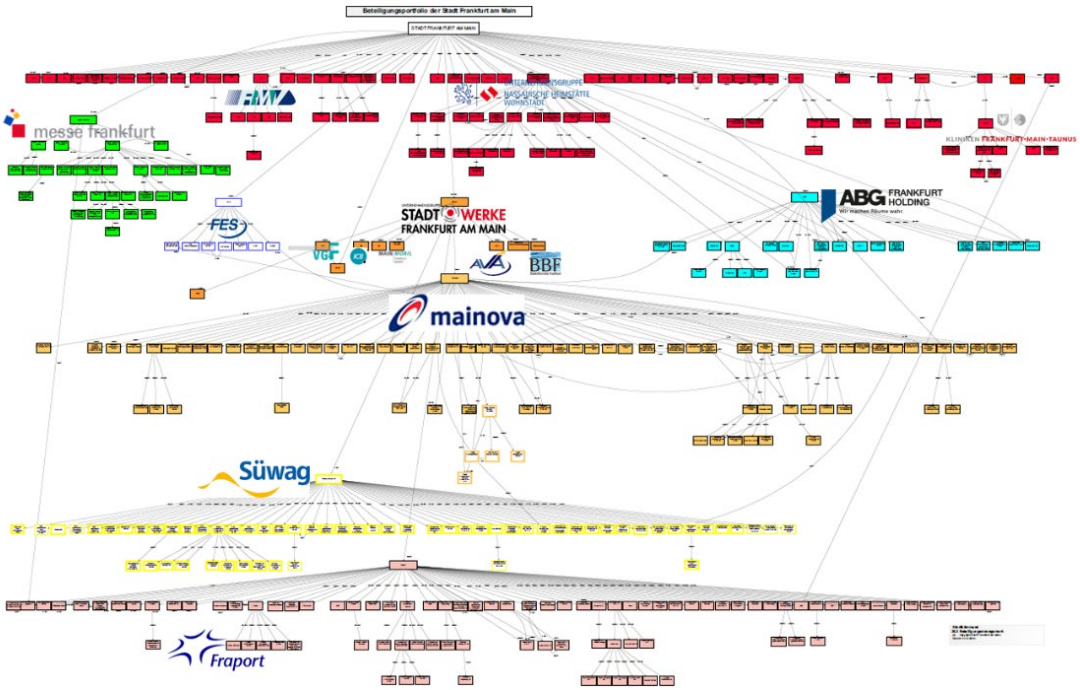
Die Stadt Frankfurt am Main ist zum 31.12.2023 Mitglied in sieben Zweckverbänden/Arbeitsgemeinschaften (§ 112a Abs. 1 Nr. 3 HGO) sowie in vier Wasser- und Bodenverbänden (§ 112a Abs. 1 Nr. 4 HGO). Die bestehenden Mitgliedschaften in den **11 Verbänden** wurden wegen ihrer nachrangigen Bedeutung richtigerweise nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen.

Stiftungen, die in den Konsolidierungskreis der Stadt Frankfurt am Main aufzunehmen wären, liegen aufgrund der Hinweise zur GemHVO sowie der besonderen Vorgaben des damaligen HMdIS zu den sechs öffentlichen milden Stiftungen in Frankfurt am Main (Schreiben vom 11.09.2008) nicht vor (§ 112a Abs. 1 Nr. 5 HGO).

Aufgabenträger, deren finanzielle Grundlage aufgrund rechtlicher Verpflichtungen wesentlich durch die Gemeinde gesichert ist (§ 112a Abs. 1 Nr. 6 HGO), liegen nach derzeitigem Sachstand nicht vor.

Die in den Konsolidierungskreis einbezogenen Aufgabenträger sind in **der Anlage „Konzernunternehmen der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2023“** zum Konsolidierten Gesamtabschluss dargestellt.

Einen Überblick über die Komplexität der gesamten Beteiligungsstruktur des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ zum 31.12.2023 gibt die nachfolgende Übersicht:



5-1: Konzernstruktur der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2023[4]

Unsere Überprüfung der **Abgrenzung des Konsolidierungskreises** sowie der Beschreibung der **Veränderungen im Konsolidierungskreis** im Anhang (Kapitel 2.5.2 des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2023) **führte zu keinen wesentlichen Beanstandungen**.

Ergänzend hierzu zeigt die nachfolgende Übersicht – untergliedert nach der Klassifikation sowie der Teilkonzernzugehörigkeit (TK) – die Anzahl der neben der Kernverwaltung in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger gemäß der Anlage „Konzernunternehmen der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2023“[5]:

[4] Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung B 401 vom 28.10.2024: Beteiligungsbericht 2024 (Jahresabschluss 2023), digitale Anlage Seite 537 ff.
[5] Seiten 76 bis 85 des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2023.

Aufgabenträger	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Vollkonsolidierte Aufgabenträger			
direkte städtische Beteiligungen *(inkl. Eigenbetriebe und ZVK[6] sowie TK-Mutterunternehmen SWFH, FES, Messe Frankfurt, ABG)*	23	23	0
SWFH TK			
direkte Tochtergesellschaften *(inkl. Mainova und VGF, jedoch ohne die Enkelgesellschaften)*	7	7	0
Mainova TK	38	33	5
VGF TK	1	1	0
ABG TK	10	10	0
FES TK	5	5	0
Messe Frankfurt TK	24	23	1
MHKW[7]	1	1	0
	109	**103**	**6**
At-Equity einbezogene Aufgabenträger			
direkte städtische Beteiligungen	7	8	-1
SWFH TK			
direkte Beteiligungen *(Fraport AG)*	1	1	0
Mainova TK	22	21	1
ABG TK	5	5	0
FES TK	2	2	0
Messe Frankfurt TK	1	1	0
	38	**38**	**0**
At-Cost einbezogene Aufgabenträger[8]			
verbundene nicht konsolidierte Beteiligungen			
direkte städtische Beteiligungen	3	2	1
ABG TK	5	5	0
direkte städtische Beteiligungen	16	16	0
Wirtschaftsförderung	1	1	0
SWFH TK			
direkte Beteiligungen *(ohne Beteiligungen der Tochtergesellschaften)*	1	1	0
Mainova TK	13	15	-2
VGF TK	1	1	0
ABG TK	3	3	0
Messe Frankfurt TK	1	1	0
	44	**45**	**-1**

5-2: Teilkonzernzugehörigkeit der Aufgabenträger nach Art der Einbeziehung

[6] Die Zusatzversorgungskasse (ZVK) wird mit ihren beiden Abrechnungsverbänden „Pflichtversicherung“ und „Freiwillige Versicherung“ als ein Aufgabenträger betrachtet.

[7] Gemeinschaftsunternehmen der Teilkonzerne Mainova und FES zu je 50 %.

[8] Einschließlich nachrangiger verbundener und assoziierter Unternehmen. Die Gesellschaften ABGnova und book-n-drive werden jeweils im TK ABG sowie TK Mainova (At-Equity und At-Cost) gezählt.

Im Jahr 2023 wurden die Anteile an der **Hanau Netz GmbH (10 %)** von der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH an die Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau, verkauft, so dass diese nun die alleinige Gesellschafterin der Hanau Netz GmbH ist. **Der Verkauf der Anteile erfolgte nicht (wie im Anhang angegeben) an die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH. Der Konzernanteilsbesitz ist daher bei den At-Cost bewerteten Aufgabenträgern um diese Gesellschaft zu hoch ausgewiesen.**[9]

Ansonsten verweisen wir zu den übrigen Änderungen im Konsolidierungskreis auf die Angaben im Anhang (Kapitel 2.5.2).

5.3 Vereinheitlichung von Ansatz, Bewertung und Ausweis

Der Ansatz und die Bewertung der in den Konsolidierten Gesamtabschluss aufzunehmenden Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten der Aufgabenträger erfolgen grundsätzlich nach den für die Gemeinde geltenden Vorschriften für das Haushalts- und Rechnungswesen. Soweit für die Jahres- bzw. Zwischenabschlüsse der einbezogenen Aufgabenträger und der Gemeinde unterschiedliche Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bestehen, ist keine Anpassung der Posten vorzunehmen, weil nach § 112a Abs. 4 HGO die jeweiligen Buchwerte der Abschlüsse zusammengefasst werden (Hinweis Nr. 3.2 zu § 53 GemHVO).

Eine Vereinheitlichung der Ansatz- und Bewertungsvorschriften für alle Aufgabenträger ist somit zulässigerweise unterblieben.

5.4 Erstkonsolidierungsstichtag

Als **Stichtag der Erstkapitalkonsolidierung** wurde der 01.01.2009 gewählt. Damit entspricht der Stichtag der Erstkonsolidierung dem Zeitpunkt, zu dem die Stadt Frankfurt am Main eine Eröffnungsbilanz für Zwecke des Konsolidierten Gesamtabschlusses aufgestellt hat (Hinweis Nr. 1.16 zu § 53 GemHVO).

Als Stichtag für die Erstkonsolidierung der danach neu gegründeten oder erworbenen Gesellschaften wurde zulässigerweise der 31.12. des jeweiligen Jahres gewählt (§ 301 Abs. 2 bzw. § 312 Abs. 3 HGB).

5.5 Ordnungsmäßigkeit der in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogenen Abschlüsse

5.5.1 Prüfung der Jahres- und Teilkonzernabschlüsse der einbezogenen Aufgabenträger

Das Revisionsamt hat in sinngemäßer Anwendung des § 317 Abs. 3 HGB auch die im Konsolidierten Gesamtabschluss zusammengefassten Abschlüsse und insbesondere die konsolidierungsbedingten Anpassungen in entsprechender Anwendung des § 317 Abs. 1 HGB zu prüfen. Sind diese Abschlüsse von einem anderen Abschlussprüfer geprüft worden, hat der Konzernabschlussprüfer dessen Arbeit zu überprüfen und dies zu dokumentieren.

---

[9] Vgl. Konsolidierter Gesamtabschluss 2023, Kapitel 2.5.2, Tabelle Seite 19, Seite 20 erster Absatz und Anlage.

Nach IDR-L-300 entscheidet das Revisionsamt nach pflichtgemäßem Ermessen, ob und wie die Arbeitsergebnisse der Abschlussprüfenden der Einzel- bzw. Teilkonzernabschlüsse zu berücksichtigen sind. In diesem Fall ist die **Qualifikation der Prüfenden der Einzel bzw. Teilkonzernabschlüsse** zu beurteilen und die Beurteilung zu dokumentieren.

Dieser Verpflichtung tragen wir im Rahmen unserer Betätigungs- und Beteiligungsprüfung bei Beteiligungsunternehmen einschließlich der Prüfung der Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe in Verbindung mit der Revisionsordnung der Stadt Frankfurt am Main Rechnung (§ 131 Abs. 2 Nr. 5 bis 7 HGO und § 8 Abs. 1 Nr. 4 bis 6 Revisionsordnung). Insbesondere wird dabei auch die Einhaltung des Abschnitts B 2.2 „Abschlussprüfung“ der Richtlinie guter Unternehmensführung für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main – Public Corporate Governance Kodex – (PCGK)[10] berücksichtigt.

Die Jahresabschlüsse zum 31.12.2023 der Stadt Frankfurt am Main und des Sondervermögens ZVK sind durch uns geprüft worden. Die Prüfung des **Jahresabschlusses der Stadt Frankfurt am Main** hat zu Feststellungen geführt, die im Einzelnen im Teil I der Schlussberichte 2023 unter Tz. 7 erläutert sind.

Soweit die Feststellungen aus unserer Prüfung zu Korrekturen in der Vermögens- und Ergebnisrechnung führten, sind diese in den Konsolidierten Gesamtabschluss zu übernehmen, sofern einzelne Sachverhalte nicht durch eine Konsolidierung zwischen zwei Aufgabenträgern aufzulösen waren.

Der Schlussbericht zur ZVK ist im Teil II der Schlussberichte 2023 enthalten.

In den Konsolidierten Gesamtabschluss der Stadt Frankfurt am Main wurden folgende Aufgabenträger mit ihren Tochtergesellschaften auf Basis ihrer Teilkonzernabschlüsse einbezogen:

- ABG,
- FES,
- Messe Frankfurt,
- Mainova.

Dies bedeutet, dass der Stadtwerke-Teilkonzern (einschließlich des Mainova-Teilkonzerns) nicht auf Basis des SWFH-Teilkonzernabschlusses in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogen wird, sondern dass die Gesellschaften des SWFH-Teilkonzerns – mit Ausnahme des Mainova-Teilkonzerns – „einzeln“ einbezogen werden.

Hintergrund dafür war, dass die HGO und die GemHVO zwar bisher keine Erstellung einer Segmentberichterstattung vorsehen, jedoch zum Zeitpunkt der Aufstellung des ersten Konsolidierten Gesamtabschlusses zum 31.12.2009 auf europäischer Ebene bereits die Entwicklung von europäischen Rechnungslegungsnormen für den Öffentlichen Sektor – die „European Public Sector Accounting Standards“

[10] § 7856 vom 25.03.2010 (M 225 vom 20.11.2009); Neufassung PCGK: § 2836 vom 02.02.2023 (M 221 vom 09.12.2022).

(EPSAS) – „diskutiert“ wurde, welche möglicherweise die Erstellung einer Segmentberichterstattung vorsehen werden.

Die Gesellschaften des Stadtwerke-Teilkonzerns werden daher – mit Ausnahme des Mainova-Teilkonzerns – seither „einzeln“ konsolidiert, um die Informationsbereitstellung für den Fall zu erleichtern, dass künftig eine Segmentberichterstattung nach EPSAS im Rahmen des Konsolidierten Gesamtabschlusses zu erstellen sein könnte.[11]

Für die Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2023 spielt dies noch keine Rolle. Die Änderung der Einbeziehung des Stadtwerke-Konzerns werden wir im Rahmen der Prüfung des Abschlusses 2024 prüfen. Die Arbeiten zur Entkonsolidierung und die Erstkonsolidierung werden wir zudem aufstellungsbegleitend prüfen.

Die gewählten Konsolidierungsmethoden geben keinen Anlass zu Beanstandungen.

Die **Teilkonzernabschlüsse der ABG, der FES und der Messe Frankfurt** wurden nach den Rechnungslegungsvorschriften der §§ 290 bis 314 HGB aufgestellt, von Abschlussprüfenden nach § 317 HGB geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk (§ 322 Abs. 2 HGB) versehen.

Die **Mainova** hat zum Zweck der Einbeziehung in den Teilkonzernabschluss der SWFH nach HGB (neben dem eigenen Konzernabschluss nach IFRS) ein Teilkonzernberichtspaket nach den Rechnungslegungsvorschriften der §§ 290 bis 314 HGB erstellt, welches im Rahmen der Prüfung des Teilkonzernabschlusses der SWFH ebenfalls durch den Abschlussprüfenden der SWFH nach § 317 HGB geprüft wurde. Dieser hat uns mit Schreiben vom 11.06.2024 bescheinigt, dass der in den Konsolidierten Gesamtabschluss der Stadt einbezogene Teilkonzernabschluss der Mainova mit dem in den Teilkonzernabschluss der SWFH einbezogenen Teilkonzernabschluss der Mainova identisch ist.

Der Aufgabenträger **Städtische Bühnen** wird auf Basis seines Jahresabschlusses zum 31.08.2023 einbezogen. Da der Abschlussstichtag nicht mehr als fünf Monate vor dem Stichtag des Konsolidierten Gesamtabschlusses liegt, wurde zulässigerweise auf die Aufstellung eines Zwischenabschlusses verzichtet (Hinweis Nr. 1.13 zu § 53 GemHVO).

Im Gesamtabschluss wird dokumentiert, dass die Einbeziehung des assoziierten Unternehmens Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH (FMT-Konzern) in den Gesamtabschluss 2023 auf Basis der Abschlusszahlen 2022 erfolgte, da der Abschluss 2023 noch nicht vorlag.

[11] Nachdem sich dies jedoch bis zur Aufstellung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2023 nicht näher abgezeichnet hat und zudem in der Sphäre des Stadtwerke-Konzerns bedeutende gesellschaftsrechtliche Änderungen anstehen, hat sich die Stadtkämmerei entschieden, ab 2024 den gesamten Stadtwerke-Konzern auf Basis des Stadtwerke Teilkonzernabschlusses in den Konsolidierten Gesamtabschluss einzubeziehen. Wir begrüßen diese Entscheidung, da sie nach einem einmaligen Umstellungsaufwand künftig die Aufstellung des Konsolidierten Gesamtabschlusses effizienter gestaltet.

Alle übrigen Aufgabenträger wurden auf der Basis von Jahresabschlüssen zum 31.12.2023 einbezogen. Diese Einzelabschlüsse wurden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Rechnungslegungsvorschriften des Dritten Buches des HGB aufgestellt, von Abschlussprüfenden geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen (§ 122 Abs. 1 Nr. 4 HGO bzw. §§ 22 und 27 EigBGes).

Die für unsere Prüfung erforderlichen **Prüfungsberichte** über die durchgeführten Jahres- und Teilkonzernabschlussprüfungen der in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger liegen uns vor.

Aufgrund unserer unterjährigen Prüfungen (§ 131 Abs. 2 Nr. 5 bis 7 HGO) und der Teilnahme an den sog. „**Jahresabschlussgesprächen**“[12] haben wir uns von der **Unabhängigkeit der Abschlussprüfenden** und der **Ordnungsmäßigkeit der Prüfungsdurchführung** überzeugt.

5.5.2 Prüfung der Meldedaten

Basis des Gesamtabschlusses ist ein **Summenabschluss** über alle einbezogenen Aufgabenträger. Für die **Gliederung** der Konsolidierten Gesamtvermögensrechnung und der Konsolidierten Gesamtergebnisrechnung sind grundsätzlich die §§ 46 und 49 GemHVO entsprechend anzuwenden. Für die Gliederung der Konsolidierten Gesamtfinanzrechnung (Kapitalflussrechnung) ist der Deutsche Rechnungslegungsstandard Nr. 21 „Kapitalflussrechnung“ (DRS 21) in der jeweils geltenden Fassung maßgebend (§ 54 GemHVO). Die Gemeinde kann die vorgeschriebene Gliederung bei Bedarf erweitern (Hinweis Nr. 11.5 zu § 53 GemHVO).

Bei der Aufstellung des Gesamtabschlusses sind die Anlagen 2 bis 6 der Hinweise zur GemHVO zu verwenden.

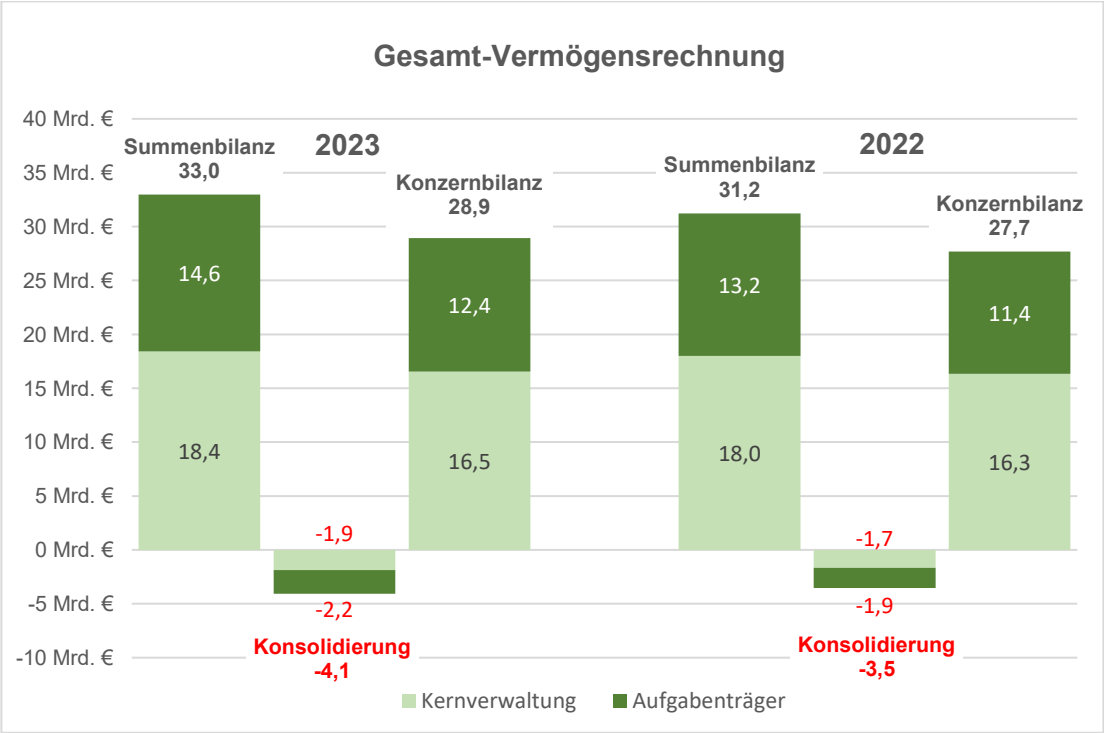
Die Aufgabenträger wurden gebeten, ihre Jahres- bzw. Teilkonzernabschlussdaten (Meldedaten) in einer vorgegebenen Struktur direkt in das Konsolidierungsverfahren SAP SEM-BCS (siehe Tz. 5.1.1) einzugeben. Durch die Stadtkämmerei erfolgt in diesem Verfahren eine **automatisierte Saldenabstimmung** von konzerninternen Forderungen und Verbindlichkeiten (siehe Tz. 5.8) sowie Aufwendungen und Erträgen (siehe Tz. 5.9). Etwaige Differenzen (größer/gleich 0,5 Mio. €) werden in Dateien für den Saldenabgleich dokumentiert. Die Stadtkämmerei überprüft diese Dateien auf Plausibilität und veranlasst erforderliche Korrekturen.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Funktionsfähigkeit der im Prozess zur Überprüfung der Meldedaten implementierten Kontrollen validiert. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Auf Basis der eingegebenen Meldedaten werden die „Summenbilanz“ und die „Summen GuV“ ermittelt. Unter Berücksichtigung der nachfolgend beschriebenen Konsolidierungsschritte ergeben sich „Konzernbilanz“ und „Konzern GuV“.

[12] Vorgespräch zwischen Prüfenden, Gesellschaft, Beteiligungsmanagement und Revisionsamt über den Entwurf des Prüfberichts (Teil B – Ziffer 2.2.2 des PCGK) bei Gesellschaften, die den PCGK beachten.

Nachfolgende Grafiken geben einen Überblick über das „Konsolidierungsvolumen“, unterteilt nach Kernverwaltung und den einbezogenen Aufgabenträgern:

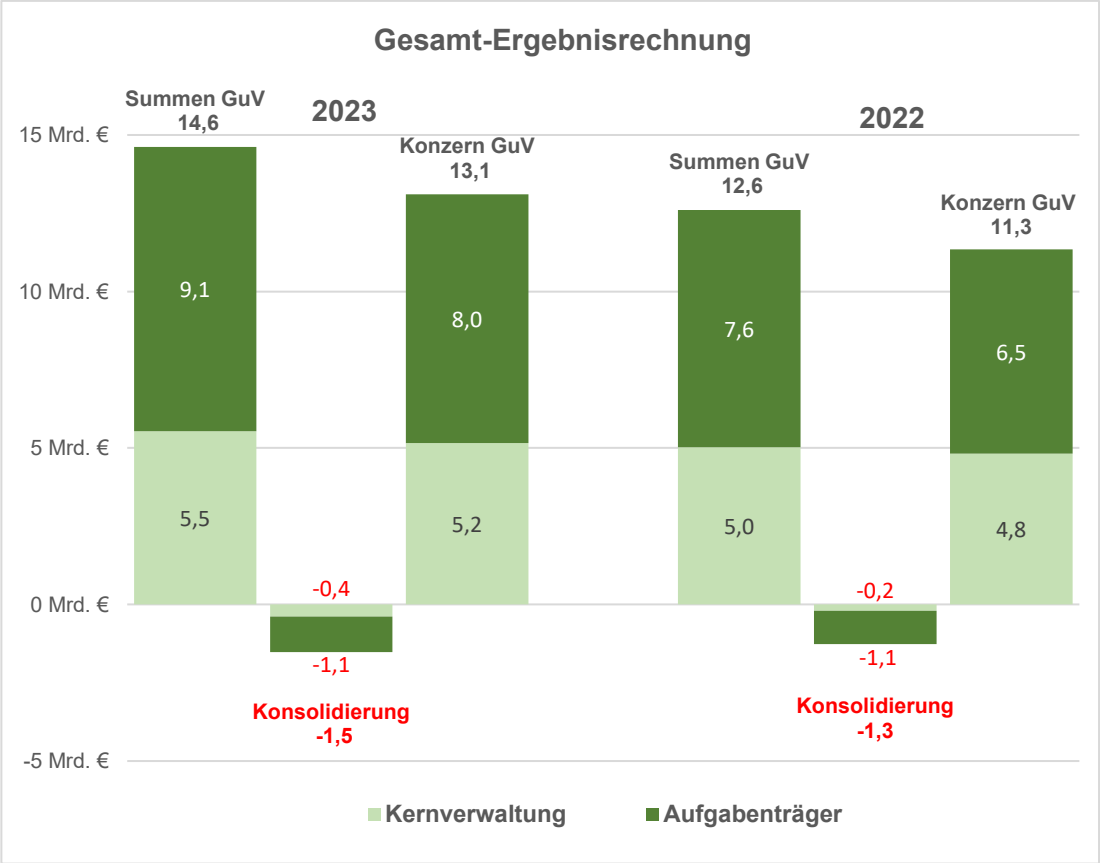


5-3: Gesamt-Vermögensrechnung vor und nach Konsolidierung

Die Konzernbilanz hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mrd. € auf 28,9 Mrd. € erhöht. Der Anteil der Kernverwaltung daran stieg um 0,2 Mrd. € auf 16,5 Mrd. € und der Anteil der einbezogenen Aufgabenträger um 1,0 Mrd. € auf 12,4 Mrd. €.

Die zum Bilanzstichtag erfolgte Konsolidierung von 1,9 Mrd. € bei der Kernverwaltung beinhaltet die Kapitalkonsolidierung sowie die zwischen der Kernverwaltung und den einbezogenen Aufgabenträgern bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten (Schuldenkonsolidierung).

Die mit 2,2 Mrd. € aufgezeigten Konsolidierungseffekte betreffen die Schuldenkonsolidierung seitens der bei den einbezogenen Aufgabenträgern zum Bilanzstichtag bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten.



5-4: Gesamt-Ergebnisrechnung vor und nach Konsolidierung

Die Konzern GuV hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mrd. € auf 13,1 Mrd. € erhöht. Der Anstieg in der Summen GuV (vor Konsolidierung) um 2,0 Mrd. € auf 14,6 Mrd. € bestätigt die positive wirtschaftliche Entwicklung bei den einbezogenen Aufgabenträgern (+1,5 Mrd. €) sowie der Kernverwaltung (+0,5 Mrd. €).

Aufgrund der gesteigerten Bereinigung von konzerninternen Erträgen und Aufwendungen, hat die Konsolidierung um 0,2 Mrd. € auf 1,5 Mrd. € zugenommen. Die Wertschöpfung findet überwiegend (rund 60 %) bei den Aufgabenträgern statt.

5.6 Einbeziehung der Aufgabenträger

5.6.1 Allgemeines

Die Einbeziehung der Aufgabenträger kann, wie unter Tz. 5.2 genannt, grundsätzlich nach drei verschiedenen Arten erfolgen, d. h. im Wege der Vollkonsolidierung, der Bewertung nach dem anteiligen Eigenkapital (At-Equity) oder bewertet zu Anschaffungskosten (At-Cost). Diese hängen grundsätzlich vom Grad des Einflusses der Stadt auf den jeweiligen Aufgabenträger ab. Zudem wird dabei die Wesentlichkeit des einzubeziehenden Aufgabenträgers zusätzlich berücksichtigt.

5.6.2 Vollkonsolidierung der verbundenen Aufgabenträger

Verbundene Unternehmen werden grundsätzlich vollkonsolidiert. Davon abweichend werden verbundene Unternehmen von nachrangiger Bedeutung mit den Anschaffungskosten (At-Cost), ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen,

in den Konsolidierten Gesamtabschluss übernommen (§ 112a Abs. 2 Satz 3 HGO; siehe Tz. 5.6.4).

Die Kapitalkonsolidierung für alle vollkonsolidierten Unternehmen (direkte Beteiligungen aus Sicht der Kernverwaltung) wurde auf Basis der **Buchwertmethode** durchgeführt (§ 112 Abs. 7 HGO a. F.).

Soweit Aufgabenträger über Teilkonzernabschlüsse (siehe Tz. 5.5.1) im Gesamtabschluss enthalten sind, werden diese seit dem 01.01.2010 abweichend auf Basis der **Neubewertungsmethode** nach § 301 Abs. 1 HGB – i. d. F. des BilMoG – einbezogen. Die Teilkonzernabschlüsse der einbezogenen Aufgabenträger können unmittelbar als Basis in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogen werden (Hinweis Nr. 2.16 Satz 2 zu § 53 GemHVO).

Hinsichtlich der Behandlung von Unterschiedsbeträgen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang zum Konsolidierten Gesamtabschluss 2023 (Kapitel 2.5.3).

Im Rahmen unserer prozessorientierten Prüfung haben wir die Vollständigkeit und Richtigkeit der originären Konzernverrechnungen geprüft.

5.6.3 At-Equity-Bewertung der assoziierten Unternehmen

Assoziierte Unternehmen sind gemäß § 312 Abs. 1 HGB mit dem Buchwert anzusetzen. Die Beteiligung an einem assoziierten Aufgabenträger ist im Konsolidierten Gesamtabschluss mit dem anteiligen Eigenkapital dieses Aufgabenträgers zu bewerten (Hinweis Nr. 10.1 zu § 53 GemHVO).

Im Übrigen wird hinsichtlich der Einbeziehung von assoziierten Unternehmen nach der At-Equity-Methode ebenfalls auf die Ausführungen im Anhang zum Konsolidierten Gesamtabschluss 2023 (Kapitel 2.5.3) verwiesen. An dieser Stelle wird u. a. ausgeführt, dass die Beteiligung der SWFH an der **Fraport** gemäß DRS 26[13] mit dem Wert angesetzt wurde, der sich aus dem IFRS-Konzernabschluss der Fraport zum 31.12.2023 ergibt. Die Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main an der **Nassauischen Heimstätte** wurde mit dem Wert angesetzt, der sich aus dem HGB-Konzernabschluss der Gesellschaft zum 31.12.2023 ergibt.

Wir haben die Fortschreibung der At-Equity-Werte prozessbasiert anhand der jeweiligen anteiligen Jahresüberschüsse der jüngsten Jahresabschlüsse überprüft und für zutreffend beurteilt.

5.6.4 At-Cost-Bewertung der sonstigen bzw. nicht konsolidierten Beteiligungen

Alle übrigen Beteiligungen werden aus dem Jahresabschluss der Stadt Frankfurt am Main und den Teilkonzernabschlüssen mit den **Anschaffungskosten** (At-Cost-Methode), ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen, in den Konsolidierten Gesamtabschluss übernommen (Hinweis Nr. 2.5 zu § 53 GemHVO).

Mit unserer prozessorientierten Prüfung konnten wir die Richtigkeit der nach der At-Cost-Bewertung einbezogenen Beteiligungen feststellen.

[13] Assoziierte Unternehmen.

5.7 Kapitalkonsolidierung

5.7.1 Geschäfts- oder Firmenwert

Der Posten A.1.1.3 Geschäfts- oder Firmenwert setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
aus Erstkonsolidierung (01.01.2009)	16.666,64	120.567,29
aus Teilkonzernen	44.941.466,14	31.780.939,45
	44.958.132,78	**31.901.506,74**

Aktivische Unterschiedsbeträge (Geschäfts- oder Firmenwert aus Kapitalkonsolidierung) können im Konsolidierten Gesamtabschluss der Stadt Frankfurt am Main nur daraus resultieren, dass das Eigenkapital einer Gesellschaft zum Erstkonsolidierungsstichtag (01.01.2009) vorübergehend niedriger war als deren Buchwert, oder dass sie (danach) aus Teilkonzernabschlüssen städtischer Gesellschaften übernommen werden.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung sind über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, höchstens über 15 Jahre, linear abzuschreiben oder ergebnisneutral mit den Rücklagen zu verrechnen (Hinweis Nr. 5.3 zu § 53 GemHVO).

Der **Geschäfts- und Firmenwert aus der Erstkonsolidierung** von 16.666,64 € betrifft die ICB. Die Verringerung der Position gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 103.900,65 € (Vorjahr: 103.900,61 €) resultiert aus planmäßigen Abschreibungen.

Der Anstieg des **Geschäfts- und Firmenwertes aus Teilkonzernen** ist Zugängen im Mainova- (13.037.144,90 €) und im Messe-Teilkonzern geschuldet (123.381,79 €). Reduziert wird auch diese Position durch planmäßige Abschreibungen (Geschäfts- und Firmenwert aus dem Mainova- und dem Messe-Teilkonzern).

Die nicht vollkonsolidierten Anteile an verbundenen Unternehmen von 236.568,88 € (Vorjahr: 236.568,88 €) wurden aus dem Teilkonzernabschluss der ABG übernommen und sind in der Konsolidierten Gesamtvermögensrechnung unter dem Posten A.1.3.1 ausgewiesen.

5.7.2 Beteiligungen

Der Posten A.1.3.2[14] Beteiligungen, Zweckverbände setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	in €	in €
At-Equity bilanzierte Aufgabenträger		
Fraport	903.472.040,00	817.846.480,00
Thüga	421.432.781,43	412.862.991,14
Nassauische Heimstätte	327.180.223,68	322.279.391,23
Stadtwerke Hanau	31.414.075,82	26.182.931,34
Hessenwasser	20.330.317,15	22.055.704,06
Gemeinschaftskraftwerk Irsching	19.833.032,70	23.435.330,20
SEBG Energiepark GmbH	17.682.320,68	17.317.346,11
Werraenergie	16.738.607,27	16.088.308,33
Ohra Energie	16.074.566,92	15.369.747,53
Gasversorgung Main-Kinzig	13.558.363,45	12.862.036,90
Sonstige Beteiligungen der Mainova	37.223.123,56	28.000.065,48
Sonstige direkte städtische Beteiligungen	12.020.830,67	14.529.414,16
Sonstige Beteiligungen anderer Aufgabenträger	6.871.140,15	5.670.314,11
	1.843.831.423,48	**1.734.500.060,59**
sonstige Beteiligungen, Verbände (mit Anschaffungskosten bewertet)		
Sonstige Beteiligungen der Mainova	25.468.259,85	25.679.904,80
Süwag	13.209.130,72	13.231.174,34
Sonstige Beteiligungen anderer Aufgabenträger	9.495.372,17	9.495.744,80
Sonstige direkte städtische Beteiligungen sowie Wasser- und Bodenverbände	8.561.314,70	8.481.682,69
Zweckverbände (Stadt)	7,00	7,00
	56.734.084,44	**56.888.513,63**
	1.900.565.507,92	**1.791.388.574,22**

Die At-Equity bilanzierten Aufgabenträger sind mit dem anteiligen, auf die Stadt Frankfurt am Main entfallenden Eigenkapital einbezogen worden.

Die At-Equity-Bewertung der **Fraport** führte zu einer Erhöhung des Wertansatzes um 85.625.560,00 €. Eine Dividende wurde in 2023 wie im Vorjahr nicht gezahlt.

Die At-Equity-Beteiligung der Mainova an der **Thüga** erhöhte sich im Jahr 2023 um 8.569.790,29 € (Vorjahr: Verringerung um 16.672.080,60 €).

Für die **Nassauische Heimstätte** erfolgte im Jahr 2023 eine Zuschreibung von 4.900.832,45 € (Vorjahr: 5.724.745,93 €).

[14] Entspricht Posten 1.3.3 der Anlage 2 der Hinweise zur GemHVO.

5.7.3 Eigenkapital

Der Posten P.1.1 **Nettoposition** im Konsolidierten Gesamtabschluss beträgt zum Bilanzstichtag unverändert 7.652.983.724,50 €.

Die **Kapitalrücklagen** (Posten P.1.2.1) von 44.438.277,61 € (Vorjahr: 20.636.145,18 €) setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Messe-Teilkonzern	16.230.593,21	16.221.931,08
SEF	11.959.252,30	-221.824,63
Städtische Bühnen	11.000.000,00	0,00
Dom Römer	3.257.218,07	2.564.218,07
Hafen- und Marktbetriebe (allgemeine Rücklage)	2.816.402,58	2.816.402,58
KKJF	109.787,00	109.787,00
Stadt (Kapitalrücklage aus ergebnisneutraler Eigenkapitaländerung At-Equity)	34.956,01	34.956,01
Sportpark Stadion	-244.559,84	-244.559,84
BKRZ KG	-725.371,72	-644.765,09
	44.438.277,61	**20.636.145,18**

Die negativen Beträge resultieren aus im Vergleich zum Erstkonsolidierungszeitpunkt geringeren Kapitalrücklagen zum jeweiligen Bilanzstichtag.

Bei der **SEF** wurde ein Teilbetrag des Jahresgewinns 2022 in Höhe von 12.181.076,93 € zur Sicherstellung der technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung des Eigenbetriebs in die Allgemeinen Rücklagen Gewinnrücklagen eingestellt (§ 11 Abs. 3 Eigenbetriebsgesetz).

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main hat mit § 2973 vom 02.03.2023 (M 6 vom 13.01.2023) auf die Rückzahlung des zum 01.09.2004 gewährten **Darlehens an die Städtischen Bühnen** von 11,0 Mio. € verzichtet. Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 02.03.2023 erfolgte eine Umbuchung der Mittel in die Kapitalrücklage (Passivtausch) per 31.03.2023.

Die **Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses** (Posten P.1.2.2) setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Gewinnrücklagen	1.405.274.580,74	1.158.601.830,04
passivische Unterschiedsbeträge	278.910.516,34	279.044.255,46
Verrechnungsdifferenzen	-7.802.000,00	-7.802.000,00
	1.676.383.097,08	**1.429.844.085,50**

Die Position **Gewinnrücklagen** setzt sich im Wesentlichen aus den Gewinnrücklagen der Stadt Frankfurt von 577.296.989,42 € (Vorjahr: 390.715.736,43 €), den Gewinnrücklagen der ABG von 830.290.991,24 € (Vorjahr: 770.492.127,44 €) sowie den Gewinnrücklagen der SWFH von zum Vorjahr unverändert 12.901.517,65 € zu-

sammen. Die Gewinnrücklagen beinhalten Anpassungen aus erfolgsneutralen Eigenkapital-Änderungen aus der At-Equity-Bewertung.

Der Ausweis der **passivischen Unterschiedsbeträge** als Gewinnrücklage im Eigenkapital ist bei profitablen Gesellschaften zulässig, da er Eigenkapitalcharakter besitzt und auf thesaurierte Gewinne vor dem Erstkonsolidierungszeitpunkt zurückzuführen ist[15]. Dies gilt ebenso für passivische Unterschiedsbeträge von profitabel wirtschaftenden Gesellschaften, die At-Equity zu konsolidieren sind[16]. Die **Gewinnrücklagen aus passivischen Unterschiedsbeträgen** von 278.910.516,34 € (Vorjahr: 279.044.255,46 €) entfallen überwiegend auf die Stadt Frankfurt mit 262.297.229,43 € (Vorjahr: 262.430.968,55 €) und die SWFH mit 16.427.534,21 € (zum Vorjahr unverändert).

Die **Gewinnrücklagen aus Verrechnungsdifferenzen** beziehen sich auf ein von der Mainova entgeltlich bei der Stadt Frankfurt am Main erworbenes und aktiviertes unbefristetes Wegerecht.

Die **zweckgebundenen Rücklagen** (Posten P.1.2.3) von 43.993.782,97 € (Vorjahr: 27.982.512,54 €) umfassen die kumulierten Ergebnisse der 21 rechtlich unselbstständigen Stiftungen (Stiftungsrücklage) und die konsolidierte Rücklage aus Bewertungsgewinnen von 22.735.722,12 € der Stadt Frankfurt. Weiterhin gehören zu diesem Posten die Rücklage des Eigenbetriebs Hafen- und Marktbetriebe (HMB) von 21.258.060,85 €, die unter anderem für Modernisierungen und Erneuerungen gebildet wurde. Insbesondere aufgrund von Grundstücksverkäufen erzielten die HMB einen Jahresgewinn von rund 16,4 Mio. €, der zur Sanierung der Kleinmarkthalle genutzt werden soll[17] (Rücklagen nach § 6b EStG).

Die **Sonderrücklagen** (Posten P.1.2.4) von unverändert 4.775.224,78 € entsprechen dem Posten P.1.2.3.2 „Stiftungskapital“ aus dem Jahresabschluss der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2023 und beinhalten das Stiftungskapital der 21 rechtlich unselbstständigen Stiftungen.

[15] Vgl. Anlage 2 der Hinweise zur GemHVO und Beck’scher Bilanzkommentar, 10. Aufl., München 2016, § 301 HGB, Rz. 157.
[16] Vgl. Anlage 2 der Hinweise zur GemHVO und Beck’scher Bilanzkommentar, 10. Aufl., München 2016, § 312 HGB, Rz. 12.
[17] Beschluss § 4328 vom 01.02.2024 (M 224 vom 08.12.2023).

Das **Konzernbilanzergebnis** (Posten P.1.4) hat sich wie folgt entwickelt:

	2023	**2022**
	in €	**in €**
Konzernbilanzergebnis zum 01.01.	1.401.873.873,80	1.147.620.238,51
+ Konzernjahresüberschuss nach Anteilen Dritter	530.270.325,73	343.293.632,08
- Einstellungen in die / + Entnahmen aus den Rücklagen Stadt Frankfurt am Main	-187.027.223,03	-17.598.424,27
- Einstellungen in die / + Entnahmen aus den Gewinnrücklagen übriger Aufgabenträger	-89.230.011,33	-78.755.942,12
-/+ Währungsdifferenzen und sonstige Eigenkapitaländerungen übriger Aufgabenträger	42.833,28	7.314.369,60
Konzernbilanzergebnis zum 31.12.	**1.655.929.798,45**	**1.401.873.873,80**

In der Konsolidierten Gesamtvermögensrechnung ist – für nicht der Stadt Frankfurt am Main gehörende Anteile an in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern – ein Ausgleichsposten für die Eigenkapitalanteile der anderen Gesellschafter (**Anteile Dritter**) unter entsprechender Bezeichnung innerhalb des Eigenkapitals gesondert auszuweisen (§ 112a Abs. 4 HGO i. V. m. § 307 Abs. 1 HGB).

Die **Anteile Dritter am Eigenkapital** (Posten P.1.5) setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	**31.12.2022**
	in €	**in €**
Messe Frankfurt	219.353.968,16	212.542.828,10
Mainova	101.197.718,61	93.374.227,81
FES	40.950.516,39	39.521.634,22
ABG	5.340.459,52	5.311.804,05
MHKW	14.273,88	14.273,88
ICB[18]	0,01	0,00
	366.856.936,57	**350.764.768,06**

Die Anteile Dritter bei der **Messe Frankfurt** betreffen zum einen die Anteile des Landes Hessen (40 %) an dem Unternehmen selbst mit 214,8 Mio. € und zum anderen die Anteile verschiedener Mitgesellschafter an Tochterunternehmen der Messe Frankfurt von 4,5 Mio. €.

Die Anteile Dritter bei der **Mainova** betreffen zum einen die Anteile verschiedener Mitgesellschafter an Tochterunternehmen der Mainova von 15,1 Mio. € und zum anderen die Anteile des Mitgesellschafters Thüga an der Mainova selbst von 86,1 Mio. €. Dies ist sachgerecht, da die Mainova an der Thüga lediglich beteiligt ist, sie aber nicht beherrscht.

[18] Der Cent bei der ICB resultiert aus der Verschmelzung der MMF auf die ICB im Jahr 2022 und soll im Konzernabschluss 2024 beordnet werden.

5.7.4 Passiver Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

Die passivischen Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung (Posten P.2) von Verlustgesellschaften werden ausgewiesen, da sie nicht auf einbehaltene Gewinne, sondern auf erhaltene städtische Zuschussleistungen zurückzuführen sind. Der Ausweis dieser Konsolidierungsdifferenzen als Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung ist daher sachgerecht (§ 112a Abs. 4 HGO i. V. m. § 301 Abs. 3 HGB). Diese Unterschiedsbeträge werden in den Folgejahren in Höhe der realisierten Verluste aufgelöst (§ 112a Abs. 4 HGO i. V. m. § 301 Abs. 3 HGB und § 309 Abs. 2 HGB).

Der passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung beträgt zum Bilanzstichtag 1.321.956,72 € (Vorjahr: 865.153,89 €), wovon auf den Teilkonzern Messe Frankfurt 1.304.389,85 € (Vorjahr: 847.587,02 €) und 17.566,87 € unverändert zum Vorjahr auf den Teilkonzern ABG entfallen.

5.7.5 Ergebniswirksame Effekte aus der Kapitalkonsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung und die At-Equity-Bewertung führten zu folgenden **ergebniswirksamen Effekten** in der Konsolidierten Gesamtergebnisrechnung:

	Posten[19]	2023 in €	2022 in €
Planmäßige Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert (vollkonsolidierte Unternehmen)	14	-103.900,65	-105.375,68
Planmäßige Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert (aus der At-Equity-Bewertung)	14	-42.169,53	-42.169,53
Zuschreibungen aus der At-Equity-Bilanzierung[20]	21	98.817.407,32	30.050.328,28
Außerplanmäßige Abschreibungen aus der At-Equity-Bilanzierung[21]	22	-984.791,80	0,00
Korrektur a. o. Erträge aus der Zuschreibung von Finanzanlagevermögen	25	-154.253.054,01	-4.592.670,71
Korrektur a. o. Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen	26	0,00	189.172.826,65
		-56.566.508,67	**214.482.939,01**

Die Korrektur der a. o. Erträge auf das Finanzanlagevermögen geht auf die im städtischen Jahresabschluss 2023 vorgenommene **Zuschreibung auf Buchwerte von Anteilen an verbunden Unternehmen** (insbesondere des Messe-Teilkonzerns mit 139,2 Mio. €) zurück (vgl. Teil I der Schlussberichte 2023, Tz. 7.2.1.2 zu Posten A.1.3.1). Die Ergebniseffekte aus dem Einzelabschluss der Stadt werden im Zu-

[19] Posten in der Konsolidierten Gesamtergebnisrechnung.
[20] Die Zuschreibungen betreffen in 2023 überwiegend die SWFH.
[21] In 2023 betrafen die Abschreibungen die KEG GmbH sowie zum geringeren Teil die Praunheimer Werkstätten.

ge der Aufstellung des Konsolidierten Gesamtabschlusses an dieser Stelle lediglich korrigiert. Sie haben keine Auswirkungen auf das Konzernergebnis.

5.8 Schuldenkonsolidierung

In der Konsolidierten Gesamtvermögensrechnung sind die Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie die entsprechenden Rechnungsabgrenzungsposten zwischen den in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern wegzulassen, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind (§ 112a Abs. 4 HGO i. V. m. § 303 HGB und Hinweis Nr. 6 zu § 53 GemHVO). Aufrechnungsdifferenzen, die nicht mit vertretbarem Aufwand zu klären sind, können grundsätzlich erfolgswirksam verrechnet werden (Hinweis Nr. 6.4 zu § 53 GemHVO).

Hinsichtlich der Meldedatenerfassung sowie der Saldenabstimmung verweisen wir auf Tz. 5.5.2. Die Schuldenkonsolidierung erfolgte automatisiert in SAP SEM-BCS nach Partnereinheiten. Auftretende Differenzen werden auf separaten Konten erfasst und sind so jederzeit nachzuvollziehen.

Eine Übersicht der im Rahmen der Schuldenkonsolidierung eliminierten Vermögensgegenstände und Schulden liefert Kapitel 2.5.8 des Anhangs zum Konsolidierten Gesamtabschluss 2023.

Hierbei ergaben sich im Jahr 2023 **aktivische Differenzen von 110,1 Mio. €** (Vorjahr: 48,0 Mio. €) und **passivische Differenzen von 166,4 Mio. €** (Vorjahr: 63,0 Mio. €).

Von den **aktivischen Differenzen** wurden 7,8 Mio. € (Vorjahr: 13,8 Mio. €) ergebnisneutral mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Sie betreffen das in Tz. 5.7.3 genannte und in dieser Höhe gebuchte Wegerecht der Mainova. Die verbleibenden rund 102,3 Mio. € aktivische Differenzen waren ergebniswirksam.

Im Rahmen der (Folge-)Schuldenkonsolidierung sind nur die jeweiligen Änderungen von Aufrechnungsdifferenzen erfolgswirksam zu behandeln. Gegenüber dem Vorjahr, in dem rund 34,2 Mio. € ergebniswirksam zu verbuchen waren, haben sich die aktivischen Differenzen konzernergebnismindernd um ca. 68,1 Mio. € auf 102,3 Mio. € erhöht.

Die **passivischen Differenzen** betrugen 2023 rund 166,4 Mio. €. Sie setzen sich zusammen aus rund 146,8 Mio. € aus dem Differenzenkonto sowie aus rund 19,6 Mio. € aus manuellen Eliminierungen der Rückstellungen gegenüber verbundenen Unternehmen. Gegenüber dem Vorjahr mit 3,0 Mio. €, ergibt sich eine Veränderung von rund 103,4 Mio. €.

Aus der Verrechnung der aktivischen und passivischen Differenzen resultiert ein Ertrag von rund 35,4 Mio. € (Vorjahr: 3,9 Mio. € Aufwand).

Bei der Schuldenkonsolidierung wurden sonstige Rückstellungen von rund 3,9 Mio. € mit den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Steuerrückstellungen von rund 2,5 Mio. € mit den sonstigen ordentlichen Aufwendungen aufwandsmindernd verrechnet.

Im **Ergebnis** führte die Schuldenkonsolidierung in 2023 damit insgesamt zu einem **Ertrag von 35,4 Mio. €**, nach einem Aufwand von 3,9 Mio. € im Vorjahr.

5.9 Aufwands- und Ertragskonsolidierung

In der Konsolidierten Gesamtergebnisrechnung sind die Erträge aus internen Beziehungen zwischen den in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern mit den auf sie entfallenden Aufwendungen zu verrechnen, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind (§ 112a Abs. 4 HGO i. V. m. § 305 HGB und Hinweis Nr. 8 zu § 53 GemHVO).

Die **bedeutendsten Leistungsbeziehungen** zwischen den einbezogenen Aufgabenträgern sind im Wesentlichen **Finanzbeziehungen** (Darlehen, Zuschüsse, Verlustübernahmen) und **Dienstleistungen** (Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Personenbeförderung). Die wesentlichen **Lieferbeziehungen** betreffen Wasser und Energie (Gas, Strom, Wärme).

Hinsichtlich der Meldedatenerfassung sowie der Saldenabstimmung verweisen wir auf Tz. 5.5.2. Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung erfolgte automatisiert in SAP SEM-BCS nach Partnereinheiten.

Die insgesamt **eliminierten Innenumsätze** belaufen sich gegenüber dem Vorjahr mit rund 1.278 Mio. € auf nunmehr rund 1.390 Mio. €. Sie sind somit von der Größenordnung her plausibel. Zu Einzelheiten verweisen wir auf den Anhang zum Konsolidierten Gesamtabschluss (Kapitel 2.5.8).

5.10 Zwischenergebniseliminierung

Im Sinne der Einheitstheorie sind Wertsteigerungen, die aufgrund von konzerninternen Transaktionen zu einem (konzerninternen) Zwischengewinn geführt haben, auch im Konsolidierten Gesamtabschluss zu eliminieren.

Auf die Zwischenergebniseliminierung kann bei der Aufstellung des Konsolidierten Gesamtabschlusses verzichtet werden, soweit im Konsolidierungszeitraum keine Grundstücks- oder sonstigen Immobiliengeschäfte zwischen den Aufgabenträgern nach § 112a Abs. 1 HGO sowie der Gemeinde abgewickelt wurden (Hinweis Nr. 7.2 zu § 53 GemHVO).

Auf die Zwischenergebniseliminierung kann außerdem verzichtet werden, wenn die Zwischenergebnisse nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand ermittelt werden können oder wenn diese Ergebnisse für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konsolidierten Gesamtabschluss von nachrangiger Bedeutung sind (§ 112a Abs. 4 HGO i. V. m. Hinweis Nr. 7.3 zu § 53 GemHVO).

Im Rahmen der wesentlichen Leistungsbeziehungen zwischen den in den Gesamtabschluss der Stadt Frankfurt am Main einbezogenen Aufgabenträgern werden in der Regel keine Vermögensgegenstände ausgetauscht, so dass **Zwischengewinne** aus Finanz-, Dienstleistungs- und regelmäßigen Lieferbeziehungen **in der Regel von nachrangiger Bedeutung** sind. Auf eine Zwischenergebniseliminierung wurde daher verzichtet.

Im Konsolidierten Gesamtabschluss 2023 wird im Anhang in Kapitel 2.5.3 ausgeführt, dass bei **konzerninternen Veräußerungen von Grundstücken** eine Zwi-

schenergebniseliminierung durchgeführt wird, sofern das zu eliminierende Zwischenergebnis 0,5 Mio. € übersteigt. Ansonsten wird von einer Zwischenergebniseliminierung abgesehen.

Unter Wesentlichkeitsaspekten teilen wir die Auffassung der Stadtkämmerei, dass durch den weitgehenden Verzicht auf die Zwischenergebniseliminierung keine nennenswerten Einschränkungen der Aussagekraft des Gesamtabschlusses entstehen

Im Jahr 2023 wurde der Buchgewinn aus einem Grundstückstausch zwischen der BKRZ KG und der Kernverwaltung zutreffend eliminiert. Weitere Geschäftsvorfälle, bei denen die Zwischenergebniseliminierung zu Unrecht unterblieben wäre, wurden uns nicht bekannt.

5.11 Konsolidierte Gesamtfinanzrechnung

5.11.1 Allgemeine Anmerkungen

Der Konsolidierte Gesamtabschluss 2023 enthält in Kapitel 2.3 eine Konsolidierte Gesamtfinanzrechnung (Kapitalflussrechnung) (§ 112a Abs. 5 HGO). Auf diese ist der Deutsche Rechnungslegungsstandard Nr. 21 „Kapitalflussrechnung“ (DRS 21) anzuwenden (§ 54 Abs. 1 GemHVO).

Der Zahlungsstrom (Cashflow) aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode ermittelt und dargestellt.[22] Die Darstellung der Zahlungsströme der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit erfolgt nach der direkten Methode.

Der Finanzmittelfonds entspricht grundsätzlich den Flüssigen Mitteln gemäß Posten A.2.5 der Konsolidierten Vermögensrechnung; ggf. unter Abzug von nicht kurzfristig liquidierbaren Termingeldern.

5.11.2 Herleitung und rechnerische Richtigkeit

Die systemseitig hinterlegte Ermittlung der Werte ist seitens der Stadtkämmerei in einer Aufstellung dokumentiert. Die Richtigkeit dieser Ermittlung der Finanzrechnung kann von uns bestätigt werden. Die Konsolidierungssoftware SAP SEM-BCS kann systembedingt nicht alle Buchungsvorgänge (vor allem erfolgsneutrale Korrekturen oder Veränderungen im Konsolidierungskreis) automatisiert erfassen, so dass in Einzelfällen manuelle Korrekturen erforderlich sind.

Aus den uns vorgelegten Daten und erteilten Auskünften konnten wir keine ungerechtfertigten oder unterlassenen manuellen Anpassungen erkennen. Die Korrekturen der einzelnen Positionen des Zahlungsstroms aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit betragen im Saldo insgesamt 311.833.130,68 €. Dies erklärt sich aus notwendigen Anpassungen bzw. Eliminierungen zwischen verschiedenen Gesellschaften und der Stadt, die nachvollzogen werden konnten.

[22] Nach der indirekten Methode wird das Periodenergebnis um nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge und um Bestandsänderungen bei Posten des Nettoumlaufvermögens (ohne Finanzmittelfonds) sowie um alle Posten, die Cashflows aus der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit sind, korrigiert.

Aufgrund unserer Kenntnisse über

- die systemseitig hinterlegten Algorithmen zur Ermittlung der Konsolidierten Gesamtfinanzrechnung nach DRS 21 und
- den gesamten Erstellungsprozess

sehen wir auf Basis unserer Stichprobe keine Anhaltspunkte für eine mögliche Falschdarstellung im Rahmen der Kapitalflussrechnung.

Der Finanzmittelbestand (dieser entspricht den Flüssigen Mittel gemäß Posten A.2.5 der Konsolidierten Vermögensrechnung abzüglich eines Termingeldes des Messe-Konzerns von 22 Mio. € mit einer Laufzeit von größer drei Monaten) **am Ende der Periode wird rechnerisch richtig über die drei Zahlungsströme aus dem Anfangsbestand abgeleitet.**

5.12 Anhang und Übersichten zum Konsolidierten Gesamtabschluss

5.12.1 Allgemeine Anmerkungen

Dem Konsolidierten Gesamtabschluss ist ordnungsgemäß ein **Anhang** (Kapitel 2.5 des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2023) mit **Übersichten** (Kapitel 2.4 des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2023) über das Anlagevermögen, die Forderungen und die Verbindlichkeiten beigefügt worden (§ 112a Abs. 2 HGO i. V. m. Hinweise Nr. 1.4 und Nr. 12 zu § 53 GemHVO). Eine Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen ist ebenfalls enthalten.

Von dem Wahlrecht, die nach § 55 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO erforderlichen Angaben nicht im Konsolidierten Lage- und Rechenschaftsbericht, sondern im Anhang zu machen, wurde Gebrauch gemacht (Hinweis Nr. 12.2 zu § 53 GemHVO).

Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Erläuterungen (§ 55 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO). Die Übersichten in Kapitel 2.4 entsprechen unseres Erachtens den rechtlichen Vorgaben.

5.12.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises und Konsolidierungsgrundsätze

Im Anhang oder Konsolidierten Lage- und Rechenschaftsbericht sind Informationen zur Abgrenzung des Konsolidierungskreises und zu den angewandten Konsolidierungsmethoden darzustellen (§ 55 Abs. 1 Nr. 2 a) GemHVO sowie den Hinweisen Nr. 12.2 und 12.3 zu § 53 GemHVO). Insbesondere ist der Zeitpunkt der Verrechnung der Anteile und die verrechneten Unterschiedsbeträge der Kapitalkonsolidierung und der At-Equity-Bewertung zu erläutern.

Dies erfolgte in Kapitel 2.5.2 „Abgrenzung des Konsolidierungskreises“ und dort zusätzlich unter Verweis auf die **Anlage „Konzernunternehmen der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2023“** zum Konsolidierten Gesamtabschluss sowie in den Kapiteln 2.5.3 „Konsolidierungsgrundsätze“ und 2.5.8 „Eliminierung der Konzernverrechnungen und Entwicklung der Unterschiedsbeträge“.

Die Darstellungen entsprechen unseres Erachtens den rechtlichen Anforderungen.

5.12.3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Anhang sind Angaben zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu machen. Bei Verzicht auf eine einheitliche Bilanzierung und Bewertung sind die unterschiedlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die Zusammensetzung der wesentlichen Posten darzustellen (Hinweis Nr. 12.4 zu § 53 GemHVO 1. Spiegelstrich).

Die Darstellung erfolgt im Kapitel 2.5.4 „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden". Darüber hinaus werden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für das die Konsolidierte Gesamtvermögensrechnung dominierende Sachanlagevermögen der Kernverwaltung, der SEF und der Teilkonzerne Mainova, VGF, Messe Frankfurt und ABG gesondert erläutert.

Die Darstellungen entsprechen unseres Erachtens den rechtlichen Anforderungen.

5.12.4 Erläuterungen der Posten der Konsolidierten Gesamtvermögens-, Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzrechnung

Im Anhang oder im Konsolidierten Lage- und Rechenschaftsbericht sind die wesentlichen Posten der Konsolidierten Gesamtvermögensrechnung, der Konsolidierten Gesamtergebnisrechnung, der Konsolidierten Gesamtfinanzrechnung sowie die Zusammensetzung wesentlicher Abschlussposten zu erläutern (§ 55 Abs. 1 Nr. 2 b) und c) GemHVO sowie Hinweise Nr. 12.2 und 12.3 zu § 53 GemHVO).

Die Darstellungen in den Kapiteln 2.5.5, 2.5.6 und 2.5.7 erfüllen unseres Erachtens diese Vorgaben.

5.12.5 Eliminierung der Konzernverrechnungen und Entwicklung der Unterschiedsbeträge

Des Weiteren sind im Anhang zum Konsolidierten Gesamtabschluss der Zeitpunkt der Verrechnung der Anteile und die verrechneten Unterschiedsbeträge der Kapitalkonsolidierung und der At-Equity-Bewertung zu erläutern (Hinweis Nr. 12.3 zu § 53 GemHVO).

Diese Angaben sind in den Kapiteln 2.5.3 und 2.5.8 dargestellt. Die Darstellung entspricht unseres Erachtens den rechtlichen Vorgaben.

5.12.6 Sonstige Angaben

Der Anhang soll auch Angaben zu den Haftungsverhältnissen, die nicht in der Vermögensrechnung auszuweisen sind, zu Sachverhalten, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, und zu der durchschnittlichen Zahl der Mitarbeitenden enthalten (Hinweis Nr. 12.4 zu § 53 GemHVO 3. bis 5. Spiegelstrich).

Da die Stadt Frankfurt am Main (Kernverwaltung) nach wie vor über **kein (zentrales/IT-gestütztes) Vertragsmanagementsystem** verfügt, **können wir die Vollständigkeit der Angaben im Rahmen der Berichterstattung** über Sachverhalte aus denen sich finanzielle Verpflichtungen sowie Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften (§ 50 Abs. 2 Nr. 5 und 8 GemHVO) ergeben (Kapitel 2.5.9.1 im Konsolidierten Gesamtabschluss 2023), **auch für den Anhang zum Konsolidierten Gesamtabschluss nicht bestätigen**.

Wir weisen nochmals auf die Bedeutung eines zentralen Vertragsmanagements hin. Insbesondere aufgrund der finanziellen Risiken, die sich aus der großen Anzahl sowie der teilweise hohen Komplexität der Vertragswerke ergeben, empfehlen wir dringend das Ergreifen entsprechender Maßnahmen (vgl. Schlussberichte 2023 – Teil I, Tz. 7.1.2.1, Tz. 7.1.2.2, Tz. 7.1.2.6 c), Tz. 7.2.1.2 – Posten A.2.3.3 und Posten P.3.5, Tz. 7.2.5.1, Tz. 7.2.5.6 und Tz. 7.2.5.8).

Die Angaben zur **durchschnittlichen Zahl der Mitarbeitenden (Beamte, Beschäftigte, Auszubildende) in Vollzeitäquivalenten** sind verordnungskonform im Kapitel 2.5.9.2 im Konsolidierten Gesamtabschluss 2023 dargestellt.

5.13 Konsolidierter Lage- und Rechenschaftsbericht (Konsolidierungsbericht)

Mit der Novellierung der GemHVO im Jahr 2021 ist die Pflicht entfallen, Angaben über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks der Organisationseinheiten und Vermögensmassen zu machen (§ 55 Abs. 1 Ziffer 1 b) GemHVO a. F.). Daher werden seit der Aufstellung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2021 keine Angaben zu Zielen und Kennzahlen mehr gemacht.

Aus Sicht der Revision ist der Verzicht im Hinblick auf die Steuerungsrelevanz nicht zielführend. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen zur **fehlenden Beteiligungsstrategie** (Tz. 5.1.2 im Teil IV der Schlussberichte 2022) sowie zur **Steuerung des Verwaltungshandelns über Ziele und Strategien** (Tz. 6.3.2.3 im Teil I der Schlussberichte 2023).

5.13.1 Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“

Im Konsolidierten Lage- und Rechenschaftsbericht ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Gemeinde darzustellen, so dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild unter dem Gesichtspunkt der stetigen Erfüllung der Aufgaben vermittelt wird (§ 55 Abs. 1 Nr. 1. a) GemHVO).

Diese Darstellung erfolgt in Kapitel 2.6.1 und umfasst **Ausführungen zur Ertragslage (Ergebnislage), zur Finanzlage und zur Vermögenslage**, wobei hinsichtlich der Finanzlage auch auf die Konsolidierte Gesamtfinanzrechnung (Kapitalflussrechnung) in Kapitel 2.3 verwiesen wird.

5.13.2 Dauernde Leistungsfähigkeit

Der Konsolidierte Lage- und Rechenschaftsbericht hat eine Bewertung des zusammengefassten Jahresabschlusses unter dem Gesichtspunkt der dauernden Leistungsfähigkeit darzustellen (§ 55 Abs. 1 Nr. 1. b) GemHVO). Dies erfolgt dort in Kapitel 2.6.2.

Seitens des Magistrats wird davon ausgegangen, dass es **derzeit keine konkreten Anzeichen gibt, die die dauernde Leistungsfähigkeit des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ insgesamt in Frage stellen**.

Es wird vom Magistrat darauf hingewiesen, dass sich die wirtschaftliche Lage der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2023 trotz schwieriger Rahmenbedingungen weiter erholt hat. Insbesondere die positiven Effekte aus der At-Equity-Bewertung der Fraport AG (Konzern) und die erheblichen Ergebnisverbesserungen bei den Teil-

konzernen Messe und Mainova sind für das positive Konzernjahresergebnis verantwortlich. Weiterhin stabil blieb die Situation in der Ver- und Entsorgung.

Zudem werden die negativen Auswirkungen der schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und des Ukrainekriegs sowie des Konflikts im Nahen Osten näher erläutert. Hiervon betroffen sind insbesondere die energieintensiven Betriebe des Stadtwerke-Teilkonzerns (VGF und BBF) und auch des Mainova-Teilkonzerns.

Es wird ausgeführt, dass eine negative Ertragssituation, gepaart mit einer zunehmenden Verschuldung, zumindest kurz- bis mittelfristig erwartet wird.

Die Ausführungen und Einschätzungen sind unseres Erachtens vom Grunde her nachvollziehbar.

5.13.3 Ausblick auf die zukünftige Entwicklung

Der Konsolidierte Lage- und Rechenschaftsbericht soll einen Ausblick auf die künftige Entwicklung der Gemeinde geben (§ 55 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO). Dabei sind Angaben zu machen über

a) Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss der Konsolidierungsperiode eingetreten sind,

b) die erwartete Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen, insbesondere über die finanziellen und wirtschaftlichen Perspektiven und Risiken und

c) die wesentlichen Ziele und Strategien.

Diese Ausführungen sind in Kapitel 2.6.3 dargestellt; sie erfüllen grundsätzlich die Anforderungen des § 55 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO.

5.14 Zusammenfassende Beurteilung des Konsolidierten Gesamtabschlusses

Der uns zur Prüfung vorgelegte **Konsolidierte Gesamtabschluss** zum 31.12.2023 wurde ordnungsgemäß aus den Jahresabschlüssen und Teilkonzernabschlüssen der einbezogenen Aufgabenträger entwickelt.

Die im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der Stadt Frankfurt am Main festgestellten **Bilanzierungsfehler**, welche in der Anlage 1 „Umbuchungsliste zum Jahresabschluss 2023“ aufgelistet sowie in Tz. 7.2 der Schlussberichte 2023 – Teil I dargestellt sind, gelten grundsätzlich auch für den Konsolidierten Gesamtabschluss der Stadt Frankfurt am Main, sofern es sich nicht um konzerninterne Sachverhalte handelt.

Ebenso gelten die in Tz. 7.3 der Schlussberichte 2023 – Teil I „**Zusammenfassende Beurteilung des Jahresabschlusses**“ aufgeführten Punkte auch für den Konsolidierten Gesamtabschluss, da der Jahresabschluss der Kernverwaltung der größte in den Konsolidierten Gesamtabschluss einbezogene Abschluss ist.

In der Gesamtwürdigung der dort beschriebenen **Ansatz- und Bewertungsgrundlagen** sind wir dennoch der Überzeugung, dass der Konsolidierte Gesamtabschluss 2023 insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ vermit-

telt. Die Ausnahme bleiben die nicht abschließend beurteilbaren Risiken für die Bilanzierung aus dem noch nicht eingerichteten (zentralen/IT-gestützten) Vertragsmanagementsystem.

Die angewandten **Konsolidierungsmethoden** entsprechen den gesetzlichen Vorschriften; die **Konsolidierungsmaßnahmen** wurden sachgerecht durchgeführt. Die **Konsolidierungsbuchungen** wurden zutreffend fortgeführt.

Die **Konsolidierte Gesamtfinanzrechnung** ist nach unserer Auffassung ordnungsgemäß aufgestellt worden.

Der **Anhang zum Konsolidierten Gesamtabschluss** enthält die vorgeschriebenen Angaben zu den einzelnen Posten der Konsolidierten Gesamtvermögensrechnung, Gesamtergebnisrechnung bzw. Gesamtfinanzrechnung und gibt die sonstigen Pflichtangaben richtig und vollständig wieder.

6 Prüfungsurteile

An die Stadt Frankfurt am Main[23]

Wir haben den Konsolidierten Gesamtabschluss der Stadt Frankfurt am Main und ihrer Aufgabenträger (Konzern) – bestehend aus der Konsolidierten Gesamtvermögensrechnung zum 31.12.2023, der Konsolidierten Gesamtergebnisrechnung, der Konsolidierten Gesamtfinanzrechnung und der Konzern-Eigenkapitalübersicht für das Haushaltsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 sowie dem Anhang einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konsolidierungsbericht der Stadt Frankfurt am Main für das Haushaltsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 geprüft.

Prüfungsurteile zum Konsolidierten Gesamtabschluss und zum Konsolidierungsbericht

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der Konsolidierte Gesamtabschluss in allen wesentlichen Belangen den für die Stadt Frankfurt am Main geltenden hessischen kommunalrechtlichen Vorschriften der HGO und der GemHVO und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31.12.2023 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 und
- vermittelt der Konsolidierungsbericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konsolidierungsbericht in Einklang mit dem Konsolidierten Gesamtabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Sinngemäß erklären wir (§ 322 Abs. 3 Satz 1 HGB), dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konsolidierten Gesamtabschlusses und des Konsolidierungsberichts geführt hat.

[23] Gemäß den Hinweisen Nr. 2 bis 8 zu § 128 HGO (Erlass des damaligen HMdIS vom 27.09.2021) soll der Schlussbericht nach § 128 Abs. 2 HGO mit einem zusammenfassenden Prüfungsurteil (Prüfungsergebnis oder Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes) abschließen, welches eine klar formulierte Aussage über das Ergebnis der durchgeführten Prüfungen nach § 128 Abs. 1 HGO enthalten soll; dieses hat Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung zu beschreiben und dabei die angewandten Prüfungsgrundsätze anzugeben. Das Prüfungsurteil soll sich in Aussagen zur Haushaltswirtschaft und zum Jahresabschluss gliedern. Die Prüfungsurteile über den Jahresabschluss und den Lagebericht orientieren sich an dem, im IDW Prüfungsstandard 400 n. F. „*Bildung eines Prüfungsurteils und Erteilung eines Bestätigungsvermerks*“ enthaltenen, Musterbestätigungsvermerk.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses und des Konsolidierungsberichts in Anlehnung an § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e. V. (IDR) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses und des Konsolidierungsberichts“ unserer Prüfungsurteile weitergehend beschrieben. Wir sind gemäß § 130 Abs. 1 HGO von den Aufgabenträgern des Konzerns – einschließlich der Stadt Frankfurt am Main selbst – unabhängig in Übereinstimmung mit gemeinde- und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen Berufspflichten in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des IDR erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere uneingeschränkten Prüfungsurteile zum Konsolidierten Gesamtabschluss und zum Konsolidierungsbericht zu dienen.

Verantwortung des Magistrats für den Konsolidierten Gesamtabschluss und den Konsolidierungsbericht

Der Magistrat ist verantwortlich für die Aufstellung des Konsolidierten Gesamtabschlusses, der den für die Stadt Frankfurt am Main geltenden kommunalrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konsolidierte Gesamtabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner ist der Magistrat verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Konsolidierten Gesamtabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konsolidierten Gesamtabschlusses ist der Magistrat dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur dauernden Leistungsfähigkeit im Sinne einer nachhaltigen Finanzwirtschaft zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zu identifizieren und zu bewerten und bei der Aufstellung zu berücksichtigen.

Außerdem ist der Magistrat verantwortlich für die Aufstellung des Konsolidierungsberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konsolidierten Gesamtabschluss in Einklang steht, den hessischen, kommunalrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Magistrat verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Konsolidierungsberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden hessischen kommunalrechtlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konsolidierungsbericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses und des Konsolidierungsberichts

Die Rechnungsprüfung ist bei der Erfüllung der ihr zugewiesenen Prüfungsaufgaben gemäß § 130 Abs. 1 HGO unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Sie ist für eine sachgerechte Prüfung verantwortlich und hat auf die Klärung von Unregelmäßigkeiten zu achten.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob der Konsolidierte Gesamtabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist,
- ob der Konsolidierungsbericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt,
- ob der Konsolidierungsbericht in allen wesentlichen Belangen
  - mit dem Konsolidierten Gesamtabschluss konform geht,
  - mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
  - den hessischen kommunalrechtlichen Vorschriften entspricht,
  - die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt,

um Prüfungsurteile zum Konsolidierten Gesamtabschluss und zum Konsolidierungsbericht abzugeben.

Während der Prüfung üben die Mitarbeitenden des Rechnungsprüfungsamts pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Eine Zusammenfassung unserer Prüfungsfeststellungen ist in Tz. 1 dargestellt.

Frankfurt am Main, 11.04.2025

Die Leitung des Revisionsamts

gez. Wieden gez. Lachnit

(Wieden) (Lachnit)

Stadt Frankfurt am Main
Revisionsamt

Schlussberichte 2023 – Teil IV

Jahresbericht 2023

Inhaltsverzeichnis Seite

1 Kurzfassung der Prüfungsfeststellungen 291

1.1 Zu Tz. 4.1 „Haushalts- und Verwaltungsprüfungen“ 291

1.2 Zu Tz. 4.2 „Informations- und Kommunikationstechnik“ 294

1.3 Zu Tz. 4.3 „Bautechnisch-wirtschaftliche Prüfungen“ 295

1.4 Zu Tz. 4.4 „Überörtliche Prüfung Kommunaler Körperschaften“ 300

1.5 Zu Tz. 5 „Beteiligungsmanagement und wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt am Main“..... 300

1.6 Zu Tz. 6 „Eigenbetriebe“ und Tz. 7 „städtische Beteiligungsgesellschaften“301

1.7 Zu Tz. 8 „Öffentlich milde Stiftungen“ 301

2 Inhalt und Umfang dieses Schlussberichts..... 302

3 Prüfungsgrundlagen 303

4 Feststellungen aus unterjährigen Prüfungen der Kernverwaltung 305

4.1 Haushalts- und Verwaltungsprüfungen..... 305

4.1.1 Feststellungen, die das Haushaltsjahr 2023 betreffen oder Prüfungen, die im Kalenderjahr 2023 durchgeführt wurden 305

4.1.1.1 PG 10.04 Gleichberechtigung für Bürgerinnen (Frauenreferat) – Zuwendungswesen 305

4.1.1.2 PG 11.04 Ordnung und Sicherheit (Ordnungsamt) – Controlling, IKS, Dienst- und Fachaufsicht Veterinärwesen 307

4.1.1.3 PG 12.01–12.03 Brandschutz und Rettungsdienst (Branddirektion) – Umsetzung Vertragsmanagement..... 308

4.1.1.4 PG 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes (Jugend- u. Sozialamt) – Prüfung des bestehenden Geschäftsprozesses der stationären Hilfen zur Erziehung gem. § 27 i. V. m. § 34 oder § 33 Achtes Sozialgesetzbuch (SGB VIII) 310

4.1.1.5 PG 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes (Jugend- u. Sozialamt) – Gesamtbetrachtung Prozesse Kassenführung und -abrechnung Zahlstellen..... 312

4.1.1.6 PG 20.13 Frankfurter Kinderbüro (Frankfurter Kinderbüro) – Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns 314

4.1.1.7 PG 22.11 Palmengarten (Palmengarten) – Prüfung des Vertragsmanagements im Palmengarten..... 315

4.1.1.8 PG 32.01 Personalservice und-controlling (Personal- und Organisationsamt) – Umsetzung Corona-Sonderzahlungen 316

4.1.1.9 PG 34.04 Grundstücks- und Gebäudemanagement (ABI) – Verfahren zur Anmietung von Räumen und Gebäuden für Büroflächenbedarfe..... 317

4.1.2 Rückschau auf offene / unerledigte Feststellungen aus vorangegangenen Schlussberichten ... 319

4.1.2.1 PG 13.01 Stadtplanung (Stadtplanungsamt) – Verwaltung der Neubebauung des Dom-Römer-Areals ... 319
4.1.2.2 PG 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes (Stabsstelle Unterbringungsmanagement und Geflüchtete) – Vertragsmanagement Betreiberverträge der Übergangsunterkünfte; Aufbau einer Datenbank und Einhaltung der Frankfurter Standards ... 322
4.1.2.3 PG 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes (Jugend- und Sozialamt) – Prüfung des Geschäftsprozesses Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a SGB VIII i. V. m. SGB IX ... 323
4.1.2.4 PG 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes (Jugend- und Sozialamt) – Prüfung der Zuschussgewährung an freie Träger zur Förderung von Hilfeangeboten nach § 71 SGB XII (Altenhilfe) im Bereich der Förderung von Altentagesstätten ... 324
4.1.2.5 PG 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes (Jugend- und Sozialamt) – Zentrale Unterkunftsvermittlung ... 324
4.1.2.6 PG 20.07 Angebote der Stadtbücherei (Stadtbücherei) – Vereinnahmung von Entgelten durch die Stadtbücherei ... 325

4.2 Informations- und Kommunikationstechnik ... 327

4.2.1 PG 35.02 Informations- und Kommunikationstechnik (Amt für Informations- und Kommunikationstechnik) – elektronische Akte (eAkte) ... 327
4.2.2 PG 30.02 Stadtverordnetenversammlung/Ortsbeiräte (Büro der Stadtverordnetenversammlung) und PG 30.03 Betreuung des Magistrats (Hauptamt) – Beschlussvorlagenmanagement ... 328
4.2.3 PG 35.01 Zentrale Serviceleistungen (Hauptamt) und PG 35.05 E-Government-Strategie (Stabsstelle Digitalisierung) – Postbearbeitung ... 328
4.2.4 Offene IT-Prüfungen ... 328

4.3 Bautechnisch-wirtschaftliche Prüfungen ... 330

4.3.1 Allgemeines ... 330
4.3.2 Prüfungen zum Investitionsprogramm 2024–2025 ... 331

4.3.2.1 Allgemeines ... 331
4.3.2.2 Kinderzentrum (KiZ) 74, Bernadottestraße 35, Abriss, Neubau und Erweiterung um zwei Gruppen ... 331
4.3.2.3 Kinderzentrum (KiZ) 12, Wiesenhüttenstraße 40, energetische Ertüchtigung, Umbau und Erweiterung ... 332
4.3.2.4 Kinderzentrum (KiZ) 12, Auslagerung in die Villa Kleyer, Wiesenhüttenstraße 33 333
4.3.2.5 Grünzug Westhafen, Sommerhoffpark, Gutleutstraße ... 334
4.3.2.6 Kinderzentrum (KiZ) 8, Hartmann-Ibach-Straße 60, Sanierung und Nutzungserweiterung ... 335
4.3.2.7 Haushaltsanmeldungen zum Investitionsprogramm, Sachstand und Mängel im Jahr 2023 ... 336

4.3.3 Prüfung der Bauvorlagen (Vorprüfung) ... 338

4.3.3.1 Allgemeines ... 338

4.3.3.2 Platzgestaltung an der Dreikönigskirche / Illumination der Dreikönigskirche (Vorprüfung) ... 339
4.3.3.3 Kinderzentrum (KiZ) 56, Dornbusch, Eckernförder Straße 67, Abriss und Neubau, inklusive Auslagerung und Erweiterung um eine Gruppe für Kindergartenkinder (Vorprüfung) ... 340
4.3.3.4 Michael-Ende-Schule, Grundschule Außenstelle, Niddagaustraße 29, Austausch und Erweiterung einer Containeranlage (Vorprüfung) ... 341
4.3.3.5 Gymnasium Römerhof, Am Römerhof 13c, Errichtung eines Schulgebäudes mit Gymnasium in Holzbauweise, Abriss Bowlingcenter, Erweiterung provisorischer Containeranlage (Vorprüfung) ... 342
4.3.3.6 August-Gräser-Schule, Gerolsteiner Straße 2, Bau eines dritten Treppenhauses (Vorprüfung) ... 343
4.3.3.7 Südfriedhof, Darmstädter Landstraße 229: Grunderneuerung der Trauerhalle mit historischen Nebengebäuden und Außenanlagen, Neubau Betriebshof, Nebengebäude und Lagerplatz, Abriss bestehender Gebäude (Vorprüfung) ... 344
4.3.3.8 Braubachstraße Süd, Sanierung der Nebenfläche und Entwässerungsanlage (Vorprüfung) ... 345
4.3.3.9 Austausch von Gasleuchten: Erhöhung der Mittel (Vorprüfung) ... 346
4.3.3.10 Gymnasium Süd, Diesterwegstraße 11, temporäre Aufstellung einer zweigeschossigen und eingeschossigen Containeranlage für Klassenräume und Mensa als Stahlcontaineranlage (Vorprüfung) ... 347
4.3.3.11 Stadtentwässerung Frankfurt, Abwasserreinigungsanlage Sindlingen, Neubau der Schlammtrocknungs- und -verbrennungsanlage (Vorprüfung) ... 348

4.3.4 Prüfung der Mehrkostenvorlagen ... 349

4.3.4.1 Allgemeines ... 349
4.3.4.2 Kinderzentrum Rendeler Straße (KiZ 126), Rendeler Straße 9, Gesamtsanierung Mehrbedarf (Mehrkostenvorlage) ... 350
4.3.4.3 Kinderzentrum In der Römerstadt (KiZ 37), In der Römerstadt 117, Abriss, Neubau und Erweiterung um zwei Gruppen (Mehrkostenvorlage) ... 351
4.3.4.4 Neubau einer Grundschule mit 5. Kindertageseinrichtung im Europaviertel, Turnhalle und Cafeteria (Mehrkostenvorlage) ... 351
4.3.4.5 BW012 / BW012a Ersatzneubau der Straßen- und Fußgängerbrücke über die Nidda im Zuge der Hausener Obergasse (Mehrkostenvorlage) ... 352
4.3.4.6 Stadtentwässerung Frankfurt, Infrastruktur Liegenschaft Goldsteinstraße 238, aktuelle Projektkosten / Mehrkostenanmeldung (Mehrkostenvorlage) ... 353
4.3.4.7 Stadtentwässerung Frankfurt, Abwasserreinigungsanlage Niederrad, Erneuerung der Abluftbehandlungsanlage der ersten biologischen Stufe (Mehrkostenvorlage) ... 353

4.3.5 Prüfung der Bauabrechnungen ... 354

4.3.5.1 Allgemeines ... 354
4.3.5.2 Abrechnung von Projekten im Hochbau ... 355
4.3.5.3 Bauabrechnungen von Projekten anderer Ämter ... 355
4.3.5.4 Wasserspielplatz Scheerwald, Sachsenhäuser Landwehrweg, Neubau (Bauabrechnung) ... 355
4.3.5.5 Kinderzentrum (KiZ) 26, Feuerwehrstraße 62, Neubau (Bauabrechnung) ... 356

4.3.6 Sonstige Prüfungen ... 358

4.3.6.1 Allgemeines ... 358

4.3.6.2 Viergleisiger Ausbau der Straßenbahnhaltestelle Hauptbahnhof, inklusive Neuordnung des Straßenraums, Planungsmittel ... 358
4.3.6.3 Neugestaltung Domplatz, Freigabe von Planungsmitteln ... 359
4.3.6.4 Bund-Länder-Programm “Sozialer Zusammenhalt Nied“ Umgestaltung der Parkanlage Nied-Süd, Antrag auf Freigabe von Planungsmitteln ... 360
4.3.6.5 Nachrüstung dezentraler RLT-Geräte für das Holzmodulgebäude der Judith-Kerr-Schule, Riedberg, Carl-Hermann-Rudloff-Allee 11 ... 360

4.4 Überörtliche Prüfung Kommunaler Körperschaften ... 363

4.4.1 Allgemeines ... 363
4.4.2 Feststellungen der Überörtlichen Prüfung im Kommunalbericht 2024 ... 363
4.4.3 Feststellungen der Überörtlichen Prüfung aus früheren Kommunalberichten ... 367
4.4.4 Vergleichende Prüfungen der letzten Jahre mit Bezug zur Stadt ... 370

5 Beteiligungsmanagement und wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt am Main ... 371

5.1 Allgemeines ... 371

5.1.1 Beteiligungsstruktur ... 371
5.1.2 Gesamtstädtische Beteiligungsstrategie und strategisches Beteiligungscontrolling ... 372
5.1.3 Beteiligungsmanagement ... 373
5.1.4 Betätigungsprüfung ... 374

5.2 Umsetzung des Public Corporate Governance Kodex ... 374

5.2.1 Beteiligungsunternehmen ... 374
5.2.2 Eigenbetriebe ... 375

6 Eigenbetriebe ... 376

6.1 Allgemeines ... 376

6.2 Prüfungen des Revisionsamts bei den Eigenbetrieben ... 377

6.3 Stand der Entlastungsverfahren der Eigenbetriebe ... 379

7 Städtische Beteiligungsgesellschaften ... 381

7.1 Allgemeines ... 381

7.2 Prüfungen bei den Gesellschaften ... 381

8 Öffentliche milde Stiftungen ... 382

8.1 Allgemeines ... 382

8.2 Novellierung der Ortssatzung ... 382

8.3 Stand der Entlastungsverfahren der öffentlich milden Stiftungen 383

9 Schlussbemerkung 385

Abkürzungsverzeichnis 387

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

4-1: Methoden zur Bestimmung des Ausgleichs für Entwicklungszeiten bei Kompensationsmaßnahmen 364
4-2: Vergleichende Prüfungen des Hessischen Rechnungshofs 370
5-1: Konzernstruktur der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2023 371
6-1: Stand der Entlastungsverfahren der Eigenbetriebe 379
8-1: Stand der Entlastungsverfahren der öffentlich milden Stiftungen 383

1 Kurzfassung der Prüfungsfeststellungen

Nachfolgend geben wir die wesentlichen Prüfungsfeststellungen dieses Schlussberichts in zusammengefasster Form wieder[1]:

1.1 Zu Tz. 4.1 „Haushalts- und Verwaltungsprüfungen“

Aus dem Bereich der **Haushalts- und Verwaltungsprüfungen**, die das Berichtsjahr betreffen, sind folgende Feststellungen hervorzuheben, über die wir in Tz. 4.1.1 berichten. Die Gliederung orientiert an den PG des Produkthaushalts:

Die Bearbeitung im **Zuwendungswesen des Frauenreferats** ist systematisch organisiert. Bei der Antragsprüfung erfolgte keine Prüfung und Dokumentation zur Förderung durch andere städtische Stellen und deren Beteiligung sowie zur beihilferechtlichen Beurteilung. Als Nachweis der zweckentsprechenden Mittelverwendung empfahlen wir, Originalbelege bzw. Kopien zumindest in Stichproben zu prüfen. Bei der Bearbeitung von Rückforderungen bestehen Verbesserungsbedarfe. Problematisch ist die Gewährung von Zuwendungen während vorläufiger Haushaltsführung. Die einzige ausreichend rechtssichere Handhabung für nicht begonnene Projektförderungen ist eine zeitgerechte Inkraftsetzung des Haushaltsplans. (Tz. 4.1.1.1)

Das **Veterinärwesen** im Ordnungsamt verfügt über ein angemessenes Internes Kontrollsystem zur Risikominimierung. Die Vorgaben der Amtsleitung zum Vorgangskontrollsystem sind durch zeitgerechte und zufällige Kontrollen konsequenter umzusetzen. Auf eine regelmäßige Rotation des Personals ist zu achten. Die gesetzlich vorgegebene Anzahl von Lebensmittel- und Hygienekontrollen wird nicht erfüllt. Die Prüfmengen können mit der vorhandenen Stellenausstattung nicht erreicht werden. Der Personalbedarf sollte sachgerecht ermittelt und eine Neuausrichtung der finanziellen Rahmenbedingungen vorgenommen werden. (Tz. 4.1.1.2)



Bei der **Branddirektion** besteht ein weitgehend zentrales **Vertragsmanagement** unter Nutzung der Vertragsmanagement-Software Spider Contract. Es erfüllt die Kriterien einer ordnungsgemäßen, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Vertragsverwaltung. Die Beschreibung und Dokumentation des Prozesses zur Vertragsverwaltung sind noch abzuschließen. Die Nutzung der Vertragsdaten zur Meldung der „Sonstigen finanziellen Verpflichtungen“ im Jahresabschluss wurde mittlerweile umgesetzt. (Tz. 4.1.1.3)

Bei der Prüfung der Geschäftsprozesse der stationären Hilfe zur Erziehung gem. § 27 i. V. m. § 34 (**Heimerziehung**) oder § 33 SGB VIII (**Vollzeitpflege**) im **Jugend- und Sozialamt** stellten wir fest, dass Ergebnisverbesserungs- und Optimierungspotentiale vorhanden sind. Es existieren Fehler- bzw. Kostenrisiken in der allgemeinen Prozessgestaltung, dem Ausbau des IKS sowie der IT-Unterstützung (baldige Einführung der eAkte, Teilnahme am elektronischen Antragsverfahren). (Tz. 4.1.1.4)

---

[1] Die **Bewertung** der Prüfungsergebnisse mit den mehrfarbigen Daumen stellt die Sicht des Revisionsamts zu den **Prüfungsfeststellungen** zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dar; diese berücksichtigen die Schwere der Beanstandung und die erfolgten Reaktionen der geprüften Stelle (Abhilfemaßnahmen) darauf.

Bei der Gesamtbetrachtung der Geschäftsprozesse **Kassenführung und -abrechnung Zahlstellen im Jugend- und Sozialamt** stellten wir fest, dass erhöhte Fehlerrisiken und damit wesentliche Optimierungspotentiale bestehen. (Tz. 4.1.1.5)



Bei unserer Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des **Verwaltungshandelns im Frankfurter Kinderbüro** stellten wir fest, dass die Ordnungsgrundlagen sechs Jahre nach Eigenständigkeit des Kinderbüros nicht vollständig und uneinheitlich sind. Die Beschäftigung von Honorarkräften bedarf dringend einer Überarbeitung. Unsere Beanstandungen im Bereich Verwaltung wurden bereits aufgegriffen und Veränderungen eingeleitet. Das Kinderbüro führt zwei Projekte durch, für die es weder eine gesetzliche Grundlage noch einen politischen Auftrag gibt, die Weihnachtsaktion und den Kindernotfonds. Wir haben empfohlen, beide einzustellen. (Tz. 4.1.1.6)



Das **Vertragsmanagement** im **Palmengarten** erfolgt nach sachlichen Gesichtspunkten dezentral und im Wesentlichen zweckmäßig. Wir haben keine Feststellungen getroffen, die einer im Wesentlichen ordnungsgemäßen Vertragsverwaltung entgegenstehen. Die bereits veranlassten Maßnahmen (Digitalisierung der Verträge, Excel-Vertragsübersicht) können als erste positive Schritte hin zu den Grundlagen eines IT-gestützten Vertragsmanagements gewertet werden. Zur Umsetzung eines wirkungsvollen Vertragsmanagements haben wir weitere Maßnahmen empfohlen. Noch im Verlauf unserer Prüfung wurden durch die Amtsleitung diverse Abhilfemaßnahmen umgesetzt. (Tz. 4.1.1.7)



Die Zweckmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns hinsichtlich der **Auszahlung der Corona-Sonderzahlungen** in den Jahren 2020 bis 2022 war grundsätzlich gegeben. (Tz. 4.1.1.8)



Die Prüfung des **Verfahrens zur Anmietung von Räumen und Gebäuden für Büroflächenbedarfe** im **ABI** zeigte, dass Anmietungen meist in Reaktion auf einzelne Raumbedarfsmeldungen erfolgen. Für die **wirtschaftliche Unterbringung** der Verwaltung ist jedoch ein **vorausschauendes Flächenmanagement** bedeutend. **Gesamtstädtische Aspekte** werden bei Anmietungen nicht zwingend hinreichend berücksichtigt. **Fehlende Datengrundlagen** behindern eine wirtschaftliche Deckung bestehender Raumbedarfe. Wir erachten verbindliche Abläufe, die Prüfung von Bedarf und Alternativen sowie belastbare Wirtschaftlichkeitsvergleiche für erforderlich. Außerdem sollte eine **Strategie für das städtische Liegenschaftsportfolio** definiert werden. Auf dieser Grundlage lassen sich wirtschaftliche Entscheidungen nachvollziehbar und zukunftsorientiert treffen. (Tz. 4.1.1.9)

Über die **Ergebnisse aus Nachschauprüfungen** hinsichtlich der Beseitigung von festgestellten Beanstandungen, über die wir bereits im Schlussbericht 2022 – Teil IV und früher informiert hatten, berichten wir in Tz. 4.1.2:



Wir sehen die **Fortführung der DomRömer GmbH** (DomRömer) und die jährlichen Ausgleichszahlungen an die Gesellschaft kritisch. Wir hatten empfohlen, die weitere Aufgabenerledigung durch die DomRömer zu hinterfragen und zu prüfen, wie die Verwaltung des Quartiers im städtischen Interesse und wirtschaftlich durch solche Stellen (ggf. im „Konzern" Stadt) gelingen kann, die bereits eine große Anzahl von Immobilien betreuen. Ziel sollte sein, die DomRömer in absehbarer Zeit aufzulösen und zu liquidieren, wie dies ursprünglich auch angedacht war, um Einsparungen für die Stadt durch den Abbau von (unwirtschaftlichen) Parallelstrukturen zu erzielen. Bezüglich der Zukunft der Gesellschaft werden verschiedene Szenarien geprüft. Eine Entscheidung, die Gesellschaft in absehbarer Zeit aufzulösen, wurde bislang nicht getroffen. (Tz. 4.1.2.1; Tz. 4.3.3.8; Tz. 4.3.6.3)



Bei der **Prüfung des Vertragsmanagements der Betreiberverträge der Übergangsunterkünfte (ÜUK)** stellten wir fest, dass der Frankfurter Standard für einzelne Wohnräume mit Nebenräumen zur Mitbenutzung mit neun Quadratmetern um drei Quadratmeter über der gesetzlichen Untergrenze liegt. Bezüglich der Einhaltung der Frankfurter Standards kamen wir zu dem Ergebnis, dass bei zwei ÜUK Mehraufwendungen von insgesamt rd. 320 T€ p. a. durch Überschreitung des Betreuungsschlüssels entstanden sind. (Tz. 4.1.2.2)



Bei der **Prüfung des Geschäftsprozesses der Leistungsgewährung nach § 35a SGB VIII i. V. m. dem SGB IX (Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche)** stellten wir fest, dass noch Fehlerrisiken und damit Optimierungspotentiale in der allgemeinen Prozessgestaltung bestehen. (Tz. 4.1.2.3)

Bei der Prüfung der **Zuschussgewährung an freie Träger zur Förderung von Hilfeangeboten nach § 71 SGB XII (Altenhilfe)** im Bereich der Förderung von Altentagesstätten stellten wir fest, dass die Förderung im Wesentlichen rechtmäßig, zweckmäßig und wirtschaftlich erfolgte, jedoch noch erhebliche Optimierungspotenziale bzw. Fehlerrisiken in den Abläufen (insb. beim IKS) bestehen. (Tz. 4.1.2.4)



Mit Vertrag vom 15.03.1993 wurde der **Evangelische Verein für Wohnraumhilfe in Frankfurt am Main e. V.** beauftragt, eine **Zentrale Unterkunftsvermittlung (ZVU)** zu betreiben. Durch die seit 1993 verstrichene Zeit sowie der stark gewachsenen finanziellen Größenordnungen sind die vertraglichen Grundlagen für die Zusammenarbeit mit dem Verein veraltet. Einsichts- und Prüfrechte der Stadt bestehen nicht. Die Erfüllung der bislang vom Verein wahrgenommenen Aufgaben sollte konzeptionell auf eine neue Grundlage gestellt werden. Das zuständige Dezernat VIII – Soziales und Gesundheit – hatte nach unserem Bericht der Revision vom 08.02.2021 mit Überlegungen rechtlicher und organisationaler Art (insbesondere die Wahl der „richtigen" Organisationsform) begonnen. Wegen der angespannten Lage der vergangenen Jahre konnte eine Vorlage auskunftsgemäß bislang nicht abschließend bearbeitet werden. (Tz. 4.1.2.5)

Die „*Satzung der Stadt Frankfurt am Main über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von obdach- und wohnungslosen Personen*" (Beschluss der StVV § 4068 vom 23.05.2019, M 42 vom 22.03.2019) ist noch immer nicht öffentlich bekannt gemacht und findet damit keine Anwendung.

Der Betrieb von **Kassenautomaten in der Stadtbücherei** im bisherigen Umfang ist angesichts zunehmender elektronischer Zahlungen unwirtschaftlich. Ein Konzept, welche Zahlungsmöglichkeiten künftig in den einzelnen Bibliotheken angeboten werden, wurde noch nicht erarbeitet. Das für die Debitorenbuchhaltung eingesetzte Bibliotheksmanagement-System genügt weiterhin nicht den Anforderungen der Gemeindekassenverordnung und birgt wesentliche Risiken für das Forderungsmanagement. Die Stadtbücherei beabsichtigt mittelfristig eine Schnittstelle zum SAP-System einzurichten. (Tz. 4.1.2.6)

1.2 Zu Tz. 4.2 „Informations- und Kommunikationstechnik“

Aus den Prüfungen der Informations- und Kommunikationstechnik ist folgende Feststellung hervorzuheben: (Tz. 4.2.1)

Die eAkte ist grundlegende Voraussetzung zur Digitalisierung der Verwaltung. Mit MB Nr. 180 vom 12.02.2021 wurde festgelegt, dass als führendes eAkte-System das Produkt eGov-Suite der Firma Fabasoft Deutschland GmbH eingesetzt werden soll.

Im Jahr 2024 war die eGov-Suite in Teilen von 17 Ämtern im Einsatz. Die Ämter Amt für Informations- und Kommunikationstechnik, Stadtkämmerei, Stadtplanungsamt und Zoo Frankfurt führten im Jahr 2024 die eGov-Suite teilweise in Eigenregie ein. Zudem wurde die eGov-Suite in weiteren Organisationseinheiten der bereits nutzenden Ämter ausgerollt.

Das Revisionsamt empfiehlt, nach Realisierung der ämterübergreifenden E-Vorgangsbearbeitung, die beiden ausgewählten Prozesse „Allgemeine Bewertungsentscheidungen“ und „Rückzahlungen“ verpflichtend in der Stadtverwaltung umzusetzen. Neben einheitlichen Standards wird so die eGov-Suite flächendeckend in allen Ämtern der Stadtverwaltung eingeführt. Darauf aufbauend kann dann ein weiterer (ggf. begleiteter) Rollout in den Ämtern und Betrieben stattfinden. Weiterhin empfehlen wir dringend, stadtweit vorkommende Prozesse zu vereinheitlichen und über die eGov-Suite abzuwickeln. Der Generalaktenplan ist zu überarbeiten. Dieser ist zu verschlanken und in ihn sind weitere stadtweite Aktenplaneinträge aufzunehmen. Neben der Aktenplanstruktur sollten einheitliche Regelungen zur Akten- und Vorgangsbildung, zu Namenskonventionen, zur Aufbewahrungsfrist sowie zur Bewertungsentscheidung des Institutes für Stadtgeschichte für die Aktenplaneinträge des Generalaktenplans festgelegt werden. Auch dies erleichtert einen Rollout in der Stadtverwaltung.

1.3 Zu Tz. 4.3 „Bautechnisch-wirtschaftliche Prüfungen“

Bei den **bautechnisch-wirtschaftlichen Prüfungen** ergaben sich folgende hervorzuhebenden Feststellungen, über die wir in Tz. 4.3 berichten:

Anmeldungen zum Investitionsprogramm



Beim Bauvorhaben Kinderzentrum, Wiesenhüttenstraße 40, **KiZ 12**, Umbau und Erweiterung, wurde die **technische Ausstattung** wirtschaftlich geplant. Bei der Prüfung der Investitionsvorlage war zu erkennen, dass **das technisch Notwendige und nicht das technisch Machbare geplant** wurde. Dieser Ansatz ist begrüßenswert und wird zur Nachahmung empfohlen. (Tz. 4.3.2.3)



Die **Auslagerungsmaßnahme des KiZ 12 in die Villa Kleyer**, Wiesenhüttenstraße 33, halten wir für **unwirtschaftlich**. Der Wirtschaftlichkeitsnachweis gemäß GemHVO fehlt. Die geplante Nutzung widerspricht den städtischen Klimaschutzzielen. Es wurden nicht alle alternativen Standortmöglichkeiten untersucht. (Tz. 4.3.2.4)

Zum Zeitpunkt unserer Prüfung stand die Villa Kleyer mit den repräsentativen Räumlichkeiten seit zwei Jahren leer und ein Nutzungskonzept fehlte. Aufgrund der fehlenden Abgeschlossenheit der nicht für Auslagerungszwecke genutzten Flächen sind während der Zeit der Auslagerungsmaßnahme beträchtliche Mietausfälle zu erwarten.



Die **Veranschlagungsgrundsätze für die Aufnahme von Maßnahmen in das Investitionsprogramm** sehen vor, dass Finanzmittel für die Bauausführung **auf Basis von geprüften Kostenschätzungen**, versehen mit dem Vermerk des Revisionsamts, angemeldet werden. Kostenschätzungen wurden **bei den für den Doppelhaushalt 2024/2025 angemeldeten Hochbaumaßnahmen überwiegend nicht vorgelegt**. (Tz. 4.3.2.7)

Bei Haushaltsanmeldungen zum Investitionsprogramm wird aus zeitlichen Gründen häufig auf eine qualifizierte Kostenschätzung verzichtet. Das ist insofern nachvollziehbar, weil eine **qualifizierte Kostenschätzung als HOAI-Leistung** eine entsprechende Planungsleistung im Rahmen einer **Vorplanung erfordert**. Diese **kann nicht auf “Knopfdruck“ erstellt werden**. Deshalb wird alternativ auf sogenannte Grobkostenschätzungen zurückgegriffen. Diese sind zu ungenau. Es fehlen wesentliche Angaben aus der Vorplanungsphase. Die fehlenden Angaben sind Gründe für spätere Mehrkosten und Terminverzögerungen. Eine Neustrukturierung des Anmeldeprozesses zum Investitionshaushalt ist notwendig. (Tz. 4.3.2.7, Tz. 4.3.2.2)

Der **Sommerhoffpark**, Grünzug Westhafen, Gutleutstraße, soll eine zweite Zuwegung bekommen. Bislang ungeklärt ist, ob sich durch den Bau einer Brücke vom Mainuferradweg die Besucher- und Nutzerzahlen ändern werden. Es fehlt eine Simulation der Verkehrsströme. Aus Sicht des Revisionsamts ist die **Planung unwirtschaftlich**. Insbesondere der zackenförmige Trassenverlauf der Brücke wird die Kosten wesentlich erhöhen. (Tz. 4.3.2.5)



Das **KiZ 8**, Hartmann-Ibach-Straße 60, soll saniert und erweitert werden. Das **Gebäude** ist **für eine Nutzung als Kindertagesstätte eher ungeeignet** wegen seiner Struktur, der beim Bau verwendeten Materialien sowie seines kulturellen Wertes als Denkmal. Die angemeldeten Gesamtkosten von 5,221 Mio. € sind mit einem Kostenkennwert von ca. 11.975 €/m² Nutzfläche mehr als doppelt so hoch als bei einem Neubau vergleichbarer Größe. Daher ist die (Tz. 4.3.2.6)

Maßnahme **unwirtschaftlich**.

Eine wirtschaftlichere Durchführung der Maßnahme wurde mit der Entscheidung, die in einer Doppelhaushälfte in den Obergeschossen vorhandenen Flächen als Wohnungen zu vermieten, verhindert.



Die Entscheidungsabfolge beim **KiZ 8** zur anderweitigen Nutzung haben wir zum Anlass genommen, um erneut die Einrichtung eines **langfristig angelegten Liegenschafts- und Gebäudemanagements** zu empfehlen. **Damit sollen geeignete Gebäude oder Baugrundstücke**, z. B. für Schulen und Kinderzentren sowie mehrfach nutzbare Auslagerungsstätten, **frühzeitig gesichert, entwickelt und beplant werden können**. (Tz. 4.3.2.6)

Bauvorlagen (Vorprüfung)



Für die **Platzumgestaltung an der Dreikönigskirche** sind reine Baukosten von 3,7 Mio. € vorgesehen. Das entspricht einem **Kostenkennwert von rund 984 €/m² Platzfläche** im oberen Preissegment und ist aus unserer Sicht unwirtschaftlich**.** (Tz. 4.3.3.2)

Im Zusammenhang mit der Prüfung der Bau- und Finanzierungsvorlage des **KiZ 56**, Eckernförder Straße 56, hatten wir darauf hingewiesen, dass trotz Einhaltung der Flächenvorgaben des **Standard-Raumprogramms für fünfgruppige Kindertageseinrichtungen** noch **Optimierungspotenzial** vorhanden ist. Im Zuge von Haushaltsanmeldungen 2024/2025 hatten wir **mehrere sieben-gruppige Kindertageseinrichtungen geprüft**. Deren Programmflächen waren aufgrund des kompakten Planungsentwurfs mit 1.200 m² **lediglich um 85 m² größer** als die des fünfgruppigen KiZ 56. Wie der kompakte Entwurf der siebengruppigen Kindertageseinrichtung zeigt, ermöglicht es eine gut geplante Architektur, ohne Qualitätseinbußen bei der Kinderbetreuung, mit geringeren Flächen nach dem Standard-Raumprogramm auszukommen. **Aus wirtschaftlichen Gründen sollte es daher immer eines der Planungsziele eines städtischen Gebäudes sein, die zulässigen Programmflächen ohne Qualitätseinbußen bei der Kinderbetreuung noch zu optimieren.** (Tz. 4.3.3.3)



Bei der **Michael-Ende-Schule**, Niddagaustraße 29, hatten wir festgestellt, dass die geplante **elektrische Direktheizung der Containeranlage** den Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen und den Klimaschutzzielen der Stadt Frankfurt widerspricht. Ein **Wärmepumpensystem ist wirtschaftlicher und ökologischer**. (Tz. 4.3.3.4)

Wir hatten die Beschlussvorlage über den Neubau des Gymnasiums Römerhof zum Anlass genommen, erneut darauf hinzuweisen, dass der Magistrat mit der Beschlussfassung **der Bau- und Finanzierungsvorlage** der **damit eingereichten Planung zustimmt**. Bau- und Finanzierungsvorlage sowie Planung sind damit **verbindlich**. Für eine regelkonforme Bau- und Finanzierungsvorlage sind **aussagekräftige Planungen mit entsprechender Detailtiefe notwendig**. (Tz. 4.3.3.5)



Bei der Planung der Technischen Anlagen der **August-Gräser-Schule**, Gerolsteiner Straße 2, wurde eine **tageslichtabhängige Beleuchtungsregelung** geplant. Die **entspricht weder den "Planungsstandards für Schulen", noch den "Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen**". Deshalb hatten wir empfohlen, die städtischen Standards im Zuge der weiteren Planung umzusetzen und keine höheren Standards zu schaffen. (Tz. 4.3.3.6)



Bei der **August-Gräser-Schule** wurde die **Elektroplanung** vom ABI in **Eigenleistung** erbracht. Dadurch konnten **Planungshonorare von 47.300 € eingespart** werden. (Tz. 4.3.3.6)



Die Planung zur Grunderneuerung der **Trauerhalle Südfriedhof**, inkl. Nebengebäuden und Neubau Betriebshof, war aus unserer Sicht nicht zweckmäßig und nicht wirtschaftlich. Wir hatten empfohlen, den Standard der Planung unter strengen wirtschaftlichen Kriterien zu prüfen. (Tz. 4.3.3.7)



Gemäß dem **Aufgabengliederungsplan** der Stadt Frankfurt fällt die geplante **Sanierungsmaßnahme Braubachstraße Süd** in den Zuständigkeitsbereich des Amts für Straßenbau und Erschließung (ASE). Die **Verlagerung** von diesen und anderweitig geregelten Bauherrenaufgaben **auf die DomRömer GmbH fördert Parallelstrukturen** in der Stadtverwaltung. Im ASE liegen die für die Straßenbaumaßnahme notwendigen Erfahrungen uneingeschränkt vor. Synergieeffekte können wir bei dieser und anderen Baumaßnahmen nicht erkennen. (Tz. 4.3.3.8; siehe auch Tz. 4.3.6.3; Tz. 4.1.2.1)



Einen Antrag des Dezernats XII – Mobilität – auf Erhöhung der Budgetmittel um 3,8 Mio. € zur **Umrüstung der bestehenden Gasleuchten auf elektrische Straßenleuchten** haben wir befürwortet. Zur Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt Frankfurt und zur Reduzierung des CO_2-Ausstoßes ist ein **beschleunigter Austausch der Gasleuchten** eine wirkungsvolle Maßnahme. (Tz. 4.3.3.9)



Bei **Entwässerungsplanungen für temporäre Gebäude**, z. B. Gymnasium Süd und Michael-Ende-Schule, hatten wir auf die fehlende Wirtschaftlichkeit wegen des **unangemessen hohen Aufwands** bei vergleichsweise kurzen Standzeiten der Gebäude hingewiesen. Deshalb hatten wir eine nochmalige Abstimmung mit der Stadtentwässerung Frankfurt am Main (SEF) empfohlen, damit pragmatische und kostengünstige Lösungen gefunden werden. (Tz. 4.3.3.10, Tz. 4.3.3.4)

Auch ein **ökologischer Nutzen** von Retentionsmaßnahmen ist aufgrund der kurzen Gebäudestandzeit **kaum feststellbar**.



Die **SEF** hat den **Planungsprozess** für eine neue Schlammverbrennungsanlage **unterbrochen**, um als Alternative eine gemeinsame Verbrennungsanlage mit einem externen Anbieter untersuchen zu lassen. Die Gründe dafür sind für das Revisionsamt nicht nachvollziehbar. Bei längerer Unterbrechung eines komplexen Planungsprozesses besteht die **Gefahr, diesen aus verschiedenen Gründen nicht fortsetzen zu können**. Ggf. entstehen dadurch zusätzliche Kosten. (Tz. 4.3.3.11)

Mehrkostenvorlagen



Bei der **Gesamtsanierung** des **Kinderzentrums Rendeler Straße**, **KiZ 126,** konnte auf den Neubau einer Auslagerungsstätte verzichtet und eine bestehende im Günthersburgpark genutzt werden. Dadurch wurden Kosten eingespart. Diese hätten zur Kompensation der zu erwartenden Mehrkosten verwendet werden können. Die **Einsparungen wurden jedoch genutzt, um bereits festgelegte Qualitätsstandards zu erhöhen**. Beispielsweise wurde die Anzahl der ursprünglich geplanten, besonders kostenintensiven Waschtischlandschaften nachträglich erhöht. Diesbezügliche Prüfungshinweise wurden nicht beachtet. (Tz. 4.3.4.2)



Mit Gesamtkosten von 11,880 Mio. € haben wir den Neubau der siebengruppigen Kindertagesstätte **KiZ 37, In der Römerstadt**, als **außerordentlich kostspielig** bezeichnet. Die Ursachen dafür sind (Tz. 4.3.4.3)

vielfältig.

Wir hatten bereits in früheren Stellungnahmen detaillierte Vorschläge zu möglichen Kosteneinsparungen gemacht. Diese betrafen u. a. die Architektur, die Außenanlage und die technischen Anlagen. Ein Dissens über deren Realisierung konnte bisher nicht überwunden werden.



Die Prüfung einer **Mehrkostenvorlage** für den **Neubau einer Grundschule im Europaviertel** ergab, dass die Ursachen für Preissteigerungen zum überwiegenden Teil nicht auf die geopolitische Weltlage zurückzuführen waren. (Tz. 4.3.4.4)

Hauptgründe waren umfangreiche Änderungen der Planung im weiteren Projektverlauf und nach der Genehmigung der Finanzmittel. Unseres Erachtens hat die notwendige Planungsreife bei Vorlage der Bau- und Finanzierungsvorlage gefehlt. Zudem wurden vom Revisionsamt empfohlene Einsparmaßnahmen nicht vollständig umgesetzt und in einigen Fällen bereits zugesagte Einsparmöglichkeiten nicht genutzt. Das **Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitsprinzip** wurde **nicht im gebotenen Maß beachtet**.

Bauabrechnungen



Wir hatten die Prüfung der **Bauabrechnung KiZ 26, Feuerwehrstraße,** erneut zum Anlass genommen und **empfohlen, den Abrechnungsnachweis durch die Rechnungsführung des Stadtschulamts (Bauherrenamt) prüfen und abzeichnen zu lassen**. Der Abrechnungsnachweis gehört weiterhin zur Vollständigkeit einer Bauabrechnungsakte, entgegen anderslautender Einschätzungen. Insofern halten wir die Bestätigung des Bauherrenamts über die in SAP getätigten Zahlungsanweisungen und besonders die Abrechnungssumme für unbedingt notwendig, bevor ein Projekt final abgeschlossen werden kann. **Wir bemängeln diese Sachverhalte seit geraumer Zeit und können trotz aller Zusicherungen keine Verbesserung feststellen.** (Tz. 4.3.5.5)



Beim **KiZ 26, Feuerwehrstraße**, hatten wir erneut darauf hingewiesen, dass wir den **Einsatz von externen Projektsteuerern für die technische Gebäudeausstattung (TGA)**, die die Qualität der haustechnischen Anlagen sicherstellen sollen, als **nicht zweckmäßig** einstufen. Gegenüber den in den Leistungsverzeichnissen ausgeschriebenen Geräten wurden verschiedenen Änderungen ohne Zustimmung der Fachbauleitung und ohne Nachweis der Gleichwertigkeit vorgenommen. (Tz.4.3.5.5)

Sonstige Prüfungen

Das Dezernat XII – Mobilität – plant den **viergleisigen Ausbau der Straßenbahnhaltestelle Hauptbahnhof**, inklusive der Neuordnung des angrenzenden Straßenraums. Dazu besteht u. a. eine wechselseitige Abhängigkeit der Umsetzung des geplanten Fernbahntunnels. Ob die Umgestaltung des Vorplatzes, einschließlich der angestrebten Neuordnung, zeitlich sinnvoll vor dem Bau des Fernbahntunnels erfolgen sollte, kann das Revisionsamt nicht beurteilen. (Tz. 4.3.6.2)

Es wurde jedoch **empfohlen**, im Anschluss an die Freigabe der Planungsmittel, umgehend die **jeweiligen Planungsanteile voneinander abzugrenzen und Planungs- und Kostenvereinbarun-**

gen mit den Beteiligten **herbeizuführen**.



Mit der **Neugestaltung des Domplatzes** wurde die **DomRömer GmbH** beauftragt. Zuvor war von der DomRömer ein **Realisierungswettbewerb** durchgeführt worden. Entgegen den städtischen Vorschriften wurde jedoch **keine Kostenobergrenze** vereinbart. (Tz. 4.3.6.3; siehe auch Tz. 4.3.3.8; Tz. 4.1.2.1)

Gemäß dem **Aufgabengliederungsplan** der Stadt Frankfurt am Main obliegt die Bewirtschaftung der bebauten Grundstücke und die Vermietung dem Amt für Bau und Immobilien. Die städtischen Interessen wären auch über ein Amt zu vertreten. Die Erweiterung der **Betrauung fördert** somit den **Aufbau bzw. Erhalt von Parallelstrukturen**. Die Wirtschaftlichkeit ist im vorliegenden Fall aufgrund des hohen Zuschussbedarfs kritisch zu betrachten. Bereits zuvor hatten wir die Auffassung vertreten, dass die Projektleitung durch das Stadtplanungsamt hätte erfolgen sollen.



Wir haben die **Nachrüstung von dezentralen raumlufttechnischen Geräten (RLT-Geräten)** in der **Judith-Kern-Schule**, Riedberg, geprüft. Die Nachrüstung hätte bereits in die Planung der Gebäudeerweiterung im Jahr 2019 vor der Bau- und Finanzierungsvorlage integriert werden können. (Tz. 4.3.6.5)

Anlass der Nachrüstung der RLT-Geräte war der mangelnde Luftaustausch, der in einigen Referenzräumen gemessen wurde. Der **gewünschte Effekt und die gewünschte Verbesserung konnten jedoch bei Messungen des Gesundheitsamts im Juli 2022 nicht festgestellt werden**. Im Anschluss an die Messungen hat das Stadtgesundheitsamt dem ABI Empfehlungen zur Verbesserung an die Hand gegeben. Deren Umsetzung ist nach unserem Kenntnisstand bis heute nicht erfolgt.

Den NaSt 06/2024 war zu entnehmen, dass 1.029 "**Luftfiltergeräte" vom Stadtschulamt für dienstliche Zwecke stadtintern kostenfrei abzugeben** sind. Es handelt sich um etwa **zwei Jahre alte RLT-Geräte in gutem Zustand**. (Tz. 4.3.6.5)

Der Anschaffungswert dieser Geräte liegt bei etwa 2,5 Mio. €. Sofern keine stadtinterne Verwendung gefunden wird, ist anschließend beabsichtigt, die Geräte an die bundeseigene Verwertungsgesellschaft VEBEG abzugeben. Wir **halten den Vorgang für klärungsbedürftig**, mit dem Ziel einer ordnungsgemäßen Weiterverwendung, Bereitstellung bzw. Bevorratung und einer entsprechenden Bilanzierung.

1.4 Zu Tz. 4.4 „Überörtliche Prüfung Kommunaler Körperschaften“

In Tz. 4.4.2 gehen wir auf die Feststellungen von allgemeiner Bedeutung im **Kommunalbericht 2024** der Überörtlichen Prüfung ein.

In Tz. 4.4.3 nehmen wir einzelne **Feststellungen** von allgemeiner Bedeutung **der Kommunalberichte 2022 und 2023** auf.

In Tz. 4.4.4 geben wir einen **Überblick über die Vergleichenden Prüfungen** des Hessischen Rechnungshofs der letzten zehn Jahre **mit Bezug zur Stadt** Frankfurt am Main.

1.5 Zu Tz. 5 „Beteiligungsmanagement und wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt am Main“

Aus diesem Aufgabenbereich sind folgende Feststellungen hervorzuheben:

In der Stadt Frankfurt fehlt es nach wie vor an einer gesamtstädtischen **Beteiligungsstrategie** sowie einem **systematischen, strategischen Beteiligungscontrolling**, das sich an langfristigen und nachhaltigen Beteiligungszielen und Erwartungen an die Beteiligungsgesellschaften orientiert. (Tz. 5.1.2)

Wir empfehlen, strategische Zielvorgaben für die Beteiligungen zu erstellen.

Die Regelungen und Handlungsanweisungen des **Public Corporate Governance Kodex** (PCGK) der Stadt gelten für unmittelbare und mittelbare Mehrheitsbeteiligungen (mehr als 50 %). (Tz. 5.2.1)

Nach wie vor bleibt festzustellen, dass die Mehrheitsbeteiligung **Messe Frankfurt GmbH** (60 %) und ihre Beteiligungen weder den PCGK noch eine andere Richtlinie, z. B. die „Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Landes Hessen“ (Landeskodex[2]), eingeführt haben. **Bei einem Unternehmen dieser Größenordnung und weltweiten Bedeutung sehen wir hier dringenden Handlungsbedarf.**

[2] Public Corporate Governance Kodex | finanzen. hessen.de.

1.6 Zu Tz. 6 „Eigenbetriebe“ und Tz. 7 „städtische Beteiligungsgesellschaften“

Aus diesem Aufgabenbereich sind folgende Feststellungen hervorzuheben:

Für **fünf der sechs** Eigenbetriebe konnte der **Jahresabschluss 2023** durch die StVV (teilweise jedoch nur durch ein Eilt-Schreiben durch das jeweilige Fachdezernat) **fristgemäß beschlossen** werden. (Tz. 6.3)



Beim **Eigenbetrieb Städtische Kliniken** ist die Stadt den Anforderungen des § 27 Abs. 3 Satz 2 und 3 sowie Abs. 4 EigBGes hinsichtlich der Feststellung innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Wirtschaftsjahres und der Offenlegung für alle Jahresabschlüsse seit 2020 nicht nachgekommen.

Grundsätzlich müssen wir feststellen, dass der **Prozess** der termingerechten Beschlussfassung durch die StVV noch **verbesserungswürdig** ist.

Wir empfehlen, dass das Dezernat VI entweder dem Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main explizit eine Kontrollfunktion im Rahmen dessen Betreuungsaufgabe der Eigenbetriebe zuweist oder alternativ eine Vereinbarung mit dem Hauptamt getroffen wird.

1.7 Zu Tz. 8 „Öffentlich milde Stiftungen“

Aus diesem Aufgabenbereich sind folgende Feststellungen hervorzuheben:



Die **seit dem Jahr 1999 empfohlene Novellierung der „Allgemeine Stiftungsordnung“** (Ortssatzung) ist bis zum Abschluss der Erstellung des Schlussberichts noch nicht erfolgt. Eine **Aktualisierung**/Neufassung der Ortssatzung ist aus unserer Sicht **weiterhin dringend geboten**. (Tz. 8.2)



Mit der Prüfung der Jahresabschlüsse 2021 ff. der Stiftung Allgemeiner Almosenkasten wurde noch nicht begonnen. Ansonsten erfolgte die Prüfung und Entlastung der **öffentlichen milden Stiftungen** ordnungsgemäß. (Tz. 8.3)

2 Inhalt und Umfang dieses Schlussberichts

Inhalt und Umfang dieses Schlussberichts (Schlussberichte 2023 – Teil IV) spiegeln den umfassenden Prüfungsauftrag des Revisionsamts wider. Die **Prüfungsgrundlagen** sind in Tz. 3 genannt.

In Tz. 4 berichten wir über unsere **unterjährige Prüfungstätigkeit in der Kernverwaltung von wesentlicher Bedeutung**.

Zur besseren Übersicht und Umsetzung der Prüfungsbemerkungen sind die Einzelfeststellungen wie folgt gegliedert und zusammengefasst:

- **Haushalts- und Verwaltungsprüfungen** in Tz. 4.1 nach PG
- **Informations- und Kommunikations-Technik** in Tz. 4.2 nach PG
- **bautechnisch-wirtschaftliche Prüfungen** in Tz. 4.3 – soweit dies sinnvoll und möglich erscheint – nach Sachthemen

Die Tz. 5 bis 8 enthalten Feststellungen – soweit geboten –

- zum **Beteiligungsmanagement** und der **wirtschaftlichen Betätigung** der Stadt Frankfurt am Main (Tz. 5) sowie
- zu **städtischen und stadtnahen Aufgabenträgern:**
  - **Eigenbetriebe** (Tz. 6),
  - juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts (**Gesellschaften, Verbände und Vereine**), an denen die Stadt Frankfurt am Main beteiligt ist oder die aus städtischen Mitteln Zuwendungen erhalten (Tz. 7),
  - **öffentliche milde Stiftungen** (Tz. 8).

Die Jahresabschlüsse dieser Aufgabenträger sowie unsere Feststellungen aus Prüfungen bei diesen Aufgabenträgern sind **nicht** Bestandteil der Beschlussfassung und Entlastungserteilung nach § 114 HGO.

3 Prüfungsgrundlagen

Zu den **gesetzlichen Pflichtaufgaben des Revisionsamtes gehören**:

1. die Prüfung des Jahresabschlusses,

2. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses,

3. die dauernde Überwachung der Kassen der Gemeinde und der Eigenbetriebe einschließlich der Sonderkassen sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen mit der Maßgabe, dass mit den Kassenprüfungen der Zahlstellen mit geringem Umsatz auch andere dafür geeignete Stellen der Gemeindeverwaltung beauftragt werden dürfen.[3]

Hierbei ist vom Revisionsamt zu prüfen, ob zweckmäßig und wirtschaftlich verfahren wird; dabei hat es auch die Feststellungen der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften (ÜPKK) in Hessen zu berücksichtigen.[4]

Das Revisionsamt unterstützt die ÜPKK auch zur Vorbereitung von Prüfungsempfehlungen. Ferner obliegen dem Revisionsamt Prüfungen aufgrund weiterer gesetzlicher Verpflichtungen, dazu zählt z. B. die Prüfung und Bestätigung von Verwendungsnachweisen von Drittmitteln.

Zudem hat der Magistrat dem Revisionsamt diese Aufgaben übertragen:[5]

1. Prüfung der Vorräte und Vermögensbestände,

2. Prüfung von Auftragsvergaben,

3. Prüfung der Verwaltung auf Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit,

4. Prüfung der Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe,

5. Prüfung der Betätigung der Stadt bei Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Stadt beteiligt ist (sog. „Betätigungsprüfung“),

6. Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, die sich die Stadt bei einer Beteiligung, bei der Hingabe eines Kredits oder sonst vorbehalten hat.

---

[3] Vgl. § 131 Abs. 1 Satz 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Februar 2023 (GVBl. S. 90, 93) i. V. m. § 7 Revisionsordnung der Stadt Frankfurt am Main – Magistratsbeschluss Nr. 818 vom 7. September 2018 (RevO).

[4] Vgl. § 131 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 4 HGO i. V. m. § 6 Abs. 3 Satz 1 Gesetz zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen (ÜPKKG) vom 22. Dezember 1993 (GVBl. I S. 708), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Mai 2020 (GVBl. S. 318).

[5] Vgl. § 8 Abs. 1 RevO i. V. m. § 131 Abs. 2 Nr. 1 sowie Nr. 3 bis 7 HGO.

Der Magistrat hat dem Revisionsamt **in der Revisionsordnung weitere Aufgaben** zugeordnet, insbesondere:[6]

1. Bautechnisch-wirtschaftliche Prüfungen in den verschiedenen Abschnitten einer investiven oder konsumtiven Baumaßnahme und der Errichtung einer technischen Anlage (Kostenschätzung und -berechnung, Mehrkostenvorlage, Abrechnung der Maßnahme); dies gilt sinngemäß auch für Eigenbetriebe hinsichtlich zustimmungspflichtiger Maßnahmen der Betriebskommissionen,

2. Prüfung der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) in der Kernverwaltung zur Einhaltung der GoBD[7], des Datenschutzes, des Onlinezugangsgesetzes sowie der IT-Sicherheit und der städtischen Regelungen zur Beschaffung, Einführung und dem Betrieb von IT-Systemen,

3. Prüfung von Beschlussvorlagen und Abgabe von erforderlichen Stellungnahmen an den Magistrat, wenn diese gemäß AGA II, Abschnitt 2.5, erforderlich sind oder dem Revisionsamt angezeigt erscheinen,

4. Begleitende Prüfung bei Einführung oder Neugestaltung von städtischen Regelungen grundsätzlicher Art, insbesondere aus dem Bereich des Haushalts-, Rechnungs- und Kassenwesens,

5. Jahresabschlussprüfungen, zu denen sich die Stadt durch öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Vereinbarungen bei Dritten verpflichtet hat.

[6] Vgl. § 8 Abs. 2 bis 6 RevO.

[7] Verbindliche Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums der Finanzen: Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD).

4 Feststellungen aus unterjährigen Prüfungen der Kernverwaltung

Im Folgenden werden Prüfungserkenntnisse dargestellt, soweit diese von wesentlicher oder grundsätzlicher Bedeutung sind oder Beispielcharakter haben. Diese Erkenntnisse waren in der Regel bereits Gegenstand von Berichten der Revision an die zuständigen Ämter bzw. im technischen Bereich von Stellungnahmen zu Beschlussvorlagen oder von Prüfungsberichten zu Bauabrechnungen. Mit der Erwähnung im Schlussbericht folgt das Revisionsamt seiner Berichtspflicht. Dabei können Einzelfeststellungen auch auf allgemeine, übergreifende Probleme und Lösungen hinweisen und insoweit auch für nicht geprüfte Bereiche maßgeblich sein.

4.1 Haushalts- und Verwaltungsprüfungen

4.1.1 Feststellungen, die das Haushaltsjahr 2023 betreffen oder Prüfungen, die im Kalenderjahr 2023 durchgeführt wurden

4.1.1.1 PG 10.04 Gleichberechtigung für Bürgerinnen (Frauenreferat) – Zuwendungswesen

Die Bearbeitung im Zuwendungswesen des Frauenreferats ist systematisch organisiert. Bei der Antragsprüfung erfolgte keine Prüfung und Dokumentation zur Förderung durch andere städtische Stellen und deren Beteiligung sowie zur beihilferechtlichen Beurteilung. Als Nachweis der zweckentsprechenden Mittelverwendung empfahlen wir, Originalbelege bzw. Kopien zumindest in Stichproben zu prüfen. Bei der Bearbeitung von Rückforderungen bestehen Verbesserungsbedarfe.
Problematisch ist die Gewährung von Zuwendungen für nicht begonnene Projektförderungen während einer vorläufigen Haushaltsführung. Die einzige ausreichend rechtssichere Handhabung ist eine zeitgerechte Inkraftsetzung des Haushaltsplans.

Gegenstand der Prüfung war das Zuwendungswesen im Frauenreferat.

Prüfungsziel war festzustellen, ob die Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Gewährung und Bearbeitung von Zuwendungen gewährleistet ist. Weiteres Ziel war die Feststellung, ob ein IKS im Bereich Zuwendungswesen etabliert ist. Insbesondere sollte festgestellt werden, ob

- die bestehenden Richtlinien der Stadt Frankfurt a. M. eingehalten,
- Maßnahmen zur Verhinderung von Doppelförderung getroffen,
- die Beihilfekonformität geprüft,
- Rückforderungsansprüche ordnungsgemäß umgesetzt und
- eine Evaluation von Zielen und deren Erreichung vorgenommen wurden**.**

Unsere Prüfung ergab folgende **Feststellungen:**

Die **Bearbeitung** des Zuwendungswesens ist durch interne Vordrucke und Checklisten systematisch organisiert.

Bei der **Antragsprüfung** erfolgte keine Prüfung und Dokumentation zur Förderung durch andere städtische Stellen und deren Beteiligung sowie zur beihilferechtlichen

Beurteilung. Das Frauenreferat fragt Zuwendungen anderer Zuwendungsgebender bei den Zuwendungsempfangenden ab. Die Mindestanforderung zur Vermeidung einer unzulässigen Mehrfachförderung wird dadurch erfüllt. Es erfolgte jedoch keine regelmäßige Abstimmung mit anderen Zuwendungsgebenden. Wir empfahlen, sich die Bewilligungen von Fördermitteln anderer Zuwendungsgebender immer in Kopie vorlegen zu lassen. Angabegemäß erfolgt dies inzwischen. Das Frauenreferat arbeitet weiter an der Optimierung des Prozesses der Antragsprüfung hinsichtlich stadtinterner Abstimmung und beihilferechtlicher Prüfung.

Das Frauenreferat zeigt in der Antrags- und Verwendungsnachweisprüfung Ansätze zur **Erfolgskontrolle**. Jedoch wurden weder durch Förderrichtlinien noch in den Bewilligungsbescheiden messbare Ziele verbindlich vorgegeben. Wir empfahlen zur Steuerung und Erfolgskontrolle der einzelnen Projekte, Festlegungen zu messbaren Zielen und Kennzahlen in den Bescheiden zu treffen. Dabei sollte auch eine Bewertung der Wirtschaftlichkeit der Projekte erfolgen.

In den **Bewilligungsbescheiden** sind alle Angaben entsprechend der AZuwRL aufzunehmen. Wir empfahlen die Überarbeitung der Bescheide entsprechend der vom Rechtsamt geprüften Muster der Stadtkämmerei. Die Finanzierungsart (Fehlbedarfsfinanzierung) ist künftig in den Bewilligungsbescheiden korrekt zu benennen. Dies wurde umgesetzt.

Während der **vorläufigen Haushaltsführung** dürfen nur finanzielle Leistungen erbracht werden, zu denen die Stadt rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Die Stadtkämmerei hat klargestellt, dass dadurch Auszahlungen für nicht begonnene Projektförderungen nicht zulässig sind. Alle Förderungen des Frauenreferats wurden im Jahr 2021 als Projektförderung vergeben. Somit lagen in allen Fällen der Auszahlung bis zum 28.05.2021 Verstöße gegen die Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung vor. Den Problemen aus der vorläufigen Haushaltsführung kann auf der ausführenden Verwaltungsseite in vielen Förderfällen nicht rechtskonform begegnet werden. Die einzig rechtssichere Handhabung ist eine zeitgerechte Inkraftsetzung des Haushaltsplans. Wir verweisen diesbezüglich auch auf Tz. 6.1.6 im Teil I der Schlussberichte 2023.

Die Prüfung der **Verwendungsnachweise** war nicht immer zügig nach Eingang der Unterlagen erfolgt. Nach Angabe des Frauenreferats wurden Rückstände aufgearbeitet. Zudem wird die zeitnahe Anforderung überfälliger Verwendungsnachweise sichergestellt. Wir halten eine Prüfung der Verwendungsnachweise unter Einbeziehung von Belegen für notwendig. Fallbezogen ist darauf zu achten, dass weitere Angaben zu Kostenzuordnungen zu einzelnen Projekten, z. B. durch eine Kostenträgerrechnung, vorgelegt werden. Als Nachweis der zweckentsprechenden Mittelverwendung empfahlen wir, Originalbelege bzw. Kopien zumindest in Stichproben zu prüfen.

Bei der **Bearbeitung von Rückforderungen** bestehen Verbesserungsbedarfe. Für die erforderliche Abstimmung mit anderen Zuwendungsgebenden ist ein abgestimmter, verbindlicher Prozess zu etablieren. Inhalt solcher Abstimmungen sind zum Beispiel die Vorlage von Bewilligungsbescheiden, die Berechnung von Erstattungs- und Zinsbeträgen und die korrekte verwaltungsrechtliche Umsetzung von Rückforderungen.

Interne Kontrollen werden durch ein Vier-Augen-Prinzip bei Antrags- und Verwendungsnachweisprüfung sowie Bewilligung und Zahlungsanordnung sichergestellt.

4.1.1.2 PG 11.04 Ordnung und Sicherheit (Ordnungsamt) – Controlling, IKS, Dienst- und Fachaufsicht Veterinärwesen

Das Veterinärwesen verfügt über ein angemessenes Internes Kontrollsystem zur Risikominimierung. Die Vorgaben der Amtsleitung zum Vorgangskontrollsystem sind durch zeitgerechte und zufällige Kontrollen konsequenter umsetzen. Auf eine regelmäßige Rotation des Personals ist zu achten.

Die gesetzlich vorgegebene Anzahl von Lebensmittel- und Hygienekontrollen wird nicht erfüllt. Die Prüfmengen können mit der vorhandenen Stellenausstattung nicht erreicht werden. Der Personalbedarf sollte sachgerecht ermittelt und eine Neuausrichtung der finanziellen Rahmenbedingungen vorgenommen werden.

Prüfungsgegenstand war die Ausgestaltung der Geschäftsabläufe hinsichtlich Controlling, Internem Kontrollsystem sowie der Dienst- und Fachaufsicht im Bereich des Veterinärwesens des Ordnungsamts.

Ziel der Prüfung war, das Umfeld der Abteilung Veterinärwesen (32.6) zu analysieren und davon ausgehend mögliche Risiken zu identifizieren. Es sollte festgestellt werden, ob Geschäftsabläufe geregelt sind, nachvollziehbare Dokumentationen vorliegen sowie Steuerungsmechanismen greifen. Zudem wurde geprüft, ob die Prozesse und das IKS angemessen ausgestaltet und dokumentiert sind.

Unsere Prüfung ergab, dass im Veterinärwesen ein **Internes Kontrollsystem** mit geeigneten Maßnahmen besteht. Dieses basiert auf landesweiten Vorgaben zu einem Qualitätsmanagement sowie auf internen Regelungen. Diese tragen zu einer angemessenen Minimierung des Fehlerrisikos bei.

Die Umsetzung des **Vorgangskontrollsystems** (VKS) entsprach teilweise nicht der Verfügung der Amtsleitung. Auf eine zeitgerechte Durchführung von Vorgangskontrollen im vorgeschriebenen Umfang und nach zufälliger Auswahl ist zu achten. Die Prüfungsergebnisse sind zu evaluieren und ggf. erforderliche Maßnahmen zu dokumentieren. Eine DV-gestützte zufällige Auswahl von Fällen über die eingesetzte Bearbeitungssoftware sollte geprüft werden. Die Kontrolldichte ist aktuell angemessen, sollte aber bei weiter steigenden Fallzahlen angepasst werden.

In der Lebensmittel- und Hygieneüberwachung sollte die **Rotation der Kontrollpersonen** in einem Vermerk dokumentiert und erläutert werden. Langfristig ist auf eine regelmäßige Rotation zu achten.

Das Ordnungsamt sicherte die zukünftige Einhaltung der Vorgaben zu VKS und Rotation sowie deren Dokumentation zu.

In der Lebensmittel- und Hygieneüberwachung entsprechen die **Plankontrollen und -proben** im Gegensatz zu den Bereichen Tierschutz und Tierseuchen nicht dem gesetzlich gebotenen Umfang. Im Jahr 2023 wurden nur 49,4 % der Plankontrollen und 32,7 % der Planproben durchgeführt. Nicht ausreichend durchgeführte Kontrollen und Proben bergen – insbesondere bei Eintritt eines Schadensfalles – ein Reputationsrisiko und ggf. ein rechtliches Risiko.

Die **Kennzahlen** zu den Lebensmittelkontrollen aus der Vergleichsstatistik des HMLU weisen auf einen zusätzlichen Personalbedarf für die Erfüllung der Plankontrollen hin. Wir empfahlen, den Personalbedarf anhand eines Aufgabenkatalogs und des zeitlichen Umfangs einzelner Kontrollen zu ermitteln.

Die **Finanzierung** des Veterinärwesens erfolgt aus Kostenerstattungen des Landes, Verwaltungsgebühren sowie Buß- und Zwangsgeldern. Das Profitcenter weist regelmäßig Defizite aus. Die Kostenerstattung des Landes ist seit 2014 unverändert, obwohl seitdem deutliche Lohn- und Preissteigerungen, geänderte Anforderungen im Bereich Verbraucher- und Tierschutz sowie Zunahmen des Kontrollumfangs eingetreten sind. Die Stadt Frankfurt am Main kann die Ertragssituation nur eingeschränkt beeinflussen. Das Kommunalisierungsgesetz regelt die Kostenerstattung des Landes. Es ist bis zum 31.12.2025 befristet. Dies bietet für den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main die Chance auf eine sachgerechte und angemessene finanzielle Ausgestaltung des künftigen Gesetzes rechtzeitig Einfluss (z. B. auch über den Städtetag) zu nehmen.Nach § 3 Abs. 1 AVV RÜb sind die zuständigen Behörden dafür verantwortlich, dass qualifiziertes Personal in ausreichender Zahl zur Verfügung steht. Die im **Stellenplan** 2024/2025 beantragten elf Stellen wurden im Haushalt nicht berücksichtigt. Selbst wenn im Haushaltsplan 2026 zusätzliche Stellen bereitgestellt würden, wäre eine Verbesserung von Quantität und Qualität im Bereich Lebensmittelkontrolle frühestens ab 2028/2029 zu erwarten, da die Qualifizierung des Personals entsprechenden Vorlauf benötigt.

Der Prozess zur elektronischen Weitergabe von abrechnungsrelevanten Informationen zu **Kosten- und Bußgeldbescheiden** entspricht nicht den Vorgaben eines automatisierten Vorverfahrens zur Abrechnung. Insofern weicht das Verfahren von § 11 Abs. 1 GemKVO und § 33 Abs. 5 GemHVO i. V. m. den GoBD ab. Es ist eine schriftliche Verfahrensdokumentation zu erstellen. Die Prozesse wurden nach Angabe des Ordnungsamts zunächst wieder rechtskonform analog gestaltet. Eine Möglichkeit zur Sicherstellung einer rechtskonformen Digitalisierung des Prozesses könnte die Nutzung eines revisionssicheren eAkte-Verfahrens sein. Dies wird durch das Veterinärwesen grundsätzlich angestrebt.

4.1.1.3 PG 12.01–12.03 Brandschutz und Rettungsdienst (Branddirektion) – Umsetzung Vertragsmanagement

Bei der Branddirektion besteht ein weitgehend zentrales Vertragsmanagement unter Nutzung der Software Spider Contract. Es erfüllt die Kriterien einer ordnungsgemäßen, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Vertragsverwaltung. Die Beschreibung und Dokumentation des Prozesses zur Vertragsverwaltung sind noch abzuschließen. Die Nutzung der Vertragsdaten zur Meldung der „Sonstigen finanziellen Verpflichtungen“ im Jahresabschluss wurde mittlerweile umgesetzt.

Prüfungsgegenstand war das bei der Branddirektion eingerichtete Vertragsmanagement.

Ziel der Prüfung war festzustellen, ob

- ein strukturiertes Vertragsmanagement eingerichtet wurde,
- organisatorische Vorgaben zu Zuständigkeiten und Wiedervorlage getroffen wurden,
- ein Fristenmanagement betrieben wird,
- eine Überwachung durch Vorgesetzte erfolgt,
- das Vertragsmanagement für den Meldeprozess zur Aufstellung des Jahresabschlusses verwendet wird.

Unsere Prüfung ergab, dass bei der Branddirektion ein weitgehend zentrales Vertragsmanagement besteht. Es erfüllt die Kriterien einer ordnungsgemäßen, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Vertragsverwaltung.

Die Amtsleitung hat mit Datum vom 27.10.2021 eine Verfügung zur Bearbeitung von Vertragsangelegenheiten unter Nutzung der Vertragsmanagement-Software Spider Contract erlassen. Die vollständige Beschreibung und Dokumentation des Prozesses zur Vertragsverwaltung sind noch abzuschließen.

Die erfolgte organisatorische Änderung in der Vertragsverwaltung wurde uns nachvollziehbar begründet. Wir empfahlen, die Zuständigkeiten bzw. Arbeitsabläufe in der Verfügung zum Vertragsmanagement noch abzubilden. Im Bereich Personal verwaltete Verträge werden weiterhin nicht in der Vertragsmanagement-Software erfasst.

Die Software Spider Contract bietet als browserbasierte Datenbankanwendung einen geordneten Überblick über alle vertrags- und finanzrelevanten Daten, Fristen sowie Dokumente von Verträgen. Die Erfassung der Verträge erfolgt durch unterschiedliche Organisationseinheiten nach zentralen Vorgaben. Sie gewährleistet die schnelle Auffindbarkeit der Verträge.

Durch die Verfügung zur Bearbeitung von Vertragsangelegenheiten und Nutzung der Vertragsmanagement-Software ist eine Regelung zur Führung der Wiedervorlage entsprechend AGA I – Abschnitt 4.4.11 getroffen worden. Ein Archivierungs- und Löschkonzept soll angabegemäß nach Abstimmung mit der Herstellerfirma noch eingeführt werden.

Es sind angemessene interne Kontrollen im Vertragsmanagement implementiert.

Zu den Meldungen der „Sonstigen finanziellen Verpflichtungen“ hatten wir für den Jahresabschluss 2022 zwei Versäumnisse festgestellt. Wir hatten empfohlen, dabei die Daten aus der Vertragsmanagement-Software zu nutzen, um den Meldeprozess zum Jahresabschluss zu optimieren. Im Jahresabschluss 2023 wurde auf die Nutzung der vorliegenden Daten zur vollständigen Erklärung geachtet.

Die stichprobenhafte Überprüfung von Verträgen führte hinsichtlich Auffindbarkeit, Fristenmanagement bzw. Wiedervorlagen zu keinen Beanstandungen.

4.1.1.4 PG 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes (Jugend- u. Sozialamt) – Prüfung des bestehenden Geschäftsprozesses der stationären Hilfen zur Erziehung gem. § 27 i. V. m. § 34 oder § 33 Achtes Sozialgesetzbuch (SGB VIII)

Bei den Geschäftsprozessen der stationären Hilfe zur Erziehung gem. § 27 i. V. m. § 34 (Heimerziehung) oder § 33 SGB VIII (Vollzeitpflege) bestehen Ergebnisverbesserungs- und Optimierungspotentiale. Zudem existieren Fehler- bzw. Kostenrisiken und damit Verbesserungspotentiale in der allgemeinen Prozessgestaltung, dem Ausbau des IKS sowie der IT-Unterstützung (baldige Einführung der eAkte, Teilnahme am elektronischen Antragsverfahren).

Prüfungsgegenstand war der Prozess der Gewährung stationärer Hilfen zur Erziehung gem. § 27 i. V. m. § 34 oder § 33 SGB VIII. Im Haushaltsjahr 2022 führte dieser zu Aufwendungen für Heimerziehung von rund 37,9 Mio. € und für Vollzeitpflege von rund 5,4 Mio. €. Es wurden zwei Aktentandems beispielhaft geprüft.

Ziel der Prüfung war festzustellen, ob die Ausführung des vorhandenen Geschäftsprozesses den zu beachtenden Vorschriften gerecht wird.

Unsere Prüfung ergab folgendes Ergebnisverbesserungs- und Optimierungspotential:

Die monatlichen Kosten für Heimerziehung waren mehr als viermal so hoch wie für Vollzeitpflege. Hier ergäbe sich ein jährliches Ergebnisverbesserungspotential von 6,79 Mio. €, sofern alle jungen Menschen (JM) unter 10 Jahren nicht in Heimen, sondern in einer Vollzeitpflege untergebracht würden. Daher empfahlen wir, das vorhandene Platzangebot zur Unterbringung JM in Vollzeitpflege stetig zu erweitern. Weiterhin empfahlen wir, im Rahmen der regelhaft halbjährlichen Überprüfung laufender Hilfen zur Erziehung auch mögliche Maßnahmen zur Änderung der Ausgestaltung von Heimerziehung zu Vollzeitpflege zu ergreifen.

Mit dem Jugend- und Sozialamt (JSA) konnte hierzu keine Übereinstimmung erzielt werden. Nach Auskunft des JSA würde die Ausgestaltung der Hilfe zur Erziehung in einem zeit- und personalaufwendigen Verfahren entschieden. Die bewilligte passgenaue Hilfe im Einzelfall sei nach Ansicht des JSA in jeder Hinsicht die beste und günstigste. Sie bedürfe in der Ausgestaltung keiner regelmäßigen Überprüfung. Dem gegenüber stehen die Rückmeldungen der Mitarbeitenden hinsichtlich fehlender Zeit für eine umfassende sozialpädagogische Diagnostik.

Der Argumentation des JSA kann nicht gefolgt werden. § 34 SGB VIII sieht neben der vorrangigen Prüfung der Rückführung in die Herkunftsfamilie (Nr. 1) auch die Prüfung der Erziehung in einer anderen Familie (Nr. 2) vor. Insofern ist eine derartige Prüfung verpflichtend zu integrieren.

Ferner stellten wir fest, dass der Geschäftsprozess in folgenden Bereichen noch der Optimierung bedarf:

- Eine transparente Darstellung des gesamten Geschäftsprozesses fehlte.

  Wir halten es für erforderlich, ein Ablaufschema inklusive notwendiger Formulare allen Prozessbeteiligten zur Verfügung zu stellen, um auszuschließen, dass aufgrund von Unkenntnis über den Bearbeitungsstand falsche Entscheidungen getroffen werden sowie durch unnötige Mehrarbeit vermeidbare Kosten entstehen.

Ein solches Ablaufschema wird durch das JSA erstellt und im Fachportal veröffentlicht.

- Die Prüfung der **sachlichen Zuständigkeit** wurde nicht dokumentiert. Um das hieraus resultierende Kostenrisiko zu minimieren, halten wir eine kurzfristige Regelung für erforderlich. Außerdem empfahlen wir, unter die Prüfung der sachlichen Zuständigkeit auch die Abklärung und Ausschöpfung möglicher vorrangiger Leistungen nach § 10 Abs. 4 SGB VIII zu fassen.

  Das JSA sagte zu, für die Dokumentation der sachlichen Zuständigkeitsprüfung eine geeignete Lösung zu finden und die Abklärung und Ausschöpfung möglicher vorrangiger Leistungen nach § 10 Abs. 4 SGB VIII zu inkludieren.

- Die **Feststellung des Kostenträgers** wurde nicht dokumentiert und barg ein unkalkulierbares Kostenrisiko. Wir empfahlen die Erstellung eines revisionssicheren Formulars, in dem die Feststellung der örtlichen Zuständigkeit und die daraus resultierende Feststellung des Kostenträgers in einer Aktenverfügung zusammengefasst werden.

  Das JSA wird die Dokumentation im Prozess implementieren.

- Kostenbeiträge sind erst ab **Zustellung der Mitteilung über den Kostenbeitrag** zu fordern. Problematisch hierbei sind zeitliche Verzögerungen in der Informationsweitergabe über die Einleitung einer stationären Hilfe zur Erziehung. Die Versendung der Mitteilungen über den Kostenbeitrag sollte daher bereits in die Antragstellung integriert werden, um hieraus entstehende Einnahmeausfallrisiken zu reduzieren.

- Das JSA hält aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung an der Koppelung von Mitteilung über den Kostenbeitrag und Auskunftsersuchen fest. Das bestehende Kostenrisiko in Form von Einnahmeausfällen wird vom JSA nicht gesehen. Weiterhin soll nach Meinung des JSA eine Antragstellung nicht durch finanzielle Überlegungen beeinflusst werden.

  Aus Revisionssicht überwiegt das öffentliche Interesse an einem wirtschaftlichen Umgang der öffentlichen Hand mit öffentlichen Mitteln. Vor diesem Hintergrund wird an der ursprünglichen Empfehlung festgehalten.

- Ein **Internes Kontrollsystem** in Form eines Vier-Augen-Prinzips war für die Prüfung der örtlichen Zuständigkeit und auch für die Berechnung des Kostenbeitrages – beispielsweise durch Zweitunterschrift Teamleitung – nicht vorgesehen. Um das hieraus entstehende Fehler- bzw. Kostenrisiko zu reduzieren, bedarf es einer kurzfristigen Regelung.

  Das JSA sagte zu, die notwendigen Kontrollschritte im Ablauf zu berücksichtigen.

- Sieben der 14 vorhandenen **Frankfurter Richtlinien** (FRL) bedurften aus Revisionssicht einer Überarbeitung hinsichtlich der Punkte Anwendung des Territorialprinzips, Einführung des Bundesteilhabegesetzes und Prüfung der sachlichen Zuständigkeit. Weiterhin wurde die Erstellung einer FRL zur Thematik Feststellung des Kostenträgers empfohlen.

- Das Jugend- und Sozialamt sagte zu, die FRL zu überarbeiten und die Erstellung einer FRL zur Thematik Feststellung des Kostenträgers zu prüfen.

Bei der **IT-Unterstützung** stellten wir weitere Optimierungspotentiale in folgenden Bereichen fest:

- Da die **eAkte** im operativen Bereich Kinder- und Jugendhilfe Sozialdienst und Kinder- und Jugendhilfe Wirtschaftsdienst noch nicht eingeführt ist, existieren Medienbrüche innerhalb mehrerer Arbeitsschritte. Wir halten daher die Einführung der eAkte für erforderlich.

  Das JSA ist auskunftsgemäß am stadtweiten Verfahren der Einführung der eAkte beteiligt (siehe auch Tz. 4.2.1).

- Bei der örtlichen Zuständigkeitsprüfung existiert ein Bruch im Geschäftsprozess. Eine schnelle Weitergabe von Informationen zwischen den beteiligten Arbeitsbereichen ist geboten, um die Prüfung des Kostenträgers aktuell zu halten und daraus resultierende Kostenrisiken zu minimieren. Daher empfahlen wir, zu prüfen, welche **systemunterstützenden Möglichkeiten das Fachverfahren PROSOZ** (beispielsweise in Form einer automatisch generierten Wiedervorlage an den jeweils anderen Arbeitsbereich) bietet.

  Das JSA sagte zu, die Optionen zu prüfen.

4.1.1.5 PG 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes (Jugend- u. Sozialamt) – Gesamtbetrachtung Prozesse Kassenführung und -abrechnung Zahlstellen

Bei der Gesamtbetrachtung der Geschäftsprozesse Kassenführung und -abrechnung Zahlstellen stellten wir fest, dass erhöhte Fehlerrisiken und damit wesentliche Optimierungspotentiale bestehen.

Prüfungsgegenstand waren alle Geschäftsprozesse der acht Zahlstellen des Jugend- u. Sozialamtes (JSA) zur Kassenführung und -abrechnung, einschließlich der Schnittstellen zur Abteilung Finanzen und Controlling, zum Kassen- und Steueramt, zu den Teams Soziale Hilfen Wirtschaftsdienst (SHW) und Kinder- und Jugendhilfe Wirtschaftsdienst (KJW) sowie zur Bank. Dabei wurden auch die Prozesse der Abrechnung der Geldauszahlungsautomaten (GA) betrachtet.

Ziel der Prüfung war festzustellen, ob die Ausführung der vorhandenen Geschäftsprozesse in den Zahlstellen den Vorschriften gerecht wird.

Unsere Prüfung ergab folgende erhöhte Fehlerrisiken und damit wesentliche Optimierungspotentiale:

- Nicht alle **Barauszahlungen** wurden im Fachverfahren **PROSOZ** (Fachanwendung für Jugendhilfe-Leistungen) erfasst.

  Wir hielten es für erforderlich, sicherzustellen, dass alle Barzahlungen in den jeweiligen Fachverfahren erfasst werden, das diesbezügliche Verfahren in PROSOZ zu standardisieren, zu beschreiben und umzusetzen sowie darauf zu achten, dass die zu erzeugende Ausgabeanordnung eine Identitätskontrolle und eine Empfangsbestätigung d. Leistungsempfänger beinhaltet.

  Das JSA sagte zu, die hierfür notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

- Ein **Kontrollschritt** zum Abgleich von Auszahlungsbelegen, Kontoauszügen und Protokollen der GA war bei den aus **PROSOZ erzeugten Barauszahlungen** nicht implementiert.

Das JSA sagte zu, einen entsprechenden Kontrollschritt zu implementieren.

- Bei **Bargeldeinzahlungen** wurden die Vorgaben der Gemeindekassenverordnung (GemKVO) nicht flächendeckend beachtet, indem Bargeld auch von Personen ohne Kassenfunktion angenommen wurde.

  Das JSA wird alle Betroffenen auf die geltenden Regelungen und deren Einhaltung hinweisen und Möglichkeiten von Einzahlung mittels EC-Karte unter Berücksichtigung einer Kosten-/Nutzenanalyse prüfen.

- Eine automatisierte **Schnittstelle** zwischen dem Fachverfahren **Care4** und den GA existierte nicht. Bei 6.200 Barauszahlungen von rund 3 Mio. Euro (im Haushaltsjahr 2022 an den zwei GA) steigt damit das Risiko von Übertragungsfehlern und vermeidbaren Mehraufwänden. Um das Fehlerrisiko und Aufwände zu reduzieren, empfahlen wir eine kurzfristige Regelung zur Aktivierung einer Schnittstelle zu treffen.

  Das JSA sagte zu, eine Schnittstelle zu aktivieren.

- Der geprüfte Geschäftsprozess erfolgte überwiegend analog. Der vorhandene **Digitalisierungsgrad** war sehr gering. Zur Prozessoptimierung empfahlen wir, digitale Buchführungsmöglichkeiten für die gesamte Vorgangsbearbeitung sowie mindestens die Einführung eines elektronischen, mit SAP kompatiblen, zentralen Kassenbuchs zur Sicherstellung einer GoB bzw. GoBD konformen Buchführung zu prüfen.

  Das JSA sagte zu, Kontakt zur Stadtkämmerei aufzunehmen, um die Digitalisierung voranzubringen.

- Für das Kassenwesen existierte keine Prozessbeschreibung, die Abläufe und Verantwortungen darstellt. In der Folge haben sich individuelle Lösungen für Teile von Arbeitsschritten entwickelt. Um den hieraus resultierenden Fehlerrisiken zu begegnen, empfahlen wir eine **transparente Darstellung des gesamten Geschäftsprozesses** zu erstellen.

  Das JSA wird eine solche transparente Darstellung des gesamten Geschäftsprozesses bei Überarbeitung der Frankfurter Richtlinien (FRL) erstellen.

- **Unangekündigte Kassenprüfungen** der verantwortlichen leitenden Dienstkräfte auf Grundlage der Allgemeinen Geschäftsanweisungen der Stadt Frank-furt am Main (AGA I, Abschn. 3.5.1 Abs. 1) und sinngemäßer Anwendung der §§ 27 bis 29 GemKVO fanden nicht statt.

  Das JSA wird die Thematik in das Gremium der Organisationsleitungen (Amtskonferenz) einbringen.

- Das aktuelle Modell der **Organisationsleitungen als Kassenvorstehende/r** ist nicht zweckmäßig. Zur Vermeidung von Interessenkonflikten empfahlen wir, Kassenprüfungen nicht von einer Person durchführen zu lassen, die mit Kassenangelegenheiten betraut ist und eine Funktionstrennung zu prüfen.

  Des JSA kündigte an, die Trennung der Funktionen zu prüfen.

- Die vorhandenen **FRL** bedurften aus Revisionssicht einer Überprüfung und Überarbeitung auf Aktualität und Zweckmäßigkeit. Insbesondere hinsichtlich der Punkte Anpassung des Rhythmus der durchzuführenden Kassenabschlüsse, Abgleich des Vorschusskontrollbuches mit dem zentralen Kassenbuch an den Umfang des heutigen Kassengeschäfts sowie Konkretisierung der Abläufe und Verantwortlichkeiten bei Kassenübergaben.

Das JSA sagte zu, alle maßgeblichen FRL zu prüfen und zu überarbeiten.

4.1.1.6 PG 20.13 Frankfurter Kinderbüro (Frankfurter Kinderbüro) – Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns

Bei unserer Prüfung stellten wir fest, dass die Ordnungsgrundlagen sechs Jahre nach Eigenständigkeit des Kinderbüros nicht vollständig und nicht einheitlich sind. Die Beschäftigung von Honorarkräften bedarf dringend einer Überarbeitung. Unsere Beanstandungen im Bereich Verwaltung wurden bereits aufgegriffen und Veränderungen eingeleitet. Das Kinderbüro führt zwei Projekte durch, für die es weder eine gesetzliche Grundlage noch einen politischen Auftrag gibt, die Weihnachtsaktion und den Kindernotfonds. Wir haben empfohlen, beide Projekte einzustellen.

Prüfungsgegenstand war die Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns des Kinderbüros in den Jahren 2020 und 2021.

Ziel der Prüfung war festzustellen,

- inwieweit die Ordnungsgrundlagen vorliegen,
- welche Aufgaben das Kinderbüro tatsächlich wahrnimmt,
- welche Sachverhalte dem gebuchten Aufwand für Honorarkräfte zugrunde liegen und ob diese den geltenden Regelungen entsprechen,
- ob die Projektabwicklung ordnungsgemäß erfolgte.

Unsere **Prüfung ergab** insbesondere, dass

- die Ordnungsgrundlagen sechs Jahre nach Eigenständigkeit des Kinderbüros nicht vollständig und nicht einheitlich sind. Wir raten dringend, Aufgaben einzelnen Stellen fest zuzuordnen und die Vertretung zu regeln. Das Kinderbüro hat dazu bereits mit dem POA Kontakt aufgenommen.
- die Art der Beschäftigung von Honorarkräften in verschiedenen Aufgabenbereichen des Kinderbüros dringend einer Überarbeitung und Beordnung in Zusammenarbeit mit dem POA bedarf. Aus unserer Sicht werden vor allem im Vorzimmer keine selbständigen Tätigkeiten erbracht. Wir empfahlen, aufgrund der geringen Anzahl der Mitarbeitenden des Kinderbüros auf die Beschäftigung von Familienangehörigen als Honorarkräfte zu verzichten. Aufgrund unseres Hinweises wurde die Beschäftigung der Familienangehörigen beendet.
- die Weihnachtsaktion eine freiwillige Leistung ist, die erhebliche personelle Kapazitäten bindet. Wir haben empfohlen, diese Tätigkeit einzustellen. Das Kinderbüro hat daraufhin die Weihnachtsaktion im Jahr 2024 in veränderter Form durchgeführt.
- es für den Kindernotfonds keine gesetzliche Grundlage oder politische Beauftragung gibt. Da bereits Hilfsangebote bestehen, bezweifeln wir die Notwendigkeit. Wir empfahlen, auch diese Tätigkeit einzustellen.

Das Kinderbüro erfüllt mit der alljährlichen Kampagne „Stadt der Kinder“ seinen Hauptauftrag, die Bekanntmachung der Kinderechte in der Gesellschaft.

4.1.1.7 PG 22.11 Palmengarten (Palmengarten) – Prüfung des Vertragsmanagements im Palmengarten

Im Palmengarten erfolgt das Vertragsmanagement nach sachlichen Gesichtspunkten dezentral und im Wesentlichen zweckmäßig. Wir haben keine Feststellungen getroffen, die einer im Wesentlichen ordnungsgemäßen Vertragsverwaltung entgegenstehen. Die bereits veranlassten Maßnahmen (Digitalisierung der Verträge, Excel-Vertragsübersicht) können als erste positive Schritte hin zu den Grundlagen eines IT-gestützten Vertragsmanagements gewertet werden. Zur Umsetzung eines wirkungsvollen Vertragsmanagements haben wir weitere Maßnahmen empfohlen. Noch im Verlauf unserer Prüfung wurden durch die Amtsleitung diverse Abhilfemaßnahmen umgesetzt.

Prüfungsgegenstand war das im Palmengarten eingerichtete Vertragsmanagement, mithin die Prozesse und Vorkehrungen (Kontrollen), die eine ordnungsgemäße, zweckmäßige und wirtschaftliche Verwaltung von Verträgen im Sinne der Vertragsdurchführung inkl. dem Vertragscontrolling und der Vertragsablage (schnelle Wiederauffindbarkeit) sicherstellen sollen.

Ziel der Prüfung war festzustellen, ob

- im Palmengarten ein Vertragsmanagement implementiert ist, welches dem Anspruch an eine ordnungsgemäße, zweckmäßige und wirtschaftliche Vertragsverwaltung gerecht wird.
- organisatorische Vorgaben erlassen wurden, an welcher Stelle die Wiedervorlage geführt werden soll.
- eine Stelle für das ganze Amt zuständig ist oder alternativ die Unmöglichkeit bzw. die Unzweckmäßigkeit hierfür begründet wurde.
- sichergestellt ist, dass die Vorgänge sowohl nach Datum als auch nach Betreff jederzeit auffindbar sind.
- die Wiedervorlage beachtet wird, mithin ein Fristenmanagement betrieben wird.
- die Überwachung der Wiedervorlagen durch Vorgesetzte erfolgt (IKS).
- anhand der bestehenden Unterlagen eine Risikobewertung möglich ist.
- die Verträge für den Meldeprozess zur Aufstellung des Jahresabschlusses adäquat verwendet werden.

Nicht Gegenstand der Prüfung waren die Prozesse für die Vertragsanbahnung und den Vertragsabschluss sowie die Prozesse für eine ordnungsgemäße Vertragsbeendigung.

Auf Basis unserer **Prüfungsfeststellungen** haben wir dem Palmengarten zur Weiterentwicklung und Optimierung der Vertragsmanagementstrukturen folgende Maßnahmen empfohlen:

- Einzelne Organisationsgrundlagen sollten aktualisiert werden.
- Zentrale Vorgaben/Regelungen zum amtsinternen Vertragsmanagement sollten getroffen und dokumentiert werden.

- Identifikation der wesentlichen Verträge im Amt: Im Rahmen einer solchen Vertragsinventur soll neben der grundlegenden Informationssammlung auch eine Bewertung der Komplexität und Relevanz eines Vertrags vorgenommen werden.
- Definition und Dokumentation eines Prozesses zur Vertragsgestaltung, Prüfung und Genehmigung sowie zur Ablage und Verwaltung der Vertragsinhalte. Hierbei sollten die gültigen Genehmigungsprozesse und Wertgrenzen berücksichtigt werden, auch wenn diese ggf. nicht für alle Vertragsarten direkt anzuwenden sind.
- Implementierung geeigneter Kontrollen im Rahmen des Vertragsmanagementprozesses, wie z. B. eine Funktionstrennung oder die Anwendung des Vier-Augen-Prinzips bei den risikobehafteten Prozessabläufen.

Noch im Verlauf unserer Prüfung wurden durch die Amtsleitung des Palmengartens Regelungen zum Vertragsmanagement erlassen. Diese betreffen den Ablauf der Vertragserstellung, die Einbindung des Rechtsamtes, die Unterzeichnung von Verträgen, die Organisation der Ablage sowie die Regelung von Lese- und Schreibrechten für das Vertragslaufwerk. Auch eine zum Prüfungszeitpunkt fehlende schriftliche Regelung der Amtsleitung zur Wiedervorlage wurde zwischenzeitlich erstellt.

4.1.1.8 PG 32.01 Personalservice und-controlling (Personal- und Organisationsamt) – Umsetzung Corona-Sonderzahlungen

Die Zweckmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns hinsichtlich der Auszahlung der Corona-Sonderzahlungen in den Jahren 2020 bis 2022 war grundsätzlich gegeben.

Prüfungsgegenstand war die Analyse der rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Aspekte im Zusammenhang mit den in den Jahren 2020 bis 2022 vorgenommenen Corona-Sonderzahlungen.

Ziel der Prüfung war, den Prozess zur Leistung der Corona-Sonderzahlungen hinsichtlich seiner Gestaltung und Umsetzung zu bewerten. Dabei wurde überprüft, ob ein angemessenes Internes Kontrollsystem etabliert und genutzt wurde. Darüber hinaus waren Aussagen zur Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen und die ordnungsgemäße Zahlung an Anspruchsberechtigte Prüfungsziele. Zudem wurde untersucht, ob die Berechnung der Sonderzahlungen korrekt war, die Zahlungen vollständig und richtig im Rechnungswesen erfasst sowie im Jahresabschluss zutreffend abgebildet wurden. Schließlich wurde geprüft, ob die DV-Unterstützung für die Sachbearbeitung geeignet und zweckmäßig war.

Unsere Prüfung ergab folgende Feststellungen:

- Das Verwaltungsverfahren war insgesamt zweckmäßig und ordnungsgemäß. Hinweise auf Missbrauch oder systematische Fehler haben sich nicht ergeben.

- Die Informations- und Auszahlungsprozesse waren angemessen. Ein systemseitiges Vier-Augen-Prinzip bei der Datenerfassung in der Maske „Variable Daten“ fehlte allerdings. Die geplante Einführung eines nun technisch möglichen EDV-seitigen Vier-Augen-Prinzips über die Maske „Bestätigung zahlungsrelevanter Änderungen“ in LOGA hatten wir begrüßt. Eine zwischenzeitlich Testphase zeigte jedoch, dass die Etablierung eines Vier-Augen-Prinzips aufgrund hoher Datenmengen und zusätzlicher Arbeitsbelastung nicht praktikabel sei.

- Die Umsetzung der Auszahlung der Corona-Sonderzahlungen haben wir anhand einer risikoorientierten Stichprobe in ausgewählten Ämtern nachvollzogen. In den meisten Fällen waren die Auszahlungen korrekt. Es ergaben sich einige wenige fehlerhafte und unterlassene Zahlungen. Eine geringe Anzahl an Prämienzahlungen über 1.500 € wurden teilweise steuerlich nicht korrekt behandelt.

- Die Erfassung im Rechnungswesen und die Darstellung im Jahresabschluss waren korrekt.

- In allen vier geprüften Ämtern besteht ein Vorgangskontrollsystem (VKS) im Personalbereich. Vereinzelt bestanden Defizite bei der Dokumentation von Kontrollhandlungen. Während der Prüfung war in einem Amt das noch vor der Corona-Pandemie eingeführte VKS über einen längeren Zeitraum ausgesetzt. Wir hatten empfohlen dies wieder vollständig umzusetzen. Bis Sommer 2025 sollen auskunftsgemäß in dem Amt jedoch zunächst alle Prozesse und Abläufe auf den Prüfstand gestellt werden. Anschließend ist auch eine Wiederaufnahme eines ggfs. dann angepassten VKS angedacht.

- Die DV-Unterstützung für die Sachbearbeitung im Rahmen der Corona-Sonderzahlungen wurde als geeignet und zweckmäßig angesehen.

4.1.1.9 PG 34.04 Grundstücks- und Gebäudemanagement (ABI) – Verfahren zur Anmietung von Räumen und Gebäuden für Büroflächenbedarfe

Die Prüfung des **Verfahrens zur Anmietung von Räumen und Gebäuden für Büroflächenbedarfe im ABI** zeigte, dass Anmietungen meist in Reaktion auf einzelne Raumbedarfsmeldungen erfolgen. Für die **wirtschaftliche Unterbringung** der Verwaltung ist jedoch ein **vorausschauendes Flächenmanagement** bedeutend. **Gesamtstädtische Aspekte** werden bei Anmietungen nicht zwingend hinreichend berücksichtigt. **Fehlende Datengrundlagen** behindern eine wirtschaftliche Deckung bestehender Raumbedarfe. Wir erachten verbindliche Abläufe, die Prüfung von Bedarf und Alternativen sowie belastbare Wirtschaftlichkeitsvergleiche für erforderlich. Außerdem sollte eine **Strategie für das städtische Liegenschaftsportfolio** definiert werden. Auf dieser Grundlage lassen sich wirtschaftliche Entscheidungen nachvollziehbar und zukunftsorientiert treffen.

Prüfungsgegenstand war das Verfahren (Geschäftsprozess) zur Anmietung von Räumen und Gebäuden für Büroflächenbedarfe.

Ziel der Prüfung war festzustellen, ob das gesamtstädtische Verfahren zweckmäßig ist, Flächenbedarfe unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu decken. Zudem sollten Erkenntnisse gewonnen werden, ob künftige Entwicklungen (z. B. Veränderungen der Belegschaft/ Fachkräftemangel, Klimawandel, Digitalisierung, Änderungen verfügbarer Haushaltsmittel) berücksichtigt wurden.

Feststellungen und Empfehlungen

Im zuständigen ABI fehlen verbindlich definierte Ordnungsgrundlagen zur **Aufbauorganisation** und zum **Prozessablauf**. Auch die Verwaltungspraxis entspricht nicht den AGA-Regelungen. Wir empfehlen, einen Arbeitsverteilungsplan AGA-konform zu erstellen. Die AGA-Regelungen zum Anmietungsverfahren sollten zusammengeführt, überarbeitet und erläutert werden.

Für Anmietungen werden oft kostenintensive und langfristige Verträge eingegangen. Daher ist eine **vorherige Zustimmung des Magistrats** für den Flächenbedarf bei Anmietungen empfehlenswert. Dazu sollte die bedarfsmeldende Stelle eine Beschlussvorlage für den Magistrat erstellen. Diese sollte insbesondere über Art, Umfang und Grund des benötigten Raumbedarfs informieren. Vor einer Entscheidung des Magistrats sollte das ABI die Flächenansätze prüfen. Wir empfehlen, **Prüfungsstandards zur Beurteilung der Angemessenheit von Flächenbedarfen** zu definieren (Flächenrichtwerte). Wenn Raumbedarfe mit personellen Maßnahmen begründet werden, sollte das POA die genannten Maßnahmen prüfen.

Bei Raumbedarfsplanungen sollten **Flächeneinsparpotentiale**, beispielsweise durch eine **Aufgabenkritik** (Hinterfragen der Aufgaben und der Prozesse) oder die **zunehmende Digitalisierung** (mobiles Arbeiten oder der Wegfall von Archivflächen), berücksichtigt werden.[8] Gering ausgelastete Arbeitsplätze sollten vermieden werden, um einen gleichermaßen sparsamen und dennoch angemessenen Ressourceneinsatz zu gewährleisten.

Dem ABI fehlt ein vollständiger **Überblick über den vorhandenen Flächenbestand**. Der Flächenbestand, dessen Nutzung und die Potentiale zur Umnutzung einzelner Liegenschaften sollten erfasst werden. Wir erachten dies als eine wesentliche Grundlage für eine **wirtschaftliche Flächennutzung,** die gesamtstädtische Belange berücksichtigt. Außerdem wird die AGA-Regelung, dass **freiwerdende Räume** dem ABI zu melden sind, nicht praktiziert. Wir empfehlen diese Daten zu erheben und künftig auf eine Einhaltung der Meldepflicht hinzuwirken.

Größtenteils legen bedarfsmeldende Stellen dem ABI Mietangebote vor und bestehen auf die Anmietung. Kostengünstigere **Alternativen im städtischen Bestand** werden von den bedarfsmeldenden Stellen oft abgelehnt. Dispositionen durch das ABI sind in der Praxis auskunftsgemäß schwierig, da bedarfsmeldende Stellen oft individuelle Interessen verfolgen. Zur Berücksichtigung gesamtstädtischer Aspekte ist es erforderlich, dass das ABI sein **Zuweisungsrecht** nutzt. Allein das ABI ist zuständig, Angebote einzuholen und Vertragsverhandlungen zu führen.

[8] Vgl. POA, Leitlinien Desk Sharing: Bausteine einer neuen Arbeitswelt, 2024.

Die vom ABI vor einer Anmietung vorgenommenen **Wirtschaftlichkeitsvergleiche** erfolgen nicht wie in der AGA vorgeschrieben.[9] Aufgrund der Verpflichtung zur Wirtschaftlichkeit ist das Ergebnis des Wirtschaftlichkeitsvergleichs wesentlich für die Entscheidung.[10] Bei Wirtschaftlichkeitsvergleichen sollten neben den **Mietkonditionen**, **die Folgekosten, die Nutzbarkeit und organisatorische Auswirkungen** berücksichtigt werden. Hierbei sollten verschiedene Varianten (z. B. eigene Liegenschaften) betrachtet werden. Wir empfehlen, einen **Standard für künftige Wirtschaftlichkeitsvergleiche** zu Anmietungen zu erarbeiten.

Bei Anmietungen ist auf die **Energieeffizienz** des Gebäudes zu achten. Genügt diese nicht dem Passivhaus-Standard, ist gemäß der städtischen Beschlusslage eine energetische Sanierung zu vereinbaren oder von der Anmietung abzusehen. Auskunftsgemäß gibt es jedoch kaum Mietobjekte, welche die Standards erfüllten. Ist dies doch der Fall, seien die Angebote zu hochpreisig. Die Regelungen zur Energieeffizienz finden in der Verwaltungspraxis daher wenig Beachtung. Anmietungen erfolgen auch, wenn die Energiestandards nicht erfüllt sind. Die Energieeffizienz sollte im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsvergleichs berücksichtigt werden.

Die **Beschlussvorlagen an den Magistrat bzw. die StVV** informieren häufig nicht über sämtliche Kosten, die mit einer Anmietung einhergehen. Angaben zu Folgekosten fehlen regelmäßig (z. B. Reinigungs- oder IT-Anschlusskosten). Die Ermittlung sämtlicher **Kosten einschließlich Folgekosten** dient der Durchführung eines Wirtschaftlichkeitsvergleichs. Zudem fehlen in den Beschlussvorlagen oft hinreichende Angaben zu möglichen **Alternativen**. Wir empfehlen, vorab geprüfte und geeignete Objekte als Alternativen zu erwähnen. Die Gründe für deren Nichtberücksichtigung sollten genannt werden. Dies gilt umso mehr, wenn die Alternativen mit geringeren Kosten für die Stadt verbunden wären.

Aktuell werden im ABI die **Dauerschuldverhältnisse aus Mietverträgen** in einer Excel-Liste erfasst. Im **geplanten CAFM-System** des ABI sollen künftig alle Mietverträge erfasst und die Daten laufend aktualisiert werden. Die Meldung der Dauerschuldverhältnisse zum Jahresabschluss sollte zukünftig aus diesem System generiert werden.

4.1.2 Rückschau auf offene / unerledigte Feststellungen aus vorangegangenen Schlussberichten

Nachfolgend berichten wir über Feststellungen, die bereits Gegenstand in vorangegangenen Schlussberichten waren und auf die aus Revisionssicht erneut hinzuweisen ist.

4.1.2.1 PG 13.01 Stadtplanung (Stadtplanungsamt) – Verwaltung der Neubebauung des Dom-Römer-Areals

Wir verweisen auf unseren ausführlichen Bericht in den Schlussberichten 2022.

Wir sehen die **Fortführung der DomRömer GmbH (DomRömer)** und die jährlichen Ausgleichszahlungen an die Gesellschaft kritisch. Wir haben empfohlen, die weitere

[9] Vgl. AGA II, Abschnitt 4.4 „*Richtlinie zu Wirtschaftlichkeitsvergleichen gem. § 92 Abs. 2 HGO und § 12 GemHVO*“ (Stand: 30.03.2020).

[10] Vgl. § 92 Abs. 2 HGO.

Aufgabenerledigung durch die DomRömer zu hinterfragen und zu prüfen, wie die Verwaltung des Quartiers im städtischen Interesse und wirtschaftlich durch solche Stellen (ggf. im „Konzern“ Stadt) gelingen kann, die bereits eine große Anzahl von Immobilien betreuen. Ziel sollte sein, die DomRömer in absehbarer Zeit aufzulösen und zu liquidieren, wie dies ursprünglich auch angedacht war[11], um Einsparungen für die Stadt durch den Abbau von (unwirtschaftlichen) Parallelstrukturen zu erzielen (siehe auch Tz. 4.3.3.8 über die Vorprüfung der geplanten Sanierung der Nebenfläche und Entwässerungsanlage in der Braubachstraße Süd, Tz. 4.3.6.3 über die Freigabe von Planungsmitteln zur Neugestaltung des Domplatzes sowie Tz. 5.1.2 zur fehlenden Gesamtstädtischen Beteiligungsstrategie).

Das Beteiligungsdezernat sieht zur Zukunft der Gesellschaft drei Szenarien. Diese betreffen die Abwicklung der Gesellschaft, die Weiterentwicklung der Gesellschaft hin zu einer allgemeinen städtischen Bau- und Projektgesellschaft (anstatt diverse Einzelgesellschaften zu gründen) und eine mittlere Variante, mit der eine wirtschaftlichere Aufgabenwahrnehmung durch einen größeren Aufgabenumfang angestrebt wird. Eine entsprechende Grundsatzentscheidung sollte nach Ansicht des Beteiligungsmanagements getroffen werden, bevor die DomRömer neue Aufgaben und Projekte übernimmt. Diese Ansicht teilen wir. Hinsichtlich der Zukunft der DomRömer und deren Entwicklung bzw. Ausgestaltung war zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Schlussberichts auskunftsgemäß noch keine finale Entscheidung getroffen.

Das Dezernat für Planen und Wohnen weist hierzu darauf hin, dass die DomRömer neben der Altstadtbebauung weitere Teilprojekte bearbeitet. Unmittelbar aus der Bauträgerschaft der Altstadtbebauung folgt die Durchführung der Leistungsphase 9 der HOAI – Objektbetreuung und Gewährleistungsmanagement (voraussichtlicher Abschluss sei 2026) sowie die Wiederherstellung von öffentlichen Flächen im Bereich der Braubachstraße Süd- und Nordseite. Darüber hinaus nimmt die DomRömer als Folgeprojekt der Altstadtbebauung in Bauträgerfunktion für die Stadt die Neugestaltung des Domplatzes wahr. Der Realisierungszeitraum sei bei ungehinderter Umsetzung bis 2027/2028 geplant.

Gemäß dem Wirtschaftsplan der DomRömer für das Jahr 2025 reichen die Erlöse aus den betrauten Projekten (z. B. Braubachstraße Süd, Domplatz) im Bereich der **Projektentwicklung** zur Deckung der Fixkosten der Gesellschaft nicht aus.

Im Wirtschaftsplan wird davon ausgegangen, dass auch nicht betraute Projekte (z. B. „Braubachstraße Nordseite“, „Steinernes Haus“ und „Langer Franz“) durch die Gesellschaft umgesetzt werden. Aus Sicht der Gesellschaft lässt sich im Bereich der Projektentwicklung ab dem Jahr 2028 ein positives Jahresergebnis erzielen, wenn ihr zusätzliche altstadtnahe Projekte der Stadtreparatur mit gewinnbringenden Projektkalkulationen zugewiesen werden. Insoweit wird entgegen unserer Empfehlung ein vergrößerter Aufgabenumfang für die DomRömer angestrebt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich die Projekte um die Marge der DomRömer verteuern, wenn die Projektentwicklung und -steuerung nicht von den jeweils zuständigen städtischen Stellen selbst erfolgt. Wir weisen auf bereits bestehende Zuständigkeiten für städtische Ämter und das Verstetigen (unwirtschaftlicher) Parallelstrukturen hin.

Das Dezernat für Planen und Wohnen sieht keine Parallelstruktur. In der DomRömer vorhandene Strukturen und Expertisen seien im „Konzern Stadt“ auf der Ver-

[11] Beschlussfassung über die Betrauung der Gesellschaft (MB Nr. 354 vom 23.03.2012).

waltungsebene nicht vorhanden. Diese Auffassung teilen wir nicht. Zur Hebung von Synergien empfehlen wir liegenschaftsbezogene Aufgaben zentral wahrzunehmen. Dies könnte z. B. über das Fachamt (ABI) geschehen. Strukturen und Expertisen könnten dort bereitgestellt werden. Durch Overheadkosten und Kosten für die Prüfung und Betreuung der DomRömer entstehen jährlich wiederkehrend vermeidbare Aufwendungen.

Der Ende 2024 ausgelaufene **WEG-Verwaltervertrag** der DomRömer wurde zwischenzeitlich prolongiert. Der Vergütungssatz der DomRömer wurde hierbei deutlich erhöht. Dennoch entstehen weiterhin Fehlbeträge. Die Erlöse für die 103 verwalteten Einheiten decken die Fixkosten nicht. Das Dezernat für Planen und Wohnen weist darauf hin, dass die WEG-Verwaltung für den Werterhalt der Neuen Altstadt und damit der städtischen Investitionen sehr wichtig ist. Die DomRömer beabsichtigt, die Wirtschaftlichkeit der WEG-Verwaltung durch personelle Umstrukturierungen weiter zu verbessern.

Das Dezernat für Planen und Wohnen weist auch darauf hin, dass die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss § 6835 vom 10.12.2020 (M 173 vom 30.10.2020) das „Management des Dom-Römer-Areals“ einschließlich der Immobilienverwaltung als besondere, im öffentlichen Interesse der Stadtgesellschaft liegende Dienstleistung definiert hat. Mit deren Wahrnehmung wurde die DomRömer betraut. Das Quartiersmanagement trägt zum Verlust der DomRömer bei. Es umfasst die Pflege, Entwicklung, Steuerung, Verwaltung und die Belebung dieses Ortes des kulturellen Erbes, um die Aufenthalts- und Lebensqualität sowie die architektonische Qualität im Quartier nachhaltig zu gewährleisten und von störenden Einflüssen freizuhalten.

Auch im Bereich der **Gewerbeimmobilienvermietung** werden im Wirtschaftsplan der DomRömer durchgängig Jahresfehlbeträge ausgewiesen.

Das Dezernat für Planen und Wohnen weist darauf hin, dass die Unterdeckung im Wesentlichen aus der Entscheidung resultiert, die Gewerbeeinheiten nicht an Dritte zu veräußern, sondern bei der DomRömer zu belassen. In diesem Zuge wurde der DomRömer mit o. g. Beschluss § 6835 vom 10.12.2020 ein Darlehen von 12.160 T€ gewährt (Verzinsung 2 % über 6-Monats-Euribor, Laufzeit 20 Jahre bis 31.12.2040). Zu Beginn der Finanzierung habe die Zinslast zwischen 1 % bis 1,5 % gelegen. Zwischenzeitlich sei diese auf über 5 % gestiegen und betrage aktuell über 4 %. Ende 2024 belaufe sich das Darlehensvaluta auf ca. 11.160 T€. Dies führe bei gleichbleibenden Zinsen ohne weitere Tilgung zu einer Zinslast von über 500 T€ in 2025.

Der prognostizierte Verlust im Bereich der Gewerbeimmobilienvermietung sei größtenteils durch Abschreibungen verursacht. Es sei angedacht, das Darlehen jährlich mindestens in Höhe der Abschreibung zu tilgen. Nach Darlehensrückführung wird die Vermietung der Gewerbeimmobilien auskunftsgemäß ausschließlich positive Jahresergebnisse erbringen.

Im Ergebnis belasten die Herstellung des Dom-Römer-Areals und die Wahrnehmung der gemeinwirtschaftlichen Aufgaben für das Dom-Römer-Quartier den städtischen Haushalt aufgrund des damit verbundenen Zuschussbedarfes dauerhaft.

Das Dezernat für Planen und Wohnen weist zutreffend darauf hin, dass die diesbezüglichen städtischen Ausgleichszahlungen nicht ausschließlich für das operative Handeln der DomRömer erbracht werden (z. B. für Personal, Material und Miete).

Gleichwohl sollten diese Aufwendungen durch eine wirtschaftliche und sparsame Organisation der Aufgabenerledigung unter Vermeidung (unwirtschaftlicher) Doppelstrukturen innerhalb des „Konzerns Stadt“ so gering wie möglich gehalten werden.

Wir sehen die Betrauung der DomRömer mit Aufgaben, die sie aufgrund der geringen Anzahl der von ihr betreuten Objekte nicht effizient erbringen kann und/oder für die bei der Stadt bereits Zuständigkeiten anderer Stellen bestehen, unverändert kritisch.

Aus Sicht des Dezernats für Planen und Wohnen sind die Overhead-Kosten der DomRömer sehr gering, da z. B. die Geschäftsführung voll in die Projektarbeit eingebunden ist. Bei Beendigung der DomRömer sehen wir dennoch ein jährliches Einsparpotenzial im sechsstelligen Bereich bereits durch die wegfallenden Overheadkosten der Gesellschaft wie z. B.:

- Kosten der Geschäftsführung der Gesellschaft,
- Führung des Rechnungswesens der Gesellschaft durch einen externen Dienstleister (Kanzlei),
- Honorar der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Jahresabschlussprüfung,
- Büromiete.

Hinzu kommen stadtinterne Aufwendungen zur Steuerung der Gesellschaft z. B. im Rahmen des Beteiligungsmanagements und der Betätigungsprüfung (siehe Tz. 5.1).

4.1.2.2 PG 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes (Stabsstelle Unterbringungsmanagement und Geflüchtete) – Vertragsmanagement Betreiberverträge der Übergangsunterkünfte; Aufbau einer Datenbank und Einhaltung der Frankfurter Standards

Über diese Feststellungen berichteten wir bereits in den Schlussberichten 2022.

Prüfungsgegenstand war das in der Stabsstelle für Unterbringungsmanagement und Geflüchtete (nachfolgend: Stabsstelle) eingerichtete Vertragsmanagement der Betreiberverträge für die Übergangsunterkünfte (ÜUK).

Der Frankfurter Standard für einzelne Wohnräume mit Nebenräumen zur Mitbenutzung liegt mit neun Quadratmetern um drei Quadratmeter über der gesetzlichen Untergrenze. Wir wiesen darauf hin, dass diese Überschreitung der gesetzlichen Mindestanforderung eine freiwillige Leistung der Stadt Frankfurt am Main darstellt und dass alle Kommunen zu sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung verpflichtet sind. Die Stabsstelle plädierte für eine Beibehaltung der Frankfurter Standards und begründete dies mit der langen Aufenthaltsdauer, der Unterbringungsdichte und der Belastung durch Gemeinschaftsräume. Der Magistrat hat am 09.09.2024 mit MB Nr. 944 beschlossen, die kommunalen Vorgaben von neun Quadratmeter Wohnfläche pro Person beizubehalten.[12]

[12] Vgl. auch B 42 vom 13.02.2017 (§ 1351 vom 04.05.2017)

Im Betrachtungszeitraum entstanden in zwei Fällen jährliche Mehraufwendungen von insgesamt rund 320 T€ durch Nichteinhaltung der Frankfurter Standards bezüglich der Betreuungsschlüssel. Für eine der beiden betroffenen ÜUK wurde laut Stabsstelle das bestehende Einsparpotential bereits realisiert.

Das durch die Stabsstelle implementierte Benchmarking befand sich nach wie vor im Aufbau und erlaubte noch keine ausreichende Steuerung der Flüchtlingsunterbringung. Die Möglichkeit zur Einführung einer solchen Datenbank sei durch die Stabsstelle geprüft worden, jedoch erweise sich dies aufgrund fehlender finanzieller Mittel und personeller Ressourcen als schwierig.

Insgesamt bleiben die grundsätzlichen Bedenken und Empfehlungen der Revision weiterhin bestehen.

4.1.2.3 PG 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes (Jugend- und Sozialamt) – Prüfung des Geschäftsprozesses Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a SGB VIII i. V. m. SGB IX

Über diese Feststellungen berichteten wir bereits in den Schlussberichten 2021 und 2022.

Zum Prüfungszeitpunkt lag keine **transparente Darstellung des gesamten Geschäftsprozesses** in Form eines Ablaufschemas vor. Es sollte ausgeschlossen werden, dass aufgrund von Unkenntnis über den Bearbeitungsstand falsche Entscheidungen getroffen werden und Kosten durch vermeidbare Mehrarbeit entstehen. Die Erstellung eines solchen Ablaufschemas wurde durch das Jugend- und Sozialamt (JSA) für 2024 zugesagt, stehe jedoch noch aus. Die Umsetzung sei für 2025 vorgesehen. Bis dahin bleibt unsere Empfehlung weiterhin bestehen.

Die **(Vor-)Prüfung der sachlichen Zuständigkeit** innerhalb der zweiwöchigen Frist zur Weiterleitung nach § 14 SGB IX wurde zum Prüfungszeitpunkt und wird auch gegenwärtig nicht in den Akten des Kinder- und Jugendhilfe Sozialdienst (KJS) dokumentiert. Das JSA teilte mit, dass die Anregungen des Revisionsamts aufgrund bestehender einschlägiger Formulare als erfüllt angesehen werden. Dem kann nicht zugestimmt werden, da diese Formulare erst zu einem späteren Zeitpunkt im Prozess (Bedarfsermittlung/-feststellung) zum Tragen kommen. Dem Kostenrisiko, dass durch nicht fristgemäß weitergeleitete Anträge (bei Unzuständigkeit) eine Leistungspflicht eintritt, wird nicht begegnet. Unsere Empfehlung bleibt daher weiterhin bestehen.

Aus Revisionssicht fehlte zum Prüfungszeitpunkt am Ende des Bearbeitungsverfahrens eine wirksame Maßnahme zur **Steuerung und Überwachung des Hilfeplans**. Prüfungs- und Folgearbeiten, insbesondere die regelmäßige Überprüfung zur Zielerreichung, Zielkontrolle und Erforderlichkeit der Hilfe sollten dort dokumentiert werden. Die Überarbeitung des Hilfeplans und damit zusammenhängende Arbeiten (Anpassung der Frankfurter Richtlinien, Formulare) sollten ursprünglich in 2024 erfolgen. Seither wurden auskunftsgemäß keine Maßnahmen umgesetzt. Aus Sicht des JSA kompensieren diese Maßnahmen nicht den Personalmangel im KJS und helfen auch nicht bei der Strukturierung der Arbeit bzw. Arbeitsbewältigung.

4.1.2.4 PG 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes (Jugend- und Sozialamt) – Prüfung der Zuschussgewährung an freie Träger zur Förderung von Hilfeangeboten nach § 71 SGB XII (Altenhilfe) im Bereich der Förderung von Altentagesstätten

Über diese Feststellungen berichteten wir bereits in den Schlussberichten 2021 und 2022.

Prüfungsgegenstand war die Gewährung von Zuwendungen an Vereine und andere Träger im Rahmen der Förderung der Altenhilfe. Wir stellten fest, dass noch Fehlerrisiken in den Abläufen – insbesondere beim internen Kontrollsystem (IKS) – und damit erhebliche Optimierungspotenziale bestanden. Der Zuschussbereich wurde im Jahr 2022 dem neuen Besonderen Dienst 6 „Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendförderung“ angegliedert. 51.D62 ist seitdem sachbearbeitend zuständig.

Im geprüften Arbeitsbereich fehlten verbindliche Richtlinien, Handlungsanweisungen und Arbeitsprozesse. Laut Auskunft des Jugend- u. Sozialamtes (JSA) wurde eine „Arbeitsgruppe Struktur“ eingerichtet, die sich mit verbindlichen Richtlinien und Arbeitsprozessen beschäftigt, insbesondere mit dem Ziel der Vereinheitlichung und Objektivierung aller Verfahrensschritte.

Aus den dort seit Februar 2024 erarbeiteten Ergebnissen soll in 2025 eine einheitliche Arbeitsanweisung entwickelt werden.

Ein Fördermittelcontrolling und eine Fördermitteldatenbank waren damals nicht vorhanden. Laut Angaben würde das JSA beim städtischen Projekt „Zentrale Erfassung der Zuwendungen der Stadt sowie Fördermitteldatenbank“ unter Federführung der Stadtkämmerei als Projektpartner und Pilot mitarbeiten.[13] Um die Zeit bis zur Einführung zu überbrücken, entwickle man in der Zwischenzeit eigene Lösungen, die später kompatibel mit der stadtweiten Lösung sein sollen. Für 2026 sei eine Teildigitalisierung des Antrags- und Verwendungsnachweises geplant.

Das JSA erklärte, dass die Voraussetzungen eines wirksamen IKS (Dokumentation, Prozessoptimierung, Regeleinhaltung) in der Arbeitsgruppe mitbearbeitet würden. Eine Einführung sei im Rahmen der Umsetzung obiger Schritte vorgesehen.

4.1.2.5 PG 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes (Jugend- und Sozialamt) – Zentrale Unterkunftsvermittlung

Über diese Feststellungen berichteten wir bereits in den Schlussberichten 2019 bis 2022.

Prüfungsgegenstand waren die vertraglichen und finanziellen Beziehungen des Jugend- und Sozialamts zum Evangelischen Verein für Wohnraumhilfe in Frankfurt am Main e. V., der im Auftrag der Stadt die Zentrale Vermittlung von Unterkünften (kurz: ZVU) betreibt (Vertrag vom 15.03.1993; MB Nr. 457 vom 05.03.1993). Die ZVU vermittelt Unterkünfte für Personen, die von Obdachlosigkeit bzw. Wohnungslosigkeit betroffen oder die davon bedroht sind. In allen Vermittlungsfällen der ZVU läuft auch die Abrechnung über diese.

[13] Siehe Schlussberichte 2023 – Teil I, Tz. 7.1.2.3.

Durch die seit 1993 verstrichene Zeit sowie der stark gewachsenen finanziellen Größenordnungen sind die vertraglichen Grundlagen für die Zusammenarbeit mit dem Verein veraltet. Einsichts- und Prüfrechte der Stadt bestehen nicht. Die Erfüllung der bislang vom Verein wahrgenommenen Aufgaben sollte konzeptionell auf eine neue Grundlage gestellt werden. Das zuständige Dezernat VIII – Soziales und Gesundheit – hatte nach unserem Bericht der Revision vom 08.02.2021 mit Überlegungen rechtlicher und organisationaler Art (insbesondere die Wahl der „richtigen" Organisationsform) begonnen. Auskunftsgemäß konnte wegen der angespannten Lage der letzten Jahre eine entscheidungsrelevante Vorlage noch nicht abschließend bearbeitet werden. Auch wenn wir dies nachvollziehen können, gebietet u. E. die Bedeutung des Themenkomplexes die Neukonzeption verstärkt anzugehen.

Wir empfahlen die „*Satzung der Stadt Frankfurt am Main über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von obdach- und wohnungslosen Personen*" (Beschluss der StVV § 4068 vom 23.05.2019, M 42 vom 22.03.2019) öffentlich bekannt zu machen und damit ihre Anwendung zu erreichen. Die Umsetzung der Satzung durch ihre Veröffentlichung sollte frühestens im Frühjahr 2023 erfolgen, weil die Einführung eines hierfür notwendigen SAP-Moduls in Zusammenarbeit mit der Stadtkämmerei wiederholt verschoben werden musste. Auskunftsgemäß ist zwar das SAP-Modul inzwischen eingeführt, es bestehe jedoch weiterhin Anpassungsbedarf bei Prozessen und Schnittstellen, **so dass auch die Satzung bislang nicht bekannt gemacht werden konnte. Derzeit wird mit einem Inkrafttreten zum 01.01.2026 gerechnet**.

4.1.2.6 PG 20.07 Angebote der Stadtbücherei (Stadtbücherei) – Vereinnahmung von Entgelten durch die Stadtbücherei

Über diese Feststellungen berichteten wir bereits in den Schlussberichten 2022.

Der Betrieb von Kassenautomaten in der Stadtbücherei im bisherigen Umfang ist angesichts zunehmender elektronischer Zahlungen unwirtschaftlich. Ein Konzept, welche Zahlungsmöglichkeiten künftig in den einzelnen Bibliotheken angeboten werden, wurde noch nicht erarbeitet. Das für die Debitorenbuchhaltung eingesetzte Bibliotheksmanagement-System genügt weiterhin nicht den Anforderungen der Gemeindekassenverordnung und birgt wesentliche Risiken für das Forderungsmanagement. Die Stadtbücherei beabsichtigt mittelfristig eine Schnittstelle zum SAP-System einzurichten.

Prüfungsgegenstand war die Vereinnahmung von Entgelten, die von Nutzer*innen aufgrund der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbücherei erhoben werden.

Ziel der Prüfung war festzustellen, welche Zahlungsmöglichkeiten zur Begleichung von geschuldeten Entgelten bestehen und unter Berücksichtigung geplanter Maßnahmen zu bewerten, ob die Vereinnahmung der Entgelte wirtschaftlich, zweckmäßig und zukunftsgerichtet ist.

Die Prüfung ergab insbesondere die folgenden **Feststellungen**:

- Zur Vereinnahmung der Entgelte sind dreizehn Bibliotheksstandorte mit Kassenautomatensystemen ausgestattet; vier Stadtteilbibliotheken und die Fahrbibliothek besitzen keinen Kassenautomaten. Weiterhin ist für alle Bibliotheken eine Einnahmekasse eingerichtet.

Diese vielen Kassen führen zu einem **hohen Verwaltungsaufwand** und zu einem **erhöhten Risiko für die Kassensicherheit**. Der Einsatz von Kassenautomaten war an Standorten mit niedriger Nutzungsfrequenz bei wirtschaftlicher Betrachtung zu **kostenintensiv**.

Wir halten es für erforderlich, dass die Stadtbücherei unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und Nutzerfreundlichkeit ein zukunftsgerichtetes Konzept der Zahlungsmöglichkeiten ausarbeitet.

Laut Aussage der Stadtbücherei sei im März 2023 eine Arbeitsgruppe zur Neukonzeption der Zahlungsmöglichkeiten gebildet worden. Auskunftsgemäß liegen aber noch keine Ergebnisse dieser Gruppe vor. Mittlerweile seien drei Kassenautomaten zum 31.12.2023 außer Betrieb genommen worden. Die Implementierung von Selbstverbuchungsterminals mit EC-Bezahlfunktion habe sich allerdings auf Anfang 2025 verschoben. Bei Kassenautomaten bestehe das Problem, dass nur herkömmliche Girocards akzeptiert werden.

- Das Jahresausleihentgelt von Standardleser*innen mit Hauptausweis kann jeweils in einem digitalisierten Prozess zur Beantragung (aktiv seit 27.07.2021) oder Verlängerung des Bibliotheksausweises (aktiv seit 28.07.2022) über die Plattform civento mit E-Payment beglichen werden. Für die weiteren von der Stadtbücherei erhobenen Entgelte war E-Payment zum Zeitpunkt der Prüfung noch nicht eingerichtet.

  Laut Auskunft der Stadtbücherei stehe den Nutzenden seit September 2023 E-Payment über Kreditkarte, Paypal, GiroPay oder Paydirect zur Bezahlung von offenen Entgelten zur Verfügung. Neben dem eigenen Endgerät sei es möglich, in den Bibliotheken, die vorhandenen Internet-PCs zur Zahlung zu nutzen.

- Das für die Debitorenbuchhaltung eingesetzte IT-Verfahren „Bibliotheca“ genügt nicht den Anforderungen der Gemeindekassenverordnung und birgt wesentliche Risiken für das Forderungsmanagement. Die von der Stadtbücherei beabsichtigte Umstellung auf ein neues, anforderungsgerechtes Bibliotheksverfahren sollte mit hoher Priorität verfolgt werden.

  Nach Auskunft der Stadtbücherei solle vorerst keine Ausschreibung des Bibliotheksmanagement-Systems erfolgen, weil aktuell keine Alternativen gesehen werden und eine umfassende Überarbeitung des Systems anstehe. Der Markt werde aber weiter beobachtet. Der SAP-Export könne mittelfristig mit dem Programm BibControl realisiert werden.

- Die Dienstanweisung wurde noch nicht an die Musterdienstanweisung der Stadt[14] angepasst.

  Die Stadtbücherei teilte uns mit, dass im November 2022 eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer angepassten Dienstanweisung eingerichtet wurde. Seit Ende 2024 liegt uns ein entsprechender Entwurf vor.

[14] Musterdienstanweisung für Einrichtung und Betrieb von Kassenautomaten der Stadt Frankfurt am Main (NaSt Nr. 01/2020).

4.2 Informations- und Kommunikationstechnik

4.2.1 PG 35.02 Informations- und Kommunikationstechnik (Amt für Informations- und Kommunikationstechnik) – elektronische Akte (eAkte)

Die eAkte ist grundlegende Voraussetzung zur Digitalisierung der Verwaltung. Mit MB Nr. 180 vom 12.02.2021 wurde festgelegt, dass als führendes eAkte-System das Produkt eGov-Suite der Firma Fabasoft Deutschland GmbH eingesetzt werden soll.

Im Jahr 2024 war die eGov-Suite in Teilen von 17 Ämtern im Einsatz. Die Ämter Amt für Informations- und Kommunikationstechnik, Stadtkämmerei, Stadtplanungsamt und Zoologischer Garten Frankfurt führten im Jahr 2024 die eGov-Suite teilweise in Eigenregie ein. Zudem wurde die eGov-Suite in weiteren Organisationseinheiten der bereits nutzenden Ämter ausgerollt.

Seitens des eAkte-Teams im Amt für Informations- und Kommunikationstechnik wurde die Behandlung der Themen:

- Versionsumstellung
- Aussonderung
- Ämterübergreifende E-Vorgangsbearbeitung

im Jahr 2024 priorisiert vorangetrieben.

Eine Testphase zur **Versionsumstellung** der eGov-Suite hat sowohl im Amt für Informations- und Kommunikationstechnik als auch bei Testämtern im Jahr 2024 stattgefunden. Eine Umstellung auf die neue Version soll im Jahr 2025 erfolgen.

Die Ist- und Soll-Prozesse zur **Aussonderung** wurden in einer Projektgruppe erhoben, damit nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist Vorgänge aus der eAkte gelöscht, und sofern erforderlich, an das Institut für Stadtgeschichte zur Langzeitarchivierung übergeben werden können. Die definierten Anforderungen wurden mit dem Hersteller abgestimmt. Die Umsetzung in drei Entwicklungspaketen wurde vereinbart. Die ersten beiden Pakete sollen im Jahr 2025 realisiert werden. Das dritte Paket kann erst nach Bereitstellung des xdomea 4 Standards umgesetzt werden. Dieser Standard wurde vom IT-Planungsrat für den Austausch von Akten, Vorgängen und Dokumenten im Kontext der Übermittlung, der Abgabe sowie der Aussonderung von Schriftgutobjekten als verbindlich verabschiedet.

Bezüglich der **ämterübergreifenden E-Vorgangsbearbeitung** wurden zwei Prozesse („Allgemeine Bewertungsentscheidungen“ (Personal- und Organisationsamt) und „Rückzahlungen“ (Kassen- und Steueramt)) herausgearbeitet, anhand derer die technischen Voraussetzungen zur ämterübergreifenden Zusammenarbeit entwickelt werden sollen.

Das Revisionsamt empfiehlt, nach Realisierung der ämterübergreifenden Vorgangsbearbeitung, die beiden ausgewählten Prozesse verpflichtend in der Stadtverwaltung umzusetzen. Neben einheitlichen Standards wird so die eAkte flächendeckend in allen Ämtern der Stadtverwaltung eingeführt. Darauf aufbauend kann dann ein weiterer (ggf. begleiteter) Rollout in den Ämtern und Betrieben stattfinden.

Weiterhin empfehlen wir dringend, stadtweit vorkommende Prozesse zu vereinheitlichen und über die eGov-Suite abzuwickeln. Der **Generalaktenplan** ist zu überarbeiten. Dieser ist zu verschlanken und in ihn sind weitere stadtweite Aktenplaneinträge aufzunehmen. Neben der Aktenplanstruktur sollten einheitliche Regelungen zur Akten- und Vorgangsbildung, zu Namenskonventionen, zur Aufbewahrungsfrist sowie zur Bewertungsentscheidung des Instituts für Stadtgeschichte für die Aktenplaneinträge des Generalaktenplans festgelegt werden. Auch dies erleichtert einen Rollout in der Stadtverwaltung.

4.2.2 PG 30.02 Stadtverordnetenversammlung/Ortsbeiräte (Büro der Stadtverordnetenversammlung) und PG 30.03 Betreuung des Magistrats (Hauptamt) – Beschlussvorlagenmanagement

Zum Beschlussvorlagenmanagement und den hierfür eingesetzten Systemen hat es seit der letzten Berichterstattung in den Schlussberichten 2021 und 2022 keine berichtenswerten Entwicklungen gegeben. Wir verweisen insoweit auf unsere Schlussberichte 2021 an dieser Stelle.

Wir empfehlen weiterhin dringend eine **strategische Entscheidung** des Magistrats oder der Stadtverordnetenversammlung, welche Software künftig für welche Zwecke im Rahmen des Beschlussvorlagenmanagements eingesetzt wird, sowie die Festlegung, wer für den Betrieb und das Rollout verantwortlich ist.

4.2.3 PG 35.01 Zentrale Serviceleistungen (Hauptamt) und PG 35.05 E-Government-Strategie (Stabsstelle Digitalisierung) – Postbearbeitung

Für die Nutzung der eAkte und die medienbruchfreie digitale Verwaltung ist die Digitalisierung der analogen (papierhaften) Posteingänge von zentraler Bedeutung. Für die Pilotphase wurde dieses Projekt dem für IT zuständigen Dezernat und der Stabstelle Digitalisierung zugeordnet.

Mit der Einführung der zentralen Scanstelle ist die Stabsstelle Digitalisierung beauftragt, obwohl dies nach dem MB Nr. 180 vom 12.02.2021 originäre Aufgabe des Hauptamts ist. Die Stabsstelle Digitalisierung hat im Jahr 2023 eine Anforderungsliste für eine Markterkundung sowie die zu beschaffende Hard- und -software erarbeitet.

Wir empfehlen, die Digitalisierung der Poststelle wieder dem Hauptamt zuzuordnen und Regelungen zu treffen, wann und wo (zentral oder dezentral) papierhafte Posteingänge gescannt werden sollen.

4.2.4 Offene IT-Prüfungen

Folgende, noch nicht abgeschlossene IT-Projekte wurden seitens der IT-Revision im Haushaltsjahr 2023 ff. begleitet:

- PG 19.01 bis 19.04 (Gesundheitsamt) – **Einführung einer Gesundheitssoftware GA-Lotse**
- PG 32.02 Personalmanagement & Personalentwicklung (Personal- und Organisationsamt) – **Einführung einer Software für das Auszubildenden- und Fortbildungsmanagement easySoft**

- PG 34.01 Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung (Amt für Bauen und Immobilien) – **Einführung eines CAFM Systems Planon/COOR und Waveware**
- PG 35.05 E-Government-Strategie (Stabsstelle E-Government) sowie diverse PG und Ämter – **Umsetzung von verschiedenen E-Government-Prozessen im Online-Antrags- und Fallmanagementverfahren „Civento“**

Über die Prüfungsergebnisse werden wir bei Bedarf in künftigen Schlussberichten informieren.

4.3 Bautechnisch-wirtschaftliche Prüfungen

4.3.1 Allgemeines

Bautechnisch-wirtschaftliche Prüfungen umfassen u. a. das Prüfen von Vorlagen für die Anmeldung zum Investitionsprogramm (Investitionsvorlagen), Bauvorlagen (Vorprüfung), Bau- und Finanzierungsvorlagen, Mehrkostenvorlagen und Bauabrechnungen sowie baubegleitende Prüfungen. Bauprojekte (investiv) und Bauunterhaltungsmaßnahmen (konsumtiv) ab 500.000 € netto unterliegen der Prüfpflicht des Revisionsamts (§ 8 Revisionsordnung). Die Prüfungen erfolgen ex ante, baubegleitend und ex post. Ziel ist es, die Entscheidungsträger zu unterstützen und Empfehlungen für eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung zu formulieren. Prüfungsmaßstäbe sind Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit.

Prüfungsschwerpunkte sind dabei

- die ordnungsgemäße Anwendung der Honorarordnung der Architekten und Ingenieure (HOAI), der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) und der Vergabeverordnung (VgV) unter Berücksichtigung der stadtspezifischen Regularien (u. a. Vergabe- und Beschaffungsordnung),
- die Anwendung bautechnischer Vorschriften und Regelungen (z. B. allgemein anerkannte Regeln der Technik) unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit,
- die Einhaltung der einschlägigen Haushalts- und Verwaltungsvorschriften sowie
- Prozessprüfungen.

Entwürfe, Kostenermittlungen und Abrechnungen von Baumaßnahmen und technischen Anlagen, die Kosten von netto 500.000 € überschreiten, sind dem Revisionsamt zur Prüfung vorzulegen (Revisionsordnung).

Vor der Aufnahme von Bauvorhaben in das Investitionsprogramm sind Investitionsmaßnahmen über 500.000 € (brutto) ebenfalls vom Revisionsamt zu prüfen (AGA II, Abschnitt 4.2, Veranschlagungsgrundsätze).

In den folgenden Textziffern beschränken wir uns auf eine Auswahl von Prüfergebnissen aus Prüfungen im Berichtsjahr. Dabei werden Auszüge aus unseren Stellungnahmen zu Beschlussvorlagen an den Magistrat und aus Berichten der Revision wiedergegeben. Sofern dazu Stellungnahmen der beteiligten Dezernate und Ämter bzw. Eigenbetriebe zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Schlussberichts vorlagen, sind deren Argumente, soweit sie zur Klarstellung des Sachverhalts beitragen, in die Ausführungen eingearbeitet.

Betragsangaben in Euro (€) sind im Folgenden Bruttowerte, es sei denn, sie sind ausdrücklich als Nettobeträge benannt.

4.3.2 Prüfungen zum Investitionsprogramm 2024–2025

4.3.2.1 Allgemeines

Vor Aufnahme in das Investitionsprogramm sind neue Investitionsmaßnahmen über 500.000 € vom Revisionsamt zu prüfen. Eine Beurteilung der tatsächlichen Qualität des Planungsstands bei Einreichung der gemäß AGA II, Abschnitt 4.2, geforderten geprüften Kostenschätzung ist in diesem frühen Planungsstadium schwierig. Viele Kostenbestandteile können aufgrund der kurzen Bearbeitungszeit und der noch nicht ausreichenden Planungstiefe nicht vollständig erfasst und beurteilt werden. Es ist auch möglich, dass zunächst plausibel erscheinende Planungen nach Abklärung der kompletten Aufgabenstellung noch stark verändert werden müssen.

Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sind bereits in diesem frühen Stadium der Anmeldung von Maßnahmen zum Investitionsprogramm notwendig. Mit Hinweis auf § 12 GemHVO sowie AGA II, Abschnitt 4.4, ist ein Wirtschaftlichkeitsvergleich erforderlich, um die für die Stadt wirtschaftlichste Lösung zu ermitteln.

4.3.2.2 Kinderzentrum (KiZ) 74, Bernadottestraße 35, Abriss, Neubau und Erweiterung um zwei Gruppen

Der Eigenbetrieb Kita Frankfurt plant als Bedarfsträger das 1963 errichtete Bestandsgebäude des KiZ 74 abzureißen und einen um zwei Gruppen erweiterten Neubau für sieben Gruppen zu errichten. Dafür wurde uns eine Haushaltsmittelanmeldung zum Investitionsprogramm 2024/25 ff über 11,697 Mio. € im Februar 2023 zur Prüfung vorgelegt.

Mit Ausnahme der Kostengruppe (KG) 400 – Technische Anlagen – lag der Haushaltsanmeldung keine erweiterte Kostenschätzung auf Basis des bereits vorliegenden Vorentwurfs zugrunde, wie es gemäß AGA II, Ziffer 4.02, vorgesehen ist. Die vorgelegte Grobkostenschätzung beruht auf Kostenkennwerten aus dem Baukosteninformationszentrum Deutscher Architektenkammern GmbH (BKI) sowie auf Durchschnittswerten vergleichbarer städtischer Bauvorhaben. Eine detaillierte Planung wurde nicht vorgelegt. Eine eingehende Prüfung der vorgesehenen Qualitäten war daher nicht möglich. Die eingereichten Unterlagen reichten nur für eine allgemeine Beurteilung der künftigen Baumaßnahme aus.

Das fehlende genehmigte Raumprogramm hatten wir bereits in unserer Stellungnahme zur Freigabe von Planungsmitteln in 2016 bemängelt. Das Raumprogramm ist insbesondere deshalb notwendig, weil die Maximalwerte für eine siebengruppige Einrichtung überschritten werden. Die aktuelle Vorlage wurde zwischen 2017 und 2019 aufgestellt und seitdem nicht wesentlich weiterentwickelt. Insofern war auch die benannte Dringlichkeit der geplanten Maßnahme nicht erkennbar und plausibel.

Wir hatten festgestellt, dass der Vorentwurf der Planung aufgrund seiner aufwändigen Baukonstruktion sowie des besonders ungünstigen Verhältnisses der Außenflächen bzw. -fassaden zum Volumen im Hinblick auf die Betriebs-, Instandhaltungs- und vor allem Energiekosten unwirtschaftlich ist. Außerdem hatten wir darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftlichkeit der vorgelegten Planung bisher nicht nachgewiesen wurde bzw. nicht nachgewiesen werden konnte. Zudem halten wir die in der Vorlage ermittelten Kosten für die Baukonstruktion sowie die technischen Anlagen (DIN 276, KG 300 und 400) für nicht auskömmlich. Wir empfahlen deshalb, den

Vorentwurf von Grund auf zu überarbeiten und im Hinblick auf Nachhaltigkeitsgesichtspunkte deutlich zu verbessern.

Es bestehen unsererseits keine Einwände gegen den Abriss des Bestandsgebäudes und den Neubau des KiZ 74. Wir hatten jedoch empfohlen, unter den vorgenannten Randbedingungen und einer optimierten Planung, die Maßnahme mit geringeren Finanzmitteln erst im Haushalt 2026 anzumelden.[15]

4.3.2.3 Kinderzentrum (KiZ) 12, Wiesenhüttenstraße 40, energetische Ertüchtigung, Umbau und Erweiterung

Das KiZ 12 befindet sich in der Wiesenhüttenstraße 40, einem 1959 erbauten Gebäude, das beispielhaft für die Architektursprache der fünfziger Jahre ist. An der Sanierungsbedürftigkeit des Bestandsgebäudes, mit dem Ziel, es zukunftsfähig zu machen, bestehen keine Zweifel. Die geplanten Sanierungsmaßnahmen der fünfgruppigen Einrichtung wurden uns erstmalig im April 2021 vorgestellt. Für die neu vorgelegte Haushaltsanmeldung sind insgesamt 7,063 Mio. € vorgesehen (Stand: 24.04.2023). Dieser Kostenansatz entspricht etwa den Herstellungskosten eines ebenfalls fünfgruppigen Neubaus. Die Investitionskosten wurden nachvollziehbar dargelegt und sind plausibel.

Die im April 2023 im Titel der Anmeldung angekündigte Erweiterung um eine Gruppe hatten wir als missverständlich bezeichnet, weil insgesamt nach der geplanten Sanierungsmaßnahme unverändert 96 Kinder betreut werden. Durch Flächenumstrukturierung soll die Anzahl der bestehenden Kindergarten- und Hortplätze um 12 Plätze reduziert werden, um dann eine neue U3-Gruppe (Kinder unter 3 Jahren) für 12 Plätzen anbieten zu können.

Bei der Sanierungsmaßnahme hatten wir darauf hingewiesen, dass die geplante eigenständige Gasbrennwert-Heizungsanlage nicht im Einklang mit der städtischen Beschlusslage zum Thema “Fernwärmeausbau und Dekarbonisierung in städtischen Liegenschaften“[16] steht. Wir hatten deshalb empfohlen, an der bestehenden Nahwärmeversorgung über die benachbarte Karmeliter-/Weißfrauen-Schule festzuhalten, bis diese mittelfristig an das städtische Fernwärmenetz angeschlossen wird. Alternativ sollte eine zukünftige Heizwärmeversorgung des Gebäudes mit Wärmepumpentechnik untersucht werden.

Insgesamt wurde bei der technischen Ausstattung eine im Vergleich zu anderen Kindertagesstätten wirtschaftliche Planung vorgelegt. Es war zu erkennen, dass das technisch Notwendige und nicht das technisch Machbare geplant wurde. Dieser Ansatz ist begrüßenswert und wird zur Nachahmung empfohlen.

Zusammenfassend hatten wir festgestellt, dass die geplanten Maßnahmen aufgrund der Angleichung der technischen Ausstattung an heutige Standards sowie wegen

---

[15] Das Dezernat XI teilte im Rahmen der Vorabstimmung der Schlussberichte u. a. ergänzend mit: „*Die vom Revisionsamt empfohlenen Umplanungen wurden durch das Amt für Bau und Immobilen geprüft, umgesetzt und mit dem Revisionsamt abgestimmt. Der Neubau wird in Holz-Lehmbauweise hergestellt. Den Anforderungen der Leitlinie für wirtschaftliches Bauen der Stadt Frankfurt am Main wird in besonderer Weise Rechnung getragen.*“ Dieser Planungsstand entspricht April 2025.

[16] Vgl. § 3145 vom 3.03.2023 (M 20 vom 10.02.2023).

der erreichten Flächenoptimierung als zweckmäßig einzustufen sind. Das Revisionsamt hatte daher keine Einwände gegen die Durchführung der Maßnahme. Da zum Zeitpunkt der Prüfung jedoch keine wirtschaftlich vertretbare Auslagerungsstätte zur Verfügung stand, hatten wir empfohlen, die Umsetzung der Maßnahmen unter diesen Vorbehalt zu stellen und entsprechend abzuwarten. Die bis dahin geplante Auslagerung in die Räumlichkeiten der Villa Kleyer (siehe Tz. 4.3.2.4) erfüllt diese Wirtschaftlichkeitsvoraussetzungen nicht.

4.3.2.4 Kinderzentrum (KiZ) 12, Auslagerung in die Villa Kleyer, Wiesenhüttenstraße 33

Für die Auslagerung des KiZ 12 in der Wiesenhüttenstraße 40 ist das unweit entfernt stehende, städtische Gebäudeensemble, die Villa Kleyer mit der dazugehörigen Turnhalle, Wiesenhüttenstraße 33, vorgesehen. Gemäß Haushaltsmittelanmeldung im April 2023 wurden für die Umnutzung der Turnhalle sowie weiterer Räumlichkeiten der Villa Kleyer für die Auslagerung Kosten von 3,428 Mio. € prognostiziert.

Als Ergebnis unserer Prüfung der Haushaltsmittelanmeldung hatten wir bereits zum damaligen Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass wir den prognostizierten Kostenrahmen für nicht auskömmlich halten. Darin waren zwingend notwendige Rückbauleistungen nicht enthalten, deren Budget wir zum damaligen Zeitpunkt mit einem sechsstelligen Betrag grob abgeschätzt haben. Der vorgelegte Terminplan war unrealistisch. Danach sollte der Umbau der Villa Kleyer bis September 2024 erfolgen und die anschließende Auslagerung des Kinderzentrums bis März 2026 dauern. Zwischenzeitlich sind die Terminpläne überholt und zum Zeitpunkt der Berichterstattung ist der zeitliche Ablauf ungeklärt.

Insbesondere die Turnhalle ist zur Unterbringung eines Kinderzentrums ungeeignet. Auch nach den unverhältnismäßig aufwändigen Umbaumaßnahmen sind die Räumlichkeiten, aufgrund der unzureichenden natürlichen Belichtung von Spielbereichen und Spielfluren, für den vorgesehenen Zweck nur bedingt geeignet.

Nach Beendigung der geplanten 18-monatigen Auslagerung müssen sämtliche Einbauten wieder rückgebaut werden, um die Räumlichkeiten für ihre ursprüngliche und dringend benötigte Nutzung als Turnhalle wieder herzurichten. Umgerechnet auf die vorgesehene Nutzungsdauer entsprechen die prognostizierten Investitionskosten rund 190.000 € pro Monat für eine Nutzfläche von 909,5 m². Das entspricht einem Kostenansatz von 209 € pro Quadratmeter und Monat.

Zu dieser Kostensituation kommen Einnahmeverluste durch entgangene Mieteinnahmen für die Turnhalle sowie für ungenutzte, nicht untervermietbare Flächen innerhalb der Villa Kleyer hinzu. Aufgrund fehlender Abgeschlossenheit dieser Flächen müssen wir davon ausgehen, dass diese nicht anderweitig vermietbar sind. Dieser Zustand (Projektvorbereitung, Umbaumaßnahme, Nutzung als Auslagerung, Rückbau) wird nach unserer Einschätzung mindestens vier Jahre bestehen bleiben und Einnahmeverluste in beträchtlicher Größenordnung verursachen.

Insgesamt hatten wir die geplante Auslagerungsmaßnahme in die Villa Kleyer als unwirtschaftlich bezeichnet und auf den fehlenden Wirtschaftlichkeitsnachweis gemäß § 12 GemHVO hingewiesen. Die geplante Nutzung widerspricht den städtischen Klimaschutzzielen. Wir hatten kritisiert, dass die Untersuchung alternativer Standortmöglichkeiten nicht durchgeführt bzw. nicht dokumentiert wurde. Am Bei-

spiel einer im Besitz der Stadt Frankfurt am Main befindlichen, in der Nähe der auszulagernden Einrichtung gelegenen Containeranlage mussten wir feststellen, dass deren mögliche Nutzung nicht geprüft wurde.

Unabhängig von der geplanten Nutzung als Auslagerungsstätte hatten wir auf den zum damaligen Zeitpunkt seit zwei Jahren andauernden Leerstand der Villa Kleyer mit den repräsentativen Räumlichkeiten hingewiesen und das fehlende Nutzungskonzept kritisiert.

Über den Berichtszeitraum hinausgehend wurde im April 2024 für beide Maßnahmen, die Sanierung des KiZ 12 und die Auslagerung des KiZ 12 in die Villa Kleyer, eine gemeinsame Bau- und Finanzierungsvorlage erstellt. Darin werden für beide Maßnahmen 10,492 Mio. € veranschlagt. Der Magistrat hat der Maßnahme trotz der vom Revisionsamt vorgebrachten Argumente zugestimmt und den Vortrag an die Stadtverordnetenversammlung M 78 vom 07.06.2024 beschlossen. Diese stimmte dem M-Vortrag mit § 5027 vom 11.07.2024 zu.[17]

4.3.2.5 Grünzug Westhafen, Sommerhoffpark, Gutleutstraße

Der Sommerhoffpark liegt in dem von Gewerbe- und Industrieanlagen geprägten westlichen Teil des Gutleutviertels, südwestlich der Frankfurter Innenstadt, hinter der Main-Neckar-Eisenbahnbrücke. Mit der Südseite grenzt das Parkgelände unmittelbar an das rechte (nördliche) Ufer des Mains.

Für die Umgestaltung bzw. Reaktivierung des Parks wurden im Haushalt 2015 bis 2018 geschätzte Kosten von 800.000 € angemeldet. Im Mai 2023 wurde eine aktualisierte Kostenschätzung für das Investitionsprogramm 2024 bis 2027 vorgelegt. Die Kostenschätzung geht von 2,9 Mio. € Gesamtkosten aus, inklusive Risikoansatz.

Für die Anbindung des Mainuferwegs an den Sommerhoffpark ist der Bau einer Brücke (Steg) geplant. Mittlerweile sieht die Planung den Erhalt von drei alten Bäumen vor. Daher muss der ursprünglich gerade Trassenverlauf der Brücke in einen zackenförmigen Verlauf umgeplant werden. Zudem ist die parkbegrenzende Mauer sanierungsbedürftig. Es ist zusätzlich vorgesehen, diese im Rahmen des Projektes zu sanieren.

Der Sommerhoffpark besitzt eine eigene Erschließung. Inwieweit sich die Besucher- und Nutzerzahlen durch den Bau einer Brücke vom Mainuferweg erhöhen bzw. verändern werden, ist bislang ungeklärt. Eine Simulation der Verkehrsströme vor und nach dem Bau der Brücke wurde nicht vorgelegt. Aus Sicht des Revisionsamts ist die Planung unwirtschaftlich. Insbesondere der zackenförmige Trassenverlauf der Brücke wird die Kosten wesentlich erhöhen.

[17] Das Dezernat XI teilte im Rahmen der Vorabstimmung der Schlussberichte u. a. ergänzend mit: „*Bzgl. der Auslagerung wurden alternative Möglichkeiten geprüft. Die erste geplante Auslagerung Gustavsburgplatz, des Weiteren Grünflächen der Hermann-Herzog-Schule und Spielplatz Wurzelsiedlung ließen sich nicht realisieren. Die Suche nach leerstehenden geeigneten Immobilien hat auch nach Hinzuziehen eines Immobilienmaklers zu keinem Ergebnis geführt, so dass im Stadtteil nur die Villa Kleyer als Auslagerungsfläche zur Verfügung stand*.“

Wir haben empfohlen, die Maßnahmen nicht in das Investitionsprogramm aufzunehmen, wegen des fehlenden Nachweises der Verkehrsströme, des Nutzens und der Höhe der Investition. Der Magistrat ist dieser Empfehlung nicht gefolgt.

4.3.2.6 Kinderzentrum (KiZ) 8, Hartmann-Ibach-Straße 60, Sanierung und Nutzungserweiterung

Das in einer ehemaligen Schuldirektorenvilla untergebrachte Kinderzentrum 8 soll saniert und um 21 Betreuungsplätze erweitert werden. Für diese Planung – es handelt sich um ein denkmalgeschütztes Doppelhaus aus den Jahren 1905/1906, das sich in städtischem Besitz befindet – hat der Eigenbetrieb Kita Frankfurt im Februar 2023 Mittel von 5,847 Mio. € für das Investitionsprogramm 2024/25 angemeldet.

Das Gebäude entspricht in vielen Bereichen nicht mehr den heute geltenden energetischen sowie sicherheits- und brandschutztechnischen Anforderungen. Nachdem eine bis 2015 verfolgte Planung, auf der auch die Kostenschätzung der Mittelanmeldung basiert, von einer Nutzung beider Doppelhaushälften als Kinderzentrum ausging, wurden das 1. und 2. Obergeschoss einer Doppelhaushälfte zwischenzeitlich saniert und als Wohnung vermietet. Die nun zur Prüfung vorgelegte Sanierungsmaßnahme umfasst folglich nur noch das sich über beide Haushälften erstreckende Erdgeschoss sowie das 1. und 2. Obergeschoss einer der beiden Doppelhaushälften. Ersten Überlegungen zum vorbeugenden Brandschutz zufolge soll der Bau einer außenliegenden Treppenanlage als 2. Rettungsweg bis ins 2. Obergeschoss zukünftig auch die Nutzung des 2. Obergeschosses durch Kinder und somit eine Erweiterung um eine Hortgruppe ermöglichen.

Die Unterlagen enthalten keine prüfbare Flächenaufteilung, jedoch sind die Grundrisse mit den Flächenangaben für eine Bewertung zunächst ausreichend. Angaben zu den Kosten einer Auslagerung fehlten in der Vorlage, da eine Auslagerungsstätte bisher nicht gefunden wurde.

Das Gebäude ist aufgrund seiner Struktur, der beim Bau verwendeten Materialien sowie seines kulturellen Wertes als Denkmal für eine Nutzung als Kindertagesstätte eher ungeeignet. Die geplante Nutzfläche unterschreitet das vorgesehene Standardraumprogramm für eine viergruppige Einrichtung um etwa ein Drittel. Aufgrund der vorgenannten Randbedingungen muss ein erheblicher finanzieller Aufwand in die Ertüchtigung bzw. den Neubau von Rettungs- und Fluchtwegen investiert werden. Die angemeldeten Gesamtkosten von 5.220.739 €, ohne Risikozuschlag, entsprechen bei einer Nutzfläche von ca. 436 m² einem Kostenkennwert von ca. 11.975 €/m² Nutzfläche. Dieser ist mehr als doppelt so hoch als bei einem Neubau vergleichbarer Größe. Aus diesem Grund stufen wir die Maßnahme als unwirtschaftlich ein.

Wir sehen jedoch aufgrund des fehlenden Flächenangebots im Frankfurter Nordend keine Alternative zur Sanierung des Gebäudes zur weiteren Nutzung als Kindertagesstätte. Eine wirtschaftlichere Durchführung der Maßnahme wurde mit der Entscheidung, die in einer Doppelhaushälfte in den Obergeschossen vorhandenen Flächen als Wohnungen zu vermieten, verhindert.

Die Entscheidungsabfolge zur anderweitigen Nutzung haben wir zum Anlass genommen, um erneut die Einrichtung eines langfristig angelegten Liegenschafts- und Gebäudemanagements zu empfehlen. Damit sollen geeignete Gebäude oder Bau-

grundstücke, z. B. für Schulen und Kinderzentren sowie mehrfach nutzbare Auslagerungsstätten, frühzeitig gesichert, entwickelt und beplant werden können.

Als Ergebnis unserer Prüfung hatten wir mitgeteilt, dass wir keine Einwände gegen die Durchführung der Sanierung und Erweiterung um eine Gruppe haben. Wir hatten jedoch darauf hingewiesen, dass ein Neubau der Kindertagesstätte an anderer Stelle, verbunden mit der anderweitigen Vermarktung des Bestandsgebäudes, als wirtschaftlichere Lösung unberücksichtigt blieb. Die Versorgung mit Kitaplätzen ist nicht strikt an bestimmte Standorte innerhalb des Stadtgebiets gebunden, sondern muss insgesamt sichergestellt sein.

Der Magistrat gab die Planungsmittel für die Gesamtsanierung des KiZ 8 im Juni 2023 frei.

4.3.2.7 Haushaltsanmeldungen zum Investitionsprogramm, Sachstand und Mängel im Jahr 2023

In den letzten Jahren haben Qualität und Inhalt von Haushaltsanmeldungen zum Investitionsprogramm deutlich nachgelassen. Bei verschiedenen Projekten erhielten wir Hinweise von Ämtern und Betrieben, dass kurzfristig eine Haushaltsanmeldung unter strengen Terminvorgaben erstellt werden musste.

An die Voraussetzungen zur Haushaltsanmeldung sind Vorgaben geknüpft. U. a. ist laut AGA II, Ziffer 4.2, eine qualifizierte Kostenschätzung auf Basis eines planerischen Vorentwurfs gemäß Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) erforderlich. Ebenso muss ein möglichst aktueller Bedarfsnachweis vor Planungsbeginn vorliegen. Es ist ein Nachweis der Wirtschaftlichkeit der gewählten Methode zur Bedarfsdeckung mit Hinweis auf § 12 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vorzulegen usw.

Im Berichtszeitraum 2023 wurde aus zeitlichen Gründen i. d. R. zunächst auf eine qualifizierte Kostenschätzung verzichtet. Das ist nachvollziehbar, weil eine qualifizierte Kostenschätzung als HOAI-Leistung eine entsprechende Planungsleistung im Rahmen einer Vorplanung erfordert. Eine qualifizierte Kostenschätzung kann nicht ad hoc erstellt werden. Deshalb wurden aufgrund von Zeitnot alternativ sogenannte Grobkostenschätzungen, Grobkostenschätzungen mit pauschalen Annahmen, Grobkostenschätzungen basierend auf BKI-Kennwerten und ABI-Vergleichsobjekten, Grobkostenschätzungen aus vergangenen Jahren mit entsprechenden Zuschlägen, Kostenschätzungen ohne detaillierte Planung, Kostenschätzungen auf Basis bereits realisierter Vergleichsbauten ohne Planung usw. verwendet. Es gab vereinzelt auch Haushaltsanmeldungen auf Basis von Machbarkeitsstudien.

Die Erstellung einer Kostenschätzung basiert auf den Leistungsphasen „Grundlagenermittlung“ und „Vorplanung“ der HOAI, die etwa 10 % des Planungshonorars erfordern. Eine Planung kann mehrere Monate (z. B. bei Kinderzentren) bis mehrere Jahre (z. B. große Schulen) dauern. Dies ist bei Entscheidungen, eine Haushaltsanmeldung erstellen zu lassen, zu berücksichtigen. Insofern sind Entscheidungen zur Haushaltsanmeldung, die ad hoc getroffen werden, nicht zielführend. Gleiches gilt für Entscheidungen zur Haushaltsanmeldung, deren Zustandekommen deutlich länger dauert als die notwendige Planungsphase für die Kostenschätzung, die der Haushaltsanmeldung zugrunde liegt.

Wir haben festgestellt, dass Projekte über verschiedene Zeiträume wiederholt neu angemeldet werden, teils mit langen Wartezeiten dazwischen, mit alten Planungen und pauschalen Kostenzuschlägen oder sonstigen Platzhaltern und Pauschalangaben oder auch mit abgeänderter oder neuer Planung. Dadurch wurden mehr Projekte angemeldet als unter Ausnutzung aller Ressourcen hätten gebaut werden können. Auskunftsgemäß blieben durch die ressourcenbeanspruchenden Haushaltsanmeldungen auch ausführungsreife Projekte liegen, weil die ohnehin knappen Personalkapazitäten dadurch anderweitig gebunden wurden.

Zu den Unterschieden zwischen einer Grobkostenschätzung und einer qualifizierten Kostenschätzung ist anzumerken:

Gemäß den städtischen „Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen“ und dem Leistungsbild der HOAI sind bereits in der Vorplanungsphase für die Kostenschätzung wesentliche städtebauliche, gestalterische, funktionale, technische, bauphysikalische, wirtschaftliche und energiewirtschaftliche Vorgänge und Bedingungen zu klären und zu erläutern. Diese Ausführungen fehlen bei einer Grobkostenschätzung ganz oder teilweise.

Es kann daher bei einer Grobkostenschätzung auch nicht beurteilt werden, ob die von den städtischen Gremien beschlossenen Verpflichtungen zur Ressourcenschonung, Nachhaltigkeit und Nutzung erneuerbarer Energien eingehalten werden. Wichtige Grundlagen, wie z. B. die Auswahl einer wirtschaftlichen Bauweise, vergaberechtlichen Fragen, Grundlagen für die Baustellenlogistik, die Genehmigungsfähigkeit, Schadstoffe, Gründung, medientechnische Erschließung etc., sind zu diesem Zeitpunkt meist noch nicht geklärt.

Aufgrund der fehlenden Planungsvarianten kann auch deren Wirtschaftlichkeit nicht untersucht werden, z. B. ob saniert werden kann oder neu gebaut werden muss.

Es sind häufig genau diese Mängel und fehlenden Bestandteile der Kostenermittlungen, die später als Begründungen für Mehrkosten, veränderte Planungen, erneute Vorlagen und Terminverzögerungen angeführt werden.

In Ausnahmefällen und mit entsprechenden Begründungen kann es möglich sein, dass für Haushaltsanmeldungen nicht immer eine qualifizierte Kostenschätzung vorgelegt werden kann. Bei Beachtung der vorgenannten Hinweise müssen jedoch Grobkostenschätzungen auf wenige Einzelfälle beschränkt werden. Bei den Haushaltsanmeldungen im Berichtsjahr 2023[18] waren Grobkostenschätzungen jedoch der Regelfall. Über den Berichtszeitraum hinausblickend, hat sich dies bei den Haushaltsanmeldungen in 2024[19] weiter verstärkt.

Aus diesem Grund haben wir bereits bei den Haushaltsanmeldungen in 2024 darauf hingewiesen, dass eine Neustrukturierung des Anmeldeprozesses zum Investitionshaushalt notwendig ist. Unseren Prüfberichten haben wir deshalb diesen Hinweistext vorangestellt:

“Wir weisen darauf hin, dass Anmeldungen zum Investitionshaushalt nur dann sinnvoll sind, wenn damit zu rechnen ist, dass die beantragten Mittel aufgrund der aktu-

[18] Doppelhaushalt 2024/2025.
[19] Doppelhaushalt 2026/2027.

ellen Haushalts- und Beschlusslage auch tatsächlich veranschlagt und in das Investitionsprogramm (IPG) aufgenommen werden. Der gesamte Haushaltsaufstellungsprozess sollte entsprechend neu strukturiert und definiert werden.

Da die finanziellen Ressourcen begrenzt sind, empfehlen wir, die geplanten Maßnahmen in ihrer Rangfolge zu priorisieren und dies transparent darzustellen. Hierzu sollte innerhalb des Bildungsdezernats ein Prozess definiert und verbindlich festgelegt werden."

Bei den Haushaltsanmeldungen in 2023 wurden insgesamt 47 vorgesehene Planungen von uns geprüft und die Prüfungsergebnisse, wie vorgesehen, der Stadtkämmerei mitgeteilt. In mindestens 36 Fällen, die alle Hochbauprojekte betrafen, lag keine qualifizierte Kostenschätzung vor.

4.3.3 Prüfung der Bauvorlagen (Vorprüfung)

4.3.3.1 Allgemeines

Die Vorprüfung hat für eine Projektrealisierung grundlegende Bedeutung, da wesentliche Einsparpotentiale am wirkungsvollsten in der Anfangsphase einer Planung realisiert werden können. Mängel in der Planung führen regelmäßig zu Kostensteigerungen, Zeitverzögerungen oder/und Qualitätsmängeln. Deshalb sollen die Vorlagen dem Revisionsamt rechtzeitig zur Prüfung zugeleitet werden. Gleiches gilt auch für die Maßnahmen zur Aufnahme in das Investitionsprogramm.

Die Prüfung der Bauvorlagen hat u. a. folgende inhaltliche Schwerpunkte:

- Angabe und Einhaltung der in den Haushaltsplänen ausgewiesenen Gesamtkosten der Investitionsmaßnahme sowie Angabe und Angemessenheit der Folgekosten,
- Wirtschaftlichkeit der Gesamtmaßnahme, insbesondere, ob die Funktionalität und die geplante Durchführung den gesetzten Zielen entsprechen und die wirtschaftlichste Lösung, auch unter Einbeziehung der Folgekosten, erarbeitet wurde,
- Vorhandensein und Plausibilität der Bedarfsanalyse und Grundlagenermittlung,
- Übereinstimmung der Planung mit dem Raumprogramm bei Hochbaumaßnahmen,
- technische Ausführung unter Beachtung der allgemein anerkannten Regeln der Technik,
- Einhaltung der in der HOAI festgeschriebenen Regelungen bei den Honorarberechnungen der beauftragten Architekten und Fachingenieure,
- realistische und marktkonforme Veranschlagung der Kosten und ggf. deren Korrektur sowie
- Plausibilität der Massenansätze und ggf. deren Richtigstellung.

Die Durchführung von Baumaßnahmen soll sparsam und wirtschaftlich erfolgen (§ 92 HGO). Es ist Aufgabe der Bauherren und Planer, diese Ziele einzuhalten und entsprechend zu planen. Für eine Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist wesentlich,

dass die jeweilige Baumaßnahme mit allen Randbedingungen ausreichend beschrieben und dargestellt wird.

Dazu ist bei Baumaßnahmen i. d. R. die Erstellung von Wirtschaftlichkeitsvergleichen gemäß § 12 GemHVO erforderlich. Der Magistrat hat hierzu mit MB Nr. 113 vom 05.02.2016 die „Richtlinie zu Wirtschaftlichkeitsvergleichen gemäß § 92 Abs. 2 HGO und § 12 GemHVO“ beschlossen, welche in den NaSt Nr. 02/2016 veröffentlicht wurde. Die Richtlinie wurde vom Magistrat überarbeitet, mit MB Nr. 374 vom 30.03.2020 in aktualisierter Fassung beschlossen und in der AGA II, Abschnitt 4.2 sowie in den NaSt 03/2020 stadtintern bekannt gemacht. Spätestens im Rahmen der Bearbeitung von Bauvorlagen ist die Erstellung von Wirtschaftlichkeitsvergleichen gemäß den städtischen Vorgaben erforderlich (siehe auch Tz. 4.3.2.1).

Im Rahmen der Vorprüfung erfolgen auch die Prüfungen der Anträge auf die Genehmigung von Raumprogrammen bzw. Flächenprogrammen, die den Umfang jeder Hochbaumaßnahme definieren und die Grundlage für die weitere Planung bilden. Dieser elementare Planungsschritt „Genehmigung des Raumprogramms bzw. Flächenprogramms“ wird von einzelnen Bauherrenämtern häufig vernachlässigt und anschließend zu einem zu späten Zeitpunkt zusammen mit der Bau- und Finanzierungsvorlage zur Genehmigung beantragt.

Es kann der Eindruck entstehen, dass die frühe Festlegung auf einen verbindlichen Umfang der Planung aus verschiedenen Gründen vermieden wird. Mit einer verspäteten Vorlage des Raumprogramms bzw. Flächenprogramms gehen häufig Planungsänderungen einher, die nicht nur den Bauablauf verzögern, sondern auch erhebliche zusätzliche Planungs- und unnötige Baukosten verursachen können.

Ein Verzicht auf die frühzeitige Genehmigung des Raumprogramms ist lediglich für Maßnahmen zulässig, für die die Stadtverordnetenversammlung ein Modellraumprogramm (bzw. zukünftig auch ein Modellflächenprogramm) beschlossen hat. Dies trifft überwiegend auf bestimmte Gebäudetypen zu, wie z. B. Grundschulen, Gymnasien, integrierte Gesamtschulen, aber auch auf Kindertagesstätten, Jugendhäuser und Sporthallen.

4.3.3.2 Platzgestaltung an der Dreikönigskirche / Illumination der Dreikönigskirche (Vorprüfung)

Am Jahresende 2022 wurde die Bau- und Finanzierungsvorlage zur Platzgestaltung an der Dreikönigskirche zur Prüfung vorgelegt. Die Planung sieht die Erneuerung der Verkehrsflächen um das Kirchengebäude sowie die Anpassung des nördlichen Gehweges für den barrierefreien Zugang zur Kirche vor. Außerdem soll die Illumination des Kirchengebäudes und die Sanierung des Brunnens einschließlich der Erneuerung der Brunnentechnik erfolgen. Beantragt wurden hierfür Investitionskosten von 5,044 Mio. €.

Die Planung basiert auf Beschlussvorlagen aus dem Jahr 2014. Damals wurden Kosten von 2,372 Mio. € genannt. Die jetzige Kostensteigerung lässt sich nicht allein auf die allgemeinen Preissteigerungen und Auswirkungen von Kriegsereignissen zurückführen. Bereits in unserer Stellungnahme in 2014 hatten wir auf kostenreduzierende Alternativen hingewiesen. Diesen Hinweisen wurde nicht gefolgt.

Gemäß der Bau- und Finanzierungsvorlage betragen die reinen Baukosten für die Platzumgestaltung 3,7 Mio. €. Die reinen Herstellkosten von rund 984 €/m² Platzflä-

che liegen im oberen Preissegment. Wir werten dies als Indiz dafür, dass die Wirtschaftlichkeit bei der Planung keine hohe Priorität hatte.

Die Planung enthält keine wesentlichen Hinweise auf klimaverbessernde Maßnahmen, entsprechend der Klimaanpassungsstrategie 2.0, außer großen Baumscheiben, die Teile des Niederschlagswassers aufnehmen können. Wir haben empfohlen, diesbezüglich weitere Maßnahmen zu treffen.

Der Kostenansatz für die Illumination beträgt 594.000 €. Dieser wurde zuvor, inklusive Mehrkostenvorlage, vom Magistrat genehmigt und ist in der aktuellen Bau- und Finanzierungsvorlage enthalten. Die Planung der Illumination stammt nahezu unverändert aus dem Jahr 2020, mit Planungskosten von rund 55.000 €. Gemäß der Bau- und Finanzierungsvorlage erhöhen sich die Planungskosten für die Illumination auf 101.000 €. Eine Begründung für die nahezu Verdoppelung der Planungskosten liegt nicht vor.

Für die neue Brunnentechnik sind Kosten von etwa 234.000 € vorgesehen. Wir hatten darauf hingewiesen, dass wir ein Sicherungskonzept gegen eine Vermüllung für den Brunnen empfehlen, damit dieser dauerhaft als Trinkbrunnen nutzbar bleibt.

Wir hatten empfohlen, die Vorlage unter Berücksichtigung unserer Empfehlungen und Hinweise zu beschließen. Der Magistrat hat der Maßnahme zugestimmt und den Vortrag an die Stadtverordnetenversammlung M 71 vom 26.05.2023 beschlossen. Diese stimmte dem M-Vortrag mit § 3596 vom 11.07.2024 zu.

4.3.3.3 Kinderzentrum (KiZ) 56, Dornbusch, Eckernförder Straße 67, Abriss und Neubau, inklusive Auslagerung und Erweiterung um eine Gruppe für Kindergartenkinder (Vorprüfung)

Das viergruppige Bestandsgebäude des Kinderzentrums (KiZ) 56 ist aufgrund der schlechten Bausubstanz nicht sanierungsfähig. Es soll durch einen Neubau ersetzt werden. Damit können auch die bestehenden Baugrundprobleme gelöst werden, die zu Schäden am Bestandsgebäude geführt haben.

Für die geplante Baumaßnahme waren 10,399 Mio. € vorgesehen, einschließlich der Kosten für Auslagerung. Die Ende 2022 zur Prüfung vorgelegten Planunterlagen waren umfänglich, technisch in sich schlüssig und weitgehend nachvollziehbar. Ebenso lagen die grundsätzlich notwendigen Berechnungsunterlagen nahezu vollständig vor.

Wir hatten empfohlen zu prüfen, ob die geplanten außenliegenden Treppenhäuser, der Fluchtbalkon und der Dachüberstand im Obergeschoss als aufgeständerte Stahlkonstruktion ausreichend sind, im Vergleich zur geplanten, massiven Stahlbetonkonstruktion. Weiterhin hatten wir auf die Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen verwiesen. Demzufolge sollte u. a. die Möglichkeit einer, bisher in der Planung nicht berücksichtigten, Fassadenbegrünung geprüft werden. Ebenso sollten zur Aktivierung des Speichervermögens der sommerlichen Nachtkühle, die Stahlbetondecken nur abschnittsweise mit abgehängten Decken verkleidet werden.

Die Abhanghöhe der Zwischendecke sollte auf maximal 35 cm begrenzt werden. Dadurch sind Einsparungen von 21.000 € möglich. Der geplante Einbau eines Plattformliftes anstelle eines teuren Personenaufzuges ist begrüßenswert. Darüber hinaus haben wir empfohlen, auf die vollständige Umschließung (Einhausung) des

Plattformlifts mit massiven Wänden zu verzichten, da zur Befestigung des freistehenden Lifts eine Wand ausreichend ist. Aus Gründen der Kostenersparnis hatten wir den Verzicht auf die Einhausung des Müllplatzes (12.000 €) sowie des Farbasphalts des “Rädchenweges“ empfohlen. Für die Farbgestaltung der Deckschicht waren 20.000 € vorgesehen. Wir hatten uns stattdessen für deutlich preisgünstigeren Standardasphalt mit Farbeinstreuungen ausgesprochen.

Im Zusammenhang mit dem Raumprogramm für die fünfgruppige Einrichtung hatten wir auf folgenden Sachverhalt hingewiesen:

Obwohl der geplante Neubau des KiZ 56 die Flächenvorgaben des Standard-Raumprogramms (§ 3871 vom 14.11.2013; M 170 vom 20.09.2013) für fünfgruppige Kindertageseinrichtungen einhält, wird deutlich, dass noch Optimierungspotenzial vorhanden ist. Im Zuge der Mittelanmeldung 2024/2025 haben wir Investitionskostenanmeldungen für mehrere siebengruppige Kindertageseinrichtungen geprüft. In diesen Fällen waren deren Programmflächen aufgrund des kompakten Planungsentwurfs mit 1.200 m² lediglich um 85 m² größer als die des fünfgruppigen KiZ 56. Wie der kompakte Entwurf der siebengruppigen Kindertageseinrichtung zeigt, ermöglicht es eine gut geplante Architektur, ohne Qualitätseinbußen bei der Kinderbetreuung, mit geringeren Flächen als denen des Standard-Raumprogramms auszukommen. Aus wirtschaftlichen Gründen sollte es daher immer eines der Planungsziele eines städtischen Gebäudes sein, die zulässigen Programmflächen ohne Qualitätseinbußen bei der Kinderbetreuung noch zu optimieren.

Wir haben dem Magistrat empfohlen, die Vorlage unter Berücksichtigung unserer Prüfungsfeststellungen zu beschließen. Der Magistrat hat der zugestimmt und den Vortrag an die Stadtverordnetenversammlung M 73 vom 26.05.2023 beschlossen. Diese stimmte dem M-Vortrag mit § 3598 vom 20.07.2023 zu.

4.3.3.4 Michael-Ende-Schule, Grundschule Außenstelle, Niddagaustraße 29, Austausch und Erweiterung einer Containeranlage (Vorprüfung)

Auf dem Gelände der Außenstelle der Michel-Ende-Schule ist die Grundschule der verbundenen Grund-, Haupt- und Realschule untergebracht.

Neben dem Hauptgebäude, der Turnhalle und der im Jahr 2017 neu errichteten zweigeschossigen Holzmodulcontaineranlage befinden sich auch mehrere Stahlpavillons auf dem Grundstück. Diese eingeschossigen Stahlpavillons aus den Jahren 2011 und 2015 sowie die zweigeschossigen Stahlpavillons aus dem Jahr 1994 sind abgängig. Diese sollen durch eine eingeschossige Stahlcontaineranlage für die Essensversorgung und eine dreigeschossige Stahlcontaineranlage mit Unterrichts- und Betreuungsräumen am gleichen Standort ersetzt werden.

Dafür ist beabsichtigt, einen Teil der bisherigen Mietcontaineranlage des Provisoriums der Judith-Kerr-Schule am Riedberg (Grundschule Riedberg III) zu verwenden und weiter anzumieten.

Gegen Jahresende 2022 erhielten wir die Unterlagen “Austausch und Erweiterung einer Containeranlage“ an der Michael-Ende-Schule, einer Grundschule in Rödelheim, zur Prüfung. Es handelt sich um eine Bauunterhaltungsmaßnahme mit Gesamtkosten von 2,852 Mio. €.

Die den Unterlagen beigefügte Baugenehmigung sah eine befristete Aufstellung der Containeranlage für zwei Jahre vor. Da eine Bedarfsmeldung für einen möglichen Erweiterungsneubau noch nicht vorlag, ging das ABI von einer Anmietung der Containeranlage für mindestens vier Jahre aus, entsprechend der vorliegenden Kostenberechnung. Intern wurde uns mitgeteilt, dass auch längere Standzeiten der Containeranlage von bis zu acht Jahren nicht ausgeschlossen werden könnten.

Wir hatten empfohlen, eine nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsrechnung bezüglich Miete, Kauf sowie Miete und Rückkauf der Containeranlage vorzulegen. Die noch nicht erstellte Vergleichsberechnung möglicher Varianten bei langen Mietzeiten - im vorliegendem Fall voraussichtlich mehr als 48 Monate - sollte nachgeholt werden.

Wir hatten die geplante elektrische Direktheizung der Containeranlage kritisiert. Diese widerspricht den Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen und den Klimaschutzzielen der Stadt Frankfurt. Im Vergleich zu einem Wärmepumpensystem sind damit während einer Betriebsdauer von acht Jahren zusätzliche Stromkosten von rund 130.000 € verbunden sowie zusätzliche Treibhausgase von ca. 133 Tonnen CO_2.

Wir hatten ebenfalls darauf hingewiesen, dass wir eine aufwändige Entwässerungsplanung für dieses temporäre Gebäude mit vergleichsweise kurzer Standzeit für unangemessen halten. Es sind rund 180.000 € für eine komplette zusätzliche Dachkonstruktion vorgesehen. Die Dachkonstruktion dient als oberer Abschluss über den Containermodulen, um das anfallende Niederschlagswasser gezielt über außenliegende Fallrohre zum Schutz des Baumbestands in eine Rigole einzuleiten. Unsere Empfehlung lautete, bei zukünftigen Bauvorhaben dringend eine frühzeitige Abstimmung und Absprache mit den jeweiligen Fachämtern und der SEF durchzuführen, mit dem Ziel kostengünstiger Lösungen. Aufwändige Entwässerungsplanungen, auch Gründächer, für temporäre Bauwerke sind kritikwürdig, weil die Kosten nicht im Einklang mit der kurzen Standzeit der Gebäude stehen und diese Investitionen nicht nachhaltig sind.

Die geplanten Investitionskosten konnten einvernehmlich um rund 230.000 € auf 2,622 Mio. € reduziert werden.

4.3.3.5 Gymnasium Römerhof, Am Römerhof 13c, Errichtung eines Schulgebäudes mit Gymnasium in Holzbauweise, Abriss Bowlingcenter, Erweiterung provisorischer Containeranlage (Vorprüfung)

Erste Planungsüberlegungen für das Gymnasium Römerhof stammen aus 2018, und waren Teil des Projektes “Schulbau beschleunigen“. Damals war es ein Ziel, kostenintensive Provisorien zu vermeiden. Der Neubau sollte daher in Anlehnung an die Geometrie des Schulcampus Westend in zwei direkt aufeinander folgenden Bauabschnitten in Holzmodulbauweise hergestellt werden. Die Planungen gerieten ins Stocken und wurden anschließend nicht mehr konsequent weiterverfolgt.

Seit dem Schuljahr 2018/2019 hat das Gymnasium Römerhof den Schulbetrieb in einer provisorischen Containeranlage aufgenommen. Diese muss für die nächsten Jahrgänge erweitert werden, bis der Neubau fertiggestellt ist.

Im März 2023 wurde eine Bau- und Finanzierungsvorlage erstellt. Darin werden Gesamtkosten für das Bauvorhaben von 110,649 Mio. € benannt. Abweichend von den ersten Planungen waren Kostenansätze für Sporthallen- bzw. Sportflächen darin nicht vorgesehen. Die ursprünglich geplante “Kopie“ des Schulcampus Westend

kann mit der aktuellen Planung nicht realisiert werden. Die Kosten für das Gymnasium Römerhof sind mit fortgeschriebenem Baupreisindex des Schulcampus Westend pro Schulplatz um etwa 50 % höher.

Wir hatten kritisiert, dass die Qualität und der Umfang der zur Prüfung vorgelegten Entwurfsplanung für ein 110 Mio. €-Objekt nicht den Anforderungen an eine Bau- und Finanzierungsvorlage entsprachen. Kostenangaben waren unzureichend, die Planung war in Teilen skizzenhaft. Planungsgrundlagen, wie ein qualifiziertes Baugrundgutachten oder die Erschließung, lagen nicht vor bzw. waren nicht geklärt. Die Unterlagen waren unausgereift und enthielten zum Teil lediglich Konzepte und Denkansätze.

Die Beschlussvorlage wurde sechs Monate nach Bereitstellung der Unterlagen dem Revisionsamt zur Prüfung vorgelegt.

Wir hatten auf die zahlreichen Risiken, die mit der ungenügenden Qualität der vorgelegten Unterlagen verbunden waren, hingewiesen und die Beschlussvorlage lediglich zur Kenntnis genommen.

Zudem hatten wir diese Beschlussvorlage zum Anlass genommen, erneut darauf hinzuweisen, dass für eine regelkonforme Bau- und Finanzierungsvorlage aussagekräftige Planungen mit entsprechender Detailtiefe notwendig sind.

Die Beschlussvorlage wurde im September 2023 vom Magistrat bis zur Wiederanmeldung zurückgestellt.

Bis Mai 2024 fanden mehrere Gespräche mit der Projektleitung des ABI statt, in denen wesentliche Fortschritte bezüglich kritischer Punkte erzielt werden konnten. Durch veränderte Planungen konnte der Flächenbedarf innerhalb der zulässigen Grenzen des Planungsrahmens für weiterführende Schulen gehalten werden. Durch weitere Veränderungen konnten die Kosten um rund 6,7 Mio. € reduziert werden.

Die Neufassung der im Dezember 2024 eingereichten Bau- und Finanzierungsvorlage wurde vom Magistrat mit MB Nr. 91 vom 03.02.2025 (im Rahmen der Beschussfassung der Stadtverordnetenversammlung zur Schulbauoffensive[20]) beschlossen.

4.3.3.6 August-Gräser-Schule, Gerolsteiner Straße 2, Bau eines dritten Treppenhauses (Vorprüfung)

Im April 2023 wurde uns die Bau- und Finanzierungsvorlage für den Bau eines dritten Treppenhauses für die August-Gräser-Schule zur Prüfung vorgelegt. Dafür wurden Finanzmittel von 1,563 Mio. € beantragt. Das Schulgebäude steht unter Denkmalschutz. Im Jahr 2012 wurde eine Gefahrenverhütungsschau in dem Gründerzeitgebäude durchgeführt. Zwischenzeitlich wurden zahlreiche Beanstandungen beseitigt.

Mit dem geplanten dritten Treppenhaus soll im Brandfall in allen Gebäudeteilen ein unabhängiger zweiter Rettungsweg zur Verfügung stehen. Dieser ist Bestandteil eines neuen Brandschutzkonzeptes.

[20] § 5161 vom 19.09.2024 (M 95 vom 05.07.2024)

Gemäß Kostenberechnung sind für die Kostengruppe 300 – Baukonstruktionen – Kosten von etwa 855.000 € vorgesehen. Über die Hälfte der kalkulierten Kosten verursachen der Abbruch von drei Geschossdecken und der Einbau einer Stahlbetontreppe. Der Aufwand ist sehr hoch, weil es sich um kleinteilige Arbeiten in einem extrem beengten Umfeld bei laufendem Schulbetrieb und einer erschwerten Andienung der Baustelle handelt. Außerdem sind Provisorien sowie erhöhte Staubschutz- und Reinigungsmaßnahmen erforderlich. Wir haben den Bau dieses Treppenhauses als sehr zeit- und kostenaufwändig bezeichnet und deshalb empfohlen, das neue Treppenhaus als reine Nottreppe und ausschließlich für den Brandfall zu errichten. Im Schulbetrieb sind die beiden vorhandenen Treppen ausreichend. Deshalb ist es möglich, die Treppe als einfache Betonkonstruktion auszuführen, mit einfachem Geländer, ohne Bodenbelag und ohne Holz-Glaswand zum Flur. Weitere Einsparungen sind möglich, wenn die Außentür und die Fenster als separates Los im Rahmen der aktuellen Ausschreibung der Fenster und Außentüren beauftragt werden. Wir erwarten dadurch Minderkosten von mindestens 90.000 €.

Für die KG 400 – Technische Anlagen – werden rund 185.000 € veranschlagt. Wir haben darauf hingewiesen, dass die geplante tageslichtabhängige Beleuchtungsregelung nicht den “Planungsstandards für Schulen“ und nicht den “Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen“ entspricht. Deshalb haben wir empfohlen, die städtischen Standards im Zuge der weiteren Planung umzusetzen und keine höheren Standards zu schaffen. Als Kostenreduktion hatten wir 29.000 € geschätzt.

Wir möchten positiv hervorheben, dass die Elektroplanung (KG 440 und KG 450) vom ABI als Eigenleistung erbracht wurde. Dadurch konnten Planungshonorare von 47.300 € eingespart werden.

Für künftige Bauvorhaben hatten wir empfohlen, frühzeitig alternative und einfachere Brandschutzlösungen in die Planungsüberlegung einzubeziehen.

Wir konnten dem Magistrat empfehlen, für die Baumaßnahme 1,563 Mio. € bereitzustellen. Der Magistrat hat der Maßnahme zugestimmt und den Vortrag an die Stadtverordnetenversammlung M 68 vom 15.05.2023 beschlossen. Diese stimmte dem M-Vortrag mit § 3456 vom 22.06.2023 zu.

4.3.3.7 Südfriedhof, Darmstädter Landstraße 229: Grunderneuerung der Trauerhalle mit historischen Nebengebäuden und Außenanlagen, Neubau Betriebshof, Nebengebäude und Lagerplatz, Abriss bestehender Gebäude (Vorprüfung)

Bei der geplanten Maßnahme auf dem Südfriedhof handelt es sich um die Grunderneuerung der Trauerhalle mit historischen Nebengebäuden, dem Neubau des Betriebshofs als Nebengebäude der Trauerhalle sowie dem Neubau eines Nebengebäudes auf dem Lagerplatz. Damit ist auch der Abriss bestehender Gebäude verbunden. Weiterhin beinhaltet die Maßnahme die Grunderneuerung der Außenanlagen der Trauerhalle und ihrer Nebengebäude sowie den Neubau der Außenlagen im Betriebshof und auf dem Lagerplatz. Für die Baumaßnahmen wurde im Mai 2023 eine Bau- und Finanzierungsvorlage mit 20,6 Mio. € zur Prüfung eingereicht.

Die vorgelegte Planung hatten wir als unwirtschaftlich und verbesserungswürdig bezeichnet. So war u. a. eine Überschreitung der genehmigten Programmflächen für das Sozialgebäude, den Betriebshof, den Carport und die Lagerhalle um etwa 138 m² (entsprechend 22 %) geplant. Wir hatten auf die unangemessen aufwändige Ausführung der Fassade des Sozialgebäudes in der Funktion eines Zweckgebäudes

hingewiesen, mit teuren „Mäander“, Fensterlamellen und durchgefärbtem Beton der Vorsatzschalen. Trotz unserer frühzeitigen Hinweise zur Wirtschaftlichkeit sollte die Fassadenkonstruktion beibehalten werden. Eingefärbter Beton für Außenwände ist nach unserer Einschätzung unwirtschaftlich und im Bauablauf auch aufwändig. Von der Verwendung von eingefärbtem Beton hatten wir abgeraten.

Insgesamt hat sich uns während der Prüfung der Eindruck vermittelt, dass das beauftragte Planungsbüro mehr die eigenen Gestaltungsansprüche und -prinzipien im Fokus hat, als die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der zu bauenden bzw. zu sanierenden Gebäude. Zur Schonung der Ressourcen und aus Gründen der Wirtschaftlichkeit hätte frühzeitig die Entscheidung für einen konventionellen Mauerwerksbau für die Neubauten fallen müssen.

Wir hatten empfohlen, den Standard der bisherigen Planung unter strengen wirtschaftlichen Kriterien zu prüfen. Das Planungsbüro sollte, insbesondere bei der Planung der Funktionsneubauten, aber auch bei der Trauerhalle und dem Totenhaus, zu einer den Gebäudezwecken angemessenen, wirtschaftlicheren Planung angehalten werden. Das Amt für Bau und Immobilien sollte aufgefordert werden, die Planung und die Ausschreibungsunterlagen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu kontrollieren und gegebenenfalls zu korrigieren. Wir hatten darauf hingewiesen, dass mit der in der Bau- und Finanzierungsvorlage dokumentierten Planungstiefe die Bauleistungen nicht ausschreibungsreif waren.

Wir hatten dem Magistrat eine Kürzung der beantragten Finanzmittel auf 18,060 Mio. € und die Berücksichtigung unserer Prüfungsfeststellungen empfohlen.

Die Vorlage wurde anschließend zurückgestellt und überarbeitet. Dabei wurden wirtschaftliche und bautechnische Einwendungen des Revisionsamts berücksichtigt. Dies führte zu einer Kostenersparnis von rund 1,3 Mio. € gegenüber der ursprünglichen Kalkulation des ABI und Grünflächenamts. Die überarbeitete Vorlage wurde im August 2023 neu eingereicht und am 08.09.2023 vom Magistrat als M 148 beschlossen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem M-Vortrag mit § 3993 vom 02.11.2023 zu.

4.3.3.8 Braubachstraße Süd, Sanierung der Nebenfläche und Entwässerungsanlage (Vorprüfung)

Im November 2023 legte das Dezernates XII – Mobilität – den Antrag für die Sanierung einer Nebenfläche in der Braubachstraße vor. Die Bauherrenaufgaben der Stadt Frankfurt sollen für einen Teilabschnitt auf die DomRömer GmbH (im Folgenden DomRömer) übertragen werden.

Die vorgesehene Baumaßnahme dient der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht. Gemäß Antragsunterlagen ist eine von der DomRömer geplante Maßnahme in der Braubauchstraße in der Bauvorbereitung bereits weit fortgeschritten, sodass deren Bauausführung im Frühjahr 2024 beginnen kann. Dabei sollen auch die Anschlussbereiche (westlich bis Ecke Römerberg und östlich bis zur Domstraße) zusätzlich berücksichtigt und von der DomRömer betreut werden.

Der geplante Ausbau der südlichen Braubachstraße von Paulsplatz bis Domstraße erfolgt in drei Abschnitten. Die beiden Anschlussbereiche müssen von der Stadt Frankfurt, vertreten durch das Amt für Straßenbau und Erschließung (ASE), finan-

ziert werden. Die DomRömer soll stellvertretend für das ASE die Bauherrenaufgabe für diese Bereiche übernehmen.

Für die Baumaßnahme werden Herstellkosten von 223.000 € in der Vorlage benannt. Diese beruhen auf einer qualifizierten Kostenschätzung. Sie würden deshalb, abgesehen von Marktschwankungen, nicht überschritten. Außerdem wird in dem Vortrag auf Synergieeffekte bei der Ausführung durch die DomRömer verwiesen. Um welche Synergieeffekte es sich handelt, wird nicht erläutert.

Die uns zur Prüfung vorgelegten Unterlagen waren unvollständig. Auf Nachfrage erhielten wir Planskizzen, ein Kostendeckblatt und einen Vermerk des ASE vom November 2023 zu den veranschlagten Kosten.

Die qualifizierte Kostenschätzung war unvollständig. In der Kostenschätzung sind etwa 70.000 € an zusätzlichen Kosten für die Beleuchtung und Baunebenleistungen (z. B. Ingenieurhonorare etc.) nicht berücksichtigt.

Gemäß dem gültigen Aufgabengliederungsplan der Stadt Frankfurt fällt die geplante Sanierungsmaßnahme in den Zuständigkeitsbereich des ASE. Die Verlagerung von diesen und anderweitig geregelten Bauherrenaufgaben auf die DomRömer fördert Parallelstrukturen in der Stadtverwaltung.[21]

Die städtischen Interessen und die Bauherrenaufgabe für diese Baumaßnahme sind ordnungsgemäß vom ASE zu vertreten. Im ASE liegen die für die Baumaßnahme notwendigen Erfahrungen uneingeschränkt vor.

Sollte die DomRömer anstelle des für Straßenbau zuständigen ASE die Sanierung übernehmen, wird sich die Baumaßnahme mindestens um den Anteil der Projektleitungs- bzw. Projektsteuerungskosten der DomRömer verteuern. Dies hat auch die Stadtkämmerei in ihrer Stellungnahme zutreffend festgestellt.

Synergieeffekte, die man sich durch die Beauftragung dieser Baumaßnahme von der DomRömer erhofft, sind uns nicht bekannt. Wir können diese auch nicht bei anderen Baumaßnahmen erkennen, mit der die DomRömer aktuell betraut ist. Erfahrungen zeigen, dass Parallelstrukturen nicht zum Vorteil der Stadt sind.

Wir hatten dem Magistrat empfohlen, diese Vorlage nicht zu beschließen. Unserer Beschlussempfehlung konnte sich der Magistrat nicht anschließen (MB Nr. 813 vom 05.08.2024). Mit der Baumaßnahme wurde von der DomRömer im Januar 2025 begonnen.

4.3.3.9 Austausch von Gasleuchten: Erhöhung der Mittel (Vorprüfung)

Im November 2023 erhielten wir einen Antrag des Dezernats XII – Mobilität – über eine gewünschte Erhöhung der Budgetmittel um 3,8 Mio. € zur Umrüstung der bestehenden Gasleuchten auf elektrische Straßenleuchten. Die Eilbedürftigkeit des Antrags wurde damit begründet, dass die geforderten Mittel noch im damals aktuellen Jahr benötigt würden.

[21] Siehe hierzu auch Tz. 4.1.2.1.

Das Revisionsamt hat bereits mehrfach die Umrüstung der Gasleuchten auf elektrische Straßenleuchten geprüft, letztmalig mit Bericht der Revision, B 2014/0001, vom 10.12.2021. Darin heißt es in „Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse“ u. a.:

(2) Bei Fortsetzung der derzeitigen Realisierungsquote ist mit einem Projektabschluss im Jahr 2042 zu rechnen. Die Projektlaufzeit würde sich damit von den geplanten 12 Jahren auf 29 Jahre verlängern.

(5) Wenn wirtschaftlich gehandelt, Ressourcen geschont, der CO_2-Ausstoß reduziert und die Klimaschutzziele der Stadt Frankfurt am Main eingehalten werden sollen, dann kann dies kaum zielführender und effektiver als mit dem beschleunigten Austausch der Gasleuchten geschehen. Dieser wird aus Sicht des Revisionsamts dringend empfohlen.

(6) Aus wirtschaftlichen und gleichermaßen ökologischen Gründen ist der Weiterbetrieb der Gasleuchten bzw. deren verzögerter Rückbau nicht vertretbar.

Zum damaligen Zeitpunkt waren lediglich ca. 1.800 und somit nur ca. 1/3 der ursprünglich 5.467 Gasleuchten umgerüstet. Zur Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt Frankfurt ist es auch in den kommenden Jahren erforderlich, Finanzmittel für den beschleunigten Austausch der Gasleuchten bereitzustellen. Dabei wird die Einhaltung städtischer und allgemeingültiger Haushaltsgrundsätze vorausgesetzt. Mit diesem Hinweis hatten wir keine Einwände gegen die Beschlussvorlage.

4.3.3.10 Gymnasium Süd, Diesterwegstraße 11, temporäre Aufstellung einer zweigeschossigen und eingeschossigen Containeranlage für Klassenräume und Mensa als Stahlcontaineranlage (Vorprüfung)

Das Gymnasium Süd, das im September 2022 sechszügig mit der fünften Jahrgangsstufe eröffnet wurde, ist zurzeit in dem Gebäude der ehemaligen Wallschule untergebracht. Für den nächsten Jahrgang ab September 2023 sind weitere Klassenräume und eine Mensa für alle Schüler*innen erforderlich. Diese Räume sollen in einer gemieteten Stahlcontaineranlage auf dem Schulhof errichtet werden.

Für die geplante temporäre Containeranlage sind gemäß einer Kostenschätzung vom Dezember 2022 netto rund 1,882 Mio. € veranschlagt. Wir halten den Kostenansatz für diese Bauunterhaltungsmaßnahme für auskömmlich.

Die vorgelegten Unterlagen entsprechen lediglich einer Kostenschätzung anstatt der erforderlichen Kostenberechnung. Ebenso fehlte für Kostengruppe 400 – Technische Anlagen – die geforderte Qualität einer Entwurfsplanung.

Wir hatten darauf hingewiesen, dass die Planung lediglich Räume für einen neuen Jahrgang des Gymnasiums ab August 2023 berücksichtigt. Bleibt die Schule ein weiteres Jahr an dem Standort, ist eine Aufstockung der Container ab dem Schuljahr 2024/25 erforderlich. Diese Kosten waren in der Vorlage nicht berücksichtigt.

Beim günstigsten Angebot für die Containeranlagen fiel auf, dass der Angebotspreis für die Module recht niedrig ist, dafür jedoch die Mietkosten hoch angesetzt wurden. Falls das Gebäude länger als die geplanten zwei Jahre genutzt wird, wovon auszugehen ist, würde sich dieser Mietzins ungünstig auf die Projektkosten auswirken.

Wir hatten auch in diesem Fall darauf hingewiesen, dass die Entwässerungsplanung für ein temporäres Gebäude mit der vorgesehen kurzen Standzeit von zwei Jahren einen unangemessen hohen Aufwand darstellt. Deshalb hatten wir eine nochmalige Abstimmung mit dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung Frankfurt am Main (SEF) empfohlen, damit eine pragmatische und kostengünstige Lösung gefunden wird. Die Planung sah ein zusätzliches Pultdach mit einer gezielten Entwässerungsführung auf den beiden Containeranlagen vor. Außerdem sollten zwei Zisternen für die Rückhaltung des Niederschlagswassers gebaut werden.

Wir hatten die Kostenschätzung mit Hinweis auf unsere Prüfungsfeststellungen lediglich zur Kenntnis genommen.

4.3.3.11 Stadtentwässerung Frankfurt, Abwasserreinigungsanlage Sindlingen, Neubau der Schlammtrocknungs- und -verbrennungsanlage (Vorprüfung)

In der Abwasserreinigungsanlage Sindlingen wird der bei der Abwasserreinigung anfallende Rohschlamm seit ca. 30 Jahren mit Hilfe einer Rohschlammverbrennungsanlage verbrannt. In einer Machbarkeitsstudie von 2010 zur Zukunft der Klärschlammbehandlung der Stadtentwässerung Frankfurt am Main (SEF), wurde empfohlen, die vorhandene Rohschlammverbrennungsanlage durch eine Kombinationsverfahrensanlage mit Schlammfaulung und Faulschlammverbrennung zu ersetzen. Mit dem Wechsel der Verfahrenstechnologie sollten auch der Energieverbrauch optimiert und die Eigenstromproduktion erhöht werden.

Die Entscheidung zugunsten der Kombinationsverfahrensanlage wurde mit einer umfangreichen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung abgesichert. Dabei wurden auch die Stoffströme und Energiebilanzen untersucht und bewertet.

Die Kombinationsverfahrensanlage besteht aus zwei großen Teilprojekten, der Schlammfaulung und der Faulschlammverbrennung (Schlammtrocknungs- und -verbrennungsanlage).

Mit der Planung der Faulschlammverbrennung wurde zeitversetzt nach dem Teilprojekt Schlammfaulung begonnen. Ende 2022 wurde uns die Entwurfsplanung der Faulschlammverbrennung zur Prüfung vorgelegt. Darin werden Gesamtkosten für diesen Anlagenteil von rund 260 Mio. € prognostiziert, hochgerechnet auf das Jahr 2025.

Im Januar 2023 hatten wir über das Ergebnis der Prüfung der Faulschlammverbrennung berichtet. Wir hatten festgestellt, dass die Entwurfsplanung nicht in allen Teilen vollständig bzw. abschließend fertiggestellt war, entsprechend der Leistungsphase 3 der HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure). Zur Absicherung der Investitionsentscheidung für die Faulschlammverbrennung hatte die SEF zuvor eine Marktbeobachtung mit Wirtschaftlichkeitsvergleich beauftragt.

Dieser Wirtschaftlichkeitsvergleich wurde für die beiden Varianten “externe Klärschlammentsorgung“ sowie “Verbrennung in eigener Anlage der SEF“ durchgeführt. Im Ergebnis wird dargelegt, dass sich die Verbrennung in SEF-eigenen Anlage, trotz hoher Erstinvestitionen, auf einen Betrachtungszeitraum von 30 Jahren, insgesamt kostengünstiger darstellt, als die Entsorgung des Klärschlamms in einer externen Verbrennungsanlage.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Kostenentwicklung und unter der Voraussetzung, dass sich die Risiken bei beiden untersuchten Varianten im Wesentlichen gleich hoch darstellen, ist das Ergebnis des Wirtschaftlichkeitsvergleichs aus Sicht des Revisionsamts nachvollziehbar und plausibel.

Eine eigene Faulschlammverbrennungsanlage ist nicht nur kostengünstiger. Sie ist zudem für die Betriebssicherheit der gesamten Klärschlammbehandlung und damit für den Abwasserreinigungsprozess in der Stadt Frankfurt von entscheidungserheblicher Bedeutung.

Im August 2023 wurde uns die fortgeschriebene Kostenberechnung für das erste Teilprojekt „Schlammfaulung“ vorgelegt. Darin wurde mitgeteilt, dass sich die prognostizierten Kosten auf etwa 330 Mio. € erhöhen werden. Die Gesamtkosten für beide Teilprojekte der Kombinationsverfahrensanlage betragen demzufolge etwa 590 Mio. € (Stand: 12.2022).

Ergänzend wurde im Januar 2024 bekannt, dass bereits in 2023 in Absprache mit dem Dezernat XII – Mobilität – hinsichtlich des zweiten Teilprojekts eine Alternative für den Betrieb einer Verbrennungsanlage gemeinsam mit einem Dritten außerhalb des SEF-Betriebsgeländes untersucht wird. Erwartet werden hierfür Minderausgaben von rund 200 Mio. € gegenüber dem Bau einer betriebseigenen Faulschlammverbrennungsanlage. Auskunftsgemäß waren die dafür notwendigen Untersuchungen bereits fortgeschritten. Die dadurch bedingten zeitlichen Verzögerungen im laufenden Planungsprozess wurden mit sechs Monaten benannt. Die weitere Planung der eigenen Faulschlammverbrennungsanlage wurde bis zur weiteren Klärung vorerst gestoppt.

Zwischenzeitlich ist absehbar, dass die Untersuchung einer gemeinsamen Verbrennungsanlage mit dem Dritten (Fremdanlage) deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen wird, als ursprünglich gedacht. Mittlerweile ist mehr als ein Jahr vergangen (Stand: Februar 2025). Erst gegen Jahresende 2024 wurde die Bestandserfassung dieser Fremdanlage von der SEF beauftragt. Diese Bestandserfassung stufen wir als Grundlagenermittlung ein. Sie ist die Basis für den Entscheidungsprozess. An diesem sind nachfolgend verschiedene Ämter und Gremien hinsichtlich einer Genehmigung des Vorhabens zu beteiligen.

Die Entscheidung, zum jetzigen Zeitpunkt als Alternative zur Verbrennung in einer eigenen Anlage der SEF eine gemeinsame Verbrennungsanlage außerhalb der SEF zu untersuchen, ist aus Sicht des Revisionsamts nicht nachvollziehbar. Die Höhe der beabsichtigten Einsparung erscheint unrealistisch. Die Risiken der Fremdanlage sind nicht bekannt. U. E. besteht bei einer längeren Unterbrechung des komplexen Planungsprozesses des zweiten Teilprojekts die Gefahr, diesen aus verschiedenen Gründen nicht fortsetzen zu können. Ggf. entstehen dadurch zusätzliche Kosten und zusätzlicher Verkehr durch den Transport des ausgefaulten Schlamms.

4.3.4 Prüfung der Mehrkostenvorlagen

4.3.4.1 Allgemeines

Regelungen zu Mehrkosten sind in den Allgemeinen Bewirtschaftungsvorschriften (ABV) als Anlage zur Haushaltssatzung enthalten. Unverzüglich nach Bekanntwerden, dass sich die finanziellen Belastungen (Gesamtausgaben abzüglich Gesamteinnahmen) einer Investitionsmaßnahme gegenüber der aktuellen Beschlussfas-

sung durch Stadtverordnetenversammlung oder Magistrat erhöhen, ist anhand des in den ABV dargestellten Schemas zu prüfen, ob die Bewilligung dieser Mehrbelastungen notwendig ist bzw. wer dafür zuständig ist.

Mehrkostenvorlagen ab 500.000 € sind dem Revisionsamt zur Prüfung vorzulegen. Die Prüfung erfolgt im Wesentlichen analog den Prüfungen der Bauvorlagen. Bei Mehrkostenvorlagen ist besondere Sorgfalt bei der Ursachenanalyse und den Begründungen für Art und Umfang der Mehrkosten sowie eine klare Gliederung und Zuordnung zu den jeweiligen Gewerken erforderlich. Da trotz Mehrkosten häufig an anderer Stelle auch Minderkosten im Projekt entstehen, sind die jeweiligen Kostenveränderungen sehr genau aufzuschlüsseln und zu dokumentieren, damit die notwendige Transparenz im Gesamtprojekt erhalten bleibt. Keineswegs genügt bei der Ursachenanalyse und Begründung die pauschale Aussage “Marktsituation etc.“.

Wir hatten bereits wiederholt auf Verbesserungspotentiale bei der Dokumentation von Mehrkosten in Beschlussvorlagen hingewiesen, so auch in den Schlussberichten 2013 bis 2015. Das damalige Dezernat II – Planen und Bauen – hatte die unterschiedlichen Sichtweisen bestätigt und darauf hingewiesen, dass diese alsbald geklärt werden müssten. Wir empfehlen nach wie vor, diese Klärung zeitnah durchzuführen.

4.3.4.2 Kinderzentrum Rendeler Straße (KiZ 126), Rendeler Straße 9, Gesamtsanierung Mehrbedarf (Mehrkostenvorlage)

Das Kinderzentrum Rendeler Straße, KiZ 126, ist in einem zweigeschossigen und teilunterkellerten Gebäude, Baujahr 1994, im Stadtteil Bornheim untergebracht. Es bestanden keine grundlegenden Einwände gegen die geplanten Sanierungsarbeiten im Rahmen einer Gesamtsanierung, auch wenn sich beispielsweise die Fassadenarbeiten bereits zum Zeitpunkt der Prüfung in der Ausführung befanden. Bei der Prüfung der Bau- und Finanzierungsvorlage hatten wir bereits darauf hingewiesen, dass wir die damals genannten Kosten von 3,091 Mio. € für nicht ausreichend hielten.

Im April 2023 erhielten wir vom Dezernat XI – Bildung, Immobilien und Neues Bauen – eine Information über den “Mehrbedarf“ für die Gesamtsanierung. Dabei handelt es sich inhaltlich um eine Mehrkostenvorlage über 1,082 Mio. €.

Da sich die Maßnahme bereits in der Durchführung befand und die angemeldeten Gesamtkosten, inklusive der Mehrkostenvorlage, unterhalb der zu erwartenden Vergleichskosten eines Neubaus liegen, hatten wir trotz der unvollständigen Unterlagen keine Einwendungen gegen einen Beschluss dieser Gesamtkosten von 4,173 Mio. €.

Für die Durchführung der Gesamtsanierungsmaßnahme war eine Auslagerung des Kinderzentrums notwendig. Entgegen der ursprünglich geplanten Auslagerung in eine geplante Neuanlage an der Seilerstraße konnte eine bestehende Auslagerungsstätte im Günthersburgpark genutzt werden. Dadurch wurden Kosten gespart, die zur Kompensation für zu erwartende Kostensteigerungen hätten verwendet werden können.

Wir beanstanden, dass diese Kompensation unterblieben ist und trotz der angespannten Haushaltslage der Stadt Frankfurt und der sich schon lange abzeichnenden Mehrkosten von allen Beteiligten keine Maßnahmen zur Kostenminderung ge-

troffen wurden. Im Gegenteil, die ursprünglich festgelegten Qualitätsstandards wurden erhöht. Beispielsweise wurde die Erneuerung des Bodenbelags im Obergeschoss mit der Begründung “Erneuerung des Bodenbelags im OG für ein einheitliches Erscheinungsbild nach erfolgter Sanierung“ durchgeführt. Ebenso wurden die noch im Jahr 2021 geplanten, besonders kostenintensiven drei Waschtischlandschaften mit sieben Plätzen nachträglich auf fünf Waschtischlandschaften mit 16 Plätzen erhöht. Unsere diesbezüglichen Hinweise in unseren vorherigen Prüfungen wurden zudem nicht beachtet. Die Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit wurden unseres Erachtens nicht ausreichend beachtet.

Eine detaillierte Prüfung der Mehrkosten auf deren Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit behalten wir uns Zuge der Bauabrechnungsprüfung vor.

4.3.4.3 Kinderzentrum In der Römerstadt (KiZ 37), In der Römerstadt 117, Abriss, Neubau und Erweiterung um zwei Gruppen (Mehrkostenvorlage)

Im April 2023 erhielten wir vom Dezernat XI – Bildung, Immobilien und Neues Bauen – eine Information über den “Mehrbedarf“ für den Abriss, mit Neubau und Erweiterung des Kinderzentrums 37 “In der Römerstadt“, im Stadtteil Heddernheim. Auch hierbei handelt es sich inhaltlich um eine Mehrkostenvorlage über 3,250 Mio. €. Damit steigen die prognostizierten Gesamtkosten für die siebengruppige Einrichtung auf etwa 11,880 Mio. €, ohne Auslagerungskosten. Wir hatten bereits zuvor darüber berichtet, dass wir diese Herstellkosten für die siebengruppige Kindertagesstätte als außerordentlich hoch betrachten. Die Ursachen dafür sind vielfältig.

Wir hatten bereits in früheren Stellungnahmen detaillierte Vorschläge zu Kosteneinsparungen gemacht. Diese betrafen u. a. die Architektur, die Außenanlage und die technischen Anlagen (Fernwärmeanschluss, überzogene Ansprüche bei den Beleuchtungs-, Sicherheitsbeleuchtungs- und Hausalarmierungsanlagen). Ein Dissens über die Realisierung der Einsparvorschläge konnte bisher nicht überwunden werden.

Die nun zur Prüfung vorgelegten Angaben zum Mehrbedarf und der Mehrkostenvorlage über 3,250 Mio. € sind nicht mit hinreichender Genauigkeit prüfbar. Im Wesentlichen wurden Markt- und Preisentwicklungen berücksichtigt sowie einzelne Mehrarbeiten, die aufgrund fortschreitender Planung noch nachträglich angefallen sind. Die Hauptvergaben sind nach Angaben des ABI noch nicht erfolgt. Ein gewisser Mehrbedarf erscheint grundsätzlich plausibel. Die Höhe der beantragten Aufstockung der bereits beschlossenen und vergleichsweise hohen Baukosten von 8,630 Mio. € können wir daher lediglich zur Kenntnis nehmen. Die Mehrkosten von 3,250 Mio. € enthalten u. E. Puffer, beispielsweise in der Kostengruppe 700 – Nebenkosten/Honorare.

Der Magistrat hat die Mehrkostenvorlage unter Berücksichtigung unserer Empfehlungen und Hinweise beschlossen. Die Mehrkostenvorlage wurde unter Berücksichtigung unserer Empfehlungen und Hinweise als M 96 vom 16.06.2023 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt und von dieser beschlossen (§ 3613).

4.3.4.4 Neubau einer Grundschule mit 5. Kindertageseinrichtung im Europaviertel, Turnhalle und Cafeteria (Mehrkostenvorlage)

Bei dem Gebäudekomplex des Neubaus der 5-zügigen Grundschule mit 6-gruppiger Kindertagesstätte und Zweifeldsporthalle handelt es sich um ein viergeschossiges

Hauptgebäude (EG bis 3. OG) mit Teilunterkellerung (UG) sowie einer angeschlossenen zweigeschossigen Zweifeldsporthalle (UG bis EG). Die Ausführung der tragenden Bauteile wurde so geplant, dass, bei einer künftigen Erweiterung der Grundschule auf eine 6-Zügigkeit, eine Aufstockung um ein weiteres Vollgeschoss ohne nachträgliche Ertüchtigung der tragenden Bauteile realisiert werden kann. Für das Bauvorhaben wurden 44,6 Mio. € veranschlagt. Bei der damaligen Prüfung der Bau- und Finanzierungsvorlage in 2020 hatten wir diese Investitionssumme als sehr hoch bezeichnet.

Im Juli 2023 wurde uns für den Neubau dieser Grundschule eine Mehrkostenvorlage über 18,480 Mio. € zur Prüfung vorgelegt.

Die Ursachen der Mehrkosten sind vielfältig. Dass Mehrkosten in Preissteigerungen durch “äußere, geopolitische Auswirkungen der Corona-Pandemie und dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine“ begründet sind, ist nur teilweise zutreffend. Kostenmehrungen entstehen im vorliegenden Fall durch umfangreiche Änderungen der Planung der Anlagen im weiteren Projektverlauf, nach der Genehmigung der Finanzmittel. Dies lässt vermuten, dass bei Erstellung der Bau- und Finanzierungsvorlage die notwendige Planungsreife noch nicht erreicht war. Zudem wurden vom Revisionsamt empfohlene Einsparmaßnahmen nicht vollständig umgesetzt. Wir mussten auch feststellen, dass in einigen Fällen Einsparmöglichkeiten entgegen vorheriger Zusagen nicht genutzt wurden. Insgesamt vermittelt sich uns dabei der Eindruck, dass die Verpflichtung zum wirtschaftlichen Handeln und sparsamen Umgang mit öffentlichen Finanzmitteln nicht im gebotenen Maß beachtet wurde.

Wir haben sowohl bei den Gewerken der Kostengruppe (KG) 300 – Baukonstruktionen –, als auch bei der KG 400 – Technische Anlagen – Massenmehrungen von bis zu 30 % gegenüber der Entwurfsplanung der Bau- und Finanzierungsvorlage festgestellt. Diese betrafen die Baugrubenplanung, den Erdaushub, aber auch die nachträgliche Veränderung des Tragwerks mit entsprechend geänderter Tragwerksplanung. Auch dies bestätigt den Eindruck, dass die notwendige Planungstiefe und Planungsreife zum Zeitpunkt der Kostenanmeldung nicht vorhanden waren.

Als Ergebnis unserer Prüfung hatten wir empfohlen, die prognostizierten Mehrkosten um 1,823 Mio. € auf 16.657 Mio. € zu reduzieren, weil sich die prognostizierte Höhe der beim ABI in Bearbeitung befindlichen Nachträge so nicht bestätigt hat.

Die vom Magistrat vorgelegte Mehrkostenvorlage wurde als M 154 vom 08.09.2023 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt und von dieser beschlossen.

4.3.4.5 BW012 / BW012a Ersatzneubau der Straßen- und Fußgängerbrücke über die Nidda im Zuge der Hausener Obergasse (Mehrkostenvorlage)

Im April 2023 wurde die Mehrkostenvorlage für den Ersatzneubau der Straßen- und Fußgängerbrücke über die Nidda, Hausener Obergasse, vom Dezernat XII – Mobilität – zur Prüfung vorgelegt.

Bereits im Mai 2021 waren deutliche Mehrkosten gegenüber den mit der Bau- und Finanzierungsvorlage genehmigten Finanzmitteln von 1,412 Mio. € erkennbar, als das Submissionsergebnis bereits 1,705 Mio. € betrug. Das ASE führte dazu aus, dass man die damals aktuelle Entwicklung der Stahlpreise nicht in der Kostenberechnung berücksichtigt habe. Zur Wahrung der Fristen des Vergabeverfahrens wurde eine sogenannte Zweierverfügung genutzt, um zunächst auf die notwendige

Mehrkostenvorlage gemäß den ABV verzichten zu können. Es wird jedoch erwartet, dass anschließend die entsprechende Mehrkostenvorlage zeitnah eingereicht wird.

Im vorliegenden Fall lagen zwei Jahre zwischen dem Bekanntwerden der Mehrkosten und der notwendigen Mehrkostenvorlage. Die Ursachen und Verantwortlichkeiten für den Zeitversatz konnten wir in unserer Prüfung nicht klären.

Die zur Prüfung vorgelegte Mehrkostenvorlage belief sich auf rund 610.000 €. Wir hatten keine Einwendungen gegen eine antragsgemäße Beschlussfassung. Anzumerken ist aber dennoch:

Die ABV der Stadt Frankfurt regeln unter Ziffer 4.2 ausdrücklich, dass unverzüglich nach Bekanntwerden von finanziellen Mehrbelastungen, diese den entsprechenden Gremien vorzulegen sind.

Wir beobachten seit längerer Zeit, dass bei Baumaßnahmen des ASE Mehrkostenvorlagen überwiegend erst nach Abschluss der Bautätigkeit vorgelegt werden. Den politischen Gremien wird dadurch die Möglichkeit der Einflussnahme und Entscheidung auf die Kostenentwicklung genommen. Dies steht nicht im Einklang mit dem Budgetrecht der Stadtverordnetenversammlung, insbesondere nicht mit § 100 HGO.

4.3.4.6 Stadtentwässerung Frankfurt, Infrastruktur Liegenschaft Goldsteinstraße 238, aktuelle Projektkosten / Mehrkostenanmeldung (Mehrkostenvorlage)

Im Rahmen der Neuordnung bzw. Optimierung des Standortes der Stadtentwässerung (Liegenschaft Goldsteinstraße 238) werden neben den Neubauten des Labor- und Bürogebäudes, des Werkstattgebäudes und der Fahrzeughalle auch die dazugehörigen Infrastrukturmaßnahmen erneuert. Wir hatten bereits damals darauf hingewiesen, Synergien bei der Vergabe der Planungsleistungen zu nutzen.

Die im Oktober 2018 bewilligten Baukosten der Maßnahme wurden mit 4,634 Mio. € angegeben. In der Mehrkostenvorlage sind die Baukosten für die Maßnahme nun mit 5,825 Mio. € aufgeführt. Wesentlich hierfür war eine Erhöhung der Baukosten im Bereich „Freianlagen und Versickerung“ von ursprünglich 2,185 Mio. € auf 3,720 Mio. €. Somit entstanden in diesem Gewerk Mehrkosten von rund 1,535 Mio. € durch Nachträge.

Da die Maßnahme bereits im September 2022 abgeschlossen wurde, lässt die nachträgliche Prüfung nur noch geringe Einflussmöglichkeiten zu. Wir hatten wir empfohlen, früher über absehbare Mehrkosten zu informieren.

Die neuen Gesamtkosten wurden nun, einschließlich eines Puffers von etwa 100.000 € für noch offene Beträge, mit rund 7,1 Mio. € angegeben.

4.3.4.7 Stadtentwässerung Frankfurt, Abwasserreinigungsanlage Niederrad, Erneuerung der Abluftbehandlungsanlage der ersten biologischen Stufe (Mehrkostenvorlage)

Das Revisionsamt prüft das Bauvorhaben “Kläranlage Niederrad - Erneuerung der Abluftreinigung“ des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Frankfurt am Main (SEF) baubegleitend bereits seit 2017. Aufgrund enorm langer Unterbrechungen des Baufortschritts fanden diese Prüfungen nur punktuell statt.

Die ursprüngliche Kostenberechnung für die Erneuerung der Abluftbehandlung der ersten biologischen Stufe belief sich auf rund 3,948 Mio. €. Die im August 2023 zur Prüfung vorgelegte Prognose der Gesamtkosten betrug 7,251 Mio. €. Das entsprach Mehrkosten von rund 1,571 Mio. € gegenüber der letzten Kostenfortschreibung aus 2018.

Für das Entstehen der Mehrkosten gibt es zahlreichen Ursachen, die uns im Austausch mit der SEF erläutert wurden. U. a. handelt es sich bei dem Bau der Filteranlage um ein Unikat. Im Nachhinein ist festzustellen, dass es zahlreiche Mängel und Irrtümer in der Fachplanung gab. Die Planung der Gründung der Biofilteranlage stellte sich als unzureichend heraus. Ebenso war die Grundlagenermittlung der Tragwerksplanung für die Dachkonstruktion mit Mängeln behaftet. Erhebliche Massenmehrungen gegenüber der ursprünglichen Planung sind aufgetreten.

Ein wesentlicher Teil der Mehrkosten ist auf erhebliche Fachplanungsmängel zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund hatten wir im Rahmen unserer Prüfung empfohlen, die Geschäftsbeziehung zum Fachplaner zu überdenken.

Der Betriebskommission hatten wir abschließend empfohlen, die Mehrkostenvorlage mit einem um 238.000 € niedrigeren Kostenansatz von 1,333 Mio. € zu beschließen. Dabei hatten wir den übergroßen Anteil für Unvorhergesehenes reduziert. Die prognostizierten Gesamtkosten für die Anlage betragen demzufolge 7,014 Mio. €.

4.3.5 Prüfung der Bauabrechnungen

4.3.5.1 Allgemeines

Das Revisionsamt prüft neben der Abrechnung von Projekten, die in städtischer Regie durchgeführt wurden, auch Projekte von externen Trägern, wenn die Stadt Investitionskostenzuschüsse oder andere Zuwendungen gewährt und das zuständige Amt entsprechende Prüfungen veranlasst. Die Prüfung von Bauabrechnungen ist eine Rückschau auf das jeweilige Projekt. Insbesondere die Zusammenstellung der Standardunterlagen bildet die Beurteilungsbasis dafür, ob eine Baumaßnahme ordnungsgemäß durchgeführt wurde.

Die vorlagepflichtige Summe für Abrechnungen baulicher Arbeiten und technischer Anlagen beträgt gemäß der Revisionsordnung netto 500.000 €.

Bereits im Schlussbericht 2010 hatten wir über den hohen Gesamtrückstand der offenen Bauabrechnungen und die entsprechende Abrechnungssumme nicht schlussgerechneter Bauvorhaben berichtet. Dabei hatten wir empfohlen, einheitliche Abrechnungsmodalitäten für alle Bauprojekte der Stadt Frankfurt am Main einzuführen, die eine zeitnahe und insbesondere fristgerechte Abrechnung sicherstellen, sowie deren Anwendung regelmäßig zu kontrollieren. Bisher haben wir keine angemessene Verhaltensänderung feststellen können. Seit langen Jahren sind die unerledigten Bauabrechnungen bekannt.

Die Erfahrungen aus der Prüfung einzelner Bauabrechnungen belegen, dass eine Häufung von Ungereimtheiten, wie auch fehlende und widersprüchliche Unterlagen, durchaus zuverlässige Indizien für Unregelmäßigkeiten bis hin zu dolosen Handlungen liefern können. Es ist deshalb umso wichtiger, dass die Abrechnungslegung nicht vernachlässigt wird, zumal die Abrechnung der Bauprojekte als eine bereits mit den Honoraren abgegoltene wesentliche Pflichtaufgabe der beauftragten Architek-

ten und Fachplaner anzusehen ist. Es ist nicht nachvollziehbar, dass diese Leistung häufig nicht zeitnah mit dem Projektende von der Stadt Frankfurt und damit von Bauherrenseite von den Auftragnehmern eingefordert wird.

In diesem Zusammenhang hatten wir die beim damaligen Hochbauamt eingeführte Praxis beanstandet, projektfremde externe Büros, denen das jeweilige erforderliche Projektwissen fehlt, mit zusätzlichen Leistungen für die Abrechnungslegung zu beauftragen.

Auch im Berichtsjahr haben wir bei vereinzelten Bauabrechnungen beim Amt für Bau und Immobilien (ABI) festgestellt, dass von dieser bisherigen beanstandeten Verhaltensweise abgewichen wurde und die Projekte richtigerweise von den mit der Planung und Fachplanung beauftragten Büros durchgeführt wurden. Wir begrüßen dies ausdrücklich und empfehlen, diese Verfahrensweise künftig ausnahmslos bei allen Projekten anzuwenden.

4.3.5.2 Abrechnung von Projekten im Hochbau

Im Schlussbericht 2011 hatten wir bereits in Anbetracht der Vielzahl von offenen Bauabrechnungen im Hochbaubereich über die Inhalte des MB Nr. 449 “Abrechnung von Projekten im Hochbau“ vom 20.04.2012 berichtet.

Die Inhalte dieses Beschlusses wurden bisher jedoch nicht umgesetzt. Dem Magistrat hatten wir das wiederholt mitgeteilt. Der Zustand besteht unverändert fort.

Bereits im Schlussbericht 2011 und allen weiteren Schlussberichten hatten wir eine Vereinheitlichung der Handlungsweisen bei allen Bauabrechnungen, nicht nur bei denen des Hochbaus und damit ein stadtweit einheitliches Verfahren für alle Baumaßnahmen empfohlen.

In dieser Angelegenheit liegt dem Revisionsamt kein neuer Informationsstand vor. Unsere vorgenannte Empfehlung bleibt bestehen. Wir halten diese für besonders wichtig, da sich auch andere Ämter mit Bauabrechnungen nachweislich sehr schwertun. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung bereitet das ABI eine Neufassung des MB Nr. 449 vor, die Hochbauten betreffend.

4.3.5.3 Bauabrechnungen von Projekten anderer Ämter

Von den anderen bauenden Ämtern als dem ABI wurden uns im Berichtszeitraum insgesamt 16 Projekte zur Abrechnungsprüfung vorgelegt. Diese Anzahl ist deutlich zu gering. Wir werten dies als weiteren Beleg dafür, dass das Thema Bauabrechnung, entgegen den geltenden Vorschriften nicht mit der gebotenen und notwendigen Sorgfalt bearbeitet wird. Dies ist unverständlich, kritikwürdig und risikobehaftet.

4.3.5.4 Wasserspielplatz Scheerwald, Sachsenhäuser Landwehrweg, Neubau (Bauabrechnung)

Im Januar 2021 legte das Grünflächenamt die Bauabrechnung zum Neubau des Wasserspielplatzes Scheerwald zur Prüfung vor.

Erste Planungsleistungen für den Neubau des Wasserspielplatzes im Scheerwald erfolgten 2013, die Bau- und Finanzierungsvorlage im Dezember 2015 und die Bewilligung der Budgetmittel von 530.000 € im Januar 2016. Nach wiederholter Aus-

schreibung und höheren Submissionsergebnissen wurde das dann günstigste Angebot beauftragt. Die damit verbundene erste Mehrkostenvorlage führte zu einer Mittelerhöhung auf 766.150 €. Im Sommer 2019 wurden die wesentlichen Bauleistungen abgeschlossen.

Rund zwei Jahre nach Beendigung der Bauleistungen wurde die zweite Mehrkostenvorlage zur Prüfung vorgelegt. Diese enthielten geänderte Bauleistungen in der Größenordnung von etwa 303.000 €. Die entsprechenden Nachträge waren bereits seitens des Grünflächenamts geprüft, verhandelt und von der Magistratsvergabekommission beschlossen worden. Insgesamt wurden damit Investitionsmittel von 1,069 Mio. € bewilligt.

Als Ergebnis der Abrechnungsprüfung hatten wir dem Grünflächenamt empfohlen, ein konsequentes Kostencontrolling während der Baudurchführung und ein verbessertes Kontrollsystem zur ordnungsgemäßen und fristgerechten Vorlage der Bauabrechnungen einzuführen.

Darüber hinaus hatten wir erneut auf die ABV der Stadt Frankfurt hingewiesen. Danach sind unverzüglich nach Bekanntwerden von finanziellen Mehrbelastungen, diese auch den entsprechenden Gremien zur Genehmigung vorzulegen.

Gegenüber dem Magistrat hatten wir eine Beschlussempfehlung unter Berücksichtigung unserer Prüfungsfeststellungen empfohlen.

4.3.5.5 Kinderzentrum (KiZ) 26, Feuerwehrstraße 62, Neubau (Bauabrechnung)

Die Bauabrechnung des Kinderzentrums (KIZ) 26 wurde uns im Juli 2021 zur Prüfung vorgelegt.

Bei der abgerechneten Baumaßnahme handelt es sich um den Neubau einer sechsgruppigen KT in Frankfurt-Eckenheim. Das Grundstück befindet sich auf dem Areal der ehemaligen Gibbs-Kaserne und war zuvor im Besitz der Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG (BKRZ KG). Mit der Baumaßnahme wurden 72 Plätze für Kinder unter 3 Jahren (U3) in sechs Gruppen geschaffen. Das Bauprojekt ist Teil des Beschleunigungsprogramms aus dem Jahr 2014. Dabei sollten sechs baugleiche sechsgruppige KTs in modularer Bauweise in einem Projekt parallel, beschleunigt und besonders wirtschaftlich errichtet werden (Arbeitsgruppe “Kita-Baumanagement“).

Die Planung des Gebäudes sah u. a. Abweichungen von bisherigen städtischen Standards (kleineres Raumprogramm, geringerer energetischer Standard, einfachere Fenster und Einsparungen bei den Außenanlagen) vor. Entsprechend wurde das Gebäude nicht in Passivhausbauweise, sondern nach dem Standard EnEV 2009 – 30 %, aber mit einer Photovoltaik- (PV) Anlage auf dem Dach, errichtet.

Die ursprüngliche und später verworfene Planung sah an dem Standort ein Gebäude mit prognostizierten Baukosten von 6,850 Mio. € vor.

Wir haben die Bauabrechnung in Stichproben geprüft. Die Baumaßnahme wurde insgesamt gut dokumentiert. Die Projektleitung hat sich sehr engagiert eingesetzt, das Budget und die Termine einzuhalten. Die Gesamtausgaben für die Baumaßnahme betragen 5,298 Mio. €. Darin sind die Kosten für das Grundstück und zwei

nicht genutzte Planungen enthalten. Gegenüber der geprüften Kostenberechnung betragen die Minderkosten 324.647 €.

Mit etwa 3,5 Mio. € reinen Baukosten (ohne Grundstück und nicht genutzte Planungen) wurde diese Kindertagesstätte deutlich preiswerter gebaut als in der ursprünglichen Planung mit einem Kostenansatz von 5,4 Mio. €. Zudem wurde sie in nur 11 Monaten gebaut und damit schneller fertiggestellt als andere KT-Bauten der Stadt.

Bei der Abrechnungsprüfung hatten wir festgestellt, dass der Abrechnungsnachweis mit Hilfe eines externen Dienstleisters erstellt wurde und dafür zusätzliche Kosten von ca. 4.000 € vergütet wurden. Ebenso hatten wir auf Kosten von rund 63.000 € für externe Projektsteuerung, für Projektassistenzen und die Bauherrenvertretung hingewiesen, die wir als weitgehend unnötig einstufen.

Auch bei dieser Bauabrechnung fehlt die geforderte Bestätigung, dass der Abrechnungsnachweis mit den Buchungen des Stadtschulamts als Bauherrenamt übereinstimmt. Wir kritisieren dies seit Jahren.

Bei den Unterlagen zu den Gewerken Heizung/Lüftung/Sanitär (HLS) war uns aufgefallen, dass Protokolle von Luftdichtigkeitsprüfungen und Druckprüfungen fehlten. Gegenüber den in den Leistungsverzeichnissen ausgeschriebenen Geräten wurden Änderungen auf der Baustelle vorgenommen, ohne Zustimmung der Fachbauleitung, ohne Nachweis der Gleichwertigkeit und ohne Freigabevermerk. So wurden jeweils andere Modelle beim Gasheizkessel, beim Lüftungszentralgerät, bei den Brandschutzklappen und den Umwälzpumpen eingebaut. Beim Gaskessel wurde ein separates, zu kleines Druckausdehnungsgefäß installiert, das wahrscheinlich verfrüht verschleißen wird.

Aufgrund dieser Ergebnisse betrachten wir den Einsatz von externen Projektsteuerern für die technische Gebäudeausstattung (TGA), die die Qualität der haustechnischen Anlagen sicherstellen sollen, erneut als nicht zweckmäßig. Wir kritisieren diese Sachverhalte bereits seit geraumer Zeit.

Im Februar 2021 haben wir aus dem Amtsblatt von einer geplanten Ausschreibung für die Nachrüstung dieses Holzmodulgebäudes mit Klimageräten erfahren. Grund dafür waren Beschwerden über zu hohe sommerliche Temperaturen in den Schlafräumen. Bei einem Ortstermin im Mai 2021 hatten wir festgestellt, dass die Lüftungsanlage nicht im Automatikmodus betrieben wurde. Das ist zusammen mit den geöffneten Oberlichtern notwendig, damit die vorgesehene Nachtlüftung funktioniert und das Gebäude entsprechend abkühlen kann. Darüber hinaus hatten wir empfohlen, die zur Verfügung stehenden Sonnenschutz- und Abkühlungsmöglichkeiten des Gebäudes konsequent zu nutzen. Wir hatten insbesondere darauf hingewiesen, dass mit der zwischenzeitlich vorgesehenen, aber nicht durchgeführten Nachrüstung von Klimageräten der bestehende EnEV-Nachweis, der Bedingung für die Baugenehmigung war, seine Gültigkeit verlieren würde. Folglich können wir die Nachrüstung mit Klimageräten nicht empfehlen. Diese stehen auch im Widerspruch zu den städtischen Klimaschutzzielen.

Als Ergebnis unserer Prüfung konnten wir die Beschlussfassung der Bauabrechnung empfehlen.

4.3.6 Sonstige Prüfungen

4.3.6.1 Allgemeines

Die “Sonstigen Prüfungen“ sind decken i. d. R. Prüffelder ab, die mit den in den Tz. 4.3.2 bis 4.3.5 genannten Prüfungen nicht erfasst werden können.

4.3.6.2 Viergleisiger Ausbau der Straßenbahnhaltestelle Hauptbahnhof, inklusive Neuordnung des Straßenraums, Planungsmittel

Das Dezernat XII – Mobilität – hat im März 2023 einen Antrag auf Freigabe von Planungsmitteln für den viergleisigen Ausbau der Straßenbahnhaltestelle Hauptbahnhof, inklusive der Neuordnung des angrenzenden Straßenraums gestellt. Dabei handelte es sich um einen Eilantrag. Es ist beabsichtigt, die städtischen Arbeiten im Bereich Bahnhofsvorplatz vor Beginn der Arbeiten der Deutschen Bahn AG zum Fernbahntunnel und zum Fernbahnhof abzuschließen. Als Planungsmittel werden 395.000 € beantragt. Gemäß einer groben Schätzung des Dezernats sind Planungs- und Baukosten von etwa 28 Mio. € zu erwarten (Stand: März 2023).

Von dem entsprechenden Antrag an die Stadtverordnetenversammlung haben wir aus dem städtischen Vorlagen- und Beschlussinformationssystem (VoBis) Kenntnis erlangt. Darüber hinaus hatten wir ergänzende Unterlagen, u. a. einen erläuternden Lageplan, der die Grundzüge des Projekts darstellt, eine Grobkostenschätzung, eine Leistungsbeschreibung der Vorplanung etc. beim Dezernat angefordert. Die vom Dezernat gewählte Art der Vorlage von Unterlagen, Inhalt und Umfang entsprechen nicht den Vorgaben.

Es soll ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Gemäß den Angaben des Dezernats ist beabsichtigt, dass die Stadt die Vorplanung durchführt und die VGF als Vorhabenträger den Planungsprozess weiterführt.

Die Zweckmäßigkeit des viergleisigen Ausbaus der Straßenbahnhaltestelle beruht auf dem Beschluss § 7285 der Stadtverordnetenversammlung vom 04.03.2021 über die „Neuaufstellung des Nahverkehrsplans der Stadt Frankfurt am Main“ (M 163 vom 23.10.2020). In der Anlage „Nahverkehrsplan 2025+“, wird auf Seite 64 unter Maßnahmen Basisprognose bzw. Maßnahmen Straßenbahn 2021 – 2025 (Zielhorizont) der viergleisige Ausbau der Straßenbahnhaltestelle Hauptbahnhof als erforderlich aufgelistet.

Weil die Kapazität im Straßenbahnabschnitt Hauptbahnhof als fast erschöpft beschrieben wird und der derzeitige Ausbauzustand eine Kapazitätserweiterung nicht zulässt, lässt sich eine Zweckmäßigkeit des Erweiterungsprojektes dem Grunde nach als gegeben ansehen.

Die Eilbedürftigkeit der Freigabe von Planungsmitteln wird im Schreiben vom 13.03.2023 des Dezernats XII mit dem zeitlichen Zusammenhang bzw. mit der gegenseitigen Abhängigkeit der Umsetzung des geplanten Fernbahntunnels unter dem Hauptbahnhof begründet. Den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen war dies nur eingeschränkt zu entnehmen. Aus Sicht des Revisionsamts kann nicht eingeschätzt werden, ob die Umgestaltung des Vorplatzes, einschließlich der angestrebten Neuordnung, zeitlich sinnvoll vor dem Bau des Fernbahntunnels erfolgen sollte.

Als Ergebnis unserer Prüfung haben wir empfohlen, im Anschluss an die Freigabe der Planungsmittel, umgehend die jeweiligen Planungsanteile (Straßenbahn, Bahnhofsvorplatz usw.) voneinander abzugrenzen und eine Planungs- und Kostenvereinbarung mit den Beteiligten herbeizuführen. Dabei sollte auch geklärt und vereinbart werden, wer die Bauabwicklung federführend betreut.

Aufgrund der komplexen Planungsaufgabe und den terminlichen Abhängigkeiten, u. a. auch mit der Umgestaltung der B-Ebene des Hauptbahnhofs, stufen wir das zeitliche Fertigstellungsrisiko als hoch ein. Die Freigabe der Planungsmittel haben wir mit Hinweis auf unsere Prüfungsfeststellungen empfohlen.

4.3.6.3 Neugestaltung Domplatz, Freigabe von Planungsmitteln

Das Dezernat III – Planen und Wohnen – hat im Mai 2023 Planungsmittel von 934.000 € für die Neugestaltung des Domplatzes beantragt. Mit der Neugestaltung soll ein historisch bedeutsamer Platz rund um den Dom geschaffen werden, der auch als passendes Umfeld weiterer Baudenkmäler und öffentlicher Gebäude dienen soll.

Mit der Neugestaltung des Domplatzes werden die DomRömer GmbH (DomRömer) beauftragt und Budgetmittel von 3 Mio. € aus dem Programm “Schöneres Frankfurt“ zur Verfügung gestellt. Die Baumaßnahmen sollen in zwei Bauabschnitten (BA) durchgeführt werden.

Die Planungsgrundlage für die Neugestaltung war ein in 2018 von der DomRömer durchgeführter Realisierungswettbewerb. Bei der Auslobung des Planungswettbewerbs wurde entgegen den städtischen Vorschriften keine Kostenobergrenze vereinbart. Folglich waren die mit der Planung verbundenen Gesamtkosten kein Wertungskriterium im Wettbewerb.

Nach Einschätzung des Revisionsamts hätte der Realisierungswettbewerb mit üblichen Wirtschaftlichkeitskriterien und unter der Regie des Stadtplanungsamts durchgeführt werden können. Bei unserer Prüfung hatten wir auch auf unsere damalige Stellungnahme vom 29.10.2020 zum Vorgang “Dom Römer GmbH: Grundlagen der Neuaufstellung“ hingewiesen. Darin heißt es: *“Gemäß dem gültigen Aufgabengliederungsplan der Stadt Frankfurt am Main obliegt die Bewirtschaftung der bebauten Grundstücke und die Vermietung dem Amt für Bau und Immobilien. Die städtischen Interessen wären auch über ein Amt zu vertreten. Die Erweiterung der Betrauung befördert somit den Aufbau bzw. Erhalt von Parallelstrukturen bei der Stadt Frankfurt am Main, wobei die Wirtschaftlichkeit im vorliegenden Fall aufgrund des hohen Zuschussbedarfs kritisch zu betrachten ist.“* Wie seinerzeit vertreten wir auch bei der Realisierung des Domplatzes die Auffassung, dass die Projektleitung durch das Stadtplanungsamt hätte erfolgen sollen.[22]

Als Ergebnis unserer Prüfung hatten wir dem Magistrat empfohlen, die beantragten Planungsmittel unter Berücksichtigung unserer Empfehlungen und Hinweise zu beschließen.

[22] Siehe auch Tz. 4.1.2.1.

4.3.6.4 Bund-Länder-Programm “Sozialer Zusammenhalt Nied“ Umgestaltung der Parkanlage Nied-Süd, Antrag auf Freigabe von Planungsmitteln

Im Juli 2023 erhielten wir einen Antrag auf Freigabe von Planungsmitteln vom Dezernat III – Planen und Wohnen – von 431.000 € für die Umgestaltung der Parkanlage Nied-Süd. Die Maßnahme ist Bestandteil des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK) “Sozialer Zusammenhalt Nied“. Im genannten ISEK wurde diese Maßnahme mit einem seinerzeit sehr grob geschätzten Investitionsbedarf von 3 Mio. € veranschlagt. Mit Stand Juni 2023 wird der Investitionsbedarf verdoppelt und vom Dezernat mit rund 6 Mio. € angegeben. Die Maßnahme soll zwischen 2023 und 2027 realisiert werden.

Die Neugestaltung der Parkanlage Nied-Süd ist laut Angaben des Stadtplanungsamts ein bedeutendes Projekt innerhalb des ISEK. Grundlagen für die Planung wurden im Bürgerdialog entwickelt. Der Bürgerdialog ist vom Bund als Fördermittelgeber bzw. vom Land Hessen vorgegeben. Dennoch sollten die zahlreichen Wünsche auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Ausufernde Wünsche führen i. d. R. zu teuren Lösungen. Dies sollte seitens der Projektleitung im Beteiligungsprozess mit den daran teilnehmenden Personen besprochen werden.

Als Ergebnis unserer Prüfung hatten wir dem Dezernat III, bzw. nachfolgend dem für die Projektsteuerung zuständigen Stadtplanungsamt, empfohlen, die Baukosten und die Baunebenkosten zu deckeln. Gemäß der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) besteht die Möglichkeit, mit den Planungsbüros eine Bonus-Malus-Regelung im Vertrag zu vereinbaren. Voraussetzung ist ein Abschluss der im Bürgerdialog erstellten Maßnahmenliste vor Beginn der Entwurfsplanung.

Generell sollte den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlicht werden, dass spätere Änderungen an der Planung höhere Planungskosten verursachen, die bei einer gewünschten Einhaltung der Gesamtkosten das Budget der Umsetzung begrenzen.

Wir hatten darüber hinaus auch ein konsequentes Projektcontrolling bereits in der Planungsphase mit detaillierten Projektterminplänen empfohlen. Da sich das Stadtplanungsamt für die eigentliche Baudurchführung zumeist der bauenden Ämter bedient, müssen auch dort die personellen Kapazitäten ämterübergreifend eingeplant werden und bereitstehen.

Da die beantragten Planungsmittel von 431.000 €, bezogen auf den geschätzten Investitionsbedarf, als realistisch einzustufen sind, konnten wir gegenüber dem Magistrat die Bereitstellung befürworten.

4.3.6.5 Nachrüstung dezentraler RLT-Geräte für das Holzmodulgebäude der Judith-Kerr-Schule, Riedberg, Carl-Hermann-Rudloff-Allee 11

Das betroffene Gebäude ist ein Holzmodulgebäude, das ursprünglich als Provisorium hergestellt und ab dem Schuljahr 2017/18 von der IGS-Riedberg für die Jahrgänge 5 und 6 sowie später für weitere Jahrgänge betrieben wurde. Im Jahr 2021 wurde entschieden, in das temporäre Gebäude dezentrale raumlufttechnische Anlagen bzw. Geräte (RLT-Geräte) nachzurüsten. Seit dem Umzug der IGS Riedberg in den Neubau an der Gräfin-Dönhoff-Straße im Sommer 2022 wird das Gebäude von der Judith-Kerr-Schule dauerhaft als Grundschule genutzt.

Raumlufttechnische Anlagen haben die Aufgabe, für die automatische Belüftung von Räumen, in diesem Fall bei gleichzeitiger Wärmerückgewinnung zu sorgen. Die Belüftung erfolgte bisher durch manuelle Fensterlüftung und systembedingt ohne Wärmerückgewinnung.

Die Baumaßnahme zur Nachrüstung dezentraler RLT-Geräte wurde ohne Prüfung und Genehmigung durch die Beschlussgremien durchgeführt, obwohl es sich dem Wesen nach um eine investive Maßnahme handelt. Der Kostenumfang hat die Vorlagegrenze beim Revisionsamt von 500.000 € netto deutlich überschritten.

Entgegen der Auskunft, die das ABI von der Stadtkämmerei erhielt, ist die konsumtive Buchung der Maßnahme nicht haushaltskonform, weil die erstmalig eingebauten Lüftungsanlagen eine neue und zusätzliche Funktion in Form einer automatischen Lüftung mit Wärmerückgewinnung darstellen. Sie ist zudem nicht haushaltskonform, weil die Notwendigkeit der Lüftungsanlage durch die Änderung der Zweckbestimmung der Schule von einem Provisorium hin zu einer dauerhaften Schule begründet ist. Dadurch ergibt sich eine Wesensänderung des Gebäudes im Sinne der städtischen Abgrenzungsrichtlinie. Sowohl die neue zusätzliche Funktion als auch die Wesensänderung des Gebäudes begründen nachträgliche Herstellungskosten, die in der Vermögensrechnung zu aktivieren sind.

Die Vergabe und Beauftragung der Nachrüstung erfolgte als freihändige Vergabe, ohne Vergleichsangebote unmittelbar an den Generalunternehmer, der das Gebäude errichtet hatte. Der Generalunternehmer war jedoch kein Fachunternehmen für Lüftungstechnik. Stichhaltige Gründe für eine Beschränkung des Wettbewerbs lagen nicht vor.

Die freihändige Vergabe erweist sich im Nachhinein als nachteilig, da der Auftragnehmer eine schleppende Kommunikation praktiziert, Mängel bestehen und die Restarbeiten nicht zeitnah abschließt.

Die Nachrüstung hätte bereits in die Planung der Gebäudeerweiterung im Jahr 2019 vor der Bau- und Finanzierungsvorlage integriert werden können. Wir kritisieren das und empfehlen, bei künftigen vergleichbaren Maßnahmen bereits bekannte Bedarfe frühzeitig zu berücksichtigen und eine vorausschauende Planungsweise sicherzustellen. Mit der nachträglichen Herstellung des Fernwärmeanschlusses im Jahr 2019 hätte erkennbar sein müssen, dass es sich um einen dauerhaften Gebäudestandort handelt. Die Überhitzungsprobleme setzen wir als bekannt voraus, so dass schon vor der Erweiterung der Handlungsbedarf, den Luftaustausch in den Unterrichtsräumen zu verbessern, offensichtlich war.

Anlass zur Nachrüstung der dezentralen Lüftungsgeräte war der mangelnde Luftaustausch, der in einigen Referenzräumen gemessen wurde. Der gewünschte Effekt und die gewünschte Verbesserung konnten jedoch bei neuerlichen Messungen des Gesundheitsamts im Juli 2022 nicht festgestellt werden. Im Anschluss an die Messungen hat das Gesundheitsamt dem ABI Empfehlungen zur Verbesserung gegeben. Deren Umsetzung ist nach unserem Kenntnisstand nicht erfolgt.

Wir empfehlen, die Erledigung der Restarbeiten und der Mängelbeseitigung durch den Generalunternehmer mit Nachdruck voranzutreiben. Ebenso ist es notwendig, die offensichtlich bestehenden Defizite in der Regelung beseitigen zu lassen und die Empfehlungen des Gesundheitsamts zu realisieren.

Wir haben empfohlen, bei vergleichbaren Projekten in Zukunft verlässlich auf wirtschaftliches Verwaltungshandeln zu achten, umfassend geplante Vorgehensweisen einzuhalten und die Beschlussgremien nicht zu umgehen.

Über den Berichtszeitraum des vorliegenden Schlussberichts hinaus haben wir zum Thema Raumluft einer Veröffentlichung in den Nachrichten für die Stadtverwaltung 06/2024 (NaSt) entnommen, dass 1.029 “Luftfiltergeräte“ vom Stadtschulamt für dienstliche Zwecke stadtintern kostenfrei abzugeben sind.

Wir haben vom Stadtschulamt die Auskunft bekommen, dass das Dezernat XI – Bildung, Immobilien und Neues Bauen – die Abgabe der Geräte entschieden habe, da in den Schulen keine Lagerungsmöglichkeiten für die vielen Geräte bestünden. Ein Weiterbetrieb der Geräte, gegen den Willen der Nutzer sei nicht möglich und würde Wartungs- und Reinigungsaufwand verursachen. Auskunftsgemäß befinden sich die etwa zwei Jahre alten Geräte in einem guten, hygienisch einwandfreien Zustand.

Der Anschaffungswert dieser Geräte lag bei etwa 2,5 Mio. €. Der aktuelle Buchwert sei noch nicht ermittelt. Wenn keine stadtinterne Verwendung gefunden werde, wovon wir als Revisionsamt ausgehen, beabsichtigt das Stadtschulamt, die Geräte an die bundeseigene Verwertungsgesellschaft VEBEG GmbH abzugeben bzw. zu veräußern. Wir haben als Revisionsamt Klärungsbedarf angemeldet, mit dem Ziel einer ordnungsgemäßen Weiterverwendung, Bereitstellung bzw. Bevorratung und einer entsprechenden Bilanzierung.

Insgesamt wurden im Zuge von Corona Luftfiltergeräte im Wert von 13,358 Mio. € angeschafft.

4.4 Überörtliche Prüfung Kommunaler Körperschaften

4.4.1 Allgemeines

Die örtlichen Rechnungsprüfungsämter haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 131 Abs. 1 HGO, die Umsetzung der Feststellungen von allgemeiner Bedeutung aus den Kommunalberichten der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen (ÜPKK)[23] zu berücksichtigen.[24]

Ziel ist, die Wirksamkeit der Finanzkontrolle zu erhöhen und die Zusammenarbeit der örtlichen und überörtlichen Prüfungseinrichtungen zu stärken. Doppelte Prüfungen und prüfungsfreie Räume sollen möglichst vermieden werden.

Wie die Formulierung in § 131 Absatz 1 Ziffer 4 HGO „…*die Umsetzung der Feststellungen …. sowie die allgemeinen Feststellungen ... zu berücksichtigen*“ und die Unterstützung der überörtlichen Prüfung durch die örtlichen Prüfungseinrichtungen umzusetzen sind, war mehrfach Gegenstand der Tagungen der Leitungen der hessischen Rechnungsprüfungsämter.[25]

Es wurde vereinbart, dass für die örtlichen Rechnungsprüfungsämter keine Berichtspflicht gegenüber der überörtlichen Prüfung besteht. Den örtlichen Rechnungsprüfungen wurde jedoch empfohlen, die Feststellungen der überörtlichen Prüfung und deren Umsetzung in den jeweiligen risikoorientierten Prüfungsplanungen zu berücksichtigen.

4.4.2 Feststellungen der Überörtlichen Prüfung im Kommunalbericht 2024

Der Kommunalbericht 2024 enthält **vier Feststellungen von allgemeiner Bedeutung**.[26] Die Stadt Frankfurt am Main war nicht Gegenstand einer der hier enthaltenen Prüfungen. Die Feststellungen aus dem Kommunalbericht 2024 konnten noch nicht in unserer Prüfplanung für 2023 und 2024 berücksichtigt werden, weil die Feststellungen zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Prüfplanungen noch nicht bekannt waren.

Sofern wir dennoch Erkenntnisse hierzu haben, sind diese nachfolgend dargelegt. Im Übrigen werden wir die Feststellungen und deren Umsetzung im Rahmen unserer risikoorientierten Prüfungsplanungen ab 2025 und der zur Verfügung stehenden Ressourcen berücksichtigen.

1. *„Bei der Bauleitplanung sollten die Kommunen das Ökokonto-Konzept nutzen, um die naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen nicht nachgelagert, sondern bereits im Vorfeld der Baumaßnahmen zu verwirklichen. Dagegen ist zu prüfen, ob der Kauf von Ökopunkten eine wirtschaftlich sinnvolle Alternative darstellt (siehe hierzu „Haushaltsstruktur 2023: Städte und Gemeinden“ – 242. Vergleichende Prüfung).“*

---

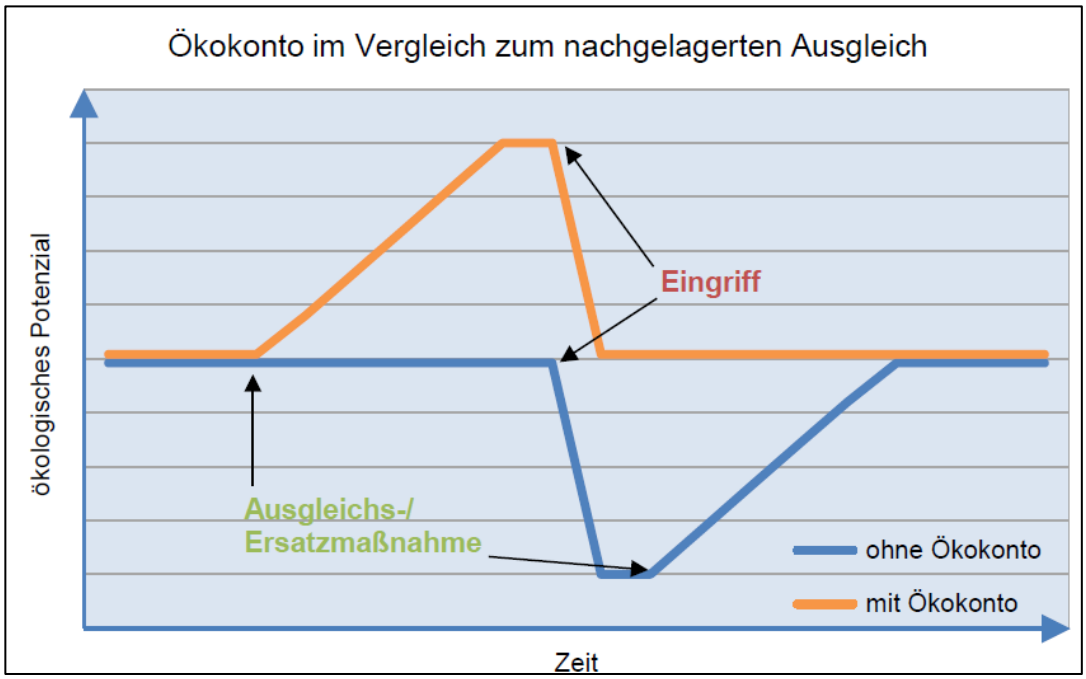
[23] Gesetz zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen (ÜPKKG) vom 22.12.1993 (GVBl. I S. 708), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.05.2020 (GVBl. S. 318).

[24] § 131 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 4 HGO i. V. m. § 6 Abs. 3 Satz 1 ÜPKKG.

[25] Zum Stand der Diskussion wird auf den Beck´schen Online-Kommentar „Kommunalrecht Hessen“ (Risch/Wieden) zu § 131, Rz. 52 ff. (Stand 30.04.2021) verwiesen.

[26] Kommunalbericht 2024, S. 13.

Die Wirkungsweise des Ökokonto-Konzepts veranschaulicht die nachfolgende Grafik:



4-1: Methoden zur Bestimmung des Ausgleichs für Entwicklungszeiten bei Kompensationsmaßnahmen[27]

Ziel der Stadt ist es seit einigen Jahren, wie vom Rechnungshof grundsätzlich empfohlen, Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen möglichst zeitlich vorgezogen, d. h. vor anderen erforderlichen Eingriffen in die Umwelt (durch private Bauherren oder die Stadtverwaltung) an anderen Orten auf dem Frankfurter Stadtgebiet zu realisieren.

Das Ökokonto-Konzept wird bei der Stadt Frankfurt am Main durch das **Umweltamt** in der **PG 22.01 Umweltplanung und Umweltservice** in den Aufgabengebieten „Flächenmanagement/Geoinformation“ (79.22) sowie Eingriffsverfahren (79.72) umgesetzt.[28] Voraussetzung hierzu ist insbesondere die Verfügbarkeit von städtischen Flächen, die für aufwertende Maßnahmen des Naturschutzes zur Verfügung gestellt werden können.

Käufer von Ökokontomaßnahmen sind in erster Linie Vorhabenträger, deren Vorhaben zunächst eine Planfeststellung erfordern. Dies trifft auf städtische Ämter wie das Amt für Straßenbau und Erschließung, die Stadtentwässerung, aber auch die Hafenbetriebe zu. Auch die Deutsche Bahn, die Landesstraßenbauverwaltung oder die RTW GmbH haben bereits städtische Ökomaßnahmen erworben. Im Rahmen der Bauleitplanung wurden Ökokontomaßnahmen bislang nur in Einzelfällen in Einsatz gebracht, i. d. R. bei Bebauungsplänen die über Investoren umgesetzt werden. Weitere potenzielle Erwerber von Ökokontomaßnahmen sind darüber hinaus auch Bauherren, deren Vorhaben nach § 35 BauGB zu beurteilen sind, weil diese privilegier-

[27] Kommunalbericht 2024, S. 98.
[28] Vgl. E 53 „*Flächenschonende Ausgleichsmaßnahmen: Voruntersuchungen und Refinanzierung durch Ökopunkte*“ vom 20.12.2006 zum Haushalt 2007.

ten Vorhaben im sog. Außenbereich liegen (wie z. B. land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Vorhaben der öffentlichen Versorgung mit Elektrizität, Gas, Telekom, Wärme, Wasser, Abfall) und die deshalb keinen Bebauungsplan benötigen. Auch diese Bauherren können die Eingriffe ihrer Vorhaben durch den Kauf von Ökokontomaßnahmenausgleichen. Dies wird in der PG 22.01 Umweltplanung und Umweltservice abgebildet.

Im Jahr des Verkaufs der Ökokontomaßnahmen werden die Einnahmen als Erträge in der Ergebnisrechnung (ER.09) gebucht. Die Einnahmen können in Folgehaushalten verwendet werden, um flächenschonende Ausgleichsmaßnahmen zu finanzieren (Projektdefinition 5.002469 im IPG).

Eine Prüfung der finanziellen Abwicklung des Ökokonto-Konzepts in der PG 22.01 **Umweltplanung und Umweltservice** durch das Revisionsamt ist bisher nicht erfolgt, wird aber ggf. bei einer aktuell anstehenden Prüfung berücksichtigt.

Eine Prüfung der vom Rechnungshof angesprochenen Thematik im Bereich der **Bauleitplanung** wird ggf. im Rahmen der risikoorientierten Prüfungsplanung eines Folgejahres berücksichtigt.

2. *„In Kindertageseinrichtungen sollte eine Auslastungsquote von mindestens 95 Prozent angestrebt werden. Um Kindern ohne Betreuungsplatz eine Betreuungsmöglichkeit bieten zu können, sind die nicht ausgeschöpften Betreuungskapazitäten bis 95 Prozent zu nutzen, d. h. freie genehmigte Plätze zu belegen, Gruppengrößen anzupassen oder Gruppen zusammenzulegen (siehe hierzu „Haushaltsstruktur 2023: Kleine Städte und Gemeinden“ – 243. Vergleichende Prüfung).“*

Die vom Rechnungshof angesprochene Thematik wird ggf. im Rahmen der risikoorientierten Prüfungsplanung eines Folgejahres berücksichtigt.

3. *„Gesetzliche Fristen bei der Haushaltsplanung und bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse sind einzuhalten. Hilfestellung bieten die von der Überörtlichen Prüfung entwickelten exemplarischen Zeitpläne (siehe hierzu „Finanzmanagement“ – 244. Vergleichende Prüfung).“*

- Zu unseren Feststellungen über die **Nichteinhaltung der Frist für die Haushaltsplanung bis 2023** verweisen wir auch auf die Tz. 6.1.5 im Teil I der Schlussberichte 2023.

- Die Stadt Frankfurt am Main hat auch die gesetzliche Frist bei der **Haushaltsplanung für 2024** nicht eingehalten. Die Vorlage erfolgte um rund neun Monate verspätet.

  Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main hat in ihrer Sitzung am 11.07.2024 die vom Magistrat mit Vortrag M 21 vom 08. 03.2024 vorgelegte Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 mit Änderungen zum Etat beschlossen und mit Schreiben vom 28.08.2024 zur Genehmigung der pflichtigen Teile vorgelegt.

  Gem. § 97 Abs. 3 S. 2 HGO soll die Vorlage der von der Gemeindevertretung beschlossenen Haushaltssatzung, mit ihren Anlagen, spätestens einen Monat

vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen. D. h. für das Haushaltsjahr 2024 bis zum 30.11.2023.

Bis zur Bekanntmachung, die gem. § 97 Abs. 4 HGO erst nach der Erteilung der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht erfolgen darf, galten für die Stadt Frankfurt am Main die rechtlichen Vorgaben zur vorläufigen Haushaltsführung gem. § 99 HGO. **Dies hat Auswirkungen u. a. auf die Verwaltungstätigkeit, die Investitionstätigkeit und die Möglichkeit zur Besetzung neu geschaffener Stellen.**

Es ist **im Interesse der Stadt** darauf hinzuwirken, dass Aufstellung und Beschlussfassung **im vorgesehenen zeitlichen Rahmen** erfolgt.

- Die gesetzliche Frist bei der **Haushaltsplanung für 2025** wurde erstmals seit 2016 eingehalten. Ermöglicht wurde dies durch die Aufstellung eines Doppelhaushalts für die Haushaltsjahre 2024 und 2025.

  Damit ist die Basis für eine künftige gesetzeskonforme Aufstellung und Vorlage der Haushaltsatzung gelegt. **Dieser eingeschlagene Weg sollte konsequent fortgeführt werden.**

  Der zeitliche Ablauf für die Haushaltsplanung 2026 sollte strikt darauf ausgerichtet werden, dass die fristgerechte Vorlage der Haushaltssatzung für das Jahr 2026 sichergestellt wird.

- Die gesetzliche Frist bei der **Aufstellung der Jahresabschlüsse** wurde erneut auch für den Jahresabschluss 2024 eingehalten.

4. *Eine zentrale Grundlage für ein nachhaltiges Energiemanagement ist die Transparenz zu den Energieverbräuchen. Mit einem Energiemonitoring gelingt es, Daten zu den benötigten Energiemengen sowie den laufenden Energieverbräuchen in den kommunalen Einrichtungen zu erlangen und die Energieversorgung zu steuern (siehe hierzu „Smart Cities – Digitale Kommunen“ – 245. Vergleichende Prüfung).*

Die Stadt Frankfurt legt nach unseren Kenntnissen schon seit mehreren Jahren einen großen Wert auf ein Energiemonitoring. Im ABI ist hierfür u. a. die Abteilung Energiemanagement eingerichtet. In den „Leitlinien zum wirtschaftliche Bauen 2025“ sind hierfür diverse Vorgaben festgeschrieben. Angabe gemäß werden bereits über 1.000 Verbrauchswerte automatisch erfasst. Weitere Werte werden manuell abgelesen und zyklisch dokumentiert. Auf einige diese Werte greifen auch wir im Zuge verschiedenster Prüfungstätigkeiten zurück.

4.4.3 Feststellungen der Überörtlichen Prüfung aus früheren Kommunalberichten

Wir kommen auf Feststellungen aus früheren Kommunalberichten zurück, die aus Sicht der Revision weiterhin von Bedeutung sind.

Kommunalbericht 2022[29]

*„Der Kommunalbericht 2022 enthält **fünf Feststellungen von allgemeiner Bedeutung**. Die Sachverhalte sind bei mehreren geprüften Körperschaften aufgefallen:*

1. *Nach § 97 Absatz 3 HGO ist die von der Vertretungskörperschaft beschlossene Haushaltssatzung mit ihren Anlagen der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die Vorlage soll spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen. Die Vorschrift ist zu beachten (siehe hierzu „Haushaltsstruktur 2021: Landkreise“ – 228. Vergleichende Prüfung).“*

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zur Feststellung Nr. 3 in Tz. 4.4.2.

2. *„Der Jahresabschluss ist gemäß § 112 Absatz 5 HGO bis zum 30. April des Folgejahres aufzustellen. Die Vorschrift ist zu beachten (siehe hierzu „Haushaltsstruktur 2021: Landkreise“ – 228. Vergleichende Prüfung).“*

Die Frist zur Aufstellung des Jahresabschlusses wurde in den letzten Jahren eingehalten.

4. *„Kommunen können einen Kur- oder Tourismusbeitrag erheben, sofern sie die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen. Die Überörtliche Prüfung empfiehlt den Kur- und Tourismuskommunen, dann den jeweiligen Beitrag zu erheben (siehe hierzu „Haushaltsstruktur 2021: Städte und Gemeinden“ – 229. Vergleichende Prüfung).“*

Die Tourismusbeitragssatzung wurde zum 01.10.2024 geändert.

Es sind nun alle ortsfremden Personen beitragspflichtig. Unseren Empfehlungen aus der Prüfung 2022/23 zur Konkretisierung von Befreiungstatbeständen wurde gefolgt. Auch die Anpassung des Meldegesetztes wurde berücksichtigt.

Da die Pflicht zur Beitragserklärung erst zum 15. nach Ablauf eines Quartals besteht, hat sich die Satzungsänderung im Jahr 2024 noch nicht finanziell ausgewirkt. Eine Beurteilung der Entwicklung der Einnahmen ist erst ab 2025 möglich. Dies ist unabhängig von der Steigerung der Einnahmen (ca.1 Mio.€) aufgrund gestiegener Übernachtungszahlen im Jahr 2024.

Die Stadt Frankfurt am Main schöpft die Einnahmemöglichkeiten aus dem Tourismusbeitrag aus.

[29] Kommunalbericht 2022, S. 13.

5. *„Gebührensatzungen sind aktuell zu halten, um auf Grundlage einer Gebührenkalkulation und unter Berücksichtigung geltender Gesetzeslage sowie neuer Rechtsprechung, rechtssicher Gebührenbescheide erstellen zu können (siehe hierzu „Haushaltsstruktur 2021: Kleine Gemeinden“ – 230. Vergleichende Prüfung).“*

Die Aktualität von Satzungen war und ist **Gegenstand verschiedener Prüfungen**. Ziel ist dabei die Erfüllung des Haushaltsgrundsatzes der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen (§ 93 Abs. 2 und 3 HGO; § 26 GemHVO).

Im Rahmen von geplanten **Haushalts- und Verwaltungsprüfungen** wurden die folgenden Satzungen mit geprüft:

- Erhebung und Verwendung des **Tourismusbeitrags** (s. o. unter 4.)
- **Zweitwohnungssteuer**

Im Rahmen der **Prüfungen von Beschlussvorlagen** wurden jüngst die folgenden Satzungen geprüft:

- Neufassung der **Satzung über die Gebühren an Parkzeituhren und Parkscheinautomaten** in Frankfurt am Main; Erlass einer Verordnung für das Bewohnerparken in Frankfurt am Main[30]
- Änderung der **Friedhofsordnung** (FO) und der **Friedhofs- und Bestattungsgebührenordnung** (FBGO) der Stadt Frankfurt am Main[31]
- Neufassung der Satzung der Stadt Frankfurt am Main über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und Sondernutzungsgebühren vom 31.01.2002 (**Sondernutzungssatzung**)[32]
- 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main (**Tourismusbeitragssatzung**)[33]
- 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main (**Zweitwohnungssteuersatzung**)[34]
- Satzung über die Erhebung einer **Steuer auf Spielgeräte**, auf das **Spielen um Geld oder Sachwerte und auf Vergnügen besonderer Art** im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main[35]
- Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (**Hebesatzsatzung**)[36]
- 5. Satzung zur Änderung der **Verwaltungskostensatzung**, einschließlich Kostenverzeichnis als Bestandteil der Satzung[37]

[30] Vgl. § 3615 vom 20.07.2023 (M 99 vom 16.06.2023).
[31] Vgl. § 5549 vom 12.12.2024 (M 164 vom 08.11.2024).
[32] Vgl. § 4566 vom 21.03.2024 (M 16 vom 08.03.2024).
[33] Vgl. § 5031 vom 11.07.2024 (M 83 vom 21.06.2024).
[34] Vgl. § 5430 vom 14.11.2024 (M 137 vom 11.10.2024).
[35] Vgl. § 5431 vom 14.11.2024 (M 138 vom 11.10.2024).
[36] Vgl. § 5513 vom 12.12.2024 (M 158 vom 08.11.2024).
[37] Vgl. M 54 vom 21.03.2025; zum Redaktionsschluss noch im parlament. Geschäftsgang.

Zum wiederholten Male weisen wir darauf hin, dass die **Ortssatzung für die Verwaltung der öffentlichen milden Stiftungen** in Frankfurt am Main – Allgemeine Stiftungsordnung (siehe Tz. 8.2) nicht mehr den gesetzlichen Regelungen des Hessischen Stiftungsrechts entspricht. Die Zuständigkeit für die Stiftungsaufsicht obliegt seit dem 01.01.2022 wieder dem Regierungspräsidium Darmstadt (siehe Tz. 8.1).

Kommunalbericht 2023[38]

„Der Kommunalbericht 2023 enthält fünf Feststellungen von allgemeiner Bedeutung. Die Sachverhalte sind bei mehreren geprüften Körperschaften aufgefallen:

3. *„Nach § 4 Absatz 2 Satz 5 GemHVO sollen Kommunen für die wesentlichen Produkte Leistungsziele und Kennzahlen angeben, um so messen zu können, ob die Ziele erreicht wurden. Hierfür haben die Kommunen ihre wesentlichen Produkte zu bestimmen und für diese Ziele, Kennzahlen und Indikatoren im Produkthaushalt abzubilden (siehe hierzu „Klima- und Energiemanagement“ – 236. Vergleichende Prüfung).“*

Wir verweisen hierzu auf unsere umfassenden Prüfungsfeststellungen Tz. 6.3.2.2 im Teil I der Schlussberichte 2023.

4. *„Eine wirksame Funktionstrennung und gezielte Kontrollen sind für zahlungsbegründende Vorgänge einzurichten (Vier-Augen-Prinzip), um das Risiko von dolosen Handlungen zu verringern. Zahlungsdaten sollen dabei so weit wie möglich über geschützte Programmierschnittstellen automatisiert übertragen werden sowie Prozesse und Überwachungsmaßnahmen im Rahmen eines Internen Kontrollsystems (IKS) schriftlich dokumentiert und regelmäßig überprüft werden (siehe hierzu „Nachschau IKS und Vergabewesen“ – 238. Vergleichende Prüfung“).“*

Interne Kontrollsysteme sind stets Gegenstand unserer Prozessprüfungen. In deren Mittelpunkt steht neben der Vereinfachung von Prozessen und Geschäftsabläufen die Prüfung, ob für die prozessimmanenten Fehlerrisiken geeignete Kontrollen vorgesehen sind (IKS Aufbauprüfung) und ob diese in der Praxis gelebt werden und wirksam sind (IKS Funktionsprüfung). Die Prüfung der IT-Schnittstellen obliegt der Abteilung Prüfung der Informations- und Kommunikationstechnik, über die wir unter Tz. 4.2 gesondert berichten.

Die Einrichtung eines IKS und dessen regelmäßige Prüfung auf Wirksamkeit ist ureigene Managementaufgabe der jeweils zuständigen Organisationseinheit.

5. *„In der Zuschussverwaltung sollten Prüfrechte zugunsten der örtlichen sowie der überörtlichen Prüfung eingeräumt und standardisierte Verwendungsnachweise implementiert werden. Hilfestellung bietet der von der Überörtlichen Prüfung entwickelte „Leitfaden Mindestanforderungen an Verwendungsnachweise“ (siehe hierzu „Nachschau IKS und Vergabewesen“ – 238. Vergleichende Prüfung“).“*

Wir empfehlen den mittelgewährenden Stellen seit Langem, sich Unterrichtungs- und Prüfrechte bei den empfangenden Stellen einräumen zu lassen. Dies stößt bei einigen gemeinnützigen Trägern allerdings zum Teil auf Widerstand. Die Stadtver-

[38] Kommunalbericht 2023, S. 17 f.

ordnetenversammlung hat den Magistrat hierzu mit § 5375 vom 14.11.2024 (NR 1008 vom 30.09.2024) u. a. gebeten, bei der Gewährung von städtischen Zuwendungen und Zuschüssen sicherzustellen, dass die allgemeinen Bewirtschaftungsgrundsätze der Stadt Frankfurt (ABewGr) Gegenstand jedes Zuwendungsbescheids sind. Damit sind die Prüfrechte für die örtliche (zuschussgewährende Ämter und Revisionsamt) sowie die überörtliche Prüfung eingeräumt.

Wir verweisen hierzu auch auf unsere umfassenden Prüfungsfeststellungen in Tz. 7.1.2.2 im Teil I der Schlussberichte 2023.

4.4.4 Vergleichende Prüfungen der letzten Jahre mit Bezug zur Stadt

Nachfolgend geben wir einen Überblick über die Vergleichenden Prüfungen des Hessischen Rechnungshofs gemäß § 6 ÜPKKG der letzten zehn Jahre mit Bezug zur Stadt Frankfurt am Main:

Vergleichende Prüfung	Prüfungsgegenstand	Bericht des Magistrats	Bericht des Rechnungshofs
168.	Gesundheitswesen – Kliniken	B 94 vom 21.03.2014	24. Zusammenfassender Bericht
172.	Abfallentsorgung in Großstädten	B 403 vom 20.10.2014	26. Kommunalbericht 2014
184.	Haushaltsstruktur 2015: Großstädte	B 259 vom 07.10.2016	29. Zusammenfassender Bericht 2017 Großstädtebericht
196.	Kommunaler Wohnungsbau	B 113 vom 08.04.2019	31. Kommunalbericht 2018
212.	Kommunale Versorgungskassen	(M 38 vom 21.02.2020)	33. Zusammenfassender Bericht 2019
215.	Nachschau Betätigung Sparkassen[39]	-	32. Kommunalbericht 2019
222.	Haushaltsstruktur 2020: Großstädte	B 293 vom 16.08.2021 B 156 vom 19.04.2022	35. Zusammenfassender Bericht 2021 Großstädtebericht
239.	Vorbericht Haushaltsplan	-	38. Zusammenfassender Bericht 2023 Kommunalbericht
240.	Gesundheitswesen – Kliniken II	B 374 vom 07.10.2024	39. Zusammenfassender Bericht 2024 Klinikbericht

4-2: Vergleichende Prüfungen des Hessischen Rechnungshofs

Die Berichte des Hessischen Rechnungshofs sind auf dessen Internetseite unter rechnungshof.hessen.de/veroeffentlichungen/kommunalberichte abrufbar.

[39] Betroffen ist die Stadt Frankfurt über die „Sparkassenrechtliche Sonderbeziehung“. Diese besteht in einer Mitgliedschaft am Sparkassenzweckverband Nassau, welcher der Träger der Nassauischen Sparkasse ist. Zu Einzelheiten hinsichtlich der vom Sparkassenzweckverband Nassau getragenen Nassauischen Sparkasse verweisen wir auf den „Trägerbericht Nassauische Sparkasse“ in Abschnitt III des „Beteiligungsberichts 2024 (Jahresabschluss 2023) der Stadt Frankfurt am Main (B 401 vom 28.10.2024).

5 Beteiligungsmanagement und wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt am Main

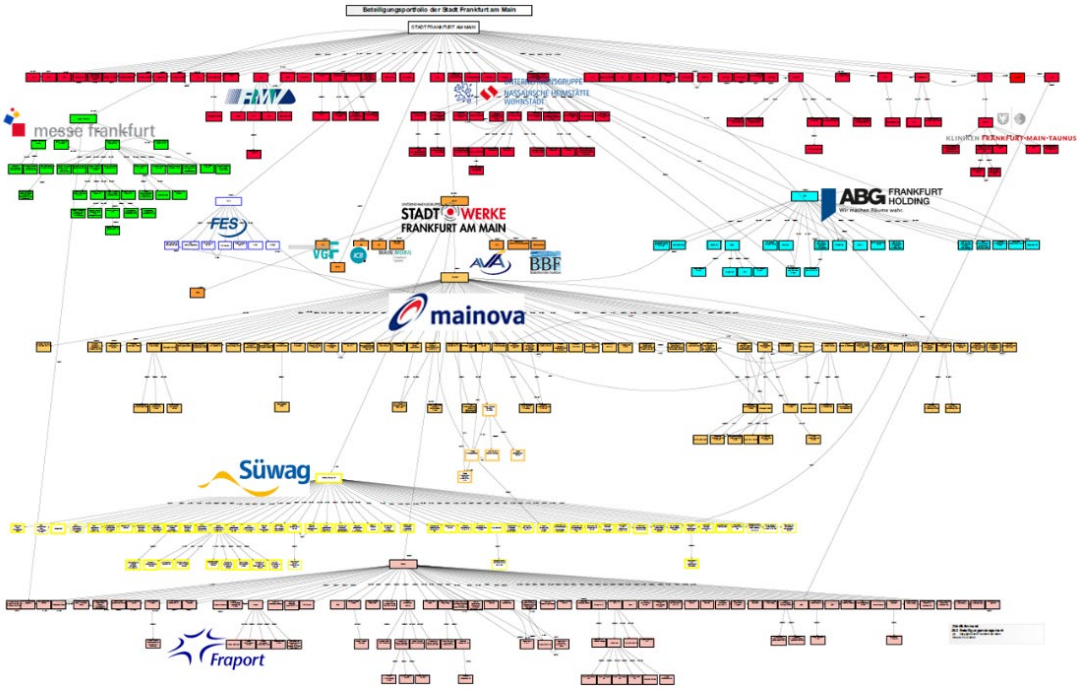
5.1 Allgemeines

5.1.1 Beteiligungsstruktur

Zum 31.12.2023 war die Stadt Frankfurt am Main gemäß Beteiligungsbericht[40] an 302 (Vorjahr: 231) Gesellschaften direkt oder indirekt mit einem Anteil von mindestens 20 % beteiligt. Insgesamt hatte die Stadt 680 Beteiligungen (Vorjahr: 602), einschließlich der Beteiligungen unter 20 %.

Der deutliche Anstieg der Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus der Zunahme der indirekten Beteiligungen ab 20 % von 188 auf 259. Hier wirkten sich der Erwerb der Solea GmbH durch die Mainova-Tochter Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG und die von der Solea GmbH gegründeten Projektgesellschaften aus.[41]

Einen Eindruck von der **Komplexität der gesamten Beteiligungsstruktur** des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ zum 31.12.2023 vermittelt die folgende schematische Übersicht:



5-1: Konzernstruktur der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2023[42]

[40] B 401 vom 28.10.2024: Beteiligungsbericht 2024 (Jahresabschluss 2023), digitale Anlage S. 24.
[41] B 401 vom 28.10.2024: Beteiligungsbericht 2024 (Jahresabschluss 2023), digitale Anlage S. 24 und 25.
[42] B 401 vom 28.10.2024: Beteiligungsbericht 2024 (Jahresabschluss 2023), digitale Anlage S. 537 ff.

5.1.2 Gesamtstädtische Beteiligungsstrategie und strategisches Beteiligungscontrolling

Der Stadt Frankfurt am Main fehlt nach wie vor eine gesamtstädtische Beteiligungsstrategie sowie ein systematisches, strategisches Beteiligungscontrolling, das sich an langfristigen und nachhaltigen Beteiligungszielen und Erwartungen an die Beteiligungsgesellschaften orientiert.

Dies hat auch der Hessische Rechnungshof im Rahmen der 196. Vergleichenden Prüfung „Kommunaler Wohnungsbau" festgestellt.[43] Er empfiehlt, „*die Beteiligungsverwaltung der Stadt Frankfurt am Main bei der Erarbeitung strategischer Zielvorgaben für die städtischen Wohnungsbauunternehmen zu beteiligen. Gegebenenfalls ist hierzu die Allgemeine Geschäfts- und Dienstanweisung der Stadt Frankfurt am Main (AGA; z. B. Kapitel 1.1 Aufgabengliederungsplan) anzupassen.*"[44]

Der Magistrat hat gegenüber der Stadtverordnetenversammlung hierzu mit B 113 vom 08.04.2019 (zu Ziffer 1.5) wie folgt Stellung genommen: „*Die derzeitige Dezernatsverteilung sieht vor, dass für das Wohnungswesen und die städtischen Wohnungsgesellschaften das Fachdezernat zuständig ist und nicht die Beteiligungsverwaltung. Daraus folgt, dass die Erarbeitung strategischer Zielvorgaben Aufgabe des zuständigen Fachdezernats ist (AGA Kapitel 1.1 Aufgabengliederungsplan).*"

Die Kenntnis der langfristigen Absichten der Stadt im Umgang mit ihren Beteiligungen in allen Bereichen würde es allen Entscheidungsträgern erleichtern, eine wirtschaftlich und unter dem Aspekt der Daseinsvorsorge ausgewogene Bewertung im Sinne einer **gesamtstädtischen Strategie** vorzunehmen.

Dies entspricht auch den – über den Aufgabengliederungsplan hinausgehenden – Vorgaben des Public Corporate Governance Kodex (PCGK; siehe auch Tz. 5.2). Dem Magistrat obliegt entsprechend Teil A Ziffer 2.2 des PCGK die **Formulierung strategischer Zielvorgaben** für die Beteiligungen. Gemäß Teil B Ziffer 4.1.2 des PCGK hat der Magistrat „*daher die Einführung eines strategischen Beteiligungscontrollings beschlossen, welches den städtischen Entscheidungsträgern / Entscheidungsträgerinnen als Instrument zur mittel- und langfristigen Steuerung des Gesamtkonzerns Stadt Frankfurt am Main dient. Die Stadt Frankfurt am Main soll mit Hilfe des strategischen Controllings die wirtschaftliche Führung und die Einhaltung des öffentlichen Zwecks gewährleisten sowie den Ressourceneinsatz (Steuergelder/Haushaltsmittel) für die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ermitteln. Im Ergebnis sollen Zielvorgaben für die Beteiligungsunternehmen in Form von Zielbildern, Zielvereinbarungen und Unternehmenskonzepten erstellt werden.*"

---

[43] Vgl. Schlussbericht für die Stadt Frankfurt am Main über die 196. Vergleichende Prüfung „Kommunaler Wohnungsbau" nach dem Gesetz zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen (ÜPKKG), Ziffer 6.2.4 „*Organisationsmodell der kommunalen Beteiligungsverwaltung*", S. 54 ff.; abrufbar in B 113 vom 08.04.2019 als nicht öffentliche Anlage).

[44] Vgl. Schlussbericht für die Stadt Frankfurt am Main über die 196. Vergleichende Prüfung „Kommunaler Wohnungsbau" nach dem Gesetz zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen (ÜPKKG), Ziffer 6.2.5 „*Analyse der Aufgaben und der personellen Kapazitäten der kommunalen Beteiligungsverwaltung*", S. 57 ff.; aao. Fn. 43.

Auf der Gesellschaftsebene haben sich die Geschäftsführungen nach dem PCGK (siehe Tz. 5.2.1) bei ihren „*Entscheidungen und Planungen an den strategischen Zielen der Gesellschafter:innen zu orientieren und der öffentlichen Aufgabe des Unternehmens Rechnung zu tragen.*“ Zudem gilt: „*Die Geschäftsführung unterstützt die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat aktiv bei der Entwicklung neuer strategischer Zielvorgaben.“*

In diesem Rahmen soll das Beteiligungsdezernat[45] als gesamtstädtische Aufgabe u. a. das (operative und strategische) Beteiligungscontrolling als Steuerungsinstrumente nutzen. Das Beteiligungsmanagement hat in seiner Stellungnahme zum Schlussbericht 2022 darauf hingewiesen, dass es das (operative und strategische) Beteiligungscontrolling als Steuerungsinstrument nutze. Zielvereinbarungen mit den Geschäftsführungen würden im Rahmen von Regelungen über erfolgsabhängige Tantiemen mit den Geschäftsführungen geschlossen. Der Ausbau eines schlüssigen Gesamtsystems zur strategischen Beteiligungssteuerung sei wünschenswert.

Wir empfehlen weiterhin, strategische Ziele für die Beteiligungen zu definieren.

5.1.3 Beteiligungsmanagement

Das **Beteiligungsmanagement** der Stadt Frankfurt am Main ist als Abteilung in der Stadtkämmerei angesiedelt und im Produkthaushalt als PG 31.06 abgebildet.

Zu den **Kernaufgaben** des Beteiligungsmanagements gehört nach dem städtischen Aufgabengliederungsplan[46] die Verwaltung der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt an Kapitalgesellschaften und Genossenschaften. Sie umfasst ferner die Betreuung der sechs Eigenbetriebe in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten, unbeschadet der Zuständigkeit der Stadtkämmerei für die Auswirkungen der Finanzwirtschaft der Eigenbetriebe auf den städtischen Haushalt. Das Beteiligungsmanagement umfasst die Wahrnehmung der städtischen Interessen in den Haupt- und Gesellschafterversammlungen sowie die Vorbereitung und Umsetzung von Beschlüssen der städtischen Gremien und der Gesellschaftsorgane. Darüber hinaus wird das operative Beteiligungscontrolling für die Beteiligungen und Eigenbetriebe durchgeführt. In diesem Zusammenhang sind grundsätzlich sowohl die Gemeinwohlorientierung als auch die Wirtschaftlichkeit der Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe zu beachten.

Im Rahmen des **operativen Beteiligungscontrollings** werden die Funktionen, die der Stadt als **Gesellschafterin obliegen**, ebenso wahrgenommen, wie die **Betreuung der städtischen Vertreter*innen in den Aufsichtsgremien**. Das Beteiligungsmanagement wirkt insbesondere bei der **Gründung, Umwandlung, Umstrukturierung und Auflösung** von Gesellschaften und Eigenbetrieben mit.

Es ist auch zuständig für die **Abgabe von Meldungen an die Aufsichtsbehörde** (§ 127a HGO) sowie die **Erstellung des jährlichen Beteiligungsberichts** nach § 123a HGO.

[45] Derzeit das Dezernat VI – Finanzen, Beteiligungen und Personal –.
[46] AGA II, Abschnitt 1.1 (Stand 02.10.2024), S. 12 (Ziffer 6).

Mindestens einmal in jeder Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung hat es die **Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung** bestehender Unternehmen und Einrichtungen zu prüfen (§ 121 Abs. 7 i. V. m. Abs. 1 HGO).

Dabei ist zu beurteilen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung der jeweiligen Beteiligung noch den Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entspricht und inwieweit die Tätigkeiten auf private Dritte übertragen werden können.

Die letzte Prüfung fand für die Wahlperiode 2016 bis 2021 statt.[47] Für die laufende Wahlperiode (2021 bis 2026) steht sie noch aus.

5.1.4 Betätigungsprüfung

Aufgabe des Revisionsamtes ist es, die vorgenannte **Betätigung der Stadt als Anteilseignerin** von Unternehmen zu überprüfen („Betätigungsprüfung“ gemäß § 131 Abs. 2 Nr. 6 HGO i. V m. § 8 Abs. 1 Nr. 5 Revisionsordnung).

Die **Prüfung** der Betreuung der **Eigenbetriebe in wirtschaftlichen Fragen** erfolgt im Rahmen der Prüfung der Verwaltung auf Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit (§ 131 Abs. 2 Nr. 4 HGO i. V. m. § 8 Abs. 1 Nr. 3 Revisionsordnung).

5.2 Umsetzung des Public Corporate Governance Kodex

5.2.1 Beteiligungsunternehmen

Im Rahmen der Betätigungsprüfung (vgl. Tz. 5.1.4) hat das Revisionsamt die Aufgabe, die Betätigung der Stadt als Gesellschafterin von Unternehmen zu prüfen. Dies umfasst auch die Prüfung der Umsetzung und Einhaltung der **Richtlinie guter Unternehmensführung für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main – Public Corporate Governance Kodex** (PCGK).

Der seit 2010 bis 2022 anzuwendende PCGK basierte auf dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 7856 vom 25.03.2010 (M 225 vom 20.11.2009). Eine Neufassung des PCGK wurde vom Magistrat am 09.12.2022 beschlossen (M 221 vom 09.12.2022). Die Stadtverordnetenversammlung hat diesem mit Beschluss § 2836 vom 02.02.2023 zugestimmt. Diese Neufassung des PCGK ist für die sich verpflichtenden Beteiligungsunternehmen erstmals für das Geschäftsjahr 2023 anzuwenden.

Die Regelungen und Handlungsanweisungen des PCGK gelten für unmittelbare und mittelbare Mehrheitsbeteiligungen (mehr als 50 %). Mit der Einführung des PCGK ist das Beteiligungsmanagement verpflichtet, diese Vorgaben umzusetzen bzw. die Umsetzung durch die Geschäftsführungen bzw. Aufsichtsgremien zu überwachen.

Nach wie vor ist festzustellen, dass die unmittelbare **Mehrheitsbeteiligung Messe Frankfurt GmbH** (60 %) und ihre Beteiligungen weder den PCGK noch eine andere Richtlinie, z. B. die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im

[47] Vgl. M 67 vom 20.04.2020. Der Vorlage hat die Stadtverordnetenversammlung am 04.06.2020 (§ 5878) zugestimmt.

Bereich des Landes Hessen (Landeskodex)[48], eingeführt haben. **Bei einem Unternehmen dieser Größenordnung und weltweiten Bedeutung sehen wir hier dringenden Handlungsbedarf.** Eine entsprechende Empfehlung hat auch der Hessische Rechnungshof im Rahmen einer Prüfung des Beteiligungsmanagements des Landes Hessen im Jahr 2019 ausgesprochen. Angabegemäß[49] werde angestrebt, einen spezifischen Kodex für die Messe Frankfurt GmbH auf Basis des Landeskodex und des städtischen PCKG zu formulieren. Nach Aussage des Beteiligungsmanagements sind Verhandlungen mit dem Mitgesellschafter Land Hessen weiterhin im Gange.

Der PCGK kann auch bei anderen Beteiligungsunternehmen (unmittelbare und mittelbare **Minderheitsgesellschaften**) eingeführt werden, die über einen Aufsichtsrat verfügen und deren Gesellschafter in der Regel zu 100 % Städte und Gemeinden sind, wie z. B. die RMA Rhein-Main Abfall GmbH und die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV). Die Stadtkämmerei hat zum Schlussbericht 2022 darauf hingewiesen, dass es zwischenzeitlich einzelne Beispiele gibt, bei denen auch bei Minderheitsbeteiligungen ein Kodexbeschluss zustande gekommen ist.

5.2.2 Eigenbetriebe

Der PCGK erklärt in der Präambel, dass die Regeln und Handlungsanweisungen auch sinngemäß für die **Eigenbetriebe** der Stadt Frankfurt am Main gelten.

Sämtliche Eigenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main haben sich durch Beschlussfassung in den jeweiligen Betriebskommissionen zur Anwendung des PCGK verpflichtet, so dass das Beteiligungsmanagement auch hier die Umsetzung zu überwachen hat.

[48] Quelle: https://finanzen.hessen.de/Ueber-Uns/Beteiligungen/Public-Corporate-Governance-Kodex [abgerufen am 09.01.2024].
[49] Vgl. B 401 vom 28.10.2024: Beteiligungsbericht 2024 (Jahresabschluss 2023), S. 80.

6 Eigenbetriebe

6.1 Allgemeines

Die Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (HMB), die Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (KKJF), die Stadtentwässerung Frankfurt am Main (SEF), die Volkshochschule Frankfurt am Main (VHS), die Kita Frankfurt sowie die Städtische Kliniken Frankfurt am Main - Höchst sind **wirtschaftliche Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit**, die von der Stadt Frankfurt am Main als **Eigenbetriebe** nach dem Hessischen Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) geführt werden; sie sind Sondervermögen im Sinne des § 115 Abs. 1 Nr. 3 HGO.

Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung der Eigenbetriebe sind so eingerichtet, dass eine vom übrigen Gemeindevermögen gesonderte Betrachtung der Verwaltung und des Ergebnisses möglich ist.

Der **Wirtschaftsplan** 2023 sowie der jeweils bei der Aufstellung vorliegende neueste Jahresabschluss (2021) der Eigenbetriebe waren dem Produkthaushalt 2023 (Band 1) als Anlagen beigefügt (§ 1 Abs. 4 Nr. 10 GemHVO).

Die **Jahresabschlüsse** der Eigenbetriebe sollen innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Wirtschaftsjahres von der Stadtverordnetenversammlung festgestellt werden (§ 27 Abs. 3 Satz 2 EigBGes). Gleichzeitig beschließt die Stadtverordnetenversammlung über die Verwendung des Jahresgewinns oder die Behandlung des Jahresverlusts sowie über den Ausgleich von Verlustvorträgen.

In § 27 Abs. 2 EigBGes ist die **Prüfung der Jahresabschlüsse** der Eigenbetriebe nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB durch einen von der Stadtverordnetenversammlung bestimmten Abschlussprüfer vorgeschrieben. Die Prüfung erstreckt sich auch auf die Buchführung, auf die nach § 24 Abs. 3 EigBGes vorgeschriebene Erfolgsübersicht und auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung (analog zur Prüfung nach § 53 HGrG). Dabei ist zu untersuchen, ob zweckmäßig und wirtschaftlich verfahren wurde. Ferner wird die Überprüfung der Einhaltung des PCGK (siehe Tz. 5.2) beauftragt.

Die **dauernde Überwachung der Kassen** einschließlich der **unvermuteten Kassenprüfungen** und die Prüfung, ob **Sondervorschriften** (städtische Verwaltungsvorschriften, Steuerrecht usw.) beachtet wurden oder die gezielte Prüfung, ob **Unregelmäßigkeiten** vorgekommen sind, liegt nach den zurzeit geltenden Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften außerhalb der Tätigkeit des Abschlussprüfers.

Dem Revisionsamt sind folgende **Prüfungsaufgaben bei Eigenbetrieben** der Stadt übertragen worden:

- Dauernde Überwachung der **Kassen** (…) der Eigenbetriebe sowie regelmäßige und unvermutete Kassenprüfungen (§ 131 Abs. 1 Nr. 3 HGO i. V. m. § 7 Abs. 1 Nr. 3 der Revisionsordnung),
- Prüfung der **Wirtschaftsführung** der Eigenbetriebe (§ 131 Abs. 2 Nr. 5 HGO HGO i. V. m. § 8 Abs. 1 Nr. 4 der Revisionsordnung),
- **Bautechnisch-wirtschaftliche Prüfungen** von Baumaßnahmen und technischen Anlagen, die der Zustimmungspflicht der Betriebskommission unterliegen (§ 8 Abs. 3 i. V. m. Abs. 2 der Revisionsordnung).

6.2 Prüfungen des Revisionsamts bei den Eigenbetrieben

Das Revisionsamt hat im Berichtsjahr an **Sitzungen der Betriebskommissionen** der Eigenbetriebe teilgenommen. Können Teilnahmen nicht erfolgen, werden die Sitzungsunterlagen einschließlich der Sitzungsvorbereitung durch das Beteiligungsmanagement vorab gesichtet. Bei Bedarf teilen wir dem Beteiligungsmanagement unsere Überlegungen bzw. Fragestellungen mit.

Auch nahmen Vertreter:innen des Revisionsamts an **Jahresabschlussgesprächen**“[50] teil (Ausnahme Kita und Städtische Kliniken-Höchst). Mit der Neufassung des PCGK ist es dem Revisionsamt nunmehr auch möglich, an den **Wirtschaftsplangesprächen** teilzunehmen (siehe Tz. 5).

Zudem wurden im Berichtsjahr bei der **Volkshochschule Frankfurt am Main** in Stichproben unvermutet drei ausgewählte personengebundene Entgeltkassen und die Betriebskasse geprüft.

Daneben hat das Revisionsamt unterjährig regelmäßig **zu Beschlussvorlagen Stellung genommen**, die die Aufgabenstellung des jeweiligen Eigenbetriebes betreffen.

[50] Vorgespräche zum ersten Entwurf des Berichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses mit der Geschäftsführung, dem Abschlussprüfer und der/dem Vertreter:in des Beteiligungsmanagements.

Ferner führte das Revisionsamt im Berichtsjahr **bautechnisch-wirtschaftliche Prüfungen bei Eigenbetrieben** durch. Zu Einzelfeststellungen (bei den Eigenbetrieben **Kita Frankfurt** und **Stadtentwässerung Frankfurt**) verweisen wir auch auf Tz. 4.3 dieses Schlussberichts:

Kita Frankfurt:

Baumaßnahme	Verweis
KiZ 74, Bernadottestraße 35, Abriss, Neubau und Erweiterung um zwei Gruppen (IPG-Anmeldung)	Tz. 4.3.2.2
KiZ 12, Wiesenhüttenstraße 40, energetische Ertüchtigung, Umbau und Erweiterung (IPG-Anmeldung)	Tz. 4.3.2.3
KiZ 12, Wiesenhüttenstraße 40, Auslagerung in die Villa Kleyer (IPG-Anmeldung)	Tz. 4.3.2.4
KiZ 8, Hartmann-Ibach-Straße 60, Sanierung und Nutzungserweiterung (IPG-Anmeldung)	Tz. 4.3.2.6
KiZ 56, Dornbusch, Eckernförder Straße 67, Abriss und Neubau, inklusive Auslagerung und Erweiterung um eine Gruppe für Kindergartenkinder (Vorprüfung)	Tz. 4.3.3.3
KiZ 126, Rendeler Straße 9, Gesamtsanierung Mehrbedarf (Mehrkostenvorlage)	Tz. 4.3.4.2
KiZ 37, In der Römerstadt 117, Abriss, Neubau und Erweiterung um zwei Gruppen (Mehrkostenvorlage)	Tz. 4.3.4.3
KiZ 26, Feuerwehrstraße 62, Neubau (Bauabrechnung)	Tz. 4.3.5.5

Stadtentwässerung Frankfurt:

Baumaßnahme	Verweis
Abwasserreinigungsanlage Sindlingen, Neubau Schlammtrocknungs- und -verbrennungsanlage (Vorprüfung)	Tz. 4.3.3.11
Infrastruktur Liegenschaft Goldsteinstraße 238, aktuelle Projektkosten / Mehrkostenanmeldung (Mehrkostenvorlage)	Tz. 4.3.4.6
Abwasserreinigungsanlage Niederrad, Erneuerung der Abluftbehandlungsanlage der ersten biologischen Stufe (Mehrkostenvorlage)	Tz. 4.3.4.7

6.3 Stand der Entlastungsverfahren der Eigenbetriebe

Zum Redaktionsschluss dieses Teils der Schlussberichte 2023 ergibt sich hinsichtlich Aufstellung, Prüfung und Beschlussfassung durch die jeweilige Betriebskommission (BK) bzw. die Stadtverordnetenversammlung (StVV) über die letzten Jahresabschlüsse folgendes Bild:

Eigenbetrieb	Jahres-abschluss	Bestätigungs-vermerk durch Abschlussprüfer	Behandlung in BK	M-Vortrag	§ StVV
Hafen- und Markt-betriebe der Stadt Frankfurt am Main (Dezernat IV)	2022	12.04.2023	27.06.2023	M 224 vom 08.12.2023 M 178 vom 22.11.2024 (Neufassung)	§ 4328 vom 01.02.2024 § 5557 vom 12.12.2024
	2023	12.04.2024	24.06.2024	M 179 vom 22.11.2024	§ 5558 vom 12.12.2024
Stadtentwässe-rung Frankfurt am Main (Dezernat XII)	2022	18.08.2023	21.09.2023	M 202 vom 24.11.2023	§ 4172 vom 14.12.2023
	2023	12.09.2024	26.09.2024	M 180 vom 22.11.2024	§ 5559 vom 12.12.2024
Volkshochschule Frankfurt am Main (Dezernat XI)	2022	12.05.2023	26.06.2023	M 216 vom 24.11.2023	§ 4323 vom 01.02.2024
	2023	05.06.2024	24.06.2024	M 130 vom 27.09.2024	§ 5425 vom 14.11.2024
Kommunale Kin-der- Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Dezernat VIII)	2022	23.05.2023	17.10.2023	M 205 vom 24.11.2023	§ 4175 vom 14.12.2023
	2023	19.06.2024	24.09.2024	M 175 vom 22.11.2024	§ 5555 vom 12.12.2024
Kita Frankfurt (Dezernat XI)	2022	01.06.2023	27.06.2023	M 166 vom 02.10.2023	§ 4004 vom 02.11.2023
	2023	04.06.2024	27.06.2024	M 171 vom 18.11.2024	§ 5554 vom 12.12.2024
Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst (Dezernat XII bzw. seit 18.07.2023 Dezernat VI)	2020	26.10.2021	28.02.2023	M 48 vom 11.04.2023	§ 3275 vom 11.05.2023
	2021	12.10.2023	16.10.2024[51]	M 172 vom 18.11.2024	§ 5688 vom 30.01.2025
	2022	X	X	X	X
	2023	X	X	X	X

6-1: Stand der Entlastungsverfahren der Eigenbetriebe

Für fünf der sechs Eigenbetriebe konnte der Jahresabschluss 2023 fristgemäß durch die StVV am 14.11. bzw. am 12.12.2024 beschlossen werden. Dies war in den meisten Fällen nur mittels eines Eilt-Schreibens durch das jeweilige Fachdezernat zu erreichen.

Beim Eigenbetrieb Städtische Kliniken ist die Stadt den Anforderungen des § 27 Abs. 3 Satz 2 und 3 sowie Abs. 4 EigBGes hinsichtlich der Feststellung innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Wirtschaftsjahres und der Offenlegung für alle Jahresabschlüsse seit 2020 nicht nachgekommen.

[51] Die Behandlung durch die Betriebskommission ist im Rahmen eines Umlaufverfahrens erfolgt, das am 19.01.2024 eingeleitet und am 16.10.2024 mit Beschluss 06/2023 abgeschlossen wurde.

Die Behandlung des Jahresabschlusses 2023 in der jeweiligen BK-Sitzung – mit Ausnahme der BK-Sitzungen der Städtischen Kliniken – erfolgte jeweils so rechtzeitig, dass eine fristgerechte Beschlussfassung bis Ende des Jahres 2024 möglich war.

Erneut lag die späte Beschlussfassung (Dezember 2024) durch die StVV an einer ungewöhnlich langen Verweildauer der Beschlussvorlagen in den jeweiligen Dezernatsbüros. Die fristgerechten Beschlussfassungen durch die Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2024 waren nur möglich, in dem die Fachdezernate einen Antrag auf Fristverkürzung (Eilt-Schreiben) stellten.

Grundsätzlich müssen wir feststellen, dass der Prozess der termingerechten Beschlussfassung durch die StVV noch verbesserungswürdig ist:

Die jährlich wiederkehrenden Magistratsvorlagen werden **dezentral in den Fachdezernaten verantwortet**, eine **zentrale Überwachung** (4-Augen-Prinzip) ist **nicht vorgesehen**. **Wir empfehlen weiterhin, folgende Termine als Richtschnur für eine fristgerechte Beschlussfassung zu beachten**

- **Beschlussfassung in einer BK-Sitzung** bis August / Einbringung der Magistratsvorlage bis Ende September,
- **Absendung des M-Vortrages** bis Ende Oktober (spätestens in der ersten Hälfte November),

sodass die letzte Sitzung der StVV im Dezember erreicht werden kann.

Bedenklich ist die Nichterfüllung der gesetzlichen Vorgaben insbesondere bei den Eigenbetrieben, bei denen der Feststellungsbeschluss durch die StVV **mit einem Gewinnverwendungsbeschluss einhergeht** und damit erst die Voraussetzung geschaffen wird, die Ausschüttung an den städtischen Haushalt gemäß dem Haushaltsplan zu vollziehen.

Weiterhin bedenklich sind die fehlenden Beschlussfassungen für zwei Jahresabschlüsse beim **Eigenbetrieb Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst**, obwohl die Jahresabschlüsse angesichts der Personalgestellung an die KFH eine sehr geringe Komplexität aufweisen.

Die Feststellung bezüglich der unverhältnismäßigen zeitlichen Diskrepanz zwischen den jährlich wiederkehrenden Beschlüssen in den BK-Sitzungen und den entsprechenden formalen Beschlüssen in der StVV **bestehen auch für die Aufstellung der Wirtschaftspläne und die Bestellung der Abschlussprüfer**.

Wir empfehlen, dass das Dezernat VI entweder dem Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main explizit eine Kontrollfunktion im Rahmen dessen Betreuungsaufgabe der Eigenbetriebe[52] zuweist oder alternativ eine Vereinbarung mit dem Hauptamt getroffen wird.

[52] Vgl. AGA II, Abschnitt 1.1 Aufgabengliederungsplan, 20 Stadtkämmerei, Aufgabe 6.4, sowie Präambel des PCGK.

7 Städtische Beteiligungsgesellschaften

7.1 Allgemeines

Bei den Beteiligungen, bei denen der Anteil der Stadt mehr als 50 % beträgt, stehen dem Revisionsamt grundsätzlich die Rechte nach §§ 44 und 54 HGrG i. V. m. § 131 Abs. 2 Nr. 6 HGO zu (sog. „Betätigungsprüfung“, vgl. Tz. 5).

Daneben hat der Magistrat dem Revisionsamt weitergehende Prüfungsrechte gegenüber den Beteiligungsunternehmen eingeräumt (sogenannte „Kassen-, Buch- und Betriebsprüfungen“), wenn dies in der entsprechenden Satzung des Beteiligungsunternehmens verankert wurde (§ 131 Abs. 2 Nr. 7 HGO i. V m. § 8 Abs. 1 Nr. 6 der Revisionsordnung). Hierdurch hat das Revisionsamt die Möglichkeit, Prüfungen direkt bei dem betreffenden Unternehmen durchzuführen.

7.2 Prüfungen bei den Gesellschaften

Das Revisionsamt plant seine jährlich notwendigen Prüftätigkeiten bei den Gesellschaften auf der Basis einer differenzierten Risikoanalyse.

Auf der Grundlage der Risikoanalyse hat das Revisionsamt im Berichtsjahr nach Kapitel B Ziffer 5.2 des PCGK als Gast an einzelnen **Sitzungen der Aufsichtsräte** (und ggf. deren Ausschüssen) der wesentlichen Gesellschaften teilgenommen.

Weiterhin ist das Revisionsamt nach Kapitel B Ziffer 2.2.2 des PCGK im Rahmen der Abschlussprüfungen bei den Gesellschaften vereinzelt zu den **Jahresabschlussgesprächen**[53] beigezogen worden.

Mit der Neufassung des PCGK (siehe Tz. 5.2) ist es dem Revisionsamt seit dem Jahr 2023 möglich, bei Bedarf auch an den **Wirtschaftsplangesprächen** teilzunehmen. Diese Möglichkeit wurde in Teilen wahrgenommen.

Im Berichtsjahr hat das Revisionsamt folgende **eigenständige, geplante Prüfung** vorgenommen:

- Projektorganisation der **Künstlerhaus Mousonturm** Frankfurt am Main GmbH für das Festival Theater der Welt 2023 Frankfurt-Offenbach (Bericht der Revision Nr. 09/2023 vom 13.12.2023).

[53] Vorgespräche zum ersten Entwurf des Berichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses mit der Geschäftsführung, dem Abschlussprüfer und der/dem Vertreter:in des Beteiligungsmanagements.

8 Öffentliche milde Stiftungen

8.1 Allgemeines

In der Stadt Frankfurt am Main bestehen folgende öffentliche milde Stiftungen:

- Stiftung Hospital zum Heiligen Geist,
- St. Katharinen- und Weißfrauenstift,
- Allgemeiner Almosenkasten,
- Stiftung Waisenhaus,
- Versorgungshaus und Wiesenhüttenstift,
- Frankfurter Stiftung für Gehörlose und Schwerhörige.

Rechtsgrundlage ist neben der jeweiligen Stiftungssatzung die „*Ortssatzung für die Verwaltung der öffentlichen milden Stiftungen in Frankfurt am Main – Allgemeine Stiftungsordnung*“ (**Ortssatzung**) vom 18.12.1947 (§ 948)[54].

Auch die öffentlichen milden Stiftungen unterstehen nach dem Hessischen Stiftungsgesetz (HStiftG) der **staatlichen Aufsicht** des Landes Hessen. Diese wird durch das Regierungspräsidium Darmstadt wahrgenommen.

8.2 Novellierung der Ortssatzung

Seit dem Jahr 1999 fordert das Revisionsamt die Novellierung der Allgemeine Stiftungsordnung. Die Notwendigkeit dafür ergibt sich wie folgt:

- Gemäß § 9 Abs. 2 der Ortssatzung ist das Revisionsamt „geborener Abschlussprüfer“. Durch das HStiftG ist für die Prüfung und Testierung der Jahresabschlüsse öffentlicher milder Stiftungen die Beauftragung von Wirtschaftsprüfern, Wirtschaftsprüferinnen bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften möglich; nach der Ortssatzung hingegen nicht. In der Praxis werden seit Jahren, abweichend von der Ortssatzung, auch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften als Abschlussprüfer beauftragt.
- Die Regelung zur Gemeinnützigkeit des Stiftungszwecks (§ 7 der Ortssatzung) bezieht sich nicht auf das aktuelle steuerliche Gemeinnützigkeitsrecht der Abgabenordnung und ist daher veraltet.
- Im Jahr 2013 forderte der Hessische Rechnungshof im Rahmen der 163. Vergleichenden Prüfung „Rechnungsprüfungsämter Städte und LWV“, dass das Revisionsamt für die Prüfung nichtstädtischer Einrichtungen **aufwandsdeckende Prüfungsgebühren** nach § 14 Abs. 2 Revisionsordnung erhebt. Demgegenüber bestimmt jedoch die Ortssatzung, dass das Revisionsamt für die Prüfung der Jahresrechnung keine Vergütung erhält (§ 9 Abs. 2 Satz 3).
- Da das Regierungspräsidium Darmstadt zum 01.01.2022 eine Redelegation der Stiftungsaufsicht vorgenommen hat, ist nun auch § 12 der Ortssatzung veraltet.

[54] §§ 5 und 97 HGO und Preußisches Gesetze betreffend die Aufhebung verschiedener Gesetze und Verordnungen der ehemaligen Freien Stadt Frankfurt am Main vom 09.04.1873; zuletzt geändert durch § 720 vom 02.11.1954.

Die letzte Initiative des Magistrats zur Novellierung der Ortssatzung erfolgte im Jahr 2011. Die Verhandlungen kamen jedoch ohne greifbare Ergebnisse zum Stillstand. Die Änderung der Ortssatzung sollte unverändert konsequent in Angriff genommen werden, um einerseits die notwendigen Harmonisierungen mit dem Landesstiftungsrecht sowie dem steuerlichen Gemeinnützigkeitsrecht herzustellen und andererseits – im Falle der Prüfung des Jahresabschlusses durch das Revisionsamt – die **nicht mehr zeitgemäße Freistellung der öffentlichen milden Stiftungen von den Prüfungsgebühren** abzuschaffen.

Der Magistrat teilte zuletzt in seiner Stellungnahme zu den Schlussberichten 2017 des Revisionsamtes (M 194 vom 11.11.2019) folgendes mit: „*Die zuständigen Fachämter, welche entsprechend des Aufgabengliederungsplans u. a. die Stiftungsaufsicht führen, werden dementsprechend die Überarbeitung der Ortssatzung für die Verwaltung der öffentlichen milden Stiftungen in Frankfurt am Main (Allgemeine Stiftungsordnung) vornehmen. (Dez. II)*“

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses der Schlussberichte 2023 ist nach Rückmeldung des Sozialdezernats eine Aktualisierung der Ortssatzung in Planung. Es fänden erste konzeptionelle Überlegungen dazu statt.

8.3 Stand der Entlastungsverfahren der öffentlich milden Stiftungen

Zum Zeitpunkt des Erstellens dieses Schlussberichts lagen Prüfungsberichte wie folgt vor und ist wie folgt Entlastung durch den Magistrat erteilt worden:

Bezeichnung der Stiftung	vorliegende Prüfungsberichte über Jahresabschlüsse bis einschließlich	Prüfung durch Revisionsamt oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (WPG)	Entlastung durch den Magistrat bis einschließlich
Stiftung Hospital zum Heiligen Geist	2023	WPG	2022
St. Katharinen- und Weißfrauenstift	2023	WPG	2022
Versorgungshaus und Wiesenhüttenstift	2023	WPG	2022
Stiftung Waisenhaus	2023	WPG	2023
Allgemeiner Almosenkasten	2020	Revisionsamt/WPG[55]	2020
Frankfurter Stiftung für Gehörlose und Schwerhörige	2022	Revisionsamt	2022

8-1: Stand der Entlastungsverfahren der öffentlich milden Stiftungen

[55] Mit E-Mail vom 13.07.2022 bat die Stiftungsaufsicht gemäß § 12 Abs. 4 HStiftG die Unterlagen der **Stiftung Allgemeiner Almosenkasten** zunächst einmalig von einem Wirtschaftsprüfer oder einer anderen zur Erteilung eines gleichwertigen Bestätigungsvermerkes befugten Person oder Gesellschaft bezüglich der Einhaltung der stiftungsrechtlichen Vorgaben prüfen zu lassen. Die Stiftung ist dieser Bitte nachgekommen. Seither ruht unsere Prüftätigkeit. Mit Prüfbericht vom 31.08.2023 bescheinigt ein Wirtschaftsprüfer, dass die Buchführung sowie die Jahresrechnung zum 31.12.2020 den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung und den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, das Stiftungskapital in seinem Bestand erhalten blieb und die Stiftungsmittel im Rahmen der Allgemeinen Stiftungsordnung und der Verwaltungsordnung verwendet wurden. Eine Reaktion der Stiftungsaufsicht steht aus.

Sofern die vorgenannten Jahresabschlüsse bereits durch WPG nach Maßgabe der für Wirtschaftsprüfer geltenden berufsständischen Richtlinien geprüft wurden, haben wir eine Entlastungsempfehlung unserseits für entbehrlich gehalten, wenn der Wirtschaftsprüfer einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat.

Unseren Empfehlungen folgend beschlossen die Vereinigten Pflegämter der öffentlichen milden Stiftungen am 27.10.1999, dass die mit der Jahresabschlussprüfung beauftragten Wirtschaftsprüfer darüber hinaus folgende Prüfaufträge zu übernehmen haben:

- Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie Prüfung auf wirtschaftlich bedeutsame Sachverhalte analog § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG entsprechend den Regelungen bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften.
- Prüfung der ungeschmälerten Erhaltung des Stiftungsvermögens im Berichtszeitraum und der Verwendung der Erträge aus dem Stiftungsvermögen entsprechend dem Stiftungszweck (§§ 6, 12 Abs. 2 HStiftG).

Wir gehen davon aus, dass eine diesbezügliche Regelung für alle öffentlichen milden Stiftungen auch Eingang in die Überarbeitung der Allgemeinen Stiftungsordnung (siehe Tz. 8.2) findet.

9 Schlussbemerkung

Es sind erneut bedeutsame Prüfungsfeststellungen hervorzuheben. Sie sollen zum Anlass genommen werden, Beanstandungen auszuräumen bzw. Vorkehr gegen Wiederholungen von fehlerhaftem sowie unwirtschaftlichem Verwaltungshandeln zu treffen.

Mit Ausnahme dieser Feststellungen haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Einhaltung der Haushaltswirtschaft in der Kernverwaltung sowie die Wirtschaftsführung bei den vorgenannten städtischen und stadtnahen Aufgabenträgern im Jahr 2023 nicht geordnet war.

Mit dieser Berichterstattung ist die Erwartung verbunden, dass der Magistrat zeitnah die notwendigen Maßnahmen ergreift.

Eine Zusammenfassung unserer Prüfungsfeststellungen ist in Tz. 1 dargestellt.

Frankfurt am Main, den 11.04.2025

Die Leitung des Revisionsamts

gez. Wieden gez. Lachnit

(Wieden) (Lachnit)

Abkürzungsverzeichnis

Die juristischen Personen haben, sofern nicht anders angegeben, ihren Sitz in Frankfurt am Main.

A	Aktiva
ABewGr	Grundsätze für die Verwendung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung (Allgemeine Bewirtschaftungsgrundsätze)
ABG	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH
ABI	Amt für Bau und Immobilien
ABV	Allgemeinen Bewirtschaftungsvorschriften
AGA	Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung für die Stadtverwaltung Frankfurt am Main
AGA I	AGA – Allgemeiner Teil
AGA II	AGA – Besonderer Teil
AGA III	AGA – Personalhandbuch
Alte Oper	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH
AnlV	Anlageverordnung
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
ASE	Amt für Straßenbau und Erschließung
AVV Rüb	Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des Lebensmittelrechts, des Rechts der tierischen Nebenprodukte, des Weinrechts, des Futtermittelrechts und des Tabakrechts (AVV Rahmen-Überwachung)
AZuwRL	Allgemeine Richtlinien für die Gewährung städtischer Zuwendungen (Allgemeine Zuwendungsrichtlinie)
a. F.	alte Fassung
B	Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung
BA	Bauabschnitt
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BäderBetriebe	BäderBetriebe Frankfurt GmbH
Bäderbau GmbH	Bäderbaugesellschaft mbH
Bäderbau KG	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG
BdR	Bericht der Revision
BGF	Bruttogrundfläche
BGM	Budgetierungsmerkmal

BHKW	Blockheizkraftwerk
BKI	Baukosteninformationssystem deutscher Architektenkammern
BKRZ GmbH	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH
BKRZ KG	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksgesellschaft mbH Co. KG
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
CERT	Computer Emergency Response Team (Computersicherheits-Ereignis- und Reaktionsteam)
CO	SAP-Modul Controlling (Kostenrechnung)
DAWI	Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
DIN	DIN-Normen des Deutsches Institut für Normung e. V., Berlin
DomRömer	DomRömer GmbH
DRK-Blutspendedienst	DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen gemeinnützige GmbH
DRS	Deutscher Rechnungslegungsstandard
DV	Datenverarbeitung
eAkte	elektronische Akte; führendes eAkte-System ist das Produkt „eGov-Suite“ der Firma Fabasoft Deutschland GmbH
EC-PCA	SAP-Modul Enterprise Controlling – Profit Center Accounting (Profit-Center-Rechnung)
EigBGes	Eigenbetriebsgesetz
EKP	Einkaufsplattform
EnEV	Energieeinsparverordnung
EÖB	Eröffnungsbilanz
ER	Ergebnisrechnung
ERP	Enterprise-Resource-Planning (Unternehmens-Informationssystem)
EPSAS	European Public Sector Accounting Standards
EStG	Einkommensteuergesetz
e. V.	eingetragener Verein
FAG	Finanzausgleichsgesetz
FAAG	Frankfurter Aufbau AG
FAAG Technik	FAAG Technik GmbH
FAIT	Fachausschuss für Informationstechnologie des IDW
FBGO	Friedhofs- und Bestattungsgebührenordnung

FES	Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH
FI	SAP-Modul Financial Accounting (Finanzwesen)
FI-AA	SAP-Modul Asset Accounting (Anlagenbuchhaltung)
FI-GL	SAP-Modul General Ledger Accounting (Hauptbuchhaltung)
FIZ	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH
FMT	Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH
FO	Friedhofsordnung
Frankfurt Ticket	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH
Fraport	Fraport AG
FRAP	Frankfurter Arbeitsmarktprogramm
FRL	Frankfurter Richtlinien
FRM	FRM FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region
FV	Freiwillige Versicherung
GA	Geldauszahlungsautomaten
Gateway Gardens	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH
gE	gemeinsame Einrichtung nach § 44b SGB II
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GemKVO	Gemeindekassenverordnung
GIS	Geografisches Informationssystem der Stadt Frankfurt am Main
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMVK	Geschäftsstelle der Magistratsvergabekommission
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GoBD	Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (BMF-Schreiben vom 28.11.2019)
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Hessen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
Hafen- und Marktbetriebe	Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

ha	Hektar
HANA	High Performance Analytic Appliance, eine In-Memory-Datenbank
Hessenwasser	Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau
HFA	Hauptfachausschuss des IDW
HFM	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HMdI	Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (ab 19.01.2024)
HMdIS	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (bis 18.01.2024)
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HPR	Versicherungsmathematisches Programm zur Berechnung von Pensionsrückstellungen der HAESSLER Informations GmbH
HSchG	Hessisches Schulgesetz
HSK	Haushaltssicherungskonzept
HStiftG	Hessisches Stiftungsgesetz
HVAG	Hessisches Versicherungsaufsichtsgesetz
HzWdH	Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes
ICB	In-der-City-Bus GmbH
IDR	Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e. V., Köln
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf
IFA	Immobilienwirtschaftlicher Fachausschuss des IDW
IFRS	International Financial Reporting Standards
IGS	integrierte Gesamtschule
IKS	Internes Kontrollsystem
IKT/IT	Informations- und Kommunikationstechnik/Informationstechnik
IM	SAP-Modul Investment Management (Investitionsmanagement)
IPASS	Integrales Projekt- und Auftragssteuerungssystem (IT-Verfahren des ABI)
iSEP	integrierter Schulentwicklungsplan

ivm	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt Rhein-Main)
JM	junge Menschen
JSA	Jugend- und Sozialamt
KASH	Kommunales Auswertungssystem Hessen
KEG	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH
KFH	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH
KG	Kostengruppe; Kommanditgesellschaft
KGS	kooperative Gesamtschule
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) – Verband für kommunales Management, Köln
KIPG	Kommunalinvestitionsprogrammgesetz
Kita Frankfurt	Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)
KiZ	Kinderzentrum
KJW	Kinder- und Jugendhilfe Wirtschaftsdienst
KKJF	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)
KKW	Kostenkennwert
KT	Kindertagesstätte
Kulturregion	Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bad Homburg v. d. Höhe
LOGA	Lutheran Office for Governmental Affairs (Integriertes Personalabrechnungs- und Personalverwaltungssystem) der P&I Personal & Informatik AG, Wiesbaden
LWV	Landeswohlfahrtsverband Hessen
M	Magistratsvortrag an die Stadtverordnetenversammlung
Mainova	Mainova Aktiengesellschaft
MB	Magistrats-Beschluss
MBF	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH
Messe Frankfurt	Messe Frankfurt GmbH
Mio.	Millionen
MKV	Mehrkostenvorlage
MM	SAP-Modul Materials Management (Materialwirtschaft)
Mousonturm	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH
Mrd.	Milliarden
MSD	Mainova ServiceDienste GmbH

MVK	Magistratsvergabekommission
Nassauische Heimstätte	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mit beschränkter Haftung
NaSt	Nachrichten für die Stadtverwaltung
n. e. V.	nicht eingetragener Verein
NRM	Netzdienste Rhein-Main GmbH
NSK	New System Kommunal
n. F.	neue Fassung
OB	Oberbürgermeister/Oberbürgermeisterin
P	Passiva
PARLIS	PARLamentsInformationsSystem der Stadtverordnetenversammlung
PB	Produktbereich
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PG	Produktgruppe
PM	Prüfungsmitteilung
PPP	Public Private Partnership
Praunheimer Werkstätten	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH
PS	SAP-Modul Project System (Projektsystem)
PSCD	SAP-Modul Public Sector Collections and Disbursements (Kassen- und Einnahmemanagement)
PSM	SAP-Modul Public Sector Management (Haushaltsmanagement)
PV	Pflichtversicherung
Rebstock Projektgesellschaft	Rebstock Projektgesellschaft mbH
RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
Regionalpark Taunushang	Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH, Bad Homburg
RMA	Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main
RMV	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim a. Ts.
RTW	RTW Planungsgesellschaft mbH
Saalbau	Saalbau Betriebsgesellschaft mbH
SAP	Anwendungssoftware der SAP SE, Walldorf
SAP-BEx-Analyser	SAP Business Explorer Analyser
SAP ERP	SAP Enterprise-Resource-Planning

SBEV	SBEV Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
SBF	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH
Schirn Kunsthalle	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH
SD	SAP-Modul Sales and Distribution (Vertrieb)
SEF	Stadtentwässerung Frankfurt (Eigenbetrieb)
SEM-BCS	SAP-Modul Strategic Enterprise Management - Business Consolidation System (Anwendungskomponente für die Konsolidierung)
SGB	Sozialgesetzbuch
SHW	Soziale Hilfen Wirtschaftsdienst
Sportpark Stadion	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH
StAnz	Staatsanzeiger für das Land Hessen
Stadtwerke Hanau	Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau
Städtische Kliniken	Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst (Eigenbetrieb)
StVV	Stadtverordnetenversammlung
SuS	Schülerinnen und Schüler
SWFH	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH
T	Tausend
TBS	Tourismusbeitragssatzung
TCF	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main
TGA	technische Gebäudeausrüstung
traffiQ	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
Tz.	Textziffer (in diesen Schlussberichten)
ÜPKKG	Gesetzes zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen
ÜPKK	Überörtliche Prüfung Kommunaler Körperschaften
ÜUK	Übergangsunterkunft
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VAIT	Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT der BaFin
VGF	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
VgV	Vergabeverordnung
VoBis	Vorlagen- und Beschlussinformationssystem des Magistrats

VOB A/B	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teile A und B
VHS	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)
VKS	Vorgangskontrollsystem
VT	Verpflegungsteilnehmende
WIBank	Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Anstalt des öffentlichen Rechts
Wifö	Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH
xFlow	xFlow Invoice for SAP (DV-Programm der xSuite Group GmbH, Ahrensburg)
ZVK	Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main
§	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bzw. Paragraph